Herausgegeben von J. Aretz, R. Morsey, A. Rauscher



ZEITGESCHICHTE IN LEBENSBILDERN





Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts
Band 9

ASCHENDORFF VERLAG

Mit Beiträgen von

Jürgen Aretz
Hans Jürgen Brandt
Günter Buchstab
Wilhelm Damberg
Odilo Engels
Ulrich von Hehl
Ernst Heinen
Heinz Hürten
Brigitte Kaff
Bruno Kammann
Hans-Otto Kleinmann
Rudolf Morsey
Josef Pilvousek
Karl Pörnbacher
Helmut Quaritsch
Anton Rauscher
Anthony W. Riley
Hans-JosefWollasch

Zeitgeschichte in Lebensbildern

Band 9
Aus dem deutschen Katholizismus
des 19. und 20. Jahrhunderts

Herausgegeben von
Jürgen Aretz, Rudolf Morsey und Anton Rauscher



ASCHENDORFF MÜNSTER

Umschlag Kroehl/Offenburg

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek
The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie;
detailed bibliographic data are available in the Internet at http://dnb.d-nb.de

ISBN 978-3-402-06120-6
DOI https://doi.org/10.17438/978-3-402-17584-2



This work is licensed under the Creative Commons Attribution-NonCommercial-No-Derivatives 4.0 (CC BY-NC-ND) which means that the text may be used for non-commercial purposes, provided credit is given to the author. For details go to http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/
To create an adaptation, translation, or derivative of the original work and for commercial use,
further permission is required.
Creative Commons license terms for re-use do not apply to any content (such as graphs, figures, photos, excerpts, etc.) not original to the Open Access publication and further permission may be required from the rights holder.

© 2022 Jügen Aretz, Rudolf Morsey, Anton Rauscher. . A publication by Aschendorff Verlag GmbH & Co. KG, Münster
This book is part of the Aschendorff Verlag Open Access program.

www.aschendorff-buchverlag.de

Inhalt

7 *Vorwort der Herausgeber*

11 *Ernst Heinen*

August Reichensperger (1808–1895)

31 *Karl Pörnbacher*

Sebastian Kneipp (1821–1897)

51 *Heinz Hürten*

Karl Heinrich Fürst zu Löwenstein (1834–1921)

63 *Odilo Engels*

Heinrich Finke (1855–1938)

81 *Hans Jürgen Brandt*

Franz Stock (1904–1948)

95 *Anthony W. Riley*

Elisabeth Langgässer (1899–1950)

115 *Günter Buchstab*

Fritz Thyssen (1873–1951)

135 *Wilhelm Damberg*

Heinrich Tenhumberg (1915–1969)

151 *Josef Pilvousek*

Otto Spülbeck (1904–1970)

169 *Ulrich von Hehl*

Walter Adolph (1902–1975)

183 *Rudolf Morsey*

Hermann Pünder (1888–1976)

199 *Helmut Quaritsch*

Carl Schmitt (1888–1985)

223 *Hans-Otto Kleinmann*

Eugen Kogon (1903–1987)

245 *Anton Rauscher*

Willi Geiger (1909–1994)

261 *Hans-Josef Wollasch*

Gertrud Luckner (1900–1995)

277 *Brigitte Kaff*

Aenne Brauksiepe (1912–1997)

291 *Jürgen Aretz*

Herbert Czaja (1914–1997)

313 *Bruno Kammann*

Carl Klinkhammer (1903–1997)

335 *Verzeichnis der wichtigsten Quellen und Literatur*

353 *Personenregister*

Vorwort der Herausgeber

In den bisher erschienenen acht Bänden dieser Reihe, die 1973 begründet worden ist, sind insgesamt 145 Lebensbilder veröffentlicht. Sie gelten solchen Persönlichkeiten, die von ihrer christlichen Überzeugung her in ihrer Zeit in Staat, Kirche und Gesellschaft in Deutschland wichtige Aufgaben und Verantwortung übernommen haben, oder mit deren Namen sich bestimmte Entwicklungen und Zeitströmungen in besonderer Weise verbinden. Diese Reihe, deren Zielsetzung in früheren Bänden näher dargelegt ist, möchte weiterhin dazu beitragen, die Erinnerung an das Wirken solcher Persönlichkeiten lebendig zu erhalten oder aber der Vergessenheit zu entreißen. Das geschieht nicht im Sinne einer Helden- und Heiligengalerie, sondern vielmehr durch sachliche Darstellung und kritische Wertung.

Der hier vorgelegte neunte Band enthält 18 biographische Porträts. Dabei liegt der Schwerpunkt des politischen, kirchlichen und gesellschaftlichen Wirkens der in ihm behandelten Persönlichkeiten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Nur zwei von ihnen leisteten und vollendeten ihr Lebenswerk noch ganz im 19. Säkulum: Peter Reichensperger, der Kölner Zentrumspolitiker und Vorkämpfer der Denkmalpflege im Rheinland, sowie der aus ärmlichen Verhältnissen stammende „Wasserdoktor" Sebastian Kneipp, dem in Wörishofen ein medizinisches Weltwunder gelang. Der Großgrundbesitzer Karl Fürst zu Löwenstein-Wertheim-Rosenheim hat als Generalkommissar der deutschen Katholikentage von 1848 bis 1898 den Verbandskatholizismus entscheidend mitgeprägt, bevor dieser „hundertarmige Laienapostel" im Alter in den Dominikanerorden eintrat.

Der aus dem Münsterland stammende Heinrich Finke zählt zu den international bekannten Historikern, insbesondere durch seine Neubewertung der deutschen Geschichte des späten Mittelalters; von 1924 bis zu seinem Tod 1938 leitete er die Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland. Carl Schmitt ist der bekannteste deutsche Jurist des 20. Jahrhunderts, gleichzeitig aber auch der umstrittenste. Obwohl exkommuniziert, blieb er kirchentreu. Der Publizist und Politikwissenschaftler Eugen Kogon hat mit seinem Bestseller „Der SS-Staat" eine gültige Beschreibung der

Hitler-Herrschaft vorgelegt. Sie beruht auf seinen Erfahrungen in einem Konzentrationslager.
Das „Dritte Reich" erlebten und überlebten ebenfalls in zeitweiliger KZ-Haft auch Hermann Pünder, Chef der Berliner Reichskanzlei, später Kölner CDU-Politiker, sowie Gertrud Luckner, die von Freiburg aus unter Einsatz ihres Lebens insbesondere verfolgten Juden uneigennützige Hilfe geleistet hat. Der Großindustrielle Fritz Thyssen aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet zählte zu den frühen Anhängern und Förderern Hitlers, bevor er ab Mitte der dreißiger Jahre durch seinen literarischen Kampf vom Ausland her zu dessen Gegner wurde und dafür mit KZ-Haft büßen mußte. Ein konsequenter Gegner des „Dritten Reiches" war der „rote Ruhrkaplan" Carl Klinkhammer, der später als Pfarrer in Düsseldorf mit seinen „Mittwochsgesprächen" jahrzehntelang auf das öffentliche Leben einwirkte. Eine Haftzeit eigener Art erlebte der „Gefängnispfarrer" Abbé Franz Stock. Als Seelsorger, der während des Zweiten Weltkriegs und in den ersten Jahren danach in Paris viele Hundert zum Tode Verurteilte auf ihrem letzten Gang begleitete, hat er wesentlich zur deutsch-französischen Versöhnung beigetragen.
Die ebenfalls vom NS-Regime hart bedrängte rheinhessische Jüdin katholischen Glaubens Elisabeth Langgässer zählte in den ersten Nachkriegsjahren im Westen Deutschlands zu den bekanntesten literarischen Persönlichkeiten. Der spätere Berliner Generalvikar Walter Adolph hat als kirchenpolitischer Berater seiner Bischöfe vor und nach 1945 eine führende Rolle im Kampf gegen den braunen wie den anschließenden roten Terror gespielt. Bischof Otto Spülbeck suchte die kirchliche Erneuerung des II. Vatikanischen Konzils in seiner Diözese Meißen ungeachtet der Bedrängnisse des SED-Regimes umzusetzen. Der Bischof von Münster, Heinrich Tenhumberg, erkannte früh Strukturwandlungen im Katholizismus und suchte mit modernen pastoralen Mitteln einer fortschreitenden Entkirchlichung entgegenzuwirken.
Willi Geiger gewann als Bundesverfassungsrichter Einfluß auf die Grundlagen der Rechtsprechung des Karlsruher Gerichts und vermochte in dessen Urteilen naturrechtliche Begründungen zu verankern. Die Vorsitzende der Bundesvereinigung der Frauen der CDU und Stellvertretende Bundesvorsitzende ihrer Partei Aenne Brauksiepe, später Bundesministerin (1968/69) für Familie und Jugend, zählte ebenso wie der Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Herbert Czaja, in der Unionsfraktion des Deutschen Bundestags

zwischen 1949 und 1994 zu prominenten Vorkämpfern christlich-demokratischer Zielsetzungen.
Die Beiträge sind wissenschaftlich fundiert, wenden sich aber nicht nur an den Fachwissenschaftler, sondern ebenso an interessierte Laien. Auf einen wissenschaftlichen Apparat ist, dem bewährten Prinzip der Reihe folgend, verzichtet worden; ein beigefügtes Verzeichnis der wichtigsten Quellen und Literatur soll jedoch die weitergehende Beschäftigung mit den beschriebenen Persönlichkeiten erleichtern.
Die Bände 1 bis 8 dieser Reihe sind im Matthias-Grünewald-Verlag in Mainz erschienen. Dessen Verlagsleitern Dr. Jakob Laubach und Josef Wagner ist für die sorgfältige Betreuung der „Zeitgeschichte in Lebensbildern" nachdrücklich zu danken. Die Herausgeber sahen sich jedoch aus zwingenden Gründen dazu veranlaßt, für die Fortsetzung der Reihe einen Verlagswechsel vorzunehmen. Der Verlag Aschendorff in Münster zeigte Interesse an der Fortsetzung der Reihe. Die Herausgeber hoffen auf eine gute Zusammenarbeit.
Der Dank der Herausgeber gilt den Autoren dieses Bandes sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach für die Hilfestellung bei der Vorbereitung des Buches.

Bonn, Speyer und Mönchengladbach, im Juli 1999

Jürgen Aretz, Rudolf Morsey, Anton Rauscher



August Reichensperger (1808-1895)

In kaum einem Zeitalter der europäischen Geschichte, ausgenommen dem der Reformation, offenbart sich die Zwiespältigkeit gleichzeitiger und ungleichzeitiger Prozesse wie im 19. Jahrhundert. Auf allen Hauptfeldern menschlicher Existenz und Handelns wie in Religion, Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik dringen über althergebrachte Einrichtungen und Einstellungen hinaus neue und zukunftsträchtige Tendenzen vor, überlagern diese und schaffen schließlich andere, manche sagen „moderne" Institutionen sowie gesellschaftliche Zusammenhänge, die wiederum veränderte Gewohnheiten und Mentalitäten zur Folge haben. Das die Menschen des 19. Jahrhunderts begleitende Krisenbewußtsein hat hier seine Wurzeln. Von der Suche nach Welterhellung, nach Geborgenheit, nach Erlösung, einfach ausgedrückt nach festem Grund unter den Füßen, waren Menschen aller Schichten erfaßt. Die Frage nach der die Rahmenbedingungen in Recht, Gesetz, Moral und Lebenssinn setzenden traditionellen Mächte, Kirche und Staat, wie ihr Verhältnis zueinander, hatte grundlegende Bedeutung. Das galt vor allem in dem konfessionell gespaltenen Deutschland. Säkularisation, Neuordnung nach 1815, Kölner Wirren 1837, Revolution 1848/49, Kulturkampf sind die Stichworte, die die Emanzipation des Staates von der Kirche oder der Kirche vom Staat, je nach Blickwinkel, anzeigen.
August Reichenspergers Leben spielte sich zwischen diesen beiden Polen auf mehreren Ebenen ab: Richter in Koblenz, Trier und Köln, Parlamentarier in Frankfurt und Berlin, Verteidiger des Rechtsstaates und der kirchlichen Unabhängigkeit, Anreger und Mitschöpfer des katholischen Vereinswesens und nicht zuletzt anerkannte Autorität der „christlichen 'Bau'-Kunst, unter der er vornehmlich die 'christlich-germanische Gothik'" verstand.

I

August Reichensperger wurde am 22. März 1808 in der damaligen Hauptstadt des „Département de Rhin et Moselle", Koblenz, gebo-

ren. Der Vater Franz Joseph, ein aus Simmern im Hunsrück stammender Jurist, genoß durch Fleiß und Tüchtigkeit die Anerkennung der französischen Behörden, die ihm die nächst dem Präfekten einflußreiche Stellung eines Präfekturrates verliehen. Die Mutter Margarethe war eine geborene Knoodt, einer an Rhein und Mosel weitverzweigten Familie. Trotz beschränkter Mittel herrschte in der Familie ein bürgerlicher Lebenszuschnitt. Die katholische Religion gehörte in diesen Kreisen zu den das Leben konstituierenden Elementen. Die Mutter Reichenspergers war eine fromme Frau, die in der Erfüllung ihrer religiösen Pflichten ihren Kindern ein Vorbild war. Dem Vater, einem „napoleonischen Katholiken", ging der Staat über die Kirche. Starke religiöse Impulse auf die Kindererziehung waren von diesem Mann nicht zu erwarten. Im Jahre 1813 starb Franz Joseph Reichensperger, erst 45 Jahre alt. Ein harter Schlag für die Witwe, der auch durch die ihr von Napoleon gewährte Pension von 500 francs nicht gemildert wurde. Sie zog mit ihren vier kleinen Kindern Louise (geb. 1806), August, Peter (geb. 1810) und Elisabeth (geb. 1812) zu ihren Eltern nach Boppard. Dort verlebte der junge Reichensperger eine unbeschwerte Jugend. Von seiner jüngeren Schwester wurde er später als schwerfälliges Kind geschildert, das nahe „am Wasser gebaut war". Eine Anekdote, die wohl oft im Kreise der Familie kursierte, macht dies augenfällig. Der Vater hatte ihm ein Messerchen versprochen, wenn er einen Tag nicht weine. Der kleine August konnte den Preis nicht gewinnen.

In Boppard waren die junge Witwe und ihre vier Kinder im Kreis ihrer elterlichen Familie aufgehoben. Bei den gegenseitigen Besuchen der Bopparder Honoratioren vertrieb man sich die freie Zeit mit Gesprächen über die Politik oder schwelgte in Erinnerungen an „alte Zeiten". Freundliche Reminiszenzen an die vergangene französische Zeit verbanden sich mit heftigen Antipathien gegenüber der neuen preußischen Herrschaft. In dieser geistigen und politischen Atmosphäre wuchs der junge August Reichensperger auf. Nach dem Besuch der Gymnasien in Boppard, in Köln, wo nach den Angaben seines Biographen Ludwig Pastor das sein Leben mitbestimmende Interesse für den Dom und dessen Weiterbau geweckt worden sei, und in Bonn schrieb er sich im Sommersemester 1827 in der juristischen Fakultät der erst neun Jahre zuvor gegründeten rheinischen Hochschule ein. Neben seinem Studium erweiterte er seinen Horizont durch eifrige Privatlektüre berühmter zeitgenössischer Schriftsteller. Besonders hatten es ihm Lord Byron und Jean Paul angetan, eine für die romantische Prägung der jungen Genera-

tion jener Jahre kennzeichnende Wahl. Auch die große Reiselust, die ihn von früher Jugend an ergriffen hatte und bis an sein Lebensende nicht mehr losließ, führte ihn zunächst in die nähere und weitere Umgebung, später nach Straßburg, zum Bodensee und nach Mitteldeutschland.

Reichenspergers Verhältnis zu Kirche und Glaube war wie bei den meisten katholischen Studierenden seiner Zeit weder von Feindschaft noch von Zuneigung getragen. Distanz und Gleichgültigkeit bestimmten seine religiöse Haltung. Hier drückte sich wohl auch ein Stück jener Säkularisierung im höheren Bürgertum des Rheinlandes mit der Folge aus, daß der Kirche keine Allzuständigkeit im Sinne der Lebensbewältigung mehr eingeräumt wurde, sondern ihre Funktion allenfalls auf die Verbesserung der Moral und der Vorbereitung auf das Jenseits beschränkt blieb. Das fromme mütterliche Erbe schien zudem unter dem Einfluß kirchlich wenig gebundener junger Freunde wie Vinzenz von Zuccalmaglio vergessen zu sein.

Nach den Bonner Semestern Reichenspergers folgten Studien in Heidelberg und Berlin, wo er 1830 im Alter von 22 Jahren das erste juristische Staatsexamen (Auskultatorexamen) ablegte. Zunächst in Münster, dann am Koblenzer Landgericht setzte er seine Ausbildung fort, die er 1832 mit dem Referendarexamen abschloß. Unter den neuen Freunden, die er in seiner Geburtsstadt gewann, ist vor allem sein Kollege, der hochbegabte Albert Freiherr von Thimus, hervorzuheben; es wurde eine enge Freundschaft, die später verfestigt auf der Basis gleicher politischer und kirchenpolitischer Ziele bis zum Tode von Thimus 1878 währte. Dem in Koblenz um den Fabrikanten Hermann Joseph Dietz, die Vikare August Seydell und Karl Heinrich Burchard, beide Konvertiten mit all den Eigenschaften des Renegatentums sowie andere Vertreter des Koblenzer Bürgertums sich bildenden Kreis von Ultramontanen im Sinne des Mainzer „Katholik" blieb Reichensperger fern. Er hatte für die „Glaubensarmee" oder „apostolische Junta", wie diese Gruppe von Feinden und Anhängern je nach Blickwinkel spöttisch oder scherzhaft genannt wurde, nichts übrig. Seine Ansicht hat er in einem Brief an einen Freund 1833 formuliert: „Der Mensch soll alle seine Kräfte und Anlagen möglichst frei nach allen Richtungen aus sich selbst entwickeln, körperlich sowohl als geistig. Alles, was diesem Prinzip hemmend in den Weg tritt, ist vom Übel; jede einseitige Richtung macht aus einem ganzen Leben einen Bruchteil, jedes Vorurteil ist eine Fessel." Der streng römisch orientierte Katholizismus der Ko-

blenzer Ultramontanen mit seinen Ausgrenzungsstrategien war damit kaum in Einklang zu bringen.
1835 wurde Reichensperger nach bestandenem dritten juristischen Examen zum Assessor am Koblenzer Landgericht ernannt. Ein Jahr zuvor war anonym seine Aufsehen erregende Schrift zur „Verteidigung der rheinischen Rechtsinstitutionen" (Öffentlichkeit, Mündlichkeit, Schwurgerichte) gegen die Bestrebungen des mächtigen preußischen Justizministers von Kamptz, in der Rheinprovinz das „Allgemeine Landrecht" einzuführen, erschienen. Es war ein mutiger Schritt, zumal die Verfasserschaft bald entdeckt wurde – auf seinen späteren Lebensgang sollte die Schrift nicht ohne Einfluß bleiben.

II

Die „Kölner Wirren" von 1837 änderten Reichenspergers bisherige Haltung grundlegend. Der wegen seiner Unnachgiebigkeit bei den Bonner Fakultätsstreitigkeiten und der Mischehenfrage der preußischen Regierung mißliebig gewordene Kölner Erzbischof Clemens August von Droste-Vischering war am 20. November 1837 auf die Festung Minden abgeführt worden; ein Gewaltakt und folgenschwerer Mißgriff zugleich. Während aus der Kölner Bevölkerung nur wenige Proteste zu hören waren und auch das Domkapitel weitgehend ruhig blieb, erhob sich wortgewaltiger Einspruch von einer anderen Seite her. Es war der berühmte Publizist Joseph Görres, Mitgründer des konservativ-katholischen Eoskreises in München, der in seiner Flugschrift „Athanasius", benannt nach dem gleichnamigen Kirchenlehrer und Apologet gegen die Arianer im vierten Jahrhundert, schwere Anklagen gegen die Urheber des Gewaltaktes erhob und mit flammenden Worten die (korporative) Freiheit der Kirche vom Staat einforderte. Die Schrift erzielte in Deutschland eine große Wirkung – auch bei solchen, die bisher dem kirchlichen Leben mehr oder minder ferngestanden hatten.
Dazu zählte auch August Reichensperger. Sein starkes Empfinden zugunsten der wohlerworbenen Rechte des Einzelnen wie der Korporationen war durch den von der preußischen Regierung begangenen Bruch der zwischen Staat und Kirche geschlossenen Vereinbarungen auf das Tiefste verletzt worden. Diese Haltung erhielt zusätzlich eine landsmannschaftliche Note, als er seine Einschätzung bestätigt fand, daß die preußischen Behörden alles daran zu setzen schienen, eine Versöhnung der Rheinländer mit ihrer Herrschaft zu

verhindern. Der bei Reichensperger seit der Jugend vorhandene antipreußische Affekt verstärkte sich. Seinen Höhepunkt erreichte er, als er gemeinsam mit seinem Bruder Peter und dem Freund Thimus Materialien sammelte, die – entgegen den Versprechen Friedrich Wilhelms III. – die Zurücksetzung der Katholiken bei der Vergabe öffentlicher Ämter und die Benachteiligung der Rheinprovinz und Westfalens gegenüber den Alt-Provinzen belegten.
Der Franzose Vicomte Gustave de Failly verarbeitete diesen Stoff in seinem 1842 in Paris erschienenen Buch: „De la Prusse et de sa domination sous les rapports politiques et religieux spécialement dans les nouvelles provinces". Das preußenfeindliche Buch erregte in Deutschland, Frankreich und Belgien einiges Aufsehen; Preußen sah sich vor der europäischen Öffentlichkeit bloßgestellt. Die übliche Abwehr war Verbot des Werkes auf dem preußischen Territorium. Für Reichensperger hatte seine Mitarbeit keine Folgen, weil die Informanten unentdeckt blieben. Dieser Einsatz im Interesse der Kirche und paritätischer Behandlung der Staatsbürger ist auch aus der Wirkung zu erklären, die die Kölner Ereignisse auf die Änderung seiner religiösen Haltung hatten. Er kehrte zurück zum Glauben seiner Kindheit; die Kirche wurde und blieb die geistig-geistliche Heimat bis zu seinem Lebensende.
Die erste große Reise nach Italien 1839/40 war ein weiterer Meilenstein im Leben Reichenspergers. Die Begegnung mit der reichen Kultur dieses Landes hat seinen Kunstsinn geschärft, die Vorliebe für die Architektur gekräftigt, doch der schon auf seiner ersten Frankreichreise im Jahr 1833 deutlich gewordenen Bevorzugung der Gotik als „Baukunst aus christlich-germanischem Geist" keinerlei Abbruch getan, im Gegenteil die Distanz zu den großen Emandationen der Renaissance und des Barock eher vergrößert. Die Einseitigkeit, mit der Reichensperger die Gotik – und nicht nur als sakrale Baukunst – vertrat, hat viel Kritik an dem „geistreichen Dilettanten" hervorgerufen, doch es ist nicht zu übersehen, daß er hieraus die Kraft schöpfte, ein unbeirrter Verfechter der Vollendung des Kölner Dombaus zu werden. Bestärkt wurde er darin schon damals von einem der berühmtesten Historienmaler des 19. Jahrhunderts und bedeutenden Vertreter der Nazarenerschule Edward Steinle, mit dem ihm eine lebenslange Freundschaft verband. Reichenspergers 1840 herausgegebene Schrift „Einige Worte über den Dombau zu Köln, von einem Rheinländer an seine Landsleute gerichtet" legt davon ein beredtes Zeugnis ab. Sie ist das Grunddokument für die Gründung eines Vereins, der sich den Weiterbau des Kölner Doms zum

Ziel setzen sollte. Schon 1841 gelang es Reichensperger, mit einigen seiner Freunde in Koblenz den ersten Dombauverein überhaupt ins Leben zu rufen.
Die Italienreise war auch für die weitere Klärung seiner politischen Haltung von Bedeutung. Der Besuch bei Jean Baptiste Henri Lacordaire, neben Félicité Lamennais und Charles Graf Montalembert einer der großen Vertreter des „catholicisme libéral" in Frankreich, festigte seine politische Auffassung im Sinne einer milden ultramontanen Richtung, die die korporative Freiheit der Kirche und enge Verbindung aller Katholiken mit dem Papst anstrebte, ohne auf die Errungenschaften der französischen Revolution wie Grund- und Menschenrechte zu verzichten. So läßt sich seine Haltung mit äußerster Knappheit umschreiben: liberal in allen Dingen des staatlichen Lebens, konservativ in den Bereichen der katholischen Kirche samt ihrer Frömmigkeitskultur.
Seine Versetzung als Landgerichtsrat nach Köln 1841 mit 600 Talern Jahresgehalt, einer Summe, die einen wenn auch nicht üppigen, jedoch angemessenen bürgerlichen Lebensstandard garantierte, verschaffte ihm die Möglichkeit, sich unmittelbar in die Vorbereitungen bei der Gründung des Dombauvereins einzuschalten. Er erhielt vom Vorstand den Auftrag, den Aufruf an die Bevölkerung zu verfassen. In den Worten „Der Katholik baut an seinem Gotteshause, in welchem der Genius der Kunst auf den Schwingen der Religion den höchsten Flug angenommen; alle aber fördern das herrlichste Denkmal deutschen Sinnes, deutscher Kraft und deutscher Eintracht!" wurde neben dem religiösen Moment der symbolhafte Charakter des Bauwerks als einheitsstiftendes nationales Zeichen deutlich – Konfessions- und die Grenzen der deutschen Staaten überschreitend. Die Gründungsidee des Vereins hatte mit den aus streng kirchlichem Geist herrührenden Vereinigungen in Form der Sammel-, Gebets-, Missions-, Bildungs- oder Geselligkeitsvereine nur wenig zu tun.
Die Arbeit Reichenspergers im Dombauverein kann nicht hoch genug eingeschätzt werden: als enger Freund und Berater des späteren Dombaumeisters Vinzenz Statz, als Initiator und Mitarbeiter des Domblattes – sehr viele Artikel flossen aus seiner Feder – wie auch als Anreger zur Bildung von Dombaufilialvereinen in Köln und weit über die Stadtgrenzen hinaus. Der tiefe Eindruck, den Reichensperger von der englischen Gotik bei seiner ersten Englandreise (1846) empfing, und die Bekanntschaft mit den berühmtesten neugotischen Architekten Englands wie Gilbert Scott und August Welby

Northmore Pugin, dem Miterbauer des britischen Parlaments, haben seine hohe Wertschätzung der Gotik als der eigentlichen christlichen Baukunst verstärkt und gleichzeitig gezeigt, wie ein großes europäisches Volk mit seinen christlichen Traditionen – und dies nicht nur in der Baukunst – in mustergültiger Weise umgeht. Reichenspergers lebenslange Zuneigung zu England hat hier ihre Wurzeln.
Aus seiner Begeisterung für den Weiterbau des Doms vergaß er jedoch nicht, sich für die große Zahl der im Rheinland vom Verfall bedrohten Denkmäler einzusetzen. Seine Aufsätze und die späteren Bemühungen als Parlamentsabgeordneter haben dazu beigetragen, der Denkmalpflege in der Rheinprovinz die notwendige öffentliche Resonanz zu verschaffen. Seine puristischen Vorstellungen über die Restauration mögen dem heutigen Beurteiler überholt erscheinen, zumal sie weniger genauer historischen Kenntnis als der romantisch verbrämten Anschauung von einem integralen „christlichen Mittelalter" zu verdanken sind, doch seine ständigen Mahnungen um den Erhalt eines jeden einzelnen Denkmals als des Erbes einer großen Tradition haben ihre Gültigkeit keineswegs verloren.
Das Jahr 1842 bezeichnete in Reichenspergers Leben einen Einschnitt. Er heiratete die achtzehnjährige Tochter Clementine des Notars Simon aus Koblenz, eine Freundin seiner Schwester Elisabeth. Clementine Reichensperger war ein Mädchen aus begütertem und gebildetem katholischen Elternhaus. Ihre Aufgabe als Ehefrau und Mutter von drei Kindern Karl (1843), Johanna (1845) und Maria (1848) entledigte sie sich in vorbildlicher Weise. Die Leistungen August Reichenspergers müssen auch vor dem Hintergrund des stillen und ruhigen Wirkens dieser Frau gesehen werden. Das Familienleben wurde so zum réduit nach harter und umtriebiger Arbeit in Beruf und öffentlichem Leben.
Bei der Bildung des Borromäusvereins 1844 stand er mit in vorderster Linie; ein Zeichen, daß sein Name unter den rheinischen Ultramontanen einen guten Klang besaß. Reichensperger hatte schon immer erkannt – und das war durchaus modern –, welche Macht die Publizistik und Presse auf die öffentliche Meinung ausübten. Es galt, sie auch für die Katholiken zu nutzen. In der Tat gab es keine katholische Tageszeitung, die es etwa mit der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" oder der „Kölnischen Zeitung" aufnehmen konnte. So glaubte er, wie andere führende Männer des Borromäusvereins, mit dessen Hilfe ein großes katholisches Blatt aus der Taufe heben zu können. Das Projekt scheiterte fürs erste. Die Bemühungen um die Verbreitung der katholischen Presse setzte er fort, als er 1844

nach Trier als Landgerichtsrat mit einem Gehalt von 800 Talern versetzt wurde. Viel Erfolg war ihm auch hier nicht beschieden, die von ihm mitgegründete „Luxemburger Zeitung" mußte bald ihr Erscheinen einstellen. Es gelang zwar 1845, die in Koblenz erscheinende „Rhein- und Moselzeitung" auf einen streng kirchlichen Kurs zu bringen, doch dem politisch einen erzkonservativen Kurs steuernden Blatt mochte Reichensperger kaum Sympathien entgegenzubringen. Das wird verständlich, weil zu seinem engeren Trierer Freundeskreis Männer zählten, die seine politisch liberalen Neigungen vertieften, so der hochbegabte Anwalt Theodor Regnier, Katholik, jedoch nicht der ultramontanen Richtung zugehörig, später einer der Führer der Trierer Konstitutionellen, sowie der demokratisch und zugleich ultramontan gesinnte Seminarprofessor Matthias Eberhard, 1867–1876 Bischof von Trier.

Reichenspergers reiche publizistische Tätigkeit während seiner Trierer Zeit hebt neben dem Kölner Dombau ausschließlich auf Fragen zur Restauration alter Denkmäler ab; erwähnenswert ist besonders das Standardwerk „Die christlich-germanische Baukunst und ihr Verhältnis zur Gegenwart" (1845), das, wie die weiteren Auflagen 1852 und 1860 belegen, über die Fachwelt hinaus große Anerkennung fand. So ist es erstaunlich, daß Reichensperger keinen Artikel zur Trierer Heilig-Rock-Wallfahrt von 1844, dem größten Massenereignis im Vormärz, hinterlassen hat. Es wäre allerdings falsch, aus diesem Schweigen voreilige Schlüsse zu ziehen. Nach seiner ganzen Haltung im Gefolge der Kölner Wirren dürfte er die Wallfahrt kaum abgelehnt haben.

III

Das Jahr 1848 gab dem Lebensgang Reichenspergers eine entscheidende Wende. Das konstitutionelle Trierer Programm vom 14. April, das den Bruch der Einheitsfront von Demokraten und gemäßigt Liberalen signalisierte, trug auch die Unterschrift Reichenspergers. Es waren jene politischen Leitlinien des höheren Bürgertums, die die Beteiligung an der politischen Macht in Form eines mit Gesetzgebungsbefugnissen ausgestatteten Parlaments unter Beibehaltung der monarchischen Spitze sowie die verfassungsmäßige Garantie der Grund- und Menschenrechte verfolgten. Zugleich dienten sie zur Abwehr von „zügelloser Anarchie und absoluter Tyrannei". Um die Zustimmung der höheren Geistlichkeit und der führen-

den Ultramontanen Triers zu erreichen, wurde das Programm um die Forderung nach Freiheit der Kirche vom Staat erweitert.
In seinem „Programm zu der Frankfurter constituierenden Versammlung" ergänzte Reichensperger diese Zielvorstellungen um sozialpolitische Forderungen, die jedoch reichlich verschwommen, eine effektive Lösung des durch den strukturellen Umformungsprozeß bedingten Pauperismusproblems herbeizuführen kaum in der Lage waren. Mit der Formel „Auf dem Grund und Boden der Religion, welche die Brüderlichkeit aller Menschen und ihre Berechtigung proklamiert, muß mit Macht und Entschiedenheit dahin gewirkt werden, daß jedem Bürger nicht bloß seine Existenz, sondern daß ihm eine des Menschen würdige Existenz gesichert ist, sofern ihm nur der gute Wille innewohnt, dieselbe zu erringen und zu behaupten", war zwar eine allgemeine Willenskundgebung ausgesprochen, die die Antwort auf die sozialen Probleme der Zeit von der Religion erhoffte, jedoch keinerlei unmittelbare, konkrete Hilfe gegen die Massenarmut war, sie auch nicht wußte. Reichensperger fand sich durchaus in einer guten Gesellschaft; denn niemand, ob von konservativer, liberaler und demokratischer Seite, auch die intellektuellen sozialistischen Führer besaßen kein Rezept, wie sie diesem schlimmsten Übel der Zeit begegnen sollten.
Von entschiedener liberaler Offenheit sind seine kirchenpolitischen Ziele. Er besteht nicht bloß auf der unbedingten Freiheit „seiner" Kirche vom Staat, d. h. er will all die Fesseln, die ein hartes Staatskirchentum um die Kirche gelegt hatte, nicht allein für die katholische Kirche reklamieren, sondern er tritt für Religionsfreiheit schlechthin ein: „Ich halte fest an der katholischen Lehre, achte aber jede fremde, selbst die entgegengesetzteste Anschauungsweise, falls sie nur auf dem guten Glauben beruht. Ich würde das Recht des Andersglaubenden nicht minder verfechten wie das eigene." Das Verlangen nach korporativer Freiheit für die Kirche wandelte sich so unter der Hand zur Forderung nach individueller Religionsfreiheit. Einen Widerspruch mochte Reichensperger darin nicht zu erkennen. Es ist dies ein politisches Credo, das auf dem Boden jenes „catholicisme libéral" Frankreichs gewachsen, durch den Umgang mit liberalen Persönlichkeiten gestärkt und schließlich durch die Frühjahrsereignisse 1848 eine Chance zur Verwirklichung bekam.
Bei den Maiwahlen erhielt Reichensperger zwei Mandate, vom Wahlkreis Bergheim–Euskirchen zur Frankfurter Nationalversammlung, vom Wahlkreis Bernkastel für die Berliner Vereinbarungsversammlung. Der letzteren gehörte er nicht lange an. Der radikale Teil

seiner Wähler in Bernkastel hatte Mitte Juni seinen Rücktritt verlangt, weil er dem Behrendsschen Antrag, die Revolution als staatstragendes Fundament anzuerkennen, die Zustimmung verweigert hatte. Als überzeugter Verfechter des liberalen Konstitutionalismus war er zwar bereit, den durch die Märzereignisse geschaffenen Zustand anzuerkennen und von dieser Grundlage her im Parlament für verfassungsmäßige Rahmenbedingungen mitzusorgen, doch eine Art Revolution in Permanenz lehnte er grundsätzlich ab.
Er beschränkte seine parlamentarische Arbeit auf die Frankfurter Versammlung, die er ohnedies für das Schicksal Deutschlands für wichtiger erachtete als das Berliner Parlament. Dort trat er der den rechten Flügel des gemäßigten Liberalismus repräsentierenden Fraktion „Casino" bei, jener Vereinigung der „bürgerlichen Aristokratie von Besitz und Bildung" (Theodor Schieder). In seinen Reden im Zusammenhang der Grundrechtedebatte wurde der bürgerliche Grundzug seiner politischen Haltung konkret faßbar, so bei seiner Verteidigung gewisser Beschränkungen der Gewerbefreiheit im Interesse der kleinen Gewerbetreibenden, dann bei der Diskussion um die „Unverletzlichkeit der Person", die ihm, dem praktischen Juristen mit der Erfahrung des rheinischen Rechts, den Erfolg bescherte, daß sein Antrag, einen Festgenommenen „innerhalb 24 Stunden einem richterlichen Beamten vorzustellen", von der Mehrheit angenommen wurde. Das Gleiche galt schließlich in einem für das bürgerliche Deutschland zentralen Anliegen, der Eigentumsfrage, bei der Reichensperger die Härtefolgen des im übrigen von ihm verfochtenen prinzipiellen Grundsatzes der freien Verfügbarkeit durch Übergangsgesetze in den Bundesstaaten besonders zugunsten der agrarischen Bodeneigentümer zu mildern trachtete.
Einer der Höhepunkte der Grundrechtedebatte war die Auseinandersetzung über das Verhältnis von Staat und Kirche, ein großes Thema der deutschen und europäischen Geschichte und für das seit der Reformation konfessionell gespaltene Deutschland ein schwieriges dazu. Am 3. Juni 1848 hatte der Verfassungsausschuß einen die Unabhängigkeit der Kirche vom Staat wenig förderlichen Beschluß gefaßt. Dagegen erhob sich seitens des katholischen Deutschland ein regelrechter Proteststurm; bis zur ersten Lesung gingen bei der Nationalversammlung insgesamt 1142 Petitionen mit über 270 000 Unterschriften ein, eine organisatorische und agitatorische Leistung ersten Ranges, und dies nicht nur dank des dichten Pfarrsystems, sondern vor allem dank der neu entstandenen katholischen Vereine

(Piusvereine) in der Rheinprovinz, Westfalen, Schlesien, Hessen und Bayern.
In der Paulskirche wurde von streng kirchlichen Abgeordneten eine, quer zu den Fraktionen liegende Katholische Vereinigung zur Erringung der kirchlichen Freiheit gebildet. Der spätere preußische Außenminister Radowitz wurde Vorsitzender, Reichensperger Stellvertreter. Wegen der häufigen Abwesenheit Radowitz' trug Reichensperger die Hauptlast der Arbeit. Seinem schon von Berufs wegen ausgeprägten vermittelnden Geschick, seiner Toleranz, seinem unermüdlichen Arbeitseifer und seinem liebenswürdigen Umgang mit Menschen gelang es immer wieder, unvereinbar erscheinende Gegensätze auszugleichen. Im Ergebnis wurde eine Formel gefunden, die über die allgemeine Verheißung der Religionsfreiheit die Unabhängigkeit der Kirche vom Staat garantierte. Zwar ist die Paulskirchenverfassung nie in Kraft getreten, doch ihre kirchenpolitischen Artikel fanden Eingang in die Weimarer Reichsverfassung und bestimmen durch die wörtliche Übernahme in das Bonner Grundgesetz das Verhältnis von Kirche und Staat bis heute.
Der Besuch von Vertretern des „katholischen Klubs", darunter Reichensperger, der spätere Bischof von Mainz, Ketteler, und der berühmte Münchener Kirchenhistoriker Ignaz Döllinger, bei der nationalen Versammlung der Piusvereine, dem ersten deutschen Katholikentag, hat nicht nur die Verbundenheit der Abgeordneten mit dem katholischen Vereinswesen dokumentiert, sondern auch die Konturen eines sich bildenden politischen Katholizismus aufblitzen lassen. Reichenspergers Empfehlung, die Vinzenz-Vereine in Deutschland heimisch werden zu lassen, blieb auf dem Boden tradierter christlicher Caritas; ein Mittel zur Überwindung der durch den Übergang von der Agrar- zur Industrieökonomie bedingten Massenarmut war sie nicht. Die Vinzenz-Vereine konnten allenfalls den schlimmsten Auswüchsen entgegensteuern und damit ein Zeichen der dem einzelnen Menschen zugewandten christlichen Liebestätigkeit setzen. Reichensperger handelte hier wie viele seiner Weggefährten in dem guten Glauben, aber auch aus Unkenntnis über die ökonomischen und sozialen Folgen eines freien Marktes – durch caritative Werke, getragen von christlicher Gesinnung, die Rechristianisierung der Gesellschaft zu bewirken; ein Irrtum aller streng kirchlich Orientierten, die noch im Bann der Romantik standen.
Im Oktober 1848 begann in der Nationalversammlung die Auseinandersetzung um die künftige territoriale Gestalt Deutschlands und damit eng verbunden um die Stellung Preußens und Österreichs. Im

„Casino" war die Mehrheit für die kleindeutsche Lösung und einen preußischen Erbkaiser. Da Reichensperger aus geschichtlichen und konfessionellen Gründen einer großdeutschen Lösung den Vorzug gab, verließ er mit einigen Gesinnungsfreunden, darunter dem berühmten Staatsrechtslehrer Karl Theodor Welcker, das „Casino" und gründete die Fraktion „Pariser Hof". Reichensperger war flexibel genug, um nach dem endgültigen Scheitern eines habsburgischen Kaisertums mit seinen Fraktionsgenossen zumindest das großdeutsche Projekt zu retten. In seiner großen Rede am 16. Januar 1849 schlug er ein Fürstendirektorium vor, in dem Österreich und Preußen abwechselnd den Vorsitz führen sollten; ein Plan, der angesichts der Konstellation der deutschen Großmächte im europäischen Mächtefeld keinerlei Realisierungschance besaß. In der Tat fiel der Plan der Mehrheit im Parlament zum Opfer. Bemühungen Reichenspergers, in und außerhalb des Parlaments die großdeutsche Flagge hochzuhalten, fanden zwar bei seinen Wählern viel Beifall und liefen parallel zu den Demonstrationen, Adressen und Petitionen vieler Piusvereine, vor allem in der Rheinprovinz, doch Erfolg war ihnen allen letzten Endes versagt.

Am 13. Mai 1849 schied Reichensperger aus der Nationalversammlung aus. Aus der Begründung sprach einmal die Enttäuschung über das Scheitern der deutschen Frage im großdeutschen Sinne, das er einseitig dem Parlament anlastete, und zweitens die Ablehnung jeglichen Exekutivanspruchs einer Versammlung, die zur Verfassungsberatung und nicht zur Gewaltanwendung einberufen worden war. Als konstitutioneller Liberaler lehnte er jede Gewalt bei der Durchsetzung der Reichsverfassung ab; die sogenannte Reichsverfassungskampagne sah ihn jedenfalls nicht auf ihrer Seite. Statt dessen wandte er sich seinem erlernten Beruf zu. Am 19. Juni 1848 war er zum Kammerpräsidenten beim Landgericht Köln mit 1200 Taler Jahresgehalt befördert worden. Am 1. November 1849 erfolgte die Ernennung zum Appellationsgerichtsrat, ebenfalls in Köln. Sein Einkommen, das das 12-fache eines Hafenarbeiters, das 8-fache eines Handwerksgesellen und das 6-fache eines Elementarlehrers ausmachte, verlieh ihm die Sicherheit einer gut bürgerlichen Lebensführung, die über die notwendige Subsistenz hinaus Pflege der Geselligkeit, Reisen, literarische Tätigkeit, vor allem zugunsten des Kölner Dombaus, und solide Erziehung und Bildung der Kinder erlaubten.

1850 wurde Reichensperger im Wahlkreis Köln-Land in das Erfurter Unionsparlament gewählt. Gemeinsam mit seinem Bruder Peter suchte er dort die großdeutsche Linie fortzusetzen. Wie die ganzen Erfurter Bestrebungen, so blieb auch die Tätigkeit der beiden Reichensperger eine Episode. Wesentlich bedeutsamer für August Reichenspergers Biographie war seine langjährige Arbeit im preußischen Abgeordnetenhaus (1850–1863). Zunächst vertrat er den Wahlkreis Lüdinghausen-Beckum, seit 1852 Köln-Land–Euskirchen–Bergheim in Berlin. Von Anfang an kämpfte er für die Aufrechterhaltung der im Januar 1850 endgültig beschlossenen preußischen Verfassung. Es waren jedoch nicht nur sein Sinn für das Recht und seine gemäßigt liberale Auffassung, die ihn für das Verfassungswerk einnahmen, sondern auch die mit der Verfassung erstmals gebotene Möglichkeit für die preußischen Katholiken, von einem festen Rechtsboden aus ihre „Parität" einzuklagen. Umso betroffener war er, als er wegen seines energischen Eintretens für die Verfassung von seiten der von ihm selbst inaugurierten und geförderten katholischen „Deutschen Volkshalle" in Köln auf das schärfste attackiert wurde. Diese Angriffe hörten erst auf, als der maßgebende Einfluß reaktionärer Kräfte auf das Blatt, vorwiegend aus dem rheinischen und westfälischen Adel, gebrochen war – im übrigen ein Beleg dafür, daß von einer einheitlichen politischen Linie innerhalb des Katholizismus nicht gesprochen werden konnte. Zwar bildete sich dank der ungeschickten Maßnahmen der preußischen Regierung hinsichtlich der Volksmissionen, die in den 50er Jahren einen mächtigen Aufschwung genommen hatten, und der Zulassung preußischer Theologiestudenten in Rom 1852 eine „Katholische Fraktion" im Landtag zur Verteidigung katholisch-kirchlicher Interessen, doch bei „nicht-katholischen Angelegenheiten" behielten die Mitglieder der Fraktion, anfangs 63 Abgeordnete, durchaus freie Hand.

So entwickelte sich die Fraktion unter der zielbewußten Führung beider Reichensperger, deshalb auch Fraktion Reichensperger genannt, zu einem schlagkräftigen Instrument gegenüber den offenen und geheimen, die Katholiken benachteiligenden Maßnahmen der Regierung Manteuffel/Westphalen, so z. B. bei den Debatten um die staatlichen Eingriffe gegen das katholische Vereinswesen oder die permanente Verweigerung des Rechtes auf Parität des katholischen Unterrichtswesens; eine Kritik, die im übrigen von fast allen Frak-

tionen des Abgeordnetenhauses geteilt wurde. Reichenspergers Einsatz im Landtag und in der Presse zugunsten der verfassungsmäßigen Rechte der Juden, der Pressefreiheit, der Rechte aller Religionsgemeinschaften und der freiheitlichen Ausgestaltung der rheinischen Gemeindeordnung verriet den toleranten und liberalen Akzent seiner Politik, die sich nicht bloß auf die Verteidigung der Rechte und Freiheiten der Katholiken beschränkte. Doch nicht alle Mitglieder der Fraktion folgten ihm auf diesem Wege.

Beifall und Ermutigung erhielt er von Montalembert. Der jahrzehntelange briefliche Austausch mit diesem hervorragenden Vertreter des französischen „Catholicisme libéral" war für die Stärkung der politischen Auffassung Reichenspergers gegenüber den z. T. reaktionären Positionen mancher einflußreicher Ultramontaner von erheblicher Bedeutung. Reichensperger war infolge seiner Leistungen innerhalb und außerhalb des preußischen Parlaments zu einem der führenden Persönlichkeiten unter den Katholiken aufgestiegen. Die Präsidentschaft des ersten Katholikentages in Köln 1858, der zahlenmäßig die bisher größte Versammlung dieser Art mit mehreren hundert Teilnehmern war, war ein glänzender Beweis des Vertrauens in seine Führungseigenschaften. Eine bleibende Erinnerung an diese Versammlung ist die heute auf dem Platz vor dem Chor der Gereonskirche aufgestellte, aus Anlaß des Dogmas von der Unbefleckten Empfängnis Mariens gewidmete neugotische Mariensäule, für Reichensperger ein Muster der Wiederbelebung der alt-christlichen Kunst.

Mit der „Neuen Ära" in Preußen geriet die „Katholische Fraktion", seit 1859 Centrum genannt, in schweres Fahrwasser. Die Bedrohung kam weniger aus dem Festhalten an der großdeutschen Idee, die die beiden Reichensperger in der Schrift „Deutschlands nächste Aufgabe" (1860) unter Ablehnung der Einigung Italiens wegen der Gefährdung der päpstlichen und österreichischen Stellung vehement verteidigten, als aus dem 1861 ausbrechenden Konflikt um den Militärhaushalt, der sich dann zum Verfassungskampf ausweitete. Die vermittelnde Haltung Reichenspergers, einerseits die Grundlagen der Verfassung vor allem gegen die Übergriffe der seit September 1862 amtierenden Regierung Bismarck zu verteidigen, andererseits die ihm berechtigt erscheinenden Forderungen der Regierung nach gerechterer Wehrverfassung und besserer Landesverteidigung zu akzeptieren, fand auch im Centrum immer weniger Anhänger – zumal die Fraktion bei den Wahlen 1862 und 1863 einen starken Mandatsverlust hinnehmen mußte. Die kirchlichen Fragen waren in den

Hintergrund gedrängt; das politische Klima wurde ganz von dem Verfassungskonflikt bestimmt.
Reichenspergers Vorschlag an Bismarck, schon im Jahre 1863 Indemnität zu beantragen, war zwar weitblickend, aber erfolglos. Die Tatsache, daß auch die „Kölnischen Blätter" und die führenden Kreise des Katholischen Kölner Bürgervereins ihm das Mißtrauen aussprachen, empfand er als Undank. Im September 1863 verzichtete er auf die Annahme eines weiteren Mandats, um nicht, wie er zu Recht schrieb, „zwischen mehr als zwei Stühlen zu sitzen". Die nächsten Jahre widmete er sich der Kunst, hier vordringlich dem Kölner Dom, der Denkmalpflege und vor allem dem Kolpingschen Gesellenverein, den er als moderne Antwort auf das Handwerkerelend seiner Zeit und zugleich als wichtiges Element der Rechristianisierung der Gesellschaft bewertete.
Die Ereignisse des Jahres 1866 trafen ihn tief. Am Tage nach der Schlacht von Königgrätz (4. Juli) schrieb er in sein Tagebuch: „An allen Straßenecken ist der große Sieg zu lesen. Es kostet sehr viel Mühe, sich in solche Ratschlüsse Gottes zu fügen und nicht zu der Ansicht zu gelangen, daß nur für kleine bürgerliche Verhältnisse das Recht existenzberechtigt sei, daß im Großen und Ganzen aber Gewalt, List und Trug zur Herrschaft berufen seien, und der Zweck sowohl als die Mittel nicht religiösen und moralischen Prinzipien unterliegen." Nicht nur die großdeutsche Idee war damit ihrer faktischen Grundlagen beraubt, sondern auch Reichenspergers Glauben an Recht und Wahrheit schien erschüttert. Die Fähigkeit zur schnellen Wendung, die der Mainzer Bischof von Ketteler in seinem Buch „Deutschland nach dem Kriege von 1866" zugunsten der kleindeutschen Realität vollzog, war ihm nicht gegeben. Der Kritiker mag eine solche Haltung als realitätsfern, unflexibel oder gar starrsinnig bezeichnen, doch sprach nicht eher menschliche Größe aus der Haltung Reichenspergers, die sich durch Gehorsam gegenüber dem Recht, Treue gegenüber lebenslangen Idealen und Festhalten an moralischen Grundprinzipien auch im politischen Leben auszeichnete?

V

Im Jahre 1870 kehrte Reichensperger ins politische Leben zurück. Die großen kirchenpolitischen Ereignisse wie der Syllabus errorum (1864), das Erste Vatikanische Konzil (1869/70) und die Verkündigung des Unfehlbarkeitsdogmas (1870) hatten seine ultramontane Einstellung unberührt gelassen. Der Begründer der christlichen

Archäologie und Trierer Priester Franz Xaver Kraus, ein erbitterter und verbitterter Gegenspieler des Ultramontanismus in Deutschland, der ansonsten der Persönlichkeit August Reichenspergers großen Respekt zollte, war verwundert über die Gelassenheit, mit der dieser ohne ersichtliche Kämpfe Syllabus und Dogma akzeptierte. Der Grund mag darin liegen, daß sich Reichensperger und andere ultramontane Persönlichkeiten wie sein Bruder Peter, Hermann von Mallinckrodt oder Ludwig Windthorst, nie in theologische Fragen einmischten, sondern ihre Aufgabe auf dem rein kirchenpolitischen Gebiet, von dem sie einiges verstanden, sahen.

Allerdings folgten sie bereitwillig den negativen Urteilen der Bischöfe und ultramontaner Geistlicher über bedeutende Theologen wie Anton Günther oder Ignaz Döllinger. So schrieb Reichensperger, wenn er über abweichende Tendenzen in Kirche und Theologie berichtete, despektierlich von der „Döllingerei", einer Annotation zu Döllinger, die den großen Münchner Kirchenhistoriker persönlich und wissenschaftlich herabsetzen sollte. Diese kleinliche Kritik sprach mehr gegen ihn als gegen Döllinger – ein Beispiel für die bösen Folgen eines kirchenpolitischen Kampfes, der selbst den Gerechtigkeitssinn eines Reichenspergers zu trüben vermochte.

Von Koblenz-St. Goar (bis 1873), nach einer Pause ab 1879 von Köln-Stadt in das preußische Abgeordnetenhaus und von Krefeld in den Reichstag geschickt, kamen für Reichensperger die schweren Jahre des Kulturkampfes. Sein Name hatte auch bei dem politischen Gegner noch so viel Ansehen, daß der Wahlprüfungsausschuß des Reichstages die Unregelmäßigkeiten, die bei seiner Wahl vorgekommen sein sollten, überging, und die Wahl als gültig anerkannte. Als Mitgründer des neuen Zentrums im preußischen und Reichsparlament und „berufener Führer des katholischen Volkes" stand er neben seinem Bruder Peter, Hermann von Mallinckrodt, Karl Friedrich von Savigny und nicht zuletzt Ludwig Windthorst in der vordersten Linie im Streit um die Rechte der Kirche und der katholischen Schule gegen die Angriffe des Staates und des Liberalismus.

Seine Reden kreisten, wie schon in den 50er Jahren im preußischen Landtag, vorwiegend um die Verteidigung der preußischen Verfassung, die er infolge der Maigesetze als „Maßnahmegesetze" gegen die katholische Kirche 1873 und 1874 und schließlich die Abschaffung ihrer den Frieden zwischen Staat und Kirche garantierenden Artikel, auf das Schwerste beschädigt sah. Immer wieder klagte er, gemeinsam mit seinen Fraktionsgenossen, die Regierung im Reichstag gegen die zunehmende Kirchenverfolgung durch Absetzung und

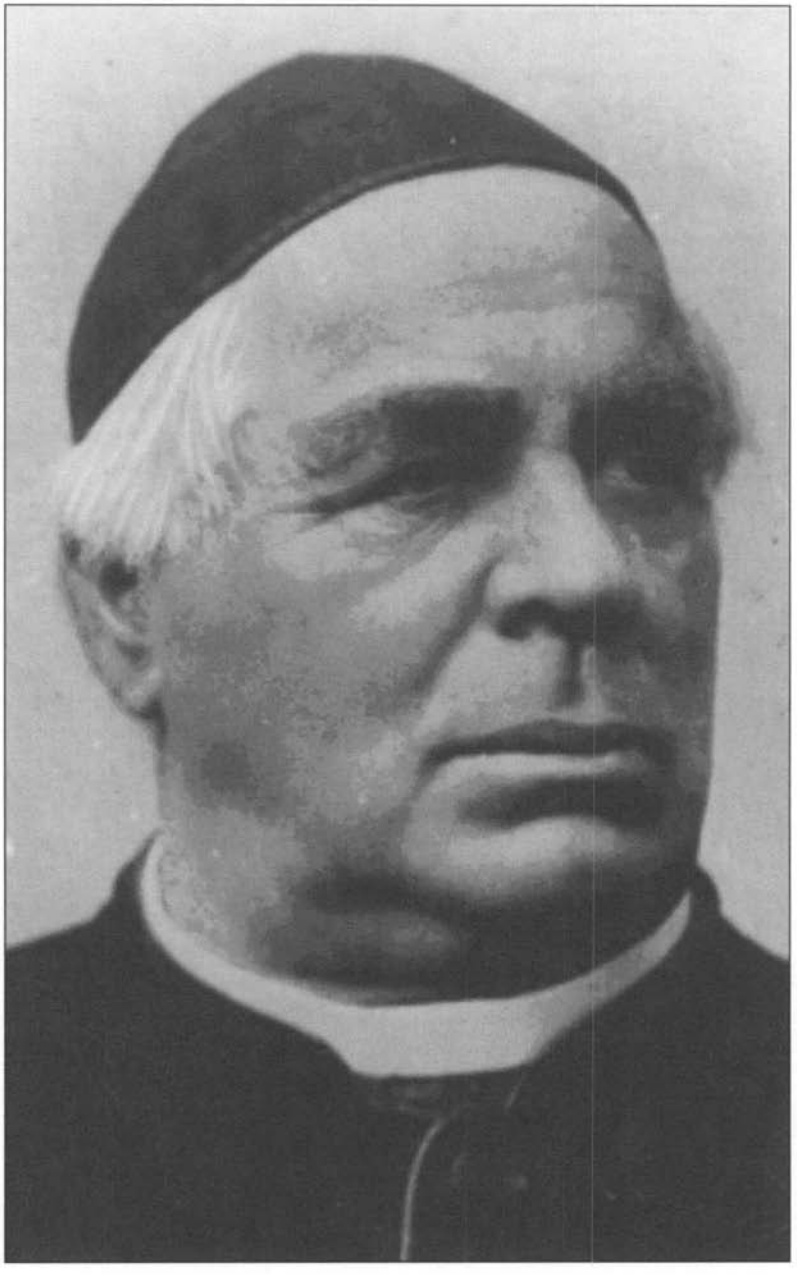
Verhaftung etwa des Kölner Erzbischofs Melchers und Hunderte von Pfarrern an. Dem auf Vermittlung und Ausgleich angelegten Naturell Reichenspergers entsprach die Härte dieser z. T. persönlich geführten Auseinandersetzungen nur wenig; so hielt er, anders als etwa Windthorst, auch noch auf dem Höhepunkt des Kulturkampfes Kontakt zu Bismarck und politischen Gegnern. Die entschlossene Unnachgiebigkeit und der scharfe Debattenstil des ehemaligen hannoverschen Justizministers lagen ihm nicht. Genau dies aber wünschte die Mehrheit des Zentrums, und dies war vor allem in der katholischen Bevölkerung populär.

So geriet Reichensperger mehr und mehr hinter Windthorst in die „zweite Linie". Sein Ansehen in der Fraktion und bei seinen Wählern litt dadurch jedoch keineswegs. Das galt auch bei seinem abweichenden Abstimmungsverhalten gegenüber der Mehrheit der Fraktion in Fragen, die nicht-kirchenpolitischer Art waren. So hatte er das Sozialistengesetz 1878 und 1880 gemeinsam mit der Fraktion aus rechtlichen Gründen abgelehnt, obwohl er die Sozialdemokratie als revolutionäre Partei und Feindin der Kirche auf das schärfste bekämpfte; bei der Verlängerung des Gesetzes 1884 entschloß er sich mit einer Minderheit des Zentrums, darunter seinem Bruder Peter, dem Antrag der Regierung Bismarck zuzustimmen. Die rechtliche Problematik war ihm immer noch bewußt, doch glaubte er, nur durch ein Verbotsgesetz der sozialdemokratischen Gefahr begegnen zu können, weil die Kirche als der eigentliche Damm durch die „Ausnahmegesetze in ihrem Wirken gegen dieselbe nur allzu sehr gehemmt wird", wie er nach Krefeld schrieb.

Auch in Fragen der Bildungspolitik schwamm er nicht im großen Strom seiner Partei. Sein Eintreten für das Erlernen lebender Fremdsprachen statt des Griechischen in den Gymnasien, die Abschaffung der entwürdigenden Prügelstrafe, die Entlastung der Kinder in den Volks- und höheren Schulen von der „Vielwisserei", statt dessen eine stärkere Gewichtung der Charaktererziehung, waren moderne, zukunftsweisende Forderungen. Im Frühjahr 1885 wurde Reichensperger von einer lebensgefährlichen Krankheit befallen. Dies war für ihn das Signal, aus dem parlamentarischen Leben auszuscheiden. Mit dem Wunsch, „freie Kirche im freien Staat", ein Satz, der schlagwortartig sein gesamtes politisches Credo zusammenfaßt, verabschiedete er sich von seinen Kölner und Krefelder Wählern.

Seine politische Arbeit hatte Reichensperger nicht nur Ruhm eingebracht. So wurde er bei der Beförderung auf eine höhere Position in der Kölner Justiz mehrmals übergangen. Bei seinem Abschied aus dem aktiven Dienst 1875 wurde er ohne die übliche Ehrung durch eine Ordensverleihung entlassen; „als ob ich silberne Löffel gestohlen hätte", war sein bitterer Kommentar über dieses Verhalten der Regierung. Andererseits durfte er sich über die Verleihung der Ehrendoktortitel der Akademie Münster und der Universität Löwen sowie der Ehrenpräsidentschaft bei den Katholikentagen in Trier 1887, Koblenz 1890 und Köln 1894 freuen. Sie waren Zeugnisse für das hohe Prestige, das er im deutschen Katholizismus genoß. Auch die Ehrenbürgerwürde der Städte Oppenheim, Koblenz und 1895 Köln kennzeichneten den Respekt, den die Bürgerschaft dieser Städte Reichensperger vor allem wegen seiner Leistungen in der Denkmalpflege zollte. In zahllosen Schriften und auch häufig auf der Tribüne des Parlaments hatte er an die Verantwortung von Staat und Gesellschaft für die Erhaltung des großen Erbes an Denkmälern aus der Vergangenheit appelliert; eine Aufgabe, die über hundert Jahre nach seinem Tod ihre Aktualität keineswegs eingebüßt hat.

Reichensperger starb am 16. Juli 1895 in seinem Haus in Köln, Am Klapperhof 14, zeit seines Lebens ein beliebter Treffpunkt von Freunden, Politikern, Architekten und Künstlern. Der große protestantische Berliner Gelehrte Friedrich Paulsen, mit dem Reichensperger viele Jahre in Freundschaft verbunden war, hat von seiner Persönlichkeit ein treffendes Bild überliefert: „... im Grunde seines Herzens war dieser streitbare Mann, der den Kampf so wenig fürchtete, friedfertig und friedliebend; er hat sein Leben lang dem Frieden, wo er in Ehren zu haben war, das Wort geredet; so suchte er auch persönlich den Frieden mit allen Menschen guten Willens. Er war wirklich ein innerlich freier Mann, der auch das Berechtigte der andern Gedanken zu empfinden im Stande war."



Sebastian Kneipp (1821–1897)

Sebastian Kneipp war zeit seines Lebens ein nüchterner Realist, fromm, aber nicht wundersüchtig oder gar abergläubisch. Als er jedoch Anfang Mai 1855 als zukünftiger Beichtvater des Dominikanerinnenklosters nach Wörishofen kam, den gotischen Satteldachturm der Pfarrkirche St. Justina erblickte und davor das zierliche Rokokotürmchen des Dominikanerinnenklosters, soll er eigenartig bewegt gewesen sein. Beide Türme seien ihm schon einmal in seiner Jugend im Traum erschienen, und eine „innere Stimme" habe ihm gesagt, daß er an diesem Ort Großes vollbringen werde.
Sein Tod am 17. Juni 1897 wurde in ganz Europa und darüber hinaus zur Kenntnis genommen. Jedermann kannte mittlerweile den berühmten „Wasserdoktor", dessen Name mit einer heilkräftigen Therapie gleichgesetzt wurde. Mittlerweile hat sich sein Werk auch auf wissenschaftlicher Ebene längst durchgesetzt. Zu verstehen ist es nur im Rückblick auf ein Leben, das geprägt war von Mühen und Schwierigkeiten.

I

Am 17. Mai 1821 wurde Sebastian Kneipp als Sohn eines Landwebers in Stephansried bei Ottobeuren geboren. Er hatte noch vier Geschwister, und die Erträge des winzigen Bauernhofes und der Weberei reichten kaum für das tägliche Brot. „Wir haben gemeint, du stirbst, jetzt haben wir dich auch noch aufziehen müssen", wurde ihm von der Mutter nicht nur einmal vorgehalten. Das elterliche Haus hat er selbst beschrieben: „Eine alte Hütte aus Holz, nur Herd und Kamin waren gemauert. Die Bretter an den Wänden waren alt und morsch, und gerade da, wo ich meine Schlafkammer hatte, waren sie voller Löcher. Auf meinem Bette, das dicht an der Wand stand, habe ich im Winter recht oft so viel Schnee vorgefunden, daß ich einen ordentlichen Schneeball daraus machen konnte."
Seine Kinder- und Jugendjahre haben Kneipp für sein ganzes Leben geprägt. „Ich habe den Bettelsack nie getragen", schrieb er, „aber ich bin hart daran geboren ... Ich sah meine Mutter einmal weinen,

weil sie 15 Kreuzer bezahlen sollte und nur neun Kreuzer im Sack hatte." Nie vergaß er zum Beispiel den Tag seiner Erstkommunion. Er sollte einen Festtagsrock bekommen, und weil man kein Geld für Stoff hatte, ließ die Mutter ihren Hochzeitsrock für den Buben umarbeiten. Dieser war überglücklich und dankte der Mutter, die sich von ihrem besten Kleidungsstück getrennt hatte. Umso schlimmer war die Enttäuschung: „Wie ich aber mit diesem Festtagsrock unter meine Kameraden kam, wurde ich zum Gespött und zum Gelächter. Weil dieses Tuch Falten hatte und die Farbe außen verloren, innen aber behalten hatte, bekam ich einen Rock, wie ich ihn auch nie gesehen, voll Falten und voll Streifen. Geradeso, wie ich von der Mutter beschenkt wurde mit dem Hochzeitsrock, so hatte der Vater noch einen Hut, von der alten Bürgergarde herstammend; dieser wurde innen fest ausgefüttert, daß er zuletzt doch auf den Kopf gepaßt. Alles bewunderte und belachte meinen Hut. – So geht es den Armen!"

Derartige Erfahrungen waren sicherlich auch der Grund, weshalb er sich stets um einfache Menschen besonders kümmerte. Es war ihm immer ein Anliegen, daß die Armen, die er als „seine" Kurgäste bezeichnete, gut versorgt wurden: „Von mir wird, wer arm ist, behandelt wie ein Millionär", pflegte er zu sagen und auch danach zu handeln. Mittellose Patienten erhielten von ihm neben der selbstverständlich kostenlosen Behandlung oft noch erhebliche Geldzuwendungen.

Bereits als Elfjähriger wurde Sebastian am Webstuhl im Keller angelernt, und schon im folgenden Jahr mußte er täglich fünf Ellen weben, das waren etwa drei Meter, und dazu brauchte er von morgens früh bis zum Abend. Der 16jährige Bastian arbeitete im Winterhalbjahr am Webstuhl, im Sommer verdingte er sich als Bauernknecht oder als Maurer, was sich eben anbot. Die Mutter führte ein strenges Regiment, dem sich auch der Vater widerspruchslos fügte. Bis zu ihrem frühen Tod im Jahre 1841 hielt sie, die Kneipp als „sehr scharf" charakterisierte, die Familie zusammen. Sie war eine kundige Kräuterfrau, von der Sebastian viel über die Heilkräfte der Pflanzen erfuhr. Der Vater war klug und vielseitig interessiert, vor allem an Mathematik, Geschichte und Geographie, und in seiner knappen Freizeit las er gerne.

Bastian erwies sich als heller Kopf, hatte ein glänzendes Gedächtnis und hervorragende mathematische Fähigkeiten. Das Abschlußzeugnis der Sonn- und Feiertagsschule bestätigte dem Achtzehnjährigen in fast allen Fächern vorzügliche und sehr gute Leistungen.

Kein Wunder, daß ein derart begabter junger Mensch sein Lebensziel weder als Weber noch als Bauer oder Maurer fand. Seit seinem elften Lebensjahr hatte er nur einen Wunsch: er wollte Pfarrer werden und bat seine Eltern immer wieder darum, ihn studieren zu lassen. Aber ebenso regelmäßig erfolgte ihre Antwort: „Wir haben kein Geld." Vier Tage vor seinem Tod sagte er seinem Freund und Arzt Dr. Alfred Baumgarten: „Zwei Dinge sind es gewesen, die ich in meiner Jugend hauptsächlich gefürchtet hab': die Rute und die Hölle; und um beiden zu entgehen, wollte ich alle möglichen Mittel anwenden. Es sagte mir nun klar eine innere Stimme: Willst Du der Hölle entgehen, so werde Priester. – Dies aber geschah zuerst, da ich noch ein kleiner Knabe war. – Und seit der Zeit verließ mich dieser Gedanke nicht mehr, und ich war einzig und allein von dem Wunsche beseelt, Priester zu werden."

Sebastian bat sämtliche Pfarrer der Umgebung um Unterstützung und erhielt lediglich ablehnende Antworten: er sei zu alt; wenn Gott ihn als Priester gewollt hätte, wären auch die Mittel dafür vorhanden. Kneipp erinnerte sich später daran, wie der Ottobeurer Kaplan mit seinen Eltern redete: „ ‚Talent hat er; wenn Ihr ihm 2000 Gulden geben könnt, so laßt ihn studieren; wenn ihr aber dazu nicht imstande seid, dann nicht!' Ich wußte nun, woran ich war. Der Herr Kaplan hatte das Todesurteil über meinen Herzenswunsch gesprochen. Kalt wandte sich der Vater an mich: ‚Fort, geh hinunter in den Keller an den Webstuhl!' Ich meinte, der Schlag müßte mich treffen, so weh hat mir das getan."

Ein Versuch, am Gymnasium in Kempten unterzukommen, schlug fehl, weil der Vater die Erlaubnis zum Besuch des Gymnasiums verweigerte. Aber der junge Mann ließ sein Ziel nicht aus den Augen. Er schuftete buchstäblich Tag und Nacht, nahm jede Zusatzarbeit an und ersparte im Lauf der Jahre 70 Gulden. Im Juni 1842 wollte er offiziell auf Wanderschaft gehen; in Wirklichkeit plante er die Suche nach einem Pfarrer, der ihn auf das Studium vorbereitete, damit er die ersten Gymnasialklassen überspringen konnte.

Am 17. Mai 1842, es war sein 21. Geburtstag, brach im Dorf Feuer aus. Innerhalb einer Stunde standen von den vierzehn Häusern dreizehn in Flammen, darunter Sebastians Elternhaus, in dem neben den Möbeln auch seine 70 Gulden verbrannten.

Nun konnte Sebastian den Vater nicht im Stich lassen. Erst als das Haus wieder aufgebaut war, machte er sich auf den Weg. Über Mindelheim kam er nach Augsburg, wo er sah, daß die aufkommende mechanische Spinnerei und Weberei das Ende der Handweberei be-

deutete und sein Beruf keine Zukunft hatte. Über München, Starnberg und Schongau marschierte er nach Stephansried zurück. Den Studiumswunsch wollte er nun erst recht nicht aufgeben.

II

Im Herbst 1842 wandte er sich an den jungen Kaplan Matthias Merkle in Grönenbach, mit dem er weitläufig verwandt war, und bat ihn, ihm Lateinstunden zu geben. Der schmächtige, kleine Priester betrachtete den kräftigen Kneipp und meinte zweifelnd: „Es wird wohl schwer gehen ... aber ich will den Versuch machen und Ihnen Unterricht geben, wie ich Zeit finde, und dann wird es sich schon herausstellen, wie es geht." Kneipp konnte beim Bürgermeister in Grönenbach umsonst wohnen. Dafür half er kräftig in der Landwirtschaft mit und erhielt von verschiedenen Bauern Kosttage.
Immerhin war er gut 21 Jahre alt, als er mit dem Erlernen der lateinischen Sprache begann, aber dank seines ausgezeichneten Gedächtnisses machte er erstaunliche Fortschritte. Merkle wurde bald darauf nach Augsburg und später nach Dillingen versetzt, doch nahm er seinen Schüler jeweils mit. Es brauchte allerdings viele Empfehlungen, bevor der Dillinger Gymnasialrektor den 23jährigen Kneipp im Herbst 1844 ins Gymnasium aufnahm. Mit so alten Schülern werde es nichts Gescheites mehr, meinte er, doch Kneipp bestand die Aufnahmeprüfung mit „hochbefriedigendem Erfolg", und im Jahreszeugnis erreichte er unter 29 Mitschülern den 16. Platz. Das Zeugnis bestätigte ihm in allen Fächern ein „vorzüglich" im Fleiß, ein „vorzüglich" auch in Mathematik, ein „noch sehr gut" in Latein und ein „gut" in Griechisch.
Wiederum gab es Schwierigkeiten. Die dauernden Überanstrengungen in den vergangenen Jahren hatten Kneipps Körper geschwächt: er konnte kaum etwas essen, schlief schlecht, fühlte sich matt und elend. Der Dillinger Militärarzt, ein erfahrener Mann, diagnostizierte Lungenschwindsucht, die typische Weberkrankheit. Im dritten Gymnasialjahr fehlte Kneipp fast die Hälfte des Schuljahres. Während der Sommerferien erholte er sich etwas und kehrte gekräftigt nach Dillingen zurück. Er arbeitete mit allen Kräften und bestand im August 1848 die Reifeprüfung.
Im Herbst 1848 schrieb er sich am Lyceum in Dillingen für das viersemestrige Studium der Philosophie ein. Als er jedoch erfuhr, daß man in München den gleichen Studiengang nach zwei Semestern abschließen konnte, wechselte er dorthin. Dort lebte er in äußerster

Sparsamkeit: „Meine Tagesnahrung war: morgens nichts; mittags brauchte ich 4 Kreuzer, entweder um 3 Kreuzer saure Lunge oder Kuttelflecken oder eine ähnliche Kost, welche nicht über 3 Kreuzer kostete, und um 1 Kreuzer Brot. Am Abend kaufte ich um 2 Kreuzer Suppe und um 1 Kreuzer Brot. Einige Male aß ich am Sonntag mittags im Gasthaus eine Weißwurst zu meinem andern Essen."
Der Aufenthalt in München brachte für ihn eine entscheidende Anregung. Bei einem Besuch in der Hofbibliothek stieß er auf eine Schrift aus dem Jahre 1749 mit dem Titel „Unterricht von Krafft und Würckung des frischen Wassers in die Leiber der Menschen besonders der Krancken, bey dessen innerlichen und äusserlichen Gebrauch, welchen aus deutlichen durch die Erfahrung bestätigten Vernunfft-Gründen ertheilet Johann Siegemund Hahn." Er war von dem Text so fasziniert, daß er das Büchlein auf dem Heimweg in einem Antiquariat kaufte.
Als er ab dem Wintersemester 1849 in Dillingen studierte, hatte er wieder Schwierigkeiten mit seiner Lunge. Ab Mitte November marschierte er jeden zweiten Tag zur Donau hinunter und nahm dort bei 1o–15 Grad Kälte drei bis vier Sekunden lang ein Halbbad: „Müde ging ich hinaus, neu aufgefrischt und gestärkt ging ich jedesmal heim, und ich gewann die Überzeugung, wenn es für mich – nachdem alles Angewendete nichts geholfen – ein Heilmittel gibt, so wird es das Wasser sein." In der Waschküche des Lyceums nahm er zusätzlich Halbbäder und verabreichte sich Güsse. Bald fühlte er sich erholt und gesund und war überzeugt von der segensreichen Kraft des Wassers.
Im Sommer 1850 erhielt er im Georgianum in München einen Freiplatz. Zum ersten Mal in seinem Leben konnte er nun ohne finanzielle Sorgen studieren, und er genoß den Aufenthalt in München. Noch nie in seinem Leben war es ihm so gut gegangen. Mitalumnen half er bei verschiedenen Beschwerden, wie Lungenkrankheit oder Verstopfung. Anfang August hatte Kneipp das Theologiestudium abgeschlossen. Zeitlebens erinnerte er sich dankbar an das Georgianum, und als Pfarrer von Wörishofen überwies er 21 000 Mark für arme Studenten; damals eine gewaltige Summe.
Die Vorgesetzten stellten ihm ein hervorragendes Zeugnis aus: „Kneipp, Sebastian, besitzt sehr viele Fähigkeiten, vorzüglichen Fleiß, sehr viele Kenntnisse. Die Lücke in denselben datiert von der mangelhaften Vorbildung, indem Kneipp bereits an Alter vorgerückt war, als er vom Webstuhl seines Vaters und den bäuerlichen Arbeiten, gemahnt durch einen unüberwindlichen Drang, den Studien sich

zuwandte. Sein Eifer, namentlich für die Schule ist sehr groß, und er verspricht bei seiner großen Gewissenhaftigkeit, seinem frommen Sinn und heiteren Ernste ein tüchtiger Seelsorger zu werden, zumal er die in seinem früheren Berufsleben unter dem Landvolke gemachten Wahrnehmungen und Erfahrungen wohl zu benutzen versteht. Durch die ungewöhnliche Energie seines Willens wird er mit der Gnade Gottes manches Unbehilfliche im Umgang noch überwinden. Sein Vortrag nach Inhalt und Deklamation verdient die erste Note. Die Form der Darstellung und die Aktion werden durch die Übung gebessert werden. Seine Gesundheit ist sehr kräftig."

III

Am 6. August 1852 weihte der Augsburger Bischof Peter von Richartz Kneipp zum Priester. Seine Primiz feierte der junge Priester am 24. August in der Basilika Ottobeuren. Der kränkelnde Vater erlebte diesen Festtag noch; elf Tage später starb er. Das Thema von Kneipps erster Predigt lautete „Rette deine Seele" und entsprach genau den frühen Kindheitseindrücken, die ihn veranlaßt hatten, Priester zu werden.

Nach kurzer Tätigkeit als III. Kaplan in Biberach bei Augsburg wurde Kneipp Pfarrvikar in Boos, nördlich von Memmingen. Die Leute mochten den neuen Kaplan, der gerne mit ihnen redete und nicht nur in religiösen Fragen Rat wußte. „Der siecht dr Kuh am Euter an, was z'Berlin dr Butter koscht", meinte der Bürgermeister, und das war ein erstaunliches Kompliment für einen studierten Herrn.

Bald wußte man im ganzen Dorf und darüber hinaus, daß der Kaplan nicht nur ein Seelendoktor war, sondern auch leibliche Gebrechen zu kurieren verstand. Er heilte zwei Cholerafälle und 40 Kranke mit Brechdurchfall. In der ganzen Umgebung nannte man ihn jetzt den „Cholera-Kaplan", und dies war als noch größeres Kompliment gemeint.

Eine der ersten Kurvorschriften Kneipps hat sich erhalten. Sie stammt aus dem Jahre 1853 und gibt in 22 Punkten Anweisungen für die Behandlung einer jungen Frau, die an Gelbsucht erkrankt war. Klar und bestimmt, auf die Minute genau, ordnet Kneipp an, wie die Behandlungen mit kaltem Wasser, Wärme und Wickel aufeinander zu folgen hatten. Die Frau wurde ohne zusätzliche Mittel gesund, Kneipp aber erhielt prompt eine Vorladung vom Landrichter in Babenhausen, der ihn zu zwei Gulden Strafe verurteilte und

zugleich ein Heilmittel für seine Gicht erbat. Kneipp legte eine Kurvorschrift zu den zwei Gulden. Dann meinte der Landrichter: „Kurieren Sie die, welche keine Hilfe bekommen oder kein Geld haben, um Hilfe zu suchen, und seien Sie weiter ein Helfer in der Not!"

Die kirchlichen Vorgesetzten in Augsburg verboten Kneipp alle Kuren und versetzten ihn als III. Stadtkaplan nach Augsburg St. Georg, verbunden mit dem strengen Hinweis, „durch Krankenbehandlung keinen Anlaß zu Beschwerden zu geben". Kneipp wollte sich auch daran halten, aber wenn er die Not einfacher Leute sah, die sich keinen Arzt leisten konnten, dann vergaß er alle guten Vorsätze, und er sagte den Leuten, „wie man sich mit Wasser Hilfe verschaffen könne". Das bischöfliche Ordinariat erfuhr davon und beschloß, diesen bäuerlichen Kurpfuscher an einen Ort zu versetzen, wo er keinen Schaden anrichten konnte: er wurde Beichtvater im Wörishofer Dominikanerinnenkloster. Niemand ahnte damals die Folgen dieser Entscheidung: Kneipp wurde zum berühmten, heilkundigen Seelsorger, der unendlich vielen Menschen half, und Wörishofen entwickelte sich zum weltberühmten Kurort.

Der neue Beichtvater fühlte sich nicht als Frührentner, sondern sah eine Fülle von Aufgaben. Den ihm anvertrauten Konvent mit insgesamt zwanzig Chorfrauen und zehn Laienschwestern wollte er zu einer vernünftigen Frömmigkeit erziehen. Er hielt nichts von Rekordleistungen bei Entsagung und Gebet, sondern wünschte ein überzeugtes Leben aus dem Glauben. Als Ausgleich zu den Zeiten des Gebets und der Betrachtung verlangte er auch für die Chorschwestern die Tätigkeit in Küche, Haus und Garten, auf Äckern und Wiesen. Zugleich ließ er das Essen für die Schwestern verbessern und sorgte für vitaminreiche, gesunde Kost.

Bisher gab es in der kleinen Klosterlandwirtschaft vier Kühe, Hühner und ein paar Gänse. Kneipp erwarb billige, nasse Wiesen und ließ sie trockenlegen, kaufte leistungsfähiges Vieh, erwarb neue Geräte, um die Arbeit zu erleichtern, und machte Versuche mit verbesserten Getreidesorten. Die Wörishofer Bauern staunten, wenn der Herr Hochwürden vom Kloster eigenhändig Mist auf Äcker und Wiesen fuhr. Schließlich gründete er eine Klosterbrauerei, die höchst erfolgreich arbeitete.

Kneipps besondere Fürsorge galt dem Heim für Waisenkinder, das die Schwestern unterhielten. Es handelte sich vorwiegend um junge Menschen, für die niemand etwas bezahlen wollte oder konnte. Um so notwendiger war es aber, daß diese durch die Schwestern mütter-

liche Güte und Liebe erfuhren. Kaum ein Tag verging, an dem er nicht selbst bei den Kindern war, mit ihnen redete, sich von ihnen erzählen ließ. Für sie hatte er immer Zeit. Unermüdlich sorgte er sich um sie, prüfte, ob Ernährung und Kleidung gut und zweckmäßig waren, und ging oft mit ihnen spazieren, erklärte ihnen, was es zu sehen gab, nannte die Namen von Tieren und Pflanzen. Kneipp wußte, wie wichtig für Kinder das Auswendiglernen und das Spiel auf der Bühne war. Seit 1858 verging kein Jahr, in dem nicht die Waisenkinder zu Festlichkeiten Gedichte vortrugen und Theaterstücke aufführten, zu ihrem eigenen Vergnügen und zur ebenso großen Freude des Herrn Beichtvaters, der am Schluß regelmäßig zu fragen pflegte: „Isch's scho gar? Hat man nicht noch 'was?"
In der Mädchenschule des Klosters unterrichtete er auch Religion. Weil es kein geeignetes Buch gab, stellte er nach dem Vorbild des hl. Canisius einen „Katechismus für den Schulgebrauch" zusammen, der in lebendigem Frage- und Antwortspiel die wichtigsten Lehren der Kirche enthielt. Gerne verlegte Kneipp bei schönem Wetter den Unterricht ins Freie und machte das, was man sehen konnte, den Sämann zum Beispiel, den schwer beladenen Erntewagen, die Vögel des Himmels, zur Grundlage seiner Erläuterungen, die den Schülerinnen unvergeßlich blieben.
Gelegentlich übernahm er dann auch gleich noch den Rechenunterricht, der ihm so viel Spaß machte, seit ihm der Vater beim Weben unzählige Aufgaben gestellt und so mit ihm das Kopfrechnen geübt hatte. Für alle Arten des Unterrichts waren ihm stets Bildhaftigkeit und Anschaulichkeit wichtig.

IV

Selbstverständlich vergaß Kneipp nicht auf seine Wasseranwendungen. Er spürte, wie gut ihm das kalte Wasser tat und eigentlich erst durch seine wohltätige Wirkung sein gewaltiges Arbeitspensum ermöglichte. Die Schwestern erzählten sich staunend, daß der Herr Beichtvater unheimlich viel Wasser brauche. Er selbst erinnerte sich: „Die Wasserkur gebrauchte ich in mäßiger Weise, Kost liebte ich die einfachste, Mehlspeisen mit Vorzug, aber immer nur von einfachem Mehl bereitet; und hatte ich, wie ich nach Wörishofen gekommen, bloß 120 Pfund Gewicht, so hatte ich nach 25 Jahren 185 Pfund und jetzt geht es schon darüber."
Mit Krankenbehandlungen war Kneipp zunächst eher zurückhaltend. Wenn er aber Fällen von großer Not begegnete, konnte er doch

nicht untätig bleiben, sondern mußte helfen. So zum Beispiel der 30jährigen Frau aus Gammenried, die in vier Jahren drei Kinder tot geboren hatte. Der Wundarzt Franz Andreas Kling aus Wörishofen teilte ihr mit, daß sie nie ein lebendes Kind zur Welt bringen werde. Sie war verzweifelt, litt an so starken Depressionen, daß man befürchtete, sie könne sich etwas antun. Kneipp sprach mit ihr, verordnete genau festgelegte Wasseranwendungen und eine Diät: „Sie soll nur wenig, aber gut essen." Nach sechs Wochen war die Frau wie umgewandelt, gesundheitlich stabil und fröhlich. Im folgenden Jahr schenkte sie einem gesunden Kind das Leben und bekam noch weitere vier Kinder.

Wieder verbreitete sich Kneipps Ruf als heilkundiger Pfarrer, und rasch kamen immer mehr Menschen aus der Umgebung, aber auch bis von Augsburg und München zu ihm und erbaten seinen Rat. Der Wörishofer Arzt freute sich über eine derartige Konkurrenz verständlicherweise gar nicht. Er und der Türkheimer Bezirksarzt Dr. Schmidt streuten üble Gerüchte aus und meinten, Kneipp habe wohl ein „robustes Gewissen", denn er kuriere Männer in einem Frauenkloster. Kneipp reagierte zunächst gelassen: „Wenn ma über oin schimpfa will und koin findt, no schimpft ma über mi, und wenn oiner a loses Maul hot, no putzt er's an mir; is no a Glück, daß i mr auch gar nix draus mach; goht all's über da Buckl na, und dear isch broit gnua."

Mittlerweile hatte er die Waschküche im Klosterkreuzgang, die von den Wäscherinnen nur am Freitag benötigt wurde, für seine Wasserkuren ausersehen. Die Anfragen von Patienten nahmen zu. Sein ehemaliger Lateinlehrer und Freund, Professor Merkle, erinnerte ihn an Konflikte, die gerade für einen Priester durch den Umgang mit Patientinnen zu befürchten waren. Immer wieder riet er, bei der Behandlung von Kranken einen studierten Arzt heranzuziehen. Kneipp wich zunächst aus: er wolle doch keinen Kurbetrieb einrichten und behandle nur Patienten, die von den Ärzten bereits als unheilbar aufgegeben worden waren. Dazu kam, daß er den Ärzten und dem, was sie verschrieben, mißtraute. Lieber verließ er sich auf die natürliche Heilkräfte der Pflanzen, auf einfache, kräftige Nahrung und vor allem auf das kalte Wasser: „Ich glaube, daß ich kein Heilmittel anführen kann, das sicherer heilt als das Wasser." Diese Aussage begründete er: „Die beste Abhärtung ist der beste Schutz; sie kann nur durch das kalte Wasser erreicht werden. Die Angst und die Furcht, welche man vor dem kalten Wasser hat, ist eine eingebildete. Ich habe noch keinen einzigen Fall erlebt, in welchem das kalte

Wasser, vernünftig angewendet, einen Schaden gebracht hätte ...Ich bin auch der Überzeugung, daß man mit warmen Anwendungen viel leichter Mißgriffe macht – und gerade die Gicht entwickelt sich nur in verweichlichten Naturen. Auf Gottes Erdboden gibt es keine wasserscheueren Leute als diese Gichtkranken; sie fürchten das Wasser wie der Teufel das Kreuz."

Kneipps Gegner ruhten nicht. 1861 kam es zur „Klage des Königlichen Bezirksarztes Dr. Schmidt aus Türkheim in Verbindung mit dem Wundarzt Franz Andreas Kling aus Wörishofen gegen den Beichtvater der Dominikanerinnen Sebastian Kneipp wegen Kurpfuscherei". Die Anschuldigungen wurden dem Regierungspräsidenten Winfried von Hörmann in Augsburg unterbreitet. Dieser hatte Kneipp bei einer Visitation in Wörishofen bereits persönlich kennengelernt. Er schätzte ihn als vorbildlichen, integeren Priester. Das Mindelheimer Bezirksamt erhielt die Klage mit folgendem Vermerk zurück: „Die Handlungsweise des Beichtvaters im Dominikanerinnenkloster zu Wörishofen ist nicht nur nicht straffällig, sondern vollkommen korrekt."

Dr. Schmidt ließ nicht locker. Am 31. Januar 1866 reichte er eine weitere Klage gegen Kneipp ein: „Ein Mensch, der mit der größten Unverschämtheit seit 12 Jahren sein Wesen treibt, eigene Ordinationstage abhält, eine eigene Badeanstalt im Kloster nicht nur für die Insassen desselben, sondern zur Benützung anderer Badegäste, namentlich geistliche Herren, unter anderen auch Laien, Kürassieroffiziere usw., die ihre Badeart im Kloster selbst genießen, errichtet hat, sehr viel ordiniert, zwar keine Bezahlung annimmt, deshalb es doch so einzurichten weiß, daß er für seine Bemühungen nicht leer ausgeht, und was das Schlimmste ist, von den Gesetzen nicht erreicht werden kann, öfters verklagt, immer straffrei ausgeht und deshalb auch die Unverschämtheit wo möglich auf die höchste Spitze treibt."

V

Der Regierungspräsident reichte die Klage an das bischöfliche Ordinariat weiter, und am 24. Februar 1866 forderte der Generalvikar Kneipp auf, zu den Anschuldigungen Stellung zu nehmen. Dieser antwortete am 14. März in einem umfangreichen, geschickt geschriebenen Bericht: „Meine Tätigkeit beschränkt sich auf das allereinfachste Naturheilverfahren mit Anwendung von Wasser und einzelnen Kräutern ... folglich mit Gegenständen, die der Medizin

im Sinne dieses Wortes gar nicht angehören ... Mit gutem Gewissen kann ich sagen, daß ich nichts getan habe, um die Leute, deren Erscheinen mir bei meiner vielseitigen Beschäftigung doch nur eine Last sein kann, anzulocken; ich habe vielmehr das Gegenteil getan, habe sie vielfältig fortgeschickt, ohne sie vorzulassen, wenn mir nicht klar war, daß ein Fall gegeben sei, in welchem mein Rat am Platze wäre ... Es ist mein entschiedener Grundsatz, nur eigentlich Verlassenen und Armen mit meinem Rate zu dienen."

Dann ging er auf die einzelnen Vorwürfe des Dr. Schmidt ein und verwahrte sich gegen den Vorwurf, er habe im Kloster eine „gewisse Heilanstalt" eingerichtet: „Gerade seit meiner Anstellung im Kloster sind die Zöglinge von 30 auf 90–100 gestiegen und ich kann mir von vielen Seiten bezeugen lassen, wie ich und was ich ohne alle Verpflichtung für die Anstalt wirke. Durch mein unausgesetztes Bemühen ist die Ökonomie des Klosters wesentlich vergrößert und verbessert worden, was es möglich macht, so viele Zöglinge, die alle aus niederm Stande sind, in Feld-, Garten- und hauswirtschaftlichen Arbeiten zu unterrichten ... Auch kann ich nicht unterlassen zu bemerken, daß von Zeit zu Zeit die Anstalt revidiert wird und daß der Herr Regierungspräsident selbst schon wiederholt eine genaue Visitation vorgenommen hat."

Seiner Rechtfertigung fügte er er eine „Beilage" an, in der er siebzehn Fälle seiner Wasserbehandlungen darstellte. Entscheidend war für ihn, daß er selbst seine Handlungsweise für richtig hielt und vor seinem Gewissen verantworten konnte: „Sollte mir aber gesagt werden, es sei doch nicht mein Beruf, die Leute zu kurieren, so sage ich darauf: Der Samaritan war auch kein studierter Doktor und kurierte doch den, der unter die Räuber gefallen und von diesen halb tot geschlagen worden war – und es genierte ihn gar nicht, daß seine Landsleute ihn vielleicht tadeln würden wegen seiner barmherzigen Liebe."

Geschickt überließ er die Entscheidung den geistlichen Herren in Augsburg: „Ich unterbreite die ganze Angelegenheit dem weisesten Ermessen meiner Hochwürdigsten geistlichen Oberbehörde und werde jeden Bescheid dankbarst annehmen und gewissenhaft befolgen." Weder von der weltlichen noch von der geistlichen Obrigkeit gab es daraufhin in der folgenden Zeit noch irgendwelche Einwände gegen seine Tätigkeit.

Der Zulauf zu dem „Wunderdoktor" in Wörishofen verstärkte sich. In seiner Sprechstunde, bei der seit 1888 mindestens e i n Arzt anwesend war und die er meist im Kloster abhielt, saß Kneipp hinter einem langen Tisch, zu seinen Füßen der „Spitzl", sein Hund, der ihn stets begleitete, auch in die Sakristei oder in den Beichtstuhl. Neben ihm saßen Sekretäre, die seine Anweisungen notierten. Kneipp achtete streng auf Disziplin. Diese war auch nötig, wenn er in verhältnismäßig wenigen Stunden alle Patienten behandeln wollte, und an manchen Tagen warteten bis zu 300. Er war ein genialer Diagnostiker, der mit intuitivem Einfühlungsvermögen Krankheiten und ihre Ursachen erkannte. Dabei nahm er nie körperliche Untersuchungen vor, tastete und hörte die Patienten nicht ab (was er schon als Priester nicht tun wollte), sondern urteilte nach der Krankheitsgeschichte und nach dem Aussehen der Patienten, nach ihrer Gesamtkonstitution, vor allem nach der Beschaffenheit von Augen und Ohren.

Zur Heilung suchte er die gesamte körperliche und seelische Verfassung des Menschen zu verbessern und nicht nur bestimmte Symptome zu kurieren. Überdies übte er eine geradezu suggestive Wirkung aus, die oft zur Überzeugung führte, daß bei genauer Befolgung der Anweisungen sicher mit einer Heilung zu rechnen sei. Andererseits sagte er den Kranken stets die Wahrheit. Er weckte keine falschen Hoffnungen, wollte aber auch bei schweren Erkrankungen nicht jeden Lebensmut nehmen. Selbstverständlich wußte er, daß sich bei weitem nicht alle Krankheiten mit Wasser und Tee kurieren ließen, und Hilfesuchende, denen er nicht helfen konnte, schickte er umgehend zum Arzt. Häufig aber wirkten seine drei „Wundermittel": das frische Wasser, der Wille des Patienten, gesund zu werden, und dessen feste Überzeugung, daß Kneipp ihm helfen könne.

Wichtig war Kneipp die Sorge um die Erhaltung der Gesundheit durch eine vernünftige Lebensweise. Dazu empfahl er drei Grundregeln:

1. Die Abhärtung: Sie war für ihn „die Hauptsache; wo diese fehlt, da fehlt auch die richtige Gesundheit und Kraft". Als Mittel dazu nannte er Barfußgehen, vernünftige Kleidung und Kaltwasseranwendungen, allerdings nur bei warmem Körper. „Den Abgehärteten greift nichts an, den Verweichlichten bringt jedes Blatt Papier in Aufregung. Ein abgehärteter Körper besitzt auch den größten Schutz

vor den Krankheiten der Seele." Für seine Theorien wußte Kneipp zahlreiche Beispiele.
2. Die gesunde Ernährung: Kneipp hatte erkannt, daß ein Übermaß an Fleisch, Eiweiß, Zucker und Fett Krankheiten hervorrufen oder verschlimmern konnte. Auch Tabak, Bohnenkaffee und Alkohol erlaubte er nur in geringen Mengen. Hingegen erzählte er gerne Beispiele von Menschen, die trotz schwerer körperlicher Arbeit und einfacher Kost ohne viele Krankheiten alt geworden waren. Patienten gab er seine diesbezüglichen Ratschläge in humorvoller Deutlichkeit.
3. Die Ordnung in der Lebensführung: Hier zeigt sich besonders deutlich der Seelsorger, der Kneipp in erster Linie war und stets geblieben ist: „Da der Mensch aus Leib und Seele besteht, hat er auch zwei Sorgen: die eine für die Seele, die andere für den Leib ... Wie es nun ein großer Unterschied ist, ob man in einem festen, gesunden Hause oder in einer morschen, baufälligen Hütte wohnt, so ist es auch für den menschlichen Geist etwas ganz anderes, ob der Leib gesund und kräftig oder gebrechlich und schwach ist."
Er beklagte die allgemeine Unrast der Zeit und mahnte zur Schonung der Nerven: „Es muß das Gleichgewicht hergestellt werden zwischen der Arbeit und Lebensweise und dem Verbrauch der Nervenkraft." Dazu brauche es jedoch seelische Ausgeglichenheit, die nur durch eigene Mühe zu erreichen sei. Realistisch stellte er fest: „Der Himmel wäre allen recht – aber man muß warten, bis man ihn bekommt; und vor allem: man muß ihn sich verdienen."

VII

Kneipps „Ordnung der Lebensführung" wurde von Gegnern bereitwillig mißgedeutet: er nütze seine Therapie, um nichtkatholische Patienten zum Katholizismus zu bekehren. Wieder nahm er es mit Humor: „Ich habe noch zu keinem gesagt: ‚Werde katholisch!' Und doch steht in vielen Zeitungen: ‚Der Pfarrer Kneipp fischt alle Protestanten weg, wäscht sie und macht sie katholisch.'" Es gab genügend mißgünstige Beobachter und Neider. Selbst Bauern in Wörishofen fürchteten um ihre bisherige beschauliche Ruhe, und mehrfach kam es an Häusern von Kneippanhängern zu Brandstiftungen. Man verbreitete die Mär vom sündigen Dorf Wörishofen, wo Kurgäste auf feuchten Wiesen und im Bach spazierten und selbst vornehme Damen die Röcke bis zu den Waden hoben. Derlei konnte Kneipp gelassen abtun: „Ja heilige Tausend, i möcht bloß wisse, ob

dene it der Herrgott d' Füß erschaffe hat!" Die „Leipziger Volkszeitung" schrieb davon, daß man in Wörishofen „auf holperigen, hinterwäldlerischen Wegen in ein Indianerdorf komme, in welchem dunkelgebräunte und halbnackte Weiber auf junge Geistliche Jagd machten". Tatsächlich hatte es einmal einen Skandal gegeben. Ein junger Benediktinerpater hatte sich in eine angehende Studienrätin verliebt, und beide waren dann nach Amerika gegangen, um dort zu heiraten. Kneipp meinte nur: „Etz hat er sei Kreuz, der Herr Pater!" Heuchlerisch machte man ihm Todesfälle zum Vorwurf, gab ihm die Schuld. Kneipp antwortete ehrlich und realistisch: „Ich habe nicht alle geheilt, die Hilfe bei mir suchten; dies zu glauben, wäre ein Unding; dann müßte ja der Tod abgesetzt werden." Andere meinten, er habe Ausdrücke wie aus dem Kuhstall, er beschimpfe Patienten als „Salzfresser" und „Bockbiersänger". Seine Aussprüche in den Sprechstunden wurden gerne weitererzählt – nicht selten erheblich deftiger, als er sie ursprünglich formuliert hatte. Ganz sicher pflegte Kneipp seinen rauhen Umgangston, weil kräftige Formulierungen besser im Gedächtnis haften blieben, vor allem aber auch, um der eher lästigen Anhänglichkeit verehrungssüchtiger Frauen und Männer zu entgehen. Der wachsende Strom an Patienten war für Kneipp eine Last, kein Erfolgserlebnis. Bewußt fertigte er sie eher schroff ab, doch er brachte es nicht fertig, sie abzuweisen und „in ihrem elenden Zustande in namenloser Betrübnis unter Weinen und Schluchzen von dannen ziehen zu lassen".

Seine Erfahrungen, die er auf vielen Gebieten gesammelt hatte, wollte Kneipp in seinen Büchern weitergeben, dies aber nicht in Form einer gelehrten, trockenen Abhandlung, sondern als lebendiges Zwiegespräch in einfachen Sätzen und in anschaulicher Sprache. Schon die Titel der drei landwirtschaftlichen Büchlein, die zwischen 1874 und 1877 erschienen, machen deutlich, daß hier praktische Erfahrungen vermittelt werden sollen: „Fritz, der fleißige Landwirt. Ein Büchlein, worin enthalten sind die seit 20 Jahren gemachten Erfahrungen in Verbesserung der Landwirtschaft, als einfache Anleitung für jeden Landwirt, der bemüht ist, seinen Betrieb zu verbessern"; „Fritz, der eifrige Viehzüchter. Ein Büchlein zur Belehrung, zusammengestellt aus den vielfältigen Erfahrungen"; „Fritz, der fleißige Futterbauer. Eine auf vieljähriger Erfahrung beruhende Anleitung zur Verbesserung und Pflege der Wiesen, wie auch zum Klee- und Futterbau auf den Äckern, nebst einer vorteilhaften Belehrung über Düngerbereitung". (Die Wahl des Vornamens Fritz war eine dankbare Erinnerung an Fritz Stahl, den Sohn des Bürgermei-

sters in Grönenbach, den Kneipp als tüchtigen jungen Bauern kennengelernt hatte, als er im Hause Stahl wohnen und Latein lernen konnte.) Später folgten noch Anweisungen zur Hasenzucht.
Besondere Freude machte ihm der Umgang mit den Bienen. Durch zahlreiche Vorträge, Vereinsgründungen und das Verschenken von Ablegern suchte er zur Bienenhaltung anzuregen. Schließlich veröffentlichte er das „Bienenbüchlein. Eine einfache Anleitung zur Verbesserung der Bienenzucht in Körben und Kästen, besonders für Anfänger".
Immer wieder forderte man ihn auf, auch seine Erfahrungen bei der Heilbehandlung aufzuschreiben. Lange sträubte er sich, bis er schließlich einem Vorschlag des Abtes von Beuron folgte und einem Pater jeden Morgen aus seinem reichen Erfahrungsschatz erzählte. Der Pater stellte aus den Aufzeichnungen ein Manuskript zusammen, das am 1. Oktober 1886 unter dem Titel „Meine Wasser-Kur" erschien. Im Vorwort schrieb Kneipp: „Als Priester liegt mir vor allem das Wohl der unsterblichen Seelen am Herzen. Dafür lebe ich, und dafür will ich sterben. In den verflossenen 4 Jahrzehnten, 30 bis 40 lange Jahre hindurch, haben mir indessen auch die sterblichen Leiber viele Arbeit und opfervolle Sorgen bereitet. Ich habe diese Arbeit nie gesucht. Das Kommen eines jeden Kranken war und ist mir (natürlich gesprochen) eine Last. Nur der Aufblick zu demjenigen, der vom Himmel herabgestiegen ist, unser aller Krankheiten zu heilen, und der Gedanke an die Verheißung: ‚Selig sind die Barmherzigen; denn sie werden Barmherzigkeit erlangen ...; der letzte Trunk Wasser soll nicht unbelohnt bleiben' waren imstande, die naheliegende Versuchung, alle Bittgesuche ohne Unterschied des Bittstellers in jedem Falle abzuweisen, zu unterdrücken."
Innerhalb weniger Wochen waren die Bücher verkauft. Auflage nach Auflage folgte, sowie Übersetzungen in über ein Dutzend Sprachen. Weitere, ähnlich erfolgreiche Bücher erschienen: 1889 „So sollt ihr leben"; 1891 „Ratgeber für Gesunde und Kranke"; 1894 „Mein Testament", dazu 1896 als Ergänzung „Codizill zu meinem Testament für Gesunde und Kranke".

VIII

Schon als Klosterfrauen-Beichtvater, wie er genannt wurde, hatte Kneipp gerne in der Pfarrei St. Justina ausgeholfen, die Messe gelesen, gepredigt und 13 Taufen und 44 Beerdigungen gehalten. 1881 wurde er Pfarrer von Wörishofen. Seine priesterliche Tätigkeit war

geprägt von Frömmigkeit und gewissenhafter Pflichterfüllung, schon weil er sich nicht vorwerfen lassen wollte, daß er wegen seiner Patienten die Seelsorge vernachlässige. Die Seelsorgsarbeit begann bei den Kindern, die er in der Schule in Religionslehre unterrichtete, zu Beichte, Kommunion und Firmung vorbereitete und für deren gediegene Ausbildung er als Schulinspektor sorgte. Die Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr betreute er am Sonntag nachmittag in der Christenlehre. Viele Stunden saß er im Beichtstuhl, in der Karwoche täglich ab sechs Uhr früh, wobei er den „Spitzl" als Fußwärmer bei sich hatte.

Als Pfarrer von St. Justina gab er 118 Brautpaaren den Segen mit in die Ehe, taufte 89 Kinder und beerdigte 244 Angehörige seiner Pfarrei, darunter auch einen Bauernknecht, der sich erhängt hatte. Selbstmord war damals Grund für eine Bestattung ohne kirchlichen Segen. Aber, so berichtete die Zeitung, „Vater Kneipp gewährte der verirrten Seele ein kirchliches Begräbnis und hielt eine ergreifende Rede." Die genannten Zahlen sagen zunächst nicht viel aus über Kneipps Frömmigkeit, aber sie sind doch ein Beweis für seine gewissenhafte Pflichterfüllung.

Kneipp war ein begeisterter und begeisternder Prediger. Unmittelbar nach Übernahme der Pfarrei lud er zur Volksmission ein, und auch in späteren Jahren hielt er gerne sogenannte Standesvorträge, zu denen jeweils getrennt verheiratete Männer, Frauen, ledige Männer und ledige Frauen sowie Kinder kommen durften. Oft half er auch in Nachbarpfarreien aus und hatte stets eine volle Kirche. Vor und nach dem Gottesdienst wurde er häufig um Rat gefragt. Einer Bäuerin gab er einmal gute Hinweise für ihre kranke Kuh, die prompt ohne Tierarzt wieder gesund wurde. Nach einige Zeit kam die Frau zu ihrem Ortspfarrer: „Könnet Ihr net wieder den Kneipp zum Predige ei'lade, d' Kuh isch wieder krank." Bald nach der Übernahme der Pfarrei ließ Kneipp die Kirche renovieren. Von der Kanzel aus bat er die Gläubigen um Spenden: „Wer gerne seinen Hauszins für die Kirche bezahlen will, ist herzlich darum gebeten. Die andern aber, die nichts hergeben wollen, sollen gefälligst ihr Maul halten."

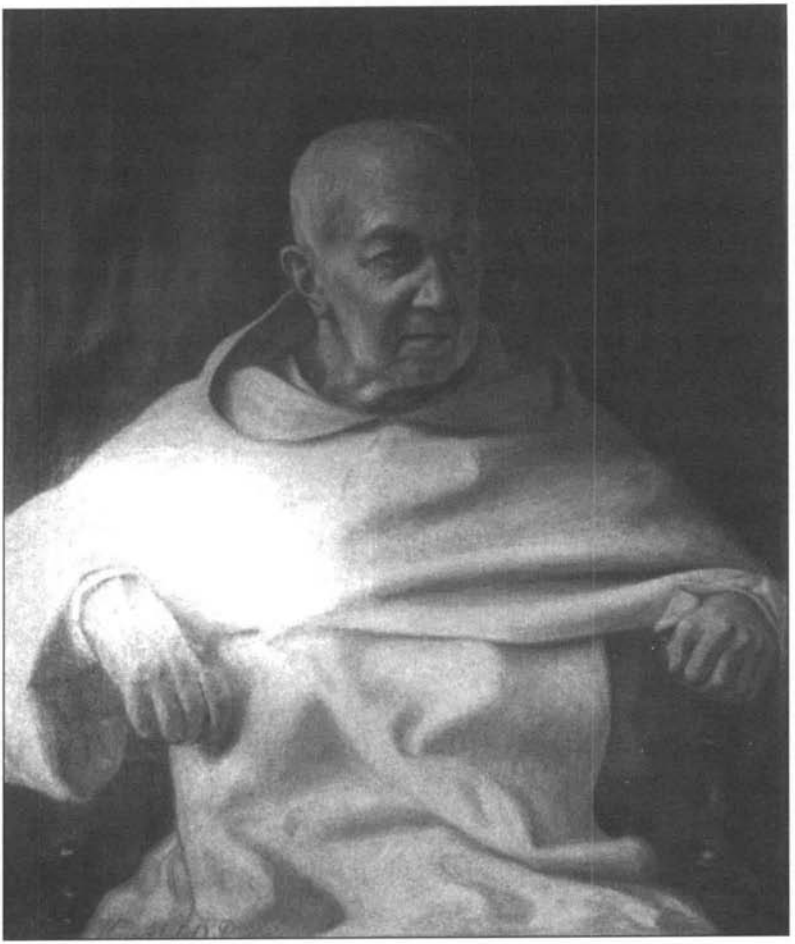
Alfred Baumgarten schrieb über Kneipps Wirken als Seelsorger: „So war der Priester Kneipp, im ganzen genommen, das Bild eines seeleneifrigen Lehrers, Predigers und Seelsorgers, der keine Mühe scheute, um die ihm auferlegten Pflichten gewissenhaft zu erfüllen und die ihm anvertrauten Seelen zur Wahrheit zu führen. Niemals überschwenglich, sondern stets nüchtern, praktisch und einfach in seinen Predigten sowohl, wie auch in seinen Ermahnungen, hat er

vieles erwirkt, Hohes erreicht, und sein Andenken wird seinen Pfarrkindern und denen, die sich seiner Führung anvertraut hatten, niemals aus der Erinnerung schwinden können."
1889 verbreiteten Kneipps Gegner das Gerücht, der Pfarrer sei verstorben. Selbst große Zeitungen brachten eine entsprechende Notiz. Kneipp nahm es humorvoll. Er wirkte nach wie vor höchst erfolgreich und erhielt zunehmend Ehrungen und Auszeichnungen. Durch Vermittlung des Erzherzogs Joseph von Österreich ernannte Papst Leo XIII. am 17. Oktober 1893 Kneipp zum Päpstlichen Geheimkämmerer mit dem Titel Monsignore. Dieser sagte dazu nur: „Mir isch ganz gleich, aber für die Methode mag's gut sei!"
Auf Drängen seiner Bekannten fuhr er am 15. Februar 1894 nach Rom. Bis elf Uhr hatte er noch Sprechstunde gehalten, und mittags war er dann aufgebrochen. Als Verpflegung nahm er wie bei allen seinen Reisen ein großes Stück Schwarzbrot mit, ein halbes Dutzend Topfenkäse und einige Äpfel.
Papst Leo XIII. empfing ihn viermal in Privataudienz, erbat Ratschläge für seine Gesundheit und ließ sich sogar eine kalte Waschung verabreichen. Kneipp empfand die Gespräche mit dem Heiligen Vater als Höhepunkt in seinem Leben.

IX

Die Weiterführung seiner Gesundheitslehre nach seinem Tod blieb Kneipp ein wichtiges Anliegen. Deshalb ließ er aus eigenen Mitteln drei große Kuranstalten errichten: Ein Haus für Priester um 178 000 Mark, ein Kinderasyl für 284 000 Mark und das Kneippianum für 112 000 Mark. In einer Zeit, in der die Löhne niedrig waren, handelte es sich dabei um gewaltige Summen. Insgesamt gab er für wohltätige Zwecke über 900 000 Mark aus. Er verdiente das Geld mit den Honoraren seiner Bücher, die in seinem Todesjahr auf 357 300 Mark angewachsen waren, mit den Lizenzgebühren, die er zum Beispiel für seinen Malzkaffee erhielt, und mit den Honoraren für seine Vortragsreisen. Von seinem 71. Lebensjahr an unternahm er 32 Reisen quer durch Europa, meist von Sonntag mittag bis Freitag abend. Am Wochenende wollte er die Gottesdienste in seiner Pfarrei halten. Für sich selbst verbrauchte er so gut wie nichts. Er besaß nicht einmal einen Hausrock. Lediglich für den Papstbesuch hatte er sich einen zweiten Talar gekauft. „So ist Kneipp arm geboren", schrieb Baumgarten, „ er hat arm gelebt, ist nahezu Millionär geworden, hat alles an die Armen gegeben, und an Vermögen arm, aber an Ver-

diensten reich ist er gestorben. Fürwahr, eine seltene Uneigennützigkeit hat dieser Mann bis zu seinem letzten Atemzug bewahrt!"
An einem kalten Märztag 1897 hatte er an der Beerdigung des Pfarrers in Ottobeuren teilgenommen und sich erkältet. Mehrfach versuchte er, wieder zu arbeiten, spürte aber immer deutlicher, daß er nicht mehr lange leben werde. Dr. Alfred Baumgarten, sein ärztlicher Helfer, der ihm längst zum Freund geworden war, betreute ihn. Am Abend des 21. Mai erzählte er von den großen Wundern, die aus Lourdes berichtet würden und fragte Kneipp, ob er nicht auch dorthin fahren wolle. Kneipps Antwort ist bezeichend für seine Frömmigkeit und seine Ergebung in Gottes Willen: „Ich bin gläubig; Wunder sind nur notwendig für Leute, die nicht gläubig sind."
Er spürte, wie seine Kräfte abnahmen. Zu Dr. Baumgarten sagte er am 14. Juni: „Gschtorbe muas amal sei', und i moin, 's ischt recht gut, daß mer dia Sach im Bett abmache ka." Drei Tage später, am 17. Juni 1897, es war der Fronleichnamstag, entschlief er um 4.30 früh. Am 21. Juni wurde er in Wörishofen begraben; es war wie ein großer Erntedankzug zum Friedhof, eine unübersehbare Menge folgte dem Sarg.
Sein Werk hat sich längst durchgesetzt, und seine Methode, die Kneipp-Physiotherapie, wurde auch von der Schulmedizin anerkannt. Wörishofen wurde 1920 zum Bad und 1949 zur Stadt. 1975 ließ der bayerische Staat in der Ruhmeshalle in München eine Büste Kneipps aufstellen, und zum 100. Todestag wurde er durch eine Sondermarke der Post geehrt.



Karl Heinrich Fürst zu Löwenstein (1834–1921)

Kaum eine Familie ist durch Generationen hindurch so eng mit der Geschichte der Kirche in Deutschland verbunden wie das fürstliche Haus Löwenstein-Wertheim-Rosenberg, eine Seitenlinie der weitverzweigten Dynastie der Wittelsbacher. Anders als bei den großen Verlegerfamilien wie Bachem oder Herder, die den deutschen Katholizismus durch mehr als ein Jahrhundert mitgestaltet haben, erwuchs ihre Leistung nicht aus institutionellen Bindungen, sondern aus individuellem Engagement. Die Führungsstellung, die dem hohen Adel unter dem geistig und gesellschaftlich in eine Randstellung gedrängten und 1871 endgültig minoritär gewordenen katholischen Volksteil in Deutschland zugefallen war, hat sich in diesem Hause bis nahe an unsere Gegenwart erhalten. Die Demokratisierung der katholischen Bewegung, die den Adel zunehmend aus seinen leitenden Positionen ablöste, ist an dieser Familie lange vorübergegangen. Es waren Persönlichkeit und Leistung des ersten in der bis 1968 ungebrochenen Generationenfolge des Hauses Löwenstein in der Leitung der deutschen Katholikentage, des Fürsten Karl zu Löwenstein, die diese herausragende Position begründeten.

I

Am 21. Mai 1834 auf der Familienbesitzung Haid in Böhmen als Sohn des Erbprinzen Konstantin zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg (1802–1839) geboren. Seine Mutter Maria Agnes Henriette war eine geborene Prinzessin Hohenlohe-Langenburg (1804–1835). Durch den frühen Tod des Vaters wurde Löwenstein Erbe eines großen Vermögens und schon in sehr jungen Jahren aufgrund des bis 1806 reichsfürstlichen Ranges seines Hauses erbliches Mitglied der Ersten Kammern in Baden, Bayern, Hessen und Württemberg. Mit dem (abgedankten) König von Portugal verschwägert und in zweiter Ehe mit einer Prinzessin aus dem regierenden Hause Liechtenstein verheiratet, fiel ihm die zu seiner Zeit nur wenigen gegebene Möglichkeit zu, ohne Rückhalt an der Gunst eines Monarchen politisch

zu handeln. Er hat sie anders als viele seiner Standesgenossen kraftvoll genutzt.
Der vaterlos Aufwachsende stand unter der Vormundschaft des verwandten Fürsterzbischofs von Olmütz und Kardinals Friedrich Fürst zu Schwarzenberg; ein wichtiger Erzieher wurde jedoch der westfälische Freiherr Leopold von Korff-Harkotten, der sich an die ihm auf den Weg gegebene Devise hielt, seinen Zögling weder eine gute Flasche Wein noch einen Rosenkranz scheuen zu lassen. Frömmigkeit war dem Fürsten allerdings von Jugend an eigen. Religiöse Krisen scheint er nie erlebt zu haben. Ausgeprägt war bei ihm schon früh eine enge Bindung an den Hl. Stuhl. Papst Pius IX. verlieh 1854 dem jungen Aristokraten, der ihm über Familienbeziehungen präsentiert wurde, das Großkreuz des einige Jahre zuvor geschaffenen Pius-Ordens und ermahnte ihn, ein „kleiner Apostel Deutschlands" zu werden.
Doch zunächst aktivierte sich die Bindung an Kirche und Papst noch im engeren Umkreis von Haus und Familie. Als Löwenstein, geschult durch das Studium der Jura in Bonn (1854–1857) und nach erster Welterfahrung auf seinen Reisen, von denen eine ihn 1837 monatelang in den Orient, zu den Hl. Stätten und nach Konstantinopel führte, die Verwaltung der ererbten Güter antrat, die seiner Familie zu einem großen Teil 1803 zur Entschädigung für Verluste auf dem linken Rheinufer aus säkularisierten kirchlichen Besitzungen zugesprochen worden waren, erbat er sich vom Papst eine ausdrückliche Genehmigung, diese Güter als sein Eigentum zu betrachten. Es war das einzige Gesuch dieser Art, das jemals in Rom vorgelegt worden war und darum Zeit für seine Erledigung brauchte; aber es brachte dem jungen Standesherrn die erwünschte Beruhigung des Gewissens.

II

Löwenstein heiratete 1859 Adelheid, geb. Prinzessin zu Isenburg-Birstein (1841–1861) – der Ehe entstammte eine Tochter – und nach deren Tod 1863 Sophia, geb. Prinzessin von und zu Liechtenstein (1837–1899). Dieser Ehe entstammten drei Söhne und fünf Töchter.
Den eigentlichen Anstoß zu seiner öffentlichen Wirksamkeit erhielt Löwenstein jedoch nicht in den hohen gesellschaftlichen Sphären, denen er durch Herkunft und Rang verbunden blieb, sondern aus der Bewegung der sich allmählich zur politischen Kraft organisierenden Breite des Kirchenvolks. Seit 1860 Besucher von Katholikentagen,

berührte ihn 1862 auf der Generalversammlung der deutschen Katholiken in Aachen der Appell des Mainzer Domkapitulars Christoph Moufang an die katholischen Männer, sich für die Sache der Kirche einzusetzen. Immer schon zu Dienern, Arbeitern und Pächtern ein sozial gesinnter Gutsherr, war er bereits mit den sozialpolitischen Schriften des ihm auch persönlich nahestehenden Mainzer Bischofs Wilhelm Emmanuel von Ketteler bekannt geworden. Es entsprach solchen Impulsen, daß er schon im folgenden Jahre beim Frankfurter Katholikentag in der Diskussion sozialpolitischer Fragen öffentlich hervortrat.

Seine ersten Meriten um die Organisation des deutschen Katholizismus erwarb sich der Fürst jedoch nicht auf sozialpolitischem oder kulturpolitischem Gebiet, das er als Mitglied des „Zentralkomitees des Vereins zur Errichtung einer freien katholischen Universität" betreten hatte, sondern durch sein Eingreifen in die Debatte um die Organisationsform der Katholikentage. Diese „Generalversammlungen des katholischen Vereines Deutschlands", später „der katholischen Vereine Deutschlands", hatten es seit ihrem Bestehen einem jeweils wechselnden „Vorort" überlassen, ihre Tagungen vorzubereiten und ihre Beschlüsse durchzuführen; aber mit der Zeit war es als notwendig erkannt worden, über eine ständig zur Aktion befähigte Zentrale zu verfügen. Als auf der Bamberger Generalversammlung 1868 über ein solches Zentralkomitee diskutiert wurde, vermochte es Löwenstein, die dagegen erhobenen juristischen Bedenken zu zerstreuen, und wurde prompt in dieses siebenköpfige Gremium gewählt, das ihn bei seinem Zusammentritt sogleich zum Präsidenten bestellte. Damit hatte der dreißigjährige Löwenstein die historische Aufgabe gefunden, die den größten Teil seines langen Lebens ausfüllte. Als 1872 die Vereinsgesetzgebung eine andere Rechtsform für sein Amt zweckmäßiger machte, wurde er „Kommissär der Generalversammlungen" und von da an Jahr für Jahr von der Generalversammlung in diesem Amt bestätigt, bis er 1898 selbst den Antrag stellte, daß an seine Stelle wiederum ein „Zentralkomitee der Katholiken Deutschlands" trete.

Als Fürst Löwenstein die Führung der deutschen Katholikentage übernahm, war die Frage nach deren endgültiger Gestalt noch nicht abschließend geklärt. Die Generalversammlung hatte 1868 dem neugewählten Zentralkomitee die Aufgabe gestellt, „einen vollständig durchgearbeiteten Plan zur Organisation der katholischen Partei Deutschlands vorzulegen". Es schien zunächst darauf anzukommen, ein möglichst dichtes Netz katholischer Vereine zu schaffen, die

durch regionale Komitees und ein Zentralkomitee zu einer aktionsfähigen Gemeinschaft koordiniert werden sollten. Auf diese Weise war aber keine parlamentarische Vertretung des katholischen Volksteils gewährleistet, die sich mit dem Ende der sechziger Jahre als unumgängliche Notwendigkeit erwies.

Löwenstein bejahte die auf die Bildung der Zentrumspartei konvergierenden Tendenzen und trat selbst, 1871 in den neuen Reichstag gewählt, der Zentrumsfraktion bei, deren erstes Programm als eine von sieben Unterschriften auch die seine trug. Aus der Einsicht, daß das Zentralkomitee nicht die Basis für die parteipolitische Organisation der Katholiken abgeben könne, trug er sich zeitweilig mit dem Plan, dieses zum Kern einer politischen Partei zu machen, erhielt dafür aber nicht die Zustimmung seiner Kollegen im Zentralkomitee. Statt dessen entstand 1872 unter der Führung des Freiherrn Felix von Loë der „Verein deutscher Katholiken", der neben seinen unmittelbar politischen Aufgaben auch eine Reihe des bisherigen Zentralkomitees übernahm, so daß Löwenstein als Kommissär der Generalversammlungen nicht dessen ganze Last zu tragen hatte. Wenn auch dieser neue Verein nach wenigen Jahren durch polizeiliche Repressionen zum Erliegen kam, war doch die wichtige Weichenstellung für die Katholikentage erfolgt, daß sie bei aller personellen und sachlichen Verbindung mit der Zentrumspartei doch anders als diese eine uneingeschränkt kirchliche (wenn auch aus der selbständigen Kompetenz der Laien getragene) Institution sein und bleiben sollten.

1872 trat Löwenstein aus dem Reichstag wieder aus; er blieb jedoch der Führung des Zentrums verbunden und hat durch seine römischen Verbindungen der Partei wertvolle Dienste leisten können, wenn es darum ging, den von der Gegenseite ausgestreuten Gerüchten entgegenzutreten, daß der Hl. Stuhl Existenz und Wirken der Zentrumspartei mißbillige. Den Katholikentagen kam nach seiner Auffassung die Aufgabe zu, „Zeugnis zu geben, zu belehren, zu ermutigen und anzueifern". Sie sollten in einer der jeweiligen Situation angemessenen Weise die Prinzipien, Rechte und Interessen der Kirche verfechten und dabei auch das Feld der Politik nicht scheuen, wenn diese hier auf dem Spiele standen.

1889 hat der Fürst – nicht ohne Ermunterung aus dem Vatikan – mit den von ihm vorangetriebenen regionalen Katholikentagen in Neustadt a.d. Hardt und München dem bayerischen Zentrum den politischen Rückhalt gegeben, der es die Bevorzugung der Altkatholiken durch die Regierung und deren Handhabung des staatlichen Placets

für kirchliche Erlasse erfolgreich angreifen ließ. Daß die alljährlichen Generalversammlungen kraft des dort zum Ausdruck gelangenden Willens der Katholiken ein politisch wirksames Faktum darstellten, enthielt freilich auch die Gefahr, daß sie durch eine zu enge Bindung an die in der praktischen Politik zu taktischen Rücksichtnahmen gezwungene Zentrumspartei Einbußen an religiöser Substanz erleiden könnten. Spannungen mit Führern der Zentrumspartei, die sich nach dem Ende des Kulturkampfs stärker an den Generalversammlungen beteiligten, sind darum Löwenstein nicht erspart geblieben. Er war nicht weniger als diese ein Vorkämpfer für die Freiheit der Kirche und des Gewissens gegen die Omnipotenz des Staates, die im Kulturkampf durch den Machtanspruch des Liberalismus bedroht waren.

Löwenstein hatte dies bereits bei dessen Vorboten in den sechziger Jahren in der Ersten Kammer des Großherzogtums Baden erlebt, wo Staatsrat August von Lamey das Gesetz als das „wahre Gewissen des Landes" bezeichnet und damit unbedacht die Selbstherrlichkeit der in Baden parlamentarisch privilegierten liberalen Partei offenbart hatte. Der Fürst hatte damals von der Ersten Kammer eine ausdrückliche Erklärung verlangt, daß sie sich dieses Prinzip nicht zu eigen machen könne. Er war mit neun gegen elf Stimmen unterlegen; aber er hatte deutlich werden lassen, zu welchen Gefahren für Freiheit und Recht die Ansprüche führen könnten, die der Liberalismus in den Kulturkämpfen durchzusetzen versuchte.

III

Löwenstein begnügte sich in der Führung der ihm übertragenen Ämter nicht damit, die Organisation der Generalversammlungen zu festigen und den Kampf der Zentrumspartei um Recht und Freiheit der Kirche zu unterstützen; sie waren ihm auch Basis weiterer Aktivitäten. An vornehmster Stelle stand dabei die materielle und politische Unterstützung des Papstes, der, durch die italienische Nationalbewegung hart bedrängt, den Kirchenstaat militärisch verteidigen mußte und nach dessen Verlust im Jahre 1870 um seine internationale Stellung zu kämpfen hatte. Schon 1867 hatte Löwenstein das dem Familien-Fideikommiß gehörende Silber einschmelzen lassen, um mit dem Erlös die Rüstungen der päpstlichen Truppen zu unterstützen. Als Präsident des Zentralkomitees warb er um Spenden.

Der Anlaß des fünfzigjährigen Priesterjubiläums des Papstes Pius IX. im Jahre 1869 gab ihm Gelegenheit zu einer großangelegten

Demonstration, daß der in seiner weltlichen Herrschaft bedrohte Papst eine Massenbasis in der Anhänglichkeit der Gläubigen besaß. An der Spitze einer Delegation von fünfhundert Köpfen brachte er ein Huldigungsschreiben der deutschen Katholiken nach Rom, das eine Viertelmillion Unterschriften trug und mit einer Liebesgabe von einer Million Franken verbunden war. Protest gegen das dem Papst durch die Annexion des Kirchenstaates angetane Unrecht, Fürsorge für den „Gefangenen im Vatikan" durch Geldspenden und demonstrative Besuche großer Scharen von Romwallfahrern bildeten einen nie vernachlässigten Teil seiner selbstgewählten Pflichten an der Spitze der Generalversammlungen. Bis die Lateranverträge im Jahre 1929 dem Papst wiederum eine souveräne Herrschaft schufen, versäumte es kein Katholikentag, in einer Schlußresolution für den Papst die Wiederherstellung der für seine Amtsführung unerläßlichen Unabhängigkeit zu verlangen.

IV

Das neben der Abwehr staatlicher Omnipotenz innenpolitisch bedeutsamste Feld, auf dem sich Löwenstein mit der Autorität der Generalversammlungen engagierte, bildete die soziale Problematik der Zeit. Er war stets ein Kritiker der modernen Wirtschaftsweise, des Kapitalismus, gewesen, der nach seiner Ansicht die natürliche Gliederung der Gesellschaft nach Ständen und Berufen zerstörte und aus ihr eine Anhäufung unverbundener Atome machte. Schon als junger Angehöriger der badischen Ersten Kammer hatte er vorgeschlagen, das bestehende Zweikammersystem aufzulösen, weil es „undeutsch, dem germanischen Geiste nicht entsprechend" sei, und an dessen Stelle eine „wahre Interessenvertretung" auf berufsständischer Grundlage zu setzen. Von solchen Anschauungen ausgehend, gewann er Zugang zu den korporatistischen Ideen, wie sie vornehmlich in Österreich von dem konvertierten mecklenburgischen Freiherrn Karl von Vogelsang vertreten wurden.

Auf der Frankfurter Generalversammlung von 1882, als mit dem Abflauen des Kulturkampfs andere, bislang zurückgetretene Aufgaben wieder ihr Recht verlangten, hatte Löwenstein eine Besprechung katholischer Experten angeregt, die gemeinsame Grundsätze einer anzustrebenden sozialen Reform ausarbeiten sollten. Sie traten auf Löwensteins böhmischem Schloß Haid im Juni 1883 zusammen. Unter den dort Versammelten fehlte der Mönchengladbacher Textilfabrikant Franz Brandts, der Vorsitzende des Vereins „Arbeiter-

wohl" und Exponent der Richtung, die sich zur modernen Produktionsweise bekannte und darum anstelle umgreifender, aber kaum zu realisierender gesamtgesellschaftlicher Reform praktische, unter den gegebenen ökonomischen Bedingungen mögliche Verbesserungen zugunsten der Arbeiter, also Sozialpolitik anstelle von Sozialreform, verlangte.
So blieben in Haid die Anhänger korporatistischer Vorstellungen weitgehend unter sich und die von ihnen erarbeiteten „Haider Thesen" wurden zu einem Programm katholischer Kapitalismuskritik. Sie sahen die Lösung wichtiger Probleme in einer Verdichtung korporativer Zusammenschlüsse, die ihren Angehörigen ein weitaus höheres Maß an Existenzsicherheit gewähren sollten, aber auch der Initiative des Einzelnen engere Spielräume zuweisen mußten. Sie haben manche Diskussionen ausgelöst, aber auf die Dauer nicht die Richtung bestimmt, in der die deutschen Katholiken ihren Beitrag zur Lösung der Sozialen Frage geleistet haben. Die Tagung in Haid wurde jedoch in anderer Hinsicht bedeutungsvoll. Denn aus ihren Teilnehmern entstand die „Freie Vereinigung katholischer Sozialpolitiker", die sich ihrerseits der Schweizer „Union catholique d'études sociales et économiques" anschloß, die unter dem Ehrenvorsitz Löwensteins Vorarbeiten für die erste Sozialenzyklika „Rerum novarum" von 1891 leistete.

V

Auch an der Gründung des „Volksvereins für das katholische Deutschland", der das gesellschaftliche Engagement der deutschen Katholiken konsequent auf die praktische Sozialpolitik richtete, hat Löwenstein einen gewissen Anteil. Er hatte 1890 mit seinen Freunden einen Verein zur Abwehr der Zeitirrtümer geplant, von dem der Zentrumsführer Ludwig Windthorst und andere eine politisch unzuträgliche Verschärfung der konfessionellen Gegensätze befürchteten und darum durchsetzten, daß der neue Verein sich sozialpolitisch engagieren sollte. An den vorbereitenden Gesprächen führend beteiligt, überließ Löwenstein Windthorst die Führung, der dann durch die Berufung von Franz Brandts an die Spitze der neuen Organisation dieser die Grundrichtung ihrer Arbeit vorgab.
Wenn auch die Katholikentage mit den ihm daraus zuwachsenden Aufgaben den Mittelpunkt von Löwensteins öffentlichem Handeln bildeten, drängten Hingabe an Papsttum und Kirche ihn zu weiteren Aktivitäten. Seine Ämter verlangten gewisse Rücksichtnahmen auf

Meinungen und Urteile, die sich aus den Verpflichtungen und Aufgaben anderer ergeben konnten. So führte das konsequent an Prinzipien orientierte Denken des Fürsten gelegentlich zu Spannungen mit Auffassungen, die stärker auf praktische Rückwirkungen Bedacht nahmen und darum Löwensteins Handelns als „unpolitisch" betrachteten. Sein unbeirrtes Verlangen nach der Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes, für das sich die Generalversammlungen unter seiner Leitung immer aussprachen, stieß auf das Problem, daß das Deutsche Reich seit 1882 mit eben jenem Italien verbündet war, das dem Papst die weltliche Herrschaft genommen hatte. 1898, als Löwenstein sein Amt als Generalkommissär niederlegte, verlangte darum der Katholikentag erstmals nicht mehr die Wiederherstellung des Kirchenstaats, sondern lediglich die Gewährung der „wahren und wirklichen Freiheit" für den Papst. Solche taktisch vorsichtigeren, diplomatischeren Formulierungen waren nicht nach dem Sinne des Generalkommissärs gewesen.

Seine Verehrung für das Papsttum führte ihn in den letzten Jahren seiner Amtsführung auf ein Feld, auf dem er nicht mit der Gefolgschaft der Mehrheit der Katholiken und der Zentrumspartei rechnen konnte, als er sich zum Fürsprecher der Friedensbewegung machte und mit der Forderung nach Einführung eines internationalen Schiedsrichteramtes für den Papst hervortrat. Ein von ihm 1895 der Münchner Generalversammlung vorgelegter Antrag, der dieses als „ein dringendes Erfordernis für die Wohlfahrt der Völker" bezeichnete, wurde wegen der Bedenken der Zentrumspolitiker bis zur Unkenntlichkeit verwässert. Aber Löwenstein gab nicht auf, mochte auch das Zentrum in seinem Streben, in der Politik des Reiches zu einem unverzichtbaren Partner für die Regierung zu werden, sich für diese Ideen nicht gewinnen lassen.

Distanz der Zentrumspartei erlebte Löwenstein auch bei seinem Kampf gegen die internationale Freimaurerei, dessen Notwendigkeit ihm nach den Enzykliken „Humanum genus" (1884) und „Praeclara" (1894) unabweisbar schien. Er ließ sich für das Präsidium des von Italien aus organisierten internationalen Antifreimaurerkongresses von 1896 in Trient gewinnen, ohne dabei hinreichende Klarheit zu besitzen, daß dem Kongreß frei erfundene Falschinformationen zugespielt worden waren. Die spätere öffentliche Selbstbezichtigung des Fälschers bedeutete nicht so sehr für den Fürsten persönlich wie für die von ihm unterstützte Antifreimaurerbewegung einen herben Schlag. Das von Löwenstein gegründete antifreimaurerische Korrespondenzbüro, das die katholische Presse auf

die Gefahren aufmerksam machen sollte, die der Kirche von den Freimaurern drohten, kam nur langsam voran; der als zweite Stufe geplante Antifreimaurerische Verein für Deutschland trat nie ins Leben. Die Zentrumspartei und ihre Presse blieben solchen Unternehmen Löwensteins zu fern, um sie erfolgreich werden zu lassen.
Mit vielleicht noch größerer Intensität als dem Kampf gegen die Freimaurerei widmete sich Löwenstein einer Aufgabe, für die ihn ein Verwandter, der in Österreich lebende Infant von Spanien Don Alfonso von Bourbon und Österreich-Este, gewonnen hatte. In der k.u.k. Armee waren zwei Offiziere zu Mannschaften degradiert worden, der eine, weil er ein Duell verweigert, der andere, weil er diesem zu seinem Entschluß gratuliert hatte. Don Alfonso griff den Fall auf und gewann seinen Onkel Löwenstein dafür, in Deutschland, wo ähnlich wie in Österreich das Duell gesetzlich verboten war, die Verweigerung des Zweikampfs aber jeden Offizier seine Charge kostete, eine breite Bewegung gegen das vom Papst wenige Jahre zuvor erneut verurteilte Duellunwesen zu organisieren. Der Fürst hat erhebliche Mühen und Kosten auf sich genommen, um dieses Projekt zu fördern, das er in voller Absicht als ein interkonfessionelles organisierte. Er brachte neben einem Zentralkomitee in Halberstadt regionale Komitees in zahlreichen Großstädten zustande. Aber auch hier versagte ihm die Zentrumspartei trotz aller Sympathie für die Sache aus Gründen der politischen Taktik die Gefolgschaft. Obwohl Löwenstein schon lange den Plan verfolgte, sich von allen Ämtern und Verpflichtungen zurückzuziehen, blieb er Präsident der Anti-Duell-Liga, bis 1907 eine ihn befriedigende Lösung für seine Nachfolge gefunden war.

VI

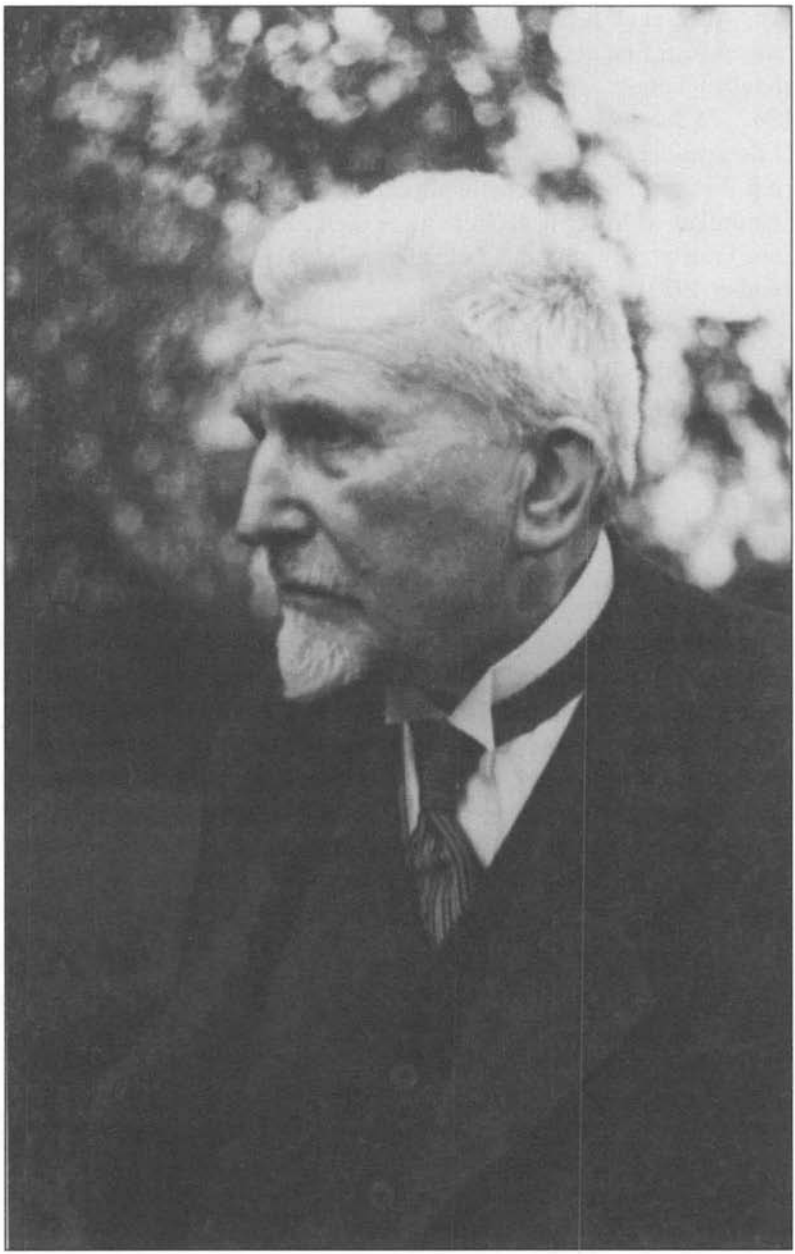
Für einen Mann vom sozialen Zuschnitts Löwensteins waren Ämter und Organisationen keine unabdingbaren Voraussetzungen für eine Wirksamkeit in der Öffentlichkeit. So verdankt das katholische Deutschland auch dem Privatmann Löwenstein nicht Geringes. Er hat zahlreiche Stiftungen errichtet oder gefördert, die Vereinsbewegung durch persönliches Mittun – etwa im Arbeiterverein des heimischen Kleinheubach – gestützt, für den italienischen Wallfahrtsort Loreto ein Kapellenfenster bezahlt, als der Kaiser Franz Josef dazu nicht zu bewegen war, – kaum eine kirchliche Aktivität zu seiner Zeit, an der der „hundertarmige Laienapostel" nicht Anteil genommen hätte.

Größtes Denkmal fürstlicher Großzügigkeit und persönlicher Devotion ist jedoch die Errichtung des Benediktinerinnenklosters St. Hildegard in Eibingen bei Rüdesheim. Dem Hause Löwenstein war 1803 als Entschädigung für seine Verluste in den an Frankreich gefallenen Gebieten auch die Zisterzienserabtei Bronnbach zugeteilt worden. Da er somit Nutznießer der Säkularisierung eines Klosters war, drängte es Löwenstein, selbst wiederum Stifter eines Klosters zu sein, das verschüttete Traditionen wiederbeleben konnte. Nachdem ihn ursprünglich vor allem familiäre Gründe zur Stiftung Eibingens veranlaßt hatten, wurde es mit der Zeit sein Ziel, das Werk der hl. Hildegard fortzuführen, die einstmals Eibingen gegründet hatte. 1904 war die neue Abtei nach Überwindung großer Schwierigkeiten vollendet.

VII

Obwohl einer der großen Führer der in der Breite des Kirchenvolkes wurzelnden katholischen Bewegung, war Fürst Löwenstein bei aller persönlichen Anspruchslosigkeit ein standesbewußter Grandseigneur. War seine Kleidung auch manchmal so abgetragen, daß sie Anlaß zur Heiterkeit im Familienkreise wurde, wahrte er konsequent Rang und Stellung als Standesherr, die eine der Voraussetzungen für den Erfolg seines Wirkens waren. Bei der feierlichen Eröffnung des Vatikanischen Konzils wollte er auf der für die Souveräne reservierten Tribüne Platz nehmen, als der Kardinalstaatssekretär ihm dies verwehrte, blieb er unter allem Volk stehen. Auch wollte er nie als ein Mitglied des „hohen bayerischen Landadels" gelten, sondern nur als ein den Souveränen gleichgestellter Fürst.
Weitgereist und ein guter Reiter, lebenslang ein großer Jäger, mit den Angehörigen regierender Häuser in persönlichem Verkehr, genügte er den Lebensformen, welche die Zeit seinem Stande zuschrieb. Um so mehr mußte es auffallen, daß er sich schrittweise zurückzog, um frei zu werden für einen letzten Lebensabschnitt, der ganz der Verehrung Gottes gewidmet sein sollte. 1898 hatte er das Amt des Generalkommissärs der Generalversammlungen niedergelegt; sein Sohn Erbprinz Alois wurde Präsident des wieder errichteten Zentralkomitees und blieb es, bis ihm 1948 sein Sohn, wiederum ein Karl Löwenstein, für die nächsten zwanzig Jahre in diesem Amte folgte.
Als er 1899 zum zweiten Male Witwer wurde, öffnete sich ihm der Weg, wie einige seiner Kinder und Verwandten ins Kloster zu ge-

hen. Aber noch hielten ihn alte und neu übernommene Verpflichtungen fest. Erst als er das Amt des Präsidenten der Anti-Duell-Liga abgeben konnte, sah er kein Hindernis mehr. Er trat am 20. Juli 1907, 73 Jahre alt, in den Orden des hl. Dominikus ein. Er hatte nur Ordensbruder werden wollen, aber seine Oberen bestimmten ihn zum Priestertum. Im niederländischen Venlo und später ab 1916 im Dominikanerkloster in Köln lebte er als P. Raymundus Maria, 1908 zum Priester geweiht, das Leben eines Mönchs. Er starb am 8. November 1921.



Heinrich Finke (1855–1938)

I

Je mehr man sich mit Autoren wissenschaftlicher Werke beschäftigt, desto häufiger offenbart sich ihr Werdegang als ein Schlüssel für die Eigentümlichkeit der wissenschaftlichen Leistung. Auf Heinrich Finke trifft das in besonderem Maße zu. Er wurde am 14. Juli 1855 im münsterländischen Krechting zwischen Bocholt und Borken als zweites und letztes Kind in einem armen Elternhaus geboren. Beides, die katholische Religiosität der Eltern und zugleich die fehlenden Mittel für eine über den Volksschulabschluß hinausführende Ausbildung, bestimmten Finkes späteres Leben.

Seine Wissensbegierde und sein Leistungswille zeigten sich bereits in den letzten Volksschuljahren, als er beim Viehhüten sich selbst Latein und die ersten Anfänge des Griechischen und Hebräischen beibrachte. Als 14jähriger wechselte er zur Höheren Bürgerschule in Bocholt und 1872 zum berühmten Gymnasium Paulinum in Münster über, wo er 1876 das Abitur machte. Zum Wintersemester 1876/77 wurde er in Münster und zum Sommersemester 1877 an der Universität Tübingen immatrikuliert, wo er formal sechs Semester studierte. Von einem geregelten Studium indessen kann keine Rede sein, da die Sorge für den Lebensunterhalt Finke nur die Wahl ließ, sich als Hauslehrer einer bayerischen Adelsfamilie zu verpflichten. Als Autodidakt, wie er später etwas verschämt gestand, eignete er sich in unbändiger Wißbegier durch fleißige Lektüre den erforderlichen Wissensstoff bis hin zu Kenntnissen der Paläographie an. Seine Dissertation verfaßte er in der kurzen Zeit vom Januar bis zum Mai 1879 und bestand zwei Monate später in den Fächern Geschichte und Philosophie in Tübingen das Rigorosum.

Warum Heinrich Finke Historiker wurde, vermochte er später selbst nicht zu sagen. Die während seines ersten Semesters in Münster belegten Vorlesungen über Philosophie und antike griechische Kultur deuten auf schöngeistige Interessen, wahrscheinlich ohne eine genauer zu beschreibendes Berufsziel hin. Beides kristallisierte sich

erst im Zusammenhang mit der Erarbeitung seiner Dissertation heraus. Durch einen Mitstudenten wurde Finke mit Johannes Janssen bekannt, der ihm zunächst zu einer Arbeit über den Straßburger Bischof Wilhelm von Diest (1393–1439), schließlich zu einem Thema riet, das ein Detail des soeben erschienenen 7. Bandes der Reichstagsakten auswerten könnte. Obwohl man nichts Genaueres weiß, scheint der Hinweis Janssens kein beiläufiger Vorschlag gewesen zu sein, denn dieser hatte von Finke vorher eine Probearabeit verlangt. Es dürfte Johannes Janssen gewesen sein, der die Aufmerksamkeit Finkes auf das Spätmittelalter lenkte. War es doch der vom Niederrhein stammende Janssen, der nach einigen Vorarbeiten seit 1869 seine quellennah geschriebene und in mehrfacher Auflage erschienene „Geschichte des deutschen Volkes" publizierte. Seine Darstellung folgte nicht der üblichen Leitlinie der hohen Politik, sondern kümmerte sich ebenso um die Lebensweise des „kleinen Mannes" in der Stadt und auf dem Land.

Trotz Promotion und Habilitation in Münster hatte Janssen lange Zeit aus konfessionellen Gründen nicht mit der Berufung auf einen Lehrstuhl rechnen können; selbst in Frankfurt/Main, wo er seit 1854 als Gymnasialprofessor wirkte, hatte man vergeblich versucht, ihn zu verdrängen. Der Hauptgrund jedoch, warum die Historikerzunft wütend über ihn herfiel, war die Zielsetzung seiner Darstellung, nämlich der Nachweis, daß die im Volk verankerte Religiosität das ganze Spätmittelalter hindurch, die Reformationszeit eingeschlossen, blühte, um dann erst im bekannten Umfang einzubrechen. Das widersprach diametral der offiziösen Leitlinie, die den Hohenzollern im Bunde mit der Reformation den Wiederaufstieg des Reiches zuschrieb, der nach der Mitte des 19. Jahrhunderts seinen Gipfel erreicht habe. Finkes Dissertation mit dem Titel „König Sigmunds reichsstädtische Politik von 1410–1418" läßt von alledem noch nichts spüren, aber die von Janssen aufgeworfene Problematik sollte bei Finke wiederkehren, sobald er für seine wissenschaftliche Laufbahn eigene Gestaltungsmöglichkeiten besaß.

II

Zunächst vervollkommnete er in Göttingen bei Julius Weizsäcker, einem Bearbeiter der Reichstagsakten, seine Kenntnisse in den Historischen Hilfswissenschaften. Die nach dem Rigorosum gefallene Bemerkung des Doktorvaters Bernhard Kugler, er halte den soeben Promovierten für habilitationswürdig, scheint ihre Wirkung getan zu

haben. Doch folgte vorerst bis zum Jahreswechsel 1881/82 des Lebensunterhaltes wegen eine Tätigkeit als Journalist und Stenograph im Berliner Reichstag, bis Finke durch Vermittlung Weizsäckers als „Hilfsarbeiter" zur Erstellung des Repertoriums eine Anstellung am Königlichen Archiv in Schleswig erhielt. Für ihn ist kennzeichnend, daß er die Zeit außerdem für die Abfassung wissenschaftlicher Aufsätze nutzte. Weil indessen seine Besoldung nicht reichte, um die mittellos gewordenen Eltern zu versorgen, wechselte er im Oktober 1883 als Redakteur an die „Schlesische Volkszeitung" in Breslau, um nach dem kurz aufeinander erfolgten Tod seiner Eltern zum Frühjahr 1886 in die Wissenschaft zurückzukehren. Der Gedanke an eine eventuelle Rückkehr nach Schleswig scheiterte am Vorwurf „ultramontaner Gesinnung", die durch seine Mitarbeit an der zentrumsnahen „Schlesischen Volkszeitung" erwiesen sei.

So faßte Finke im Verein für Geschichte und Altertumskunde Westfalens Fuß, um für ihn die Herausgabe des Westfälischen Urkundenbuches fortzusetzen. Noch bevor er zu Archivstudien in Rom für den Band V,1 des Westfälischen Urkundenbuches („Papsturkunden Westfalens bis zum Jahre 1304", 1888 erschienen) abreiste, reichte er in Münster mit der Schrift „Quellenstudien zur Geschichte des Konstanzer Konzils" sein Habilitationsgesuch ein. Unübersehbar zeigt sich hier das Fortwirken der wohl von Johannes Janssen ausgegangenen Anregung, zumal sich Finke in seinem Habilitationsvortrag („Anschauungen über kirchliche und staatliche Autorität im späteren Mittelalter") und in seiner Antrittsvorlesung („Die Kirche und die weltlichen Mächte im 14. und 15. Jahrhundert") mit ähnlichen Themen vorstellte. Was ihn trotz aller Bereitschaft, die Reformfähigkeit und Reformwilligkeit der Kirche im Spätmittelalter herauszuarbeiten, von Janssen jedoch unterschied, war einmal, sich nicht der Volksfrömmigkeit zuzuwenden, sondern dem Verhältnis von Kirche und Staat seine Aufmerksamkeit zu widmen, und zum anderen, sich in der Bewertung sehr zurückzuhalten, wie anläßlich seiner beiden Vorträge auch anerkennend vermerkt wurde. Finke stand jetzt schon im Ruf, der große Editor zu sein; in Münster bezog er ein Hochschulstipendium für seine (nicht ausschließliche) Lehrtätigkeit im Fach der Historischen Hilfswissenschaften, die 1891 zu einem Extraordinariat aufgestockt wurde.

Nunmehr frei von finanziellen Sorgen, brach eine Phase an, die seine Führungsqualitäten in Umrissen bereits deutlich erkennen läßt. Schon 1884 hatte Finke den Vorschlag gemacht, in Rom neben dem Preußischen Historischen Institut ein zweites, im Campo Santo an-

gesiedeltes Institut zu gründen, das in der Ewigen Stadt forschende Theologen und Historiker zusammenführen könne; 1888 wurde dieses Institut von der Görres-Gesellschaft beschlossen. Zehn Jahre später wählte man ihn zum Direktor der Abteilung Münster des Vereins für Geschichte und Altertumskunde Westfalens. Fast gleichzeitig gründete er die Historische Kommission und die Altertumskommission für Westfalen und gab mit der Verzeichnung des Anholter Archivs das Startzeichen für die Inventarisierung der Privatarchive Westfalens. Ebenfalls 1894 erschien der zweite von Finke zur Bearbeitung übernommene Band des Westfälischen Urkundenbuchs („Die Urkunden des Bistums Paderborn von 1251 bis 1300") und vor allem 1896 der 1. Band der „Acta Concilii Constanciensis", deren 4. Band erst 1928 das Gesamtwerk abschließen sollte.

Mit diesem Werk wurde die zu Ende des 17. Jahrhunderts durch Hermann von der Hardt grundgelegte Quellenbasis zur Erforschung des Konstanzer Konzils (1414–1418) um beträchtliche Stücke erweitert, zugleich aber auch ein weiteres Teil seines Forschungsprogramms enthüllt, nämlich der Reformbereitschaft der Kirche im Spätmittelalter auf der Ebene der Konzilstätigkeit nachzuspüren. Insgesamt war Finkes Programm umfassender konzipiert; das jedenfalls muß man seiner Antrittsvorlesung in Freiburg/Breisgau entnehmen, die unter dem Titel „Das ausgehende Mittelalter, Ergebnisse und Lücken in der Vorreformationsforschung", ein gründliches Quellenstudium in den deutschen Archiven forderte mit dem Ziel, das spätmittelalterliche Kirchenwesen Deutschlands in seiner hier territorial bestimmten Form zu erforschen, analog dazu das Kirchenwesen in den außerdeutschen Ländern zu verfolgen und als Drittes die päpstliche Finanzverwaltung zu untersuchen. Finke selbst konzentrierte sich auf das Konstanzer Konzil, kümmerte sich weniger intensiv um die gesamte Spanne des sog. Abendländischen Schismas und regte Kollegen wie Schüler an, auch das frühe 14. und späte 15. Jahrhundert ins Auge zu fassen.

III

Um diese Zeit hatte Heinrich Finke bereits den Lehrstuhl für Geschichte an der Universität Freiburg eingenommen, seine letzte Lebensstation. Er war schon für ein Ordinariat in Münster, Breslau und Tübingen im Gespräch gewesen; seine Berufung nach Freiburg seit dem Wechsel Aloys Schultes – einem seit der Münsterschen Gym-

nasialzeit Finke freundschaftlich verbundener Mitschüler – 1896 an die Universität Breslau sollte bis Jahresende 1898 über zwei Jahre dauern. Ursache für diese ungewöhnlich lange Vakanz war ein Dissens in der Freiburger Philosophischen Fakultät angesichts der Schwierigkeit, den Lehrstuhl mit einem Katholiken besetzen zu müssen (obwohl es in Baden keine sog. Konkordatslehrstühle gab), sich aber keinen „Ultramontanen" einhandeln zu wollen; den Ausschlag gab am Ende die seitens der Theologischen Fakultät (Franz Xaver Kraus) versuchte Einflußnahme zugunsten des Innsbruckers Ludwig Pastor. Die Kenntnis dieses Details trägt zum Verständnis der Haltung Finkes bei, auch in Freiburg auf der einen Seite keine eigene Wertung vorzunehmen, zugleich sich aber auch in ungewöhnlicher Breite mit einem Themenkomplex zu beschäftigen, der konfessionspolitisch höchst brisant werden konnte, wenn man ihn mit der Gegenwart in Beziehung setzen wollte, was er allerdings stets vermied.

Auf der Jagd nach Quellen zum Konstanzer Konzil kam Finke im Frühjahr 1901 auch nach Barcelona, wo er im dortigen Archivo de la Corona de Aragón einiges über die Oboedienz Papst Benedikts XIII. zu finden hoffte. Der Zufall spielte ihm aus der Vielzahl der Registerbände des Hofes die politische Korrespondenz des Königs Jakob II. von Aragón zu, deren Brisanz für die europäische Geschichte er erkannte. Es lag ihm fern, die für den äußeren Ablauf der Geschichte, besonders für die Geschichte der spanischen Reiche, wichtigen Stücke auszuwählen und zu publizieren. Seine Auswahl traf er vielmehr, wie Finke es nannte, nach „kulturhistorischen" Gesichtspunkten. Ihn reizten die „modern" anmutenden Züge im Umgang der Menschen um 1300 miteinander, was ihm in den bisherigen Funden noch nicht begegnet sei, was nach dem Urteil seines später bedeutendsten Schülers bzw. Mitarbeiters Hermann Heimpel „nichts anderes als die lebensvolle, dem neuzeitlichen Historiker selbstverständliche Durchblutung der politischen Geschichte mit lebendiger Anschauung" war. Es erschienen 1902 der voluminöse Band „Aus den Tagen Bonifaz' VIII.", 1907 unter Verwendung von Quellenmaterial auch aus anderen Archiven die beiden Bände über „Papsttum und Untergang des Templerordens" sowie 1908–1922 die drei Bände „Acta Aragonensia. Quellen zur deutschen, italienischen, französischen, spanischen, zur Kirchen- und Kulturgeschichte aus der diplomatischen Korrespondenz Jaymes II. (1291–1327)".

Heinrich Finke setzte sich mit diesen drei Quellenpublikationen neben seinen Bemühungen um die Konziliengeschichte ein Denkmal

eigener Art. Papst Bonifaz VIII. und der Templerprozeß waren auch für die interessierte Öffentlichkeit damals Reizthemen, die einer angemessenen Aufmerksamkeit sicher sein konnten. Doch das war es sicherlich nicht allein, denn auch die in dieser Hinsicht nicht so attraktiven „Acta Aragonensia" zählten dazu. Es scheint vielmehr der Effekt einer Horizonterweiterung gewesen zu sein. Nicht daß die deutschsprachige Historikerzunft keine Notiz von der spanischen Geschichte genommen hätte; aber der Blick über die eigenen Grenzen hinweg richtete sich zumeist der Kaiserpolitik im Mittelalter wegen nach Italien. Überdies gab es in der Tat nicht nur wenige Berührungspunkte der deutschen Geschichte mit der spanischen, sondern auch die Inquisition des Spätmittelalters in Spanien oder König Philipp II. als Verkörperung der düsteren Gegenreformation waren Reizworte für die protestantisch orientierte Hochschulwelt; auch die in den Niederlanden entwickelte „Leyenda negra" tat immer noch ihre Wirkung. Vor diesem Hintergrund entstand nun das Bild der Krone Aragón als einer aufsteigenden Vormacht im westlichen Mittelmeerbecken, die in der Nachgeschichte der Sizilischen Vesper von 1282 dem päpstlich-französischen Zusammenspiel widerstand und an der Überwindung der theokratisch verstandenen Selbstüberschätzung des Papsttums entscheidend mitwirkte.

Ein Indiz für die Breitenwirkung Finkes als Hochschullehrer ist die Zahl seiner Schüler. 175 Doktoranden sind gezählt worden; angesichts der heutzutage ungleich höheren Zahlen der Immatrikulierten eine Zahl, die eine rechtfertigende Erklärung erheischt, um dem Verdacht zu entgehen, er habe es seinen Schülern besonders leicht gemacht. Auf der einen Seite hatte tatsächlich manche Dissertation das auszufüllen und damit praktisch zu bestätigen, was Finke selbst zum besseren Verständnis für die Benutzer in der Einleitung zur edierten Quelle in großen Linien bereits vorgezeichnet hatte. Auf der anderen Seite vermerkt ein unverdächtiger Zeuge wie Hermann Heimpel, daß Finke trotz aller Hilfsbereitschaft in den Anforderungen seiner Seminarübungen von „unbarmherziger" Strenge gewesen sei.

Nicht uninteressant in diesem Zusammenhang ist auch ein Hinweis auf einige Schüler im engeren oder weiteren Sinne, die sich später als Hochschullehrer oder in anderer Position wissenschaftlich beschäftigten (ohne Vollständigkeit anzustreben): Arnold Berney, Gottfried Buschbell, Paul Diepgen, Anton Eitel, Emil Göller, Konrad Josef Heilig, Hermann Heimpel (den Finke als den begabtesten betrachtete), Nikolaus Hilling, Johannes Hollnsteiner, Josef (Bruno)

Katterbach, Engelbert Krebs, Johannes Linneborn, James Mac Caffrey, Ludwig Mohler, Ewald (Ludwig) Müller, Wolfgang Müller, Josep Antoni Rubió, Josef Schmidlin, Michael Seidlmayer, Johannes Spörl, Johannes Vincke, Carl Arnold Willemsen. Selbst in Spanien fand er Fachgenossen, „die sich begeistert seine Schüler nannten, während er selbst der Überzeugung war, bei ihnen mehr empfangen als gegeben zu haben" (J. Vincke). Für den Rest seines Lebens wurde er zum Mittler zwischen der spanischen und deutschen Wissenschaft. Und beide Nationen haben ihn mit hohen Auszeichnungen geehrt. Er wurde Mitglied der Wissenschaftlichen Akademien von München, Berlin, Heidelberg, Wien, Madrid und Barcelona, und die Universitäten von Freiburg/Br., Breslau, Mailand, Salamanca, Valladolid, Barcelona und Madrid verliehen ihm die Würde eines Ehrendoktors; an der Universität Zaragoza, wo sich eine spanische Schule um ihn bildete, wurde er zum Honorarprofessor ernannt.

IV

Heinrich Finke betrachtete diese Beziehungen nicht nur als seine persönliche Angelegenheit, sondern war bestrebt, sie über seine Person hinaus gewissermaßen zu institutionalisieren. Ohnehin besaß er einen Sinn für wissenschaftliche Strategien; hatte er doch früh schon auf die Notwendigkeit eines Historischen Instituts in Rom hingewiesen und zwischenzeitlich, wenn auch vergeblich, auf eine ähnliche Einrichtung in Paris und London. Realisiert wurde ein solches Institut ab 1925 in Madrid. Ihr Gründer war die Görres-Gesellschaft, die schon 1888 ihr römisches Institut errichtet hatte. Maßgeblich beteiligt der politischen Absicherung wegen – Paul Kehr sah die Ausstrahlung seines Preußischen Historischen Instituts in Gefahr – war der Kirchenhistoriker und Zentrumspolitiker Georg Schreiber, der sich beiläufig auch mit Themen der spanischen Geschichte beschäftigt hatte. Er und der Rechtshistoriker Konrad Beyerle wurden zu provisorischen Direktoren bestimmt; Finke sollte zusammen mit dem Kirchenhistoriker Wilhelm Neuss in Spanien mit den dortigen Kollegen die geplanten Arbeitsgebiete des neuen Instituts besprechen.

Ins Auge gefaßt wurden die Bereiche: die kirchliche Kultur der westgotischen und mozarabischen Zeit, Spaniens Bedeutung für die Anfänge der scholastischen Philosophie sowie deren Bedeutung wiederum für die Kirchenreform des 15. und 16. Jahrhunderts, die

Geschichte der neuzeitlichen Philosophie, die Zusammenhänge zwischen der spanischen und deutschen Mystik des Spätmittelalters. Es muß auffallen, daß Finkes Themen in diesem Katalog nicht zu finden sind, umso mehr als auf spanischen Wunsch hin Fragen der frühneuzeitlichen Missionsgeschichte, Spanien und das Große Abendländische Schisma, die Kirchenpolitik der Krone Aragón und Themen der Urkundenforschung hinzugenommen wurden, die Finkes Anliegen zum guten Teil geradezu widerspiegeln. Heinrich Finke war 1924 zum Präsidenten der Görres-Gesellschaft gewählt worden; wollte man ihm nicht zu großen Einfluß zugestehen?

Das Problem dürfte etwas vielschichtiger sein. 1925 erschien der von Sigfried Steinberg herausgegebene Band über „Die Geschichtswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen" mit sieben Lebensbildern, unter denen auch Finke als einziger profilierter Katholik Aufnahme fand. In seinen Selbstaussagen ist mehr von den Forschungen in Spanien die Rede als von den Konzilien des Spätmittelalters. Doch in der Gesamtbewertung der forscherlichen Lebensleistung Finkes am Ende seines Lebens steht eindeutig die Neubewertung des deutschen Spätmittelalters im Vordergrund. Er habe das Spätmittelalter aus dem Blickwinkel der Reformation herausgelöst und als Spätzeit des Mittelalters zu sehen gelehrt; „die Erörterung über die vorreformatorischen Zustände in Deutschland" habe er „aus dem konfessionellen Hin und Her von Schmähung und Apologie" befreit (Heimpel). Die Leistung entsprach adäquat dem Motiv, das zur Gründung der Görres-Gesellschaft geführt und ihr Denken in den ersten Jahrzehnten beherrscht hatte. Finke zum obersten Repräsentanten der Gesellschaft zu wählen, bedeutete in gewisser Weise so viel wie das Symbol eines erreichten Zieles, nämlich die Überwindung „der wissenschaftlichen Inferiorität deutschen Katholizismus in Leistung" und Einschätzung.

Diese Wegmarke hatte aber auch eine Schattenseite. Finke war kein Theoretiker der Geschichtswissenschaft. Als Leitlinie genügte ihm vorwiegend das, was Georg von Hertling, der Gründer der Görres-Gesellschaft, über das Verhältnis von Glaube und durch wissenschaftliches Forschen erworbenes Wissen beispielsweise 1897 geäußert hatte. Es gebe keine „Katholische Wissenschaft", sondern nur eine von Katholiken betriebene Wissenschaft, die sich keiner anderen wissenschaftlichen „Regel" verpflichtet wisse als der des allgemeinen wissenschaftlichen Verfahrens. Aber überall dort, wo unbeschadet dieser methodischen Selbstdisziplin der Standpunkt des Forschers seinen Ausdruck finden darf, sollte er vertreten werden im

Vertrauen darauf, daß zwischen Glauben und Wissen kein Widerspruch möglich sei, solange der Glaube ein auf göttlicher Offenbarung ruhender Glaube und das Wissen eine jeder rationalen Kritik standhaltende Tatsachenbehauptung sei. Noch 1921 (Jahresbericht der GG, S. 78) betonte Joseph Mausbach anläßlich der Dante-Gedenkfeier im Speyerer Dom die Harmonie zwischen Wissen und Glauben als grundlegende Idee auch der Görres-Gesellschaft. Als deren Präsident bis 1938 verkündete Finke nichts anderes; zumindest dachte er nicht daran, die These von der Harmonie konkreter auszufüllen, was angesichts der vielen kritischen Stimmen notwendig gewesen wäre.

V

Finke blieb offenbar bis ins hohe Alter hinein von der Erinnerung an seine Erfahrungen im 19. Jahrhundert beherrscht. Obwohl es im Jahresbericht der Görres-Gesellschaft von 1915 (S. 4) heißt, die wissenschaftliche „Inferiorität" des Katholizismus in der öffentlichen Meinung sei sichtlich im Rückgang begriffen, zog Finke in einem Leitartikel der „Kölnischen Volkszeitung" von 1917, mit vielen Beispielen belegt, über die Zurücksetzung katholischer Forscher hinsichtlich ihrer akademischen Laufbahn vom Leder; für ihn war die Benachteiligung noch nicht endgültig überwunden. Für Hermann von Grauert, 1920–1924 Präsident der Gesellschaft, war sie 1921 in Worms jedoch schon weitgehend Vergangenheit.

Die positivistische Ausrichtung der Arbeitsweise Finkes wurde schon erwähnt; man schreibt ihm heute einen „positivistischen Glauben an eine kumulativ-kontinuierlich fortschreitende Geschichtswissenschaft" zu, „die allein durch neue Quellenfunde und darin enthaltene 'Tatsachen' der objektiven Wahrheit näherzukommen" suchte (Bernd Mütter, S. 257). Dem scheint die Antwort Finkes an seine Freiburger Fakultät auf den Zeitungsartikel Theodor Mommsens über die „Voraussetzungslosigkeit der Forschung" und die „Objektivität" des Historikers im Jahre 1901, der seitens vieler Kollegen Zustimmung fand, zu widersprechen. Für ihn hieß die Antwort lapidar, es gibt die Voraussetzungslosigkeit nicht in dem Sinne, wie die Naturwissenschaftler sie für ihr Fach in Anspruch nehmen würden. Da aber Mommsen die Berufung des Katholiken Martin Spahn auf einen Lehrstuhl der Straßburger Universität für seinen Artikel zum Anlaß genommen hatte und Finke seine Antwort sogleich auf eine Verteidigung der Konfessionslehrstühle zuspitzte,

ging es nur vordergründig um eine wissenschaftstheoretische Auseinandersetzung. Was nach religionsimmanenten Kriterien wie eine mangelhafte Eignung aussehen sollte, erschien Finke nichts anderes als eine seit der Aufklärung eingespielte Knebelung durch die Gleichsetzung von Protestantismus, Wissenschaft und säkularisiertem Fortschritt. Streng genommen war Finke damit der latent mitschwingenden Frage nach dem Zusammenhang von Tatsachenfeststellung und erkenntnisleitendem Interesse ausgewichen.

VI

Eine weitere Herausforderung erwuchs Finke nicht viel später von ganz anderer Seite. Auf der Düsseldorfer Katholikenversammlung war 1908 die Gründung örtlicher Vereine katholischer Akademiker zur Pflege der katholischen Weltanschauung angeregt worden, die sich vor 1918 zu einem reichsweiten Verband zusammenschlossen mit dem Ziel einer religiösen Vertiefung der Mitglieder, der Rückgewinnung außenstehender Katholiken und einer mutigen sowie selbstbewußten Beeinflussung „des neuen deutschen Geisteslebens". An sich hätte dieser Verbandszweck nicht mit der Zielsetzung der Görres-Gesellschaft „zur Pflege der Wissenschaften" kollidieren müssen, aber die Versicherung im Jahresbericht der Gesellschaft von 1921, daß es keine Überschneidungen in der Zielsetzung mit dem Akademikerverband gebe, und daß gute Beziehungen zwischen beiden Vereinigungen herrschten (S. 55 und 63), lassen das Gegenteil vermuten wohl in der Erwartung, etwaige Differenzen bald bereinigen zu können, wenn nicht zu viel Aufhebens von ihnen gemacht werde. Nicht nur hier ist zu sehen, in welchem Ausmaß die eigenen Erfahrungen im Kulturkampf für Finke lebenssbestimmend waren. Wie die Masse der katholischen Bevölkerung im Reich stand auch Finke loyal zum neuen kleindeutschen Staat; 1899 sprach er von Bismarck sogar mit einer gewissen Wärme und bewunderte dessen Reichsgründung. Während des Krieges erschien von französischer Seite (Alfred Baudrillart) das Buch „La guerre allemande et le Catholicisme", das geeignet war, dem Krieg den Anschein eines religiös bestimmten Kampfes zwischen der katholischen französischen Kulturnation und dem barbarisch gebliebenen Ursprungsland der Reformation zu geben.
Es war Finke, der sofort zusammen mit Grauert, Schulte und Mausbach sowie dem für Auslandspropaganda zuständigen Abgeordneten Matthias Erzberger eine Abwehr in die Wege leitete und mit 40

weiteren Gelehrten den „Arbeitsausschuß zur Verteidigung deutscher und katholischer Interessen" gründete. War doch zu befürchten, daß der französische Vorstoß die in Heilung begriffene Wunde der katholischen Inferiorität in Deutschland wieder aufbrechen lassen könnte. Wie viele deutsche Katholiken war auch Finke der Überzeugung, daß das Kaiserreich einen „gerechten und heiligen Krieg" führe. Über den Rahmen politischer Opportunität ging jedoch seine Beteiligung an der sogenannten Intellektuellen-Eingabe an den Reichskanzler ebenfalls des Jahres 1915 hinaus, die für extreme Annexionen nach einem siegreichen Frieden eintrat. In diesem Sinne war es nur konsequent, der Deutschen Vaterlandspartei beizutreten, die im August 1917 unter der Führung des alldeutschen Generallandschaftsdirektors Wolfgang Kapp und des Großadmirals Alfred von Tirpitz mit der Forderung nach beträchtlichen Annexionen in einem (fast schon illusorisch gewordenen) Sieg-Frieden gegründet worden war.

VII

Zum vollen Verständnis seines Verhaltens sollte man in Rechnung stellen, daß Finke großen Belastungen familiärer Natur ausgesetzt war; seine Ehefrau Zoë, die Tochter des Kunstmalers und Direktors der Düsseldorfer Kunstakademie Carl Müller, die er 1892 geheiratet hatte, war seit 1910 infolge eines Schlaganfalls bettlägerig bis zu ihrem Tod im Jahre 1943, seine beiden Söhne fielen als Kriegsfreiwillige im Weltkrieg (Ludwig 1915, Carl 1917), es blieb ihm nur seine Tochter Zoë. Offensichtlich war er eine Kämpfernatur, die sich nach dem enttäuschenden Kriegsende wieder faßte und in der Rektoratsrede vom März 1919 „Unseren Gefallenen zum Gedächtnis" von Trauer, Scham und dem Glauben an das in neuem Geist aufzubauende Deutschland – fern von Geringschätzung des Gegners und Großmannssucht – sprach.

Interessant ist vor diesem Hintergrund die Beobachtung, daß er in den aufregenden Jahren auch an den Gegenwartsbezug der Geschichte dachte. In seiner „Selbstdarstellung" schreibt er, schon vor dem Kriege auf das 1911 von Vanderpol verfaßte Buch „Le droit de guerre d'après les théologiens et les canonistes" aufmerksam geworden zu sein und sich auch mit der Frage beschäftigt zu haben, wie sich die mittelalterlichen Theologen zum Kriege stellten. Das führte 1915 zu seiner Publikation „Der Gedanke des heiligen und gerechten Krieges in Gegenwart und Vergangenheit". Sie war offenbar an

eine katholische Leserschaft gerichtet mit der Versicherung, daß erst das Christentum die Frage des gerechten Krieges aufgeworfen, aber deren Theologen der weltlichen Gewalt den Gebrauch des Schwertes stets gestattet und niemals die Beseitigung des Krieges als ein Mittel der Auseinandersetzung überhaupt gefordert hätten. Den Gedanken spann er weiter mit dem 1916 erschienenen Bändchen „Weltimperialismus und nationale Regungen im späteren Mittelalter", worin er den Traum Dantes, ein Weltkaisertum könne den Krieg für immer bannen, als illusorisch bezeichnet und das Wesen des mittelalterlichen Imperiums vom modernen Imperialismus als inkommensurabel getrennt hat.
Seine ebenfalls geäußerte Meinung, daß während des Konstanzer Konzils „die nationalen Gegensätze ... störend in die Verhandlungen eingriffen", ein evidenter Beweis für den Autoritätsschwund des mittelalterlichen Kaisers sei, revidierte er 1937 in seinem Aufsatz „Die Nation in den spätmittelalterlichen allgemeinen Konzilien" (Historisches Jahrbuch, S. 57). Nicht in der Sache hatte er sich zu korrigieren, sondern nur in der Wortwahl, denn die „nationes" des Konstanzer Konzils hätten noch nichts mit den Nationen der Moderne zu tun. Interessanter ist das Jahr der Publikation; es dürfte einen Bezug zum politischen Kontext gehabt haben. Verhält es sich so, dann hat Finke, wie schon 1915/16 trotz eigenen Engagements, bewußt eine etwaige Legitimation der gegenwärtigen Politik mit Hilfe eines Rückgriffs in die Geschichte zu verhindern versucht, damit natürlich auch umgekehrt die Gefahr einer Verfälschung des historischen Bildes unter der Einwirkung politischer Ziele der Gegenwart.

VIII

Damit kommt auch Finkes Verhältnis zum Nationalsozialismus zur Sprache, ein nicht irrelevantes Thema, weil er bis zu seinem Tode am 19. Dezember 1938 Präsident der Görres-Gesellschaft war. Finke war ein Gegner des Versailler Friedens und dessen politischer Folgen, aber deswegen noch lange kein Befürworter des nationalsozialistischen Regimes. Soweit es die Quellenlage erkennen läßt, hat er weder aktiv für noch gegen das Regime gearbeitet, wohl aber verdeckten Widerstand geleistet. Sich jeder Stellungnahme gänzlich zu enthalten, wäre auf die Dauer in seiner Position wohl kaum gelungen. Da die nationalsozialistische Kulturpolitik von der Wissenschaft, insbesondere der Geschichtsforschung, erwartete, daß sie

gewissermaßen Waffen für deren politische Ziele zur Verfügung stelle, ist der schon erwähnte Aufsatz über die Nationen auf dem Konstanzer Konzil ein sicheres Indiz für den Willen Finkes, seine Forschung nicht mißbrauchen zu lassen. Heute mißdeutete Absichtslosigkeit dürfte kaum dahinterstehen; denn ein Jahr vor der Publikation, also zu der Zeit, an der er an ihr arbeitete, hatte er laut späterer Aussage seines ebenfalls an der Freiburger Universität wirkenden Schülers Johannes Vincke seine Korrespondenz „gereinigt", folglich eine überraschende Hausdurchsuchung befürchtet.

Eine solche Befürchtung bestand zu Recht. Im Jahre 1934, als sich die Bemühungen der Nationalsozialisten für Außenstehende deutlicher abzeichneten, unter dem Etikett „Volksgeschichte" nach dem „Arbeitsprinzip der kämpfenden Wissenschaft" den „Volkstumskampf" in sprachlich gemischten Gebieten untersuchen zu lassen, hatte die Görres-Gesellschaft eine Sektion für Volkskunde gegründet, deren Arbeitsfeld in der Zuordnung zur Landesgeschichte, wie sie in den zwanziger Jahren an der Universität Bonn konzipiert worden war, durchaus dem wissenschaftlichen Entwicklungsstand entsprach, aber natürlich den Forderungen der Regierung nicht unterworfen war. Finke hatte Bedenken gehabt, der Gründung zuzustimmen, beteiligte sich aber am 2. Band des Jahrbuches für Volkskunde, den Georg Schreiber unter dem Rahmentitel „Volk und Volkstum" 1936 herausgab. Der Band wurde wenig später von der Gestapo als anstößig beschlagnahmt und der Görres-Gesellschaft angedroht, sie als Ganzes in Frage zu stellen, wenn ab 1937 auf ihrer Generalversammlung nochmals ein Referat der volkskundlichen Sektion vorgetragen werde.

Finke war derjenige, der 1934 auf der Übernahme der Sektionsleitung durch Georg Schreiber bestanden hatte, obwohl er wußte, nicht zuletzt durch vorgetragene Bedenken verschiedener Mitglieder, daß dieser als sprachführender früherer Zentrumsabgeordneter für die Nationalsozialisten eine Reizfigur ersten Ranges war; offenkundig jedoch überwog die Befürchtung, durch Ergänzungswahlen Persönlichkeiten der unerwünschten „Richtung" präsentiert zu bekommen, gegen die man ohne Eklat kein Veto einlegen könnte. Man sieht in allem, daß es Finke keineswegs alleine war, der als Präsident die Geschicke der Gesellschaft steuerte. Er hatte sich 1933/34 angesichts seines hohen Alters mit Rücktrittsabsichten getragen, gab aber den Bitten verschiedener Vorstandsmitglieder nach, um des Fortbestandes der Gesellschaft willen sein hohes wissenschaftliches Ansehen weiterhin zur Verfügung zu stellen.

Es herrschte ein weitgehender Konsens, den Fortbestand der Gesellschaft zu erhalten, wobei sich die Beseitigung der katholischen Inferiorität als Daseinszweck durch die äußeren Umstände ziemlich schnell und ohne öffentliche Diskussion, aber von der überwiegenden Mehrheit akzeptiert, auf die Ebene politisch ungefärbter Forschung verschob. Was zu den trickreichen Winkelzügen dazugehörte, ist die häufige Diskrepanz zwischen dem Publikationstitel und dem Inhalt; weil man damit rechnen konnte, daß die von der NSDAP oder Polizei beauftragten Kontrolleure in der Regel nur den Titel, aber mangels Kompetenz nicht auch den Inhalt der Publikation lasen, wurde der Titel im Sinne politischer Wunschvorstellungen „geschönt", während der Inhalt davon verschont blieb. Vor Pannen im Einzelfall blieb diese Praxis natürlich nicht immer bewahrt.

IX

In diesem Kontext ist die Verleihung des Adlerschildes des Deutschen Reiches an „Heinrich Finke", den „verdienten deutschen Geschichtsforscher", durch den „Führer und Reichskanzler am 13. Juni 1935" zu sehen. Die Auszeichnung war zur Vollendung des 80. Lebensjahres gedacht, doch merkwürdigerweise einen Monat vor dem Geburtstag datiert; das Tagesdatum des 13. statt des 14. ist aus Finkes eigenem lebenslangen Irrtum zu erklären. Nicht so nebensächlich und deshalb immer mit erhobenem Finger aufgeworfen, ist die Frage, warum Finke die Auszeichnung angenommen hat, die schon 1922 gestiftet und mehrfach vom Reichspräsidenten an Persönlichkeiten, „deren geistiges Verdienst Gemeingut der Nation ist", verliehen worden war. So muß man eigentlich umgekehrt fragen, warum hätte er die Auszeichnung ablehnen sollen? Es wäre ein höchst unkluger Affront gewesen, der die Görres-Gesellschaft in den Strudel bösartiger Reaktionen mit hineingerissen und der Reichsregierung den Anschein gelassen hätte, nichts Ungebührliches getan zu haben. Mit dem Argument allein, der Freiburger Professor unterhielt viele und freundschaftliche Beziehungen zu ausländischen Kollegen, ist es nicht getan; es würde übrigens bedeuten, Finke hätte sich um die Verleihung des Adlerschildes bemüht, was ihm übrigens zuzutrauen wäre, da er eingedenk seines nicht leichten sozialen Aufstiegs bis ins hohe Alter hinein anerkennungsbedürftig blieb.

Ein anderer Vorgang jedoch kann zur Erklärung der Zusammenhänge hilfreicher sein. Finkes befreundeter Kollegenkreis in Spanien

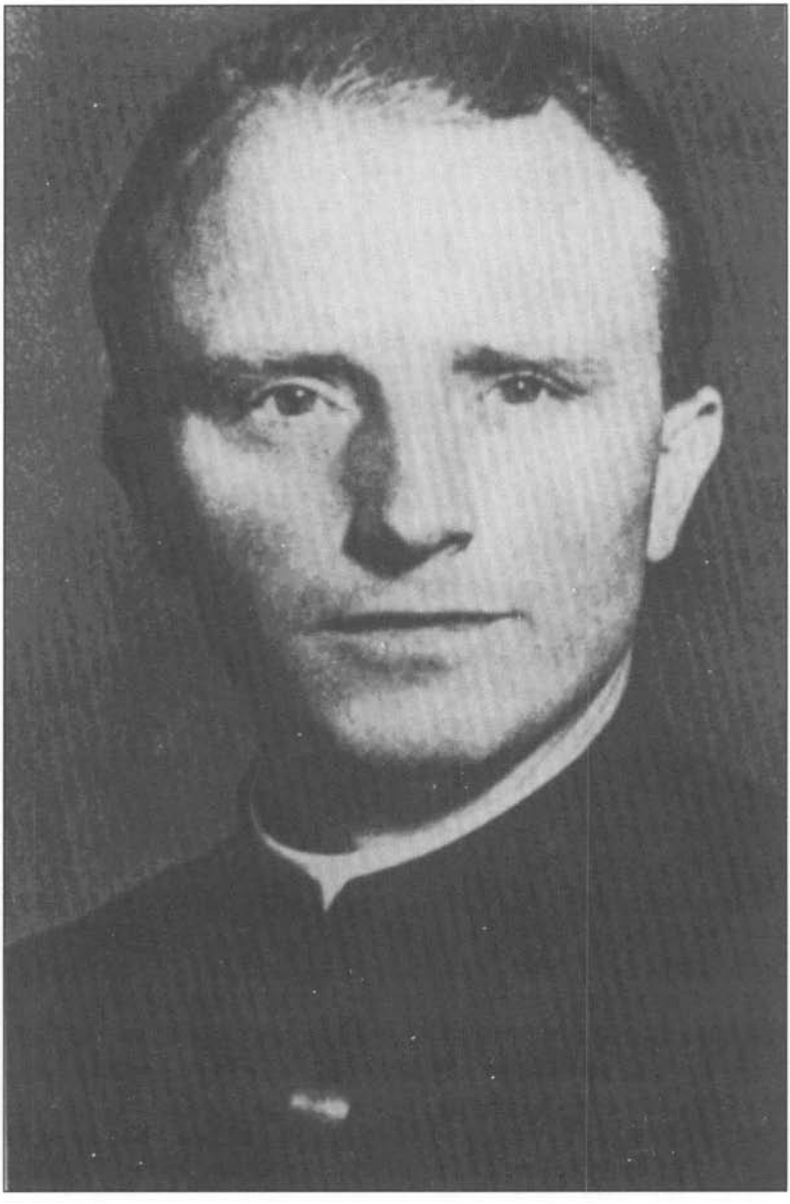
bestand zum großen Teil aus Katalanen, die wiederum größtenteils Sympathisanten der seit dem 14. April 1931 bestehenden spanischen Republik waren. Nicht sie allein hatten in Madrid beantragt, Finke das Komturkreuz des Ordens „Isabel la Católica" zu verleihen, was 1933 geschah. Internationalen Gepflogenheiten gemäß mußte das Tragen eines so hohen ausländischen Ordens vom eigenen Staatsoberhaupt genehmigt werden. Die Genehmigung allerdings blieb aus, bis im August 1935, kurz nach der Verleihung des Adlerschildes, in Freiburg von Regierungsseite angefragt wurde, aus welchem Anlaß die Auszeichnung verliehen worden sei. Und nachdem Finke selbst mitgeteilt hatte, daß ihm der spanische Unterrichtsminister noch wenige Tage vor der Ausrufung der Republik die bevorstehende Auszeichnung angekündigt habe, die dann infolge des Wechsels von der Monarchie zur Republik vorerst unterblieben sei, wurde ihm 1936 das Tragen des Komturkreuzes gestattet. Man hat den Eindruck, daß es den Nationalsozialisten um eine flankierende Maßnahme im Hinblick auf die Feier der Olympischen Spiele in Berlin ging.

X

Sieht man diese Episode vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Politik, Vereinigungen zu zermürben, die sich nicht ihrem Totalitätsanspruch zu unterwerfen bereit waren, dann hat sie den Prozeß allenfalls verlangsamt, aber nicht aufgehalten. Seit 1934 mußten Sektionsveranstaltungen im Rahmen der Generalversammlung ausfallen, 1936 die für Koblenz geplante Generalversammlung nach Hildesheim und 1937 von Stuttgart kurzfristig nach Osnabrück verlegt werden; die in Bamberg vorgesehene Versammlung konnte 1938 überhaupt nicht stattfinden, bis zum Kriegsende fand dann ohnehin keine mehr statt. Ende August 1937 verbot das Reichspropagandaministerium jegliche Berichterstattung über die Osnabrücker Tagung in der Presse.

Finke starb am 19. Dezember 1938 in Freiburg und wurde seinem Wunsche gemäß neben seinem ersten Freiburger Schüler und Kollegen Emil Göller beigesetzt. Man konnte ihm nicht vorwerfen, seiner Überzeugung untreu geworden zu sein; sein Tod bedeutete für viele den symbolischen Untergang des katholischen Anteils an der Wissenschaft in Deutschland. In der Tat, die Görres-Gesellschaft ging ihrem sicheren Ende entgegen. Ein Nachfolger im Präsidentenamt hätte von Vorstand und Beirat der Gesellschaft gewählt werden

müssen; da jedoch kriegsbedingt keine Generalversammlung einberufen werden konnte, wählte der Vorstand erst 1940 in München – offenbar im Sinne einer Notstandsmaßnahme – den Rechtswissenschaftler Hans Peters (Mitglied des Kreisauer Kreises) zum neuen Präsidenten. Diese wie schon die vorausgegangene Vorstandssitzung von 1939 fanden in Anwesenheit der Gestapo statt. Gleich nach dem Tod Finkes hatte diese dessen Nachlaß beschlagnahmt und im Februar 1941 die Unterlagen der Geschäftsstelle der Gesellschaft in Freiburg. Das sichergestellte Material sollte das Verbot rechtfertigen, lasse es doch erkennen, „daß die Görres-Gesellschaft in ihrer gesamten Existenzwirksamkeit gegenüber dem Nationalsozialismus und dem heutigen Staate eine durchaus abträgliche Haltung einnimmt und diese, soweit es die bestehenden Verhältnisse ohne Gefahr gestatten, auch praktisch durchführt".



Franz Stock (1904–1948)

„Wann in der Geschichte hätten die christlichen Nationen je bezeugt, sich daran zu erinnern, daß Christus ein Mensch war, dessen Leib gefoltert wurde?" So klagte seinerzeit François Mauriac und fügte in der ihm eigenen Schwermut hinzu: „Sie bleiben ohne Entschuldigung; denn in jeder Generation hat es einen Franziskus von Assisi, einen Vincent de Paul gegeben, die nicht allein durch Worte, sondern durch die Preisgabe ihres Lebens daran erinnerten. Aber der Ablauf der Geschichte wurde von den Heiligen nicht beeinflußt. Sie haben auf die Herzen und die Geister gewirkt, die Geschichte aber blieb verbrecherisch." Mit dem Beispiel des 1904 im westfälischen Neheim geborenen und 1948 als Kriegsgefangener in Paris verstorbenen Abbé Franz Stock, einem Paderborner Priester, möchte man dem widersprechen. An seinem 50. Todestag bezeugte ihn der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl in Chartres als Beispiel für Frieden und Völkerverständigung, der es verdiene, bald seliggesprochen zu werden. Der französische Staatspräsident Jacques Chirac erwies ihm als Vorkämpfer für die deutsch-französische Aussöhnung mit Ausstrahlung auf das zusammenwachsende Europa Reverenz.

I

Es brauchte geraume Zeit, das wegweisende Lebenswerk Franz Stocks zu erkennen, wie beispielhaft die Geschichte seines Grabes zeigt. Im Juli 1947 hatte Stock zum letzten Mal seine Heimat besucht. Seine Studienstadt Paderborn, in der er zum Priester geweiht worden war, lag in Schutt und Asche. Doch überall regte sich wieder Leben, man plante für bessere Jahre. Franz Stock fuhr zurück nach Paris und wartete auf neue Aufgaben, auf seine Zukunft. Bei einem Empfang hatte der Pariser Nuntius Angelo Giuseppe Roncalli auf ihn gedeutet: „Abbé Stock, das ist kein Name, das ist ein Programm!" – ein Programm im Sinne von Vermächtnis. Denn Stocks Zeit war vollendet. Im September 1947 zeigte sich eine akute Herzschwäche. Zum ersten Mal, so schrieb er nach Zuhause, habe er Weihnachten nicht im trauten Kreis feiern können, an Neujahr sei er

ganz allein gewesen. Allein starb er am 24. Februar 1948 gegen 16.00 Uhr im Pariser Hospital Cochin, erst 43 Jahre alt. Mit zwei Händen konnte man die Trauergäste zählen, die den Armensarg auf dem Friedhof von Thiais in die Erde senkten. Beim Requiem hatte Nuntius Roncalli persönlich den Leichnam eingesegnet. Angesichts der Umstände wog das viel. Denn in Pariser Zeitungen durfte nicht einmal die Todesanzeige des kriegsgefangenen Priesters erscheinen. Die Zentrale des Deutschen Caritasverbandes zeichnete in einem herzlichen Nachruf die Stationen des Verstorbenen nach: ab 1934 Rektor der deutschen katholischen Gemeinde in Paris, von 1940 bis 1944 katholischer Standortpfarrer im Nebenamt, von 1945 bis 1947 Regens des Seminars kriegsgefangener deutscher Theologen im Dépôt 501 in Le Coudray bei Chartres. „Auch", so steht wie nebenbei, „auch wirkte er segensreich als Aumônier der politisch inhaftierten Franzosen in den Pariser Gefängnissen." Er möge im Frieden Gottes ruhen bis am Jüngsten Tag. Wenn sein Grab auch arm sei, so schloß der Nachruf, „es wird trotzdem herrlich sein, weil, der in ihm ruht, ein Liebender war."

Männer wie Franz von Assisi hätten nur auf Herzen gewirkt, die Geschichte sei von ihnen nicht beeinflußt worden? Es war das nebensächlich erscheinende Auch, „auch wirkte er als Aumônier französischer Kriegsgefangener segensreich", was im Rückblick als seine Stunde erscheint. Drei Jahre nach dem Tod feierte Franz Stock Auferstehung in dankbarer Erinnerung. Die Überlebenden und die Hinterbliebenen der Opfer diesen *Auchs* der Gefängnisse von Fresnes, La Santé und Cherche-Midi setzten 1951 ihrem deutschen Abbé einen Grabstein. Ein Stein muß mit Abstand ins Wasser fallen, um Wellen bis ans Ufer zu schlagen. Der damals in Deutschland unbekannte Pariser Nuntius Roncalli, dann Patriarch von Venedig, bestieg im Oktober 1958 als Johannes XXIII. den Stuhl Petri. Zum ersten Weihnachtsfest ging Johannes der Gute ins römische Gefängnis, um Ausgestoßenen die Hand zu drücken. Als man dem toten Papst bald ein Denkmal setzten mußte, wählte man den Gefängnisbesuch als Motiv seines Pontifikates.

Das Denkmal könnte ebenso für Franz Stock stehen. Auf dem Bronzerelief in der Peterskirche drängen sich Menschen hinter Gittern. Vom Himmel versuchen Engel verzweifelt die Stahlstäbe auseinanderzureißen, aber sie geben nicht nach. Doch ein Priester ist zu den Eingeschlossenen gekommen und spricht ihnen Mut zu. In diese Richtung hatte Roncalli seine Worte über Franz Stock als Programm gemeint. Die Parallelität überrascht. In eben den Junitagen, als man

Papst Johannes 1963 ins Grab senkte, holten Franzosen und Deutsche den Leichnam Abbé Stocks vom Friedhof in Thiais und betteten ihn in die Kirche Saint Jean Baptist zu Chartres um. Der päpstliche Segen für die Feierstunde trug die Namenszüge eines Toten. Auf dem Sterbebett hatte Johannes XXIII. das Telegramm autorisiert, als wollte er ihn ein zweites Mal einsegnen. Und als wäre ein Schleier von den Augen gefallen, ging die Literatur alsbald seiner Biographie nach: „Ein Leben zwischen den Fronten" – „Der Wegbereiter der Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich" – „L'aumônier de l'enfer" – „Er ging durch die Hölle" – „Bild priesterlicher Barmherzigkeit", so lauten die einprägsamen Titel. Chartres, Le Mans und Paris halten in Frankreich, Dortmund, Neheim und Paderborn in Deutschland mit Plätzen, Straßen oder Gedenkstätten Franz Stock in Erinnerung.

II

Franz Stock wurde als erstes von neun Kindern des Metallarbeiters Johann Stock und seiner Frau Franziska geb. Schramm am 21. September 1904 in Neheim, im Sauerland, geboren. Von Statur hochgewachsen und feingliedrig, von Natur verschlossen und sensibel tat er sich mit der Schule nicht leicht. Ein Blick auf das Reifezeugnis, das er Ostern 1926 vom Neheimer Realgymnasium, dem heutigen Franz-Stock-Gymnasium, erhielt, belegt, daß er eindeutig musisch begabt war. In Zeichnen und Musik erreichte er Bestnoten. In den Realienfächern, selbst in Französisch, das er später fließend beherrschte, bewegte er sich an der unteren Notenskala. Während der Gymnasialzeit war er zunächst dem Bund Neudeutschland (ND) beigetreten, wechselte dann aber zum Quickborn, dem er sich zeitlebens verbunden fühlte. Bei seiner Berufswahl spielte er zunächst mit dem Gedanken, Franziskaner zu werden. Der Heimatpfarrer half nachdrücklich mit, ihm den Weg in das Paderborner Theologenkonvikt zu ebnen. Als einer von 57 Priesteramtskandidaten begann Franz Stock im Sommersemester 1926 das Studium an der Philosophisch-Theologischen Akademie.

Zu den älteren Professoren von internationalem Ansehen, die von den Erinnerungen des Kulturkampfs ebenso geprägt waren wie von der Wilhelminischen Ära, gehörten der Dogmatiker Bernhard Bartmann und der Alttestamentler Norbert Peters, beide Sauerländer wie Franz Stock. Aus den jüngeren Hochschullehrern ragte der Moraltheologe Hermann Müller als Kirchenmusiker und jugendbeweg-

ter akademischer Seelsorger über die Bistumsgrenzen heraus. Den Geist des Theologenkonvikts Collegium Leoninum hatte als Direktor Paul Simon, gut bekannt mit Romano Guardini und eng befreundet mit Heinrich Brüning, nachhaltig bestimmt, bevor er 1925 als Professor an die Universität Tübingen gewechselt war. Wenn Franz Stock nach Auskunft von Kommilitonen dem akademischen Theologiestudium in den Erstsemestern keine hinreißenden Aspekte abgewann – rein theoretische Fragestellungen blieben ihm zeitlebens fremd –, so vermittelte ihm das mit Originalen besetzte Professorenkollegium immerhin die Vorstellung, den eigenen Weg suchen zu dürfen.

Stocks Interesse galt vor allem sozialen Fragen, einem Problemfeld, auf dem Paderborner Priester zu den Pionieren gehörten. Erwähnt seien Franz Hitze, August Pieper und Wilhelm Liese, Sauerländer wie Franz Stock. Das obligatorische Fach Wohlfahrtspflege und Caritas war in Paderborn bereits vor dem Ersten Weltkrieg eingerichtet worden. Selbstredend setzte Stock als Student der Nachkriegszeit andere Akzente als seine Lehrergeneration. So fühlte er sich der Friedens- und Demokratiebewegung des Franzosen Marc Sagniers verbunden, an dessen mehrwöchigem Friedenstreffen in Bierville nahe Paris er 1926 teilnahm. Wie wenig dieses aus dem Rahmen fiel, belegt die Anwesenheit einer größeren Gruppe von Paderborner Studenten und Priestern in Bierville, unter ihnen Lorenz Jaeger, sein späterer Erzbischof.

Franz Stocks Persönlichkeitsentwicklung erfuhr in den Freisemestern, die er an einer auswärtigen Universität zu verbringen hatte, richtungweisende Impulse. Nachdem sich Löwen als Studienort zerschlagen hatte, setzte er alles daran, an das Institut Catholique in Paris zu kommen. Die renommierte Theologische Hochschule stand damals unter dem beherrschenden Einfluß des Bischofs und späteren Kardinals Alfred Baudrillart, des Verfassers der zwischen französischen und deutschen Katholiken höchst umstrittenen Kriegsschrift La Guerre allemande et le Catholicisme. Befreundete französische Studenten hatten ihre ganzen Überredungskünste bei der Institutsleitung aufbieten müssen, um Franz Stocks Immatrikulation zu erreichen. In Entscheidungen sonst eher zaghaft, ging er im Sommer 1928 als einziger Paderborner Priesteramtskandidat nach Paris, der erste deutsche Theologiestudent in Frankreich nach dem Krieg überhaupt. Sein Paderborner Konsemestrale und Freund Rudolf Dietrich, später Diözesancaritasdirektor und Informant zur Biographie Stocks aus erster Hand, folgte ihm ein Semester später.

Stock fand in Paris das in Latein dozierte Vorlesungsangebot höchst anregend, vertiefte sich in die Literatur, erkundete gezielt Geschichte und Sozialverhältnisse der Seinemetropole und ihrer Umgebung. In der international zusammengesetzten Studentenschaft hatte er bald Freunde gefunden, neben Franzosen wie Joseph Folliet, dem Gründer der Compagnons de Saint François, bevorzugt Polen und Russen. Polnische Sprachkenntnisse besaß er bereits vom Studium in Paderborn her, die dort zum obligatorischen Ausbildungsprogramm angehender Priester gehörten.

Die geknüpften Freundschaften und persönlichen Verbindungen in Frankreich pflegte Stock intensiv, auch als er nach drei Semestern das Studium in Paderborn fortsetzte. Am 12. März 1932 erteilte ihm Erzbischof Kasper Klein als einem von 32 Kandidaten die Priesterweihe. Seinen ersten Einsatz erhielt er als Aushilfepriester in der Landgemeinde Effeln bei Lippstadt, dann folgte die Ernennung als Vikar der Arbeitergemeinde Dortmund-Eving, wo auch Polenseelsorge, wie im Ruhrgebiet üblich, zu seinen Seelsorgeaufgaben gehörte. Als Leitbild der Pastoral standen ihm die aus dem katholischen Millieu heraustretenden französischen Priester vor Augen, die unter Abständigen und Arbeitern wirkten. Wie wenig dieses den gängigen deutschen Vorstellungen entsprach, konnte Vikar Stock dem Aufsatz „Klerus und Proletariat" der Paderborner Zeitschrift Theologie und Glaube entnehmen. Der Verfasser verwies auf die gültigen sozialpolitischen Grundsätze eines Franz Hitze. Am Schluß kritisierte er das französische Idealbild vom curé de campagne. Die extreme Situation verlange ein radikales Priesterbild, arm wie der hl. Franziskus? Das Buch von Pierre Lhande, „Christus in der Bannmeile von Paris", so der Kritiker, animiere deutsche Priester in die falsche Richtung. Denn Proletariern sei nicht mit einem proletarischen Priester geholfen. In dieser Frage hatte Stock eindeutig Stellung bezogen. Im Paderborner Verlag Schöningh war 1931 Lhandes Buch unter dem Titel „Gott in der Wüste" erschienen. Übersetzt hatte es Franz Stock.

III

Neigung und Sendung deckten sich beim Priester Franz Stock auffallend. Die Erinnerung hält ihn nicht unter dem Titel etwa eines Prälaten wach. Er wurde und wird es bleiben – der Abbé. Stocks Frankreichbild – wie sollte man es anders deuten? – ist gemalt von einem Verliebten. Zuneigung kann man nicht erklären, die Gründe

höchstens ahnen lassen. Franz Stock, Franziskus, Frankreich. Wie soll man Neigung, um es französisch zu sagen, passion erklären? Der seraphische Heilige von Assisi wurde bekanntlich unter dem Namen Giovanni aus der Taufe gehoben. In die Geschichte ist er als Franziskus, als kleiner Franzose eingegangen, weil er Lieder zur Laute in der Sprache seiner Mutter, die aus der Provence stammte, zu singen liebte. Im Französischen dirigiert Vaterland nicht wie im Deutschen ein sächlicher Artikel, sondern der weibliche im Sinne von mütterlich – la patrie. Deutschland war für Franz Stock Vaterland, Frankreich Mutterboden. Er vergaß nie, daß er aus Deutschland kam, aber seine Neigung gehörte Frankreich. Er gründete im Leokonvikt eine Gruppe der Compagnons de Saint-François, das war 1929, er übersetzte, wie erwähnt, „Christus in der Bannmeile von Paris", das war 1931. Knapp zwei Jahre Vikar im Ruhrgebiet – und er war freigestellt als Seelsorger der Deutschen in Paris. Das war 1934.

Die Aufgabe schien auf ihn zugeschnitten, er hielt sie für die Erfüllung seiner Träume. Ein Zeitungsartikel von 1935 fing das Charisma des deutschen Rektors in der französischen Hauptstadt mit einer beiläufigen Bemerkung ein. Bei einem Treffen der deutschen Gemeinde in Paris sei etwas Neues festzustellen. Fast alle Mitglieder seien gekommen. Im gemütlichen Teil hätten alle, angefangen von Botschaftsangehörigen bis herunter zum Dienstmädchen, Volkslieder geschmettert. Als die Ziehharmonika ermüdet war, „ertönt zarter, aber nicht weniger eindringlich eine Laute. Der sie spielt, steht zufrieden lächelnd am Rande der Bühne. Er trägt den schwarzen Rock, aber er könnte mit seinem jungen Gesicht, dem blonden Haar auch ein fahrender Scholar sein". Wer den Veranstaltungskalender der deutschen Gemeinde durchsehe, staune, was dieser Rektor alles auf die Beine stelle. Vielleicht, so schloß der Artikel, sei dieser Priester der hoffmannsthalsche Jedermann der Deutschen in Paris, der seine Freunde in diesem Welttheater an ihre Vergänglichkeit erinnert.

Rektor Stock von der deutschen Gemeinde, das versichern alle, die ihn kannten, hat nie im Zentrum stehen wollen. Am Rande der Bühne, das schien richtig getroffen. Diese Bühne, das macht seine Biographie deutlich, aber mußte Paris sein. „Als ich am 26. August 1939, morgens um 6.00 Uhr, mit dem Handgepäck auf dem Gare du Nord stand (– in der Nacht war wegen des drohenden Kriegsausbruchs die sofortige Abreise nach Deutschland angeordnet –), da spürte man plötzlich", so schrieb er einem Bekannten, „daß man

zum Leben nicht viel braucht, und daß man sich schnell trennen kann von all dem Liebgewordenen und in jugendlicher Begeisterung Aufgerichteten." Das franziskanische Gefühl auf dem Gare du Nord hatte ihn betrogen. Das Paderborner Ordinariat schickte ihn als Seelsorger in die mitteldeutsche Diaspora nach Klein-Wanzleben. Freund Dietrich wußte sich später zu erinnern, daß diese Versetzung in die Zuckerrübengegend Franz Stock in eine schwere Krise geführt habe. Sein Wunsch gehe nicht dahin, so schrieb er aus Klein-Wanzleben nach Paderborn, „in der Diaspora, dazu noch in einem kleinen Dorf zu bleiben".

Die Antwort kam unmißverständlich. Die Weltstadt Paris und ihre hohe geistige Kultur mit der Einöde zu vertauschen, sei sicher nicht leicht. Doch das gehöre zur priesterlichen Berufung. Der Priester sei ein Mann, um mit Paul Claudel zu sprechen, dessen Heimat sei, kein Daheim zu haben. Der geistliche Vorgesetzte faßte seine correctio fraterna kurz und entschieden zusammen, daß dieses ernüchternde Wissen „uns nicht daran hindern" solle, „unseren Weg weiter geradeaus zu gehen". Der geistliche Herr Vorgesetzte in Paderborn sprach im Plural, meinte aber unmißverständlich den Pfarrverweser Stock in Klein-Wanzleben. Ein Oberer soll bekanntlich nach der Regel des hl. Franziskus den Brüdern nichts vorschreiben, was gegen ihre Seele ist. Franz Stock blieb beseelt von Frankreich. Er fragte in Freiburg nach, ob man ihn nicht als Seelsorger französischer Kriegsgefangener brauche. Deren gäbe es für einen lohnenden Einsatz noch nicht genug, war die abschlägige Antwort. Der Kölner Kardinal Schulte riet ihm, sich bei Feldbischof Justus Rarkowski in Berlin für den Fall der Fälle im Blick auf Frankreich vormerken zu lassen.

Am 6. Mai 1940 konnte Stock Klein-Wanzleben in Richtung Westen verlassen. Kardinal Schulte hatte ihn zum Seelsorger der Deutschen in Amsterdam ernannt, und er die Stelle angenommen, um besseren Kontakt nach Paris zu knüpfen. Der deutsche Einmarsch in die Niederlande aber zwang ihn, an der Grenze umzukehren. Das Paderborner Ordinariat schickte ihn daraufhin als Kooperator nach Pömbsen, einem Dorf bei Brakel. Die Niederlage Frankreichs und der Einmarsch der Deutschen eröffneten ihm die Rückkehr. Am 13. August 1940 erhielt er die erneute Ernennung zum Seelsorger der Deutschen in Paris. Die Übersiedlung verzögerte sich bis Oktober, aber dann war er wieder in seiner Rue Lhomond. Man hat den Eindruck, er habe nicht schnell genug heimkommen können. Neigung oder Sendung? Ein Erinnerungsfoto zweier deutscher Landser nach

dem Neuanfang zeigt Stock besonnen ins offene Kaminfeuer seiner Pariser Wohnung blicken. Im Kreis sitzen seine Schwester Franziska, die den Haushalt führte, und Fräulein Berlinghoff, seine Sekretärin. Das Vorwort zu seinem Buch über die ersten deutschen Buchdrucker in Paris mag er im November 1940 hier im Quartier Latin am offenen Kamin datiert haben. Eine Besucherin dieser Zeit erinnerte sich so an ihn. Während Franz Stock malte und wir strickten, sagte er: „Geben die anderen uns keinen Frieden, dann machen wir ihn uns selber!" Ein Satz, der vom umbrischen Franziskus stammen könnte.

IV

So war seine Neigung. Und seine Sendung? Nicht die Muse der Kunst läßt ihn lebendig werden in unserer Erinnerung. Um der Verlassenen und Todgeweihten in den Gefängnissen von Fresnes, La Santé und Cherche-Midi willen, das sagt der Rückblick, wurde er geboren. Er mußte 1940 darauf brennen, vom Lande nach Paris zu kommen. Denn gerade er, der kein Programm hatte in den Jahren der Parolen, der deutsche Priester, der Frankreich liebte, wurde in diesen Stunden gebraucht. Französischen Priestern war der Zugang zu den Gefängniszellen ihrer Landsleute untersagt. Die deutschen Kriegspfarrer in Uniform wurden abgelehnt. „Un brassard de la Croix-Rouge sur sa manche de soutane" (eine Rotkreuzbinde auf dem Ärmel seiner Soutane) wurde in den Gefängnissen das Code-Zeichen für einen Schimmer Hoffnung. Franz Stock trug das schwarze Priesterkleid, nicht eine deutsche Uniform, auch nicht als er 1941 Standortpfarrer im Nebenamt wurde.

Das Archiv im Paderborner Generalvikariat bewahrt zwei sprechende Dokumente aus seiner Hand, ein Heft nach Art einer Schulkladde und ein Heftchen im Format eines Taschenkalenders. Das eine ist sein Tagebuch, das andere sein Zellenbuch der Gefängnisse. In letzteres hat er die Namen der Inhaftierten oder dem Tode Geweihten geschrieben, die er in den Zellen besuchte oder auf den Letzten Gang vorbereitete. Ins erstere, in das Tagebuch, schrieb er ab 1941 bis zur Befreiung von Paris im August 1944 neben kleinen Anmerkungen persönlicher Art vor allem Namen, Herkunft sowie letzte Grüße und Nachrichten für die Hinterbliebenen derer, die er zum Erschießungsplatz begleitet hatte. Für die gefährlichen traurigen Botengänge in die Häuser der Opfer bediente sich Stock vertrauens-

würdiger Mitglieder seiner Pariser Gemeinde, deren Namen er selbstredend nicht aufzeichnete.
So berichtet einer der noch lebenden Gewährsmänner, Pater Gereon Goldmann OFM in Fulda, von solchen Gängen in seinem Auftrag. Weil er damals als Soldat SS-Uniform trug, sei er als Bote am wenigsten verdächtig gewesen. Man könne sich die erschreckten Augen vorstellen, wenn er während der Nacht irgendwo in einem Miethaus an der Tür klingelte, und das ungläubige Erstaunen, wenn er als Vertrauensmann Abbé Stocks erkannt wurde. Stocks Zeilen in Tagebuch und Zellenbuch waren nicht für die Öffentlichkeit gedacht. Die Stunden in den Pariser Gefängnissen, die priesterliche Assistenz auf dem Erschießungsplatz und bei der anschließenden Verscharrung der Opfer auf irgendeinem Friedhof, sie haben ihn zum *Abbé* Stock gemacht.
Zunächst war er nur um Aushilfe gebeten. Aber was heißt hier Aushilfe. Mit tiefem Einfühlungsvermögen ist der Mont-Valérien, die Hinrichtungsstätte der Pariser Todgeweihten dieser Jahre, Calvaire, Kalvarienberg, genannt worden. Ein Mitbruder der ersten furchtbaren Zeit berichtet, sie beide, Franz Stock und er, seien manchmal bis zu vierundzwanzig Stunden unterwegs gewesen. Da war der Sonntag Gaudete im Advent 1941. Als Rache hatte die deutsche Besatzung hundert Geiseln zur Erschießung abgezählt. Die Exekutionen sollten am anderen Morgen um halb fünf erfolgen. Auf Intervention des Pariser Kardinals wurden zwar zwanzig der Unschuldigen wieder aus der Todesliste gestrichen, aber es blieben achtzig. Weil der zuständige Kriegspfarrer bei dieser Zahl angesichts der wenigen bleibenden Stunden überfordert war, bat er Franz Stock um Hilfe. Bis zum frühen Morgen hätten die beiden Beichte gehört, Kommunion ausgeteilt, getauft. Dann sei es zum Mont-Valérien gegangen. Wie das im Winter ausgesehen hat?
Die Gefangenen wurden auf dem achtzehn Kilometer langen Weg auf Lastwagen gefahren, die Hände auf dem Rücken gefesselt, bewacht von Soldaten mit Karabinern und Maschinenpistolen. Beim Aufstieg zum Erschießungsort seien viele auf dem vereisten und verschneiten Weg ausgerutscht und hingefallen. Die beiden Priester hätten ihnen aufgeholfen. „Oft weinten die Männer, wir putzten ihnen die Nasen und ließen Zigaretten wandern. Weil die Soldaten in der Regel zu rauh waren, banden wir selbst die Verurteilten am Erschießungspfahl an und verbanden ihnen die Augen. Sie vertrauten uns die letzten Gedanken an ihre Lieben an, umarmten uns." Als „ängstlich, ja überaus ängstlich" hatte ihn der Mitbruder anfangs

erlebt. Der Konfrater, der als Kriegspfarrer den Militärrock trug, hielt Stock offenbar für zu weich. „Er weinte, wie ich noch nie einen Mann habe weinen sehen", wußte sich die Frau eines Widerstandskämpfers zu erinnern, als Stock am späten Vormittag des 29. August 1941 in seine Wohnung zurückkam.

Er kehrte von der Hinrichtung des Grafen d'Estienne d'Orves und dessen beiden Freunden zurück. Abbé Stock hatte im Morgengrauen mit ihnen in der Zelle die hl. Messe mit dem Tagesformular vom Fest der Enthauptung Johannes des Täufers gefeiert. Dann waren die Verurteilten in den Wagen der Wehrmacht gestiegen, der sie zum Mont-Valérien bringen sollte. „Um jeden Fluchtversuch von vornherein zu vereiteln, wurde das Wageninnere von einem Scheinwerfer beleuchtet; auf den Bänken, die man an den Seiten entlang aufgestellt hatte, saßen das Erschießungskommando, [der Präsident des Kriegsgerichts] Keyser und Abbé Stock. Diejenigen, die sterben sollten, saßen auf ihren eigenen Särgen." Auf ihrem Schoß hielten sie ein französisches Gesangbuch, das dieser Abbé Stock neu herausgegeben hatte. Und weil der Weg weit war, so heißt es, begannen sie zu singen. „Sie sangen bis zum Ende." Und dann war in dieser Morgenstunde am Hinrichtungsplatz dieses Paradoxon geschehen. Der französische Graf hatte sich an den deutschen Militärrichter mit den Worten gewandt: „Monsieur, Sie als deutscher und ich als französischer Offizier, wir beide tuen nur unsere Pflicht!" und ihn zur Bestürzung des Erschießungskommandos umarmt. Darauf war vor innerer Bewegung der Richter unfähig zur Verlesung des Todesurteils. Der Priester wurde gezwungen, es zu tun, Abbé Stock.

Ab 1942 hatte Stock allein priesterlicher Zeuge dieser Passionsstunden zu sein. Der Verstand will sich sträuben zu zählen, wie viele der Todgeweihten er zur Pariser Schädelstätte, zum Mont-Valérien, begleitete. Nicht weniger als 863 Erschießungen hält sein Tagebuch allein für die Zeit von 1942 bis August 1944 fest. Am Tag vor dem Heiligen Abend 1940 hatte er der ersten Exekution beiwohnen müssen. Und allein von da an bis 1942 sind über 1 000 füsiliert worden. Er selbst hat später, danach gefragt, lakonisch geantwortet: „eine vierstellige Zahl". Jean Toulat hält die im wahrsten Sinne des Wortes ungeheuerliche Zahl von mehr als 2 000 Hingerichteten aufrecht, an deren Seite der deutsche Abbé bis zum Todespfahl ging. Der Verstand sträubt sich zu zählen. Denn es waren Menschen – Franzosen, Juden, Deutsche, Greise, Väter und ihre Söhne, fast noch Kinder.

Es ist vermerkt worden, daß in seinen Aufzeichnungen nirgends die Reflexion schwieriger Fragen wie der Widerstandspflicht aus Gewissensgründen spürbar werde. „Tiefste Erschütterung", so steht etwa als Kommentar zum 26. September 1942. Er hatte einem Blinden in Isolierhaft in der Soutane ein Buch in Blindenschrift zugeschmuggelt. Mit der Bemerkung, der Blinde hätte kein Recht zu lesen, habe der deutsche Offizier das Buch weggerissen. „Wer kann einen Blinden weinen sehen?", so fragte Franz Stock. Ganz ohne Kommentar steht der Besuch in Cherche-Midi am 30. Juni 1942: „Dann einen jungen, gestern geweihten Priester [besucht], der noch nicht seine Primiz gehalten hat." Keine Reflexion? Welches Moralbuch nennt denn die Kasuistik für jenen und diesen Fall? Franz Stock war auf dem Kreuzweg aus den Pariser Gefängnissen hin zum Mont-Valérien nicht der Hohe Priester, der im heiligen Protest seinen geweihten Rock zerriß. Er war Simon von Cyrene, der zweitausendmal bei der Passion dem Herrn das Kreuz tragen half.

V

Seine letzten Kräfte widmete Franz Stock als Regens dem „Seminar hinter Stacheldraht" in Frankreich. Die Einrichtung hatte 1943 der ehemalige Beuroner Erzabt Raphael Walzer, der französischer Staatsbürger und Militärseelsorger geworden war, mit 60 kriegsgefangenen deutschen Theologiestudenten in Rivet bei Algier begonnen. Nach Kriegsende zunächst in Orléans notdürftig organisiert, erhielt das Priesterseminar der Kriegsgefangenen vom Sommer 1945 an mit gut einhundert Seminaristen und einem Dutzend Priestern und Laienbrüdern in Le Coudray bei Chartres den Umständen entsprechend festere Form. Bis zu seiner Auflösung 1947 bereiteten sich 949 Seminaristen, die handvoll Dozenten mitgerechnet, in ihm für ihre künftige Seelsorgearbeit im Nachkriegsdeutschland vor. Die leitenden französischen Militärstellen hatten den französische Uniform tragenden Abt Walzer als Regens vorgesehen. Der Pariser Kardinal Emmanuel Suhard und Abbé Georges Le Meur aber, der als Gefangener in Fresnes den Gefängnisseelsorger Stock schätzen gelernt hatte, setzten ihn mit Erfolg als Seminarleiter durch. Im Lehrprogramm übernahm Regens Stock die Vorlesungen in Liturgik, Kirchen- und Kunstgeschichte. Neben den wenigen deutschen Dozenten wußte Stock aufgrund seiner langjährigen Verbindungen namhafte französische Theologen als Gastprofessoren zu gewinnen wie beispielsweise Pater Yves Congar OP.

Obgleich für das anspruchsvolle Amt kaum gerüstet und gesundheitlich so angeschlagen, daß er sich immer öfter vertreten lassen mußte, wurde Franz Stock als glaubwürdiger Repräsentant des Seminars in Frankreich Symbolfigur für das andere Deutschland. Dank seiner weitreichenden Beziehungen in der französischen Kirche und bei ehemaligen Widerstandskämpfern, die er in den Gefängnissen betreut hatte, liefen alsbald französische Hilfsaktionen für die deutschen Seminaristen an. Ebenso wichtig wie Lebensmittel, Kleidung und Literatur waren die Besuche hochrangiger kirchlicher und weltlicher Persönlichkeiten im Lager. Sie bedeuteten für die kriegsgefangenen Seminaristen Anerkennung und schlugen eine Brücke in die französische und deutsche Öffentlichkeit. Lagerfotos jener Tage zeigen Regens Stock wiederholt mit dem Apostolischen Nuntius Roncalli.

Als päpstlicher Vertreter und Doyen des diplomatischen Korps suchte Erzbischof Roncalli, so hat es den Anschein, jede sich bietende Gelegenheit, um die deutschen kriegsgefangenen Seminaristen zu ermuntern. Viermal reiste er von Paris an. Er erteilte in ihrer Lagerkirche, deren Altarwand von Franz Stock künstlerisch gestaltet war, Diakonen- und Priesterweihe, einmal feierte er hier die gesamte Karliturgie. Auf anderen Fotos sieht man Stock mit dem Pariser Kardinal Suhard, der es sich trotz der Verdächtigung wegen Kollaboration während der Besatzungszeit nicht nehmen ließ, Franz Stock und den deutschen Seminaristen das Zeugnis eines katholischen Bischofs zu geben. Als geistlicher Ordinarius des „Priesterseminars hinter Stacheldraht" betrachtete vor allem Bischof Radulph Harscouet von Chartres Freude und Not der Seminaristen als die seinen. Wie er setzte der Straßburger Bischof Johann Wilhelm Weber, der Stock aus gemeinsamen Pariser Jahren schätzte, mit seinem Besuch im Lager ein Zeichen christlicher Verbundenheit. Hohe Gäste aus dem besetzten Deutschland waren der Apostolische Visitator Bischof Aloysius Muench aus Fargo/USA, der Mainzer Bischof Albert Stohr, dem die Lage seiner Bischofsstadt in der französischen Besatzungszone den Zugang erleichterte, und der Päpstliche Sonderbeauftragte für die heimatvertriebenen Deutschen Bischof Maximilian Kaller von Ermland, dem Nuntius Roncalli die Reise über Chartres und Paris zu Papst Pius XII. ermöglicht hatte.

Aus zeitlichem Abstand läßt sich nur noch erahnen, wie Franz Stock auch nach Kriegsende noch „Priester zwischen den Fronten" war. So beehrte ihn der französische Armeeminister Edmond Michelet am französischen Nationalfeiertag 1946 mit einem gewissermaßen offi-

ziellen Besuch im Lager zu Chartres, bevor er eine Stunde später am Arc de Triomphe in Paris die Truppenparade abnahm. Mit Frau und Kindern besuchte Michelet noch mehrmals in den folgenden Monaten Abbé Stock, um ihm als ehemaliger Häftling von Fresnes zu danken. Wie Stock nach dem Zusammenbruch zu ihm bekannten sog. Kollaborateuren stand, ist bisher nicht untersucht worden. Man darf vermuten, daß er auch ihnen gegenüber priesterliche Haltung zeigte. Zu denken ist beispielsweise an den von ihm geschätzten betagten Monsignore Jean de Mayol de Lupé, den leitenden Feldseelsorger der auf deutscher Seite kämpfenden französischen Freiwilligendivisionen, der in Versailles unter Verlust allen Besitzes und Aberkennung der Bürgerrechte zu langjährigem Zuchthaus verurteilt wurde.

Als das „Priesterseminar hinter Stacheldraht" am 5. Juni 1947 aufgelöst wurde, stand Franz Stock am Lagertor und winkte den scheidenden Seminaristen nach, die ihn nicht mehr wiedersehen sollten. Am 16. Dezember 1947 erreichte ihn noch einmal ein ehrendes Gedenken aus Deutschland, die Ernennung zum theologischen Ehrendoktor der Universität Freiburg im Breisgau. Die Ernte seines Lebenswerkes hat der am 24. Februar 1948 unerwartet in Paris verstorbene „Priester zwischen den Fronten" nicht mehr gesehen. Die internationale Friedensbewegung Pax Christi sah schon bald nach Ende des Weltkriegs, wie Pater Manfred Hörhammer OFMCap es ausdrückte, in ihm „ihren großen Vorläufer und Täufer". Für die Katholische Militärseelsorge in der deutschen Bundeswehr ist der ehemalige Pariser Standortpfarrer im Nebenamt wie der Divisionspfarrer des Ersten Weltkriegs, der selige Pater Rupert Mayer SJ, ein Leitbild der Neuorientierung. Zu seinem 50. Todestag fand 1998 in der Kathedrale zu Chartres vor einer tausendköpfigen Zuhörerschaft aus Franzosen und Deutschen die Uraufführung des Franz-Stock-Oratoriums Video Pacem, ich sehe Frieden, statt. Franz Stock hat Liebe und Frieden gesät. Die Saat ist hundertfältig aufgegangen.



Elisabeth Langgässer (1899–1950)

I

Es fügt sich gut, daß der vorliegende Beitrag im 100. Geburtsjahr Elisabeth Langgässers erscheint. Der Erstling der Dichterin „Der Wendekreis des Lammes. Ein Hymnus der Erlösung" erschien 1924; neben diesem Kirchenjahrzyklus waren seit 1920 zahlreiche Gedichte religiösen Inhalts entstanden, die im heute fast vergessenen Periodicum „Das Heilige Feuer" erschienen waren, das den für damalige Verhältnisse bezeichnenden Untertitel „Monatsschrift für naturgemäße, deutsch-völkische und christliche Kultur und Volkspflege" trug. Wichtiger noch: die Monatsschrift war ein Organ der katholischen Jugendbewegung, und wie wir später sehen werden, spielten Langgässers bis in die zwanziger Jahre zurückreichende Kontakte zu dem von Romano Guardini geistig inspirierten Jugendbund „Quickborn" und dadurch zu der von den Maria Laacher Benediktinern Ildefons Herwegen und Odo Casel initiierten Liturgischen Bewegung für ihr gesamtes dichterisches und essayistisches Werk eine kaum zu überschätzende Rolle. Helmut Meyer, ein früher Langgässer-Forscher, stellte 1973 mit Recht fest, daß die Grundposition dieser Dichtung „die wechselseitige Bezogenheit von Mythos und Offenbarung" sei, wobei jener „nicht der Mythos der Antike selbst" ist, sondern „immer schon christlich gedeuteter Mythos, nicht durch das polytheistische Nebeneinander verschiedener Gottheiten ausgezeichnet, sondern durch einen ihnen beigelegten Stellenwert im Bezug des Menschen zwischen Gott und Satan bestimmt" (S. 97).

Auf das wichtige Thema des Kampfes zwischen Gut und Böse, der sich in einem gleichsam barocken Welttheater abspielt, gehen wir später ein. An dieser Stelle wäre zu betonen, daß im Werk Langgässers neben heidnisch antiken und auch nordischen Mythen vor allem die Tier- und Pflanzenwelt – die „unerlöste Natur" oder die „antike Natur", wie die Dichterin sie auffaßt, – eine große Rolle spielt. Das neutestamentliche Wort, das dem 1930–1934 entstandenen Zyklus „Tierkreisgedichte" vorangestellt ist, könnte mit Fug

und Recht als Motto für das Gesamtwerk dienen: „Scimus enim quod omnis creatura ingemiscit et parturit usque adhuc"(Römer 8, 22). Denn in Langgässers neuartiger christlicher Mysteriendichtung ist die ganze Schöpfung einbezogen.
Schon in dem frühen 1924 entstandenen „Krippenlied Pans" weiß der „arme Pan", dessen „trunkene Schalmei" verklingt, daß auch er mit seiner Herde erlöst wird. Neben Pan, der im Werk sehr häufig vorkommt, erscheint als prägnantes Sinnbild für die unerlöste Natur der Laubmann, dessen panisches Antlitz aus Blatt- und Samenornamenten gebildet ist, und der in dem schon 1942 entstandenen, aber erstmals 1947 erschienenen Gedichtzyklus „Der Laubmann und die Rose" als Gegenpol zur „rosa mystica", dem Inbegriff der Reinheit, der Mutter des Erlösers, Maria, steht. Daß das Christentum das feste Fundament des ganzen späten Langgässerschen Werkes bildet, steht außer Zweifel: "Meine Verse", schreibt die Dichterin am 24. November 1942 an den von ihr so bewunderten Lyriker Wilhelm Lehmann, "setzen [...] ein christliches Weltbild voraus." Freilich sind ihre Gedichte, wie sie diese in einem Brief an Karl Krolow vom 1. Januar 1948 beschreibt, „Teil einer Liturgie" und als „reine Mysteriengedichte" zu verstehen; die Lyrik Elisabeth Langgässers ist genau wie ihr Romanwerk von großer Komplexität und oft nur den „Mitmysten" zugänglich. Ihr berühmtestes und wohl auch anspruchsvollstes erzählerisches Werk „Das unauslöschliche Siegel" trägt nicht umsonst das Motto „Commystis committo".

II

Das tragisch kurze Leben Langgässers deckt sich fast genau mit der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts, wohl der gewalttätigsten und blutigsten Epoche in der Geschichte Deutschlands, Europas und eines großen Teils der Welt, einer Epoche, die für die Dichterin und ihre Familie wegen ihrer jüdischen Abkunft harte und tragische Konsequenzen mit sich brachte. Geboren wurde sie am 23. Februar 1899 in Alzey/Hessen als Tochter des Großherzoglichen Kreisbauinspectors Eduard Heinrich Langgässer (1846–1909) und seiner Ehefrau Eugenie Maria Pauline Langgässer, geb. Dienst (1859–1942), beide katholischer Religion; das Kind erhielt als Taufnamen Elisabeth Maria.
Was freilich nicht in der Geburtsurkunde stehen konnte, war die Tatsache, daß nur einen Tag vor der Eheschließung im Jahre 1884 Eduard Langgässer vom Judentum zum Christentum konvertierte

und getauft wurde. Die Abkunft und Konversion des Vaters sollten mehr als vier Jahrzehnte später im Roman „Das unauslöschliche Siegel" (der Titel spielt auf den character indelibilis der Taufe an, und der Protagonist des Romans ist der getaufte Jude Lazarus Belfontaine), einen bedeutsamen dichterischen Niederschlag finden. Auch der frühe Verlust des geliebten Vaters, der im zehnten Lebensjahr seiner Tochter an einer sklerotischen Krankheit starb, spiegelt sich später in der etwa 1926–1929 entstandenen Erzählung „Proserpina" wider, wo das Mädchen Proserpina (Persephone) den dunklen chthonischen Mächten der Unterwelt entkommt und den Tod des Vaters überwindet.

Allerdings handelt es sich dabei um eine seltsame Vermischung antiker Mythen; denn es geht nicht so sehr um den (wie der Titel suggeriert) Demeter-Kore-Mythos, der ja den Kern der als Geheimkult nur den Eingeweihten zugänglichen eleusinischen Mysterien bildete, sondern vornehmlich um die Bacchanalien. Proserpina fühlt sich von den grausamen Ausschweifungen des dionysischen Kults fast unwiderstehlich angezogen, die sie wie in einem Traum erlebt und graphisch beschreibt (man denkt unwillkürlich an ähnliche Schilderungen in Thomas Manns „Der Tod in Venedig"); in ihrer kindlichen Weise zerreißt sie mit einem Messer in „mänadenhafte[r] Wollust" Glied um Glied einer Puppe und „suchte nur noch Vernichtung und Geschlecht". Doch wird das wilde Rauschwort EVOË bald durch die Botschaft verdrängt, „der große Pan sei gestorben, tot sei der gewaltige Pan!" Schließlich werden die antiken Mythen unter dem „Donner der Domglocke" durch Worte – interessanterweise eher in jüdischer als in christlicher Tradition –, „die mit den Sterbenden gehen", abgelöst: „Erkenne o Herr dein Geschöpf, das nicht von fremden Göttern, sondern einzig von Dir, dem wahren, lebendigen Gott, erschaffen wurde."

Nach dem Tode des Vaters 1909 zog die Familie nach Darmstadt, wo die junge Elisabeth die Viktoria-Schule besuchte und 1919 das „Examen zur Lehrbefähigung für Höhere Mädchenschulen"(nicht das Abitur, wie es in vielen Untersuchungen irrigerweise heißt) bestand. Sie war dann – häufig als einzige Katholikin in einem überwiegend protestantischen Gebiet – an verschiedenen Volksschulen in Hessen tätig, seit 1922 in Griesheim, wo sie als „unkonventionelle und nonkonformistische Lehrerin" galt (K. Müller, 1990, 29). Ihre rege schriftstellerische und publizistische Tätigkeit in den zwanziger Jahren entwickelte sich vor allem im Feuilleton der „Rhein-Mainischen Volkszeitung", die seit 1923 dem Reichstagsab-

geordneten und Zentrumspolitiker Friedrich Dessauer gehörte und in deren Redaktion er vorzugsweise junge Leute holte wie z. B. als Kulturredakteur den 23jährigen Walter Dirks. Die Zeitung nahm übrigens oft scharf gegen Entschlüsse der Amtskirche Stellung, wie etwa im Falle der Exkommunikation wegen angeblichem Modernismus des Priesters und Theologen Joseph Wittig (1879–1949). Langgässer selber war eine Bewunderin Wittigs, was sie in Essays – z. B. in dem 1925 verfaßten, doch erst postum (1985) erschienenen Artikel „Die Welt vor den Toren der Kirche" – und Briefen zum Ausdruck brachte.

Sie wurde auch, als einzige Frau wohl, wie Dirks sich erinnert, zum „Freitagskreis" im Frankfurter Café Laumer zugelassen: „einer dauerhaften Zelle junger Menschen, in der unter viel médisance und Witz an dem neuen Geflecht zwischen Theologie und Zeitbewußtsein, aber auch zwischen Pneuma und Leiblichkeit gewoben wurde, für das Martin Bubers, Jose[ph] Wittigs und Viktor Weizsäckers Zeitschrift 'Kreatur', Ernst Michels und Eugen Rosenstocks Schriften [... und] Feuilletonisten der 'Frankfurter Zeitung' [...] eintraten. Die junge Rheinhessin gehörte hierhin: ihre Kirchenjahr-Gedichte begriffen im Geist der Liturgie das Elementare und Leibliche ein, auf dessen Ehrenrettung jenes neue antiliberale, antiidealistische, antimoralistische Denken bestand, und ihre Beiträge in der 'Rhein-Mainischen Volkszeitung' wiesen sie als Kampfgefährtin aus" (Dirks, S. 1127). Halten wir fest: in den Jahren bis 1933 war Elisabeth Langgässer (wie man es heute nennen würde) eine „Linkskatholikin", die der Amtskirche häufig kritisch gegenüberstand. Erst später, besonders aber nach ihrer Eheschließung mit Wilhelm Hoffmann (1935), in den Kriegsjahren und nach 1945, ist in ihrem Leben und zum Teil in ihrem Werk eine Hinwendung zur offiziellen Lehre der Kirche deutlich spürbar; aber auch in dieser späten Zeit blieb Langgässer ein unabhängiger und ihren Zeitgenossen oft unbequemer Geist, wovon ihr dichterisches und essayistisches Werk beredtes Zeugnis ablegt.

III

Im Oktober 1927 lernte Langgässer durch den mit ihr befreundeten und später zum Katholizismus konvertierten Sozialdemokraten Karl Thieme (1902–1963) in Berlin den 36jährigen jüdischen Staatsrechtler und Politologen Hermann Ignatz Heller (1891–1933) kennen. Hellers zahlreiche Publikationen machten ihn zum bedeutenden

Vertreter seines Faches: 1926–1928 war er am Kaiser-Wilhelm-Institut für öffentliches Recht und Völkerrecht und danach bis 1932 als a. o. Professor für öffentliches Recht in Berlin tätig. 1933 wurde er zum Ordinarius an der Universität Frankfurt ernannt. Als Mitglied der SPD seit 1919 und als entschiedener Gegner des Nationalsozialismus kehrte er von einer Reise ins Ausland nicht nach Deutschland zurück und starb am 12. November 1933 in Madrid. Heller war der Mann, in den sich Elisabeth Langgässer verliebte – und von dem sie schwanger wurde. Selbst wenn er gewollt hätte, wäre es ihm nicht möglich gewesen, die junge Lehrerin zu heiraten, denn er war schon verheiratet und hatte zwei Kinder; ein drittes wurde 1930 geboren. Die Konsequenzen der Schwangerschaft einer Unverheirateten waren damals erbarmungslos hart. Zu Pfingsten 1928 wurde Langgässer mit Bezügen und im September ohne Bezüge beurlaubt. Die Situation wurde für sie immer verzweifelter, doch konnte sie glücklicherweise zu Ende des Jahres bei der Bildhauerin Martha Friedlaender in München Unterschlupf finden, wo sie am 1. Januar 1929 ein Mädchen, Cordelia, gebar. Kurz danach konnte Elisabeth Langgässer zu ihrer Mutter und ihrem um zwei Jahre jüngeren, bei Siemens angestellten Bruder Heinrich nach Berlin übersiedeln, wo sie bis Oktober als Lehrerin an einem sozialpädagogischen Seminar tätig war. Kenner des Langgässerschen Oeuvre werden sich sofort an das unverheiratete Mädchen Anna in der meisterhaften, nur ein Jahr nach der Geburt Cordelias entstandenen Erzählung „Grenze: Besetztes Gebiet" erinnern. In einem Kapitel wird das Schicksal Annas beschrieben, die während des (übrigens von der Autorin in Griesheim unmittelbar erlebten) Ruhrkampfs und der Besetzung von Teilen des rechtsrheinischen Gebiets in Hessen durch die Franzosen das Kind eines Soldaten erwartet. Anna will jedoch „das Kind behalten, und wenn das ganze Dorf auf sie deuten und sie verspotten sollte". Hier soll keine billige Gleichsetzung der Entscheidung Annas und ihrer Autorin suggeriert, sondern betont werden, daß Langgässer in hohem Maß das Talent besaß, die entzauberte Realität (so deutet sie ihre Situation in einem Brief vom Neujahr 1930 an) in der Erinnerung zu suchen und diese, in eine andere, eben eine dichterische Realität zu verwandeln.

IV

Etwa im Zeitraum 1925 bis 1935 hatte sich Elisabeth Langgässer, so könnte man es überspitzt formulieren, von ihrem ursprünglichen

katholischen Glauben im gleichen Maße entfernt, wie sie sich immer mehr als Schriftstellerin einen Namen machte. In einer „Selbstanzeige" spricht sie 1932 von dem „nachchristlichen Heidentum" ihrer „Tierkreisgedichte", wovon mehrere in der Zeitschrift „Kolonne" vorabgedruckt waren. Wir erinnern uns, daß sie 1931 aus den Händen Alfred Döblins den Preis des Deutschen Staatsbürgerinnenverbands für das noch unveröffentlichte Erzählwerk „Proserpina" erhielt. Im gleichen Jahr (1932) wie „Grenze: Besetztes Gebiet" erschien „Das Triptychon des Teufels: Ein Buch von dem Haß, dem Börsenspiel und der Unzucht", das aus drei Novellen („Mars", „Merkur" und „Venus") besteht, die wiederum mit einem in seiner Drastik kaum zu überbietenden Realismus, der durch eine mythische Dimension überhöht wird, die Exzesse der Wollust, der Geldgier und die schrecklichen Folgen der Inflation während der französischen Besatzungszeit in Hessen heraufbeschwören. Langgässer gab 1933 eine Frauenlyrik-Anthologie heraus, Hörspiele wurden geschrieben und im Berliner Rundfunk gesendet. Dort lernte sie ihren künftigen Mann, den gläubigen Katholiken Dr. Wilhelm Hoffmann, kennen. In Parenthese: 599 von insgesamt 1080 ermittelten Briefen Langgässers, die in ihrer Frische und Spontaneität zu den literarischen Kostbarkeiten des 20. Jahrhunderts gehören, stehen uns seit 1990 in der mustergültigen Ausgabe Elisabeth Hoffmanns, Langgässers Enkelin, zur Verfügung.

Während jenes ersten Sommers des Dritten Reiches schrieb Langgässer an ihre langjährige Freundin Elisabeth Andre einen Brief, wovon ein Passus hier zitiert werden soll, weil er die aufkeimende und zärtliche Liebe, die Langgässer und Hoffmann füreinander empfanden, treffend charakterisiert: „Da ertrug ich mein Geheimnis nicht länger und sagte ihm, daß ich keine A[rierin] bin, erzählte von meinem Vater u. meinem Verhältnis zu dem schmerzlich geliebten Deutschland. Als Antwort küßte er mich auf die Stirn – er war *vollkommen* gelassen bei dieser Eröffnung – und sagte, das sei ja das Schlimme, daß man jetzt das Blut über den Geist stelle. Denk, – *diese* Größe u. Weite für einen Menschen seiner Herkunft und seiner Situation!" (Briefe, S. 182–183). Obwohl Langgässer nach der scheußlichen Errechnung rassischer „Blutanteile" durch die Nationalsozialisten als „Mischling ersten Grades", also als „Halbjüdin" galt, war ihr Kind Cordelia, dessen Vater Jude war, als Volljüdin einzustufen. Freilich warf im August 1933 Auschwitz seine grauenvollen Schatten noch nicht voraus, und Elisabeth Langgässer war, wie wir heute wissen, politisch naiv genug, wie Millionen ihrer

Landsleute 1933 Hitler ihre Stimme zu geben. Die beiden Liebenden konnten 1935 kurz noch vor der Verkündigung der „Nürnberger Gesetze" heiraten, und im folgenden Jahr adoptierte Hoffmann die nunmehr siebenjährige Cordelia, obwohl, wie wir sehen werden, die für die „Endlösung" verantwortlichen Nazibehörden diesem edelmütigen Schritt später keinerlei Bedeutung beimaßen.

Es ist an der Zeit, einige biographische Einzelheiten über Wilhelm Hoffmann darzulegen, denn neben der steten Fürsorge für seine bald sechsköpfige Familie (drei Töchter, Annette, Barbara und Franziska, wurden zwischen 1938 und 1942 in Berlin geboren) übte er unter den schwierigsten materiellen und psychischen Bedingungen einen geistigen Einfluß auf das dichterische Werk seiner Frau aus, der kaum zu überschätzen ist. Er wurde 1899 als Sohn eines Santitätsrats in Marburg geboren; nach dem Heeresdienst 1917/18 schloß er sich 1919 einem studentischen Freikorps an, studierte 1919 zwei Semester Physik und Mathematik in Marburg und von 1920 bis 1925 Theologie, zuerst im Fuldaer Priesterseminar, danach als Novize in Maria Laach und Beuron. (Wie oben angedeutet wurde, waren sowohl Elisabeth Langgässer als auch ihr künftiger Mann unabhängig voneinander mit Theorie und Praxis der vor allem aus Maria Laach stammenden Liturgischen Bewegung vertraut.) Er schloß dieses Studium mit dem Staatsexamen ab, verließ aber den Benediktinerorden ohne Ablegung der Ewigen Gelübde. 1925–1930 studierte er Philosophie, zuletzt in Freiburg bei Heidegger und promovierte dort 1931 mit der Dissertation „Philosophische Interpretation der Augustinusschrift de arte musica". 1931–1935 war Hoffmann Mitarbeiter bei der Berliner Funkstunde, mußte aber seine Stellung aufgeben, um in der Lage zu sein, sich mit einer Nichtarierin zu verheiraten. Es erübrigt sich fast, festzustellen, daß sein im Dritten Reich so einflußreicher Doktorvater Martin Heidegger für den jetzt arbeitslos Gewordenen weder damals noch später einen Finger rührte.

Im Februar forderte die Reichsschrifttumskammer Langgässer auf, den „Nachweis der arischen Abstammung" zu erbringen, was natürlich unmöglich war. Im Frühjahr 1936 konnte noch der von Karl Korn als die erste gelungene Gestaltung des deutschen Nachkriegsschicksals bezeichnete Roman „Der Gang durch das Ried" erscheinen, begleitet aber von gehässigen „Besprechungen" in der gleichgeschalteten Presse: er sei, heißt es in der NS-Zeitung „Rheinfront", ein „Sud ausgebreiteter Untermenschlichkeiten" und „wegen der Ausmalung erotischer, triebhafter und unappetitlicher Einzelheiten"

abzulehnen. Schon am 20. Mai 1936 wurde die Autorin aus der „Reichsschrifttumskammer" ausgeschlossen, am 17. August 1937 machte sie den im Grunde traurig-absurden Versuch, durch einen Brief an den „Reichskulturwalter" Hans Hinkel und später an Goebbels persönlich, das Publikationsverbot aufheben zu lassen, doch vergeblich. Als letztes Werk vor der bedingungslosen Kapitulation des Dritten Reichs konnte 1938 in Österreich der Novellenband „Rettung am Rhein" erscheinen; danach wurde alles – einschließlich des schon 1937 begonnenen Hauptwerks der Dichterin, „Das unauslöschliche Siegel" – geheim für die Schublade geschrieben. Die Zeit fast undenkbar grausamer Schicksalsschläge, die die Familie treffen konnten, lief an.

V

Schon 1938 begann die Familie, sich Mittel und Wege zu überlegen, ihre jetzt in zunehmendem Maße gefährdete Tochter Cordelia, die keine arischen Abstammungspapiere vorweisen konnte, in Sicherheit zu bringen. Aus der Rückschau von mehr als 60 Jahren ist es leicht, die Familie Hoffmann sträflicher Leichtfertigkeit zu bezichtigen, weil sie 1938 das Angebot Karl Thiemes, der damals schon im Schweizer Exil lebte, Cordelia in seine Familie aufzunehmen, nicht annahmen. Doch konnte man 1938 in Deutschland noch nicht ahnen, daß in kürzester Zeit das Hitler-Regime Vernichtungslager errichten würde, und daß der Holocaust zum entsetzlichsten Beispiel des staatlich organisierten Genozids in der Geschichte der Menschheit werden sollte. Leider scheiterten auch weitere Versuche, Cordelia zu schützen, u. a. erneute Ausreisepläne. 1941 wurde sie gezwungen, den Judenstern zu tragen. Anfang 1942 machten sich bei Langgässer die ersten Anzeichen der multiplen Sklerose bemerkbar, einer Krankheit, deren zweiter Schub zwei Jahre später einsetzte. Eine Scheinadoption Cordelias durch ein spanisches Ehepaar im Januar 1943 berechtigte Cordelia zu einem spanischen Paß mit Einreisevisum, doch auch dieser Plan war zum Scheitern verurteilt: Cordelia wurde wieder den deutschen Rassegesetzen unterstellt. Schon am 10. März 1944 wird das 15jährige Mädchen nach Theresienstadt und später nach Auschwitz-Birkenau gebracht.
Es soll hier erwähnt werden, daß Ende des gleichen Jahres Langgässer in einer Kabelfabrik zwangsdienstverpflichtet wurde und trotz der multiplen Sklerose täglich tausend Kabelstücke verzwirbeln mußte, bis sie von dieser Fronarbeit durch ein ärztliches Attest

befreit wurde. Ihr Bruder Heinrich war als „männlicher Halbjude" sehr gefährdet und mußte untertauchen; Wilhelm Hoffmann erklärte man für „wehrunwürdig", da seine Frau „Halbjüdin" war. 1945 verlor er seine Stellung bei Siemens und sollte zur Organisation Todt und zum Volkssturm eingezogen werden. Diesem Schicksal konnte er sich durch eine fingierte Blinddarmoperation entziehen. Im März 1945 wurde das Familienhaus in Berlin-Grunewald total ausgebombt, und bis zur Befreiung Berlins lebte die Familie in einem Gartenbunker.

Doch wenden wir uns wieder Cordelia zu, die die Greuel des Vernichtungslagers überlebte und, von den Russen befreit, als Schwerkranke durch das Rote Kreuz in die Sicherheit eines schwedischen Sanatoriums gelangte; ihre Mutter erfuhr erst am 5. Januar 1946 von ihrer Rettung. Hier ist der Ausgangspunkt einer lange Jahre später ausgetragenen, polemischen und oft bitteren Auseinandersetzung sowohl in deutschen Massenmedien als auch unter Wissenschaftlern. Dieser Streit wurde 1986 durch die Veröffentlichung der Übersetzung aus dem Schwedischen von Cordelia Edvardsons romanhafter Autobiographie „Gebranntes Kind sucht das Feuer" ausgelöst. (Sie behielt den Familiennamen ihres schwedischen Mannes auch nach der Scheidung bei.) Diese 1983 in Jerusalem entstandene Schrift ist inhaltlich von ungewöhnlicher poetischer Dichte. Cordelia distanziert sich von ihrer Autobiographie noch mehr dadurch, daß sie von ihrem Leben, vor allem auch ihrem Innenleben, in der dritten Person Singular berichtet. Bezeichnet man Cordelias Leben als „tragisch", so kommt man der entsetzlichen historischen Wirklichkeit kaum nahe, denn wovon sie erzählt, ist paradoxerweise das Unaussprechliche, das Unsagbare des Holocaust, den sie als junger Häftling aus allernächster Nähe in Auschwitz-Birkenau erlebte, wo sie, wie sie berichtet, in der „Schreibstube" eine „privilegierte Stellung" hatte; für dieses Privileg mußte Cordelia einen hohen Preis bezahlen, nämlich „bei Dr. Mengeles Selektionen anwesend zu sein und die Namen derjenigen aufzuschreiben, die vergast werden sollen" („Gebranntes Kind", S. 46–47).

Das Buch ist dreiteilig: Im I. (und weitaus längsten) Teil geht es um eine Familientragödie geradezu unvorstellbaren Ausmaßes: hier werden Cordelias Kindheit in Berlin, vor allem ihr Verhältnis zu ihrer Mutter (und umgekehrt), ihre Verhaftung durch die Gestapo und ihre Erlebnisse der irdischen Hölle, die wir als Auschwitz zu begreifen versuchen, geschildert. Im II. Teil beschreibt Cordelia ihre erste äußerst schwierige Zeit als Überlebende in Schweden, ihren

Austritt aus der katholischen Gemeinde und ihre Hinwendung zum jüdischen Volk und zum Staate Israel; der aus nur vier Seiten bestehende III. Teil faßt Cordelias Verhältnis zu Israel, wo sie übrigens seit 1974 als Reporterin für schwedische Zeitungen lebt, zusammen. Der schmale (134 S.), doch als persönliches Dokument des Holocaust besonders wertvolle Band klingt in den blutigen Tagen des Jom-Kippur-Krieges aus – mit dem patriotischen Ausruf: „Am Israel chai – Israels Volk lebt." Im Grunde geht es auch in diesem Buch – wie in zahlreichen anderen berühmteren autobiographischen Werken – um die Geschichte einer Bekehrung, allerdings einmaliger Art; die Religion, obwohl oft mit pointiert ironischer Note, ist immer präsent.

VI

Nach langen Jahren der Vergessenheit (außer in wissenschaftlichen Abhandlungen) wurde Elisabeth Langgässer mit dem Erscheinen der Memoiren ihrer Tochter plötzlich zum Tagesgespräch, allerdings häufig unter einem negativen, ja manchmal den wahren Sachverhalt verfälschenden und der Mutter die Schuld am entsetzlichen Schicksal Cordelias zuschiebenden Vorzeichen. Hier ist nicht der Ort, sich mit den zahlreichen Meinungen zu diesem komplexen Thema auseinanderzusetzen, die – wie Karlheinz Müller (1994, S. 5–9) festhält – bis in die neunziger Jahre andauern. Doch ist es angebracht, erstens eine unmißverständliche Korrektur polemischer Verfälschungen zu unternehmen und zweitens auf möglichst objektive Weise den Sachverhalt prägnant darzustellen.

Zuerst soll als besonders krasses und von Müller angeführtes Beispiel unwahrscheinlicher Ignoranz eine Äußerung Sigrid Löfflers zitiert werden, einer „Literaturspezialistin", die in Deutschland durch ihr regelmäßiges Erscheinen in der Fernsehschau „Literarisches Quartett" einen gewissen Grad an Berühmtheit erlangt hat. Man fragt sich auch, was sich die Redaktion des „dtv-magazins" (1/1994) dabei dachte, als sie Löfflers von offensichtlichen Sachfehlern strotzende und sensationslüsterne Einführung in der neuen dtv-Ausgabe der beiden autobiographischen Bücher Cordelia Edvardsons, das bereits erwähnte „Gebranntes Kind sucht das Feuer" und „Die Welt zusammenfügen" (1989), ungeprüft veröffentlichte. Hier die Worte Löfflers: „Cordelia Edvardson ist die uneheliche Tochter der katholischen Dichterin Elisabeth Langgässer und eines jüdischen Vaters. Von der Mutter verraten, wurde die Fünfzehnjährige 1944

über Theresienstadt nach Auschwitz deportiert – zum Tode bestimmt, damit die Mutter leben konnte. Die Langgässer hat das Kindesopfer nicht nur angenommen, sie hat es auch literarisiert und mythisiert – in ihrer Novelle 'Proserpina', wo der mütterliche Verrat umgebogen wurde in den stellvertretenden Abstieg der Tochter in das Reich des Todes" (zit. bei Müller, S. 7–8).

Die sträfliche Unkenntnis und die vermutlich böswillige Absicht Löfflers (man bemerke die Erwähnung der „katholischen" Dichterin und den infamen Gebrauch der Worte „verraten" bzw. „Verrat" sowie „umgebogen") sind haarsträubend. Denn „Proserpina" entstand, wie oben festgehalten wurde, 1926–1929 (Cordelia wurde erst 1929 geboren!) und erschien erstmals 1933, als die Dichterin gewiß nicht im entferntesten an eine „Literarisierung" ihrer kleinen Tochter denken konnte. Löffler weiß offensichtlich auch nicht, daß erst die zweite, auf einer Urfassung fußende Ausgabe (1949) den von der Autorin gewünschten ursprünglichen Untertitel trägt: „Eine Kindheitsmythe" –, aber gerade von dort, ohne jegliche Recherchen gemacht zu haben, übernimmt die Fernsehkritikerin das Wort „mythisiert". Die beiden Fassungen der Novelle haben mit dem Schicksal Cordelias gar nichts zu tun, sondern nur mit der eigenen Kindheit ihrer Mutter und dem frühem Tod deren Vaters. Und wenn Cordelia, wie Müller scharfsinnig bemerkt, in „Gebranntes Kind" ihr Schicksal im KZ mit dem Proserpinas in der Novelle ihrer Mutter kurz vergleicht, so wäre das von Löffler im genauen Kontext zu deuten gewesen und nicht nach flüchtiger Lektüre schief und unter Vorspiegelung falscher Tatsachen darzustellen.

Da Löffler, wie oben angedeutet, nur eine kritische Stimme – obgleich wohl das bizarrste Beispiel – unter vielen ist, die die Darstellung von Cordelias Verhältnis zu ihrer Mutter mißverstanden oder falsch interpretiert haben, hören wir Cordelias eigenen Bericht über die für Mutter und Tochter entscheidende Stunde im Juli 1943 im Berliner Hauptquartier der Gestapo, wo sie sich beide in einem teuflischen Dilemma befanden, einer Zwangslage, woraus nur eine heil herauskommen konnte. Nachdem die Mutter dem Gestapobeamten erklärt hatte, Cordelia sei jetzt spanische Staatsbürgerin, falle deshalb nicht unter die Rassengesetze und könne somit auch nicht gezwungen werden, den Judenstern zu tragen, insbesondere auch nicht, weil sie als Katholikin geboren sei, heißt es in „Gebranntes Kind" weiter:

„'Das mag ja sein', erwiderte der Beamte langmütig, 'aber', und wieder wandte er sich direkt an das Mädchen, 'wir haben hier ein

Dokument ausgefertigt, das wir Sie zu unterzeichnen bitten.' Das Dokument entpuppte sich als eine im Namen des Mädchens ausgestellte Erklärung, daß sie die doppelte Staatsangehörigkeit akzeptiere, somit die deutsche neben der spanischen behalte, und sich ferner den deutschen Gesetzen einschließlich der Rassengesetze nebst Anwendung auf ihre Person freiwillig füge. Dies schließe das Tragen des Judensterns und einen eventuellen künftigen 'Abtransport' in den Osten ein". Darauf entschloß sich Cordelia, die „kesse Berlinerin" zu spielen und bat, mit der Spanischen Botschaft zu telefonieren, was der Beamte bewilligte – doch jetzt, wie sie schreibt, „spie der Drache Feuer: 'Aber', und dies klang wie ein Peitschenhieb, 'aber wenn Sie nicht auf der Stelle unterzeichnen, dann müssen wir Ihre Mutter belangen!' Er erklärte dem Mädchen, die Mutter habe die spanische Adoption der Tochter arrangiert, um die deutschen Gesetze zu umgehen und sich ihnen zu entziehen, was als ernstes Vergehen betrachtet werden könne, als Landesverrat, Hochverrat [...]. Falls das Mädchen jedoch jetzt unterzeichne, sei noch kein Schaden geschehen, dann ließe sich beim dem Fehltritt der Mutter Nachsicht üben. 'Und', fügte er sicherheitshalber hinzu, 'Sie sind sich ja wohl der Tatsache bewußt, daß Ihre Mutter Halbjüdin ist'". Cordelia berichtet dann, wie sie in die Augen ihrer Mutter schaut, die „randvoll waren von stummem, hilflosem Schmerz. Niemand sagte etwas, nichts brauchte gesagt zu werden, es gab keine Wahl, hatte nie eine gegeben, sie war Cordelia, die ihr Treuegelöbnis hielt, sie war auch Proserpina, sie war die Auserwählte, und nie hatte sie dem Herzen ihrer Mutter näher gestanden. Die Kehle schnürte sich ihr zu, aber schließlich brachte sie es heraus: 'Ja, ich unterschreibe.'"

Dieser Passus ist in extenso zitiert, damit klar wird, daß Cordelia nicht von ihrer Mutter „verraten" wurde, und daß nicht ihre Mutter, sondern sie selber versuchte, sich mit der literarischen Gestalt ihres Namens in „König Lear" oder mit der fiktiv-mythischen Proserpina gleichzusetzen, um ihr eigenes Schicksal näher darstellen zu können. Am Überzeugendsten wirkt jedoch die unmißverständliche Antwort Cordelias auf die Kritiker ihrer Mutter in einem Interview im Jahre 1987 (zit. bei Müller, 1994, S. 4): „Das Wichtigste [in meinen Memoiren] war die Identifizierung mit den Opfern, und ich sehe meine Mutter auch als Opfer. Ich finde es unglaublich, daß immer wieder gefragt wird: 'Wie konnte Ihre Mutter nur?' Man versucht, die eigene Schuld auf andere Leute abzuschieben. Man fragt sich nicht: 'Wie konnten wir so ein System schaffen und zulassen, daß

eine Mutter in einen so fürchterlichen Konflikt geriet?' Meine Mutter war ein Opfer."
Dennoch ist die Kritik der Tochter Cordelias und verdienstvoller Langgässer-Forscherin und -Editorin, Elisabeth Hoffmann, berechtigt, nämlich daß die Eltern sich viel zu spät anstrengten, Cordelias Emigration zu betreiben (E. Hoffmann, 1993, S. 293). Gewiß ist auch, daß ihre Eltern sich redlich, aber – von der heutigen Perspektive aus betrachtet – doch nicht klug genug bemühten, Cordelia vor dem KZ zu retten. Trotzdem ist es ein Leichtes, am Ende unseres Jahrhunderts im Rückblick die Handlungen von Menschen zu beurteilen, die in einem Reich des Bösen lebten, wo Furcht und Zittern zur täglichen Erfahrung gehörten wie der nackte Kampf ums Überleben.

VII

Nach dem Krieg, vor allem in den Jahren 1946 bis 1950, gehörte Elisabeth Langgässer zu den wirklich berühmten literarischen Figuren ihrer Zeit. Ihre oft umstrittenen Romane, Gedichte, Erzählungen, Essays und Vorträge wurden zum Tagesgespräch des Lesepublikums im westlichen Teil Deutschlands. Seit ihrem Tod ließ diese Berühmtheit schnell nach, und die Diskussion ihres Werkes erreichte nie wieder diesen Grad an Intensität, wenn auch seit 1986 (wie oben erörtert wurde) wegen der Memoiren ihrer Tochter sich die Massenmedien mit ihrem Leben während des Hitler-Regimes beschäftigten. Der fragwürdige Terminus „Die Stunde Null" paßt nicht zu Langgässers dichterischem Oeuvre, weil 1945 für sie keine Tabula rasa, sondern zum großen Teil das Erscheinen der heimlich seit etwa 1937 verfaßten Werke bedeutete, vor allem des schon erwähnten Romans „Das unauslöschliche Siegel", der erst im Februar 1947 ausgeliefert, doch mit der Jahreszahl 1946 versehen wurde; eine 3. Auflage erschien 1949 noch zu Lebzeiten der Autorin. Gerade diesem Roman – wohl neben ihrer Lyrik ihrem dichterischen Hauptwerk – wenden wir uns nach einer kurzen Diskussion ihrer letzten Lebensjahre abschließend zu.
1945–1950 war für die Dichterin eine Zeit rastloser, sie bis zum Rande ihre Kräfte bringender Tätigkeit für ihre Kunst, insbesondere die Arbeit an ihrem letzten postum erschienenen Roman „Märkische Argonautenfahrt". Hinzu kamen zahlreiche Lesungen und Vorträge (die schwierige und oft lange Reisen bedingten) sowie Gedichte, Erzählungen und Artikel für Zeitungen und Zeitschriften – diese

Veröffentlichungen waren häufig Brotarbeit, um ihre fünfköpfige Familie zu ernähren. Am 1. April 1948, nach langen Kriegs- und Nachkriegsjahren in der Trümmerstadt Berlin, gelang es Wilhelm Hoffmann, im Sommer-Semester an der Dolmetscherhochschule in Germersheim einen Lehrauftrag für Philosophie zu erhalten, und die Familie zog nach dem kleinen Ort Rheinzabern in der Pfalz um, einer Siedlung an der alten Römerstraße, berühmt wegen der vorchristlichen Terra Sigillata-Manufaktur.
Endlich kam die Dichterin, wenn nicht in ihre engere rheinhessische Heimat, so doch kulturell nach Hause, nach uraltem römischem Gebiet, zurückgekehrt. Man denke an den zweiten Absatz von „Proserpina", übrigens einen Passus, wo Langgässers inniges Verhältnis zur Antike und zum Mythos ausgedrückt und ihr Geburtsort in Alzey evoziert ist: „Denn das Haus stand an der Römerstraße, und der uralte Boden teilte noch immer die Geschenke der Vorzeit aus [...]. Man stieß den Spaten in den Schlaf der Legionäre und hob [...] Schale und Becher empor [...], und verbarg wohl manches Stück in der eigenen Truhe. So gingen jene Schätze aus Dunkel in Dunkel, und es wurde von ihnen wie von gegenwärtigen Göttern geredet". Vor allem tat die „tiefe Stille und Abgeschiedenheit" in dem „süßen Bauerndorf" Rheinzabern, wie es in einem Brief vom 8. Mai 1948 heißt, der Dichterin „unendlich wohl". Doch fügt sie sogleich hinzu: „Ich arbeite viel und intensiv". Die intensive Arbeit galt in erster Linie, wie oben erwähnt, dem Roman „Märkische Argonautenfahrt", was zum Schluß so an ihrem kranken Körper zehrte (im Januar 1945 hatte sie den zweiten und kurz vor ihrem Tod einen erneuten Schub der multiplen Sklerose), daß sie am 25. Juni 1950 in einem Brief an ihren seit Mitte der dreißiger Jahre geistlichen Berater Erzpriester Alfons Kusche (1884–1962) seufzt: „Der Roman ist fertig. Aber, ach, ich auch". Sie starb einen Monat später, am 25. Juli 1950, in einem Karlsruher Krankenhaus; die Beerdigung fand im Kreise der Familie ohne jegliche offizielle Vertreter der Behörden im Alten Friedhof in Darmstadt statt.

VIII

Die Entstehung der „Märkischen Argonautenfahrt" ist wiederum unmittelbar mit dem gestörten Nachkriegsverhältnis zu ihrer Tochter Cordelia verbunden, und in Anbetracht ihrer vorher besprochenen Memoiren soll kurz erwähnt werden, daß im September 1949 Cordelia (mit Mann und Sohn) erstmals ihre Mutter in Rheinzabern be-

suchte. Die Begegnung, wie Hetman (1986, S. 92) feststellt, erwies sich als schwierig. (Hetmans Buch, das 1999 eine zweite revidierte Auflage erleben soll, sei hier nachdrücklich empfohlen.) Vorausgegangen waren seit 1946 viele liebe- und sorgenvolle mütterliche Briefe an die Tochter; sogar ein Besuch in Schweden wurde geplant, scheiterte jedoch. In einem der Briefe (5. Juni 1948) bittet Langgässer ihre Tochter „eindringlichst" um Details ihrer Erlebnisse im KZ, um sie „der Nachwelt als Feuerwein zu kredenzen – in meinem Werk, in dem nächsten Buch, an dem ich jetzt schreibe".
Cordelia entsprach der Bitte, doch im Rückblick war sie bitter enttäuscht. In „Gebranntes Kind" heißt es: „Später, als sie [die Tochter] den Roman der Mutter las, erkannte sie ihre Erinnerungen nicht wieder. Es war sowohl zuviel als auch zuwenig. Es wurde vom Feuer gesprochen, aber von der Asche geschwiegen." In der „Märkischen Argonautenfahrt" sind sieben Menschen – Christen, Juden, Agnostiker, Heimkehrer, ein Ehepaar, Bruder und Schwester, beispielhaft für alle im Dritten Reich Geschundenen – dargestellt, die 1945 aus den Ruinen von Berlin – wie einst die Argonauten das Goldene Fließ suchten – zum Kloster Anastasiendorf, dem Dorf der Auferstehung, pilgern, um dort „Erlösung" und „Läuterung" zu finden.
Typisch für das Gesamtwerk der Dichterin ist, daß die Menschen während der Pilgerfahrt allerlei dämonischen Versuchungen des Bösen unterliegen müssen, um durch die Gnade Gottes endlich zur Erlösung, zur Reinheit, symbolisiert durch die Jungfrau Maria, zu gelangen. Dieser allerdings karge Abriß der Handlung eines stilistisch und inhaltlich besonders komplexen Romans soll lediglich dazu dienen, die tiefe, wohl unüberbrückbare weltanschauliche Kluft zwischen der Schriftstellerin und ihrer Tochter zu verdeutlichen. Langgässer glaubt, faßt Hetman (S. 93–94) treffend zusammen, daß das Böse in der Endlichkeit zunächst den Sieg davonträgt. Für sie, die ihr „prunkvolles Lied" singt und in Symbolen denkt, ist selbst das Unmenschlichste noch als Köder vorstellbar, um Gott zum Eingreifen zu nötigen; trotz aller Erschütterung hält sie an einem metaphysischen Sinn des Lebens fest. Für die Tochter dagegen, um weiterhin mit Hetman (in einem Interview mit Cordelia) zu reden, geht mit Auschwitz ein Bruch, ein Riß durch die Geschichte. Die Welt kann danach nie mehr dieselbe sein: „Alles, was wir angesichts dieser Tatsache tun können, ist, sie zu sehen, sich ihr zu stellen, sie nicht zu verdrängen." Wer die eine Position vertritt, resümiert Hetman, wird die Rettung von Gott erwarten. Von Cordelias Position her

liegt die Aufgabe der Rettung und der Erlösung beim einzelnen Menschen.
Diese beiden Positionen kann man mit den Begriffen „mystisch" und „real-humanistisch" kennzeichnen. Sie sind jedenfalls unvereinbar. So sind die etwas kryptischen Bemerkungen Cordelias am Schluß ihres zweiten Memoirenbandes „Die Welt zusammenfügen" zu verstehen: „Ja, geliebte Mutter, *so, in unserer gemeinsamen Einsamkeit* könnten wir leben, all unsere Tage" (S. 137, meine Emphase). Das soeben verwendete Wort „mystisch" wäre mit Susanne Evers' Formulierung, die der Lyrik gilt, aber ebensogut auf andere Gattungen des Langgässerschen Werkes paßt, zu ergänzen, nämlich daß sich hier „die Apologie der Katholischen Kirche nach dem Modell der Mysterientheologie mit der Apologie der katholischen Kunst der Moderne" verbindet (S. 358).
In letzter Zeit hat sich die Langgässer-Forschung unter teilweise modischen Vorzeichen, u. a. z. B. der postmodernistisch-feministischen, präsentiert. Eine potentiell fruchtbarere Basis scheinen die Arbeiten E. Hoffmanns und die amerikanische Dissertation von C.S. Gelbin zu haben, wobei Langässers Autobiographie und speziell ihr jüdisches Erbe, ihr Bewußtsein der eigenen rassischen „Hybridität" und deren facettenreichen Widerspiegelung in ihrem Oeuvre, zum Fokus der Untersuchung werden. In keinem anderen Werk kommt gerade dieses Bewußtsein klarer zum Vorschein als im „Unauslöschlichen Siegel". Da dieser Roman unter allen Werken Langgässers der am meisten untersuchte und analysierte ist, erübrigt sich hier eine interpretierende Inhaltsangabe.

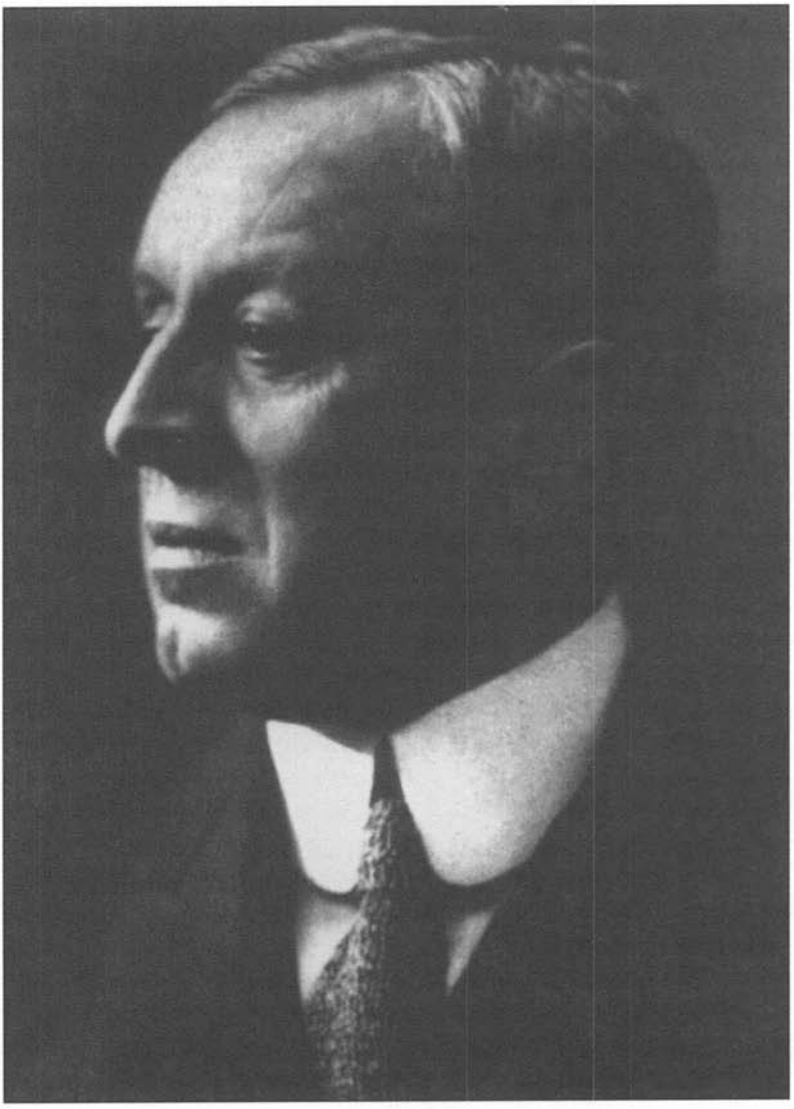
IX

Es genügt, daran zu erinnern, daß bald nach der Veröffentlichung kritische Stimmen laut wurden. Es wurde in kirchlichen Kreisen sogar erwogen, das Buch auf den Index zu setzen; die Autorin wurde wegen der für gewagt gehaltenen realistischen Schilderungen von Sexualbeziehungen, insbesondere einer lesbischen Liebe, als Sancta Pornographia apostrophiert. Doch, wie E. Hoffmann im aufschlußreich-provozierenden Nachwort zu ihrer Edition des Romans (Düsseldorf 1987) festhält, mußte sich die Autorin gegen den Vorwurf, sie stelle das Böse nicht abschreckend genug dar, und gegen den Verdacht, sie selbst müsse von dem Bösen fasziniert sein, wenn sie es so virtuos schildern könne, immer wieder wehren. „Sie tat es", faßt Hoffmann zusammen, „mit dem Argument, daß gerade der

christliche Dichter die Realität ungeschönt wiedergeben müsse, denn nur wenn diese bis in den letzten Winkel der Sünde, des Grauens und der Verzweiflung ausgeleuchtet sei, werde die ungeheuere Dimension der göttlichen Gnade sichtbar" (ebd., S. 636). Wie in zahlreichen Werken Langgässers ist hier die göttliche Gnade ein alle anderen Aspekte der christlichen Theologie überflügelnder Begriff. Aber genau dieser Begriff – wie Langgässer ihn auffaßt – wurde zum Stein des Anstoßes, ja zum Skandalon bei vielen Zeitgenossen und ist es heute noch bei manchen Lesern. Im „Proszenium" zum „Unauslöschlichen Siegel", wo u. a. der „ideale Leser" und der „vollkommene Kritiker" im Streitgespräch zu Worte kommen, heißt es, der Leser werde seine gesamte Bildung, nämlich die humanistische, zusammennehmen müssen, „um alles zu verstehen" (Erstdruck, 1946, S. 7). Doch in den ungeheuer – geographisch, zeitlich, geistig und religiös – ausgedehnten Dimensionen des Erzählwerks geht es letzten Endes eben nicht um das durch die Vernunft zu erreichende „Verstehen", sondern um das Gegenteil. Es geht um die Gnade und um das Mysterium des Glaubens an die Gottheit Christi – genau die Frage, die der Hauptfigur des Romans, dem getauften Juden Lazarus Belfontaine, der seinen Glauben verloren hat, zweimal gestellt wird –, und er kann sie nicht bejahen. „'Natürlich – nicht. Wahrhaftig,' fährt er an diesem Wendepunkt der Handlung fort, 'daran glaube ich nicht. Kein vernünftiger Mensch [...] kann heute noch behaupten, er glaube an einen Gott im Fleisch wie Jupiter oder Apoll'" (ebd., S. 223). Belfontaine ist aber bei weitem nicht der einzige, der die Vernunft – sie wird einmal ausdrücklich als „Chimäre" bezeichnet – zu seiner geistigen Grundhaltung macht. Es scheint, als wollte Langgässer in großen Zügen eine direkte Linie von Luther und der Reformation zur Aufklärung, zur französischen Revolution, zum Kulturkampf und zum Faschismus ziehen – ein offenbar undifferenziertes und suspektes Unterfangen. Selbst Kronzeugen für eine konservativ-katholische Weltanschauung wie der spanische Staatsphilosoph Donoso Cortés (1809–1853), dessen Werke im sog. „Turm-Kapitel" (Zeit: September 1914) wirksam zitiert sind, überzeugen heute nicht mehr. Trotzdem halte ich Elisabeth Hoffmanns Argument in ihrem sonst beweiskräftigen Nachwort für verfehlt, wenn sie meint, Langgässer halte nicht nur den „Kultus der Vernunft" für die Wurzel des Faschismus, sondern sie glaubt auch, daß für dessen Entstehung „insbesondere das aufgeklärte Judentum mitverantwortlich wäre", was eine „zutiefst

ideologische und ignorante Verdrehung von Ursache und Wirkung“ sei (S. 633).

Dabei verweist Hoffmann auf die auffallenden Parallelen zwischen der Autobiographie der Dichterin und den Romangestalten; man darf deshalb nicht vergessen, daß der abgefallene Christ und Jude Belfontaine auch ein integraler Bestandteil der halbjüdischen Autorin selber ist. Im „Epilog 1943" des Buchs sei, wie Hoffmann richtig bemerkt, „das konkrete jüdische Schicksal so unverhüllt und intensiv [geschildert], daß diese Szenen in der deutschen Nachkriegsliteratur ihresgleichen suchen“ (S. 634). Daß Langgässer einfach nicht imstande war, den historisch belegten "religiösen Antisemitismus“ in ihrem Oeuvre gutzuheißen, versteht sich von selbst. Umgekehrt ist ihr Roman an ihre Mitmysten gerichtet, die genau wie sie glauben, in denkbar teuflischsten Situationen müsse „[jede] menschliche Lösung hier versagen; nur die Gnade hilft uns heraus.“ Diese Worte schrieb die Dichterin knapp zwei Monate vor ihrem Tod; sie sind ihr Glaubensvermächtnis als katholische Christin am Ende der ersten blutigen Hälfte unseres Jahrhunderts.



Fritz Thyssen (1873–1951)

In der Erinnerung lebt Fritz Thyssen fort als Träger eines berühmten Industriellennamens, als Aufsichtsratsvorsitzender des größten deutschen Stahlkonzerns, der Vereinigten Stahlwerke, und als Großunternehmer, der Hitler und dem Nationalsozialismus mit Geld und ideeller Unterstützung den Weg zur Macht ebnete. Seine parteipolitische Orientierung und seine ständisch-monarchischen Vorstellungen wiesen ihn als Gegner der Weimarer Republik und ihrer staatstragenden Parteien aus. Weniger bekannt ist, daß nach Hitlers Machtübernahme aus dem Saulus bald ein Paulus wurde: Tiefe Meinungsunterschiede und wachsende Spannungen führten zur Gegnerschaft und zum Bruch mit dem Regime, zur Flucht aus Deutschland, zur Konfiskation seines Vermögens, zur Verstaatlichung seiner Firmen und zum Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit und schließlich, nach seiner Verhaftung in Südfrankreich, zur KZ-Haft in Oranienburg (Sachsenhausen), Buchenwald und Dachau. Heute ist sein Name präsent in der Fritz Thyssen Stiftung zur Förderung der Wissenschaft (errichtet 1959), deren Ursprung möglicherweise auf eine Überlegung zurückgeht, die Thyssen selbst kurz nach dem Zweiten Weltkrieg angestellt hatte: Zur Verhinderung der Demontagen wollte er auf sein Eigentum an der August Thyssen-Hütte AG verzichten und das Kapital zur Rettung von Arbeitsplätzen zur Verfügung stellen.

I

Fritz Thyssen wurde am 9. November 1873 in Styrum bei Mülheim an der Ruhr als ältester Sohn von August Thyssen (1842–1926) und seiner Frau Hedwig, geb. Pelzer (1854–1940), geboren. Seine Geschwister waren August (1874–1944), Heinrich (1875–1947) und Hedwig (1878–1960). Die Familie des Vaters kam aus dem Raum Eschweiler/Aachen, wo sie ganz in der katholischen Tradition lebte, während die Mutter aus dem protestantischen Zweig einer wohlhabenden Gerberfamilie stammte. Fritz' Kindheit und frühe Jugend waren überschattet von Auseinandersetzungen der Eltern. Die le-

bensfrohe Mutter entzog sich zunehmend dem strengen, ganz seinen unternehmerischen Aktivitäten hingegebenen Vater, und so wurde die unglückliche Ehe bereits 1885 geschieden. Der sensible Junge, der sehr an seiner Mutter hing, verkraftete die Trennung der Eltern nur schwer. Auch litt er an dem autoritären Führungsstil des Vaters.
Fritz Thyssen besuchte zunächst das Gymnasium in Mülheim, wechselte aber wegen der antikatholischen Haltung des Direktors dann nach Düsseldorf, wo er das Abitur ablegte. Anschließend arbeitete er für ein Jahr als Praktikant im väterlichen Unternehmen, bevor er in den folgenden Jahren in Lüttich Bergbau, in London am Imperial College of Science and Technology Maschinenbau und schließlich in Berlin studierte. Seinen Wehrdienst leistete er 1897 beim 5. Ulanenregiment in Düsseldorf. Dort verlobte er sich mit Amelie Zurhelle (1875–1965), die er gegen den hartnäckigen Widerstand seines Vaters am 18. Januar 1900 ehelichte. Am 13. Mai 1909 wurde ihr einziges Kind, Anita, geboren (gestorben 1990). 1897 berief August Thyssen seinen Sohn in den Grubenvorstand der Gewerkschaft Deutscher Kaiser. 1901 wurde Fritz in die USA geschickt, um die neuesten Entwicklungen im Hüttenwesen kennenzulernen. Die Größe der dortigen Stahlunternehmen und die Zusammenballung verschiedener Werke beeinflußten die späteren unternehmerischen Ziele von Vater und Sohn. Weitere Studienreisen nach Rußland und Indien folgten.
Im Ersten Weltkrieg diente Fritz Thyssen als Freiwilliger, bis er wegen einer Lungenkrankheit 1917 als Rittmeister d. R. entlassen wurde und ins väterliche Unternehmen nach Hamborn zurückkehrte. Nach Kriegsende übernahm er die Leitung der August Thyssen-Hütte, Gewerkschaft und setzte investive Modernisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen in Gang, die während der Kriegszeit unterblieben waren. Gleichzeitig sah er sich vor die Aufgabe gestellt, Ersatzkapazitäten für das mit der Abtretung Lothringens verlorengegangene Hüttenwerk Hagendingen zu schaffen, das August Thyssen 1911 mit seinem Bruder Josef gegründet hatte. Mit den Verlusten in Lothringen war der Thyssen-Konzern auf den Stand von 1910 zurückgeworfen. Die in Jahrzehnten gewachsenen Beziehungen zwischen Ruhr, Mosel und Saar mit dem Austausch von Erzen und Kohle waren zerschlagen. Immerhin hatte der Konzern im Inland einen intakten und geschlossenen Werkskomplex erhalten, der für die wenige Jahre später erfolgende Konzentration im Stahlbereich wesentliche Bedeutung erlangte. Fritz Thyssens Initiative zur Modernisierung und zum Ausbau war es zuzuschreiben, daß das

Werk Hamborn 1926 in den neuen Verbund der Vereinigten Stahlwerke als modernstes im Ruhrgebiet eingebracht werden konnte.

II

Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Ausbruch der Revolution am 9. November 1918 veränderten sich die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen grundlegend. Auch für den Thyssen-Konzern bedeutete 1918 einen tiefen Einschnitt. Mülheim und Hamborn wurden Zentren von Räteaktivitäten, die sich vornehmlich gegen die Thyssen-Werke richteten. Bergarbeiterstreiks und die zunehmende Radikalisierung der Arbeiterschaft gestalteten die Lage explosiv. Am 7. Dezember 1918 wurden verschiedene Unternehmer, unter ihnen August und Fritz Thyssen, aufgrund von Denunziationen durch Vertreter der Mülheimer Arbeiter- und Soldatenräte unter dem Vorwurf des Landesverrats verhaftet, zunächst in Mülheim ins Gefängnis gesteckt und dann nach Berlin ins Untersuchungsgefängnis Moabit verbracht, wo ihnen der Prozeß gemacht werden sollte. Sie wurden beschuldigt, sich an separatistischen Bestrebungen beteiligt und die Franzosen aufgefordert zu haben, ihr Besatzungsgebiet zu erweitern und das Rheinland von Preußen abzuspalten. Gleichzeitig gab es Verdächtigungen, sie wollten Sozialreformen verhindern und sich auf Staatskosten bereichern. Tatsächlich aber hatte Fritz Thyssen das am 15. November 1918 unterzeichnete Stinnes-Legien-Abkommen, das das Recht der Gewerkschaften auf Tarifverhandlungen, den Acht-Stunden-Tag und verschiedene Sozialleistungen beinhaltete, nachdrücklich unterstützt. Auch die übrigen Vorwürfe erwiesen sich als völlig haltlos, und so wurden die Beschuldigten auf Veranlassung Friedrich Eberts, des Vorsitzenden des Rates der Volksbeauftragten, nach wenigen Tagen wieder auf freien Fuß gesetzt. Eine erneute Gefangensetzung, der er sich durch Flucht entzog, drohte ihm im Zusammenhang mit dem von der USPD am 6. Januar 1919 ausgerufenen Generalstreik.

Die Revolutionswirren um den Jahreswechsel 1918/19 brachten Fritz Thyssen erstmals mit politischen und gesellschaftlichen Konflikten in Berührung und beeinflußten in der Folgezeit seine politische Orientierung. An die Stelle geordneter Verhältnisse in der wilhelminischen Monarchie war eine Republik getreten, deren Entstehen er als Frucht sozialistisch-kommunistischer, von Moskau aus gesteuerter Umtriebe betrachtete. Die eigenen Erlebnisse blieben für ihn traumatisch; von nun an verließ ihn die Furcht vor einer kom-

munistischen Machtübernahme nicht mehr. Die Konsequenz war eine parteipolitische Hinwendung zum rechten Lager. Er wurde Mitglied der DNVP, ganz anders als sein Vater, der, obwohl nie aktiv in der Politik, stets der Zentrumspartei als der politischen Mitte nahestand.

Auch die Konfrontation mit den Alliierten, deren Forderungen für ihn die wirtschaftliche und finanzielle Zukunft Deutschlands in Frage stellten und deren Besatzung die territoriale Hoheit des Landes bedrohte, wird zu dieser Orientierung beigetragen haben. Bei den Friedensverhandlungen in Versailles, an denen er in Begleitung des Reichspostministers Johann Giesberts teilnahm, versuchte er das Schlimmste zu verhindern. Nicht jedoch seine Kritik am Versailler Vertrag machte ihn einer breiten Öffentlichkeit bekannt, sondern seine aktive Unterstützung des passiven Widerstands gegen die französische Besatzung im Ruhrkampf. Mit einem Schlag berühmt wurde er, als er in seiner Funktion als Sprecher der Zechenbesitzer an der Ruhr erklärte, er habe als Deutscher nur den Anweisungen der deutschen Regierungen, nicht aber denen der Alliierten Folge zu leisten. Ungeachtet seiner frankophilen Neigungen – er sprach fließend französisch –, lehnte er die Befehle der französisch-belgischen Besatzungsmacht zur Lieferung von Reparationskohle ab.

Wegen dieser Weigerung wurde er zusammen mit sechs anderen Industriellen am 20. Januar 1923 verhaftet und in einem Kriegsgerichtsverfahren vor dem französischen Militärgericht in Mainz am 24. Januar zu einer Geldstrafe von 5.100 Francs verurteilt. Seine Heimreise über Köln nach Essen gestaltete sich zu einem Triumphzug, bei dem er von Zehntausenden, von Arbeitern und den Gewerkschaften, begeistert gefeiert wurde. Sein Verhalten im Ruhrkampf verlieh ihm einen nationalen Nimbus, der weit über diesen Anlaß hinausreichte. Fast wider Willen war er über Nacht zum Heros geworden. Die Stadt Hamborn und die Technische Hochschule Darmstadt ernannten ihn zum Ehrenbürger. Und zu seinem 55. Geburtstag verlieh ihm die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Freiburg wegen seiner Verdienste um die Erhaltung des deutschen Rechts während des Ruhrkampfs die Ehrendoktorwürde.

III

Mit der von Reichskanzler Gustav Stresemann am 26. September 1923 verkündeten Entscheidung, den passiven Widerstand an der Ruhr einzustellen, endete auch Thyssens erste aktive Rolle in der

Politik. Obwohl ein scharfer Kritiker des Versailler Vertrags und der Ruhrbesetzung, suchte er stets nach Möglichkeiten einer Verständigung mit den Franzosen. Wie andere Wirtschaftsführer war auch er der Überzeugung, Autarkiebestrebungen und nationale Grenzen schadeten der Wirtschaft. Und so versagte er sich nicht, als einer der deutschen Unterhändler im Oktober 1923 in Düsseldorf den ersten MICUM (Mission Interalliée de Contrôle des Usines et des Mines)-Vertrag auszuhandeln, der der Interalliierten Kontrollkommission für die Hütten- und Bergwerke das Recht einräumte, die Verteilung der Brennstoffe zu kontrollieren. Aufgrund seiner erkennbaren Bemühungen um eine Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen wandte sich im Frühjahr 1924 das Comité des Forges an Thyssen, um die alten Stahlverbindungen nach Lothringen und darüber hinaus wiederzubeleben. Dank seines Verhandlungsgeschicks kam im November 1924 die Rohstahlgemeinschaft zustande, die 94 Prozent der deutschen Kapazitäten kontrollierte. Zwei Jahre später, am 30. September 1926, wurde unter Thyssens Aufsichtsratsvorsitz im Stahlwerksverband die Internationale Rohstahlgemeinschaft gegründet, die allerdings aufgrund festgeschriebener Quotenregelungen auf die konjunkturellen Schwankungen zu wenig Rücksicht nahm und deshalb von der deutschen Gruppe 1929 aufgekündigt wurde. Über den „Stahlpakt" hinaus strebte er weitere Abmachungen mit der französischen Stahlindustrie an – was den französischen Ministerpräsidenten Aristide Briand gegenüber seinem deutschen Partner Stresemann zu der Bemerkung veranlaßte: „Wenn Sie lauter solche Deutschnationale hätten, wäre es wahrscheinlich viel einfacher, sich zu verständigen."

So wichtig für Thyssen ein Ausgleich mit Frankreich war, entscheidender waren dem Wirtschaftsmann Konsolidierungs- und Modernisierungsmaßnahmen im verkleinerten Konzern, um auf dem Inlandsmarkt und mehr noch auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu bleiben oder zu werden. Thyssen stellte sich dieser Aufgabe nach dem Krieg mit großer Tatkraft und nahm ein gewaltiges Ausbauprogramm der Produktionsanlagen in Angriff. Der Konzern wurde zudem völlig neu gegliedert. Dennoch blieb die Ertragslage kritisch, wie dies für die gesamte Branche galt. Das Inlandsgeschäft kam nicht recht in Gang, auch auf den Exportmärkten hatten die ausländischen Konkurrenten aufgrund billigerer Produktion und der Vergünstigungen aus dem Versailler Vertrag gegenüber den deutschen Firmen wesentliche Vorteile.

In dieser Situation reiften Überlegungen zu einer Bündelung der Kräfte. Im Sommer 1925 fanden erste Gespräche über einen Zusammenschluß der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie statt, an denen August und Fritz Thyssen von Anfang an maßgeblich beteiligt waren. August Thyssen, immerhin im Alter von 83 Jahren, war bereit, seinen Konzern unter Aufgabe der bisherigen Eigenständigkeit in diesen Zusammenschluß einzubringen. Bestärkt wurde er dabei von seinem Sohn Fritz, der schon bei seinem ersten USA-Aufenthalt zu der Überzeugung gelangt war, nur eine Konzentration könne das Überleben der deutschen Montanindustrie langfristig sichern. In der Familie war dieses Vorhaben allerdings umstritten: „Ich bin nicht für den Trust", ließ sein Bruder Heinrich Thyssen-Bornemisza wissen. Er glaubte nach wie vor, die Thyssen-Gruppe könne auch in den schwierigen Zeiten aus eigener Kraft fortbestehen. Folgerichtig übernahm er schließlich jene Teile der Gruppe, die nicht in den neuen Großverbund eingegliedert wurden.

Nachdem Hoesch und Krupp aus den Verhandlungen ausgeschieden waren, einigten sich die Rheinelbe-Union, Rheinstahl, Phoenix und Thyssen im Herbst 1925 auf eine neue Gesellschaft mit Namen Vereinigte Stahlwerke AG, die Eigentümerin aller einzubringenden Anlagewerte werden sollte. Am 12. Januar 1926 wurde die Studiengesellschaft „Vereinigte Stahlwerke Aktiengesellschaft" (VSt) gegründet, am 7. Mai trat nach einer außerordentlichen Generalversammlung der „Stahlverein" in Aktion, der „die geschwächten Konzerne der Eisen- und Stahlindustrie zu einem leistungsfähigen Ganzen unter Ausscheidung aller unwirtschaftlichen Teile" zusammenschloß. Damit fand die Eigenständigkeit der August Thyssen-Hütte ihr vorläufiges Ende. Ihr Gründer war einen Monat zuvor im Alter von fast 84 Jahren verstorben. Fritz Thyssen widmete seine Arbeitskraft von nun an vornehmlich den Vereinigten Stahlwerken, deren Vorsitz im Aufsichtsrat er übernahm. Bezeichnend für ihn war, daß er keinen Ehrgeiz auf den Posten des Vorstandsvorsitzenden entwickelte, sondern die eigentliche Geschäftspolitik Albert Vögler, einem engen Mitarbeiter des 1924 verstorbenen Hugo Stinnes, und seinem Vertreter Ernst Poensgen überließ. Er wollte eher aus dem Hintergrund wirken.

Offenbar schien die zentrale Organisation der großen und vielseitigen VSt aber nicht die beste Lösung zu sein. Nicht erst die Weltwirtschaftskrise ließ Maßnahmen zur Dezentralisation, die schließlich ab 1931 eingeleitet wurden, notwendig erscheinen. Bei diesen Transaktionen erreichte Thyssen eine Sperrminorität am Aktienkapi-

tal der VSt. Auch die Beschäftigungsgrundlage blieb unbefriedigend; sie stagnierte oder ging sogar zurück. Erzeuger wie Abnehmer waren mit Steuern und Abgaben überlastet, der Kapital- und Zinsdruck hielt an. Die Probleme wuchsen, als das amerikanische Geld, das seit der Einführung der Rentenmark nach Deutschland geflossen und nicht unerheblich zur Belebung der Wirtschaft beigetragen hatte, in der Weltwirtschaftskrise ausblieb oder zurückgefordert wurde. Nicht zuletzt spielten die desolaten deutschen Staatsfinanzen eine wesentliche Rolle im schleichenden Konjunkturrückgang. 1930 hatte Deutschland neben 10 Milliarden RM langfristigen Anleihen über 12 Milliarden kurzfristige Schulden im Ausland. In die sich schon seit Beginn des Jahres 1928 merklich verschlechternde konjunkturelle Lage platzte der Young-Plan, der 1930 in Kraft trat. Er sah vor, daß bis in die 80er Jahre Reparationsleistungen in ausländischen Währungen – im Jahresdurchschnitt 2 Milliarden Goldmark – zu entrichten waren. Sein Funktionieren hing wiederum von amerikanischen Krediten ab, mit denen die vorgesehenen Zahlungen an die Alliierten geleistet werden konnten.

Thyssen zählte zu den schärfsten Kritikern des Plans. Die Umwandlung deutscher Reparationsleistungen in Gold anstelle von Waren machte nach seiner Meinung der Industrie den Garaus. Für ihn bedeutete der Plan die Verpfändung des gesamten deutschen Besitzes für Deutschlands Verpflichtungen, ja den Ausverkauf deutscher Werte. In einem Vortrag in der Columbia-Universität in New York vor amerikanischen Wirtschaftsführern im Oktober 1931 forderte er die Streichung der „Tribute" und kritisierte vehement den Versailler Vertrag als Hauptursache für die deutsche Krise. Auch verlangte er eine Abkehr von sozialistischen Vorstellungen, nach denen das Ideal der politischen Demokratie durch das einer Wirtschaftsdemokratie zu ergänzen sei – für ihn die Vorstufe zum Sozialismus, der schließlich zur Bolschewisierung Deutschlands führen müsse.

Der Young-Plan wurde nicht nur von ihm auf das schärfste kritisiert, sondern löste auch eine heftige Agitation der sogenannten nationalen Opposition aus. Zwar wurde das Volksbegehren abgelehnt, das gegen die Unterzeichner der Vereinbarung von einem aus DNVP, Stahlhelm, Alldeutschen und NSDAP gebildeten „Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren" angestrengt worden war. Die Septemberwahlen von 1930 brachten aber den Nationalsozialisten einen großen Stimmenzuwachs, der die ausländischen Kreditgeber zum Abzug erheblicher Gelder veranlaßte, was schließlich zum Zusammenbruch des deutschen Kreditgebäudes führte. Die gleichzeitig

rapide ansteigende Arbeitslosenzahl wurde von den Parteien als Argument im politischen Kampf aller gegen alle benutzt und vergiftete nicht nur die wirtschafts- und sozialpolitische Atmosphäre. Innenpolitische Unruhen, Streiks und Straßenschlachten waren die alarmierende Begleiterscheinung. Bei Fritz Thyssen wurden Erinnerungen an die anarchischen Zustände von 1918/19 wach. Die Weimarer Koalition, vor allem auch die Sozialdemokratie, hielt er für zu schwach, die kommunistische Gefahr zu bannen. Nichts wünschte er sehnlicher als Ruhe, Ordnung und politische Stabilität in einem „starken Staat", wie er sie unter Wilhelm II. erlebt hatte. Derartige Vorstellungen glaubte er auch in Hitlers Programm zu erkennen, und so war er bereit, ihn zu unterstützen.

IV

Schon 1923 war er Hitler durch Vermittlung von Erich Ludendorff begegnet, ohne daß dieses erste Treffen einen nachhaltigen Eindruck bei ihm hinterlassen hätte. Anlaß der Begegnung war eine mögliche Unterstützung von illegal operierenden Widerstandsgruppen im Ruhrkampf, die von München aus finanziert werden sollten. Dafür stellte Thyssen 100.000 Reichsmark zur Verfügung. Durch Emil Kirdorf, den „Bismarck des Kohlenbergbaus", lernte er Rudolf Hess kennen, der für den Aufbau einer Parteizentrale für die NSDAP Finanzquellen suchte. Thyssen vermittelte bei den Banken eine Anleihe von 300.000 Reichsmark zum Kauf des „Braunen Hauses" und war bereit, dafür zu bürgen. Da die Nationalsozialisten nur einen kleinen Teil dieser Summe zurückzahlten, wurde er für den Rest in Anspruch genommen; das Geld erhielt er nie zurück. Wie bei seinem Entnazifizierungsverfahren festgestellt wurde, hat er zwischen 1923 und 1932 rund 650.000 Reichsmark für rechte Gruppierungen zur Verfügung gestellt. Es kann also keine Rede davon sein, daß er mit diesen Mitteln der NSDAP zur Macht verholfen hätte, wie ihm später – nicht zuletzt auch aufgrund seiner angeblichen Autobiographie „I paid Hitler" – vielfach vorgeworfen worden ist.

Zu einem zweiten Kontakt mit Hitler scheint es erst 1929 gekommen zu sein im Zusammenhang mit der Ablehnung des Young-Plans, den Hitler ebenso – wenn auch mit anderen Mitteln – bekämpfte wie Thyssen. Aufsehen erregte Thyssen, als er eine Rede Hitlers am 26. Januar 1932 im Industrie-Club in Düsseldorf vermittelte, zu dessen Vorstand er gehörte. Die offizielle Einladung ging zwar von Karl Haniel, dem Klub-Vorsitzenden, aus; Thyssen galt

allerdings später als derjenige, der Hitler vor wichtigen Männern der Industrie ein Forum geboten habe.
Hitlers Rede scheint bei den Zuhörern, vornehmlich Vertretern der mittelständischen Wirtschaft, auf geteilte Aufnahme gestoßen zu sein. Auch er selbst war von seinem Erfolg offenbar so wenig überzeugt, daß er sofort nach seiner Ansprache den Saal verließ und auch nicht beim Essen blieb, wie es bei Gastrednern sonst üblich war. Thyssen dankte als stellvertretender Vorsitzender mit einer vorbereiteten Rede und schloß seine kurzen Ausführungen mit dem bei völkischen Gruppen üblichen „Heil, Herr Hitler".
Die Nachwirkungen des Hitler-Auftritts erwiesen sich allem Anschein nach für die NSDAP, die davon einen Durchbruch in Industriekreisen erhofft hatte, als eher peinlich. Keine Rede kann davon sein, daß damit – wie später vielfach behauptet – eine Subventionslawine der Ruhrindustrie für die NSDAP in Gang gekommen wäre. Immerhin war Hitler tags darauf zusammen mit Göring und Ernst Röhm sowie Albert Vögler und Ernst Poensgen Gast Thyssens auf Schloß Landsberg. Zwei Wochen später trat Thyssen aus der DNVP aus. Aber erst nach der sogenannten Machtergreifung wurde er am 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP. Im Juli 1933 wurde er zum lebenslänglichen Mitglied des Preußischen Staatsrats ernannt und in den neu geschaffenen Generalrat der Wirtschaft berufen, der allerdings nur einmal zusammentrat. Wenige Monate später erfolgte Thyssens Bestellung zum Mitglied des Einheitsreichstags. Zu gleicher Zeit übernahm er den Vorsitz des Langnam-Vereins und der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Die Gauleiter von Essen, Düsseldorf, Westfalen-Süd und Westfalen-Nord erkannten ihn als oberste staatliche Autorität in allen wirtschaftspolitischen Fragen ihrer Bezirke an. Im Reichsverband der deutschen Industrie, den er als „Schleppenträger" des bisherigen Systems bezeichnete, war er der Wortführer des Hitler-Flügels und forderte „im Interesse der Industrie" die Unterstützung der „nationalen Bewegung" ein, lehnte aber gleichzeitig den nationalsozialistischen Interventionismus und die Einschränkung der Unternehmerkompetenz ab.
Mit dieser Fülle von Mandaten und Funktionen ausgestattet, glaubte Thyssen seine Vorstellungen bei der Neugestaltung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse verwirklichen und die politisch-soziale Ordnung von 1918/19 überwinden zu können. Die nationalsozialistische Regierung fand zunächst seine volle Unterstützung, zumal Hitler ihm zugesichert hatte – dieser Auffassung

war er jedenfalls –, Bündnisse mit England und Polen sowie ein Konkordat mit dem Papst abschließen und die Hohenzollern-Monarchie wiederherstellen zu wollen. Und so gab er sich der Illusion hin, er könne gestaltenden Einfluß auf die Politik nehmen. Tatsächlich aber waren die meisten seiner Ämter, selbst die in der Wirtschaft, wie er bald feststellen mußte, Muster ohne Wert.

V

Thyssen glaubte, im Reich einen „Ständestaat" aufbauen zu können. Schon seit Anfang der 20er Jahre und bestärkt durch die soziale Notsituation infolge der Weltwirtschaftskrise hatte sich Thyssen mit ständestaatlichen Ideen befaßt. Hin und wieder nahm er im Kloster Maria Laach an Zusammenkünften des Katholischen Akademikerverbandes teil, bei denen die Ideen Othmar Spanns, die päpstlichen Sozialenzykliken Rerum Novarum (1891) und Quadragesimo Anno (1931) diskutiert und nach Wegen einer sozialen Befriedung gesucht wurde. In Zusammenarbeit von Arbeitgebern und -nehmern in Berufsständen sollten Ständeparlamente eingerichtet und der Klassenkampf überwunden werden. Mit Ständeparlamenten glaubte man die Interessengegensätze harmonischer als Parteien lösen zu können. Letztlich verfolgte das Konzept des Ständestaats die Auflösung der Parteiendemokratie. Thyssen war überzeugt, seine Ideen, die auf eine weitgehende Teilung der Gewalten sowie auf die Trennung von Politik und Wirtschaft zielten und die er mit der katholischen Soziallehre in Einklang sah, im Nationalsozialismus umsetzen zu können und so einen Ausweg zu finden aus der drohenden Gefahr sozialistischer Verstaatlichung der Industrie. Alles drängte in ihm nun zur Tat; zu Illusionen neigend sah er die Zeit gekommen, die Welt zu verbessern.

Seine Vorstellungen fanden bei Hitler zunächst positive Aufnahme. Im Mai 1933 erhielt er den Auftrag, ein „Institut für Ständewesen" in Düsseldorf zu gründen. Das von ihm finanzierte Institut erhielt ein Kuratorium, das er selbst leitete, einen Vorstand sowie eine wissenschaftliche und geschäftliche Leitung und organisierte Vorlesungsreihen und Wochenendkurse für Wirtschafts- und Arbeitsführer. Die anfängliche Unterstützung durch die NSDAP und ihren Düsseldorfer Gauleiter dauerte allerdings nicht an. Schon Anfang August 1933 wurde sein Institut von Robert Ley heftig bekämpft und durch Gründung zweier „Schulen für Wirtschaft und Arbeit" für führende Kräfte der „Deutschen Arbeitsfront" praktisch ausgeschal-

tet. Reichswirtschaftsminister Kurt Schmitt stellte Thyssen sogar vor aller Öffentlichkeit bloß, als er die Stände-Ideologie als romantischen Unsinn abtat. Thyssen wurde als „doktrinär, besserwisserisch, staatsfeindlich, politisch-katholisch und das Institut als nicht nationalsozialistisch" gebrandmarkt. Anfeindungen und Unterstellungen aus der Partei, insbesondere von Alfred Rosenberg und Heinrich Himmler, nahmen ein solches Ausmaß an, daß Thyssen sich kaum ein Jahr nach Gründung des Instituts hilfesuchend an Hitler wandte und bat, „unbedingt einzugreifen und damit eine innenpolitische Entspannung zum besten auch unserer außenpolitischen Lage herbeiführen zu wollen". Antwort auf dieses Gesuch erhielt er nicht, wohl aber – in anderem Zusammenhang – die Auskunft, er – Hitler – habe Thyssen nie irgendwelche Versprechungen gemacht. Es gebe nichts, wofür er ihm dankbar sein müßte. „Was Sie für meine Bewegung getan haben, haben Sie zu Ihrem eigenen Nutzen getan und es als Versicherungsprämie abgeschrieben." Zynischer konnte Thyssen nicht vor den Kopf gestoßen werden. Schließlich wurden der Besuch der Kurse verboten, Mitarbeiter des Instituts verfolgt und in Gefängnisse oder – wie der Institutsleiter – ins Konzentrationslager Dachau gebracht. 1936 wurde das Institut geschlossen.

VI

Zu diesem Zeitpunkt war die Desillusionierung Thyssens weit fortgeschritten. Schon 1933 hatte er versucht, bei Hermann Göring seinen Einfluß für den in ein Konzentrationslager verschleppten Zentrumspolitiker und früheren preußischen Wohlfahrtsminister Heinrich Hirtsiefer sowie für den ehemaligen Düsseldorfer Oberbürgermeister, Dr. Robert Lehr (DNVP), geltend zu machen, der wegen angeblicher Korruption im Gefängnis saß. Den letzten Anstoß zur inneren Distanzierung und Abkehr vom Nationalsozialismus dürfte der „Röhm-Putsch" am 30. Juni 1934 gegeben haben, bei dem der revolutionäre Parteiflügel um Gregor Strasser und die gesamte Führungsschicht der SA im Zuge eines Massenmords beseitigt wurden. Von diesem Zeitpunkt an läßt sich eine aktive Betätigung Thyssens für die NSDAP nicht mehr nachweisen. Seine Ämter im Langnam-Verein und in der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller gab er auf. Hingegen unterstützte er von nun an Personen und Institutionen, die mit dem Regime in Konflikt gerieten. Ostentativ erhöhte er die finanziellen Zuwendun-

gen, die er katholischen Einrichtungen zukommen ließ. Für die größte katholische Kirche Mülheims stiftete er 1934 einen Taufstein, der von einem Bildhauer aus Maria Laach gestaltet wurde; zwei Jahre später finanzierte er den Bau einer Taufkapelle dieser Kirche. Im gleichen Jahr verhinderte er durch eine großzügige Spende die von der NSDAP angestrebte Versteigerung der katholischen Klosterschule Sankt Anna in Düsseldorf. Und als der praktizierende Katholik 1936 von der Verhaftung des evangelischen Pastors Martin Niemöller erfuhr, den er persönlich nicht kannte, gab er spontan die Anweisung, die Familie durch regelmäßige Geldzahlungen zu unterstützen. Zur Trauung seiner Tochter Anita mit Graf Gabor Zichy 1936, die der Kölner Erzbischof Karl Joseph Kardinal Schulte vornahm, war auch der Abt von Maria Laach, Ildefons Herwegen, eingeladen. Ihm hatte er seinen Firmenjuristen Dr. Carl Härle zur Beratung zur Verfügung gestellt, als er 1933/34 wegen angeblicher Devisenvergehen angeklagt war. 1938 nahm Thyssen an der Feier des silbernen Abtjubiläums teil. Daß Göring, den er seit 1930 kannte und 1932 bei der Finanzierung seiner Luxuswohnung großzügig unterstützt hatte, der Einladung zur Hochzeit seiner Tochter Anita im Jahr 1936, in dessen Vorzimmer sie ein Praktikum absolviert hatte, nicht Folge leistete, mußte ihm zeigen, wie sehr er bei den Machthabern inzwischen in Ungnade gefallen war. Tatsächlich beabsichtigte Hitler, ihn schon 1935 in KZ-Haft nehmen zu lassen, wie sein Adjudant Wiedemann später im Spruchkammerverfahren bezeugte. Daß es dazu nicht kam, lag wohl daran, daß Thyssen, der „Vorzeigekapitalist", noch zu einflußreich war, als daß es die NSDAP hätte riskieren können, mit ihm zu brechen.

Das Zentrum der deutschen Montanindustrie, die mächtige Verbindung Vereinigte Stahlwerke-Thyssen, die noch 1936 mit der halben Montanindustrie identisch war, wurde – nachdem die NSDAP ihre staatlichen Machtpositionen stabilisiert hatte – zwischen 1937 und 1939 durch Enteignung, erzwungenen Verkauf und Konfiszierung systematisch beschnitten bzw. zerschlagen. Die Gründung der Reichswerke Hermann Göring 1937 und der damit verbundene Umbau der deutschen Industrie zur nationalsozialistischen Befehlswirtschaft im Interesse autarker Rüstungspolitik war ebenso wie 1936 die Bekanntgabe des zweiten Vierjahresplans für Thyssen ein klares Signal, daß Hitler auf einen Krieg zusteuerte. Der Wirtschaftsfachmann erkannte, daß das Dritte Reich von Wechseln auf die Zukunft lebte, für die keinerlei Deckung gegeben war.

Thyssen war ein entschiedener Gegner kriegerischer Ziele. Aus seiner inzwischen eingetretenen inneren Distanz zum Regime entwickelten sich Verweigerung und offene Gegnerschaft. Bereits 1936/37 führte er konspirative Besprechungen mit Zivilisten und Militärs (u. a. mit Gisevius, von Kluge und Hoepner) und sondierte Möglichkeiten zur Entmachtung Hitlers. Er sagte zu, sich nach einem Umsturz zur Verfügung zu stellen, und entwarf eine Rundfunkrede, die später bei Hausdurchsuchungen gefunden und nach seiner Inhaftierung gegen ihn als Belastungsmaterial verwandt wurde. Als 1939 die Kriegsvorbereitungen Hitlers immer deutlicher wurden, intensivierte er diese Kontakte, um die Katastrophe zu verhindern.
Nach der „Reichspogromnacht" vom 9. November 1938 vollzog Thyssen auch nach außen hin sichtbar den Bruch mit dem Regime. Mit Schreiben vom 17. November an Göring als Vorsitzenden des Preußischen Staatsrats legte er sein Amt als Staatsrat nieder. Konkreter Anlaß war die Entfernung seines Freundes Carl-Christian Schmid aus dem Amt des Düsseldorfer Regierungspräsidenten und die Bedrohung dessen jüdischer Frau. Thyssen hatte vergebens protestiert. Zur Aufgabe seiner Mitgliedschaften in der NSDAP und im machtlosen Reichstag entschloß er sich allerdings noch nicht.
Die Vermutung liegt nahe, daß die gesamte Entwicklung ihn auch gesundheitlich belastete. Er erkrankte 1936 und war für eineinhalb Jahre zur Untätigkeit gezwungen. Im Sommer 1939 weilte er zur Kur in Bad Gastein. Dort erhielt er am 31. August 1939 die Aufforderung, sich für eine Reichstagssitzung am 1. September in Berlin bereit zu halten. In einem offenen Telegramm an den Reichstagspräsidenten Hermann Göring lehnte er eine Teilnahme ab und sprach sich – als einziger Reichstagsabgeordneter – gegen einen Krieg aus. Möglicherweise war er so naiv zu glauben, mit seiner Haltung den Gang der Dinge doch noch aufhalten zu können. Was dieser Schritt für ihn bedeuten konnte, war ihm klar, zumal erst kurze Zeit zuvor einer seiner angeheirateten Neffen, Gustav Edler von Remiz, der als Führer der österreichischen Legitimisten die Wiederherstellung der Monarchie angestrebt hatte, im Konzentrationslager Dachau umgekommen war. Am 2. September setzte Thyssen sich mit seiner Frau in die Schweiz ab, wohin Tochter und Schwiegersohn bald nachreisten.
Aus der Schweiz schickte er mehrere Protestbriefe nach Berlin, in denen er die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung

forderte und – in maßloser Überschätzung seiner Stellung – seine Rückkehr nach Deutschland von der Zusage abhängig machte, daß die Öffentlichkeit darüber aufgeklärt werde, „daß ich als Reichstagsabgeordneter gegen den Krieg gestimmt habe". Gleichzeitig bemühte er sich, über deutsche Generäle eine Friedensvermittlung mit England in Gang zu bringen. Im Brief vom 1. Oktober 1939 bezeichnete er sich schließlich offen als politischen Gegner des Nationalsozialismus. Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten: Am 24. November wurde er aus der Partei ausgeschlossen, und am 11. Dezember beschlagnahmte das Reich sein gesamtes Vermögen. Daraufhin schickte er im Januar 1940 ein „Memorandum" an Hitler mit Kopien an Göring, den Regierungspräsidenten Reeder in Düsseldorf, der die Konfiskation seines Vermögens veranlaßt hatte, und an Baron von Schroeder in Köln, der mit der Verwaltung des Vermögens betraut war. Notariell beglaubigte Kopien des „Memorandums" hinterlegte er in der Schweiz und kündigte die Veröffentlichung aller Schreiben seit September 1939 an, wenn er keine befriedigende Antwort erhalten würde. Der Text ist eine Abrechnung mit Hitler und seiner gesamten Politik, wie sie schärfer nicht sein konnte. Letztlich führe diese Politik zur „finis Germaniae". Er wisse sich „frei von Schuld. Mein einziger Irrtum ist, daß ich an Sie, den Führer Adolf Hitler, und an die von Ihnen geleitete Bewegung glaubte. Glaubte mit dem heißen Herzen eines leidenschaftlichen Deutschen." Das fünfseitige „Memorandum" endet mit dem Appell: „Führen Sie Deutschland zu verfassungsmäßigen Zuständen zurück. Denken Sie an Ihren Eid in Potsdam. Geben Sie dem Reich ein freies Parlament, geben Sie dem deutschen Volke die Gewissens-, Denk- und Redefreiheit zurück. Schaffen Sie die nötigen Garantien, damit Recht und Gesetz wieder einen Sinn erhalten und damit Verträge und Abmachungen wieder auf Treu und Glauben aufgebaut werden können ... Kehre um, schaffe Freiheit, Recht und Menschlichkeit im Deutschen Reich..." Seine Besinnung auf demokratische und liberale Verfassungsgrundsätze, die doch auch gerade durch ihn und seinesgleichen zu Fall gebracht worden waren, kam zu spät.

Joseph Goebbels vermerkte am 4. Januar 1940 lapidar in seinem Tagebuch: „Thyssen hat an den Führer einen landesverräterischen Brief geschickt mit der Drohung, ihn zu veröffentlichen. Unsere korrupte Wirtschaft! Ein Schweinestück!" Die Reaktion kam prompt: Am 4. Februar 1940 wurde dem „Landesverräter" die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen. Der „leidenschaftliche Deutsche mit heißem Herzen" war staatenlos. Außerdem wurde ein Steckbrief

erlassen mit der Beschuldigung, er sei wegen Betrugs in die Schweiz geflohen. Nun brach auch Thyssen alle Brücken ab. Mit der Veröffentlichung seiner Briefe vor der internationalen Presse in Paris reizte er die NS-Machthaber bis zur Weißglut. Am 29. April 1940 erschienen sie im LIFE-Magazin in den USA, gleichzeitig im Sunday Express in London und im Paris Soir in Frankreich. Nun mußte er mehr denn je um seine Sicherheit fürchten und bereitete seine Übersiedlung nach Argentinien vor. Kurz vor seiner Abreise wurde er jedoch ans Sterbebett seiner Mutter nach Brüssel gerufen. Auf der Rückreise erlitt seine Frau einen schweren Zusammenbruch, der eine Überfahrt vorerst unmöglich machte.

VIII

Als der Waffenstillstand zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossen wurde, hielt sich das Ehepaar in der Provence auf. In die Zeit dieses Aufenthalts fällt die Abfassung der sogenannten Autobiographie, die unter dem Titel „I paid Hitler" 1941 erschienen ist. Herausgeber war der Journalist Emery Reves, ein Amerikaner ungarischer Abstammung, der durch Vermittlung des ehemaligen Senatspräsidenten von Danzig, Hermann Rauschning, Kontakt zu Thyssen bekommen hatte. Thyssen glaubte, mit einer Veröffentlichung seiner Erfahrungen Hitler in der Welt vollends bloßstellen und Deutschland vielleicht doch noch vor dem Abgrund retten zu können. Vor allem sollte das Buch aber eine Rechtfertigung sein, mit der er seine Schuld am Aufkommen Hitlers glaubte abtragen zu können. Der Text beruht auf Diktaten, die Thyssen selbst nur in den ersten neun Kapiteln noch redigiert hat, der Rest, aus dem meist zitiert wird, scheint mit phantasievollen Ausschmückungen des Herausgebers angereichert zu sein. Schon der Titel des Buches war irreführend, und deshalb bestritt Thyssen stets seine Authentizität. Die Spruchkammer im Entnazifizierungsverfahren schloß sich seiner Meinung an.

In Südfrankreich fühlte sich Thyssen einigermaßen sicher, hatte er doch die Zusage der Vichy-Regierung erhalten, daß er nicht ans Reich ausgeliefert würde. Tatsächlich aber hatte sich die Regierung Pétain in einer Nebenvereinbarung des Waffenstillstandsabkommens verpflichten müssen, den staatenlosen Fritz Thyssen und seine Frau auszuliefern. Einen Tag, bevor das Ehepaar in Cannes sich auf die Reise nach Argentinien begeben wollte, wurde es auf Ersuchen der Gestapo verhaftet, nach Deutschland gebracht und am 2. Januar

1942 auf Veranlassung Görings, der wohl noch seine schützende Hand über Thyssen hielt, nicht sofort in ein KZ, sondern in eine Irrenanstalt bei Potsdam eingeliefert, wo es bis November 1943 blieb. Am 2. Februar 1942 ließ Göring Thyssen zu sich bringen, um ihm klarzumachen, daß es nur zwei Möglichkeiten gebe: entweder Volksgerichtshof und sicheres Todesurteil oder ein Gnadengesuch bei Hitler. In diesem Fall werde ihm sein Vermögen wiedergegeben und er lediglich auf Schloß Landsberg interniert. Es spricht für die Konsequenz Thyssens, daß er dieses Angebot ablehnte und lieber in den Tod gehen wollte, als seine Gesinnung zu verraten.
Nun traf ein, was er durch seine Flucht in die Schweiz hatte verhindern wollen: Ende November 1943 wurde er mit seiner Frau in das Konzentrationslager Oranienburg (Sachsenhausen), am 11. Februar 1945 nach Buchenwald, am 3. April in ein Gefängnis nach Regensburg und schließlich nach Dachau verbracht, wo auch die Generäle Thomas und Halder, Pfarrer Niemöller, Hjalmar Schacht, der frühere französische Ministerpräsident Léon Blum und der letzte österreichische Bundeskanzler Kurt Schuschnigg gefangengehalten wurden. In den letzten Kriegstagen wurde Thyssen mit seiner Frau in die Tiroler Berge verschleppt, wo er mit den anderen Gefangenen umgebracht werden sollte, was durch das beherzte Eingreifen des deutschen Majors von Alvensleben jedoch verhindert wurde.

IX

Nach der Kapitulation schickten ihn die Amerikaner zunächst zur Erholung nach Capri, bevor sie ihn mit seiner Frau in Neapel festsetzten. Von dort wurde das Ehepaar nach Versailles gebracht, dann in verschiedenen Lagern und Haftanstalten in Deutschland unter entwürdigenden Bedingungen festgehalten. Zu einem Verfahren im Zusammenhang mit den Nürnberger Prozessen, das gegen die Vereinigte Stahlwerke AG vorgesehen war, kam es nicht, so daß Thyssen – schwer krank und auf 50 kg abgemagert – im Oktober 1947 der Landesregierung Hessen überstellt wurde, die das Entnazifizierungsverfahren gegen ihn eröffnete. Das Spruchkammerverfahren endete mit der Einstufung als „minderbelastet" (Gruppe III), in einem Nachverfahren als „Mitläufer". Als Sühne sollten 15 Prozent seines deutschen Vermögens eingezogen werden. Seine Flucht 1939 wurde nicht als Zeichen aktiven Widerstands gewertet, sondern nur als eine Handlung aus Angst um sein Leben; die Schädigungsabsicht, die er mit seinen Briefen und Veröffentlichungen verfolgt ha-

be, sei zu spät gekommen, als daß sie noch hätte Wirkung entfalten können. Von der Vollstreckung des Urteils sah das Land Hessen ab. Es kam zu einem Vergleich: Thyssen zahlte gegen die Aufhebung der Beschlagnahme seines Vermögens einmalig 500.000 Mark für die Begleichung der Prozeßkosten. Im Dezember 1948 reiste er mit seiner Frau nach Argentinien aus.
Selbst nach den schweren Jahren in Gefängnissen und Konzentrationslagern war er noch immer voller Ideen und Tatendrang. So wollte er – sollten ihm seine Werke wieder zufallen – in Hamborn ein Zentrum schaffen, in dem sich die Jugend der Welt versammeln könne, um von seinen Erfahrungen zu profitieren und aufgeklärt zu werden über die verhängnisvollen Folgen nationalistischer Ideen. Auch plante er, sich in Brüssel niederzulassen und ein internationales Stahlunternehmen zu gründen. Am 8. Februar 1951 erlag er in Buenos Aires im Alter von 77 Jahren einem Herzschlag. Zwei Jahre später wurden seine sterblichen Überreste in der Familiengruft auf Schloß Landsberg beigesetzt.

X

„Ein Wirtschaftler ist kein Politiker. Sie finden sehr selten ..., daß sich das wirtschaftliche Denken und das politische Denken in einem Menschen wirklich in der richtigen Weise vereinen. Wenn ich zurückdenke, dann war ein sehr großer Wirtschaftler, der zugleich sehr politisch dachte, August Thyssen, nicht Fritz Thyssen." Diese Feststellung Konrad Adenauers aus dem Jahr 1963 trifft sicher zu. Fritz Thyssen bestimmte für ein Jahrzehnt die Geschichte Deutschlands mit als einer der einflußreichsten Industriekapitäne. Durch seine herausragende Stellung stand er in einer entscheidenden Phase der deutschen Geschichte im politischen Rampenlicht. Politischen Realitätssinn wird man ihm aber kaum zubilligen können, eher politische Naivität. Wie andere Größen seiner Zeit war auch er von der Notwendigkeit einer Revision der Weimarer Sozialverfassung überzeugt, die er durch einen Ständestaat ersetzen wollte. Er sehnte sich nach den vermeintlich geordneten Verhältnissen der wilhelminischen Monarchie zurück, in der das Wirtschaften ohne staatliche Bevormundung möglich war. Politisch geprägt von den Wirren der Revolution von 1918, engagierte er sich im rechten Parteienspektrum, von dem er sich die Umsetzung seiner Vorstellungen und die Wiederherstellung nationaler Größe versprach. War er deshalb ein Nationalist? Sicher nicht, denn er war weder von nationalem Sen-

dungsbewußtsein noch von Geringschätzung fremder Nationalitäten getragen. Davor bewahrte ihn schon sein auf Internationalität ausgerichteter wirtschaftlicher Sachverstand. Eher war er ein leidenschaftlicher Patriot, der schließlich leidvoll miterleben mußte, wie sein Wirtschaftsimperium und das von ihm hoch geschätzte Reich durch den Nationalsozialismus zerstört wurden. Er wollte nie recht wahrhaben, daß er an diesem Ergebnis eine Mitschuld trug. Und doch war er einer derjenigen, deren Geistes- und Erwartungshaltungen in den Krisenjahren der Weimarer Republik für den Übergang der Regierungsgewalt auf die NSDAP 1932/1933 mitverantwortlich waren. Als er die wahre Natur des Regimes erkannte, waren die Verhältnisse unumkehrbar. Seine Wertschätzung der liberalen, demokratischen und rechtsstaatlichen Grundlagen der Weimarer Reichsverfassung kam zu spät.

Doch wäre das Bild unvollständig, bliebe der Blick nur dieser Seite von Fritz Thyssen verhaftet. Anders als sein Vater war er ein sensibler Mensch, liebenswürdig und humorvoll und – wenn auch kein wirksamer Redner – so doch ein geistreicher Gesprächspartner. Gern gab er sich spekulativen Betrachtungen hin und schien ständig Ausschau nach einer Sache zu halten, für die Idealismus und Einsatz sich lohnte. Seinem Hang zum Sinnieren und idealistischen Spekulieren fehlte jedoch oft der Realitätsbezug. Intensiv befaßte er sich mit Fragen des Glaubens und der Religion. Seine Suche nach sozialem Ausgleich beruhte auf dieser religiösen Orientierung. Seinen Glauben bekannte er auch öffentlich; er unterstützte ostentativ kirchliche Würdenträger und Institutionen, wenn sie mit dem Regime in Konflikt gerieten. An Mut mangelte es ihm nicht. Verfolgungen prangerte er an. Sein Widerstand vollzog sich in mehreren Etappen, von mitmenschlicher Verantwortung, der er sich stellte, und von intern geäußerter Kritik bis hin zu offener Gegnerschaft, die ihm Verfolgung, Haft und Todesdrohung einbrachte. Am Ende zerbrachen seine politischen und seine wirtschaftlichen Träume an der Realität des Dritten Reiches. Gescheitert ist Fritz Thyssen weniger als Unternehmer denn als politischer Mensch. Darin liegt die Tragik seines Lebens.



Heinrich Tenhumberg (1915–1969)

Keine Generation deutscher Katholiken hat in diesem Jahrhundert einen vergleichbar von Krieg, Krisen und Umbrüchen begleiteten Lebensweg durchmessen: Als Kind des Wilhelminischen Kaiserreichs wuchs Heinrich Tenhumberg in der ersten deutschen Republik auf, wurde dann als junger Erwachsener mit Diktatur und Kriegsdienst konfrontiert, um nach dem Zusammenbruch zu denjenigen zu gehören, die den Kurs der katholischen Kirche in der jungen Bundesrepublik entscheidend mitprägten, um schließlich auf der Höhe des Lebens noch einmal die Erfahrung eines fundamentalen sozial-kulturellen Wandels der Gesellschaft machen zu müssen, in den auch die Kirche durch das II. Vatikanische Konzil, an dem er teilnahm, eng verwoben war. In seinen letzten Lebensjahren hat er den Auftrag übernommen, als Bischof von Münster die ersten Schritte seines Bistums in ein von ihm selbst miteröffnetes, neues Zeitalter zu leiten.

I

Als Heinrich Tenhumberg am 4. Juni 1915 als Bauernsohn in Lünten (1918: 627 katholische Einwohner, neun Protestanten) in Sichtweite der moorigen Grenze zu den Niederlanden geboren wurde, galt für dieses Umfeld zweifellos das berühmte Diktum von Ludwig Windthorst, er kenne keinen schwärzeren Fleck Erde als das Münsterland. Der Besuch der Rektorats-Schule in der nahegelegenen Kleinstadt Vreden brachte ihn mit der Jugendbewegung in Kontakt, die auch im münsterländischen Katholizismus Fuß gefaßt hatte. 1930 wechselte er an das Konvikt „Ludgerianum" in Münster über, dessen Alumnen die Oberstufe des Gymnasiums Paulinum besuchten, und hier begegnete er der „Schönstattfamilie", deren Spiritualität seinen Lebensweg auf Dauer prägen sollte.
Jugendbewegung und „Schönstattfamilie" waren beide Ausdruck des im Katholizismus der 20er Jahre weitere Kreise ziehenden Bewußtseins, daß die große Idee des 19. Jahrhunderts, das Ideal maximaler assoziativer Selbstorganisation der Katholiken, an seine

Grenzen stieß, und im Gegenteil die gesellschaftliche Prägekraft des Christentums zunehmend Schwächesymptome aufzuweisen begann. Eine Sehnsucht nach neuen Gemeinschaftsformen faßte in der jungen Generation Fuß, und in diesem Klima fand auch die Gründung des charismatischen Pallottinerpaters Josef Kentenich (1885–1968) Anklang.

Aus einer 1914 initiierten Marianischen Schüler-Kongregation war 1919/20 eine „Apostolische Bewegung" entstanden, die sich in vielfältige Teilgemeinschaften ausfächerte, aber eine enge Bindung an den Gründer und insbesondere eine Kapelle in Schönstatt bei Vallendar (Rheinland) behielt, die der Gottesmutter Maria als Patronin des Bundes geweiht ist. Kentenichs Ideenwelt beruhte auf der Kombination einer intensiven Marienverehrung mit dem Gedanken der Selbsterziehung und schließlich einer darauf aufbauenden, stark betonten Eigenständigkeit des christlichen „Apostolates" der Laien in der Gesellschaft. Diese Stichworte lassen die nahe Verwandtschaft zu anderen Erneuerungsbewegungen der 20er Jahre erkennen. Die Idee der Selbsterziehung begegnet in der Jugendbewegung, der Gedanke des Laien-Apostolates bei der von Pius XI. 1922 ausgerufenen „Katholischen Aktion", wobei diese Denkmuster von Kentenich mit der Tradition der Marianischen Kongregationen verquickt wurden. Auf diese Weise sollte ein familienartiger Personenverband entstehen, dessen von einer verinnerlichten Marienfrömmigkeit getragene Mitglieder durch persönliches Beispiel und individuelles Handeln eine erfolgreiche Missionierung der von Entchristlichung bedrohten Gesellschaft ins Werk zu setzen vermochten.

Die Gründung des eigenwilligen Pallottiner-Paters lag damit allerdings quer zu den herkömmlichen Ordnungsstrukturen des kirchlichen Lebens, und daraus sollten sich langwierige Konflikte ergeben, an deren Beilegung der münsterländische Gymnasiast Jahrzehnte später entscheidenden Anteil haben sollte. Rückblickend erklärte er in seinem Testament: „Für mein geistliches Leben und priesterliches Wirken schulde ich den größten Dank Herrn Pater Josef Kentenich. Ohne ihn und die Glaubenshilfe, die ich in der Schönstattfamilie fand, wäre ich wohl kaum Priester geworden. Pater Kentenich verdanke ich die entscheidende theologisch-geistliche und pastorale Orientierung meines Lebens."

Freilich scheiterte die Schönstätter Schüler-„Missionsgruppe", der sich Tenhumberg angeschlossen hatte, bei dem selbstgesteckten Ziel, die Gymnasien des Münsterlandes „für Christus zu erobern", zunächst am Präses des Konviktes, der die streng reglementierte

Hausordnung nicht durch Sonderbündelei gefährden lassen wollte. Ausgerechnet unter Berufung auf das Führerprinzip wurde den Oberprimanern im Januar 1934 untersagt, überhaupt noch von Schönstatt zu sprechen. Am 7. März 1934 legte Tenhumberg jedoch das Abitur ab und trat in das „Collegium Borromaeum" der Theologiestudenten ein. Hier besaß die Schönstattfamilie größere Bewegungsfreiheit.

Am 8. September 1936, am Fest Mariä Geburt, wurde er in den „Apostolischen Bund" von Schönstatt aufgenommen. Sein selbstformuliertes Weihegebet, durch das er sich dem Dienst der Gottesmutter verpflichtete, hob hervor, daß sie als „Überwinderin aller Irrlehren" die Schönstattbewegung berufen habe, „die anthropologischen Irrlehren des Bolschewismus der ganzen Welt zu besiegen". Diese zeittypische Formel sagte dem Totalitarismus in jeder Gestalt den Kampf an. Der Theologiestudent übernahm die Leitung einer Gruppe des Bundes, die sich als Lebensgemeinschaften um „größtmögliche Standesvollkommenheit" bemühen und für die Vertiefung des Bundesgeistes Verantwortung Sorge tragen sollten. Zu seinen Pflichten gehörte die Entgegennahme der im Sinne der „Selbsterziehung" vorgeschriebenen monatlichen Rechenschaftsberichte der Gruppen-Mitglieder. Als diese nach Absolvierung des Studiums durch Arbeits- und Wehrdienst verstreut wurden, geschah dies durch eine intensive Korrespondenz.

Zu seiner Gruppe gehörte auch der 1996 selig gesprochene Karl Leisner. Beide verband ihr Engagement für die Jugendarbeit, wobei Leisner die Funktion des Diözesanführers der Jungschar bekleidete. Er wurde 1939 von der Gestapo verhaftet und in der Folge in das KZ Dachau deportiert, weil er sein Bedauern über das fehlgeschlagene Attentat auf Hitler vom 8. November 1939 geäußert hatte. Auch in dieser Zeit hielt Tenhumberg den Kontakt aufrecht. Leisner, der in Dachau zum Priester geweiht werden konnte, verstarb nach der Befreiung am 12. August 1945. 1977 stellte Tenhumberg als Bischof den Antrag auf Eröffnung des Seligsprechungsprozesses.

Am 23. September 1939 wurde Tenhumberg zum Priester geweiht und erhielt 1940 seine erste Kaplansstelle in Marl-Brassert am Rande des Ruhrgebietes. 1942 folgte die Einberufung zum Sanitätsdienst bei der Kriegsmarine. Nach kurzer Gefangenschaft 1945 kehrte er wieder in das Bistum Münster zurück, um eine Tätigkeit als Vikar im ländlichen Freckenhorst aufzunehmen.

1947, mit 32 Jahren, ernannte ihn der Nachfolger des 1946 verstorbenen Clemens August Graf von Galen, Michael Keller, zum Domvikar und Referenten für Landseelsorge im Generalvikariat – eine bislang unbekannte Funktion. Der neue Bischof arbeitete nach seiner Amtsübernahme zielbewußt auf eine Verjüngung seiner Diözesanleitung hin, wobei Tenhumberg sein Amt der Tatsache verdankte, daß Keller ursprünglich den Präses der Frauen- und Müttervereine, Joseph Schmitz, zum Leiter eines neu zu schaffenden Seelsorgeamtes machen wollte, der jedoch im Begriff war, die Leitung der Schönstätter Priestergemeinschaft zu übernehmen, und den Bischof auf den jungen Vikar verwies. Keller brachte der Schönstattfamilie, deren Begründer einerseits wegen der „Sonderideen" seiner Spiritualität mit den Bischöflichen Ordinariaten von Limburg und Trier in Konflikt geraten, andererseits von 1941 bis 1945 in Dachau inhaftiert gewesen war, eine keineswegs selbstverständliche Sympathie entgegen, was auf verwandten, aber nicht identischen Denkformen beruhte.

Auch Kellers Frömmigkeit wandte sich in besonderem Maße der Gottesmutter Maria zu, und darüber hinaus war er in seiner pastoralen Vorstellungswelt stark von der erwähnten „Katholischen Aktion" geprägt, deren Ideen ebenso um den missionarischen Auftrag des eigenständigen „Laienapostolates" kreisten, wie es Kentenich zu verwirklichen suchte. Schließlich forderte der Bischof vom Klerus ein neues Charisma, das durch besondere Priester-Gemeinschaften gefördert werden sollte; auch die Schönstätter wollten die Weltpriester aus ihrer „Lethargie" aufrütteln, wie es Tenhumberg einmal in einem Schreiben an seinen spiritus rector formulierte. Die latente Differenz beruhte darauf, daß Keller stets eindringlich forderte, daß das erneuerte Apostolat nicht nur in allgemeiner Loyalität, sondern in unmittelbarem Anschluß an bischöfliche Weisungen zu erfolgen habe, und die Schönstattfamilie in diesem Punkt im Verdacht stand, fragwürdige eigene Wege zu gehen.

Davon unbeeinträchtigt entwickelte der Domvikar eine staunenswerte Aktivität innerhalb und bald auch außerhalb der Diözese Münster, wobei ein enormes Organisationstalent zutage trat. Mit nüchternem Blick gab er sich – wie Keller – schon um 1950 keinen Illusionen darüber hin, daß das Bistum am Beginn eines wirtschaftlichen und sozialen Umstrukturierungsprozesses stand, der auch den traditionalen Katholizismus nicht ungeschoren lassen, ja vielleicht überrollen

würde. Der Referent für Landseelsorge sah nun seine Aufgabe darin, auch im ländlichen Raum Strukturen zu entwickeln, die es den Katholiken ermöglichen konnten, diesen Modernisierungsprozeß zu bewältigen. Dieser präventiven Mobilisierung sollte die Gründung der katholischen Landjugendbewegung dienen.
Damit stieß er jedoch auf Widerstände im kirchlichen und außerkirchlichen Raum. Binnenkirchlich geriet er in Konflikt mit Ludwig Wolker und dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) in Altenberg, die weiterhin dem Gedanken eines einheitlich geführten Jugendbundes anhingen. Tenhumberg jedoch stand den Wiederbelebungsversuchen des „Jugendreiches" skeptisch gegenüber: „Die soziologische Erfahrungs- und Wertwelt des Menschen fordert ... eine mutige Neuorientierung unserer Jugendarbeit." Man habe sich auf die veränderte Lebenssituation der Jugendlichen einzulassen, die vor allem von dem Bestreben gekennzeichnet sei, wieder in das Berufsleben einzutreten. Er plädierte deshalb für eine beruflich differenzierte Jugendarbeit und zugleich für eine föderale Struktur des BDKJ. Mit dem Gewicht der mitgliederstarken münsterischen Jugendverbände setzte er 1950 den Beginn eines entsprechenden Strukturwandels gegen Ludwig Wolker und die Verbandsführung des BDKJ durch.
Zugleich geriet der von ihm betriebene Aufbau der Landjugendbewegung aber unter Beschuß des Deutschen Bauernverbandes. Eine von Tenhumberg verfaßte und von Kardinal Frings unterzeichnete Denkschrift sprach dem Bauernverband das Recht auf eine interkonfessionelle Bildungsarbeit für Jungbauern ab, was eine Kontroverse eröffnete, die in dem konkurrierenden Ausbau einer Katholischen Landjugend und einer Nachwuchsorganisation des Bauernverbandes eskalierte und von heftigen gegenseitigen Attacken begleitet war. Schließlich konnte 1954 ein Kompromiß mit dem Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverband erreicht werden, in dem beide als gleichberechtigte Nachwuchsorganisationen des Bauernverbandes anerkannt wurden.
Was hier unter ganz entscheidender Beteiligung von Tenhumberg durchgesetzt wurde, hatte als exemplarischer Baustein zu einem Fernziel zu dienen, das er in Abstimmung mit Bischof Keller im Bistum Münster und darüber hinaus bis zum II. Vatikanischen Konzil verfolgte: Der starke nordwestdeutsche und insbesondere münsterische Verbandskatholizismus sollte im Sinne der „Katholischen Aktion" zu einer „acies ordinata" (geordneten Schlachtreihe) unter Führung des Bischofs zusammengefügt und mit missionari-

schem Geist zur „Verchristlichung der Umwelt" erfüllt werden. Diese Strategie war von der Überzeugung getragen, daß die Katholiken und ihre Kirche der Entchristlichung der Gesellschaft nur begegnen konnten, wenn sie ihr inneres Gefüge und ihre Seelsorge der Entwicklung anpaßten. Die Richtung dieser 'Modernisierung' wurde durch eine stärkere Differenzierung in der Pastoral und zugleich verbesserte Koordination, d. h. Zentralisierung angegeben. Differenzierte Seelsorge wurde dabei unter dem Einfluß der französischen Pastoraltheologie als missionarische Milieu-Seelsorge nach dem Modell der Christlichen Arbeiter-Jugend (CAJ) konzipiert, die im Bistum Münster entsprechend stark gefördert wurde.
Die Binnenstrukturen von Pfarrei und Bistum sollten an dieser Konzeption ausgerichtet werden. Das Einwirken in die jeweiligen Berufs-Milieus sei auch in der Pfarrei – so Tenhumberg 1951 – die Aufgabe der Vereine und Verbände, deren Eliten sich jedoch über den eigenen Kreis hinaus im Sinne des Naturstände-Konzeptes der Katholischen Aktion in einem "Führungskreis" zusammenfinden sollten, um gemeinsame, auch pastorale Aktivitäten für Männer, Frauen usw. zu entfalten. Alle Führungskreise sollten in einem „Pfarrführungskreis" von Klerus und Laien für die „Koordinierung aller Laienkräfte auf dem Boden der Pfarrei, ihre Abstimmung mit der priesterlichen Seelsorgsarbeit ..., Beratung des Pfarrers, Entlastung der Seelsorger auf allen nur eben möglichen Gebieten" zusammenwirken. Freilich begegnete er damit weithin dem Unverständnis oder Unwillen von Klerus und Laien. Auch ein „Diözesanführungskreis" wurde eingerichtet, dessen Arbeitsfähigkeit jedoch gleichfalls zu wünschen übrig ließ. Zur Errichtung eines Diözesankomitees nach dem Vorbild der Erzdiözese Köln kam es im Bistum Münster nicht.
Dem Engagement für die Landjugend folgte das auch im Katholizismus umstrittene Drängen auf den neuerlichen Aufbau einer „Christlichen Gewerkschaftsbewegung" als Reaktion auf den Schulterschluß der Einheitsgewerkschaft mit der SPD im Wahlkampf von 1953. Bei den Diskussionen, die der Abstimmung des Vorgehens im Vorfeld der Bischofskonferenz galten, war Tenhumberg regelmäßig präsent und drängte bei der CDU auf eine politische Unterstützung der Neugründung von 1955 – allerdings vergeblich. Wenig später wurden dem agilen Organisator neuerlich Grenzen gesetzt: 1956 plädierte er im „Echo der Zeit" unter dem Titel „Es ist Zeit" für den raschen Aufbau einer „Katholischen Landvolkbewegung": Da der „Deutsche Bauernverband" ein konfessionell

gemischter Verband sei, bedürfe es wegen der zunehmenden religiösen Gefährdung der Bauern für diese zusätzlich einer katholischen Standesvereinigung – ein Argumentationsmuster, das der Stellungnahme von Pius X. zum Gewerkschaftsstreit entsprach. Daß dieser Vorstoß helle Aufregung im Bauernverband hervorief, ist wenig verwunderlich, da nach der Gründung der „Christlichen Gewerkschaftsbewegung" im Vorjahr der Verdacht nicht von der Hand zu weisen war, daß Tenhumberg langfristig eine Spaltung des Bauernverbandes ins Auge faßte. Freilich vermochte er diese Befürchtungen zu zerstreuen, zumal auch der Erzbischof von Paderborn erklärte, solchen Bestrebungen einen Riegel vorschieben zu wollen, was wiederum Irritationen im Bistum Münster auslöste.

Tatsächlich stieß die Förderung einer Landvolkbewegung wie im Falle der Christlichen Gewerkschaftsbewegung nur auf geringe Resonanz. Der bescheidene Erfolg war ein Menetekel für das sich 1960 abzeichnende Ende der Nachkriegs-Expansion des katholischen Verbandswesens, auf das man in Münster so große Hoffungen gesetzt hatte. Auch außerhalb des Bistums war bekannt, wer dort die Fäden des organisierten Katholizismus zusammenhielt, auch wenn Tenhumberg seit 1952 lediglich die Funktion eines Geistlichen Beirates des Diözesankomitees der Katholiken innehatte: Heinrich Krone, der enge Vertraute Adenauers, notierte in seinem Tagebuch während des Wahlkampfes des Jahres 1957, Tenhumberg setze sich „mit seinen (!) Organisationen entschlossen für die Union sein." Damit bezog er sich auf die „Aktion 57", in dem die katholischen Verbände des Bistums Adenauer so offen unterstützten, daß selbst im Zentralkomitee der deutschen Katholiken skeptische Töne zu vernehmen waren.

Innerhalb der kirchlichen Hierarchie jedoch war der Domvikar von 1947 an rasch zur rechten Hand des Bischofs avanciert. Kennzeichnend ist die aus dieser Zeit mündlich überlieferte, scherzhafte Rückfrage von Priestern des Bistums: „Haben Sie mit Michael Keller oder Tenhumberg persönlich gesprochen?". 1954 wurde er zum Domkapitular ernannt, 1958 zum Weihbischof geweiht. Das war bemerkenswert, weil zu diesem Zeitpunkt die innerkirchlichen Konflikte um das Schönstattwerk eskalierten. Römische Behörden hatten Pater Kentenich die Leitung des Schönstattwerks entzogen und ihn selbst nach Kanada verbannt. 1953 erreichte Tenhumberg die vertrauliche Anfrage, ob er das Amt eines Bundespräses der Schönstattpriester übernehmen wolle, was er ablehnte, u. a. wegen seines von ihm selbst als unzureichend charakterisierten aszetischen Le-

benswandels – Tenhumberg rauchte –, aufgrund vermuteter Vorbehalte wegen seines als „draufgängerisch" empfundenen Verhaltens in Seelsorgsfragen, aber auch der Tatsache, daß er „mit ganzem Herzen" an der Arbeit in der Diözese hänge.
Dabei wußte er sich mit Kentenich einig, der ihm nahegelegt hatte, sich auf die Arbeit in seiner Diözese zu konzentrieren und dort ausstrahlende „Idealzustände" zu schaffen. Wenig später jedoch kündigte der neuernannte Domkapitular dem Verbannten an, fortan die Korrespondenz einzustellen, was jedoch keineswegs auf einem Abrücken von seiner Person oder dem Schönstattwerk beruhe, sondern lediglich auf dem Wunsch, „beiden am besten zu dienen". Bischof Keller habe ihm diesen Rat gegeben, den er befolgen wolle. In Zukunft sei bei den Angriffen auf das Schönstattwerk vor allem Vertrauenswerbung bei den Bischöfen vonnöten.
Offenbar ist es ihm gerade bei Michael Keller, der den Führungsanspruch der Bischöfe so stark unterstrich, gelungen, durch seine Loyalität und Zurückhaltung Vorbehalte auszuräumen, die dem charismatisch legitimierten Sendungsbewußtsein des Schönstattwerkes in den Diözesen entgegenschlagen mußten. Tenhumberg verfügte über eine starke innere Disziplin: Obgleich ganz von der Spiritualität Schönstatts getragen, war er in der Fülle seiner Aktivitäten im Dienste des Bistums peinlich bemüht, ein Ineinandergreifen der Bereiche zu vermeiden. Kellers Vertrauen ging so weit, daß er den Weihbischof im Jahre 1959 gar vertretungsweise in die Fuldaer Bischofskonferenz entsandte – was ein Novum in der Geschichte des Gremiums war.

III

Das zweite Vatikanische Konzil hat Heinrich Tenhumberg zweifellos stark beeinflußt, wenngleich in seinem Inneren wohl nicht so sehr verändert, wie manche es später vermuteten. Daß die Katholische Kirche der Reformen bedurfte, war im Kreise der Schönstätter schon lange ausgemachte Sache. So vertraute Karl Leisner, der Studienfreund, seinem Tagebuch im Jahre 1938 den Inhalt eines Gesprächs mit seinem Freund „Heini" an: „Was uns so entsetzlich auf die Seele fällt, ist dies vor allem, daß wir das Erstarrte, Verkrampfte, Altmodische und Hinterwäldlerische im äußeren Gebaren der Kirche so scharf durchschauen und so bitter am eignen Leib und am Leibe des Herrn vor allem verspüren. Der Geist der Freiheit, des Vertrauens, der Weite, der Liebe und Größe ist durch diesen alten

Klüngel und Krimskrams gehemmt – nicht nur das, sondern manchmal in Fesseln geschlagen und in eine lebens- und glaubenstötende Zwangsjacke gebannt. – Aber wir wollen nicht nörgeln. Was siegt, ist die Kraft zur größeren Liebe ... Und die größere Liebe wird auch die Kraft zur inneren Reform (Erneuerung) der hl. Kirche finden." Faktisch trat diese Sehnsucht jedoch in den 50er Jahren hinter das Bemühen um eine äußere Fortifikation, Reorganisation und Mobilisierung des Katholizismus zurück. Vermutlich dürfte die durch das Bedrohungsszenario des Kalten Krieges fortgeschriebene Erfahrung des organisierten totalitären Atheismus dazu geführt haben, daß der „Geist der Freiheit, des Vertrauens und der Weite" dem Imperativ der Geschlossenheit zu weichen hatte.

Während des II. Vatikanischen Konzils (1962–1965) mag jedoch der Geist der Studienjahre neu erwacht sein: Frühe Hoffnungen schienen in Erfüllung zu gehen. Der Weihbischof führte während der Sessionen ein Tagebuch, das den äußeren Verlauf, seine Begegnungen und seine Eindrücke festhielt. Es läßt vor allem erkennen, wie stark er sich auch während des Konzils der Sache Kentenichs verpflichtet fühlte. Vor dem Abflug nach Rom besuchte er die Marienkapelle der Schönstatt-Niederlassung in Münster, um unmittelbar nach Konzilsbeginn mit den Personen und Institutionen, die mit den Auseinandersetzungen um das Schönstattwerk befaßt waren, Kontakt aufzunehmen und auf eine Verselbständigung der Gemeinschaft, die kirchenrechtlich immer noch als Zweig der Pallottiner galt, und außerdem eine Rehabilitierung des Gründers hinzuwirken. Die Aufzeichnungen über diese Aktivitäten nehmen den größten Anteil des Tagebuches ein.

Daneben jedoch registrierte er hier den inhaltlichen und atmosphärischen Verlauf des gesamten Konzils. Im Dezember 1962 war sich der Weihbischof sicher: Das Konzil vollziehe einen „Aufbruch zu neuen Ufern" und es zeichne sich „eine immer breitere Mehrheit für eine größere Offenheit der Theologie und der Kirche ab". Es sei aber „schwer, dieser Richtung einen eindeutigen Namen zu geben: sie ist fortschrittlich, aber zugleich durchaus konservativ im gesunden Sinne. Sie ist episcopal, aber nicht weniger primatial, sie ist föderalistisch und bejaht doch Papst, Kurie und Rom". Mit dieser Linie identifizierte sich Tenhumberg, und entsprechend gab es für ihn am Kurs des Konzils, dem „Frühlingssturm des Hl. Geistes in der Kirche", kaum Anlaß zu Klagen: Die Abstimmungen liefen „im ganzen sehr gut", konstatierte er im Herbst 1964.

In einem Punkt jedoch konzentrierte sich ein immer größerer Unmut: Kurie und insbesondere das Hl. Offizium bedürften der Reform. Spätestens während der Auseinandersetzungen um die Deklaration zur Religionsfreiheit (1964) fielen harte Worte: Es sei „unglaublich und unverständlich", daß eine kleine Gruppe mit Kontakten zur Kurie versuche, „den Intentionen des Konzils bzw. der übergroßen Mehrheit des Konzils entgegenzuwirken und ihre eigene Meinung mit solchen Machenschaften durchzusetzen". Gleichzeitig bearbeitete er Kardinal Frings, dem Einhalt zu gebieten. Tenhumberg notierte: „Ich werde ... meine Bemühungen im Sinne neuer Initiativen zur Kurienreform und Reform des Hl. Offiziums fortsetzen. ... Ohne eine klare Reform des Hl. Offiziums und eine wohlüberlegte kluge Reform der ganzen kurialen Arbeit bleibt das Konzil auf halbem Wege stehen und seine Realisierung in der Praxis wird sehr folgenschwere Verzögerungen erfahren. Dabei ist es nicht so, daß die Kurie von Menschen schlechten Willens regiert würde, sondern es geht hier einfach um die Folgen einer überholten Theologie und Spiritualität, um die Loslösung von einem großenteils unbewußten historischen Ballast, um die ersten Schritte auf eine kuriale Verwaltung und Leitung zu, die dem dritten Jahrtausend gewachsen ist" (7. November 1964).

Seine Kritik an der Kurie war nicht zuletzt auch durch die Probleme geprägt, die Kentenich mit dem Hl. Offizium erfuhr. Tenhumbergs Einsatz für Schönstatt legte ihm deshalb auch nahe, sich nicht allzu massiv mit dem Hl. Offizium anzulegen. Als er eine kritische Petition südamerikanischer Bischöfe zur Reform dieses Gremiums unterzeichnete, notierte er, aufgrund des „Nebels", der sich um das Hl. Offizium ausbreite, fühle sich niemand kompetent, Reformvorschläge zu machen. Über das Dilemma, einerseits den Reformprozeß vorantreiben zu wollen, andererseits das Anliegen Schönstatts nicht zu erschweren, legte er sich Rechenschaft ab. Bei einem mündlichen Votum in der Aula ließ er auf Anraten von Frings kritische Passagen zum Hl. Offizium aus, reichte sie aber in der schriftlichen Fassung nach.

Kurienreform und Umsetzung des Konzils bildeten für den langfristig denkenden Tenhumberg eine Einheit. Sein Konzept präsentierte er den in Innsbruck versammelten deutschsprachigen Bischöfen in der Pfingstwoche des Jahres 1964: Das Konzil sei nach der Vierten Session nicht zu beenden, sonden lediglich zu vertagen, „um nach 2–3 Jahren etwa übersehen zu können, wie weit die Kurienreform voran gegangen sei und wie weit andere Konzilsarbeit ge-

diehen sei. Danach könne dann das Konzil, ggf. mit einer etwas anderen Aufgabenstellung, die beim Hl. Vater liege, weiterarbeiten." Diese Vertagung solle dem Papst zugleich eine „gründliche und zweckentsprechende Reform der Kurie" ermöglichen. Von daher setzte auf er die Ankündigung Pauls VI., eine Bischofssynode einführen zu wollen, große Hoffnungen, weil dies der Beginn einer „Reform in der Leitung der gesamten Weltkirche" sei.
Seinen krönenden Abschluß fand das Konzil für den jetzt optimistisch gestimmten Weihbischof in der endgültigen Beilegung der 'Causa Kentenich'. Im Oktober 1964 erfolgte die juristische Abtrennung des Schönstattwerks von den Pallottinern, aber erst während der letzten Session des Konzils schloß das Hl. Offizium die Akte des kurz zuvor aus Kanada nach Rom zurückgekehrten Paters. Zweifellos waren die Beilegung der 'Causa Kentenich' und seine Rehabilitierung ganz entscheidend von Tenhumberg herbeigeführt worden, und angesichts der Freude über dieses Ergebnis sowie der sich anschließenden Überlegungen zur Fortentwicklung der „Weltverantwortung" des Schönstattwerkes fiel die Berichterstattung des Tagebuchs über den Abschluß des Konzils, wie er selbst rückblickend erkannte, fast marginal aus. 1965 übernahm der Weihbischof den Vorsitz des Generalpräsidiums des Internationalen Schönstattwerks.
Tenhumberg wurde kurz nach dem Ende des Konzils in eine neue Verantwortung berufen: 1966 übernahm er die Leitung des Katholischen Büros in Bonn. Sein Funktionswechsel fiel mit dem Beginn der Großen Koalition zwischen CDU, CSU und SPD zusammen. Alsbald nahm er Kontakt mit der SPD auf, und seit dem 7. Juli 1966 fanden im Katholischen Büro alle zwei bis drei Monate Gespräche statt, die sich mit den allgemeinen Beziehungen von Kirche und SPD oder speziell Fragen der Schul-, Familien- oder Sozialpolitik befaßten. Seit der Aufnahme dieser regelmäßigen Kontaktgespräche verbreitete sich in der Öffentlichkeit die Einschätzung, Tenhumberg sei ein 'roter Bischof', ja der SPD beigetreten. Diese Gerüchte waren vor allem aufschlußreich für die mentale Verfassung des damaligen Katholizismus, der eben nicht nur auf dem einen Flügel der Reformeuphorie verfiel, sondern in dem sich ebenso Kräfte behaupteten, die schon im Kontakt zu den Sozialdemokraten einen Sündenfall erblickten.
Als Joseph Höffner 1969 die Nachfolge von Kardinal Frings als Erzbischof von Köln antrat, wurde Heinrich Tenhumberg am 7. Juli 1969 zum Bischof von Münster ernannt. Dezidiert suchte er den

konziliaren Impuls des „Dialogs" umzusetzen. Neben intensivierten ökumenischen Kontakten erklärte er den Gläubigen nach seiner Wahl, er habe kein anderes Programm, als „gemeinsam den Willen Gottes zu suchen". Wenig später begann er, in der Kirchenzeitung zu Anfragen der Leser Stellung zu nehmen, womit er eine außerordentliche Resonanz erzielte. 1970 erläuterte er dann den Dechanten des Bistums seine Vorstellung von konziliarer Pastoral. Die Vergangenheit sei von einer Art „Normpädagogik" geprägt gewesen: „In Zukunft wird es darum gehen müssen, daß in einer neuen Welt der einzelne Christ befähigt ist, in der jeweiligen ihm vorgegebenen Situation sich in innerer Freiheit nach dem Gesetz Christi zu entscheiden. ... Darum wird man nicht primär, ich sage primär, Gebote verkünden, sondern eine Motivierung für Gebot und Weisung anbieten müssen. ... Es geht also um eine ganz neue Personwerdung als Freiheitserziehung, die zur letzten Hingabe an Gott fähig macht." Der Hauptakzent komme also der „Gewissensbildung" zu, die eine „Erziehung zur Verantwortung in Freiheit" sei. Praktisch habe sich die Seelsorge auf Familie und Gemeinde sowie „vier Säulen" der strukturellen, besonders an der jungen Generation ausgerichteten Pastoral zu konzentrieren: Kindergartenarbeit, Schule und Religionsunterricht, außerschulische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung.

Freilich sollten sich die Konflikte, die sich aus dem Versuch ergaben, das Konzil in diesem Geist umzusetzen, in den 70er Jahren massiv zuspitzen, und Tenhumberg war nicht nur in seiner Diözese, sondern auch in seinen Funktionen für die Bischofskonferenz in sie verwickelt.

Seit 1968 war er ihr Pressereferent, 1970 übernahm er das Referat für Jugendfragen und 1971 den Vorsitz der Pastoralkommission. Bei der Gemeinsamen Synode der Deutschen Bistümer in Würzburg leitete er die Sachkommission VII: „Charismen, Dienste und Ämter".

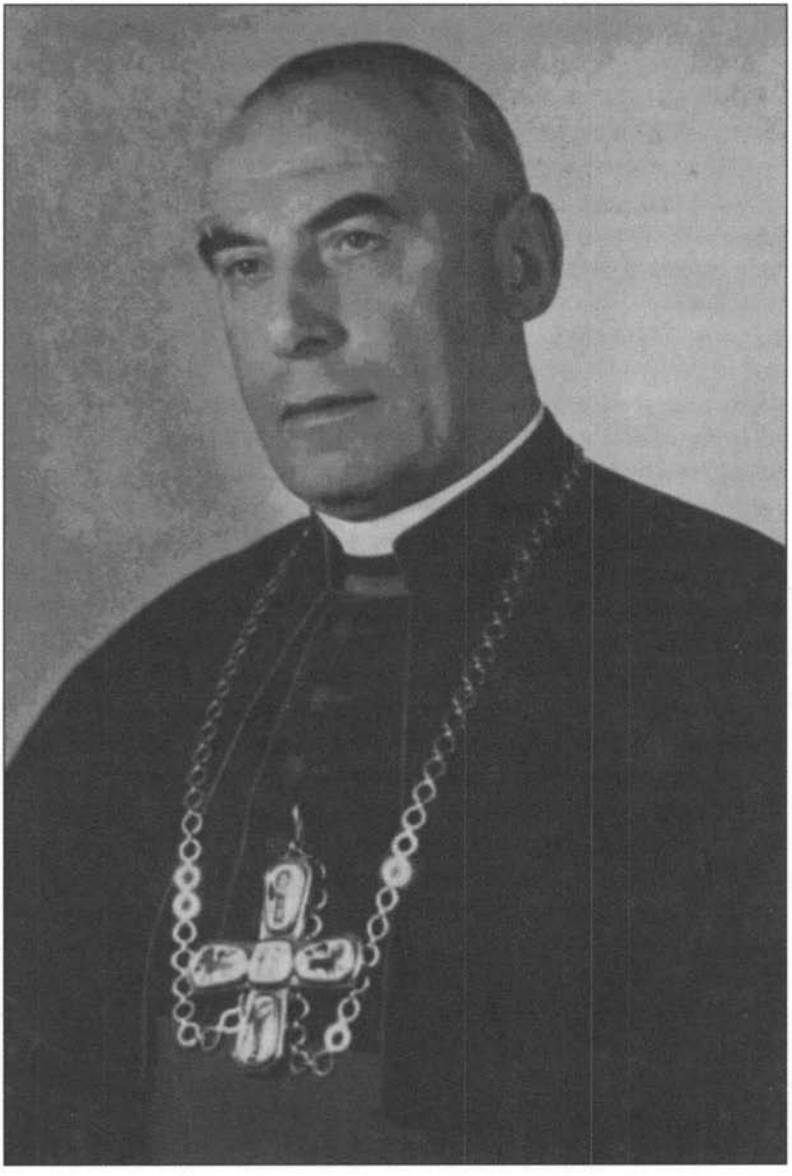
Gerade in der katholischen Jugendarbeit, die er als 'Jugendbischof' besonders zu fördern bestrebt war, und wo die neue „Freiheitserziehung" Gestalt annehmen sollte, eskalierten Kontroversen, die sich um Fragen der Zusammenarbeit mit den Diözesen und um die Ausrichtung der inhaltlichen Arbeit drehten. Hatte er in den 50er Jahren selbst dazu beigetragen, eine föderale Struktur des BDKJ durchzusetzen, sah er sich 1974 der Forderung gegenüber, die Jugendverbände gegenüber den Diözesen völlig zu verselbständigen. Dem widersprach Tenhumberg, der unbedingt an einer Integration

von verbandlicher und 'kirchenamtlicher' Jugendarbeit festhalten wollte.
Ab 1976 folgten dann Konflikte um die Katholische Junge Gemeinde (KJG). Aufsehen erregte zunächst der von der Bischofskonferenz erzwungene Rücktritt ihres Bundesleiters, der unverheiratet mit seiner Freundin zusamengelebt hatte, sodann löste die Verbandsaktion „Nicht schweigen – handeln!" neue Konflikte aus. Tenhumberg monierte in einem Grundsatzpapier den Totalausfall der religiösen Dimension in dem Aktions-Handbuch des Verbandes. 1978 forderten die Bischöfe die KJG zur Neuwahl der Bundesleitung und einer inhaltlichen Kurskorrektur auf, der der Verband schließlich nachkam. Für die veränderte Diskussionslage ist dabei charakteristisch, daß man dem vermeintlich 'roten Bischof' nunmehr vorwarf, angesichts der politischen Ausrichtung der KJG eine parteipolitische Option zugunsten der CDU zu verfolgen.
Tatsächlich stellte er das politische Mandat der Jugendverbände an keiner Stelle in Frage. Freilich betonte er in einem Rundschreiben „Miteinander unterwegs" an die Mitarbeiter der Jugendpastoral vom Februar 1979, das eindringlich um die Fortführung des Dialogs warb, auch Bischöfe könnten nicht über von Gott gesetzte, letztverbindliche Normen verfügen. Vielmehr müsse die Kirche diese Normen jetzt in einem „mutigen prophetischer Protest gegen eine weit verbreitete sog. Öffentliche Meinung durchhalten." Gleichzeitig forderte er verstärkt die religiöse Dimension der katholischen Jugendarbeit ein.
Aber auch auf weiteren Feldern häuften sich Auseinandersetzungen. An der Theologischen Fakultät entzog der Bischof einzelnen Dozenten die Lehrerlaubnis, obgleich er die theologischen Charismen ermutigen wollte: Es könne aber bei der Infragestellung wesentlicher Glaubensinhalte „Fälle geben, wo kein Dialog mehr weiterhilft", hatte er bereits 1971 geahnt. Die Beziehungen zur SPD verschlechterten sich wieder. Schon 1970 hatte es im Vorfeld der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen eine Kontroverse gegeben, als der Bischof der Landesregierung unter Ministerpräsident Heinz Kühn vorwarf, sie strebe ein „staatliches Schulmonopol" an. Vollends vertiefte sich dann die Konfrontation zur Bonner SPD/FDP-Koalition, als diese sich darauf einigte, eine Reform des § 218 im Sinne der sog. Fristenlösung anzustreben. Sogleich erhob er in einer leidenschaftlichen Predigt am 24. März 1973 „schärfsten Protest" gegen diese Absichtserklärung. Er habe sich seit vielen Jahren um ein gutes Verhältnis zu allen demokratischen Parteien bemüht, „insbeson-

dere auch zur sozialdemokratischen Partei", so daß ihm keine parteipolitische Voreingenommenheit vorgeworfen werden könne; nun aber sei durch die Ankündigungen der Koalition ein „Punkt erreicht, an dem unser harter und deutlicher Widerspruch herausgefordert wird." In der in der Bundesrepublik aufflammenden „Grundwerte"-Debatte erwiesen sich die Positionen als unüberbrückbar.

IV

Heinrich Tenhumberg stand dem Prozeß gesellschaftlicher oder kirchlicher Neuorientierung oder „Reform" in den 60er und 70er Jahren keineswegs ablehnend gegenüber, sondern innerlich nahe und suchte ihn in moderater Gestalt voranzutreiben. Verständlich wird dies vor dem Hintergrund seiner jugendlichen Hoffnungen auf eine erneuerte Kirche, die ihn in die Reihen des Schönstattwerks geführt hatten, wo er zugleich Rückhalt in der Konfrontation mit der Diktatur fand. Als Bischof, der im Sinne seiner Kennzeichnung des Konzils „fortschrittlich, aber zugleich durchaus konservativ im gesunden Sinne" handeln wollte, geriet er jedoch mehr und mehr zwischen die sich polarisierenden gesellschafts- und kirchenpolitischen Fronten. Zunächst politischer Linkslastigkeit verdächtigt, wurde er später zur Zielscheibe der Kritik derjenigen, die den Gang der Erneuerung von Kirche und Gesellschaft als zu schleppend empfanden. Daß die Konflikte gerade in der Jugendarbeit eskalierten, dürfte eine bittere Erfahrung gewesen sein, die ihn offenbar auch physisch zunehmend belastete. In den Schlußbemerkungen des erwähnten Rundschreibens vom Februar 1979 deutet sich eine pessimistische Sicht des zurückliegenden Jahrzehnts an: „Es ist nicht das erste Mal in der Kirchengeschichte, daß die gesellschaftlichen Umbrüche auch zu Zusammenbrüchen im kirchlichen Bereich führten." Dagegen setzte er freilich seine Hoffnung: „Wo Christen und ihre Gemeinden sich dann auf ihre wesentlichen Aufgaben besannen, ereigneten sich bald auch die geistgewirkten Aufbrüche, die zu einer Erneuerung des kirchlichen Lebens führten." An den Folgen eines Herzinfarkts starb er am 16. September 1979.



Otto Spülbeck (1904–1970)

I

„Aber wir leben in einem Haus, dessen Grundfesten wir nicht gebaut haben, dessen tragende Fundamente wir sogar für falsch halten. Und wenn wir jetzt in diesem Haus miteinander leben, so kann unser Gespräch nur bedeuten – verzeihen Sie mir die Banalität, aber ich habe es so gesagt – wer macht in diesem Haus die Treppe sauber? Damit soll keine Abwertung des ernsten Gespräches zwischen Staat und Kirche gemeint sein, sondern es soll nur handgreiflich ausgedrückt werden, daß grundsätzliche Gespräche zwischen den beiden Partnern nicht möglich sind. Wir tragen gerne dazu bei, daß wir selbst in diesem Haus noch menschenwürdig und als Christen leben können, aber wir können kein neues Stockwerk draufsetzen, da wir das Fundament für fehlerhaft halten. Das Menschenbild des Marxismus und seine Gesellschafts- und Wirtschaftsauffassung stimmt mit dem Bild, das wir haben, nicht überein. Dieses Haus bleibt uns ein fremdes Haus. Wir leben nicht nur kirchlich in der Diaspora, sondern auch staatlich."

Das ist der vollständige Wortlaut der Passage der „Spülbeck-Predigt" vom „Fremden Haus", die er auf dem Kölner Katholikentag am 1. September 1956 hielt. Bis heute dürfte kaum eine andere Predigt eines DDR-Bischofs einen solchen Bekanntheitsgrad erreicht haben. Das Diktum vom „Fremden Haus" wurde zum historisch faßbaren Meilenstein kirchlicher Abgrenzung gegenüber dem SED-Regime gemacht. Die Öffentlichkeit eines Katholikentages ließ die Predigt zur „ersten öffentlichen Stellungnahme" eines DDR-Bischofs zum Verhältnis Staat und Kirche werden. Daß kurzzeitig in der DDR-Presse scharfe Kritik an den Äußerungen Spülbecks geübt wurde, schien die gängige Kommentierung zu bestätigen.

Der Versuch einer objektiven Interpretation dieser Aussage kann bereits anfanghaft aufzeigen, wie sich Otto Spülbeck, Bischof von Meißen, einem exemten Diasporabistum in der DDR, verstand. Spülbeck hatte am 5. September in seiner Heimatpfarrei St. Josef in

Aachen die Predigt differenzierend erläutert; nach wenigen Tagen fand die DDR-Regierung eine positivere Einschätzung und stellte Spülbeck anstandslos Reisedokumente in den „Westen" aus, und ein Interview im „Neues Deutschland" brachte weitere „positive" Klärung, so daß eigentlich Fehlinterpretationen ausgeschlossen waren.
Ordnet man die von ihm vorgetragenen, jedoch vermutlich nicht im Alleingang formulierten Grundsätze für die Möglichkeiten und Grenzen des Engagements der Katholiken im Gemeinwesen in den Kontext damaliger kirchlicher Situation ein, so wird deutlich, daß Spülbeck, der sich bewußt für einen Dienst in der mitteldeutschen Diaspora entschieden hatte, eine Weichenstellung vornehmen wollte. Diese Predigt setzt eine neue Mentalität innerhalb der katholischen Kirche in der DDR voraus, wie sie auch der Berliner Bischof Wilhelm Weskamm mit seinem Bild von der „Gärtnerei im Norden" anfanghaft beschrieb. Anders als noch Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre, als man von Seiten des Episkopates eher konstatierend und verständnisvoll mit „der Abwanderung von 300 000 Katholiken nach dem Westen" rechnete, weil man sich Kirche kaum oder gar nicht „unter dem Kommunismus" vorstellen konnte, wurde nun der „Weggang" als Verlust empfunden.
Mitte der 50er Jahre ging man von der Tatsache einer katholischen Kirche in einem totalitären Staat aus, hielt die Existenz von Kirche „hier" für nötig und möglich. So sind die Aussagen Spülbecks auch nicht einseitig als Abgrenzung zu verstehen, sondern als Möglichkeit des „Überlebens" und der Notwendigkeit von Kirche in der DDR, trotz falscher Fundamente. Und obschon man die tragenden Fundamente dieses Hauses für falsch hält, lebt man doch gemeinsam in ihm und will dazu beitragen, daß es menschenwürdig zugeht und man hier als Christ leben kann, und so ist ein Miteinander möglich.
Nachdem die Flüchtlingszahlen 1960 dramatisch stiegen und auch viele Katholiken das Land verließen, betonte Spülbeck in einer Ansprache bei der Jahresschlußandacht 1960 im Dom in Bautzen, daß Gott Kirche in der DDR gewollt habe und die Diasporasituation schon in der Hl. Schrift vorhergesagt sei. Wer fliehen wolle, solle sich fragen, wer nun den Schwankenden Halt gebe. Viele würden mutlos werden, und in die entstandene Lücke in der Arbeitswelt würde nun ein Atheist treten. Nicht zuletzt würde das gute Beispiel fehlen.
Bischof Spülbeck gehörte zu jenen Kirchenmännern der DDR, die stets ein konstruktives Engagement der Gläubigen in der sozialistisch-atheistischen Gesellschaft forderten. Als sich 1969/70 bei der

Diözesansynode seines Bistums eine Neubestimmung des katholischen Selbstverständnisses als praktisches Engagement des Laien in Kirche und sozialistisch-atheistischer Gesellschaft entwickelte, war dies Ausdruck einer Grundüberzeugung Spülbecks.
Spülbeck war kein „Kirchenpolitiker"; manche seiner Predigten wären dann wohl diplomatischer ausgefallen. Staatsvertreter erkannten sehr bald, daß sich sein Beitrag zum besseren Einvernehmen zwischen Staat und Kirche nur auf die Beachtung der Gesetze des Staates, nicht jedoch auf die Vertretung seiner Interessen erstreckte. Neben Alfred Kardinal Bengsch gehört Spülbeck zu den am meisten durch das MfS „bearbeiteten" Bischöfen. Neben mißlungenen Versuchen, durch Inoffizielle Mitarbeiter Spülbeck „abzuschöpfen" oder das Ordinariat in Bautzen umfassend zu kontrollieren, gelang zwischen 1958 und 1959 in seinem Arbeitszimmer der Einbau einer Wanze, durch die man sich zahlreiche Informationen verschaffte. Trotz aller versuchter und tatsächlicher Überwachung hat Spülbeck zu keiner Zeit, seinem Temperament folgend, bei brisanten Themen in der Öffentlichkeit geschwiegen.
Zum Ungarnaufstand, aber auch zur gleichzeitig ausgebrochenen Suezkrise nahm er beispielsweise am 14. November 1956 in einem Hirtenbrief Stellung. Unverblümt übte er Kritik an „Willkür und Gewalttat". Der Brief des polnischen Episkopates an die deutschen Bischöfe vom 18. November 1965 und deren Antwort vom 5. Dezember, die die Bischöfe der DDR mitunterzeichnet hatten, brachte Spülbeck ebenfalls ins Visier staatlicher Kritik. „Die katholischen Bischöfe der DDR haben den Briefwechsel mit den polnischen Bischöfen angeregt und sich bisher in keine Weise von ihm distanziert. Im Gegenteil, Bischof Spülbeck hat sich als Initiator dieses Briefwechsels gerühmt und seine Konzeption nach Kräften verteidigt", wurde im Staatssekretariat für Kirchenfragen festgehalten.
Otto Spülbeck ist bis heute vielen Katholiken in den Neuen Bundesländern bekannt, auch wenn manche Wertungen zu plakativ sind. Den einen gilt er als Widerpart des Berliner Kardinals Bengsch, seiner kirchenpolitischen Linie und eines „Berliner Zentralismus", anderen als ein manchmal gar zu selbstbewußter Kirchenmann, der erreichen wollte, was der politisch-gesellschaftliche Status quo der katholischen Kirche in der DDR nicht hergab, eine spürbare Präsenz von Kirche in der „sozialistischen" Gesellschaft.

II

Otto Spülbeck wurde am 8. Januar 1904 in Aachen als das sechste von sieben Kindern einer Kaufmannsfamilie geboren. Mehrere Geschwister und auch die Mutter starben früh. Der Vater Alexander Philipp Spülbeck (+1934) heiratete ein zweites Mal. Die drei Söhne fanden schnell zur neuen Mutter (+1962) Kontakt. Zwei von ihnen wurden Priester: Paul und Otto.

Otto Spülbeck, der zu Ostern 1923 das Abitur machte, ging zunächst nach Bonn. Hier studierte er Naturwissenschaften, vor allem Mathematik und Physik. Das lebendige Interesse an den Fragen der Begegnung zwischen Naturwissenschaft und Glaube, das ihn zeitlebens kennzeichnete, wurde hier grundgelegt. Er setzte diese Studien auch als Theologe, Priester und Bischof fort. Bekannt ist, wie sehr sein Denken und seine Verkündigung davon geprägt waren. Auch die Jugendbewegung, die er in Bonn kennenlernte, beeindruckte ihn tief. Seine Art, seine Fragestellungen und Interessen sind ohne die Jugendbewegung nicht zu verstehen, der er nach seinen eigenen Worten außerordentlich viel verdankte.

Nachdem er sich unter dem Einfluß des Bonner Fundamentaltheologen und Ökumenikers Arnold Rademacher und des Jesuitenpaters Theo Hoffmann zum Priestertum entschlossen hatte, begann er im Herbst 1924 das philosophisch-theologische Studium in Innsbruck und promovierte im Jahre 1927 zum Doktor der Philosophie. Im Innsbrucker Canisianum fand er jenen Freundeskreis, aus dem später das Leipziger Oratorium entstand, in dem die römische Gründung Philipp Neris nach 100jähriger Pause in Deutschland wiederauflebte. Dr. Spülbeck schloß sich ihm an und bezeugte später, daß dies die Wende seines Lebens gewesen sei. Seine theologischen Studien brachte er mit den nächsten Freunden bei Karl Adam und Paul Simon in Tübingen zum Abschluß. Ostern 1929 trat er in das Schmochtizer Priesterseminar der Diözese Meißen ein, nachdem er sich für dieses priesterarme Diasporabistum entschieden hatte.

Am 5. Januar 1930 wurde in Leipzig durch Heinrich Kahlefeld, Theo Gunkel und Ernst Musial das Oratorium des Hl. Philipp Neri gegründet und am 14. Januar die Gründungsurkunde durch die drei ersten Mitglieder und Bischof Schreiber unterzeichnet. Obwohl zu diesem Zeitpunkt nicht in Leipzig anwesend, zählten zu den Gründungsmitgliedern auch Otto Spülbeck, Philipp Dessauer, Klemens Tilmann, Werner Becker, Josef Gülden und Walter Krawinkel.

Am 5. April 1930 empfing Otto Spülbeck aus der Hand Bischof Dr. Christian Schreibers im Bautzner Dom die Priesterweihe. Er feierte seine Primiz in der Leipzig-Lindenauer Liebfrauenkirche, an der, vier Monate vor seiner Weihe, das neue Oratorium gegründet worden war. Die „volksliturgische" Arbeit des Oratoriums sollte für Spülbeck ein weiteres prägendes Moment werden und die Gemeinschaft des Oratoriums der Ort, zu dem er sich immer wieder hingezogen fühlte und Gleichgesinnte fand.

Er selbst konnte jedoch nicht, wie er es wünschte und wie es vorgesehen war, in das gemeinschaftliche Leben des Oratoriums eintreten, da der Bischof dringend einen Kaplan für Chemnitz brauchte. Dort wirkte er fünf Jahre, gründete zur Förderung der religiösen Erwachsenenbildung nach dem Leipziger Vorbild die Görres-Schule, die theologische Kurse und Vortragsabende durchführte. 1935 schickte ihn Bischof Petrus Legge als Kaplan an die Propsteikirche nach Leipzig. Hier übernahm er zu den Aufgaben der Pfarrseelsorge die Leitung der Görres-Schule und des Religionsunterrichtes für die katholischen Oberschüler Leipzigs.

Weihnachten 1937 sollte er endlich freigegeben und in das im Jahre 1936 neugegründete Haus des Oratoriums in Berlin-Nikolassee gesandt werden. Aber Bischof Legge bewog seine Mitbrüder, ihn für die verwaiste Pfarrei in Leipzig-Reudnitz zur Verfügung zu stellen. Was er dort, vor allem in den Kriegsjahren, getan, gewagt und gerettet hat, ist bis heute in Leipzig unvergessen. 1945 erfolgte seine Ernennung zum Propst von Leipzig und Pfarrer der hart getroffenen Trinitatisgemeinde und bald darauf zum Erzpriester des dortigen Archipresbyterates.

In den Leipziger Gemeinden hatte sich die Zahl der Katholiken nach dem Krieg von ca. 25 000 auf 50 000 verdoppelt. Unter Spülbecks tatkräftigen Einsatz wurden für sie bis zum Jahre 1955 zehn neue Kirchen und Kapellen gebaut. Von 1945–1955 leitete er die Leipziger Caritas- und Fürsorgearbeit und das Kuratorium des St. Elisabeth-Krankenhauses. Seit der Gründung des St. Benno-Verlages im Jahre 1951 war er dessen erster kirchlicher Geschäftsführer.

Von Leipzig aus entfaltete er seine Vortragstätigkeit, aus der im Jahre 1948 sein erstes Buch entstand: Der Christ und das Weltbild der modernen Naturwissenschaft, das bis 1967 in sieben Auflagen erschienen ist. Dieser Sammelband von „Sieben Vorträgen über Grenzfragen aus Physik und Biologie" bezeugt, daß es sich bei seinem Interesse für die Naturwissenschaft nicht nur um ein für einen Theologen ungewohntes „Hobby" handelte, sondern um das ernste

Bemühen, eine Sprache der christlichen Verkündigung zu finden, die vom heutigen Menschen verstanden wird. „Seit zwölf Jahren" – so schrieb er im Vorwort der ersten Auflage des genannten Werkes – „war es mir vergönnt, in den verschiedensten Städten Deutschlands vom Wandel im Weltbild der Naturwissenschaft vor großen Hörerkreisen zu sprechen. Die Anliegen des religiösen Menschen, des gläubigen Christen, wurden dabei immer wieder besonders herausgehoben, und es wurde versucht, die Brücke von der Naturwissenschaft zur Religion hin zu schlagen."
Das Geleitwort zur 4. Auflage vom 2. Februar 1957 schloß mit dem Wunsch des Verfassers, „das Buch möge den gläubigen Menschen Ehrfurcht vor der Schöpfung Gottes und Freude an ihrer Schönheit schenken und den suchenden Menschen die Spuren Gottes überall erkennen lassen".
Mit Philipp Dessauer, seinem Mitbruder und Freund aus dem Leipziger Oratorium, unterschied er in bezug auf die Aussagen zum Weltbild der Bibel die „Umgangssprache" von der „wissenschaftlichen Bezeichnung". Er wußte aber, daß diese Kategorien für die Arbeit der Exegeten und die Sprache der heutigen Schöpfungslehre nicht genügten. „Wir wollen hier nicht exegetische Ausdeutungen geben. Die Arbeit der Exegese wie auch der Dogmatik bleibt durch die folgenden Bemühungen unberührt. Das Anliegen, das wir haben, ist ein anderes ... Wir fragen uns, wie weit die Worte (des Schöpfungsberichtes des Alten Testaments) von der modernen Naturwissenschaft unmittelbar verstanden werden können."
Diese Fragestellung ist heute überholt, und sein 1970 erschienenes Buch „Grenzfragen zwischen Naturwissenschaft und Glaube" hat kaum noch Beachtung gefunden. Damals aber wurden die Vorträge und Publikationen des Leipziger Propstes auch von hervorragenden Naturwissenschaftlern christlichen Bekenntnisses freudig begrüßt. Vielen suchenden Gläubigen, vor allem in der DDR, bot es eine Stärkung im Glauben. Die damaligen Machthaber und ihre Ideologie, die den Glaube durch Erkenntnisse der Naturwissenschaft widerlegt hielten, sahen in Spülbeck denn auch zeitweise den Gegner des Regimes. Als sich 1955 in Dresden die aus der Sowjetunion zurückgekehrten Atomphysiker um Manfred von Ardenne niederließen, glaubte man, daß Spülbecks Berufung zum Bischof eine vom Westen, vor allem vom Vatikan gesteuerte Aktion des „Klassenfeindes" zur Bekämpfung des sozialistischen Lagers sei und beantwortete sie mit verschärfter Observation. Im katholischen Deutschland bekannt wurde der Leipziger Propst durch seine Arbeitsge-

meinschaft über „Glaube und Naturwissenschaft" beim Berliner Katholikentag im Jahre 1952.

III

Am 28. Juni 1955 ernannte Papst Pius XII. Propst Dr. Spülbeck auf Vorschlag des erkrankten Bischofs Heinrich Wienken zum Titularbischof von Christopolis und Koadjutorbischof. Er empfing am 25. Juli 1955 aus der Hand von Bischof Weskamm aus Berlin die Bischofsweihe, wurde am 2. Juli 1955 von Bischof Wienken zum Generalvikar und am 14. Dezember des gleichen Jahres, nach seiner ersten Romvisite, vom Papst zum Apostolischen Administrator ernannt. Bis zu seiner Ernennung zum Bischof von Meißen am 20. Juni 1958 waren vatikanischerseits noch einige Fragen zu klären. Sollte Spülbeck zum Koadjutorbischof mit Nachfolgerecht ernannt werden, um so automatisch nach dem Tod Wienkens residierender Bischof zu werden, oder sollte er, nach dem förmlichen Verzicht Wienkens, nach der durch die Statuten vorgeschriebenen Wahl durch das Domkapitel Bischof von Meißen werden? Beide Varianten machten aber nach den Bestimmungen des Reichskonkordates bzw. des auch für das Bistum Meißen geltenden Badischen Konkordates eine Anfrage bei der Regierung der DDR hinsichtlich politischer Bedenken gegen den neuen Oberhirten unvermeidlich. Der Vatikan entschied, nach Anhörung der Betroffenen, vor allem Wienkens, der nur zu gern zurücktrat, Spülbeck baldmöglichst zum Bischof zu ernennen. Bischof Wienken gab seinen Rücktritt 1957 bekannt, die Anfrage beim Staat wurde im Mai 1958 so beantwortet, daß man keine Einwendungen habe und das Reichskonkordat ohnehin nicht anerkenne.

Trotz dieser „Unbedenklichkeitserklärung" sollten staatliche Stellen noch lange von einem durch den Vatikan erzwungenen Rücktritt Wienkens sprechen und die Tatsache der Exemtion des Bistums Meißen als eine erhebliche kirchenpolitische Einflußnahme des Vatikans interpretieren.

Am 24. Juli 1958 fand im Bautzener Dom die feierliche Inthronisation Spülbecks statt. Vier Jahre vor dem Konzil, das für ihn der Gipfel seines Schaffens werde sollte, definierte er bei der Feier den dreifachen Dienst eines Bischofs im Namen Christi: als Liturge und Spender der hl. Geheimnisse, als Verkünder des Evangeliums und als Träger des christlichen Liebesdienstes. Im Bautzener Ordinariat fand Spülbeck eine tüchtige Kirchenverwaltung vor, und in Dr. Jo-

hann Hötzel wählte er sich einen Generalvikar (1956–1970), der loyal und sachkundig dem Bistum und seinem Bischof diente.
Mit seiner Ernennung zum Koadjutor war er auch Mitglied der Berliner Ordinarienkonferenz (BOK) geworden. Hier traf der temperamentvolle und selbstbewußte Rheinländer auf die unterschiedlichsten Temperamente, die ihre Prägungen in völlig anderen katholischen Milieus erhalten hatten. Schmerzliche Erfahrungen sollten ihm in diesem Gremium nicht erspart bleiben. Dabei sollten, um der Redlichkeit willen, nicht nur die sachliche Differenzen hinsichtlich der kirchenpolitischen und theologischen Grundüberzeugungen als Gründe angeführt werden. Nach der Erkrankung Bischof Wilhelm Weskamms von Berlin, der die Bischofsweihe vollzogen hatte und mit dem Spülbeck sich eng verbunden wußte, übernahm Kapitelsvikar Ferdinand Piontek 1956 als Stellvertreter die Leitung der BOK, um sie dann an Julius Döpfner zu übergeben. Von einer Sonderrolle Spülbecks ist in diesem Zusammenhang – Leitungsaufgaben der BOK, besonders exponierte Aufträge innerhalb der BOK – in den Konferenzprotokollen nicht die Rede. Verhandlungen, die er mit dem staatlichen Stellen führte, gehen nicht auf Sonderaufträge der BOK oder des Hl. Stuhles zurück. Gar zu forsches Vorgehen und überspitzte Formulierungen Spülbecks wurden allerdings vom Senior der BOK, Ferdinand Piontek, mäßigend beantwortet.
Im Zusammenhang mit diesen und anderen von Bischof Spülbeck geführten Gesprächen mit staatlichen Stellen auf Regierungs- und Bezirksebenen wurde gelegentlich von einem „Meißener Sonderweg" hinsichtlich der kirchenpolitischen Ausrichtung der katholischen Kirche gesprochen. Einen solchen hat es nicht gegeben; Spülbeck hat sich stets an die kirchenpolitischen Vorgaben der BOK gehalten, sie allerdings manchmal, weil die Diözese Meißen sich auch auf mehrere Bezirke der DDR erstreckte, anders interpretieren müssen. Der Plan, Bischofssitz und Ordinariat nach Dresden zu verlegen, wurde zwar erst unter seinem Nachfolger realisiert, war aber schon, u. a. wegen einer konfliktfreieren Verhandlungsführung, angedacht worden. Daß es von zentraler kirchlicher, „Berliner" Seite ein argwöhnisches Betrachten Spülbecks gegeben hat, soll nicht geleugnet werden. Mit einer grundsätzlich anderen Einstellung Spülbecks zum „sozialistischen Staat" und seiner kirchenfeindlichen Zielsetzung kann dies aber nicht erklärt werden. Die skeptische Haltung gegenüber Spülbecks Verhandlungen und seinem Auftreten sollte sich unter dem Vorsitz Döpfners kurzzeitig ändern, um dann um so stärker wieder aufzubrechen. Nachdem Kardinal Döpfner

1961 nach München transferiert werden sollte, gab es seitens der Westberliner Prälaten Walter Adolph und Prange Widerstand gegen die Pläne Döpfners, Alfred Bengsch zum Weihbischof mit Sitz in Ostberlin zu machen. Eine „ostdeutsche" Alternative wie der Meißner Bischof, kam für sie nicht in Frage. Auseinandersetzungen Spülbecks mit Walter Adolph, der die Nuntiatur tendenziös einseitig über seine Verhandlungen mit Staatsvertretern informiert hatte, seine Nähe zu Weskamm und ein manchmal gar zu selbstbewußtes Auftreten dürften einer möglichen Berufung zum Bischof von Berlin sowohl 1956 als auch 1961 im Weg gestanden haben.
Mit Dr. Alfred Bengsch und Dr. Otto Spülbeck, zwei ausgeprägten Charakteren mit völlig unterschiedlichem theologischen Hintergrund und Naturell, wurden seit 1961 und vor allem auch seit Einberufung der Meißner Synode 1966 innerhalb der BOK zwei Positionen markiert, die zwar den notwendigen Grundkonsens in der Bischofskonferenz nie gefährdeten, aber doch unterschiedliche Modelle für eine katholische Kirche in der DDR-Gesellschaft favorisierten. Zu einem konsensfähigen, gemeinsamen Miteinander beider in der Frage eines möglichen Engagements des Christen in der „sozialistischen" Gesellschaft ist es nicht gekommen. Der theologische und teilweise auch kirchenpolitische Dissens sollte im übrigen nicht darüber hinwegtäuschen, daß es beiden immer um die Frage des Überlebens von Kirche in einem sozialistisch-atheistischen System ging, nicht um persönliche Eitelkeiten oder Vorrangsstellungen.

IV

Für die seit dem Mauerbau von 1961 weitgehend ausgegrenzte katholische Kirche der DDR war das Zweite Vatikanische Konzil insgesamt ein überragendes Ereignis, das menschliche, theologische und vor allem kirchliche Isolation verhinderte. Trotz aller Bedenken, der Staat könnte eine Teilnahme unmöglich machen oder zumindest beschränken, waren bei allen Sitzungen Teilnehmer aus der DDR anwesend. An der ersten Sessio (11. Oktober bis 8. Dezember 1962) nahmen 12 Personen teil, an der zweiten (29. September bis 4. Dezember 1963) 15, bei der 3. Sitzung (14. September bis 21. November 1964) waren 17 Teilnehmer aus der DDR anwesend und zur letzten Sessio (14. September bis 8. Dezember 1965) waren es 21. Bischof Dr. Otto Spülbeck, Bischöflicher Rat Josef Gülden, Chefredakteur des „Tag des Herrn", Leißling, und Pfarrer Hermann

Josef Weisbender (früherer Sekretär von Spülbeck), Wilsdruff, nahmen an allen Sitzungen teil. Als Fachtheologe kam zur 4. Sessio Prof. Dr. Hans Lubsczyk, Erfurt, hinzu. Die „Meißner" wohnten immer bei den Grauen Schwestern von der Hl. Elisabeth, Via dell' Olmata 9. Diese „Adresse" sollte im Laufe des Konzils zu einem „Kommunikationszentrum" für die „ostdeutschen" Teilnehmer werden.

Der Mitbruder, Begleiter und Biograph Spülbecks, Josef Gülden, bezeichnet die „Zeit des II. Vatikanums" als „die große Zeit Bischof Otto Spülbecks". Zuzustimmen ist ihm in der Weise, daß Spülbeck fünf Jahre hindurch, getrieben von einer geradezu euphorischen Begeisterung für das Konzil, Anliegen, Beschlüsse und Umsetzung dieser Synode, wo immer er sich befand, mündlich und schriftlich förderte. Sicher ist er nicht zu den „Großen" des Konzils, die entscheidend an theologischen Weichenstellungen beteiligt waren, zu zählen. In beiden Bereichen aber, in denen er sich besonders einsetzte, dem Gebiet der Liturgie und der Begegnung zwischen Theologie und Naturwissenschaft, hatte er zu jener Kompetenz gefunden, ohne die fruchtbare konziliare Mitarbeit in den verschiedenen Gremien nicht möglich gewesen wäre und in der nachkonziliaren Zeit Rezeptionsprozesse nicht hätten befördert werden können.

Die Teilnahme an den vier Sitzungen des Konzils, die Mitarbeit in Vorbereitungskommissionen und in postkonziliaren Ausführungsgremien, ließen ihn oft wochen- und monatelang von seiner Diözese getrennt sein. Die Arbeitsberichte im Meißner Amtsblatt zeigen zwar, daß er in all den Jahren seine Firmungsreisen im eigenen Bistum – ohne einen Weihbischof – nicht vernachlässigte, doch scheinen ihn Vorwürfe, er sei mehr außerhalb als innerhalb des Bistums unterwegs, getroffen und zu einer Antwort provoziert zu haben. Auf die Frage, ob die Arbeit für die Erneuerung der Liturgie ihn als Diözesanbischof nicht zu sehr in Anspruch nehme, antwortete er in einem Interview für die sorbische Kirchenzeitung „Katolski Posol": „Papst Paul VI. wünscht von jedem Bischof, daß er ungefähr ein Viertel seiner Arbeitskraft dem Dienst an der Gesamtkirche widme. Konkret heißt es, daß wir zweimal im Jahr in Rom zusammenkommen."

Otto Spülbeck war 1955 Mitglied der Liturgischen Kommission geworden. 1956 auf dem Liturgischen Kongreß in Assisi berichtete er unter großem Beifall von der „volksliturgischen Arbeit" in Leipzig, 1957 hielt er ein ähnliches Referat beim Liturgischen Kongreß Frankreichs in Straßbourg. Diese „pastoralliturgischen" Vorträge

hatten ihn offensichtlich so bekannt gemacht, daß ihn Papst Johannes XXIII., den Spülbeck noch als Patriarch von Venedig kennengelernt hatte, im Dezember 1960 als Konsultor in die vorkonziliare Kommission für die Erneuerung der Liturgie berief. Bei Konzilsbeginn wurde er mit großer Stimmenmehrheit in die liturgische Konzilskommission gewählt, gehörte seit Februar 1964 zum römischen „Consilium" zur Ausführung der liturgischen Erneuerung im Sinn der Liturgie-Konstitution. Später wurde er einer ihrer sieben Präsidenten und zuletzt beratendes Mitglied der Römischen Ritenkongregation. Eine vielbeachtete – u.a. weil die konkrete Diasporasituation in der DDR mit ihren Schwierigkeiten plastisch dargestellt wurde – Intervention des Bischofs von Meißen bei der Debatte über das Liturgieschema, Vorschläge das 3. Kapitel des Liturgieschemas „Über die übrigen Sakramente und die Sakramentalien" betreffend und die redaktionelle Bearbeitung dieses Schemas und seine Drucklegung sind schriftlich dokumentierte Aktivitäten Spülbecks in seiner Funktion als Mitglied der „Liturgiekommission".
Vielerlei Kontakte zu Liturgiewissenschaftlern und weiteren Mitgliedern dieser Kommission wie etwa zu Bischof Franziskus Zauner von Linz, sind beredtes Zeugnis seines Engagements. Trotzdem bleibt festzuhalten: Liturgie war weder Spülbecks Fach noch sein Hauptanliegen. Obwohl seine Vorträge bei den internationalen Liturgiekongressen, seine Aufsätze in den beiden ersten im St. Benno Verlag Leipzig erschienenen Bänden von „Vaticanum Secundum", seine Vorträge beim Liturgischen Kongreß 1965 in Berlin und seine Mitarbeit in den römischen und deutschsprachigen Liturgischen Kommissionen zeigten, wie intensiv er sich in die Materie eingearbeitet hatte, sein größeres Interesse galt seiner „alten" Thematik.
Seine Interventionen bei der III. und IV. Konzilssession und seine letzten Vorträge (in Wien 1963 und in Schweden 1964) galten dem Hauptthema: Glaube und Naturwissenschaft. Sein großes Anliegen war: die Theologen müßten ein Sprache für die christliche Verkündigung finden, die vom heutigen Menschen und vom Naturwissenschaftler verstanden werden kann. Am 26. Oktober 1964 ergriff der Bischof von Meißen im Zusammenhang mit der Behandlung des Entwurfs der Pastoralkonstitution „Über die Kirche in der Welt von heute" das Wort und monierte, daß der Einfluß der profanen Wissenschaften auf die Kirche nicht genügend „beleuchtet erscheint". Zur gleichen Frage sprach er am 4. Oktober 1965 zum Abschluß der Debatte über das „Schema 13". Im endgültigen Text der Pastoralkonstitution wurden die Anregungen Spülbecks aufgenommen.

Spülbeck wurde nicht müde, darzustellen, „daß die Wissenschaft in der Deutung der Phänomene weder Glauben noch Unglauben erzwingen, sondern daß es in der Auswahl der möglichen Wege schon eine Vorentscheidung gibt, die den Weg zum Glauben öffnet oder versperrt". Auf der anderen Seite betonte er aber auch, daß die Theologie der Wissenschaftsmethode keine Bindungen auferlegen könne. Die Naturwissenschaft als solche nimmt zu religiösen Fragen keine Stellung. „Die weltanschauliche Einstellung der Einzelnen aber gibt den Ausschlag".
In einem Aufsatz „Kausalität und Atomphysik" schrieb er über sein theologisches Anliegen: „Dem gläubigen Menschen geht es ... um die echte Schlußfolgerung von der sichtbaren Welt auf den unsichtbaren Schöpfer, von den erschaffenen Dingen auf den ewigen Herrn und Gott. Dabei ist es verständlich, daß der Christ mit lebhaftem Interesse die Fragen, welche die Atomphysik in dieser Beziehung aufwirft, verfolgt." In einem Aufsatz 1963 über „Religiöser Glaube und Naturwissenschaft" formuliert er: „Der Glaube des Christen ist kein blinder Köhlerglaube. Sein Ja zu Gott, zu Christus, wie zur Kirche ist ein rationabile obsequium nach dem Römerbrief 12,1. Das heißt: Der Christ muß sein ja zum Glauben vor dem Wissen und dem Gewissen verantworten können."
„Für die Arbeiten des II. Vatikanischen Konzils setzte Bischof Spülbeck sich mit seinem ganzen Temperament ein, ohne Zeit und Kraft zu schonen", formulierte Josef Gülden im Rückblick. Spülbeck selbst schloß sein Resümee des Konzils mit einem Satz Paul VI.: „Wer in den Fragen des Konzils rückwärtsschauend beim Alten bleiben möchte, widerstrebt dem Hl. Geist, der die Kirche erneuern will."

V

Ein bedeutendes und bis heute wegen seines Endes kontrovers diskutiertes und dargestelltes Ereignis für die Kirche in der DDR in der Folge des II. Vatikanums war die am 30. Januar 1966 von Bischof Spülbeck angekündigte und dann in den Jahren 1969 bis 1970 im Bistum Meißen durchgeführte Diözesansynode, eine der ersten Synoden überhaupt nach dem Konzil. Als Grundlinien bestimmte der Bischof: „Die Orientierung der Seelsorge gemäß den Wünschen des Konzils nach pastoralen und ökumenischen Gesichtspunkten, die Ausrichtung auf eine lebendige Teilnahme am Wirken und Gebet der Kirche und die Weckung eines missionarischen und apostoli-

schen Impulses für unsere Zeit." Der Plan zu diesem Projekt Diözesansynode wurde bereits im November 1963 in Rom nach vielen Gesprächen Spülbecks mit seinen Begleitern Hermann-Joseph Weißbender und Josef Gülden gefaßt.
Kardinal Bengsch war einer der 75 Konzilsväter, die am 7. Dezember 1965 gegen die Pastoralkonstitution „Gaudium et spes" gestimmt hatten. Im Gegensatz zu Kardinal Bengsch war Bischof Otto Spülbeck ein ausgesprochener Befürworter der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes". Er machte sich unmittelbar im Anschluß an das II. Vatikanum daran, die Beschlüsse des Vatikanums durch die Einberufung der Diözesansynode zu realisieren. Bereits am 17. September 1966 richtete er zur Vorbereitung der Vorlagen für die Synodenvollversammlungen 16 Fachkommissionen ein. Vor seinem Tod im Jahre 1970 hatte Bischof Spülbeck den Vorsitz der ersten drei Vollversammlungen der Synode (13.–15. Juni 1969; 10.–12. Oktober 1969; 12.–14. Juni 1970) und setzte die Dekrete I („Ziele und Aufgaben der Erneuerung des Bistums Meißen nach dem II. Vatikanischen Konzil") und II („Die Ordnungen der Räte") in Kraft. Im Herbst 1971 fand die Diözesansynode unter Vorsitz des neuen Bischofs Gerhard Schaffran in der vierten und letzten Vollversammlung ihren Abschluß. Mit Schreiben vom 28. Mai 1971 an den Meißner Bischof Schaffran teilte der Präfekt der Kongregation für die Bischöfe, Kardinal Confalonieri, mit, es sei Wunsch des Vatikans, „die Meißner Synode in das gemeinsame Werk der Pastoralsynode der katholischen Kirche in der DDR einmünden zu lassen".
Daß dieser Übergang der Meißner Diözesansynode in die Pastoralsynode der gesamten katholischen Kirche in der DDR sehr konfliktreich verlief, belegen verschiedene Indizien. Aus der „chronologischen Übersicht über den Verlauf der Diözesansynode Meißen" geht hervor, das Schreiben von Kardinal Confalonieri an Bischof Schaffran sei "... eine Antwort auf die um die Meißner Synode entstandenen Unruhen". Diese „entstandenen Unruhen" lassen sich im einzelnen nicht rekonstruieren. Aber einige Vorgänge zeigen doch, daß Kardinal Bengsch der Diözesansynode Meißen äußerst skeptisch gegenüberstand. So machte er sich die Eindrücke, die der Beobachter der Diözese Berlin, Rat Peter Riedel, bei der ersten Vollversammlung der Diözesansynode Meißen gewonnen hatte, im wesentlichen zu eigen.
Riedel hatte gegen das vorgelegte Generalschema Bedenken theologischer und kirchenpolitischer Art angezeigt. Das Kirchenbild sei ganz von der Sendung der Kirche her konzipiert und betone einsei-

tig den Adressaten, die Sendung für die Welt. Der Ursprung der kirchlichen Sendung komme dabei zu kurz. Zudem werde die Situation in der DDR in dem Generalschema zu positiv und zu unkritisch beurteilt. In kirchenpolitischer Hinsicht sah Bengsch verschiedene Positionen der Berliner Ordinarienkonferenz bedroht und kam zu dem Schluß, es sei unrealistisch, wenn man davon ausgehe, die an sich richtigen demokratischen Formen in dem totalitären Weltanschauungsstaat DDR etablieren zu wollen. Bischof Spülbeck sah sich gedrängt, in einem eigenen Schreiben an Kardinal Bengsch auf die von Rat Riedel genannten Vorwürfe zu reagieren. In dem Schreiben zeigte Spülbeck sich darüber überrascht, daß Riedel so wenig über die Art der Entstehung der Schemata in Meißen orientiert sei. Er ging dann auf einzelne Vorwürfe ein und kam zu dem Schluß, daß die Beurteilung von Riedel einseitig sei. Vieles hielt er für übertrieben, und seiner Meinung nach war es sicher nicht gerechtfertigt, der Synode den Mangel an kirchenpolitischem Feinempfinden vorzuhalten. So sei seine Haltung in diesem Punkt sicherlich eindeutig, und wenn es auch die ein oder andere Ausnahme gäbe, eine Zweidrittelmehrheit für einen Beschluß etwa gegen den „Döpfner-Erlaß" sei unmöglich. Überdies stelle das revidierte Schema deutlicher als das alte heraus, daß die Synode den Bischof als Gesetzgeber anerkenne und damit auch seine Möglichkeiten im Falle von Fehlbeschlüssen vorsehe. Andererseits habe das Konzil sehr deutliche Linien für die Mitarbeit der Laien aufgewiesen. Hier würden sich eine Menge von Fragen über Verantwortung und ihre Träger verbergen. An diesem Punkt müsse das Konzil durchgeführt werden, und zwar in die konkrete Situation hinein. Das sei aber Aufgabe der Synode.

Ein weiterer Vorgang aus dem Jahr 1970 läßt erkennen, warum Bengsch die Beschlüsse von Meißen ablehnte: Ausgelöst durch einen Artikel über die nachkonziliaren Synoden von Hildesheim und Meißen in Heft 1 der Herder-Korrespondenz 1970 hatte die vatikanische Kongregation für die Bischöfe den Apostolischen Nuntius in Deutschland, Erzbischof Konrad Bafile, beauftragt, bei Bischof Spülbeck eine Erklärung zu der Aussage in der Herder-Korrespondenz einzuholen, in Meißen sei die beratende Funktion der Räte zu einer „partnerschaftlichen Mitverantwortung" erweitert worden. Die erste Antwort von Bischof Spülbeck sei nicht hinreichend gewesen. Also habe er, Bafile, mit Schreiben vom 8. Juni 1970 um weitere Informationen gebeten. Dieser Brief habe aber den

plötzlich verstorbenen Bischof Spülbeck nicht erreicht, so daß nun Bischof Bengsch um eine Auskunft gebeten werde.
Die Antwort Bengschs vom 22. Dezember 1970 macht deutlich, daß für ihn das eigentliche Problem der Meißner Beschlüsse in der Verkürzung der „Sendung des Amtes" sowie der „übernatürlichen und sakramentalen Seite der Kirche" bestand. Die Sendung des einen Volkes Gottes werde illegitim in Beziehung gesetzt zu den Begriffen Partnerschaft und Mitverantwortung (Synodal-Dekret 1, Nr. 17); in Nr. 19 heiße es, die Brüderlichkeit als tragender Grund aller christlichen Ordnung bestimme auch Autorität und Gesetz. Die Kollegialität der Bischöfe werde als Modellfall für alle Formen der Verantwortung und partnerschaftlichen Zusammenarbeit gesehen (Nr. 21); daraus folge, „Mitverantwortung bedeute auch Mitentscheidung (Nr. 22)".
Durch derartige Beschlüsse, die sich um eine folgerichtige Umsetzung der konziliaren Kirchenkonstitution „Lumen Gentium" auf die Diözesanebene bemühten, sah Bengsch seine kirchenpolitische Linie grundsätzlich in Frage gestellt. Nach seiner Überzeugung bot eine solche Ausweitung von Mitverantwortung und Mitentscheidung innerhalb der Kirche der staatlichen „Differenzierungspolitik" leichtfertig Angriffsflächen und war deswegen strikt abzulehnen. In diesem Sinne sind auch die im Protokoll der BOK-Sitzung anläßlich der Beisetzung von Bischof Spülbeck am 29. Juni 1970 wiedergegebenen Äußerungen von Bengsch zu verstehen, die Meißner Beschlüsse präjudizierten allgemein rechtliche und kirchenrechtliche Fragen, die die Arbeit in der DDR auf das Schwerste belasten würden.
Wie heftig um die „Rechtgläubigkeit" des Synodal-Dekretes I gestritten wurde, belegt auch die Tatsache, daß sowohl Spülbecks späterer Nachfolger als Bischof von Meißen, Gerhard Schaffran, als auch der Leipziger Oratorianer Wolfgang Trilling westdeutsche Theologen um entsprechende Gutachten baten. Bis auf einen Gutachter sprachen sich alle für das verabschiedete Schema aus.
Für Spülbeck selbst wurde die Synode Höhepunkt und Abschluß seines Lebens. Trotz vieler äußerer Anfeindungen bedeutete sie für ihn persönlich eine Solidarisierung der Gläubigen und des Klerus mit „ihrem" Bischof. Nicht nur sein Einsatz für das Zustandekommen der Synode – zeitweise wurde sie beinahe synonym mit seinem Namen genannt –, sondern auch die Art, wie der bisher eher temperamentvoll agierende Bischof in der Synodenaula Hörender war, dürfte ihm die Sympathie der Synodalen verschafft haben.

Befragt nach seiner Zurückhaltung während der drei Sitzungsperioden nannte er das Beispiel Papst Johannes XXIII. während der ersten Konzilsperiode. Er selbst hatte sie beschrieben: „Die Zurückhaltung des Papstes während der ersten Sitzungsperiode, sein ausgesprochener Wunsch, daß eine freie Diskussion stattfinde und alle Momente einer Frage beleuchtet werden möchten, bezeugt nicht nur die brüderliche Wertschätzung der Mitbischöfe, sondern will ein Zeichen eines neuen Verständnisses in der Ausübung des Amtes des Vicarius Christi sein." Der Vorwurf, Spülbeck sei sich seiner Verantwortung als „einziger Gesetzgeber einer Diözesansynode" nicht bewußt gewesen, läßt sich schon dadurch entkräften, daß seine ins einzelne gehende Mitarbeit an der letzten Fassung der Texte von den Relatoren und Redaktionskommissionen bezeugt wird.

VI

Acht Tage nach Abschluß der III. Session der Synode auf der Rückfahrt von der Frauenwallfahrt in Wechselburg erlitt Spülbeck einen Herzinfarkt, an dessen Folgen er am 21. Juni 1970 unterwegs in Mittweida starb. Sein plötzlicher Tod bedeutete nicht nur für das Bistum Meißen, sondern auch für die katholische Kirche in der DDR einen schweren Verlust. Interessiert und hoffnungsfroh schauten viele Katholiken anderer Jurisdiktionsbezirke zu dieser Zeit nach „Meißen". Ihn selbst traf der Tod wohl nicht unvorbereitet – nach den Kennzeichen seines schlechten Gesundheitszustandes in den letzten Wochen seines Lebens.

Der „Dienst der Versöhnung" war das Leitwort, unter dem die Frauen Sachsens zur Wallfahrt nach Wechselburg an seinem Sterbetag eingeladen waren. Dieses Wort könnte über das ganze Leben Bischof Spülbecks gestellt sein. Er hat zwar die Konfrontation, wenn sie nötig war, nie gescheut, war aber auch immer bereit zu Verständigung, ohne einem falschen Harmoniebedürfnis zu verfallen.

Seit seiner Priesterweihe stand er ununterbrochen aktiv in der ökumenischen Arbeit, zunächst im ältesten noch bestehenden deutschen, dem Leipziger Una Sancta-Kreis (seit 1930). In den Jahren nach dem Konzil kam es in seinem Bistum zur Einrichtung regelmäßiger Kontaktgespräche mit den leitenden Männern der evangelisch-lutherischen Landeskirche. Klerus und Laien des Bistums Meißen standen – trotz aller Unsicherheit der nachkonziliaren Zeit – bis zum letzten Tag einig hinter ihrem Bischof.

„Eins in der Wahrheit und in der Freude" (Unum in veritate et laetitia) war sein bischöflicher Wahlspruch. In den nachkonziliaren Krisen der Weltkirche und der Kirche seines Bistums hat er zweifellos dazu beigetragen, Einheit zu stiften. Menschlichkeit und Durchsetzungsvermögen gehörten zu seinen Tugenden; Temperament und Selbstbewußtsein haben manche Schwierigkeiten bewältigen helfen, aber auch Mißverständnisse provoziert.

Am 26. Juni 1970 wurde Spülbeck in Bautzen unter Teilnahme aller Bischöfe der DDR, fast des gesamten Klerus und vieler Laien der Meißner Diözese, von Vertretern der anderen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften und des Staates, von bischöflichen Mitbrüdern und Freunden aus der Bundesrepublik begraben.



Walter Adolph (1902–1975)

Walter Adolphs Leben umfaßt Dreiviertel des an Umbrüchen und Katastrophen so reichen 20. Jahrhunderts. Die Kindheits- und Jugendjahre fallen in das ausgehende Kaiserreich, als Gymnasiast erlebt Adolph die Revolution von 1918 und die mühsamen Anfänge der Weimarer Republik, als junger Priester ihren Todeskampf sowie die anschließenden Jahre der NS-Diktatur, die nach dem Zusammenbruch von 1945 fließend vom militanten Atheismus des SED-Regimes abgelöst werden. Als „Urberliner" (H. Krone), der seiner Vaterstadt – mit Ausnahme lediglich der Studienjahre und kurzer Reisen – zeitlebens die Treue hält, kann Adolph den Wechsel der Systeme und Regime überdies an einem Brennpunkt des Geschehens verfolgen, namentlich seit er zu einem der engsten Mitarbeiter der Bischöfe von Preysing, Döpfner und Bengsch aufgestiegen und die geteilte Stadt in der Ära des Kalten Krieges zur Nahtstelle zwischen Ost und West geworden ist. Als kirchenpolitischer Berater, langjähriger Leiter des Morus-Verlags und Chefredakteur des Petrusblatts, vor allem dann als Generalvikar des seit dem Mauerbau faktisch geteilten Bistums verfügt Adolph über ebenso hervorragende Informations- wie eigene Gestaltungsmöglichkeiten.

Aber prägend für sein Leben bleibt doch die doppelte Herausforderung der Kirche durch die Totalitätsansprüche des Nationalsozialismus und des Kommunismus. Bis zu seinem Tode beschäftigt ihn die Frage, ob und wie sie diese Probe bestanden habe. Das Ergebnis dieser Bemühungen hat sich in einem umfangreichen Schrifttum niedergeschlagen. Daß der durchweg kämpferische Zug seiner kirchenpolitischen Vorstellungen und die nicht selten verletzende Schroffheit seiner Urteile in seinen späteren Schriften größerer Nachsicht, ja einem unverkennbar apologetischen Grundzug wichen, dürfte indes auch einer allgemeinen Verrückung der Wert- und Urteilsmaßstäbe geschuldet sein, wie sie die sechziger und siebziger Jahre in für ihn schmerzlichem Maße mit sich brachten und die sein Glaubens- und Kirchenverständnis tief beunruhigte.

I

Walter Adolph wurde am 21. November 1902 in Berlin-Kreuzberg geboren. Gemeinsam mit seinen Geschwistern Lucia, Helene und Willi wuchs er unter ärmlichen Verhältnissen und in der wenig kindgerechten Umgebung eines düsteren Arbeiterviertels auf, ohne daß die Eltern angesichts ihrer bedrängten finanziellen Umstände an einen Umzug hätten denken können. Die Wohnung selbst lag im fünften Stock einer öden Mietskaserne, inmitten eines hoffnungslos übervölkerten und von lebhaften politisch-sozialen Gegensätzen erfüllten Stadtteils. Handfeste Auseinandersetzungen zwischen braunen und roten Schlägerkolonnen hat Adolph als Augenzeuge erlebt. Seine 1968 veröffentlichten Jugenderinnerungen „Einer aus der Lausitzer Straße" vermitteln einen lebhaften, durch den Abstand der Jahre freilich auch geglätteten Eindruck damaliger Alltagswirklichkeit, die für eine behütete „katholische Jugend" keinen günstigen Nährboden bot.

Um so dankbarer war Adolph seinen Eltern, die es trotz ihrer bedrückenden Lage vermocht hatten, ihren Kindern eine zwar strenge, aber liebevolle Erziehung, eine gründliche religiöse Unterweisung und einen hoch entwickelten Sinn für innere und äußere Ordnung zu vermitteln. Beide waren keine gebürtigen Berliner, sondern gleich zahllosen anderen ihrer Generation wegen besserer Verdienstmöglichkeiten in die Reichshauptstadt gezogen. Dort hatten sie sich kennengelernt und 1892 geheiratet. Der Vater, Wilhelm Adolph (1856–1939), war als Sohn eines Färbers und Kattundruckers in Coburg geboren, stammte also, wie fast alle nachweisbaren väterlichen Vorfahren, aus dem Thüringischen. In Berlin hatte er zunächst als Apothekengehilfe gearbeitet, ehe er, mehr schlecht als recht, seine Familie als ungelernter Arbeiter ernähren mußte. Der berufliche Abstieg dürfte damit zusammenhängen, daß er unter nicht näher bekannten Umständen für immerhin fünfzehn Jahre dem Alkohol verfiel. Dies dürfte die Sorgen seiner Familie bedrohlich vermehrt, freilich auch den zähen Selbstbehauptungswillen gestärkt haben, der seiner Frau wie später seinem jüngsten Sohn Walter in reichem Maße zur Verfügung stand.

Anna Adolph geb. Alex (1861–1941), eine willensstarke, aber auch selbstlose und von ebenso schlichter wie unerschütterlicher Gläubigkeit erfüllte Frau, war der eigentliche Mittelpunkt der Familie. Tochter eines unbemittelten Schneiders, stammte sie aus dem ländlichen Oberschlesien, einem traditionellen Reservoir des Berliner

Katholizismus. Nachdem es sie in die doppelte Diasporasituation der Hauptstadt verschlagen hatte, vermochte sie ihren stark volkskirchlich geprägten Glauben nicht allein zu bewahren, sondern ihn auch an ihre Kinder weiterzugeben. Darüber hinaus dürfte es ihrem stillen Einfluß zuzuschreiben sein, daß auch ihr lutherischer, aber anscheinend wenig kirchlich gesinnter Mann konvertierte und fortan im stark milieugeprägten Dunstkreis einer Berliner Arbeitergemeinde seine emotionale Heimat fand. Die Verbundenheit mit der Zentrumspartei wurde durch ein Abonnement der „Märkischen Volkszeitung" unterstrichen.

Anna Adolph war mit zupackendem Temperament und großer Opferbereitschaft auf das Fortkommen ihrer Kinder bedacht. Da sich die besondere Begabung ihres Jüngsten schon in der Volksschule zeigte, setzte sie zu Ostern 1914 dessen Anmeldung auf dem Luisenstädter Realgymnasium durch. Walter Adolph rechtfertigte dieses Vertrauen durch gute Leistungen, übersprang zweimal ein halbes Schuljahr und verließ die Anstalt im September 1921 mit glänzendem Abiturzeugnis. Zum Sommersemester 1922 immatrikulierte er sich an der Katholisch-theologischen Fakultät der Universität Breslau.

Der Entschluß zum Theologiestudium dürfte schon während der Schulzeit gefallen sein, hatte ihn doch die zweifache Außenseiterrolle als Arbeitersohn und Katholik frühzeitig dazu gezwungen, sich in weithin bürgerlich-liberal und kirchenfremd geprägter Umgebung auch intellektuell über die Grundlagen seines Glaubens Rechenschaft zu geben. Eigenem Bekunden nach lernte Adolph damals, eigene Überzeugungen gegen Angriffe zu verteidigen, eine Haltung, die freilich auch seiner frühzeitig erkennbaren Selbstsicherheit und einem mit Eigensinn gepaarten Beharrungsvermögen entsprang. Die ebenfalls denkbare Handlungsalternative einer weitgehenden Anpassung an den vorherrschenden Zeitgeist hat er schon damals nicht erwogen, wie er auch später seinen einmal gefaßten Überzeugungen stets treu blieb. Von großem Einfluß war das Vorbild seines damaligen Religionslehrers Maximilian Kaller (1880-1947), des späteren Bischofs von Ermland, der auch die materielle Basis für die Aufnahme des Studiums schuf.

II

Adolph wechselte mit großer Zielstrebigkeit an die Universität. Der ihm aus Schulzeiten vertraute Gegensatz von Glauben und Wissen

ließ ihn den Schwerpunkt auf jene theologischen Disziplinen – Fundamentaltheologie, Philosophie und Kirchengeschichte – legen, die seiner „kritisch rationale[n] Haltung" wie seinem Sinn für das Reale und Praktische entsprachen; die „rein spekulativen Zweige der theologischen Wissenschaft" blieben ihm eher fremd, obwohl er sich auch in ihnen um einen gründlichen Überblick bemühte. Nach einem Auswärtssemester in Freiburg absolvierte er am Ende des Wintersemesters 1925/26 mit „gutem" Ergebnis das Theologische Konkursum, um alsdann, widerwillig, wie er später freimütig einräumte, in das Breslauer Priesterseminar einzutreten, dessen bis ins kleinste geregelter Tagesablauf seinem Freiheitssinn nur wenig entsprach. Gerade 24jährig empfing er am 30. Januar 1927 durch den Breslauer Fürst-, späteren Erzbischof Adolf Kardinal Bertram (1859–1945) die Priesterweihe.

Es erwies sich für Adolphs weiteren Lebensweg als providentiell, daß er schon mit der ersten Kaplansstelle in seine Vaterstadt zurückkehren konnte, um ihr fortan – in freilich ganz unterschiedlichen Funktionen – bis zu seinem Tode verbunden zu bleiben. In Pfarrer Karl Pelz (1881–1962) von St. Augustinus erhielt er einen Mentor, der mit viel menschlicher Anteilnahme und Einfühlungsvermögen die ersten Schritte des Neupriesters zu lenken half. Adolph hat ihm dies – mit der für ihn charakteristischen Treue – zeitlebens gedankt und seinen wie Kallers Rat häufig gesucht, wenn innere oder äußere Krisen dies notwendig machten. „Berliner Schnauze mit Herz und Humor", die Heinrich Krone (1895–1989) dem toten Freund nachgerühmt hat, zeigte sich jedenfalls schon beim jungen Adolph, dessen zuweilen verletzende Direktheit ihm allerdings nicht nur Freunde machte. Hinter dem äußeren Erscheinungsbild des jungen „Kaplans, der viel lachte und recht laut sprach" und in geselliger Runde ein ausgeprägtes erzählerisches Talent entfaltete, verbarg sich freilich ein hohes Maß an inneren Spannungen, deren Adolph erst nach und nach Herr wurde, vor allem nachdem er in schriftstellerischer und journalistischer Arbeit die ihm gemäße Art der „Entspannung" gefunden hatte. Die Bekanntschaft mit dem Großstadtseelsorger und Schriftleiter des Katholischen Kirchenblattes Carl Sonnenschein (1876–1929) dürfte hier als Vorbild gewirkt haben.

Die Ernennung zum geistlichen Sekretär der Katholischen Aktion im Bistum Berlin am 2. August 1930 war ein Glücksfall für Adolph. Hier wie in der redaktionellen Arbeit für das Berliner Kirchenblatt, dessen Schriftleitung ihm im Mai 1932 noch zusätzlich übertragen

wurde, fand er ein Aufgabenfeld, das nicht allein seinen publizistischen Neigungen, sondern auch seinen organisatorischen Fähigkeiten und kirchenpolitischen Interessen entsprach. Ein zeitungswissenschaftliches Begleitstudium (1930–1932) vertiefte auch seine theoretischen Kenntnisse. Die anfangs nicht spannungsfreie, nach näherem Kennenlernen jedoch enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden der Katholischen Aktion Erich Klausener, der als Ministerialdirektor im Preußischen Innenministerium und Leiter der Polizeiabteilung ein einflußreicher und vielbeschäftigter Mann war, weitete Adolphs Horizont und eröffnete ihm Einblicke in politische Zusammenhänge, die sein Urteilsvermögen entscheidend formten. Damals begriff Adolph, daß erst die demokratische Republik von Weimar, ungeachtet ihres wenig vorteilhaften Erscheinungsbildes, den Katholiken die volle staatsbürgerliche Freiheit gebracht hatte, die es freilich gegen militante weltanschauliche Anfeindungen konsequent und einfallsreich zu verteidigen galt.

III

Die „Machtergreifung" der Nationalsozialisten setzte dem kirchlichen Wirken in der Öffentlichkeit ein jähes Ende. Als Klausener am 30. Juni 1934 im Zuge des sogen. Röhmputsches von SS-Schergen ermordet wurde, wenige Tage nach der machtvollen Veranstaltung des 32. Berliner Katholikentages in Hoppegarten, dem er präsidiert hatte, stand Adolphs Urteil über die neuen Machthaber fest; schon zuvor hatte er sich durch den Rausch der „nationalen Erhebung" nicht den Blick für die zahllosen Rechtsbrüche und Gewaltakte verstellen lassen, für die gerade Berlin reiches Anschauungsmaterial bot. Mit einer überaus eindrucksvollen Gedenkausgabe des Berliner Kirchenblatts setzte er dem Toten ein Denkmal und trug auch nach dem Krieg mit einer Biographie und der Umbettung der sterblichen Überreste Klauseners in die neu erbaute Kirche Maria Regina Martyrum dafür Sorge, daß die Erinnerung an ihn wie auch an andere Blutzeugen wachgehalten wurde.

Die Ernennung zum Leiter der Fachschaft der katholisch-kirchlichen Presse in der Reichspressekammer im Dezember 1933 brachte weitere Einblicke in die nationalsozialistische Gleichschaltungs- und Herrschaftspraxis. Diese Neugründung sollte der Transmissionsriemen sein, um das kirchliche Zeitschriftenwesen den rigiden Gleichschaltungsbestrebungen der Reichspressekammer zu unterwerfen,

während Adolph umgekehrt bemüht war, der Kirchenpresse ein unter den obwaltenden Umständen höchstmögliches Maß an Selbständigkeit zu erhalten. Dies wurde zum ständigen Drahtseilakt. Seine brüske Entlassung am 1. Juli 1936 zeigt, daß er sein Vorhaben nicht ohne Geschick und Erfolg, aber sehr zum Mißfallen der Machthaber umzusetzen verstand. Gerade am Berliner Kirchenblatt läßt sich diese hinhaltende Abwehr Woche für Woche verfolgen.

Adolphs Ersetzung als Fachschaftsleiter durch den SS-Führer Anton Willi vertiefte die ohnehin schon bestehenden Kontakte zum neuen Berliner Oberhirten Konrad Graf von Preysing (1880–1950), der 1935 aus der kleinen mittelfränkischen Diözese Eichstätt in die Reichshauptstadt berufen worden war. Der nobel-distinguierte bayerische Aristokrat und der poltrig-direkte Berliner Arbeitersohn waren freilich Gegensätze, die schwerlich größer gedacht werden können. Daß sie dennoch zu enger Kooperation, ja zu einem ausgesprochenen Vertrauensverhältnis fanden, resultierte nicht nur aus gemeinsamer Pressearbeit – Preysing versah das Pressereferat der Fuldaer Bischofskonferenzen –, sondern ergab sich aus offenkundig wechselseitiger menschlicher Sympathie und vor allem aus tiefer Übereinstimmung Adolphs mit Preysings entschlossenem kirchenpolitischen Kurs.

Dieser hellsichtigste und entschiedenste Hitler-Gegner im deutschen Episkopat vertrat gegenüber der vorsichtigen Eingabentaktik Kardinal Bertrams, des Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenzen, eine Linie begrenzter Konfrontation und stärkerer Einbeziehung der Öffentlichkeit in die kirchliche Abwehr. Von 1936 bis 1939 diente Adolph seinem Bischof als kirchenpolitischer Mitarbeiter und Gesprächspartner. Die meisten Proteste, Eingaben und Denkschriften Preysings gehen auf seine Entwürfe zurück; sie zeichnen sich allesamt durch genaue Sachkenntnis, klaren Aufbau, scharf zugespitzte Argumentation und strategisches Denkvermögen aus. „Der gläubige Katholik", heißt es beispielsweise in schneidender Schärfe in einer Eingabe an Propagandaminister Goebbels vom 29. August 1938, „steht in Deutschland unter Ausnahmerecht".

Häufig diente Adolph als Kurier zwischen Preysing und Bertram. So war er in den erstmals 1936 erkennbaren, seit 1937 sich verschärfenden Dissens über den bischöflichen Abwehrkurs bestens eingeweiht. Vor allem aber schrieb er nach Art eines Chronisten seine Beobachtungen und Einschätzungen nieder. Auf diese Weise entstanden die „Geheimen Aufzeichnungen aus dem nationalsozialistischen Kirchenkampf 1935–1943", eine erstrangige Quelle für zen-

trale Vorgänge im Episkopat, die Adolphs Urteilsfähigkeit wie seiner inneren Unabhängigkeit ein bemerkenswertes Zeugnis ausstellen. Sie haben den Krieg unversehrt überstanden und konnten nach Adolphs Tod vollständig veröffentlicht werden.
Mit dem endgültigen Verbot des Berliner Kirchenblatts im September 1938 war ein zentrales Arbeitsfeld Adolphs weggefallen. So übernahm er zum 1. Juli 1939 die Christ-König-Pfarrei in Berlin-Adlershof. Vordergründig betrachtet, schien er damit aus dem unmittelbaren Beraterkreis des Bischofs entfernt, ja an die Peripherie verbannt zu sein. Doch er hielt weiterhin engen Kontakt zu Preysing, versah auch gelegentlich noch Kurierdienste nach Breslau, aber zu kirchenpolitischen Aufzeichnungen kam er nur noch selten. Eine wichtige Ausnahme ist der Ausbruch des offenen Konflikts zwischen Preysing und Bertram im August 1940, der das Zerwürfnis im Episkopat offenkundig machte. Im übrigen trat für Adolph nun die seelsorgliche Arbeit beherrschend in den Vordergrund, vor allem nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs und während der alliierten Luftangriffe auf Berlin.

IV

Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches wurde Adolph mit der Wiederherausgabe des Berliner Kirchenblatts beauftragt und am 1. Juli 1945 zum Ordinariatsrat ernannt. Da die amerikanische Besatzungsmacht, in deren Sektor das während des Krieges ausgebombte Ordinariat untergebracht war, eine Drucklizenz nur an einen kircheneigenen Verlag vergeben wollte, übertrug Preysing Ende Juli die Leitung des in Gründung befindlichen Morus-Verlags an Adolph und erteilte ihm alle erforderlichen Vollmachten. Am 5. September 1945 berief er ihn ferner auf ein durch den Tod von Domkapitular Heufers freigewordenes Kanonikat. Zwei Jahre später wurde Adolph die neu errichtete Bischöfliche Pressestelle unterstellt. Am 17. März 1950 erhielt er die Würde eines Päpstlichen Hausprälaten. Gemeinsam mit Generalvikar Maximilian Prange hatte er somit wieder bestimmenden Einfluß auf die Berliner Kirchenpolitik gewonnen. Während Prange sich vor allem auf die kirchliche Verwaltung konzentrierte, vermochte Adolph den Morus-Verlag und das Petrusblatt „zum Kern eines katholischen Medien- und Informationssystems" (W. Tischner) auszubauen, wie im Diktum vom „Berliner Presseprälaten" deutlich wird. Er selbst sprach gelegentlich scherzhaft von einer „Nebenregierung".

Dank der restriktiven alliierten Lizensierungspraxis warf die Verlagsarbeit vor der Währungsreform beträchtliche Gewinne ab und trug nicht unwesentlich zur Finanzierung der vielfältigen kirchlichen Aufgaben bei. Über ein illegales innerkirchliches Verteilungsnetz konnten die Publikationen zunächst bis weit in die Sowjetische Besatzungszone hinein verbreitet werden; erst durch die Berlin-Blockade und die Verschärfung des Kalten Krieges wurde die Verlagsarbeit mehr und mehr auf Westberlin zurückgedrängt. Adolph beschränkte sich indessen nicht nur auf „tagespolitische" Aufgaben; gerade seinem Drängen war es zuzuschreiben, daß das Ordinariat bereits 1946 „Dokumente aus dem Kampf der katholischen Kirche im Bistum Berlin gegen den Nationalsozialismus" veröffentlichte.
Stärker noch als in den dreißiger Jahren wurde Adolph in allen Fragen von kirchenpolitischer Relevanz zu Preysings rechter Hand. Die aufsehenerregende Erhebung des Berliner Bischofs zum Kardinal am 18. Februar 1946 würdigte nicht allein dessen Rolle im Dritten Reich, sondern mußte auch als Unterstützung im Abwehrkampf gegen die zweite totalitäre Herausforderung der Kirche durch den militant-atheistischen Kommunismus gewertet werden. Auch Adolph durfte sich dadurch in seinen kirchenpolitischen Ansichten bestätigt sehen. Mit gleicher Entschiedenheit und Kompromißlosigkeit wie unter dem Nationalsozialismus wies Preysing alle Vereinnahmungsversuche der Sowjets und des SED-Regimes zurück, wobei er – gegen seinen Willen – mehr und mehr in die Rolle eines Sprechers der mitteldeutschen Jurisdiktionsträger hineinwuchs. Für fast alle ihre grundsätzlichen Eingaben und Verlautbarungen sind Entwürfe Adolphs nachweisbar; hier war er recht eigentlich in seinem Element. Der Erlaß vom 20. Dezember 1947, der es Geistlichen untersagte, „Erklärungen zu Zeitfragen im Namen der katholischen Kirche Deutschlands" abzugeben, sollte dabei weit über Preysings Amtszeit hinaus seine Wirkung entfalten; unter Bischof Döpfner 1957 erneut eingeschärft, bewahrte er den Klerus vor unliebsamer Instrumentalisierung durch die kommunistischen Machthaber.

V

Schon bald nach Gründung der DDR wurde offenkundig, daß der von Preysing wie Adolph vertretene Kurs einer offensiven Vertretung kirchlicher Belange, der begrenzte Konflikte mit dem Regime bewußt in Kauf nahm und auf tunliche Einbeziehung der (westlichen) Öffentlichkeit setzte, bei ostdeutschen Jurisdiktionsträgern

auf Widerspruch stieß. Stärker pastoral als kirchenpolitisch ausgerichtet und in der konkreten Diaspora-Situation vor Ort dem Druck der Partei- und Staatsbehörden womöglich stärker ausgesetzt, plädierten Bischof Legge von Meißen (1882–1951), Kapitelsvikar Piontek von Görlitz (1878–1963) und Weihbischof Weskamm von Magdeburg (1891–1956) schon 1950 für eine moderatere Linie. Auch der Leiter des Kommissariats der Fuldaer Bischofskonferenzen Wienken (1883–1961), wegen seiner Leisetreterei schon im Dritten Reich mit Preysing und Adolph überkreuz, hielt an seinem alten Beschwichtigungskurs fest. Diesen Gegenwind bekam Adolph ganz unmittelbar zu spüren, als Weihbischof Weskamm, der nach Preysings frühem Tod 1951 zum Bischof von Berlin ernannt wurde, ihn (wie auch Generalvikar Prange) von allen kirchenpolitischen Funktionen entband. Immerhin hatte Adolph dadurch vorgesorgt, daß er sich während der Sedisvakanz von den Amerikanern in der Nachfolge Preysings zum neuen Lizenzträger des Morus-Verlags hatte ernennen lassen. Zumindest dieser Bereich wie auch die Presse- und Rundfunkarbeit Adolphs waren damit der Verfügung Weskamms entzogen.

So vermochte Adolph die Jahre des Einflußverlustes halbwegs zu kompensieren, zumal er in enger Zusammenarbeit mit Prälat Wilhelm Böhler (1891–1958), der die Verbindungsstelle der Kirche zur Bundesregierung leitete und den er regelmäßig mit Informationen über die kirchliche Lage in Berlin und Mitteldeutschland versah, erfuhr, daß sein Rat nach wie vor geschätzt war. Über die weitere Entwicklung in der DDR hatte er schon vor der Niederschlagung des Aufstands vom 17. Juni 1953 keine Illusionen und legte daher dem Aufbau einer DDR-eigenen Kirchenpresse keine Hindernisse in den Weg, als der weitere Vertrieb des Petrusblatts nicht mehr möglich war. Wohl verwahrte er sich gegen gelegentliche Kritik an dessen strikt antikommunistischer und freiheitsbetonender Berichterstattung, die Adolph im Osten den Ruf eines „kalten Kriegers" eintrug. Im Gegensatz zu Bischof Spülbeck von Meißen lehnte Adolph 1956 einen Kurs „der politischen Abstinenz und des Verzichtes auf Stellungnahmen in konkreten politischen Fragen" strikt ab.

Unter Bischof Julius Kardinal (seit 1958) Döpfner (1913–1976, 1957–1961 Bischof von Berlin) rückten Adolph und Prange wieder in ihre alten Vertrauensstellungen ein, ja Adolph wurde zum wichtigsten kirchenpolitischen Berater des Kardinals, dessen den kirchlichen Standpunkt entschieden markierende Verlautbarungen er maßgeblich beeinflußte. Hierfür kamen ihm seine hervorragenden In-

formationen, aber auch seine systematisch gepflegten Ost-West-Kontakte gleichermaßen zustatten. Allerdings verschlechterte sich gleichzeitig die politische Großwetterlage; namentlich die massiv propagierte Atheisierungskampagne der späten 50er Jahre und der Mauerbau veränderten die Rahmenbedingungen für seelsorgliches Wirken entscheidend, ohne daß Adolph dem mehr als entschlossenen publizistischen Widerstand hätte entgegensetzen können.

VI

Den äußeren Höhepunkt seiner Laufbahn erreichte Adolph ausgerechnet wenige Tage nach dem Mauerbau, als ihn der zum Nachfolger Döpfners ernannte Bischof Alfred Kardinal (seit 1967) Bengsch (1921–1979) am 19. August 1961 zu seinem Generalvikar und – da er selbst im Ostteil der Stadt residierte – zu seinem ständigen Vertreter für Westberlin berief. Damit hatte Adolph die Möglichkeit, „gestaltend und führend die Geschicke seines Bistums mit[zu]lenken" (E. Klausener) (jr.), durch die Umstände erzwungen freilich mit eindeutiger Konzentration auf den Westteil der Diözese. Dies zeigte sich nicht zuletzt auch in umfangreicher Bautätigkeit, mit der er die materiellen und räumlichen Voraussetzungen für seelsorgliches Wirken verbessern wollte. Bekanntestes und eindrucksvollstes Zeugnis dieser Bemühungen ist die auf maßgebliches Betreiben von Adolph errichtete Gedächtniskirche Maria Regina Martyrum in der Nähe der Hinrichtungsstätte Berlin-Plötzensee, die dazu bestimmt ist, die Erinnerung an die „Blutzeugen für Glaubens- und Gesinnungsfreiheit in den Jahren 1933–1945" wachzuhalten.
Da die Abschottung der DDR auch die Bewegungsfreiheit des Bischofs empfindlich einschränkte, mußte die Abstimmung mit Bengsch meist schriftlich über Boten erfolgen, ein Dienst, den lange Prälat Zinke versah. Adolph mußte seinen Bischof auch auf den Fuldaer Bischofskonferenzen vertreten. Daß er unter diesen Umständen ernsthaft über einen Weihbischof für Westberlin nachdachte, zeitweise sogar ein eigenes Bistum ins Auge faßte, war nicht zuletzt seelsorglichen Erwägungen zuzuschreiben.
Aber auch im Westen der Stadt wuchsen die Schwierigkeiten. Ein Gegenstand ständiger Sorgen war die Finanzierung der katholischen Schulen. Verhandlungen mit dem Senat über die Ausgestaltung des Verhältnisses von Kirche und öffentlicher Gewalt gestalteten sich schwierig, allerdings auch infolge der zögerlichen Haltung des Hl. Stuhls und der stets mitzubedenkenden Auswirkungen auf den Ost-

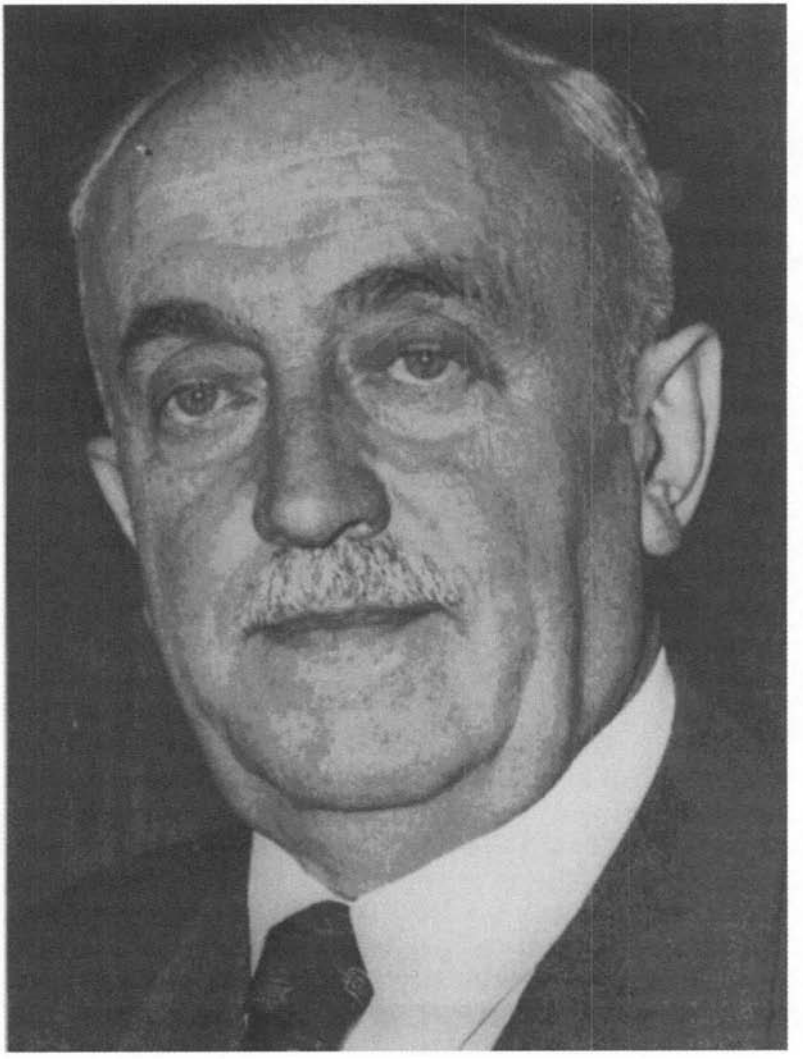
teil des Bistums. Es war das persönliche Verdienst Adolphs, daß sie dennoch am 2. Juli 1970 „zu einem guten Abschluß" gebracht werden konnten. Innerkirchlich war Adolphs Amtszeit von Spannungen zwischen dem Ordinariat und dem Gesamtverband der katholischen Kirchengemeinden Berlins überschattet, der sich gegen die Durchsetzung eines ordinariatsbezogenen Kirchensteuersystems wehrte. Der Rücktritt Franz Amrehns, des stellvertretenden Berliner Bürgermeisters, vom Vorsitz des Gesamtverbandes führte Anfang 1968 zu einer heftigen Pressefehde, in deren Verlauf Adolph massiv attackiert wurde. Da sein Verhältnis zum CDU-Politiker Amrehn nicht das beste war, wurden ihm sogar Sympathien für dessen sozialdemokratische Gegner unterstellt. Daß ein denunziatorischer Artikel der „neuen bildpost" unter dem bewußt zweideutigen Titel „Adolphs Zeiten" dem streitbaren Generalvikar zu allem Überfluß autoritären Führungsstil und vorkonziliare Gesinnung vorwarf, traf den mittlerweile herzkranken Adolph nachhaltiger, als er sich selbst eingestehen wollte. Nur das Drängen Bengschs hielt ihn von einem Rücktritt ab.

Im Spätsommer 1968 wurde sein Verhältnis zu Bengsch durch eine Vertrauenskrise belastet. Sie war über der Diskussion der Enzyklika Humanae vitae entstanden, die im deutschen Katholizismus eine heftige Polarisierung bewirkte. Bengsch, der in der ihm eigenen Schroffheit den Standpunkt Pauls VI. teilte, verübelte seinem Generalvikar, daß dieser im Benehmen mit Kardinal Döpfner auf der Bischofskonferenz in Königstein Bengschs vom Votum der deutschen Bischöfe abweichende Stellungnahme nicht verlesen hatte, um die mühsam erreichte Einmütigkeit nicht zu gefährden. So mehrten sich Gerüchte, die von Adolphs bevorstehender Ablösung wissen wollten. Die Staatssicherheit der DDR interessierte sich schon deshalb für den Vorgang, um „den reaktionären und DDR-feindlichen Kurs der Leitung der katholischen Kirche in Westberlin zu verändern". Ein Treffbericht mit dem „IMF Otto" [Groß] läßt erkennen, daß Adolph auch im ostdeutschen Klerus Gegner hatte und der abenteuerliche Plan erwogen wurde, unter Schützenhilfe durch die Stasi einen in der DDR geborenen Theologen zum Weihbischof in Westberlin zu ernennen. Daß Bengsch zu solch hanebüchenen Überlegungen seine Hand geboten hätte, ist freilich schlechterdings nicht vorstellbar.

Zum 1. Oktober 1969 ließ Adolph sich vom Amt des Generalvikars entpflichten. Die angeführten gesundheitlichen Gründe des inzwischen 67jährigen waren keineswegs nur vorgeschoben. Schon zum Jahresende erkrankte er schwer und rang lange mit dem Tode. Nach seiner Genesung wollte er sich in den ihm noch verbleibenden Jahren schriftstellerischer Arbeit widmen und seinen (kirchen-)historischen Neigungen nachgehen, vor allem im Blick auf die Zeit der NS-Barbarei. Eine Fülle einschlägiger Veröffentlichungen legt davon Zeugnis ab, allen voran seine 1971 erschienene Preysing-Biographie, als deren zentrale Einsicht er den Lesern vermitteln wollte, daß „die Existenz der Kirche mit ihrer Heilsmission selbst und deren Auswirkung auf Gesellschaft und Staat" noch nie „so massiv und radikal in Frage gestellt worden" sei, „wie in der Propaganda der totalitären Macht im 20. Jahrhundert". Wenn er gleichwohl in seinen späten Schriften zu weniger scharfen Urteilen neigte als der Verfasser der „Aufzeichnungen" 30 Jahre zuvor, dürfte dies nicht nur dem Abstand der Jahre und den relativierenden Erfahrungen der zweiten deutschen Diktatur geschuldet sein, sondern auch den gesellschaftlichen und kirchlichen Umbrüchen seit den späten 50er Jahren. Erst die selbstgerecht-moralisierende Attitüde der Nachgeborenen bewog ihn, nun auch für jene kirchenpolitischen Haltungen Verständnis aufzubringen, die er in seiner „aktiven" Zeit kritisiert hatte.

So war er schon 1963 Hochhuths Anwürfen gegen Pius XII., die im Gewand historischer Rechthaberei daherkamen, mit der Studie „Verfälschte Geschichte" auf kämpferische Weise entgegengetreten, und zwei Jahre später ging er dem Grundsatzkonflikt des deutschen Episkopats im Dritten Reich in einfühlsamer Darstellung nach. Selbst langjährige Weggefährten wie Heinrich Wienken, deren kirchenpolitischen Kurs vor wie nach 1945 er auf das entschiedenste bekämpft hatte, fanden in Adolph nun einen verständnisvollen Biographen. Freilich ermunterte er gleichzeitig die katholische Zeitgeschichtsforschung, den Dingen auch mit der Sonde des kritischen Wissenschaftlers nachzuspüren. Er selbst war engagiertes Mitglied im Kuratorium der Kommission für Zeitgeschichte. Über einem letzten, unvollendet gebliebenen Manuskript – „Adolf Hitlers religiöse[r] und sittliche[r] Entwicklung" – setzte am 25. April 1975 ein Herzschlag Adolphs Leben ein Ende. Er wurde in der Grablege des Domkapitels von St. Hedwig in Reinickendorf beigesetzt.

Mit ihm war ein Priester verstorben, der zu Lebzeiten gewiß manche scharfe Klinge geschlagen hatte, dem es freilich stets um die Glaubwürdigkeit des kirchlichen Auftrags gegangen war. „Geistlicher Autoritätsnebel", politische Blindheit und taktische Leisetreterei waren ihm dabei gleichermaßen zuwider. Daß er seinen Überzeugungen in großer Konsequenz treu blieb und sie auch dann zu vertreten pflegte, wenn es eher inopportun schien, mochten auch seine Gegner nicht bestreiten, wie verletzend sie sein Verhalten bisweilen auch empfinden mochten. In der seltenen Verbindung von persönlicher Frömmigkeit, charakterlicher Stärke, urwüchsigem Humor, politischem Gespür und intellektueller Vielseitigkeit war Adolph eine singuläre Erscheinung im Berliner Klerus seiner Zeit.



Hermann Pünder (1888–1976)

Zweimal in seinem Leben ist der in Trier geborene, in Köln aufgewachsene und in Berlin beruflich aufgestiegene katholische Rheinländer Hermann Pünder durch die Übernahme politischer Ämter zu einer Persönlichkeit der Zeitgeschichte geworden: 1926 bis 1932 als Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei, und vom März 1948 bis zum September 1949 als Vorsitzender des Verwaltungsrats („Oberdirektor") der zum Vereinigten Wirtschaftsgebiet zusammengeschlossenen amerikanischen und britischen Besatzungszonen in Frankfurt a. M. Pünder überlebte 1944/45 als Gegner des nationalsozialistischen Regimes die Haft in mehreren Konzentrationslagern und zählte zu den Mitbegründern der CDU in Münster. Daß seine Rolle als politische Zentralfigur im Herbst 1949 abrupt endete, verdankte er Konrad Adenauer, dessen Nachfolger als Oberbürgermeister von Köln er Ende 1945 geworden und bis Ende März 1948 geblieben war. Der Bundeskanzler berief den Oberdirektor a. D. nicht in seine Regierung und auch in keine andere Spitzenposition in Bonn.

I

Hermann Joseph Maria Ernst Pünder wurde am 1. April 1888 in Trier geboren, wo sein Vater Hermann-Joseph (1841–1917), der aus einem Bauerngeschlecht in der Eifel stammte, als Landrichter amtierte. Dessen Familie stammte, wie Pünder später einmal formuliert hat, „aus kernigem Bauerngeschlecht in der Voreifel", seine Mutter Carola geb. Schoemann (1856–1943) aus einer Bankiersfamilie des „hochkultivierten Moselgebiets". Geboren sei er „auf der Wasserscheide sozusagen von den Franzosen und den Deutschen", erklärte Pünder 1963. Da der Vater 1889 an das Oberlandesgericht nach Köln versetzt wurde, wuchs Hermann mit vier Geschwistern in Köln auf, wo er nach der Volksschule seit 1897 das Apostelgymnasium besuchte, das der um zwölf Jahre ältere Konrad Adenauer drei Jahre zuvor verlassen hatte. Pünder hat die rheinische Metropole stets als seine Vaterstadt empfunden.

Als sein Vater im Herbst 1900 an das neu errichtete Reichsmilitärgericht nach Berlin berufen wurde, übersiedelte die Familie in die Reichshauptstadt. Hermann Pünder blieb jedoch im Rheinland und besuchte, als Zögling des dortigen Erzbischöflichen Konvikts, zusammen mit seinem älteren Bruder Werner das Königlich-Preußische Gymnasium in Münstereifel. Nach dem Abitur (1906) studierte er Rechts- und Staatswissenschaften in Freiburg, London und Berlin und absolvierte 1909 das erste Staatsexamen. Seine Ausbildung als Gerichtsreferendar in und in der Nähe von Berlin wurde durch eine Militärdienstzeit als „Einjährig-Freiwilliger" in Naumburg an der Saale unterbrochen. 1910 erwarb er an der Universität Jena mit einer Dissertation aus dem Vereinsrecht den juristischen Doktorgrad.

Der Referendar, der bereits das westeuropäische Ausland kennengelernt hatte, schloß im Juni 1915 seine Ausbildung mit dem zweiten Staatsexamen ab, wiederum mit einer guten Note. Dafür nutzte er einen Heimaturlaub; denn zu diesem Zeitpunkt leistete Pünder bereits Kriegsdienst. Als Leutnant d. R. des 2. Thüringischen Feldartillerie-Regiments (seit 1913) war er vom Beginn des Krieges bis zu dessen Ende an der West- und Ostfront eingesetzt, zuletzt wieder in Frankreich, und seit 1916 mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse ausgezeichnet.

In der Weimarer Republik machte der 30jährige Kriegsheimkehrer und „Doppelprädikatler" eine steile berufliche Karriere. Er gehörte dem Zentrum an, hielt sich jedoch parteipolitisch zurück und zählte zu den Repräsentanten eines an preußischen Maßstäben orientierten Berufsbeamtentums. Nach kurzer Tätigkeit am Landgericht I in Berlin und im preußischen Justizministerium wechselte Pünder im Herbst 1919 in das Reichsfinanzministerium und damit auf die andere, die „Reichsseite" der Wilhelmstraße. 1920 heiratete der Regierungsrat die aus Düsseldorf stammende Magda Statz – Tochter eines Richters und Geheimen Justizrats. Der Ehe entstammten fünf Kinder.

II

Der Reichsbeamte erlebte in den folgenden fünf Jahren die Instabilität der Republik auf seine Weise: an der Spitze des Reichsfinanzministeriums wechselten sich fünf Ressortchefs ab. 1921 erhielt Pünder als Oberregierungsrat die Leitung des Ministerbüros übertragen und wurde unter Reichskanzler Joseph Wirth (1921/22), der

eine Zeitlang auch das Finanzministerium führte, häufig in die Reichskanzlei gerufen. So lernte er den Umgang mit Regierungsmitgliedern, Abgeordneten und Verbandsvertretern. Dabei kam ihm seine rheinisch-verbindliche, weltläufige Art und Kontaktfreudigkeit ebenso zugute wie die Fähigkeit des raschen Formulierens.
Nach der Ernennung des damaligen Reichsfinanzministers Hans Luther zum Reichskanzler Anfang 1925 nahm dieser seinen „Vorzimmerchef" mit in die Reichskanzlei, und zwar als Stellvertreter des Behördenleiters. Unter Luthers Nachfolger, Reichskanzler Wilhelm Marx, avancierte der Ministerialdirektor bereits im Juli 1926, mit 38 Jahren, zum Chef der Reichskanzlei.
In dieser Schlüsselstellung verblieb der Staatssekretär die folgenden sechs Jahre. Er überdauerte die Regierungswechsel von Marx', 1927, zum Kabinett Hermann Müller (SPD) 1928 und zu Heinrich Brüning (Zentrum) 1930. Pünder verstand sich als loyaler Erfüllungsgehilfe der Regierungschefs. Sein guter Kontakt zu Politikern, Militärs und den Spitzen der Reichs- und preußischen Ressorts und der instrumentale Einsatz der Reichskanzlei als Leitungs- und Koordinierungszentrale verschafften ihm Einfluß. Er nahm als Beobachter an internationalen Konferenzen in Genf und in Den Haag teil und entwickelte sich zu einem „ruhenden Pol der Vernunft", wie ihn der Zentrumsvorsitzende Ludwig Kaas am Tage des Sturzes der Regierung Brüning (30. Mai 1932) beurteilte.
Nach außen hin allerdings ließ er seinen politischen Einfluß und seine Rolle als Krisenmanager nicht erkennen, in seinem Tagebuch dagegen hielt er sie detailliert fest. Seine von Anfang an ausgezeichnete Zusammenarbeit mit Brüning erleichterte die administrative Bewältigung der hektisch gewordenen Regierungsarbeit des Präsidialkabinetts in der Zeit der Weltwirtschaftskrise. Der Staatssekretär zählte neben Reichsfinanzminister Hermann Dietrich und Reichsarbeitsminister Adam Stegerwald zum engsten Führungskreis. 1932 teilte er die Empörung Brünings über die Art und Weise, in der der von seiner Umgebung beeinflußte greise Reichspräsident den Kanzler durch Vertrauensentzug stürzte. Dessen Nachfolger Franz von Papen hatte von vornherein, auf Veranlassung Kurt von Schleichers, des Initiators dieses Kanzlerwechsels, einen anderen Chef der Reichskanzlei ins Auge gefaßt. In der Regierung Papen sah Pünder am 2. Juni 1932, wie ein Berliner Kollege festhielt, nur eine „Vorstufe zum Dritten Reich".

Am selben Tage wurde der 44jährige Staatssekretär entlassen und war vier Monate lang arbeitslos. Die erwartete Ernennung zum Oberlandesgerichtspräsidenten in Köln kam nicht zustande. Als Pünder Ende September das Amt des Regierungspräsidenten in Münster angeboten erhielt, griff er zu. Am 4. Oktober 1932 ernannt, übersiedelte er in die westfälische Provinzialhauptstadt.

Pünders Tätigkeit an der Spitze des viertgrößten Regierungsbezirks in Preußen (1,7 Mill. Einwohner) blieb jedoch Episode. Über den wahren Charakter des am 30. Januar 1933 beginnenden „Dritten Reiches" gab er sich offensichtlich zunächst einer Fehleinschätzung hin, vermutlich bestärkt durch ein Gespräch Anfang Februar mit Hindenburg, der glaubte, die „Regierung Hitler-Papen" unter Kontrolle zu haben. Er fühlte sich in Münster „recht wohl" (24. März 1933) und hoffte, den „starken nationalen Schwung" – so umschrieb er die Auswüchse der nationalsozialistischen Revolution wieder von der „staatlichen Autorität" her – kanalisieren zu können. Seine Erleichterung darüber, der „ungeheueren Hetze und Verantwortung" seiner Berliner Stellung entronnen zu sein, hielt aber nicht lange an. Anfang April mußte der Regierungspräsident einen Vertrauensmann der Gauleitung der NSDAP als „Verbindungsoffizier" akzeptieren.

Als er am 8. Mai Heinrich Brüning zu seiner Wahl zum neuen Vorsitzenden der Zentrumspartei gratulierte, verband Pünder damit die Erwartung einer „ehrlichen und positiven Zusammenarbeit zwischen Ihnen und Herrn Reichskanzler Hitler", sei es im Kabinett „oder in anderer Weise". Der Regierungspräsident überschätzte immer noch, wie so viele Zentrumsanhänger, die vermeintliche Gefährlichkeit des Doppelministers Alfred Hugenberg, während bei einer „Zusammenarbeit Hitler-Brüning noch alles zum Besten geführt werden könne".

Pünder blieb seiner politischen Überzeugung treu und weigerte sich, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei beizutreten. Da der Regierungspräsident seine Stellung nicht kampflos räumte, wurde er – wie vor ihm bereits in Münster Oberpräsident Johannes Gronowski (Zentrum) – am 1. Juli 1933 beurlaubt, drei Wochen später in den einstweiligen und am 15. März 1934 in den dauernden Ruhestand versetzt.

Der seit Mitte Juli 1933 existierende Einparteienstaat wurde für den 45jährigen Frühpensionär, der nunmehr auf der „Schattenseite des Lebens" stand, zu einer Leidenszeit. Mit seiner Familie bewirtschaf-

tete er einen neu erworbenen kleinen Bauernhof („Eichenhof") in Hiltrup, am Stadtrand von Münster, mit neun Morgen Landfläche. Seine Hoffnung, mit Hilfe einer im Zeichen der Autarkiepolitik des Vierjahresplans von 1936 gegründeten Gesellschaft durch Probebohrungen im Münsterland auf Erdöl zu stoßen, erfüllte sich nicht. Diese Tätigkeit verschaffte ihm jedoch die Möglichkeit zu unauffälligen „Geschäftsreisen". Pünder besuchte auch künftig Verwandte in den Niederlanden und traf dort bis zum Kriegsausbruch wiederholt mit dem seit 1934 im Exil lebenden Heinrich Brüning zusammen.
Auf den Rat militärischer Freunde im Reichswehrministerium hin absolvierte der Regierungspräsident a. D. bis 1939 zwei Wehrübungen, auch in der Hoffnung, eventuell in der Wehrmachtsverwaltung wieder beruflich Verwendung finden zu können. Nach Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde der nunmehrige Hauptmann d. R. (später noch Major d. R.) zu Verwaltungstätigkeiten im Stab des Wehrkreiskommandos VI in Münster einberufen. Als Pünder im April 1947 – vor der ersten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen – von seiten des neuen Zentrums angegriffen wurde, erteilte ihm der Vorsitzende des Verbandes der Verfolgten der NS-Regimes in Münster, Druckereibesitzer Josef Vienerius, ein eindeutiges Zeugnis: Pünder sei ein „aufrechter katholischer Mann" gewesen, habe sich „öffentlich zu seinem Glauben bekannt" und „sogar in Majorsuniform an religiösen Veranstaltungen" teilgenommen.
Durch zwei Besuche Carl Goerdelers in Münster, 1939 und im November 1942, geriet Pünder in den Umkreis von dessen Widerstandsbewegung. So wurde er nach dem fehlgeschlagenen Stauffenberg-Attentat vom 20. Juli 1944 von der Gestapo verhaftet, in das Gerichtsgefängnis in Berlin-Moabit eingewiesen, qualvollen Verhören unterworfen und „wegen Unwürdigkeit" aus dem Beamtenstand und aus der Wehrmacht ausgestoßen. Er verlor sämtliche Beamtenrechte und die Pension.

IV

Die Verhandlung vor dem Volksgerichtshof unter Leitung Roland Freislers wegen einer Anklage auf „Hochverrat" fand am 21. Dezember 1944 statt. Dabei wurde Pünder, im Unterschied zu anderen Mitangeklagten – darunter der frühere Zentrumspolitiker Eugen Bolz, bis 1933 Staatspräsident von Württemberg –, nicht zum Tode verurteilt, sondern freigesprochen. In Freislers Urteilsbegründung

vom 16. Januar 1945 hieß es, daß Pünder seine Verteidigung in „eindrucksvoller Offenheit und Sicherheit vorgebracht" habe.
Offensichtlich verdankte Pünder die erkennbare Rücksichtnahme Freislers dem Eingreifen eines Freundes, des Berliner Generalintendanten und Preußischen Staatsrats Heinz Tietjen, der Freisler ein fiktives „Interesse" Görings an Pünder hatte signalisieren lassen. Die Gestapo ignorierte jedoch, wie in anderen Fällen, den Freispruch und verschleppte den „Hochverräter" in das Konzentrationslager Ravensbrück bei Fürstenberg in Mecklenburg. Mit dem Näherrücken der Ostfront wurden die Häftlinge im Februar 1945 in das KZ Buchenwald bei Weimar – von dessen Existenz Pünder, wie er in seinen Memoiren schreibt, bis dahin noch nie etwas gehört hatte – und Anfang April in das KZ Dachau verlegt. Pünder gehörte zu jenem „Prominententransport" von 136 Häftlingen aus 22 Ländern, die, als Geiseln der SS, in die „Alpenfestung Tirol" verschleppt, Anfang Mai 1945 im Pustertal befreit wurden.
Mit der Übernahme der ehemaligen KZ-Häftlinge in amerikanischen Gewahrsam war allerdings deren Odyssee noch keineswegs beendet. Als „Ehrengäste" der US-Army gelangten sie auf die Insel Capri. Von dort aus erhielt Pünder, wahrscheinlich Ende Mai, Gelegenheit, im Vatikan von Papst Pius XII., der den Staatssekretär aus der Zeit seiner Tätigkeit als Nuntius in Berlin (1920–1929) kannte, als „erster Besucher aus Deutschland" nach Kriegsende empfangen zu werden. Die über den Vatikansender ausgestrahlte Nachricht von dieser Audienz bedeutete für Pünders Familie, die nach der Ausbombung in Hiltrup eine Unterkunft in Warendorf gefunden hatte, das erste Lebenszeichen seit Monaten. (In seinem Dankschreiben vom 29. Juni 1949 für die Glückwünsche Pünders zum Goldenen Priesterjubiläum Pius' XII. erinnerte der Papst an den Tag, „wo Wir Sie zusammen mit anderen befreiten Schicksalsgenossen vor Ihrer Rückkehr in die Heimat hier bei Uns sahen").
Erst am 26. Juli 1945 konnte Pünder, nach längerem Aufenthalt in einem Interrogation Center der US-Army in Luxemburg und dann in Wiesbaden, in die Heimat zurückkehren. Seine Familie war wenige Tage zuvor nach Münster umgezogen. Kurze Zeit später kehrten zwei Söhne aus dem Kriegsdienst zurück.

V

In Münster fand der „Staatssekretär a. D." kein ihm angemessenes administratives Tätigkeitsfeld. Zur Annahme einer „nachgeordneten

Stelle" – wie der Rückkehrer am 26. August 1945 dem Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer schrieb – konnte er sich nicht entschließen. So engagierte sich Pünder zunächst in der kirchlichen Laienarbeit, als Vorsitzender des „Katholikenausschusses". Dann nutzte er den unfreiwilligen Wartestand dazu, einen Beitrag zur Verwirklichung des „Gedankens der politischen Gemeinschaft aller Christen" zu leisten, zu dessen „Vorkämpfer" er – wie er am 29. September 1945 Johannes Gronowski, schrieb – aufgrund seiner „schweren Zeit" in den Konzentrationslagern („Opfergang") geworden war.

Gespräche eines kleinen Kreises früherer Mitglieder des Zentrums in Münster mündeten Mitte September in die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft zur Bildung der CDP", deren Leitung Pünder übernahm. Gegenüber der Militärregierung ließ er aber die Bereitschaft erkennen, seine neue politische Funktion zugunsten eines „important job" aufzugeben. Mit dieser Einschränkung übernahm er am 10. Oktober 1945 die Führung „unserer neuen christlichen Sammlungspartei". Fünf Tage später eröffnete er die erste Veranstaltung der CDP Münster-Stadt und -Land, die von Februar 1946 an als CDU firmierte.

Pünders parteipolitisches Zwischenspiel dauerte nur vier Wochen. Ende Oktober bot ihm der britische Militärbefehlshaber der Nordrhein-Provinz, Brigadier John Barraclough, das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Köln an. Er war vakant, da derselbe Regionalherrscher am 6. Oktober 1945 Adenauer entlassen hatte. Bevor Pünder das Angebot akzeptierte, vergewisserte er sich bei prominenten Persönlichkeiten in Köln und Düsseldorf, mit welcher Unterstützung er als Oberbürgermeister würde rechnen können. Die Auskünfte waren ermutigend, so daß er sich entschloß, die schwere Aufgabe zu übernehmen, Den Ausschlag gab offensichtlich das Votum Adenauers. Pünder machte sich keinerlei Illusionen über die vor ihm liegende „Riesenaufgabe" als Nachfolger „eines so bedeutenden Oberbürgermeisters und Freundes" wie Adenauer.

VI

Die 28 Monate, die er vom 28. November 1945 an als Oberbürgermeister von Köln amtierte – er wohnte zunächst im St. Elisabeth-Krankenhaus in Köln-Hohenlind –, bedeuteten eine ungewöhnliche Herausforderung. Angesichts der „Todesstarre", in der er die „schwerst angeschlagene Stadt" vorfand, besaß der äußere Wieder-

aufbau Priorität. Dabei blieb die Stadtverwaltung von der örtlichen Militärregierung abhängig. Die Beseitigung der Trümmer allein in der über 90 Prozent zerstörten Altstadt und der materielle Wiederaufbau machten in der Folgezeit sichtbare Fortschritte. Ein Notwohnungsprogramm und der „Ehrendienst" des Schutträumens erwiesen sich als erfolgreich. Der Oberbürgermeister opponierte vergeblich gegen die Übertragung des britischen Verfassungsmodells für die Kommunalebene durch Trennung von Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor.

Pünder gelang es, eine Reihe zentraler Verbände des kommunalen und des kulturellen Lebens neu zu begründen und/oder deren Geschäftsstellen nach Köln zu bekommen, darunter den Deutschen Städtetag (zunächst der britischen Zone), deren Vorsitz Pünder erhielt. Die persönlichen Verbindungen des früheren Staatssekretärs erleichterten entsprechende Kontakte, und seine verbindliche Art kam der Zusammenarbeit mit den Spitzen der Kirchen, der Universität, der Wirtschaft und der Vereine in der Domstadt zugute. Der Oberbürgermeister, der seit August 1946 mit seiner Familie in einer Dienstwohnung in Köln auf dem Römerberg wohnte, verschaffte sich Respekt. Überregional ausgerichtete kulturelle Veranstaltungen wurden zunehmend beachtet.

Schwierigkeiten ergaben sich durch eine zunehmende Verschärfung parteipolitischer Gegensätze. Pünder gehörte seit 1946 sowohl dem von der Militärregierung ernannten Provinzialrat der Nord-Rheinprovinz als auch (ab Oktober 1946) dem ernannten und dann dem ersten gewählten Landtag von Nordrhein-Westfalen (20. April 1947) an. Die Errichtung des neuen Landes hatte er begrüßt. Aus seiner politischen Tätigkeit resultierten zusätzliche Einflußmöglichkeiten zugunsten von Köln, andererseits aber auch Reibungen mit Adenauer, dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Düsseldorfer Landtag und der CDU in der britischen Zone. Pünder verzichtete 1947 auf die offensichtlich aussichtsreiche Kandidatur für das Amt des Ministerpräsidenten zugunsten von Karl Arnold. In Köln blieb er um Zusammenarbeit auch mit den nicht der Union angehörenden Beigeordneten bemüht. Das dabei gezeigte Entgegenkommen ging seinem Amtsvorgänger allerdings zu weit.

Den Ausgang der ersten Wahl zur Kölner Stadtverordnetenversammlung am 13. Oktober 1946 – CDU 41 Sitze, SPD acht, KPD zwei – verstand Pünder als persönlichen Erfolg. Da er nun gewählter Oberbürgermeister war, drängte Adenauer ihn, im Kollegium der

Beigeordneten stärker Unionsmitglieder zu berücksichtigen, suchte ihn auch parteipolitisch unter Kontrolle zu halten.

VII

Wie im Herbst 1945 wurde Hermann Pünder Ende Februar 1948 wiederum von außen gedrängt, eine bedeutsamere Aufgabe zu übernehmen. Im Zuge einer Reorganisation der Zweizonen-Verwaltung in Frankfurt hatten die amerikanische und die britische Militärregierung zur Koordination der dortigen fünf Zentralverwaltungen – zu denen kurz darauf eine sechste trat – und der an ihrer Spitze stehenden Direktoren einen „Oberdirektor" vorgesehen. Da die CDU/CSU-Fraktion des Wirtschaftsrats die Chance sah, dieses Amt zu besetzen, geriet Pünders Name ins Gespräch. Ende Februar 1949 drängte Adenauer ihn, sich als christlicher Politiker für eine so wichtige Aufgabe zur Verfügung zu stellen, und sagte ihm zu, ihn „soweit irgend möglich zu unterstützen".

Der Kölner Oberbürgermeister ließ sich in dem ihm eigenen Optimismus in Frankfurt nominieren. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Friedrich Holzapfel, präsentierte ihn vor der Wahl am 2. März 1948 mit der ungeschickten Wendung, man habe bewußt keinen „ausgesprochen starken Politiker" herausstellen wollen, „da wir ja kein Staat sind, sondern eine Wirtschaftsverwaltung". Der Wirtschaftsrat wählte Pünder dann mit 40 Stimmen gegen acht Stimmen für Hermann Dietrich, bei 48 Enthaltungen, bestätigte die vier seit dem Vorjahr amtierenden Direktoren Edmund Frohne, Alfred Hartmann, Hans Schlange-Schöningen und Hans Schuberth, und bestellte Ludwig Erhard zum neuen Direktor der Verwaltung für Wirtschaft. Wenige Tage später, am 30. März 1948, gratulierte ihm Adenauer zum 60. Geburtstag, den er in seiner „höchst verantwortungsvollen" neuen Stellung begehen könne, mit der Aussicht auf eine „große und segensreiche" Tätigkeit „zum Wohle von uns allen".

Damit hatte Pünder den Höhepunkt seiner politischen Position erreicht, als exekutive Spitze der Bizonenverwaltung. Durch sein Düsseldorfer Landtagsmandat (bis 1950) blieb er in Verbindung zu Köln, wo er seinen und seiner Familie Wohnsitz beibehielt, aber auch mit Adenauer.

Der Oberdirektor fand sich in seiner neuen Stellung rasch zurecht. In einer treffenden Kurzcharakterisierung bezeichnete „Der Spiegel" (6. März 1948) als die ausgeprägteste von Pünders „vielen Fähigkeiten" die Eigenschaft, „widerstrebende Anschauungen gelten zu las-

sen, ohne die eigenen aufzugeben". Die administrativen Leistungen des Verwaltungsrates waren beachtlich: für den Wiederaufbau und die Ankurbelung der Wirtschaft, die Förderung des Wohnungsbaus, die Verbesserung der Ernährung wie der Kohleversorgung, die Hilfe für Vertriebene und Flüchtlinge wie für Berlin, die Bemühungen zur Einschränkung der Demontagen und schließlich zur „Normalisierung" des Umgangs mit der Besatzungsmacht.
Allerdings kamen Pünder äußere Umstände zugute. Zum einen war die Frankfurter Exekutive, die von den Militärregierungen abhängig blieb, nur für die Verwaltung der Bizone zuständig, brauchte also keine verfassungspolitischen Entscheidungen über die Zukunft (West-)Deutschlands treffen. Die parlamentarischen Auseinandersetzungen im Wirtschaftsrat konzentrierten sich vornehmlich auf die von der Koalition (CDU, CSU, FDP, DP) durchgesetzte „Soziale Marktwirtschaft". Den Ausdruck „Soziale Marktwirtschaft" hat Pünder, offensichtlich als erster, bereits in seiner „Regierungserklärung" vom 16. März 1948 benutzt. Zum andern war seit dem Frühjahr 1948 absehbar, daß die Besatzungsherrschaft weiter gelokkert und schließlich die französische Zone dem „Vereinigten Wirtschaftsgebiet" angegliedert werden würde.
In seinen Memoiren schreibt Pünder die Erfolge der „Sozialen Marktwirtschaft" der „genialen Initiative" Ludwig Erhards zu. Aber auch der Oberdirektor war an der Vorbereitung jenes „Gesetzes über die wirtschaftspolitischen Leitsätze nach der Geldreform" beteiligt, das als Vorlage des Verwaltungsrats von der „Frankfurter Koalition" des Wirtschaftsrats am 18. Juni 1948 gegen die SPD- und KPD-Opposition verabschiedet wurde. Für den „Chef der Quasi-Regierung der vereinigten Zonen", wie Pünder sich rückblickend bezeichnet hat (1972), blieb der Ausgang dieser Abstimmung „die wohl bedeutendste parlamentarische Entscheidung der deutschen Nachkriegsgeschichte".

VIII

Ihm selbst jedoch war es nicht vergönnt, diese „Nachkriegsgeschichte" weiter an führender Stelle mitzugestalten. Der Auftrag zur Konstituierung eines westdeutschen Teilstaates erging an die Ministerpräsidenten der elf Länder in den drei Westzonen. Die Ausarbeitung einer Verfassung erfolgte dann durch den seit September 1948 in Bonn tagenden Parlamentarischen Rat. Unmittelbar nach der Annahme des „Grundgesetzes" im Mai 1949 schaltete sich Pün-

der mit Vorschlägen über den Aufbau der künftigen Regierung im „neuen Deutschen Bund" in die Diskussion ein. Dabei wollte er die künftige Regierungszentrale („Bundeskanzlei") möglichst klein und von Ressortaufgaben freigehalten wissen, und empfahl als deren Grundstock seine eigene, „absolut arbeitsfähige" Frankfurter Direktoralkanzlei.
Für unerläßlich hielt er die Errichtung eines Bundesministeriums für zwischenstaatliche Beziehungen, wobei er damit rechnete, selbst dessen Leitung zu übernehmen. Deshalb kandidierte er zum ersten Bundestag und wurde am 14. August 1949 in Köln direkt gewählt (41,1 Prozent). Acht Tage später nahm er am Rhöndorfer Treffen führender Unionspolitiker im Wohnhaus Adenauers teil und schlug ihn als Kanzlerkandidaten der Union vor. Um so größer war Pünders Enttäuschung darüber, daß Adenauer ihn nicht in die erste Bundesregierung berief.
Dessen wiederholte Kritik an der Arbeit der Frankfurter Verwaltungszentrale insgesamt und speziell an Pünder konkretisierte er in einer Kabinettssitzung am 26. September 1949: „Weichheit" gegenüber der SPD. Der Oberdirektor wiederum empfand die Art und Weise als beleidigend, in der sich der neue Bundeskanzler, angefangen mit der Regierungserklärung vom 20. September 1949, mehrfach demonstrativ von der Ära der Besatzungsherrschaft und von der Arbeit des „Frankfurter Regimes" distanzierte.
In einem Rundschreiben vom 21. September 1949 verabschiedete sich Pünder von seinen Kollegen im Verwaltungsrat, die mit seiner Ausnahme und derjenigen von Hans Schlange-Schöningen in die Bundesregierung übernommen worden waren. Seinen Rückblick auf die gemeinsame Tätigkeit schloß er mit der Zuversicht, daß die Zeit kommen werde, in der man der in Frankfurt geleisteten Aufbauarbeit „mehr als heute gerecht werden wird". Wie tief Pünder durch die abschätzigen Äußerungen des Bundeskanzlers verletzt worden war, ergibt sich aus einem Brief vom 15. Oktober 1948 an seinen Kölner Kollegen in der Bundestagsfraktion, Robert Pferdmenges. Pünder wußte keine Erklärung für die „hart an die Grenze der Grausamkeit und der Freude am Quälen gehende Behandlung" durch Adenauer. Er konnte nicht glauben, daß, wie von Pferdmenges angedeutet, einige Vorgänge aus der Zeit seiner Tätigkeit als Kölner Oberbürgermeister der Grund dafür gewesen sein sollten, und erinnerte an die jahrzehntelangen, auch zwischen den beiderseitigen Familien bestehenden und während des Krieges durch mannigfache

Freundschaftsdienste Pünders für zwei Söhne Adenauers bezeugten persönlichen Verbindungen.

IX

Das nachträgliche Urteil Pünders (1968), vom Spätherbst 1949 an habe „zu vieles in Bonn" nicht seiner politischen Auffassung entsprochen, muß relativiert werden; denn die Grundzüge der Politik der Bundesregierung und der sie tragenden Koalition fanden durchaus seine Zustimmung. Was Pünder schmerzte, war seine abrupte Abschnürung von der ihm vertrauten administrativen Tätigkeit; die im Herbst 1949 nach Bonn überführte „Direktorialkanzlei in Abwicklung" wurde im Frühjahr 1950 aufgelöst. Der Bundeskanzler hatte ihren Leiter weder beim Aufbau der neuen Ressorts noch bei der Überführung der Frankfurter Dienststellen in die Bundesverwaltung zu Rate gezogen.

Adenauer fand erst bei der offiziellen Entbindung Pünders vom Amt des Oberdirektors am 4. Mai 1950, die zusammen mit der Verabschiedung Schlange-Schöningens, der zum Generalkonsul in London ernannt worden war, vorgenommen wurde, „Worte besonderen Dankes" für beider Tätigkeit im Verwaltungsrat, und ermunterte sie – wie Pünder festhielt – dazu, ihre Frankfurter Erinnerungen niederzuschreiben. Gleichzeitig stellte er dem Oberdirektor a. D., der dem Vorstand der Unionsfraktion (bis 1953) angehörte, eine „maßgebliche Einschaltung in die künftige Verwaltung des wirtschaftlichen Bundesvermögens" in Aussicht.

Dazu ist es jedoch nicht gekommen. Auch zerschlugen sich Pünders Hoffnungen, die ihm vom Bundeskanzler in Aussicht gestellte Präsidentschaft des neu zu errichtenden Deutschen Roten Kreuzes zu erhalten. Als im August 1951 die Erstbesetzung des neuerrichteten Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe anstand, interessierte sich auch Pünder für das Präsidentenamt, das jedoch aus Gründen des Koalitionsproporzes der FDP-Politiker Hermann Höpker Aschoff erhielt. Das im Sommer 1951 ergangene Angebot des Bundeskanzlers, eine der neu zu errichtenden Botschaften, beim Vatikan oder in Madrid, zu übernehmen, schlug Pünder aus.

Zu seinem 65. Geburtstag 1953 wurde Pünder mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband ausgezeichnet. In seiner Gratulation sprach der Bundeskanzler vom erfolgreichen Wirken des Oberdirektors, das für die Errichtung der Bundesrepublik Deutschland von „wesentlicher Bedeutung" gewesen sei, und

würdigte ihn als Vorkämpfer der europäischen Einigung. Pünder gehörte in der Tat zu den „Europäern der ersten Stunde", leitete ab 1950 die Delegation des Bundestages in der Beratenden Versammlung des Europäischen Parlaments in Straßburg, ab 1952 dann als erster Vizepräsident die „Gemeinsame Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl" (Montanparlament) in Luxemburg. Mit einer gewissen Wehmut registrierte er später das Schwinden des „europäischen Überschwangs" und das Scheitern der Politischen Gemeinschaft.

X

Zahlreiche politische, wissenschaftliche und kulturelle Vereinigungen machten sich die Erfahrungen des Kölner Unionsabgeordneten – er wurde im September 1953 im Wahlkreis Köln II wiedergewählt (54,5 Prozent) – zunutze. Pünder war Vorstandsmitglied der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, der Deutschen Sektion des Internationalen Komitees zur Verteidigung der christlichen Kultur, der Europäischen Bewegung, der Deutsch-Belgisch-Luxemburgischen Handelskammer, der Deutsch-Indischen Gesellschaft, des Deutschen Volksheimstättenbunds und der Deutschen Gartenbaugesellschaft. Er gehörte dem Senat der Max-Planck-Gesellschaft an, der Archäologischen Gesellschaft in Köln, dem dortigen Verein der Freunde und Förderer der Universität sowie – 26 Jahre lang als Vorsitzender – dem Zentral-Dombauverein. Die Kölner Universität verlieh ihm die Würde eines Ehrensenators, deren Juristische Fakultät 1953 den Ehrendoktor.

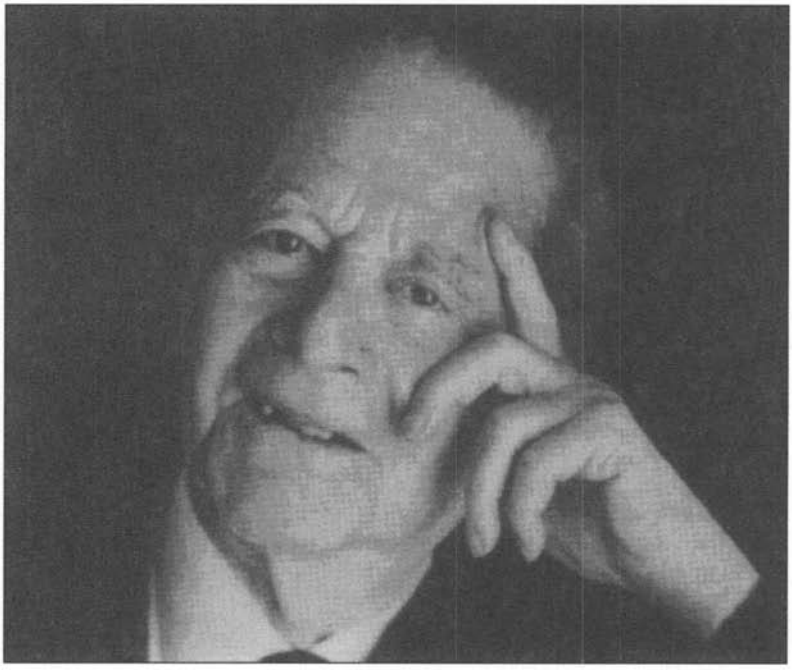
Über einen Mangel an Arbeit brauchte sich der Oberdirektor a. D. auch nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag im Herbst 1957 nicht zu beklagen. Der Siebzigjährige hatte auf eine erneute Kandidatur verzichtet, um Nachwuchskräften Platz zu machen. Er freute sich seiner „wiedergewonnenen politischen völligen Unabhängigkeit", wie er Heinrich Brüning wissen ließ. Vorträge und Aufsätze über seine Tätigkeit „am Schaltwerk von Politik und Verwaltung im Reich, in der Bizone und im Bund" (1963) krönte Pünder 1968 durch einen stattlichen Memoirenband mit dem bekenntnishaften Titel „von Preußen nach Europa".

Diese Lebenserinnerungen erschienen ein Jahr nach dem Tode Adenauers, der Pünders Lebensweg nach dem Zweiten Weltkrieg an drei entscheidenden Markierungen bestimmend beeinflußt hatte: 1945, als er ihn bestärkte (oder ihm jedenfalls nicht abriet), seine Nach-

folge als Oberbürgermeister von Köln zu übernehmen, 1948, als er ihn drängte, das Amt des Oberdirektors in Frankfurt anzutreten, und 1949, als er den Kölner CDU-Abgeordneten nicht in die Bundesregierung berief, gleichzeitig aber die Tätigkeit des Verwaltungsrates in Frankfurt so negativ beurteilte. Pünder hat die ihm unverständliche Distanzierung des Bundeskanzlers nur schwer verwinden können und in seinen Memoiren mit offenen und verdeckten Spitzen gegen Adenauer heimgezahlt. Auch sein betontes Bekenntnis zu Preußen markiert unter diesem Blickwinkel eine Gegenposition.

Der Oberdirektor a. D. starb am 3. Oktober 1976 in Fulda und fand sein Grab auf dem Melaten-Friedhof in Köln. Seine Vita auf dem Totenzettel schloß: „In seiner klaren Frömmigkeit war er unbeirrbar." In einem früheren, von Pünder verfaßten Lebensbild vom August 1949 hieß es, er sei ein „Freund der Natur, der Kunst und der Musik" gewesen: „Ohne die Matthäus-Passion gibt es für ihn kein Ostern."

Hermann Pünder gehört zu den „Männern der deutschen Verwaltung" wie zu denen der „Ersten Stunde" nach dem Ende des Hitler-Regimes. Da er jedoch kein massenwirksamer (Partei-)Politiker war und sich sein Name auch nicht mit einem Programm oder Gesetzeswerk verbindet, ist er in Vergessenheit geraten. Der Berliner Staatssekretär war Repräsentant jener kleinen Gruppe hoher Ministerialbeamter, die 1933 aus ihren Ämtern entfernt wurden, das „Dritte Reich" trotz leidvoller Prüfungen überlebt haben und über diese Epoche hinaus ein Stück deutscher Politik und Verwaltungskontinuität verkörperten. Als CDU-Abgeordneter in Düsseldorf und später in Bonn, als Oberbürgermeister von Köln wie als Oberdirektor in Frankfurt trug er dazu bei, eine Brücke von der ersten zur zweiten Republik zu schlagen.



Carl Schmitt (1888–1985)

Der bekannteste und wissenschaftlich einflußreichste deutsche Jurist des 20. Jahrhunderts war zugleich der „umstrittenste", wie eine geläufige Vokabel jenen Status kennzeichnet, der Bewunderung wie leidenschaftliche Ablehnung einschließt. Umstritten waren sein wissenschaftliches Werk und sein Charakter. Die politische Wendung im Frühjahr 1933 und seine Stellungnahmen zugunsten des Nationalsozialismus bis 1936 machten es seinen Gegnern nach dem Kriege leicht, seine Schriften pauschal zu verwerfen und ihn aus der Öffentlichkeit zu verbannen. Dennoch hatten seine Bücher besonders aus der Weimarer Zeit durch Neuauflagen einen bis zur Gegenwart reichenden Erfolg, der in der gehobenen wissenschaftlichen Literatur seiner Disziplinen konkurrenzlos blieb. Zu dem offenbar unerschöpflichen Thema „Carl Schmitt" sind zwischen 1931 und 1997 mindestens 152 Monographien geschrieben worden, davon 71 im Ausland, dazu ca. 1020 Abhandlungen und Aufsätze, 550 in deutscher Sprache – die Texte in japanischer, russischer und den südosteuropäischen Sprachen nicht mitgerechnet.

Bereits in jungen Jahren überschritt er die Grenzen seines Fachs; die „Politische Romantik" (1919) war Historiographie, Philosophiegeschichte und Literatursoziologie. Legte er Verfassungs- und Gesetzesnormen aus, bot er Rechtswissenschaft vom Feinsten, im übrigen aber kombinierte er und wechselte er Sehweisen und Gegenstände, wie es im wissenschaftlichen Schrifttum ganz ungewöhnlich war. Als bekennender Katholik scheute er nicht den Zugriff auf theologische Fragestellungen; noch seine letzte Monographie (1970) befaßte sich mit der Theologie des Eusebius im 4. Jahrhundert und ihrem politischen Hintergrund. Er war stets eigenständig und setzte sich über herrschende Lehrmeinungen hinweg; so konnte Widerspruch nicht ausbleiben. Seinen politischen Sündenfall haben ihm viele Gegner des Nationalsozialismus nicht verziehen.

Schmitt schrieb ein Buch über Hamlet (1956) und ein anderes über Partisanen (1963). Nur über sich selbst und seine Begegnungen mit vielen bedeutenden Menschen besonders in der Weimarer Zeit findet sich keine Zeile. Selbst sein Verhalten im Winter 1932/33, das

die verbreitete Behauptung widerlegt, er sei ein „Wegbereiter des Nationalsozialismus" gewesen, verdeckte er 1958 in einem beiläufigen Satz, der erst jüngst entschlüsselt und bewiesen werden konnte. Beifällig zitierte er 1947 das Votum des Kardinals Domenico Passionei aus dem Jahre 1753 zur Autobiographie des Kardinals Robert Bellarmin: dergleichen sei eine occasio proxima zur gefährlichsten Sünde, der Selbstliebe und des Hochmuts, die als geistige Sünde gefährlicher sei als die Konkupiszenz. So bleibt in seinem Leben manches dunkel, was andere freimütig oder stolz berichtet hätten.

I

Schmitt wurde am 11. Juli im Dreikaiserjahr 1888 in Plettenberg geboren. Der Geburtsort sollte ihn mehrfach prägen. Der gerade beendete „Kulturkampf" hatte wie in Kleinstädten üblich die protestantische Mehrheit und die katholische Minderheit stark bewegt. Schmitts Familie war katholisch und sehr fromm, der Vater, ein kleiner Beamter aus dem Moselland, verwaltete die Kirchenkasse und Carl lernte dabei zählen und rechnen. Zwölfjährig kam er in das 36 km entfernte Rivus-Gymnasium in Attendorn und in ein katholisches Konvikt. Der Schüler hatte keine Schwierigkeiten, sein Abiturzeugnis wies nur „gute" Noten auf. Heute wäre das Gesamtergebnis „1,0". Besonders liebte er die alten Sprachen, Vergil gehörte zeitlebens zu seinen bevorzugten Zitatlieferanten. Ein bekannter Althistoriker, der ihn um 1970 besuchte, stellte erstaunt fest, Schmitt habe immer noch lateinisch lesen und schreiben, aber auch „lateinisch denken können". Bereits seine Volksschullehrer ließen ihn auch die Strömungen der Zeit kennenlernen: sie wetterten gegen die geistliche Schulaufsicht, betrachteten Körperkultur als Lebensaufgabe oder waren gar Sozialdemokraten. Der Unterprimaner las Max Stirner; als „Das Leben Jesu kritisch betrachtet" des protestantischen Theologen David Friedrich Strauß bei ihm gefunden wurde, mußte er ein Jahr vor dem Abitur das Konvikt verlassen.
Ein lebenskluger wie wohlhabender Verwandter im Elsaß riet ihm, statt der brotlosen Philologie lieber Rechtswissenschaft zu studieren und zwar in Berlin. Schmitt zog also 1907 in die Reichshauptstadt, wohnte bei Verwandten und studierte unabgelenkt von den üblichen Vergnügungen und Verbindungen der Altersgenossen. Seine Neugier trieb ihn auch zu den Zelebritäten der Nachbarfakultäten; Ulrich Wilamowitz hat er vierzig Jahre später als Typus des gelehrten Wil-

helminismus porträtiert. Ein Münchener Semester machte ihn mit der nachmals berühmten Boheme bekannt, dann ging er nach Straßburg. Dort nahm ihn der bedeutende Strafrechtslehrer Fritz van Calker unter die Fittiche. 1910, nach sechs Semestern, erschien bereits seine Doktorarbeit „Über Schuld und Schuldarten"; das Rigorosum bestand er ebenfalls „summa cum laude".
Rechtsreferendare erhielten damals keinen Unterhaltszuschuß, eine „Studienstiftung" gab es ebenfalls nicht, aber Schmitt fand Anwälte, die den hochbegabten jungen Mann schätzten und ihn gegen Entgelt bei sich arbeiten ließen. Die Referendarzeit füllte ihn trotz solcher Nebentätigkeiten nicht aus. Die Begegnung mit der Rechtspraxis ließ ihn fragen, wann denn ein Urteil richtig sei, und der Referendar schrieb darüber kurzerhand ein Buch: „Gesetz und Urteil" (1912). Zwei Jahre später folgte eine Untersuchung, die ein rechts- und staatsphilosophisches Dauer-Thema auf die Hörner nahm: „Der Wert des Staates und die Bedeutung des Einzelnen". Hier formulierte der Referendar Schmitt die These, nur das Recht mache aus Menschen und Raum einen Staat. Die untrennbare Verknüpfung von Recht und Staat könne freilich zu Lasten des Einzelnen gehen; der inhaltliche Anspruch an das Recht sei auf die für alle geltende allgemeine Regel beschränkt.
Damit hatte Schmitt dem Gesetzespositivismus seiner Zeit ebenso abgesagt wie dem Naturrecht älterer und neuerer Provenienz. Diese staats- wie rechtstheoretische Stellungnahme blieb Überzeugung und Handlungsmaxime seines Lebens. Zugleich schrieb der Referendar zwischen 1910 und 1913 für angesehene Rechtszeitschriften drei Aufsätze über rechtsdogmatische und rechtsphilosophische Probleme, ging aber mit vier Beiträgen, darunter eine Erzählung, in der anspruchsvollen Zeitschrift „Die Rheinlande" und in den „Bayreuther Blättern" aus seiner Profession heraus. Für einen auch religiös begründeten Protest gegen seine Zeit aufschlußreich ist die Sammlung scharfzüngiger Parodien, die er 1913 mit seinem jüdischen Freunde Fritz Eisler vorsorglich unter Pseudonym herausgab, „das Geistvollste, Witzigste, aber auch Schärfste, was die satirische Literatur seit langem hervorgebracht hat", wie es in einer Anzeige im „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel" damals hieß. In diesen „Schattenrissen" rechneten die Verfasser mit den Kulturgrößen um 1900 ab, wozu sie auch Walther Rathenau und Wilhelm II. zählten. Die Objekte der Satiren standen alle für Realismus und Naturalismus in Dichtung und Kunst, der vor dem Ersten Weltkrieg

die deutsche Szene beherrschte. Entschlüsselt wurde dieser heute schwer verständliche Text erst 1995 (Ingeborg Villinger).
Schmitts künstlerisches Gegenbild und Ideal, an dem er Jahrzehnte festhielt, schuf Theodor Däubler (1876–1934), ein unsteter, sprachgewaltiger Bohemien. Der kleinwüchsige (1,59 m), stets korrekt gekleidete Schmitt zog 1912 mit dem ungeschlachten und ungepflegten Hünen von fast zwei Metern einige Wochen durch die Rheinlande und das Elsaß. Er war hingerissen von dem Hauptwerk des Meisters, das „Nordlicht", ein Monstrum von 30 000 Versen, das die Sprache als Sprache zum Laut werden ließ. Es war 1910 in drei Bänden erschienen, ließ sich keiner Kunstrichtung zuordnen und stellte Zeitgenossen, soweit sie überhaupt von ihm Notiz nahmen, vor Rätsel. Schmitt schrieb bereits 1912 über diesen Text einen Aufsatz, der aber ungedruckt blieb. 1916 folgte eine selbständige Studie über das „Nordlicht", die das Werk mit einem christlichen Akzent deutete. Ende 1914 hatte Däubler seinen jungen Freund einige Wochen in München besucht, wo sich Schmitt auf das Assessorexamen vorbereitete. Es überrascht daher nicht, daß er die Große Staatsprüfung Anfang 1915 zwar mit einem Prädikat, aber eben doch nur mit „Befriedigend" bestand.
Erst danach meldete er sich freiwillig, wurde, obgleich frontuntauglich, nach einem Monat bereits Gefreiter und in die Zensurabteilung des Generalkommandos in München versetzt, im September 1915 zum Unteroffizier befördert und am 1. März 1917 Assessor auf Widerruf. Er leitete ein Subreferat, zuständig für die Friedensbewegung, für die USPD (später KPD) und die Verhinderung feindlicher Propaganda. Zwei Auszeichnungen (EK II., Bayrische Verdienstmedaille) belegen die korrekte Erfüllung seiner militärischen Pflichten. Gleichzeitig veröffentlichte er zwei umfangreiche juristische Aufsätze, habilitierte sich 1916 in Straßburg und hielt dort strafrechtliche Vorlesungen.
In der Münchener Boheme lernte er Franz Blei kennen, den unermüdlichen Zeitschriftengründer. Für den ersten und einzigen Jahrgang der von Blei und Jakob Hegner herausgegebenen „Summa" (1917) schrieb er drei Abhandlungen: über „Recht und Macht", über die „Sichtbarkeit der Kirche", ein gewichtiges Stück seines Kirchenverständnisses, und schließlich „Die Buribunken", eine Satire auf Tagebuchschreiber, tatsächlich „eine von Einfallsreichtum und Anspielungen überschäumende Parodie auf den Historismus und die Fortschrittsgläubigkeit" (Reinhart Koselleck). Zugleich nutzte er eifrig die Münchener Staatsbibliothek. 1917/18 schrieb er die Mo-

nographie „Politische Romantik", 1919 erschienen, die ihn in den Geisteswissenschaften bekannt machte; Friedrich Meinecke wie Ernst Robert Curtius rezensierten das Werk mit hoher Anerkennung.

II

Kapitulation und Kriegsende im November 1918 stürzten Schmitt in „eine Phase schwärzester Verzweiflung", wie er rückblickend feststellte. Das überrascht, denn bislang hatten ihn die Wogen des Patriotismus und der Kriegsbegeisterung, die besonders die akademische Welt erfaßten, unberührt gelassen. In seinen rechtswissenschaftlichen Veröffentlichungen war der Krieg ein nüchtern vorausgesetzter Sachverhalt, in den nichtjuristischen Texten schien er die kriegerische Gegenwart zu ignorieren. Nur einmal, in der antimodernistischen Schrift über Däublers „Nordlicht", hatte er von den „Entsetzlichkeiten des Weltkrieges" gesprochen. Das war eine vereinzelte, dazu eher negative Stellungnahme, verglichen mit den Büchern, die Professoren wie Werner Sombart und Schriftsteller wie Thomas Mann als Beiträge zur geistigen Rüstung publizierten. Schmitts Gemütslage 1918 verdeutlicht: seine Fremdheit, Außenseiterposition und Ablehnung galten Wilhelminismus, Kulturbetrieb und manchem anderen, was bis 1918 Mode gewesen war; das Deutsche Reich als Staat war für ihn selbstverständliche Denkvoraussetzung gewesen.
Sein eigenes Erleben während der Münchener Räterepublik im April 1919 verschärfte sein Staatsbewußtsein zu einem ausgeprägten *Etatismus*: Im Münchener Generalkommando drangen Rotgardisten in sein Zimmer und erschossen kurzerhand einen Offizier neben seinem Schreibtisch. Die bis 1924 immer wieder aufflackernden Bürgerkriege in Deutschland veranlaßten Schmitt zu derselben Konsequenz wie die religiösen Bürgerkriege im 16. Jahrhundert die Politik- und Staatstheoretiker Frankreichs: der unbedingte Vorrang der staatlichen Friedensordnung. Er arbeitete das Thema rechts- und verfassungsgeschichtlich bis zum 19. Jahrhundert in einem gelehrten Buch auf, das 1921 erschien („Die Diktatur"). Das Werk muß auch die Fachgenossen des öffentlichen Rechts beeindruckt haben; auf der ersten Tagung der neu gegründeten „Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer" 1924 referierte er über „Die Diktatur des Reichspräsidenten nach Art. 48 der Reichsverfassung". "Diktatur" war damals ein Wort, das nicht wie heute allein negativ besetzt ist.

Schmitt war ein politisch hochempfindsamer Autor geworden; auf die Zeitumstände reagierte er wie ein Seismograph. Der Versailler Vertrag 1919, in Deutschland allgemein als Diktat- und Schmachfrieden empfunden, der Verlust des Elsaß, in dem seine Verwandten wohnten, dann die Besetzung des Ruhrgebiets und des damals noch unbesetzten Rheinlandes durch fünf französische Divisionen mit schweren Waffen seit 1923 und die von Frankreich gesteuerten Versuche einer separatistischen „Rheinischen Republik" und eines „Autonomen Pfalzstaates" – alles das verwandelte Schmitt in einen *nationalen* Autor und beeinflußte seine wissenschaftlichen Arbeiten der nächsten Jahre: konkret in „Die Rheinlande als Objekt der internationalen Politik", ein Vortrag, den die Rheinische Zentrumspartei 1925 veröffentlichte und ins Englische übersetzen ließ, ebenso in der „Kernfrage des Völkerbundes" (1926); abstrakt durch den „Begriff des Politischen" mit der viel erörterten Unterscheidung von „Freund und Feind" (zuerst 1927).

Unberührt von den wechselnden Zeitumständen blieb Schmitts *katholische* Position. 1919 veröffentlichte er mit einer temperamentvollen Einleitung die Selbstbiographie des Pietisten Johann Arnold Kanne (1773–1824), der sich vor allem seiner Erweckung und den Folgen erinnerte. Von der „Politischen Theologie" erschienen die ersten drei Kapitel in der Gedächtnisschrift für Max Weber (1922). Nur das dritte Kapitel ist diesem Thema gewidmet; das erste und zweite Kapitel galten der „Soziologie des Souveränitätsbegriffs". Es ging ihm um den geistigen Prozeß der Verwandlung der theologischen Begriffe des Mittelalters in solche der Staatstheorie und des Staatsrechts, wie sie in der frühen Neuzeit stattgefunden haben soll: "Alle prägnanten Begriffe der modernen Staatslehre sind säkularisierte theologische Begriffe." Mit diesem stilistischen Paukenschlag leitete er seinen relativ kurzen Text ein. Auch die nächsten Sätze prägten sich dem verblüfften Leser sofort ein: „Der allmächtige Gott wurde zum omnipotenten Gesetzgeber... Der Ausnahmezustand hat für die Jurisprudenz eine analoge Bedeutung wie das Wunder für die Theologie."

In einer gründlicheren Untersuchung wäre Schmitt wahrscheinlich auf den Ursprung seiner theologischen Begriffe gestoßen: sie wurden in der römischen Kaiserzeit gebildet, um die Einzigartigkeit des Cäsar Augustus zu verdeutlichen, dann im 4. und 5. Jahrhundert von den christlichen Theologen auf Gott übertragen. Aber ein solcher Nachweis hätte der Absicht dieser „Soziologie der Begriffe" widersprochen. In den „Buribunken" findet sich der einem „modernen

Menschen" in den Mund gelegte Satz: „Schmitt leistet sich die geradezu unglaubliche Behauptung, alles, was es an wahrem Respekt vor dem Geistigen auf der Erde noch gebe, sei das Erbe mittelalterlichen Christentums, von dem wir noch wie Lehrlinge, die die Portokasse unterschlagen haben, ein paar kurze Jahrhunderte in dulci jubilo leben, um dann zu erkennen, wie eine entchristlichte Welt in Wirklichkeit über Kunst und Wissenschaft denkt."

Angereichert um ein viertes Kapitel wurde die „Soziologie des Souveränitätsbegriffs" im gleichen Jahre selbständig veröffentlicht. In diesem zusätzlichen Text („Die Staatstheoretiker der Gegenrevolution") erweckte Schmitt die Franzosen Joseph de Maistre und Louis Vicomte de Bonald wieder zum Leben, beide klerikale Monarchisten. Der längst vergessene Spanier und radikale Katholik Donoso Cortés, 1849 Gesandter in Berlin, hatte hier in den Schriften Schmitts seinen ersten Auftritt. Waren die „Politische Theologie und Soziologie des Souveränitätsbegriffs" ohne bestimmten Adressatenkreis geschrieben – diese bis zur Gegenwart oft erörterte Schrift ging nur über 56 Seiten! –, so blieb auch die Wirkung von „Römischer Katholizismus und politische Form" keineswegs auf die katholischen Akademiker beschränkt. Die Schrift war zunächst 1923, dann 1925 mit bischöflichem Imprimatur im Münchener Theatiner-Verlag erschienen in der Reihe „Der katholische Gedanke", als Band 13 der „Veröffentlichungen des Verbandes der Vereine katholischer Akademiker zur Pflege der katholischen Weltanschauung".

In dieser mit 53 Seiten ebenfalls schmalen Schrift skizzierte Schmitt mit schwungvoller Feder von Kirche und Klerus ein ideales, durch geistige und politische Überlegenheit geprägtes Bild. Verglichen mit dieser Beschreibung einer ecclesia militans et triumphans konnten die Kirche des 20. Jahrhunderts und das katholische Verbandswesen einen allenfalls unvollkommenen, eher betulichen Eindruck hinterlassen. Die katholische, zunächst von theologischen Außenseitern vorgetragene Kritik war von der Wortgewalt dieses Textes zwar beeindruckt, bemängelte aber, es sei überhaupt nicht von Religion und Glaube die Rede. Schmitt aber hatte als Jurist und Politikwissenschaftler geschrieben; seine Themen waren die Eigenart der Institution als Rechtskirche und ihre Stellung zwischen und über den Staaten und Ideologien im 19. und 20. Jahrhundert. Zugleich schrieb er mit Erfolg gegen den in Deutschland dominierenden „antirömischen Affekt" und gegen die Alleinherrschaft des ökonomischen Denkens. Der Satz: „Sie ist die Erbin" (der vergänglichen Staaten) sagte eigentlich genug von seiner Glaubensüberzeugung.

Sein Verhältnis zur Kirche als konkreter und gegenwärtiger Institution wurde belastet durch seine persönliche Lage. Er hatte Anfang 1915 geheiratet, nach dem Assessorexamen und drei Tage vor der Einberufung zum Wehrdienst. Bis zu diesem Zeitpunkt sind keinerlei Kontakte zu Frauen überliefert; für Liebesabenteuer hätte der viel beschäftigte Student und Referendar Schmitt wohl auch kaum Zeit gehabt. Vor dem ungewissen Kriegsschicksal wollte er vermutlich diese Lebenserfahrung noch nachholen – in allen Ehren, versteht sich. Er war von seinem neuen Stand begeistert; für die „Politische Romantik" 1919 wie „Die Diktatur" 1921 ergänzte er den eigenen um den serbischen Namen seiner Frau: Schmitt-Dorotic. Bereits 1917 zog „Pawla von Dorotic" nach Düsseldorf. Um 1920 kam sie heimlich in die Münchener Wohnung und verschwand mit dem Mobiliar auf Nimmerwiedersehen. Schmitt war einer Hochstaplerin zum Opfer gefallen. Tatsächlich war sie „eine Schneiderstochter aus Wien, die einen mehr als zweifelhaften Ruf hatte und einen eindeutigen Lebenswandel führte", wie der SD-Bericht 1936 nüchtern feststellte. Das Landgericht Bonn erklärte die Ehe 1924 wegen arglistiger Täuschung für nichtig. Die Dame aus Wien hatte Schmitt unter falschem Namen mit falschen Papieren und um sieben Jahre verjüngt geheiratet. Das Urteil ist das einzige, was in Schmitts Nachlaß an seine erste Ehe erinnert.

Das von ihm gleichfalls angestrebte kirchliche Verfahren auf Nichtigerklärung der Ehe scheiterte; weder das Kölner Erzbischöfliche Offizialat (18. Juni 1925) noch die Berufungsinstanz, das Bischöfliche Offizialat Münster (9. Juli 1926), anerkannten die Voraussetzungen von can. 1083, 1092,4 CIC. (Nach der Revision des CIC 1983 wäre gemäß can. 1098 anders entschieden worden.) Das geltende Kirchenrecht brachte ihn in eine menschlich belastende und rechtlich wie gesellschaftlich schwierige Lage. Als deutscher Universitätsprofessor konnte er unmöglich weiter mit einer Frau verheiratet bleiben, die mit der Wohnungseinrichtung verschwunden war und als Hochstaplerin entlarvt wurde. Ebenso unmöglich konnte er eine andere Frau als „Lebensgefährtin" wählen – dazu wäre damals keine „bürgerliche" Frau bereit gewesen, und die akademische Umwelt hätte dergleichen auch kaum sanktionslos hingenommen. Der Dorotic-Skandal hatte schon genug Gesprächsstoff geliefert; von der Schadenfreude seiner wissenschaftlichen Konkurrenten über den Kollegen Schmitt, der seinen Allerweltsnamen exotisch aufgeputzt hatte und auf eine Hochstaplerin hereingefallen war, konnte man noch in den 60er Jahren hören. Wollte er den Zwangs-Zölibat ver-

meiden und eine zweite Ehe eingehen, so mußte er bewußt gegen das Kirchenrecht verstoßen und künftig auf den Empfang der Sakramente verzichten. Seit seiner zweiten staatlichen Eheschließung 1926 und bis zum Tode seiner zweiten Frau Duška 1950 war Carl Schmitt also exkommuniziert.

Duška Todorovic war Serbin – sie hatte bei ihm studiert und soll ihm bei der Entlarvung seiner ersten Frau, der angeblichen Serbin, geholfen haben –; eine intelligente wie tüchtige Frau und außergewöhnliche Persönlichkeit, die im Wandel der Zeit- und Lebensumstände für Schmitt eine feste Stütze war. Seine zweite Heirat hatte außerhalb der Universität negative Folgen. Als sich 1927 der Vorsitzende der Zentrumsfraktion im preußischen Landtag über Schmitt informieren ließ, berichtete ihm der Leiter der Bonner Ortsgruppe, ein Rechtsanwalt, Schmitt sei „ein zweifelloser Zentrumsmann", bekenne sich auch als solcher, nach dem Urteil von Kollegen, „ein überzeugter Republikaner". Der Bericht über die zweite Heirat zerschlug offenbar den Plan einer politischen Verwendung Schmitts im Rahmen des Zentrums. Der Berichterstatter bedauerte: „Professorenungeschicklichkeit. Alles sucht ihm zu helfen. Im übrigen ist Schmitt zweifellos eine ganz große Kanone." Allerdings kann man sich Schmitt als Mitglied einer Fraktion schwer vorstellen, er hat auf Unabhängigkeit und Ungebundenheit stets großen Wert gelegt.

Seit 1926 wurden die katholischen Rezensionen und Stellungnahmen zu „Römischer Katholizismus" zunehmend kritischer – bis hin zu Gustav Gundlach S.J., der die Schrift als „unkatholisch" verwarf. Schmitts Exkommunikation hatte sich herumgesprochen. Für den Vorsitzenden der Zentrumspartei, Prälat Ludwig Kaas, war Schmitt Unperson. Schmitt hatte sich als Berater des Reichskanzlers Kurt von Schleicher dem bereits im November 1932 verlautbarten Kaas-Plan quergelegt, wieder eine Regierung „auf parlamentarischer Grundlage" zu bilden; das konnte auch im Januar 1933 nur die Kanzlerschaft Hitlers bedeuten. In einem offenen, in der „Germania" am 26. Januar 1933 publizierten Brief – gerichtet an Kanzler Schleicher – giftete Kaas über „die das gesamte Staatsrecht relativierenden Grundtendenzen von Carl Schmitt und seinen Gefolgsmännern". Das war unter Kollegen – Kaas war seit 1921 Professor für Kirchenrecht – ein ungewöhnlicher Ton und fiel aus dem stelzenden Bürokratendeutsch dieses denkwürdigen Briefes zur Verfassungslage deutlich heraus. Schmitt war exkommuniziert, da glaubte Kaas wohl, auf halbwegs kollegiale Umgangsformen wie auf sachliche Prüfung seines Vorwurfs verzichten zu dürfen.

Sein inneres Verhältnis zur Kirche konnte die Exkommunikation nicht berühren. Er war zu sehr Jurist und auch viel zu katholisch, als daß ihn ein Fehlurteil kirchlicher Gerichte in eigener Sache (so es ein Fehlurteil gewesen sein sollte) hätte zum „Skeptiker" wandeln können, wie später behauptet worden ist. Er blieb zeit seines Lebens ein kirchentreuer, frommer Mann. Gewiß schrieb er nicht mehr Traktate im Stile von „Römischer Katholizismus und politische Form", aber wo es ihm angebracht erschien, verteidigte er „Monismus und Universalismus der römisch-katholischen Kirche" gegen die soziologische Einebnung unter die pluralistischen Gebilde (1929). 1933 stellte er in der angepaßten Neufassung der 3. Auflage des „Begriffs des Politischen" apodiktisch fest: „die Leugnung der Erbsünde zerstört alle soziale Ordnung", weshalb ihm „der methodische Zusammenhang zwischen theologischen und politischen Denkvoraussetzungen" klar erschien. Der fast 300 Seiten umfassende SD-Bericht über Schmitt gibt Spitzel-Berichte aus den Jahren 1935 und 1936 wieder, danach Schmitt die Rolle der Kirche „verharmlost" und von ihr abgelenkt habe. Ein Hauptgrund für Schmitts Entmachtung 1936 war für die SS das nachweisbare Bekenntnis Schmitts zur „überlegenen Macht der katholischen Kirche".

III

Schmitts akademische Kariere war zügig vorangekommen. Nach seiner Entlassung aus dem Militärdienst am 1. Juli 1919 erhielt er eine besoldete Stelle an der Münchener Handelshochschule. 1921 wurde er nach Greifswald berufen. Dort starteten in Preußen üblicherweise die wissenschaftlichen Karrieren. Schmitt fühlte sich an der kleinen pommerschen Provinzuniversität trotz seines Lehrstuhls für öffentliches Recht und Regierungslehre nicht wohl. Er konnte aber bereits 1922 nach Bonn wechseln. Dort verbrachte er seine wohl besten Universitätsjahre und promovierte seine später bekanntesten Schüler: Ernst Rudolf Huber, Werner Weber, Ernst Friesenhahn und Otto Kirchheimer. Auch seine bedeutendsten Schriften veröffentlichte er während seiner Bonner Zeit. Die „nationalen" Texte über die „Rheinlande als Objekt internationaler Politik" und zum Völkerbund wurden bereits erwähnt; auch der „Römische Katholizismus" gehörte in seine Bonner Jahre. 1923 erschien die „Geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus". Diese mit 65 Seiten wiederum schmale Schrift erregte erneut Aufsehen. Die Wandlung des diskutierenden Honoratiorenparlaments im

19. Jahrhundert zum Parteienparlament des 20. Jahrhunderts, in dem außerhalb des Parlaments gefaßte Beschlüsse nur noch verkündet und gegenübergestellt werden, war so scharfsinnig, kenntnisreich und kritisch noch nie beschrieben worden.

Bei den Intellektuellen erntete Schmitt begeisterte Zustimmung. Ein älterer Fachgenosse, der bedeutende Richard Thoma, hingegen meinte in einer ausführlichen Rezension, Schmitts parlamentarisches Ideal sei eine „verschimmelte" Größe. Nach 1945 ist Schmitt gerade diese Schrift als Ausdruck seiner Verfassungsfeindschaft vorgehalten worden, sicher zu Unrecht. In der 2. Aufl. 1926 betonte er, „daß es so wie heute immer noch besser geht als bei unerprobten anderen Methoden und daß ein Minimum von Ordnung, wie es heute doch tatsächlich vorhanden ist, durch leichtsinnige Experimente gefährdet würde". Dann folgte eine Replik, die typisch für Schmitts Denkweise, zugleich aber für die Schärfe seiner Argumentation ist: „So anspruchslos wird doch wohl niemand sein, daß er mit einem 'was sonst?' eine geistige Grundlage oder eine moralische Wahrheit für erwiesen hielte."

Der Reichstag der Weimarer Republik war – das macht Schmitts Kritik verständlich – ein anderes Parlament als der Deutsche Bundestag. Es galt ein reines Verhältniswahlrecht ohne Sperrklausel; eindeutig verfassungswidrige Minderheiten – Monarchisten, Kommunisten, Hakenkreuzler – konnten sich ungefährdet austoben. Es fehlte der von Schmitt bereits damals geforderte „Verfassungskonsens" als Grundlage eines funktionierenden parlamentarischen Systems. Die Übertragung der Reden und Standpunkte durch Radio und Fernsehen, die heute Parlament und Bürger unmittelbar verbindet, gab es damals nicht. Schmitts Parlamentarismusschrift gehört zu seinen erfolgreichsten: 1961 erschien die (unveränderte) 3., 1996 die 8. Auflage.

Der „Begriff des Politischen" war ein kurzer Text (33 Seiten), der bis heute kontrovers ist – publiziert als Aufsatz 1927, selbständig 1928 und 1932. Die „Unterscheidung zwischen Freund und Feind" ist zwar nicht „der Begriff", wohl aber, wie er sich später selbst korrigierte, ein Kriterium des Politischen. Die Unterscheidung hat drei Funktionen: (1.) Im Frieden sind diejenigen als „Feinde" zu erkennen, die mit den Instrumenten des Völkerrechts – z. B. mit dem Versailler Vertrag – und internationalen Organisationen – etwa mit dem „Völkerbund" – den unterlegenen Kriegsgegner dauernd niederhalten und eine Revision des ungerechten Friedensvertrages verhindern wollen. (2.) Die Bestimmung des Feindes ist Kennzei-

chen der Souveränität; wer sich den Feind von einer internationalen Organisation verschreiben läßt, ist nicht mehr souverän. (3.) Krieg darf nur gegen den eigenen Feind geführt werden. Kriegerischer Feind ist nur, wer uns die Freiheit nehmen oder eine andere Verfassung aufzwingen will. Schmitt formulierte: Krieg ist nur zulässig zur „seinsmäßigen Behauptung der eigenen Existenzform gegenüber einer ebenso seinsmäßigen Verneinung dieser Form". Denn: „Es gibt keinen rationalen Zweck, keine noch so wichtige Norm, kein noch so ideales Programm, keine Legitimität oder Legalität, die es rechtfertigen könnte, daß Menschen sich gegenseitig dafür töten... Auch mit ethischen und juristischen Normen kann man keinen Krieg begründen."

Schmitt war kein bedingungsloser Pazifist, aber Krieg sollte nur im äußersten Fall geführt werden – das war die Maxime der Weltmächte und in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Was häufig auch von klugen Lesern mißverstanden wurde: „Feinde" kann ein Staat auch dann haben, wenn die Waffen schweigen – seit dem „Kalten Krieg" (1950–1990) eine allgemeine Erkenntnis. Nach der innenpolitischen Wende 1930 verschob er den Akzent auf den „inneren Feind". In der Schrift über den Reichspräsidenten („Der Hüter der Verfassung", 1931) und in „Legalität und Legitimität" (1932) erklärte er Kommunisten und Nationalsozialisten für verfassungsfeindlich („illegitim"), weil sie im Falle der „legalen" Regierungsübernahme den für eine Demokratie typischen Regierungswechsel nicht mehr zuließen.

1928 erschien die „Verfassungslehre", ein Lehrbuch von gerade 400 Seiten, das am Beispiel der Weimarer Reichsverfassung den Typus der modernen bürgerlichen Verfassung demonstrierte. Es war ein Buch, in dem die Erklärung der Normen immer wieder geistesgeschichtlich unterfüttert wurde, gewiß kein Lehrbuch für Anfänger oder den Durchschnittsstudenten. Begabte, interessierte junge Leser wie Carlo Schmid oder Hermann von Mangoldt studierten es mit Gewinn; ihre Lektüre hinterließ im Grundgesetz der Bundesrepublik und in der staatsrechtlichen Literatur der Bundesrepublik bleibende Spuren. Am Ende des 20. Jahrhunderts läßt sich rückblickend feststellen: es gab kein vergleichbares Werk, das der „Verfassungslehre" gleichkam oder sie gar übertroffen hätte. Obgleich die Weimarer Verfassung seit 1933 nicht mehr gilt, folgten seit der 2. unveränderten Auflage 1954 immer wieder Neudrucke; 1993 erschien die 8. Auflage. Die „Verfassungslehre" wird bis heute – trotz mancher formaler Mängel – als juristisches Kunstwerk gelesen. Schmitt

ließ weder hier noch in seinen „politischen" Schriften jemals sein katholisches Bekenntnis auch nur durchscheinen. Ebenso in seinen Vorlesungen konnte „man nicht merken, daß er katholisch war", wie ein ehemaliger Hörer nach mehr als vierzig Jahren tadelnd berichtete. Konfessionelle Enthaltsamkeit aber ist ein nobile officium des Wissenschaftlers und Hochschullehrers.

IV

Noch 1928 wechselte er nach Berlin, allerdings nicht an die Friedrich-Wilhelm-Universität. Nach seinem durch die „Verfassungslehre" gefestigten Erfolg und objektiven Rang in der Wissenschaft hätte ein Ruf an diese Universität keine Überraschung bedeutet. Aber ein Kollege, der sich mit „Römischer Katholizismus und politische Form" so „katholisch" exponiert hatte, wäre in der stockprotestantischen Fakultät ein Fremdling gewesen; das war jedenfalls seine, durchaus nicht abwegige Erklärung. Er wurde an die Handels-Hochschule auf den einstigen Lehrstuhl von Hugo Preuß berufen, der, obwohl Schüler von Otto von Gierke und Rudolf von Gneist, als Linksliberaler vor 1918 keine Universitätschance hatte. Preuß, Mitbegründer der Deutschen demokratischen Partei, der auch den ersten wichtigen Entwurf zur Weimarer Verfassung geschrieben hatte, kam außerhalb der Universität noch zu spätem Ruhm. An der Handels-Hochschule herrschte ein liberales Klima. Schmitts Vorlesungen und Seminare besuchten auch Studenten der Universität, ebenso junge Anwälte, rechts- oder (häufiger) linksstehend, die der Ruf Schmitts gelockt hatte. Seine Gedenkvorlesung für Hugo Preuß („Sein Staatsbegriff und seine Stellung in der deutschen Staatslehre", 1930) veranlaßten Preuß' ehemalige Schüler, wie Theodor Heuss, zu spontanen Dankbriefen.

Schmitts wissenschaftliche und literarische Produktivkraft schien unerschöpflich. Neben den erwähnten selbständigen Schriften schrieb er weiter im „Hochland" und in der dem Zentrum nahestehenden „Kölnischen Volkszeitung", zunehmend in den führenden juristischen Fachzeitschriften. Er gutachtete 1930 für die Regierung Heinrich Brüning zu der damals dringenden Rechtsfrage, ob die Notverordnungen zur deutlichen Herabsetzung der Beamtengehälter mit der verfassungsrechtlichen Garantie der „wohlerworbenen Rechte der Beamten" vereinbar seien. Schmitt bejahte: Art. 129 garantiere nicht, wie die damals herrschende Ansicht meinte, eine ziffernmäßige Garantie des jeweils günstigsten Status quo der Bezüge

jedes einzelnen Beamten. Die Verfassung gewähre eine (von ihm 1928 in der „Verfassungslehre" entwickelte) „institutionelle Garantie" des Berufsbeamtentums, die es auch gestatte, das Gehalt herabzusetzen, bis die Grenze des zum standesgemäßen Unterhalt unbedingt Erforderlichen erreicht sei.
Der über dieses Thema im Juli 1931 veröffentlichte einschlägige Aufsatz entfesselte eine erbitterte Polemik. In der Bundesrepublik ist diese Auffassung so selbstverständlich geworden, daß ihr Begründer schon vergessen ist. Im „Handbuch des Deutschen Staatsrechts" (1932), dem repräsentativen staatsrechtlichen Werk der Weimarer Zeit, vertrauten die Herausgeber Gerhard Anschütz und Richard Thoma ihm den einleitenden Artikel über „Inhalt und Bedeutung des zweiten Hauptteils des Reichsverfassung" an. Diese große Systematisierung der Grundrechte und ihrer Derivate verarbeitet selbständig und kritisch die gesamte Literatur und gehört zum Besten, was aus Schmitts Juristenfeder gekommen ist.
Einen Höhepunkt seines öffentlichen Wirkens bildete die Verteidigung der Regierung des Kanzlers Franz von Papen vor dem Staatsgerichtshof wegen der Absetzung der preußischen Minderheitsregierung und Einsetzung eines Staatskommissars („Preußen-Schlag"). Schmitt war von dieser Aktion, wie jüngste Forschungen ergeben haben, nicht vorher unterrichtet, übernahm aber zusammen mit Carl Bilfinger und Erwin Jacobi die Prozeßvertretung des Reiches. Allein arbeitete er für den Reichswehrminister von Schleicher diskret die Entwürfe für zwei Notverordnungen aus, mit denen NSDAP und SA verboten und die preußische Polizei dem Reichsinnenministerium unterstellt werden sollte; damit wäre das 100.000-Mann-Heer des Reiches um die fast gleichstarke preußische Polizei verstärkt worden. Der Plan erledigte sich, als Reichspräsident Paul von Hindenburg im Gnadenwege die fünf Todesstrafen für die Potempa-Mörder in lebenslange Zuchthausstrafen umwandelte und der von Hitler angedrohte offene Widerstand gegen die Vollstreckung der Todesurteile unterblieb. Schmitt vertrat zwar anwaltlich die Reichsregierung, aber er teilte nicht die weitreichenden Verfassungspläne von Papens, besonders des reaktionären Innenministers Wilhelm Freiherr von Gayl; dafür gibt es genügend Zeugnisse.
Nach dem Rücktritt von Papens wurde Kanzler der technokratisch denkende von Schleicher, zu dem Schmitt seit längerem über Offiziere des Reichswehrministeriums Kontakt pflegte. Zunächst verfolgte Schmitt den bereits im August 1932 entwickelten „Staatsnotstandsplan", der die Nichtbeachtung der Art. 25 Abs. 2 (Neuwahl

spätestens 60 Tage nach Auflösung) und Art. 54 der Verfassung (Rücktrittspflicht nach Mißtrauensbeschluß) vorsah. In der ersten Januarhälfte 1933 griff er zurück auf seine bereits 1928 in der „Verfassungslehre" vorgetragene Auslegung des Art. 54: Rücktrittspflicht nur, wenn der Reichstag mehrheitlich den oder die Nachfolger wählt, also „konstruktives", statt „destruktives" Mißtrauensvotum; damit wäre den nur destruktiv handlungsfähigen Reichstagsmehrheiten die wichtigste Waffe aus der Hand geschlagen und ein Bruch der Verfassung vermieden worden. Für diese Neuinterpretation hatten sich in der Öffentlichkeit deutliche Stimmen erhoben. Es bestand eine reale Chance, daß sich der etwa angerufene Reichsstaatsgerichtshof dieser Ansicht nicht verschließen würde. In der Sitzung der Reichsregierung am 23. Januar 1933 aber blieb der gutachtlich untermauerte Vorschlag unbeachtet. Schleicher setzte nach dem Scheitern seiner „Querfront"-Aktivitäten wieder auf den „Staatsnotstandsplan", den der Reichspräsident nunmehr ablehnte; Papen hatte Hindenburg zu einer Regierung Hitler-Papen überreden können. Der entsetzte Schmitt notierte am 27. Januar in seinen Tagesnotizen: „Der Hindenburg-Mythos ist zu Ende, der Alte war schließlich auch nur ein MacMahon. Scheußlicher Zustand. Schleicher tritt zurück; Papen oder Hitler kommen. Der alte Herr ist verrückt geworden."

V

Zunächst stand Schmitt dem neuen Regime distanziert gegenüber. Noch am 4. April freute er sich, Berlin verlassen zu können, er hatte 1932 den Ruf an die Universität Köln angenommen. Zwar war er am 1. April der Aufforderung seines verehrten Freundes Johannes Popitz nachgekommen, in einer Kommission mit Popitz, Wilhelm Frick und von Papen in wenigen Tagen das Reichsstatthaltergesetz auszuarbeiten. Das mochte ihm noch als Fortsetzung seiner Weimarer Regierungsberatung erschienen sein. Als Popitz ihn am 7. April zu einer Ansprache Hitlers vor Ministerialbeamten und Militärs mitnahm, konnte er – im Gegensatz zu Popitz – dem neuen Kanzler nichts abgewinnen. Erst Mitte April muß er sich für den Frontwechsel entschieden haben, den er allerdings gründlich und ohne Rückversicherung vollzog. Ob und wieweit seine Frau ihn wenigstens bestärkte, ist bislang nicht einmal als Frage aufgeworfen worden und dürfte kaum sicher zu klären sein. Jedenfalls hatte sie 1932 ohne Wissen Schmitts NSDAP-Versammlungen besucht. Die Frau des

Ministers Popitz, eine Holländerin, hatte Hitler, wie Schmitt verwundert notierte, zu einem „neuen Heiland" erklärt. Jedenfalls beschaffte Popitz ihm im Sommer 1933 einen Sitz im „Preußischen Staatsrat", ein Geschenk zum 45. Geburtstag, auf das er zeitlebens stolz war, auch wenn diese Einrichtung bald zur funktionslosen Dekoration des preußischen Imperiums seines Ministerpräsidenten Hermann Göring herabsank.

1933 wurde Schmitt an die Berliner Universität berufen; an die Stelle der konfessionellen waren andere Differenzierungen getreten. Er wurde Herausgeber der „Deutschen Juristenzeitung" und Fachgruppenleiter im NS-Juristenbund. Die Stellung eines „Kronjuristen", die ihm Emigranten verliehen, war mit solchen Positionen nicht verbunden. Die rechtstechnische Beratung der Reichsregierung und Hitlers lag beim Staatssekretär Hans-Heinrich Lammers in der Reichskanzlei. Der einzige führende Nationalsozialist, mit dem Schmitt in Kontakt kam, war der Chef des NS-Juristenbundes, Hans Frank, selbst nur Reichsminister „ohne Geschäftsbereich".

Die NS-Texte Schmitts zwischen 1933 und 1936 sind oft und mit Abscheu beschrieben worden. Als Überläufer glaubte er sich wohl zu besonderem Eifer verpflichtet. Seine scharfe Feder schlug Wunden, die ihm nie verziehen wurden. Im Herbst 1936 hatten die internen Denunziationen Schmitts durch Kollegen und die SS Erfolg. Das NS-System war gefestigt und bedurfte fortan keiner Aushängeschilder mit wissenschaftlichem Ruhm aus bürgerlichen Zeiten. Als die SS ihn im „Schwarzen Korps" anpöbelte, verwahrte sich der Preußische Ministerpräsident gegen diesen öffentlichen Angriff auf ein Mitglied „seines" Preußischen Staatsrats. Gleichwohl war Schmitt in NS-Stellungen nicht mehr zu halten; er trat von allen Ämtern zurück und behielt mit viel Glück nur sein Ordinariat an der Berliner Universität. Selbst die Prüfungsbefugnis im Referendarexamen, für Professoren selbstverständlich, entzog ihm das Justizprüfungsamt am 15. Dezember 1936.

Die Universitäten und die wissenschaftlichen Zeitschriften konnten diese Maßnahmen ignorieren. Schmitt widmete sich aktuellen Fragen des Völkerrechts – mehr oder minder affirmativ – und der Staatsphilosophie („Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes", 1938). Auch international beachtet wurde sein Kieler Vortrag im April 1939 über die „Großraumordnung", während des Krieges von SS-Autoren (Werner Best, Reinhard Höhn) so heftig wie ausführlich angegriffen; Schmitt redete immer noch von Staaten, also auch von deren Rechten, während es im europäischen

Großraum nur „völkische" Einheiten unter deutscher Führung geben sollte. Ein weiteres Thema mit aktuellem Hintergrund, über das er in den nächsten Jahren mehrfach publizierte, eröffnete er 1941 mit einem Vortrag vor Historikern: „Staatliche Souveränität und freies Meer – Über den Gegensatz von Land und See im Völkerrecht der Neuzeit". Seit 1942 erlaubte man ihm und anderen prominenten Wissenschaftlern, Vortrags-Einladungen europäischer Universitäten anzunehmen. Bis zum Sommer 1944 trug er zwischen Bukarest und Lissabon nicht weniger als 14 mal vor: über die „Formung des französischen Geistes durch den Legisten" in Paris, über Francisco de Vitoria und Donoso Cortés in Madrid und Salamanca, über „Die Lage der europäischen Rechtswissenschaft" in Bukarest und anderen Orten, ein Text, den er wegen der unzeitgemäßen Apotheose des Rechts und der Rechtswissenschaft vorsorglich erst 1950 veröffentlichte.

Im Wintersemester 1944/45 war er der einzige lehrende Professor für öffentliches Recht an der Friedrich-Wilhelm-Universität, am 6. Februar schrieb er seinem Freunde Ernst Jünger mit dem Absender „Volkssturmmann Carl Schmitt". Die Schlacht um Berlin überlebte er unversehrt, seit dem 29. April saß er wieder an seinem Schreibtisch. Die sowjetische Besetzung änderte daran nichts. Seine energische, russisch sprechende Frau verscheuchte plündernde Marodeure, er selbst genoß die Fürsprache des von den Sowjets eingesetzten Bürgermeisters Ferdinand Friedensburg. Auf seine Bitte hatte Schmitt 1942 dessen für „wehrunwürdig" erklärten Sohn als Doktoranden angenommen, intensiv betreut und 1944 promoviert, obgleich der junge Mann auch von der Referendarausbildung ausgeschlossen worden war. Im Sommer 1945 schrieb er in wenigen Wochen, nur gestützt auf Gedächtnis und eigene Bibliothek, für den von den Amerikanern als Kriegsverbrecher verhafteten Friedrich Flick ein brillantes Rechtsgutachten von über hundert Seiten („Das internationalrechtliche Verbrechen des Angriffskrieges und der Grundsatz 'Nullum crimen, nulla poena sine lege'").

Nach der Aufteilung Berlins in Besatzungszonen kamen die Amerikaner. Vermutlich auf Veranlassung des ehemaligen Privatdozenten Karl Loewenstein, der als einstiger Emigrant in amerikanischer Uniform zurückgekehrt war, lernte Schmitt vom 29. September 1945 bis zum 10. Oktober 1946 die Berliner US-Internierungslager kennen. Hier diente er übrigens mit großer Selbstverständlichkeit dem Pfarrer, der in das Lager kommen durfte, bei der Meßfeier als Ministrant. Loewensteins Gutachten vom November 1945 mit der Forde-

rung, Schmitt als „Kriegsverbrecher" zu bestrafen, blieb ergebnislos, obgleich gekrönt durch die phantasievolle Feststellung: „Besonders in solchen Ländern, in denen Carl Schmitt als richtunggebende Autorität des Totalitarismus angesehen ist, wird seine Immunität gegenüber Bestrafung als ein Sieg des Nazismus über die Militärregierung angesehen werden." Seine Bibliothek wurde beschlagnahmt und abgeholt.

Am 19. März 1947 verhafteten ihn die Amerikaner erneut und verbrachten ihn in das Nürnberger Justizgefängnis. Robert Kempner hatte ihn als uniformierter Vertreter der Anklagebehörde wegen des Verdachts der intellektuellen Vorbereitung des Angriffskriegs, von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit festnehmen lassen. Vermutlich sollte die unsinnige Anklagedrohung ihn willfährig machen gegenüber Kempners Forderung nach anklagestützenden Gutachten für den bevorstehenden „Wilhelmstraßenprozeß". Schmitt schrieb in seiner unwirtlichen Zelle bis zum 13. Mai zwei Stellungnahmen in eigener Sache und zwei Gutachten über den Chef der Reichskanzlei Lammers und über die Staatssekretäre. Die Gutachten konnte Kempner im „Wilhelmstraßenprozeß" nicht verwenden, Schmitt veröffentlichte sie mit Herkunftsangabe 1958 in seinen „Verfassungsrechtlichen Aufsätzen aus den Jahren 1924–1954". Auch nach den stenographischen Protokollen der drei Vernehmungen ist er vor dem gefürchteten Ankläger nicht eingeknickt.

Berlin war Schmitt fortan verleidet. Er ließ sich am 21. Mai 1947 in seine Heimatstadt Plettenberg zu seiner Schwester entlassen, die ihn mit Frau und Tochter aufnahm. Ohne Einkünfte und Ersparnisse lebten Schmitts in äußerst bedrängten Umständen. Ehemalige Schüler und Kollegen suchten zu helfen. 1950 starb seine Frau an Krebs; Tiefpunkt seines Lebens.

In der Zeit der Bedrängnis, also zwischen 1947 und 1951, entstand sein „Glossarium", ein unregelmäßig geführtes Werk, das seine weitgespannte Lektüre und Gelehrsamkeit widerspiegelt, in das er Briefentwürfe aufnahm, das aber häufig ein Mittel zur Abfuhr des verzweifelten Zorns über seine Lage bildete und ungerechte wie unverständliche Meinungen und Urteile enthält. Das Manuskript fand sich unbearbeitet und ohne Bestimmung des Verwendungszwecks in seinem Nachlaß. So bleibt zweifelhaft, ob Schmitt diesen Text, dessen Vorhandensein er niemals erwähnte, nach über vierzig Jahren überhaupt noch veröffentlicht wissen wollte oder so bald nach seinem Tode.

Von den Aufsätzen und Schriften des Jahres 1950 sind die vier Texte über Donoso Cortés, die er in einem Band zusammenfaßte, zumindest zu erwähnen. „Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus Publicum Europaeum" war mit über 300 Seiten ein gewichtiges völkerrechtsgeschichtliches Werk, überwiegend während des Zweiten Weltkrieges geschrieben. Es wurde in Fachzeitschriften wohlwollend bis begeistert rezensiert. Weniger Glück war „Ex captivitate salus" beschieden, obgleich diese „Erfahrungen der Zeit 1945/47" (Untertitel) einige eindrucksvolle Essays präsentieren. Nur der Bericht über den Besuch Eduard Sprangers im Sommer 1945 entstand noch am eigenen Schreibtisch. Die Reflexionen über die Lage der Intelligenz im Dritten Reich, über Alexis de Tocqueville, über die Gräber von Ewald Christian von Kleist und Däubler in Berlin waren im Internierungslager geschrieben, auf den Rückseiten eines US-Rezeptblocks in winziger sauberer Stenographie; der Besitz von Schreibpapier war den Internierten verboten. Auch der fünfte Text, „Ex captivitate salus", ist noch im Internierungslager 1946 entstanden und beschreibt vor allem die Bedeutung Jean Bodins und Thomas Hobbes' für das eigene Denken. Der sechste Text, die „Weisheit der Zelle", berichtet luzide über die Wirkungen des Allein- und Abgeschlossenseins, geschrieben im Nürnberger Justizgefängnis. Als „larmoyant" kann das Büchlein nur von Kritikern bezeichnet werden, die es nicht gelesen haben.

Erst 1952 erhielt er, mittlerweile 64 Jahre alt, nach dem Gesetz zu Art. 131 des Grundgesetzes Ruhegehaltsbezüge, berechnet auf Grund seines 1932 bei seinem Ruf an die Universität Köln vereinbarten Gehalts. Dem Entnazifizierungsverfahren hatte er sich verweigert. An der Universität war für ihn kein Platz. Als er 1949 zunächst anonym, seit 1950 mit seinem Namen in die wissenschaftliche Öffentlichkeit zurückkehrte, entrüsteten sich alte und neue Feinde: Carl Schmitt vor den Toren! lautete – pars pro toto – die Überschrift eines Artikels seines ehemaligen Freundes Eduard Rosenbaum im „Rheinischen Merkur". Sie verhinderten auch – trotz Fürsprache vieler Kollegen – seine Aufnahme in die „Staatsrechtslehrervereinigung", deren Tagungen er 1924 so glanzvoll eröffnet hatte.

Von seinen juristischen Fachgenossen wurde er wieder zitiert. Gesellschaften und Arbeitskreise, die unter der Schwelle publizistischer Aufmerksamkeit tätig waren, luden ihn zu Vorträgen ein. 1954 erschien die unveränderte 2. Auflage der „Verfassungslehre", 1956

erneut ein Nachdruck, übrigens wieder im Verlag Duncker & Humblot, den er 1933 verlassen hatte.
Dann ließ er sich von der historischen Deutung des „Hamlet" fesseln, die eine englische Autorin, Lilian Winstanley, nach dem Ersten Weltkrieg vorgelegt und die seine sprachbegabte Tochter Anima 30 Jahre später ins Deutsche übersetzt hatte. Schmitt schrieb bereits 1952 ein Vorwort von 25 Seiten, das ihn als ausgezeichneten Kenner der Literaturgeschichte erweist. 1956 schob er eine eigene Monographie nach: „Hamlet oder Hekuba – der Einbruch der Zeit in das Spiel", ein Text, der Schmitt auf der Höhe seiner Reflexionskraft und seiner Formulierungskunst zeigt.
Nach diesem Ausflug in die Geschichte und ihre dichterische Verwertung kehrte er noch einmal zur Rechtswissenschaft zurück. Zu jedem der in die Sammlung „Verfassungsrechtliche Aufsätze 1924–1954" aufgenommenen Texte schrieb er ein erläuterndes und mit neuerem Schrifttum ergänztes Nachwort, auch Personen- und Sachregister fertigte er selbst.
Die Festschrift zu seinem 70. Geburtstag, von prominenten Autoren der westdeutschen Rechtswissenschaft herausgegeben (Ernst Forsthoff, Werner Weber), erregte noch vereinzelten Widerspruch, die zweibändige Festschrift zum 80. Geburtstag schon nicht mehr. Die in Genf erschienene Festgabe zum 90. Geburtstag bestritten nur ausländische Autoren; sie wurde hierzulande kaum bemerkt. Das Meinungsbild war festgelegt. Die politische Klasse Westdeutschlands und ein kleiner Teil der Kollegen ignorierte oder verabscheute den angeblichen Totengräber der Weimarer Republik. Viele Kollegen anerkannten die wissenschaftliche Bedeutung seiner Werke und zitierten Schmitt wie andere wichtige Autoren, einige traten offen für ihn ein. Dabei ist es bis heute geblieben.
Seit den 60er Jahren entstanden zahlreiche Doktorarbeiten, die sich mit dem Gesamtwerk, einzelnen Aspekten oder Beziehungen zu anderen Autoren auseinandersetzten. Die Zukunft wird lehren, was von diesen Arbeiten Bestand haben wird.
Bereits in den 50er Jahren war Schmitt gern gesehener Gast einiger wissenschaftlicher Gesprächskreise in Westdeutschland und Spanien; 1962 ernannte ihn das angesehene „Instituto de Estudios Políticos" in Madrid zum Mitglied. Zugleich führte er eine ausgedehnte Korrespondenz, besonders mit jungen Wissenschaftlern. Da er regelmäßig mit der Hand schrieb und meistens keine Kopien fertigte, müssen viele seiner oft ausführlichen Briefe als verloren gelten. Eine Vorstellung von Umfang, Spannweite und Intensität ver-

mittelt das vom Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf herausgegebene Bestandsverzeichnis über den Schmitt-Nachlaß; allein das Namensregister der Briefpartner geht über mehr als 300 Druckseiten. – Das Vaticanum II verfolgte er skeptisch; er blieb – dafür gibt es rührende Zeugnisse – bis ans Lebensende bei den Glaubensformen seiner Kindheit.

1963 erschien die „Theorie des Partisanen", eine Monographie von 96 Seiten mit dem Untertitel: „Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen". Diese analysierende Geschichte der Erscheinungsformen und Voraussetzungen des Partisanen im 19. und 20. Jahrhundert ist auch von ausländischen Fachleuten der Wehrwissenschaft gelobt worden. Thematisch verwandt war eine Abhandlung über „Clausewitz als politischer Denker", während sich „Die Tyrannei der Werte" mit der Wertphilosophie und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts kritisch auseinandersetzte. Die letzte Monographie erschien 1970 in seinem 83. Lebensjahr. „Politische Theologie II" fehlt zwar der Schwung seiner früheren Texte. Er nahm zu vielen Autoren Stellung, die sich zu „seinem" Thema geäußert hatten.

Vornehmlich ging es ihm um die Schrift seines einstigen Freundes, des konvertierten Theologen Erik Peterson: „Der Monotheismus als politisches Problem, ein Beitrag zur Geschichte der politischen Theologie im Imperium Romanum" (1935). Peterson glaubte, er habe Schmitt widerlegt, nämlich die „theologische Unmöglichkeit einer politischen Theologie erwiesen". Schmitt sezierte diesen Text wie eine mißratene Doktorarbeit und zog sich, wie er einmal sagte, nach 35 Jahren einen Partherpfeil aus der Wunde. Kenner der Materie haben Schmitt in der Sache Recht gegeben. Diese letzte große Auseinandersetzung erinnert durch begriffliche Schärfe wie im Stil an seine Rezensionsabhandlung, die 1926 Friedrich Meineckes „Idee der Staatsräson" der Begriffslosigkeit zieh – Schmitt hatte nichts von seiner glasharten Logik eingebüßt, auch von Altersmilde keine Spur.

90 Jahre alt, veröffentlichte er seine letzte große Abhandlung; sie führte seine Vorstellungen über Legalität und Legitimität, Partisanenkampf und Kalten Krieg, Vereinte Nationen und Dritte Welt auf universaler Ebene zusammen: „Die legale Weltrevolution" (1978). Diese hellsichtige Diagnose wurde nach wenig mehr als zehn Jahren in einem gewaltigen Schub realisiert.

Zunehmend beschwerte ihn das Altern, Hör- und Sehfähigkeit nahmen ab. Als 1983 seine über alles geliebte Tochter Anima, Mutter

von vier Kindern, in Spanien ebenso an Krebs starb wie 1950 ihre Mutter, schien sich die Zerebralsklerose des 95jährigen zu beschleunigen. Nach Knochenbrüchen, die ihn seit Sylvester 1984 ans Bett fesselten, verweigerte er sich jeglicher Nahrung, er starb am 7. April, am Ostermontag 1985. Zur lateinischen Totenmesse und zur Beisetzung kamen viele seiner einst jugendlichen Leser und Besucher; jeder gehörte mittlerweile zur Prominenz in Wissenschaft und Publizistik. Die Frage „Was wird aus Carl Schmitt?" wurde bald beantwortet durch wissenschaftliche Tagungen, durch eine Fülle von Büchern und Aufsätzen im In- und Ausland und durch weitere Übersetzungen seiner Schriften in mittlerweile 13 Sprachen. Er blieb „umstritten", aber für die Historiographie seines erstaunlichen Nachruhms ist es noch zu früh.



Eugen Kogon (1903–1987)

Er verkörperte den Typus des „politischen Professors". Er war ein Hochschullehrer, der sich öffentlich zu tagespolitischen Fragen äußerte, der Stellung bezog in der politischen Auseinandersetzung und sich als gesellschaftlicher „Signalgeber, Warner, Ermutiger" verstand. Sein vielfältiges Einwirken auf die öffentliche Meinungsbildung löste oftmals Irritationen aus, die selbst noch die Erinnerung an ihn als einen unbequemen Mahner und streitbaren Geist bestimmen. Die Intellektuellengeneration, der er angehörte, wurde von der „Kollision zweier Epochen" (Johann Huizinga) nach dem Ersten Weltkrieg geprägt, hatte im Erleiden des nationalsozialistischen Terrorsystems zu Aufklärung und Humanität als existentiellen Grundorientierungen gefunden und daraus nach 1945 die Kriterien für den demokratischen Neuaufbau gewonnen.

Im geistigen Klima der Nachkriegszeit und der Adenauerära mit ihren großen Richtungsauseinandersetzungen ist der Politikwissenschaftler und politische Publizist zum „Interpreten der Zeitgeschichte" geworden. Die Geistesgeschichte der Bundesrepublik kennt ihn als „Linkskatholiken", der entschieden antikapitalistisch gesinnt war und für einen freiheitlichen Sozialismus und eine „universelle Demokratisierung" eintrat. Sein Hauptsprachrohr waren die „Frankfurter Hefte", die er seit 1946 zusammen mit seinem Freund Walter Dirks (1901–1991) herausgab und die als bedeutendste politisch-literarische Zeitschrift des demokratischen Deutschlands lange Zeit auch internationale Beachtung fanden. Mit seinem Hauptwerk „Der SS-Staat", das seit 1946 35 Auflagen erlebt hat, gilt er als Klassiker der Vergangenheitsaufarbeitung. Als Praktiker der Politik begegnet Eugen Kogon bei der Gründung der CDU in Frankfurt und vor allem in der frühen Europabewegung, zu deren führenden Köpfen er zählte. Treffend hat man von ihm gesagt, daß er als wissenschaftlicher Lehrer, politischer Schriftsteller und praktizierender Christ „elementare Aspekte der jüngeren deutschen Geschichte in seiner Person und in seinem Schicksal exemplarisch vereinigt" habe.

I

Geboren ist Eugen Michael Kogon am 2. Februar 1903 in München. Seine Eltern, von denen er einmal geschrieben hat, daß sie keine eheliche Verbindung eingegangen sind, starben früh, als er noch ein kleines Kind war. In späteren österreichischen Berichten heißt es, daß sein Vater Beamter des kaiserlich-russischen Konsulats in der bayerischen Hauptstadt gewesen sei, und er selbst wird darin als „Deutsch-Russe" bezeichnet. Aufgezogen wurde er in einer kleinbürgerlichen, „kernkatholischen" Pflegefamilie in Schwabing, der er mit dem Bekenntnis, „in der vollen Substanz Bayerns aufgewachsen" zu sein, ein dankbar-ehrendes Andenken bewahrte. Er ging zur Volksschule Haimhauserstraße, wo er in seiner Mitschülerin Margarete Lang seine spätere Frau traf. Der hochbegabte Schüler fand bald Förderung von kirchlicher Seite, so daß ihm der Besuch der Höheren Schule möglich war, zunächst im Maximilians-Gymnasium in der Morawitzkystraße, dann ab Quinta – mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs – im neugegründeten Ottilianerinternat Schweiklberg in Niederbayern.

Noch unreife eigene Vorstellungen und benediktinische Menschenlenkung verbanden sich zu dem Berufsziel, Missionar zu werden. Vielleicht lag es an der harten Seminarerziehung oder auch an einem erwachenden wissenschaftlichen Interesse, daß er zur Beendigung seiner Gymnasialzeit die Ordensfahnen wechselte. Nach einem kurzen Zwischenspiel 1918/19 bei den Benediktinern in Passau konnte er im Frühjahr 1920 die Aufnahme in das Kolleg der Dominikaner im oldenburgischen Vechta erlangen. Im Rückblick erschien ihm dieser Schritt als „ein absoluter Glückstreffer" seines Lebens. Rektor der Ordensschule war in dieser Zeit Laurentius Siemer (1888–1956), der spätere Provinzial der deutschen Dominikaner. Er bestärkte Kogon in seiner pazifistischen Gesinnung und brachte ihm Selbstverantwortung und Selbstverwaltung als Grundprinzipien menschlichen Zusammenlebens nahe.

Den Dominikanern verdankte Kogon nicht nur eine umfassende humanistische Bildung, sondern auch eine entscheidende Weichenstellung seines Werdegangs. Weil sie erkannten, daß der intelligente, temperamentvolle junge Mann doch eher für die vita activa veranlagt sei, brachten sie ihn allmählich von seiner anfänglichen Absicht ab, selbst ein Ordensmann zu werden. Nach seinem 1922 erfolgreich abgelegten Abitur nahm Kogon auf Anraten seiner Lehrer ein Studium der Nationalökonomie und Soziologie in München auf. Er

schloß sich dort der „Hochland"-Verbindung an, einem Ableger des „Quickborn". Ihr Anliegen war, die von der Jugendbewegung getragene Lebenserneuerung in die Studentenschaft zu bringen und sich um die geistige Bildung der Arbeiterjugend zu kümmern. Sein Engagement für die Arbeiterbewegung ist unter dem Eindruck der sozialen Verhältnisse der Industriearbeiterschaft während der großen Inflation und späteren Wirtschaftsnot entstanden. Auch der Pazifismus, der sich nach dem Ersten Weltkrieg organisierte, zog ihn an, aber von den politischen Kämpfen und Freund/Feind-Verhältnissen der ersten deutschen Republik wurde er – im Unterschied zur Masse der Studenten seines Jahrgangs – nicht ergriffen. Seine feste Verankerung im katholischen Milieu schützte ihn vor den ideologischen Verführungen der Krisenzeit. Er absolvierte zügig sein Studium und erwarb nach sechs Semestern 1925 das Volkswirtdiplom, das damals gerade neu eingeführt worden war.

Nun folgten „Wanderjahre". Zum Weiterstudium, aber auch aus Existenzgründen bewarb er sich als Sekretär des pazifistischen Schriftstellers und Rechtsanwaltes Richard Grelling, der in Florenz lebte. Während eines einjährigen Studiums an der dortigen Universität konnte Kogon den Faschismus in der Phase seiner „Normalisierung" aus der Nähe erleben und analysieren. Insbesondere faszinierte ihn dessen korporativstaatliches System, das die Grundlage der gesamten Innen- und Gesellschaftspolitik bilden sollte. Es ist zu vermuten, daß er dabei in seinem Interesse von den im Katholizismus der Nachkriegszeit verbreiteten Ideen einer naturrechtlich begründeten Neuordnung der Gesellschaft durch berufsständische Gliederung und solidarische Gemeinschaft beeinflußt wurde. Die Fortsetzung seines Studiums in Wien, wo er Schüler des nationalkonservativen Soziologen und Ständestaatstheoretikers Othmar Spann (1878–1950) wurde, erscheint so als fast logische Folge seiner italienischen Erfahrungen. Bezeichnenderweise schrieb er seine Dissertation, mit der er 1928 zum Dr. rer.pol. promoviert wurde, über den Korporativstaat des Faschismus. Parallel dazu veröffentlichte er Artikel über den „Ständestaat des Solidarismus" in der von Carl Muth herausgebenen, angesehenen katholischen Kulturzeitschrift „Hochland". Er vertrat in diesen frühen Arbeiten vehement die universalistischen, ständestaatlichen Konzepte seines Doktorvaters, in denen er die einzige Rettung vor einem „kapitalistischen Sklavenstaat" sah.

Die Berufsfrage fand mit seinem Eintritt in die Redaktion der rechtsstehenden Wiener Zeitschrift „Schönere Zukunft" eine Lösung

in Richtung Journalismus. Mit dieser Perspektive konnte er 1927 auch heiraten und eine Familie gründen. Das private Glück fiel freilich mit einer schweren Krise der österreichischen Republik zusammen. Antidemokratische Tendenzen setzten sich immer stärker durch. In dieser bürgerkriegs- und putschgeladenen Atmosphäre, in der eindeutige Positionsbestimmungen gefragt waren, stand Kogon für einen auf Antikapitalismus, Antiliberalismus und Antikommunismus eingeschworenen politisch konservativen Katholizismus. Bis September 1932 war er Stellvertreter des Hauptschriftleiters der „Schöneren Zukunft", die als „Wochenschrift für Kultur und Politik, Volkswirtschaft und Soziale Frage" mit ihrem programmatischen Streben nach einer „im Zeichen des Kreuzes erneuerten, neugeordneten Welt" ein „schillerndes Amalgam von katholischem Universalismus, monarchistischen Sehnsüchten, organisch-hierarchischem Gesellschaftsdenken, Antimodernismus, nationalistischen Parolen, kulturkämpferischem Pathos und antisemitischen Invektiven" (Karl Prümm) bot. Kogon zeichnete hauptverantwortlich für die „Allgemeine Weltrundschau" mit Kommentaren zur Innen- und Sozialpolitik des Auslands. Darüber hinaus stammten aus seiner Feder an die hundert Hauptartikel, in denen er sich mit sozialen und wirtschaftlichen Themen auf der Linie der Sozialtheorien von Andreas Frühwirth, Karl von Vogelsang und vor allem Spann befaßte.
An seiner frühen Publizistik läßt sich zeigen, daß ihn seine Vorstellung, die allgemeine Gesellschafts- und Kulturkrise nur durch Errichtung einer organischen, berufsständisch gegliederten, solidarischen Gemeinschaft überwinden zu können, immer weiter hin zu einem sozialpolitischen Rigorismus führte. Sein frühes politisches Denken, das sich ambivalent zwischen radikaldemokratischen Ansätzen und sozialkonservativen Kategorien, pazifistischer Grundüberzeugung und kulturkämpferischer Militanz bewegte, erwies sich gegenüber autoritären Ideologemen als in hohem Maße anfällig. Nicht nur, daß er für die österreichischen „Heimwehren" Partei ergriff, die 1930 in faschistisches Fahrwasser trieben, er näherte sich auch politischen Positionen, wie sie seit 1931 in Deutschland führend Franz von Papen mit seinen Bemühungen um ein parteiübergreifendes Rechtsbündnis vertrat. Er stellte sich dem Dollfußregime zur Verfügung, mit dessen Neuordnungsidee eines „christlichen Ständestaates" er sympathisierte. Im Auftrag des christlichsozialen Bundeskanzlers reiste er sogar nach Berlin, um dort im Kontakt mit Emil Ritter, dem auf dem rechten Flügel des politischen Katholizis-

mus stehenden Chefredakteur der Zentrumszeitung „Germania", die Einstellung der Katholiken zur „nationalen Front" zu sondieren.
Zur gleichen Zeit wurde er auch Mitglied des von Papen initiierten nationalkonservativen Bundes katholischer Deutscher „Kreuz und Adler" (BKD). Kogon, der den Gründungsaufruf mitunterzeichnete, gehörte sogar der Bundesleitung dieser Organisation an, die das Ziel verfolgte, „das Nationalbewußtsein der katholischen Deutschen zu stärken und den Aufbau des kommenden Reiches geistig zu fördern". Er übernahm auch Herausgabe und redaktionelle Leitung der dem Bund nahestehenden „Neuen Zeitung" und – nach deren Verbot – 1934 des „Österreichischen Beobachters", der von der nationalsozialistischen Regierung in Berlin finanziell unterstützt wurde. Wie eine ganze Reihe katholischer Politiker und Intellektueller aus Deutschland und Österreich gab sich auch Kogon in Verkennung der totalitären Energien des Nationalsozialismus für einen kurzen Moment der illusionären Hoffnung hin, den politischen Katholizismus in die nationale Aufbruchbewegung einbringen und sie dadurch „versittlichen" zu können. Der sogenannte „Röhmputsch", in dem Hitler mehr als 70 politische Gegner umbringen ließ, und der nationalsozialistische Putsch in Österreich, dem Dollfuß zum Opfer fiel, belehrten ihn eines Besseren.

II

Nach dem Schock des Sommers 1934 ging Kogon zunehmend aktiver zur Opposition gegen den Nationalsozialismus über. Dabei hat sicherlich eine Rolle gespielt, daß er nach dem Ausscheiden aus der „Schöneren Zukunft" 1933 die Stelle eines Direktors des Bankhauses Hübner & Co, der Privatbank des Prinzen Philipp Josias von Sachsen-Coburg-Gotha, übernommen hatte. Mit der Verwaltung eines bedeutenden, weit gestreuten Vermögens änderte sich das berufliche Umfeld Kogons von Grund auf, und die dadurch bedingte publizistische Zurückhaltung tat seinem politischen Urteil zweifellos gut. In seiner neuen Funktion lernte er auch Klaus Dohrn näher kennen, den Chefredakteur der von katholischen Emigranten herausgegebenen Zeitschrift „Der Christliche Ständestaat", die in ihrer scharf antinationalsozialistischen Tendenz gewissermaßen eine Gegengründung zur „Schöneren Zukunft" war. Weniger durch Wort- als durch Finanzierungsbeiträge, die er durch die Coburgsche Bank vermitteln konnte, half er dazu, daß die Zeitschrift ihren politischen Kampf primär gegen den Nationalsozialismus bis zum Anschluß

Österreichs fortführen konnte. Daß er selbst kaum noch etwas publizierte und sich ganz der „Wirtschaft" verschrieb, läßt aber auch darauf schließen, daß er damals eine tiefgehende geistige Orientierungsstörung durchmachte. Von Dohrn wissen wir, daß Kogon ihm gegenüber die Fehleinschätzung hinsichtlich eines „guten Kerns des Nationalsozialismus" und einer Vereinbarkeit von Christentum und Nationalsozialismus zugegeben habe. Die Erfahrung, die Kogon an sich selbst gemacht hat, daß sich „miserable gesellschaftliche Kräfte mit erhabenen Motiven, mit erhabenen Normen verbinden" und dann unter Umständen „etwas Grauenhaftes, falsch Missionarisches in der Politik" herauskommt, wirkte sich auch noch auf seine Haltung zur Vergangenheitsbewältigung nach 1945 aus. Es sei „nicht Schuld, sich politisch geirrt zu haben", meinte er 1947, wenn sich dieses menschliche Recht auf politischen Irrtum mit dem ehrlichen Willen zur Aufklärung der Wahrheit und mit dem Bewußtsein der Verantwortlichkeit verbinde.

Die von Prinz Philipp Josias unterstützten Hilfsaktionen für Oppositionelle und Verfolgte des NS-Regimes in und außerhalb Deutschlands, namentlich aus den monarchistischen Kreisen um Otto von Habsburg sowie den Gruppen um Otto Strasser und Ernst Niekisch, die eine europäische Front gegen die Hitlerherrschaft zu organisieren versuchten, exponierten Kogon als Gegner des Dritten Reiches. Zweimal wurde er 1936/37 bei Aufenthalten in Deutschland von der Gestapo wegen des Verdachts des Devisenvergehens verhaftet. Beim zweiten Mal, bei dem es um die illegale Unterstützung eines katholischen Verlages ging, kam es sogar zum Prozeß und zur Verurteilung zu einer hohen Geldstrafe.

Unter diesen Voraussetzungen konnte Kogon beim Einmarsch der deutschen Truppen nach Österreich sein Heil nur in der sofortigen Flucht suchen. Zusammen mit Dohrn und einem anderen Journalistenkollegen, Alfred Missong, wurde er in der Nacht auf den 12. März 1938 kurz vor Überschreiten der Grenze zur Tschechoslowakei bei Dürnkrut an der March verhaftet. Nach zwei Tagen brachte man ihn nach Wien in Gestapogewahrsam am Morzinplatz, wo er viele Verhöre über seine Journalistentätigkeit und seine Aktivitäten als Beauftrager der Coburgschen Bank zu bestehen hatte. Nach einem Jahr, einer Haftzeit, die er im Nachhinein als „phantastisch" bezeichnete, weil er dadurch die Möglichkeit zum Sammeln überlebenswichtiger Informationen erhielt, erfolgte die Einlieferung ins Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar.

Am 22. September 1939 – drei Wochen nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges – kam er dort mit einigen hundert anderen Gefangenen aus Österreich an. Er war 36 Jahre alt. Er erhielt den roten Dreieckswinkel des politischen Gefangenen und die Häftlingsnummer 9093. Über sechseinhalb schreckliche Jahre in diesem System des nationalsozialistischen Terrors lagen vor ihm, in dem die Häftlinge zu Zehntausenden, wie er 1946 in den „Frankfurter Heften" erklärte, von „Sklavenhaltern, Mördern, Barbaren und Idioten entwürdigt, gequält, gemartert und dezimiert" wurden.

Er erkannte bald, daß er „als religiöser und politischer Mensch, Soziologe und Schriftsteller" entscheidende Voraussetzungen mitbrachte, um „bei aller Entwürdigung zum bespieenen Objekt innerlich in souveräner Subjektstellung" zu bleiben und kritisch die Bedeutung des Geschehens abzuschätzen sowie „im Individuellen das Typische zu erkennen". Als Zeuge und Analytiker des Bösen überdauern zu wollen, war Teil seiner Überlebensstrategie. Er schaffte den „Aufstieg" vom mörderischen Schachtkommando über die sogenannte Feldschmiede zur Häftlingsschneiderei, wo unter anderem die Kleidung und Wäsche der in Auschwitz Ermordeten sortiert und zur Weiterverwendung behandelt werden mußten, aber die Arbeit nicht so zermürbend schwer war. Im Frühjahr 1943 geriet er in höchste Lebensgefahr, als er zum Abtransport nach Auschwitz bestimmt wurde. Er erfuhr rechtzeitig, daß sein Name auf der Liste stand. Mit Hilfe der kommunistischen Lagerselbstverwaltung, die in solchen Fällen über Tod und Leben entschied, gelang es ihm, sich eine fiebrige Tbc-Erkrankung und damit die Transportunfähigkeit bescheinigen zu lassen. Nachdem so die akute Bedrohung abgewendet worden war, wurde er durch einen kommunistischen Kapo vorübergehend in der Abteilung für Pathologie untergebracht und von dort im Juni 1943 als Schreiber zu dem berüchtigten SS-Sturmbannführer Dr. med. Erwin Ding-Schuler (1912–1945) vermittelt, einem Immunbiologen, der gerade im Block 50 des Lagers ein Hygiene-Institut der Waffen-SS aufbaute, um an der Entwicklung eines Fleckfieberimpfstoffs für die kämpfende Truppe zu arbeiten.

Kogon verstand es, mit der Zeit ein persönliches Verhältnis zu dem SS-Mediziner herzustellen. Es kam dahin, daß er für ihn, gemeinsam mit dem ebenfalls im Block 50 arbeitenden polnischen Arzt Dr. Marian Ciepielowski, Fachartikel verfaßte, die in medizinischen Zeitschriften unter dem Namen Ding-Schulers erschienen. Umgekehrt verdankte ihm Kogon, daß seine Verbringung nach Auschwitz bis auf weiteres ausgesetzt wurde. Ab Ende März 1945 war eine Li-

quidation der politischen Gefangenen zu befürchten, als die alliierten Truppen nach Thüringen vorrückten. Auch eine Evakuierung des Lagers hätte für die meisten Häflinge den Tod bedeutet. Das internationale Lagerkomitee und die insgeheim aufgestellte Lagermiliz richteten sich auf eine bewaffnete Auseinandersetzung mit der SS ein. Die Nachricht, daß englische Fallschirmjäger südlich Weimars abgesprungen seien, führte zur Idee, durch einen aus dem Lager geschmuggelten Häftling einen fingierten Aufruf des „Feindes" zur Kapitulation an den Lagerkommandanten zu schicken, um ihn zum Aufgeben zu bewegen.
Mit Wissen Ding-Schulers wurde Kogon am 8. April in einem Polizeilastwagen, der medizinische Instrumente und Impfstoffe abtransportieren sollte, nach Weimar gebracht. Dort sandte er das Schreiben ab. Am 11. April erfolgte die Übergabe des Lagers, unmittelbar vor Eintreffen der ersten Panzer der Dritten Amerikanischen Armee. Das Lagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht vom 13. April verzeichnete: Erfurt und Weimar sind heute morgen verloren gegangen. Für Kogon und seine 21.000 Mithäftlinge, unter ihnen 550 österreichische Kameraden, bedeutete das die Rettung. Auf die Frage, wer das KZ heil bestehen konnte, gab er zur Antwort: „Es ist keiner so herausgekommen, wie er hineingegangen ist." Noch Jahrzehnte später, gestand er, habe er oft im Schlaf gegen bedrängende Traumbilder mit solcher Heftigkeit um sein Leben gekämpft, daß er aus dem Bett gefallen sei.

III

Buchenwald war das erste große Konzentrationslager, das von den Amerikanern befreit wurde. Die Fassungslosigkeit und die Emotionen, welche die Konfrontation mit den grauenhaften Zuständen der Lagerwelt und die Begegnung mit den geschundenen Menschen auslöste, waren ungeheuer. Schon am 13. April 1945 kam der Oberkommandierende der Allierten Streitkräfte in Europa, General Dwight D. Eisenhower, nach Buchenwald, um sich persönlich zu informieren. Drei Tage danach begann ein Team der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit und Psychologische Kriegsführung des amerikanischen Hauptquartiers mit Befragungen und Erhebungen zur Dokumentation der Terrororganisation, Unterdrückungsmethoden und Greueltaten in Buchenwald. Eine international zusammengesetzte zehnköpfige Gruppe ehemaliger Lagerinsassen sollte einen Erlebnisbericht erstellen. Mit der Leitung dieses Projekts wurde Kogon

beauftragt. Nach Hacketts Urteil machten „seine scharfe Intelligenz, seine gründliche akademische Ausbildung, seine tiefgründigen intuitiven Einsichten und die zahlreichen Kontakte zu anderen Insassen des Lagers ... ihn zu dem für diese Aufgabe am besten geeigneten Mann."

Der rund 400 Seiten starke Bericht über Buchenwald, der schon Mitte Mai 1945 vorgelegt werden konnte, bildete gewissermaßen den Grundstein für Kogons neue Existenz in Deutschland nach der Katastrophe. Der enge Kontakt zu amerikanischen Dienststellen führte ihn nach Frankfurt am Main, wo sich das amerikanische Hauptquartier einrichtete. Von alliierter Seite dazu angeregt, schrieb er dort zwischen Juni und Dezember 1945 auf der Grundlage des im Buchenwald-Bericht zusammengestellten Erfahrungsmaterials sein Buch über das KZ-System. Es erschien im Jahr darauf mit dem Titel „Der SS-Staat". Ein „Ecce Homo-Spiegel" sollte es sein, „der nicht irgendwelche Scheusale zeigt, sondern dich und mich, sobald wir nur dem gleichen Geiste verfallen, dem jene verfallen sind, die das System geschaffen haben". Es gilt als das präziseste Zeugnis, das erschütterndste Dokument der Barbarei des Dritten Reiches. Es ist zugleich ein durch und durch moralisches Buch, das mit rücksichtsloser Darstellung der Wahrheit einen menschlichen und politischen Zweck erfüllen sollte. Es redete den Deutschen ins Gewissen, wollte sie auf den Weg zu Selbsterkenntnis, politischer Einsicht, Gesinnungswandel und Läuterung führen helfen. Mit dem Buch verband Kogon die Hoffnung, daß die freimachende Wahrheit das Fundament einer Erneuerung Deutschlands von Grund auf sein werde. Um ihrer eigenen Zukunft willen, so meinte er, müßten die Deutschen ihre nationalsozialistische Vergangenheit gewissenhaft und rückhaltlos aufarbeiten. Diese Forderung blieb ein durchgängiges Motiv seines politischen Denkens und Schreibens.

Die rationale Verarbeitung der Leidenszeit begriff er für sich als Beginn eines Lebens „in die Zukunft", das alle „Möglichkeiten wirklich beispielhafter Neugestaltung" eröffnete. Es ging um Idee und Programm der „Zweiten Republik". Es war, als ob sich bei ihm das in siebenjähriger Lagerhaft aufgestaute Potential an Erfahrungen, Theorien, Plänen nun mit einem Mal entlud. Seine ganze Energie, die bis dahin allein auf das Überleben gerichtet war, entfaltete sich nun „an allen Fronten". Der Journalismus schien ihm zunächst die beste berufliche Perspektive zu bieten. In Frankfurt traf er Walter Dirks, bis 1934 Redakteur der linkskatholischen „Rhein-Mainischen Volkszeitung". Schon ihr erster Gedankenaustausch

über Gegenwart und Zukunft Deutschlands, über politisch-soziale Neuordnungskonzepte und publizistische Projekte gebar die Idee zu den „Frankfurter Heften", deren erste Nummer im April 1946 erschien.

Die neue Monatszeitschrift sollte, „von Christen gemacht", der politischen und gesellschaftlichen Erneuerung durch Integration von christlicher Grundüberzeugung, wirtschaftlichem Sozialismus und freiheitlicher Demokratie programmatisch vorarbeiten. In diesem Sinn begleiteten die FH mit Analyse, Kommentaren und Kritik die weitere Staats- und Gesellschaftsentwicklung in Deutschland und Europa. Mit seinen sozialistischen und nonkonformistisch-katholischen Reformpositionen konnte sich das Blatt bis Anfang der fünfziger Jahre als wichtigste alternative Stimme zur politischen und kulturellen Orientierung in der Nachkriegsdemokratie behaupten, büßte dann jedoch im Zuge des von den Herausgeber-„Dioskuren" zur Restauration erklärten Auf- und Ausbaus der Bundesrepublik seine Bedeutung ein.

Für seine Idee eines freiheitlichen, christlich verantwortbaren Sozialismus wurde Kogon auch zum Parteigründer. Früh stieß er, zusammen mit Dirks, zum Frankfurter Gründerkreis der CDP/CDU. Im Haus seines Journalistenkollegen Marcel Schulte („Frankfurter Neue Presse") in Oberursel, wo auch er inzwischen mit seiner Familie ein „kleines Häuslein" bezogen hatte, wurden die Frankfurter Leitsätze der CDU von 1945 beraten und niedergeschrieben. Es ging diesem Oberurseler Kreis, zu dem unter anderem Clemens Münster, der dritte Herausgeber der FH, Karlheinz Knappstein, Werner Hilpert, der in Buchenwald gewonnene Freund und nachmalige hessische Innenminister, Josef Arndgen und Valentin Siebrecht gehörten, in seiner bis 1947 weitergeführten Programmdiskussion vor allem um die Verfassungs- und Sozialordnung als Aufgabe einer sozialistischen Politik in Deutschland.

Kogon wollte auf einen „Sozialismus der Freiheit" hinaus, der im Gegensatz zum Sozialismus des Zwangs auf einem die freie, vernünftige Persönlichkeit anerkennenden, demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsgefüge aufbauen sollte. Die besondere deutsche Stellung zwischen Sowjetrußland und dem amerikanischen Westen erfordere, so Kogon zusammenfassend 1946/47, „eine brauchbare originale Kompromißlösung", die „nichts Unversöhnliches versöhnen, sondern Notwendiges in beispielhafter Weise sachlich ordnen will". Obwohl nicht Parteimitglied, galt er in den ersten Nachkriegsjahren doch als Repräsentant der neuen christlich-

demokratischen Parteiformation. Auf der ersten großen CDU-Kundgebung in Frankfurt am 11. November 1945 mahnte er zur Selbstbesinnung des deutschen Volkes im Geiste einer Zusammenführung von christlichen und sozialistischen Kräften. Er war Teilnehmer der Godesberger Reichstagung der Union Mitte Dezember 1945, und auch noch beim Berliner Treffen der CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft, der zonenübergreifenden, gesamtdeutschen Klammer der Union, am 28./29. Dezember 1947 findet sich sein Name unter den Vertretern der amerikanischen Zone. Er arbeitete im Ellwanger Kreis mit, in dem sich Unionspolitiker aus Bayern, Württemberg-Baden und Hessen über programmatische Grundsätze und bundesstaatliche Verfassungsfragen verständigten. Spätestens jedoch mit der Währungsreform im Sommer 1948, die er als eine Entscheidung für den Kapitalismus begriff, hörte sein parteipolitisches Engagement für die CDU auf.

Politisch trat er nun – neben seiner publizistischen Arbeit für die FH – ganz in den Dienst der europäischen Bewegung, die er wohl durch seine Kontakte zu den Organisationen der Verfolgten und Widerstandskämpfer in Frankreich und den Niederlanden näher kennengelernt hatte. Im Jahr 1947 war es unter den zahlreichen europäisch-föderalistischen Gruppen, die sich nach Kriegsende gebildet hatten, zu ersten Zusammenschlüssen gekommen. Kogon trat damals dem an die abendländische, christlich-föderalistische Tradition eines Constantin Frantz anknüpfenden „Bund deutscher Föderalisten" bei. Als auf dem ersten Kongreß der 1946 gegründeten Union Européenne des Fédéralistes (UEF) in Montreux im Sommer 1947 eine Deutschland-Kommission zur Behandlung der deutschen Frage eingesetzt wurde, erhielt Kogon, ohne daß er Delegierter gewesen wäre, seine Berufung in dieses Gremium. Gleichzeitig wurde er zum Mitglied des Zentralkomitees gewählt. Fünf Jahre lang war er einer der Hauptorganisatoren und Wortführer der europäischen Zusammenarbeit.

Wenn von den Wegbereitern der Einigung Europas die Rede ist, darf sein Name nicht fehlen. Insbesondere verdient sein Anteil an der gleichberechtigten Einbeziehung der Deutschen in die europäischen Initiativen hervorgehoben zu werden. Am „Tag der europäischen Union" bei der Jahrhundertfeier der Revolution von 1848 in der Frankfurter Paulskirche betonte er die Bedeutung einer europäischen Gemeinschaftsordnung für die Bildung einer höheren Einheit, um die durch Deutschland verlaufende Grenzlinie zwischen West und Ost zu überwinden. Auf dem großen Haager Europa-

Kongreß im Mai 1948 vertrat er an der Seite von Adenauer und anderen christlichen Demokraten die deutschen Interessen, und auf dem ersten Kongreß der Europa-Union in Deutschland im Mai 1949 ermöglichte er durch einen „kühnen Vorstoß" die Konstituierung des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung. Er wurde Präsident der Europa-Union (1949), des Deutschen Rates (1951) und des Zentralkomitees der UEF (1951).
Zähle man nur „die wichtigsten beruflichen und organisatorischen Verpflichtungen Dr. Kogons zusammen", ergebe sich, so spottete der „Spiegel", ein „Katalog von Tätigkeiten", „die auszuüben die Kraft eines Dutzends normaler Staatsbürger" erfordere. Er reiste viel, hielt zahlreiche Vorträge und Reden, führte Gespräche mit der politischen Prominenz Europas, wurde von Staatsmännern wegen seiner einflußreichen Verbindungen umworben. Für die erste Regierung Adenauer war er wichtig, weil er ihren europapolitischen Kurs unterstützte, eine Neutralisierung Deutschands ablehnte und insbesondere – wenn auch als erklärter Pazifist mehr aus Vernunftgründen als aus Überzeugung – die Aufstellung deutscher Truppen im Rahmen einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft als Teil eines künftigen politischen föderalen Gesamtsystems Europas für richtig hielt.
In der Hingabe an die Sache der Einigung Europas gerieten ihm die Geldverhältnisse der europäischen Bewegung außer Kontrolle. Die Frage der Finanzierung der Europa-Organisationen, denen er vorstand, sei „regelmäßig im Sand der großen Worte" versickert, wurde ihm vorgeworfen. Von finanziellen „Überlappungen" zwischen offiziellen Aktionen und privaten Unternehmungen wie den auf seinen Namen laufenden Firmen „Europa-Film", „Europäischer Informationsdienst" und „Frankfurter Verlagsanstalt" war die Rede. 1954 konnte er mit Mühe den Konkurs abwenden, der auch die FH in Gefahr gebracht hätte. Der „Rheinische Merkur", der mit den FH in Dauerfehde lag, vermerkte am Jahresende 1953 voller Häme, daß der „deutsche Spitzeneuropäer" der ersten Kassenrevision nicht standzuhalten vermochte. Kogon sah sich gezwungen, von all seinen Ämtern in der europäischen Bewegung zurückzutreten.

IV

Er zog sich „an den Schreibtisch" zurück, konzentrierte sich – neben seiner Herausgebertätigkeit für die FH – auf seinen Lehrstuhl für Politik an der TH Darmstadt, den er seit Juni 1951 innehatte. Er war

ja selbst Geburtshelfer des neuen Fachs in Deutschland gewesen, das seinen Ursprung in der amerikanischen Umerziehungspolitik nach dem Kriege hat. An den Konferenzen von Waldleiningen und Königstein 1949 und 1950 über die Einführung der politischen Wissenschaften an den deutschen Universitäten hatte er teilgenommen, und von Anfang an galt es als ausgemacht, daß er eines der drei hessischen Ordinariate für Politik bekommen sollte. Ursprünglich für Frankfurt vorgesehen, beförderte ihn schließlich das Berufungskarussell nach Darmstadt, wo er sich, von Kultusminister Erwin Stein (CDU) favorisiert, gegen den Historiker Karl-Dietrich Erdmann durchsetzen konnte. Hier widmete er sich in der Lehre, die er sehr ernst nahm, der Begründung einer modernen Politikwissenschaft als eigenständiger Disziplin mit gesellschaftskritischer Funktion.

Als Vorsitzender der renommierten „Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik" erwarb er sich in den schwierigen Jahren von 1967 bis 1969 große Verdienste um eine sachliche Aufklärung über das von ihm vertretene Fach, gegen das in der breiten Öffentlichkeit unter dem Eindruck der Studentenrevolte von 1968 starke Animositäten bestanden. Die besondere Aufgabe in Darmstadt, angehenden Ingenieuren, Naturwissenschaftlern und Sozialkundelehrern an Fachschulen politisches Denken und Wissen zu vermitteln, nahm er sehr bewußt wahr. Dabei erschloß sich ihm die Bedeutung der technologischen Intelligenz für die Lösung politischer Probleme unserer Epoche. Die Überzeugung, daß Politik erlernbar und rationalisierbar sei, lag auch seinem Buch „Die Stunde der Ingenieure" (1976) zugrunde, einer empirischen, sozialwissenschaftlichen Untersuchung über eine Berufsgruppe, von deren politisch-ökonomischer und sozial-ethischer Bildung er die demokratische und humanistische Entwicklung der industriewirtschaftlichen Zivilisation abhängen sah. Sein Lehrangebot mit Vorlesungen und Seminaren über Grundfragen der Politik, Herrschaftsysteme, Demokratietheorie, politische Soziologie, internationale Beziehungen und politische Ideengeschichte umfaßte alle wichtigen Teilbereiche der Politikwissenschaft. Schulbildend hat er mit seinem eine „strenge Komparatistik" und „normative, handlungsanleitende Orientierung" verbindenden Ansatz nicht gewirkt. Die Spannweite seiner Interessen und seine Aufgeschlossenheit für neue Forschungsrichtungen waren groß, was sich nicht zuletzt an den wissenschaftlichen Profilen seiner Assistenten am Darmstädter Lehrstuhl ablesen läßt (Gottfried Erb, Ernst-Otto Czempiel, Peter Graf Kielmansegg).

Bei ihm standen Hochschullehrertätigkeit und zeitkritische Publizistik in einem Verhältnis wechselseitiger Anregung und Bereicherung. In den FH wie in seinen Beiträgen zu Sammelwerken und in seinen öffentlichen Vorträgen mag so ein ganzes politikwissenschaftliches opus magnum verborgen sein. Seinem Schreibtemperament, seinem pointierten Stil und Aktualitätssinn entsprach jedoch die publizistische Kleinform: Aufsätze, Artikel, Glossen, Reden. Als „politischer" Professor wollte er Klärungs- und Abgrenzungsbeiträge leisten, auf Zusammenhänge und mögliche Folgen politischer Entscheidungen hinweisen. Zwischen Wissenschaft und Politik verstand er sich als „Spezialist des Allgemeinen", dem „an den Wegrichtungen" mehr liegt als „an der Beschaffenheit dieses oder jenes Weges im einzelnen".

Mit diesem Anspruch bezog er seine gesellschaftskritische Position in der frühen Bundesrepublik. Die Adenauerära war für ihn wie für viele unzufriedene Intellektuelle der fünfziger Jahre eine „christlich autoritative Restauration". Der „Sprung" der Bundesrepublik in die NATO, die „entsetzliche Wiederbewaffnung", trennte ihn endgültig von der Politik des Gründungskanzlers, dessen produktive politische Phantasie, dessen „Meisterschaft" im Auffinden von „Kompromißlösungen ad hoc" er zwar anerkannte, den er aber für den diagnostizierten innenpolitischen Restaurationskurs verantwortlich machte. Der politische und wirtschaftliche Wiederaufbau genügte ihm trotz einer insgesamt eher positiven Beurteilung, die er der Leistung der Adenauerregierung zuteil werden ließ, deshalb nicht, weil er mit einer Privatisierung der Moral erkauft worden sei. Die Hauptschwächen der „restaurativen Republik" führte er zurück auf die mißlungene Entnazifizierung, den „Sozialkapitalismus" des Wirtschaftswunders und den Antikommunismus. Eine Vergangenheitsverdrängung habe den Ansätzen zu einer gesellschaftlichen Erneuerung die Unbefangenheit und den Schwung genommen, die soziale Marktwirtschaft habe sich der Gewinnmaximierung und dem wirtschaftlichen Leistungserfolg als einzigem Wertmaßstab verschrieben, und der Antikommunismus sei als „bequemer Generalnenner" an die Stelle eines produktiven demokratischen Bewußtseins getreten, die substantielle Demokratisierung der Gesellschaft und Wirtschaft dadurch jedoch auf halbem Wege stehen geblieben.

Diese Grundgedanken durchzogen Kogons politische Publizistik bis in die achtziger Jahre, jeweils den Zeitläuften angepaßt und in Auseinandersetzung mit neuen Entwicklungen variiert. Als „zorniger alter Mann" faßte er sie 1979 in einem Rückblick auf die dreißig-

jährige Geschichte der Bundesrepublik noch einmal zusammen. Als „Zeuge des Jahrhunderts" bekannte er 1982 in einem ZDF-Gespräch sogar, daß er nur traurig werden könne, wenn er zurückblicke. Von den Träumen des Neubeginns nach 1945 habe sich nur Weniges erfüllt, von dem „gewaltigen Ziel", aus der Moral Politik zu machen, sei man noch weit weg.

Sein publizistisches Engagement, das sich von dieser Zielsetzung her am besten verstehen läßt, erstreckte sich auf alle „Medien", vom Katheder angefangen über die Presse bis zu Rundfunk und Fernsehen. Die Möglichkeiten der Information und Aufklärung durch Bild/Wort-Darstellungen mußten ihn reizen. Er begann 1957 als Moderator der Sendereihe „Blick in die Zeit", mit der er zum Nachdenken anregen und wachmachen wollte für die Probleme der Zeit. Er war ein Pionier der Diskussionsveranstaltungen im Fernsehen, die er noch – weit entfernt von ihrer Pervertierung zu sinnlosen Talkshows – als einen „Beitrag zur Hebung des Bildungsniveaus" ansah und inszenierte, wie zum Beispiel im Dezember 1961, als er Hans Furler, den Präsidenten des Europäischen Parlaments, den SPD-Bundestagsabgeordneten Heinrich Deist, den französischen Publizisten und Historiker Joseph Rovan und den Politologen Theodor Eschenburg zum Gespräch über die „Qualität der Parlamente" zusammenbrachte.

Sein Bekanntheitsgrad wuchs in der Öffentlichkeit mit der Übernahme der Fernsehsendung „Panorama" im Jahr 1963, die unter seiner Moderation einen „der glanzvollsten Abschnitte" in der Geschichte dieser Gattung von Magazinen erlebte. Seiner Programmdevise folgend, „mit Salz die Demokratie schmackhaft zu machen", kam es zur Ausstrahlung von Berichten und Untersuchungen, die publikumswirksam und provozierend zugleich waren. Er wollte umstritten sein, und er trug dazu mit scharfzüngigen, einfallsreichen Zwischenkommentaren wesentlich bei. In seinem Bemühen um das „Einüben in die praktische Demokratie", wie er es nannte, konnte er mitunter den „besserwisserischen Tonfall eines Oberlehrers der Demokratie" („General-Anzeiger", Bonn) nicht vermeiden. Die heftigen Attacken gegen ihn gipfelten in dem Vorwurf prokommunistischer Hetze. Verbittert verabschiedete er sich zum 1. Januar 1965 vom Bildschirm mit den Worten: „Ich war bemüht, mit Verantwortung einen Standpunkt zu vertreten, auch wo er unbequem ist."

In diesem Sinn ergriff er öffentlich weiterhin, auch nach seiner Emeritierung 1968, in den großen politischen Zeit- und Streitfragen der Bundesrepublik lebhaft und unerschrocken Partei. Politisch

fühlte er sich „in kritischer Solidarität" der SPD verbunden. In den fünfziger Jahren hatte er sich als Pazifist mit Vehemenz auf die Seite der „Kampf dem Atomtod"-Bewegung geschlagen. Früh schon hatte er sich auch für eine aktive Entspannungspolitik gegenüber dem Ostblock stark gemacht. Zusammen mit anderen Politikern, Wissenschaftlern und Journalisten aus der Bundesrepublik, darunter Gustav Heinemann und Martin Niemöller, war er 1964 und 1967 als Missionär des guten Willens und um wie „ein Trapper in fremdem Indianergebiet" die andere Weltführungsmacht mit eigenen Augen kennenzulernen, durch die Sowjetunion gereist. Entschieden nahm er 1968 gegen die Notstandsgesetze Stellung, die ihm die Demokratie zu gefährden schienen, weil sie unter bestimmten Umständen Beschränkungen der individuellen Freiheit zuließen, und lehnte bei der parlamentarischen Anhörung eine Grundgesetzänderung zur Vorsorge gegen den inneren Notstand ab.

Nachdrücklich setzte er sich für eine betriebliche und wirtschaftspolitische Mitbestimmung der Arbeitnehmer ein. In der Auseinandersetzung um dieses „große historische Thema" vertrat er strikt die gewerkschaftliche Position, wollte er doch die Gewerkschaften überhaupt in der Rolle einer gesellschaftlichen Führungsgruppe wissen, die als dritte Kraft zwischen Politik und Wirtschaft die sozialen und demokratischen Voraussetzungen „für das Ganze im Sinne des Allgemeinwohls" schaffen sollte. In solchen Vorstellungen meint man noch Spuren der sozialkonservativen und korporativstaatlichen Ideen seiner Jugendjahre entdecken zu können.

Der studentischen Revolte der „Achtundsechziger" brachte er viel Sympathie entgegen. Von der sich radikalisierenden Unruhe erhoffte er sich eine Dynamisierung des gesamtgesellschaftlichen Wandels durch Diskussion, Öffentlichkeit und Mitbestimmung. Vom Infantilismus der Happenings und vom Terrorismus nach dem Muster südamerikanischer Stadtguerrillas, wie sie dann an den Rändern der Protestbewegung in „verworrenem Bewußtsein" entstanden, distanzierte er sich jedoch kategorisch. Obwohl es ihm nicht unangenehm war, neben Theodor W. Adorno, Max Horkheimer und anderen als einer der ideologischen „Ziehväter" der außerparlamentarischen Opposition (ApO) zu gelten, blieb er in seiner Moralauffassung und in seiner Gesellschaftskritik durch und durch ein „Vorachtundsechziger". Die Regierungsübernahme der sozialliberalen Koalition 1969 und deren Fortsetzung nach dem glatten Wahlsieg Willy Brandts 1972 feierte er allerdings als Wendemarken für eine antirestaurative Gesellschaftspolitik, als Beginn einer „allgemein wirksamen bürger-

lichen Teilhabe". In diesem Geiste arbeitete er auch an den umstrittenen hessischen Rahmenrichtlinien zum Schulfach Gesellschaftslehre mit.
Mit Heinemann und Brandt als „richtigen Männern an unserer Spitze" verband Kogon die Erwartung, „die zweite Republik der Deutschen vielleicht doch noch der Restauration streitig machen zu können". So begrüßte er auch die „neue Ostpolitik" mit den Verträgen von Warschau und Moskau als Brückenschlag, der die Nachkriegsära beende. Es mußte ihn enttäuschen, daß die Entwicklung, die er als zweite Chance zur Korrektur und Reform in Deutschland auffaßte, anders verlief, als er dachte und wünschte. Mit den „sogenannten Machern", die folgten, konnte sich der Moralist Kogon nicht abfinden: „Man kann sich ... nicht einfach hinstellen und sagen, wir tun das Allernächste. Im Allernächstliegenden müssen die Möglichkeiten für morgen und übermorgen gefunden werden."
Der Rüstungswettlauf, der Nord/Süd-Konflikt und die wachsende Umweltgefährdung ließen seine Sorgen wachsen. Sein Optimismus wich allmählich einer Resignationshaltung, doch gab er die Suche nach dem „archimedischen Punkt, von dem aus sich wieder etwas ändern läßt", nicht auf. Mit Günter Grass, Max Frisch, Jean Amery, Walter Jens und anderen prominenten Schriftstellern beteiligte er sich 1978 in Hannover an der Konstituierung des „Kongresses zur Verteidigung der Republik", einer Initiative, die den Bestand der Grundrechte und die Freiheitlichkeit des Grundgesetzes vor einer befürchteten Umwandlung der Bundesrepublik in einen „Bewilligungs-, Überwachungs- und Verbots-Polizeistaat" schützen wollte. Auch die Friedensbewegung fand seine intensive Unterstützung. Einer seiner letzten Beiträge zu Aufklärung und Dialog waren die „Acht Thesen zur Friedensbewegung", die er 1982 bei der Feierstunde aus Anlaß des 90. Geburtstages von Martin Niemöller in der Frankfurter Paulskirche vortrug. Sie können zusammen mit dem FH-Aufsatz „Die Aufgaben vor uns", in dem er sich mit Existenzproblemen unserer Zivilisation auseinandersetzte, als eine Art Vermächtnis eines Publizisten gelesen werden, der zwischen den Philosophen und Politikern „nur Diener und Mittler der Geschichte" sein wollte.

V

Wer die Schriften Eugen Kogons zur Hand nimmt oder seine Vorträge nachliest, wird darin eine humane Intellektualität, ein aufklä-

rerisches Engagement und eine sprachliche Prägnanz finden, die höchste Achtung abnötigen. Aus seiner Publizistik – in den kurzen Notizen zur Tagespolitik wie in den größeren Essays zur Zeitbetrachtung – verschwanden Polemik, affektiver Gehalt und Übersteigertheit des Ausdrucks, die seine journalistischen Anfänge in Österreich dominierten. Sein Spätstil ist nüchtern und originell, bezwingend in der Argumentation und pointiert in der Formulierung. Er war auch ein Meister des Aphorismus; berühmt sein Diktum über die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten, die in der Mathematik die Gerade, in der Politik die Katastrophe sei. Er war ein glänzender Redner, geschult in den Grundsätzen und Regeln der Rhetorik, wie sie ihm – darauf liebte er es hinzuweisen – die Dominikaner vermittelt hatten. Seine öffentlichen Dispute, zum Beispiel mit Theodor W. Adorno 1957 in der Universität Münster über „Christliche Offenbarung und autonome Vernunft", setzten Glanzlichter der geistigen Debatte und Streitkultur in der Bundesrepublik. Seiner Beredsamkeit, die er gern und oft demonstrierte, auf dem Katheder wie im Rundfunk, auf Kirchentagen und vor der Gewerkschaftsjugend, kamen seine lebhafte Sprechweise und volle Stimme sowie sein bayerischer Tonfall zugute. Gelegentliche Austriazismen fügten Charme hinzu. Man hörte ihm gern zu, mochte man auch mit dem Inhalt nicht einverstanden sein.

Doch teilt Kogon das Schicksal vieler politischer Publizisten, daß ihre Betrachtungen und Stellungnahmen zum aktuellen Zeitgeschehen wie dieses selbst von neuer Aktualität überholt werden und zunehmend veraltet erscheinen. Dieses Zeitverhaftetsein fällt bei ihm um so mehr ins Gewicht, als seine kleinförmige Publizistik nicht im Ganzen eines großen Werks aufgehoben ist. Gültig ist sein „SS-Staat" geblieben (und wird es bleiben) und mit ihm zahlreiche weitere Texte zum Nationalsozialismus, zur Schuldfrage und zur Aufklärungsarbeit. Wann immer über die nationalsozialistische Vergangenheit der Deutschen die Rede sein wird, Eugen Kogon wird dabei mitdiskutieren.

Sein Freund Dirks hat ihn als unbestechlich gerecht und für jede Einsicht und jeden Menschen offen bezeichnet. Für Walter Jens war er der „nüchterne Utopist", für Ernst-Otto Czempiel ein „unermüdlicher Anwalt der Aufklärung". Sein Streben nach gesellschaftlicher Erneuerung durch die formierenden Kräfte der Humanität und Solidarität hatte seinen letzten Grund in religiöser Überzeugung. Bewußtes Christsein war im Leben Kogons über alle Wandlungen, Kollisionen und Katastrophen hinweg die einheitliche Klammer. Er

war ein glaubenstreuer Katholik. Gegen Ende seines Lebens zählte er sich zu der nicht mehr „sehr großen" Gruppe derer, die im orthodoxen Sinn glauben und kirchlich praktizieren. Eine Bibel hat ihn über seine Lagerzeit bis in sein Sterben hinein begleitet.
Erstaunlich viel hat er, privat wie öffentlich, über die christliche Botschaft und die aus ihr politisch zu ziehenden Konsequenzen reflektiert. Er hatte den Mut zur „Vermittlung des christlichen Glaubens an die Gesellschaft", wie Walter Dirks es so treffend ausdrückte. Immer wieder kreisten seine Betrachtungen um das Verhältnis von menschlichem Leid und göttlicher Liebe, um das Engagement der Christen im demokratischen Staat, um die Reform der Kirche. Das Problem der „normativen Orientierung" menschlichen Handelns ließ ihn auch in der nur noch grundverschiedene Optionen anerkennenden Postmoderne nicht los.
Immer stärker begann er sich seit Ende der siebziger Jahre als ein Unzeitgemäßer zu fühlen: „Wir haben das, was wir gemeint haben, nicht erreicht. Meine Generation bietet kein Vorbild mehr", so bekannte er an seinem 75. Geburtstag. Er wurde vielfach geehrt. 1961 erhielt er den Johann-Heinrich-Merck-Preis der Stadt Darmstadt, 1968 die Wilhelm-Leuschner-Medaille des Landes Hessen. In Anerkennung seines Widerstandes gegen den Nationalsozialismus und in Würdigung seines politischen, publizistischen und pädagogischen Beitrags zum Aufbau der deutschen Demokratie wurde er 1980 mit der Buber-Rosenzweig-Medaille ausgezeichnet, die von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit vergeben wird. 1982 bekam er den Hessischen Kulturpreis verliehen und 1985 den Preis der „Internationalen Liga gegen Rassismus und Antisemitismus". Eine denkwürdige Reverenz vor seinem Lebenswerk widmeten ihm 1978 sein Politologenkollege Alfred Grosser aus Paris und der Tübinger Germanist Hans Mayer mit ihren Darmstädter Vorträgen über die Rolle des politischen Schriftstellers.
Am 24. Dezember 1987 ist Eugen Kogon in Falkenstein im Taunus gestorben. In einem Interview der „Evangelischen Kommentare" bekannte er 1976, daß er sich im Vertrauen auf die Liebe Gottes verpflichtet fühle, „an den Bedingungen mitzuarbeiten, das 'Reich', das gemeint ist, durch alle Erprobungssackgassen der Natur und der Geschichte hindurch jeweils ein Stück voranzubringen. Ich vertraue, weil der Absurdität anders nicht zu begegnen ist. In der Praxis besteht da kein Gegensatz zu den nichtreligiösen Humanisten. Es geht darum, die Bedingungen, mit Karl Marx zu sprechen, des wahren

Menschseins zustande zu bringen." Man darf diese Sätze als Schlüsselwort seines Lebens und Wirkens interpretieren.



Willi Geiger (1909–1994)

I

Zur Vollendung seines 80. Lebensjahres erhielt Willi Geiger 1989 eine Festschrift, die von den hoch angesehenen Kollegen Hans Joachim Faller, Paul Kirchhof und Ernst Träger herausgegeben wurde. Im Geleitwort heißt es: „Autoren und Herausgeber dieser Festschrift 'Verantwortlichkeit und Freiheit. Die Verfassung als wertbestimmte Ordnung' nehmen den Geburtstag zum Anlaß, um den bedeutenden Richter, den Mitgestalter unserer Verfassungsgerichtsbarkeit und unseres Verfassungsrechts, den wissenschaftlichen Autor und den Christen Willi Geiger zu ehren, ihm für sein richterliches Wirken bei der Entfaltung und Festigung des Grundgesetzes und sein diese Richtertätigkeit begleitendes und ihr nachfolgendes wissenschaftliches Werk zu danken, das literarische Gespräch mit ihm fortzusetzen und zu vertiefen." Diese Formulierung faßt gut zusammen, was Willi Geiger zuinnerst bewegte und wofür er seine ganze Kraft einsetzte.

Leben und Werk Willi Geigers sind aufs engste mit dem Bundesverfassungsgericht verbunden, das 1951 gemäß dem Grundgesetz errichtet wurde. Mit 42 Jahren wurde Geiger in demselben Jahre zum Bundesverfassungsrichter berufen. Er übte dieses Amt 26 Jahre hindurch bis zur Erreichung der Altersgrenze aus und hat die Rechtsprechung des höchsten deutschen Gerichts nachhaltig mitgeprägt. Wenn das Bundesverfassungsgericht zu der Institution geworden ist, wie sie den Vätern des Grundgesetzes vorschwebte, dann ist dies mit ein Hauptverdienst Geigers. In den ersten Jahrzehnten seines Bestehens hat sich das Bundesverfassungsgericht ein sehr hohes Vertrauen bei der deutschen Bevölkerung erworben. Die Bürger sahen in ihm den Garanten des Grundgesetzes, der freiheitlichen Rechtsordnung und des sozialen Rechtsstaates, nicht zuletzt der sittlichen Grundwerte, die diesen Inhalten und Strukturen zugrunde liegen und zu denen sich das Grundgesetz bekennt.

Geiger war zugleich ein Meister in der Vermittlung seines richterlichen Urteilens und der Kriterien und Maßstäbe der Begründung in

die Gesellschaft hinein. Die Bibliographie umfaßt weit über 300 Monographien, Artikel in Fachzeitschriften und Lexika, gedruckte Vorträge und Reden. Sie läßt auch erkennen, wie sehr es Geiger darum ging, bei Rechtsstreitigkeiten die Voraussetzungen, die inneren Zusammenhänge und die Konsequenzen der Entscheidungen offenzulegen.

Wenn die Herausgeber der Festschrift auch den „Christen Willi Geiger" hervorheben, dann stellen sie nicht nur auf seine persönliche Glaubensüberzeugung und seine Verbundenheit mit der katholischen Kirche ab, sondern zugleich auf die Bedeutung, die der Glaube und die christliche Menschen- und Gesellschaftsauffassung für sein rechtliches Denken und Argumentieren hatte. Das Recht und die Rechtsordnung auf dieser Welt und zwischen den Menschen und Völkern sind nicht vorstellbar ohne den Bezug und ihre Verankerung in Gott. Der Rückgriff auf die Schöpfungsordnung, auf die Würde des Menschen und seine Grundrechte, die er unmittelbar von Gott, der ihn ins Dasein ruft, erhält, ist Geiger vertraut, so wie das Grundgesetz selbst sich zur „unantastbaren" Würde des Menschen und zum Sittengesetz bekennt.

Die Leistung Willi Geigers kann freilich erst richtig eingeordnet werden, wenn man sich die Katastrophe vergegenwärtigt, die das nationalsozialistische Deutschland heraufbeschworen hat. Der totale Zusammenbruch aller staatlichen Ordnung und des politischen Lebens, der Wirtschaft, die nicht mehr fähig war, die Bevölkerung mit den notwendigen Gütern und Diensten zu versorgen, des Rechtswesens und des Rechtsbewußtseins in der Bevölkerung, des Schul- und Bildungswesens, angefangen von der Volksschule bis hin zu den Universitäten und Wissenschaften, der gesellschaftlichen Strukturen, der öffentlichen Moral und der persönlichen Wertvorstellungen, all dies trug zu der Hoffnungslosigkeit bei, die sich 1945 breitmachte. Hinzu kam, daß die schrecklichen Verbrechen, die das Nazi-Regime begangen hatte, Deutschland aus der Völkergemeinschaft ausgeschlossen hatten.

In den ersten Nachkriegsjahren ging es um das nackte Überleben, aber zugleich um die Weichenstellungen für den wirtschaftlichen und sozialen, kulturellen und politischen Wiederaufbau. Verheerend hatte sich die nationalsozialistische Ideologie auf Recht und Moral ausgewirkt, die das Rückgrat für das Zusammenleben der Menschen bilden. Nur wenn es gelang, das Unrecht und die Wurzeln, aus denen es hochsteigen konnte, freizulegen und Recht und Gerechtigkeit wiederzuentdecken und sie den neuen Strukturen in Gesellschaft

und Staat einzustiften, würde Deutschland seine Selbstachtung zurückgewinnen und in die Gemeinschaft der freien Völker zurückkehren können. Das Grundgesetz wurde zum Fundament, das Bundesverfassungsgericht zum Kompaß und zum Seismographen der Erneuerung. Geiger hat an verantwortlicher Stelle seinen Teil dazu beigetragen.

II

Willi Geiger wurde am 22. Mai 1909 in Neustadt an der Weinstraße geboren. Es waren die „Goldenen Jahre" vor dem Ersten Weltkrieg, als die Industrialisierung im Kaiserreich eine große Dichte erreichte und der soziale Katholizismus, in der damaligen Zentrumspartei bestimmend, sich für soziale Strukturen stark machte, die dem herrschenden kapitalistischen System eingezogen werden mußten.
Die Vorfahren lebten als kleine Bauern in der Südpfalz. Der Vater war Volksschullehrer und später Oberschulrat. Über die Jugendjahre wissen wir wenig. Das Abitur machte er 1927 am Humanistischen Gymnasium in Pirmasens. Damals waren die Möglichkeiten, studieren zu können, noch gering. Der Vater öffnete dem begabten Jungen die Wege, um an den Universitäten München und Würzburg Rechtswissenschaften zu studieren. Diese Wahl der Studienorte legte sich nahe, weil die Pfalz noch zu Bayern gehörte. 1932 legte Geiger in Würzburg das Referendar-Examen mit der Note „gut" ab. Nach der mit dem Prädikat „lobenswert" bestandenen Großen Juristischen Staatsprüfung trat er 1936 in den bayerischen Justizdienst ein. Am 22. Juli 1939 heiratete er seine Frau Maria, geborene Eller, die aus einer Lehrerfamilie in Winzenhohl bei Aschaffenburg stammte. Aus der Ehe gingen drei Kinder hervor, die Söhne Klaus und Stefan und die Tochter Ingeborg.
Die Familie, in der Willi Geiger aufwuchs, war geprägt von einem lebendigen christlichen Glauben und einer tiefen Verbundenheit zur katholischen Kirche. Das Gebet und die religiöse Praxis, die Ehrfurcht vor Gott, die zehn Gebote und die christliche Sicht des Menschen in seiner Freiheit und Verantwortung bestimmten von Anfang an sein Koordinatensystem. Als Student in München schloß er sich der katholischen Studentenverbindung CV an. Diese grundsätzliche Orientierung war besonders wichtig in einer Zeit, in der die Weimarer Demokratie von den politischen Extremen in die Zange genommen wurde. Während der Vater in der Zentrumspartei aktiv war, engagierte sich der Sohn als Student und als junger Referendar 1930

bis 1933 in der „Kampforganisation" der Bayerischen Volkspartei namens „Bayernwacht". Es war eine Besonderheit in der Pfalz, daß hier das Zentrum neben der Bayerischen Volkspartei tätig war. Letztere war offensiver, so daß die Jüngeren sich eher zu ihr hingezogen fühlten. Geiger war oft Abend für Abend auf Wahlversammlungen der Bayerischen Volkspartei, hielt Wahlreden und beteiligte sich am Saalschutz gegen die NSDAP und gegen die Störversuche der SA-Trupps. Kein Wunder, daß er in der Nacht der „Machtübernahme" aus dem Bett heraus verhaftet wurde – ebenso sein Vater, der seine Stelle als Oberschulrat verlor. Nach vier Wochen Gefängnis wird zwar der Schutzhaftbefehl gegen Willi Geiger immer noch nicht aufgehoben, aber außer Vollzug gesetzt mit der Auflage, sich dreimal täglich bei der Polizei zu melden. Als er sich dann nach Würzburg und Bamberg absetzen konnte, begleitet ihn in seinem Personalakt der Vermerk: „politische Bedenken".

III

Der Terror der Nationalsozialisten, die jetzt an den Schalthebeln der Macht saßen, hatte Geiger getroffen. Er mußte befürchten, ins berufliche Abseits gedrängt zu werden oder gar ins Konzentrationslager zu kommen. Um seine Laufbahn nicht noch mehr zu gefährden, trat er in den „Stahlhelm"-Bund der Frontsoldaten ein – ein Weg, den damals manche Gegner des Regimes gewählt haben, damit man ihnen nicht die vaterländische Gesinnung absprechen konnte. Allerdings war die Weiterarbeit an der schon begonnenen Dissertation bei Geheimrat Professor Wilhelm Laforet an der Würzburger Universität nicht mehr möglich. Die Doktorarbeit sollte sich mit den politischen Parteien in der Weimarer Republik befassen. Laforet, ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus – nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches war er 1948/49 Mitglied des Parlamentarischen Rates und gehörte zu den Vätern des Grundgesetzes –, riet Geiger, die bisherige Arbeit abzubrechen und ein Thema zu wählen, das ihn weniger in Konflikt mit den neuen Machthabern bringen würde. Wie so manch anderer Nachwuchsjurist sollte er eines der jetzt wie Pilze aus dem Boden schießenden neuen Gesetze kommentieren. So fing Geiger wieder von vorne an und verfaßte die Dissertation: „Die Rechtsstellung des Schriftleiters nach dem Gesetz vom 4. Oktober 1933". Am 5. Januar 1941 wurde Willi Geiger promoviert. Die Arbeit erschien in demselben Jahr als Band 11 der

Würzburger Staatswissenschaftlichen Abhandlungen. Die Reihe wurde von den Professoren Laforet und Wolgast herausgegeben.
In der Dissertation befinden sich vereinzelt auch Sätze, die aus heutiger Sicht als schwer verständlich, ja anstößig empfunden werden können. Zum Beispiel wird die Vorschrift des Gesetzes, daß ein Schriftleiter grundsätzlich arischer Abstammung sein müsse, kommentiert, sie habe „mit einem Schlag den übermächtigen, volksschädigenden und kulturzersetzenden Einfluß der jüdischen Rasse auf dem Gebiet der Presse beseitigt". Auch wenn dieser Satz in den unmittelbar anschließenden Ausführungen relativiert wurde, so hat sich Geiger später selbstkritisch dazu geäußert und dabei auf gewisse Tendenzen in der katholischen Theologie zum damals verbreiteten Antijudaismus verwiesen. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß bereits vor 1933 die Begriffe „jüdisch" und „liberalistisch" synonym gebraucht wurden, gehörten sie doch zum Stereotyp konservativer Kulturkritik. Daß das Buch keinesfalls als Zustimmung, auch nicht als verkappte Billigung der nationalsozialistischen Ideologie gewertet wurde, geht aus der Besprechung in der Zeitschrift „Deutsche Verwaltung" hervor. Darin wurde gerügt, in Geigers Arbeit ständen „Anschütz, Jellinek, Otto Mayer u. a. im Vordergrund", aber nicht „'Mein Kampf' und die Führerreden, die Reden und Aufsätze von Dr. Goebbels", des Initiators des Schriftleitergesetzes, „des Reichspressechefs Dr. Dietrich und der maßgebenden Männer der Reichskulturkammer". Statt dessen begegne man „auf Schritt und Tritt den Begriffen des liberalen Verwaltungsrechts." Auf der Akademischen Gedenkfeier zu Ehren Willi Geigers am 20. Juli 1994 in Speyer stellte Hans Herbert von Arnim zu Recht fest: „Die Nationalsozialisten fanden seine Arbeit also ganz und gar nicht nationalsozialistisch." Übrigens veröffentlichte Geiger, obwohl ein Meister des geschriebenen Wortes, in dem Jahrzehnt von 1941 bis 1950 keinen einzigen wissenschaftlichen Beitrag mehr. Diese Vorsicht mag aus heutiger Perspektive als Schwäche oder gar als eine Art Anpassung an die Verhältnisse erscheinen. Aber wer die zu allem entschlossene Brutalität der Nationalsozialisten erlebt hat und in Rechnung stellt, daß Geiger seit 1933 sozusagen auf der Abschußliste stand, wird wohl zu einer anderen Einschätzung der Situation gelangen.
Wenn hier in dieser Breite auf die Dissertation Geigers, die in seinem Gesamtwerk eine eher untergeordnete Rolle spielt, eingegangen wird, dann geschieht dies deshalb, weil man später mehrmals versuchte, gegen ihn eine Kampagne zu starten und ihm eine gewisse

Nähe zu antidemokratischen und nationalsozialistischen Anschauungen anzuhängen. Die ersten Schüsse auf Geiger kamen 1966 aus der DDR. Wirkungsvoller waren die Angriffe, die aus Kreisen der deutschen Linken nach der Phase des Wiederaufbaus gegen konservative Wissenschaftler und der Wertordnung des Grundgesetzes verpflichtete Juristen kamen. Die Süddeutsche Zeitung sah in der Doktorarbeit Geigers, von der ein Exemplar seit 1958 im Redaktionsarchiv verwahrt wurde, eine Gelegenheit, die persönliche und wissenschaftliche Integrität Geigers zu erschüttern. Die Kampagne begann zunächst im Hintergrund. Zehn Tage vor dem 81. Deutschen Katholikentag in Bamberg, dessen Präsident Geiger war, inszenierte man Briefe mit belastenden Zitaten aus der Dissertation an das Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Bischöfe und Kardinäle. Dabei scheute man auch vor Textmanipulationen nicht zurück. Mit allen Mitteln sollte Geiger und mit ihm der Katholizismus in der Öffentlichkeit angeprangert werden. Es ist schon makaber, wie einer, dem die Nationalsozialisten so übel mitgespielt hatten, mundtot gemacht werden sollte. 1975 wurde Geiger nochmals zur Zielscheibe linksgerichteter Kräfte, als er im Zweiten Senat Berichterstatter des sogenannten Radikalen-Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts war. Bis in die jüngste Zeit herein versuchen Vertreter der „kritischen Justiz", die naturrechtlich begründete Wertordnung Geigers ins Zwielicht zu setzen.

IV

Die nationalsozialistische Diktatur hat es Willi Geiger verwehrt, trotz seines Prädikatsexamens in den bayerischen Verwaltungsdienst berufen zu werden. Der Assessor bewarb sich bei der Deutschen Reichsbahn. Der Schienenverkehr, so schien es ihm, bot eine politikferne Existenz. Da die Antwort zu lange auf sich warten ließ, schlug er die Richterlaufbahn ein. Während seiner Tätigkeit am Oberlandesgericht in Bamberg seit 1938 wurde er halbtägig zur Staatsanwaltschaft beim Landgericht abgeordnet, die für Anklagen zum Sondergerichtshof zuständig war. Sein Tätigkeitsbereich umfaßte jedoch keine politischen Strafsachen, sondern allgemeine Kriminalität, Kriegswirtschaftssachen nach dem Wirtschaftsstrafrecht, später nur noch Jugendstrafsachen.

Als Geiger auch randalierende SS-Angehörige verfolgte und einen sogenannten alten Kämpfer der NSDAP wegen Veruntreuung unter Anklage stellte, der dann auch zu Zuchthaus verurteilt wurde, ver-

suchten die Kreis- und die Gauleitung zu intervenieren. Geiger wurde offiziell gemahnt und diese Disziplinierung auch in seiner Personalakte vermerkt. Ein Vorschlag des Bamberger Oberlandesgerichtspräsidenten, Geiger zu befördern, scheiterte am Einspruch der Gauleitung.
Im Februar 1941 – nach Abschluß seiner Promotion – mußte Geiger zum Heer einrücken. 1943 war er an der Ostfront im Einsatz, wo er als Oberfähnrich eine Kompanie führte. Er wurde mehrmals verwundet und deshalb aus der Kriegsgefangenschaft früh entlassen. Im April 1947 stufte ihn die Spruchkammer in Bamberg als „entlastet – Gruppe V" ein und stellte in ihrer Begründung fest, Geiger habe auch unter den komplizierten Verhältnissen der Anklagebehörde am Sondergerichtshof aktiv gegen die Ziele des Nationalsozialismus gearbeitet. Unter Umgehung des Dienstweges habe er Erlasse von der Anklage auf Todesstrafe zu erreichen versucht und auch in einem Fall, wo vom Reichsjustizministerium die Antragstellung auf Todesstrafe direkt gefordert wurde, diese nicht beantragt. Geiger habe durch die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus Nachteile erlitten (berichtet nach H. H. von Arnim).

V

1947 kehrte Geiger in den Justizdienst als Landgerichtsrat zurück. In Bamberg traf er den ihm von früher bekannten Rechtsanwalt Thomas Dehler, der inzwischen zum Oberlandesgerichtspräsidenten ernannt worden war. Der leicht aufbrausende und streitbare Dehler fand in Geiger nicht nur einen kompetenten und unbestechlichen Juristen, sondern auch einen klugen und gewandten Mitarbeiter, der nicht nach Publikumswirkung schielte und seine Ansichten auch dem Vorgesetzten gegenüber zu vertreten wußte. Zwischen den beiden bahnte sich ein freundschaftliches Verhältnis an. 1949 wurde Geiger, der sich als eine Art Verwaltungschef des Gerichtspräsidenten bewährt hatte, zum Oberlandesgerichtsrat befördert.
Als Dehler, der die bayerische FDP führte, von Konrad Adenauer nach der ersten Bundestagswahl im Herbst 1949 zum ersten Bundesjustizminister berufen wurde, nahm Geiger das Angebot an, mit ihm nach Bonn zu gehen. Dort sollte er das Verfassungsreferat im Bundesjustizministerium leiten. Dehler hatte erkannt, daß Geiger in hervorragendem Maße die Voraussetzungen für die Gestaltung und Bewältigung der Verfassungsfragen mitbrachte. Insbesondere mußte der Gesetzentwurf für das im Grundgesetz verankerte Bundesverfas-

sungsgericht vorbereitet werden. 1950 wurde Geiger zum Ministerialrat ernannt und wechselte in den Bundesdienst. Im Oktober desselben Jahres wurde er zum Richter am Bundesgerichtshof gewählt, blieb aber zunächst noch im Bundesjustizministerium. Nach Karlsruhe ging er erst, nachdem er am 7. September 1951 in den Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts gewählt worden war, dem er dann von der Gründung an bis zum Herbst 1977 angehörte. Damals wurden die Bundesverfassungsrichter nicht auf Zeit, sondern bis zur Vollendung der Altersgrenze gewählt. In der kurzen Zeit, in der Geiger im Bundesjustizministerium wirkte, hatte er den Entwurf des Gesetzes für das Bundesverfassungsgericht erarbeitet. Der Gegenentwurf stammte von Adolf Arndt, dem „Kronjuristen" der SPD. Geigers Entwurf ist im wesentlichen Gesetz geworden, zumal damals auch die SPD in der Opposition durchaus an einer starken und möglichst unabhängigen Verfassungsgerichtsbarkeit interessiert war.

Zehn Jahre lang versah Geiger beide Richterämter, sowohl am Bundesgerichtshof als auch am Bundesverfassungsgericht. Für Geiger bedeutete dies eine gewaltige Arbeitslast, zumal er Mitglied des III. Zivilsenats, des öffentlich-rechtlichen Senats beim Bundesgerichtshof, war, der es mit den damals schwierigen Fragen wie der Entschädigung für staatliche Eingriffe zu tun hatte. Im April 1953 wurde Geiger Präsident dieses Senats, und er hat dieses Amt acht Jahre ausgeübt, bis der Gesetzgeber die Doppeltätigkeit 1961 nicht mehr zuließ („Lex Geiger"). Geiger entschied sich nunmehr für das Amt des Bundesverfassungsrichters, wohl auch in der richtigen Einschätzung der Lage, daß Verfassungsfragen in der sich stabilisierenden Bundesrepublik Deutschland ein immer größeres Gewicht erlangen würden.

VI

Das Wirken Geigers hat bislang keine Darstellung erfahren. Es überschreitet bei weitem die Möglichkeiten dieses Beitrags, auch nur die Schwerpunkte seiner Tätigkeit an den beiden obersten Gerichten zu skizzieren. Trotzdem sollen wenigstens einige Fragenbereiche genannt werden, die es auch erlauben, sich ein ungefähres Bild über den Richter und Wissenschaftler Willi Geiger, über sein Denken und Urteilen zu machen. Dazu sollen einige der Veröffentlichungen herangezogen werden, die zumeist im Kontext der verfas-

sungsrechtlichen Auseinandersetzungen und der öffentlichen Diskussion erfolgten.

Einen Schlüssel, um die Person Geigers zu verstehen, bietet der 1959 in der Neuauflage des Staatslexikons veröffentlichte Artikel über „Gerechtigkeit". Schon wie der Verfasser an diesen so komplexen und schwierigen, weil in der Geschichte immer wieder höchst umstrittenen Sachverhalt herangeht, ist aufschlußreich. Geiger sieht die Widersprüche, in die die Bemühungen um die Durchsetzung der „Idee der Gerechtigkeit" geraten können; ebenso weiß er um die verschiedenen Begründungsansätze, die auch dann noch spürbar werden, wenn sie mit einer nicht willkürlich veränderbaren Wertordnung in Verbindung gebracht werden. Um von der Vielzahl von Weltanschauungen nicht blockiert zu werden – und hier zeigt sich das konkret-juristische Interesse Geigers – rekurriert er auf einige „Grundwerte", die für ein erträgliches Zusammenleben der Menschen eines Volkes in einem Staat unentbehrlich sind, selbst wenn Meinungsverschiedenheiten über ihre Begründung, über Grenzprobleme, über ihren genauen Inhalt bestehen bleiben: „die Würde des Menschen, unverlierbare Grundrechte des Menschen, die der staatlichen Gewalt Grenzen setzen, Demokratie, Ehe, Eigentum, Kirche, Gemeinschaft des im Staat rechtlich verfaßten Volkes". Nur wenn diese Werte in einer objektiven Wertordnung (= Seinsordnung) begründet sind, sind sie gegen Mißachtung, Verletzung und Zerstörung gesichert. „Die letzte Sicherung für die richtige Deutung der Seinsordnung vermag allerdings nur ihre Verankerung im göttlichen Sittengesetz zu geben, das für jeden Menschen erkennbar ist und das dem Christen zudem als geoffenbarte und gegen menschliche Irrungen gesicherte Glaubenswahrheit von der Kirche vorgestellt wird."

Was hier Geiger in überzeugender Argumentation sagt, bildet den geistig-kulturellen Quellgrund des Menschenbildes und des daraus erwachsenden Gesellschaftsverständnisses des Grundgesetzes.

Geiger hat beträchtlichen Einfluß auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ausgeübt. Als Berichterstatter bereitete er eine große Zahl von Urteilen vor, im Zeitraum von 1957 bis 1977 waren dies 99. Seine Verankerung in der durch das Christentum geprägten Wertwelt und insbesondere im Naturrecht hat seine Unabhängigkeit gegenüber anderen weltanschaulichen und politischen Richtungen gestärkt. Geiger wurde einmal mit dem Zentrumspolitiker Windthorst aus der Kaiserzeit verglichen, weil er ein Mann der „Mitte" war, der es mit (fast) allen „konnte". Es gelang ihm immer

wieder, auseinanderstrebende Ansichten auf den archimedischen Punkt eines verträglichen Kompromisses hinzuführen, sowohl in der Erwägung des Ergebnisses wie mit dem seiner hohen juristischen Intelligenz zu Gebote stehenden Argumentation. Das Grundvertragsurteil vom 31. Juli 1973 muß hier eigens erwähnt werden. Die politischen Auseinandersetzungen zwischen der sozialliberalen Regierung und den in der Opposition stehenden christlichen Unionsparteien gingen hoch und bestimmten das öffentliche Klima, in dem das Bundesverfassungsgericht entscheiden mußte. „Daß das Urteil schließlich einstimmig beschlossen wurde, war eine Leistung innersenatlicher Diplomatie, zu der auch das Nichtauskosten momentaner Chancen gehörte" (Friedrich Karl Fromme).
In diesem Zusammenhang seien noch hervorgehoben der Streit über das Volksbegehren gegen die Atombewaffnung, das Verfahren über die Witwer-Pensionen, die Entscheidungen im Fernsehstreit, über die staatliche Parteienfinanzierung, über Radikale und öffentlichen Dienst, das Diätenurteil. Diese Urteile, die Geiger auch in der Öffentlichkeit energisch vertrat und kommentierte, haben ihm nicht nur Freunde eingetragen.
Geiger war auch beteiligt an der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1967, das die Klage gegen einen gewissen „Vorrang" der freien Wohlfahrtspflege vor den staatlichen Trägern von Wohlfahrtseinrichtungen zurückwies. Er hat maßgeblichen Anteil an der Ausgestaltung des Grundrechts der Religionsfreiheit, das auch ein Verbandsgrundrecht der Kirchen und Religionsgemeinschaften begründet. Als die Gewerkschaften das kirchliche Arbeitsvertragsrecht zu unterlaufen und Gestaltungsmacht auf die kirchlichen und caritativen Einrichtungen über die Mitbestimmung zu gewinnen suchten, hat sich das Bundesverfassungsgericht quer gelegt. Die freiheitliche Ordnung lebt davon, daß freie Räume in der Gesellschaft, auch die freie Kirche im freien Staat gesichert bleiben.
Geiger konnte sich allerdings nicht immer mit seinen Argumenten im Zweiten Senat durchsetzen, in dem Richter wie Gerhard Leibholz und Ernst Friesenhahn saßen. Er war freilich nicht bereit, wenn er vom Plenum überstimmt wurde, dies still hinzunehmen. Vielmehr brachte er seine abweichende Meinung zu Papier. Bereits 1951 verfaßte er ein „Sondervotum", das erste dieser Art überhaupt. Auf diesem Wege würden von der Mehrheit der Senate nicht geteilte Kriterien und Erwägungen zur Urteilsbegründung sichtbar. Geiger war viel zu unabhängig und selbstbewußt, als daß er einen Autoritätsverlust hätte befürchten müssen. Insgesamt waren es bis zum Jahre

1970 14 Sondervoten, in denen er seine abweichende Meinung niederlegte. Es dauerte bis 1970, als eine Novelle zum Gesetz über das Bundesverfassungsgericht die Publikation der Sondervoten zuließ. Bis 1977 kamen nochmals 9 Sondervoten von Geiger hinzu.

VII

So sehr Geiger bei seiner Rechtsprechung vom Naturrecht geleitet war, so hatte er doch ein Gespür und eine feine Witterung für Veränderungen, die sich im Bewußtsein vieler Zeitgenossen, im öffentlichen Bewußtsein, in Gesellschaft und Politik abzeichneten. In einem Beitrag in den „Stimmen der Zeit" schrieb er schon 1963/1964 – also noch vor der 1968 ausbrechenden „Kulturrevolution": „Gegen 'Panorama' und 'Spiegel', gegen William Schlamm oder Sebastian Haffner, gegen die Szczesny, Grass, Böll, Amery kann man in der freiheitlichen Demokratie nicht die Staatsgewalt zu Hilfe rufen; man muß ganz einfach den 'Ansichten eines Clowns' ebenso öffentlich und nachdrücklich die Überzeugung des vernünftigen Christenmenschen, des engagierten Demokraten, des Bürgers, der weiß, daß in diesem Staat unschätzbare Werte zu verteidigen sind, entgegensetzen" (173. Band, 1963/64).

Die freiheitliche Demokratie fordert, wie Geiger in demselben Aufsatz betont, „den aufrechten, seiner selbst sicheren Bürger. Er wird nicht geboren, er ist nicht einfach da, er ist nicht das zufällige Ergebnis einer natürlichen Entwicklung oder seiner gesellschaftlichen Umgebung. Der Mensch wird zum freien Bürger erzogen oder er wird es nie." Frühzeitig erkannte er die lebensgefährliche Schwäche einer Demokratie, in der die Erziehung, auch die staatsbürgerliche Erziehung versagt: Erziehung zum freien Bürger ist für den in die Verantwortung hineinwachsenden Menschen in fortschreitend stärkerem Maße „Selbsterziehung: zur Selbstkontrolle, zur Festigkeit des Willens, zur inneren Freiheit, zur Anerkennung einer objektiven Wertordnung, zur Sachlichkeit und Sachgerechtigkeit, zur Verantwortung, zum Einstehen für die einmal als richtig erkannte Überzeugung und zur kritischen Beurteilung all dessen, was im öffentlichen, politischen, geistigen Bereich an Entwicklungen, Folgerungen, Fakten da ist."

Nach seinem Ausscheiden aus dem Bundesverfassungsgericht wuchsen seine Sorgen um die weitere Entwicklung. In der Schrift „Dreißig Jahre Grundgesetz" (1979) schreibt er: „Die in sich fast optimale Grundrechtsordnung des Grundgesetzes gerät allerdings

seit einiger Zeit in eine Zone kritischer Unsicherheit". Er nennt dafür drei Bereiche. Zum einen greife das Mißverständnis um sich, Freiheit, die dem Bürger garantiert ist, sei für ihn ein Freibrief für Beliebigkeit und Willkür, anstatt daß sie in Verantwortung geübt werde. Zum andern gehe in unserer Gesellschaft das übereinstimmende Verständnis über den Inhalt der in den Grundrechtsvorschriften geschützten Werte („Leben, Intimsphäre, Gewissen, Ehe, Familie, Sachlichkeit, Wahrheit, Beruf, Eigentum usw.") verloren. Eine dritte Bedrohung unserer in den Grundrechtsvorschriften verbürgten Freiheitlichkeit entstehe durch eine ebenso intensive wie umfassende unsichtbare Kontrolle des Menschen, der Gruppen, insbesondere auch der Wirtschaft innerhalb der ihnen verfassungsrechtlich garantierten Freiheitsbereiche. Ob es gelinge, diesen Gefährdungen Herr zu werden, hänge zu einem entscheidenden Teil vom Bundesverfassungsgericht ab. Aber er fügte hinzu: „Das Bundesverfassungsgericht ist weder allmächtig noch unfehlbar; das Bundesverfassungsgericht braucht die ständige Kontrolle und Kritik der Öffentlichkeit; aber es ist unentbehrlich für die Sicherung und Stabilisierung unserer Verfassungsordnung und verdient als Institution die Verteidigung durch alle Demokraten."

Solange Geiger Mitglied des Bundesverfassungsgerichts war, sind alle Versuche, von welcher Seite sie auch kamen, den umfassenden Rechtsschutz für das ungeborene Leben einzuschränken oder gar auszuhöhlen, gescheitert. Die Urteile gegen die von der sozialliberalen Koalition durchgesetzte Fristenlösung und später gegen die soziale Indikation einer Abtreibung trugen seine Handschrift. Dabei kam es ihm darauf an, stets vom Menschenbild des Grundgesetzes her zu argumentieren und die Tendenzen zur Änderung als Angriffe auf die die Freiheit der Menschen sichernde Grundrechtsordnung zu entlarven. Nach seinem Ausscheiden aus dem Bundesverfassungsgericht spürte er, wie die Bereitschaft, die Wertordnung des Grundgesetzes zu verteidigen, schwächer wurde. 1984 wurde er Gründungsmitglied der Juristen-Vereinigung Lebensrecht e.V. Als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates, den er bis 1988 leitete, wurde er zum kompetenten Ratgeber und Wegweiser der Vereinigung. 1988 stellte Geiger die Frage: „Wohin treibt die Gesellschaft?" Er setzte sich mit dem „falschen Menschenbild" auseinander, das sich ausgebreitet habe: „Eine Politik, die es unterläßt, gegen klares Unrecht Front zu machen, eine Politik, die den Rechtsstaat selbst zum Komplizen eines notorischen Unrechts macht, eine Politik, die den Hinweis auf das geltende Recht zurückweist mit dem

Bemerken, es lasse sich nicht mehr durchsetzen ..., ist eine Katastrophe für den Rechtsstaat." Im sogenannten Schwangeren- und Familienhilfegesetz vom 27. Juli 1992, dem damals auch Abgeordnete der CDU zustimmten, und in der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 28. Mai 1993 erblickte Geiger einen Rechts- und Kulturbruch.

VIII

Auf allen Kulturgebieten hängt die Entwicklung davon ab, ob und in welcher Weise die nachwachsende Generation die vorhandene Grundlage erkennt und anerkennt und die ständig vor sich gehenden Veränderungen so gestaltet, daß die für den Menschen und seine Freiheit unabdingbaren Wertorientierungen und rechtlichen Normen in Kraft bleiben. Dies war der Grund dafür, daß Geiger trotz seiner Beanspruchung durch die beiden Richterämter von 1952 bis 1977 an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer lehrte. Generationen von jungen Juristen vermittelte er die von ihm vertretene Wertordnung, seine unschätzbaren Erfahrungen als Richter und seine große menschliche Persönlichkeit. Neben Seminaren und Arbeitsgemeinschaften etwa über die Grundrechte und andere Bereiche des Verfassungsrechts und insbesondere der Verfassungsgerichtsbarkeit war es für die Studierenden reizvoll, wie er die Entwicklungen in Gesellschaft und Politik, vor allem auch die Verfassungsstreitigkeiten und ihre Hintergründe darlegte und kommentierte. Insgesamt hat Geiger in 52 Speyer-Semestern etwa hundert Veranstaltungen mit weit über tausend Sitzungen in Speyer durchgeführt. „Die Tätigkeit an der Hochschule", schrieb Geiger 1974 an den damaligen Rektor Professor Frido Wagener, der ihn zu seinem 65. Geburtstag gratuliert hatte, „war und ist für mich ein wesentlicher Teil meines Lebensinhalts, nicht zuletzt deshalb, weil der Umgang mit den jungen Juristen zum immer neuen Durchdenken juristischer Positionen zwingt und dem Richter am Bundesverfassungsgericht Erfahrungen und Anregungen vermittelt, die er sonst nicht erhält."
Auf Ehrungen war Geiger nicht sonderlich bedacht. Wichtiger war ihm der Respekt und die Anerkennung der von ihm vertretenen Positionen des Rechts und der Gerechtigkeit. Diese kamen zum Ausdruck in den beiden voluminösen Festschriften, die ihm Freunde und Kollegen zum 65. und zum 80. Geburtstag überreichten. Die katholische Kirche ehrte sein Eintreten für das christliche Menschenbild und die Rechtsposition der Kirche in den Bereichen

Schule und Bildung sowie Caritas durch die Verleihung des Gregorius-Ordens.

„Ein ungewöhnlicher Richter" wurde Willi Geiger tituliert. Läßt man den Beitrag zur Rechtsprechung in der Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus sein wissenschaftliches Opus auf sich wirken, versteht man, warum er schon zu Lebzeiten als der „heimliche Vorsitzende des Senats" bezeichnet wurde. Als er 1977 in Gegenwart aller 16 Richter des Bundesverfassungsgerichts verabschiedet wurde und Verfassungsgerichtspräsident Benda ihm das ihm vom Bundespräsidenten verliehene Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband überreichte, sagte er: Das Element der Kontinuität, wie Geiger es verkörpert habe, werde in Zukunft vielleicht schwächer, das des Wandels stärker bemerkbar werden. In seiner Antwort wies Geiger darauf hin, daß er sich bewußt sei, wie sehr der Verfassungsrichter Macht ausübe. Aber es sei nicht die Macht zur Veränderung, sondern die der Auslotung des Rechts mit den Mitteln der Verfassung.

Willi Geiger ist in aller Zurückgezogenheit am 19. Januar 1994 in Karlsruhe gestorben. Seine Grabstätte befindet sich auf dem Friedhof am Wallfahrtskloster St. Maria zur Sonne in Schmerlenbach/Unterfranken.



Gertrud Luckner (1900–1995)

Als die Ehrenbürgerin von Freiburg im Breisgau 1995, einen Monat vor ihrem 95. Geburtstag, starb, war ihr Name weit über ihre Wahlheimat hinaus international bekannt als derjenige einer Wegbereiterin für die Verständigung zwischen Christen und Juden, zwischen Deutschland und Israel. Dem jüdischen Volk und Land in besonderer Weise zugetan, war Gertrud Luckner vom jungen israelischen Staat sowie von jüdischen Institutionen mit Ehrungen und Auszeichnungen reich bedacht worden. Im Grunde war dies ein Echo dauernder Dankbarkeit für den Einsatz, den die äußerlich unscheinbare Frau für die vom Nationalsozialismus verfolgten jüdischen Menschen gewagt hatte. „Frl. Dr. Luckner" – das war für ungezählte Bedrohte, Gefährdete, Verzweifelte im nationalsozialistischen Deutschland ein Codewort für Hoffnung, für viele zum Helfen Bereite ein Wegweiser. Nicht in einer eigenen Familie beheimatet, stellte schon der junge Mensch in seinen zwanziger Jahren sein Leben in den sozialen Dienst an Benachteiligten und Minderheiten.

I

Am 26. September 1900 wurde dem deutschen Ehepaar Robert Hartmann, Marineingenieur, und Gertrude Hartmann geb. Miller, in Liverpool das Kind Jane geboren. Vor einer größeren Reise stehend, gaben die Eltern das Kind den in Rudgwick bei Horsham (südwestlich von London) wohnenden, ebenfalls deutschen Eheleuten Karl Luckner, Kaufmann aus Plauen im Vogtland, und Luise Luckner geb. Sonnenburg, in Pflege. Seit zwei Jahren verheiratet und kinderlos, ließen die Pflegeeltern das Mädchen wahrscheinlich evangelisch taufen. 1907 übersiedelte Familie Luckner nach Berlin, ließ Jane die Höhere Mädchenschule in Berlin-Lichterfelde und das Städtische Lyzeum in Potsdam besuchen, um 1916 den Wohnsitz nach Königsberg/Ostpreußen zu verlegen.
Im Alter von 22 Jahren erst, nach dem Erwerb der preußischen Staatsangehörigkeit, wurde die Schülerin Jane Hartmann von ihren Pflegeeltern adoptiert, „aus familiären und wirtschaftlichen Gründen

zwingend erforderlich". 1925 legte „Gertrud Jane Luckner" als Externe an der Staatlichen Oberrealschule auf der Burg in Königsberg das Abitur ab, um anschließend das Studium der Volkswirtschaft an der Albertus-Universität aufzunehmen. Mit Sprachunterricht, mit Praktika in Familienfürsorge, Mütterberatung, Gesundheitsfürsorge und Berufsberatung der Stadt trug die junge Frau zu ihrem Lebensunterhalt bei, wobei sie auch schon die Richtung für ein Tätigwerden im sozialen Bereich festlegte. Nach volkswirtschaftlichen Studien in Königsberg, Frankfurt/M. und dem Woodbrooke-College der Quäker bei Birmingham, abgeschlossen zunächst mit dem Grad des Diplomvolkswirts (Frankfurt/M.), unterbrochen durch praktische Einsätze als „hospital almoner" und „mothers help" in der Krankenhaus- und Familienfürsorge in Birmingham, wechselte Gertrud Luckner im Sommer 1931 nach Freiburg/Br.

Die Entscheidung für diese Stadt als Ort des Weiterstudiums war beeinflußt durch das Vorhandensein eines Instituts für Caritaswissenschaft an der Theologischen Fakultät, 1925 auf Initiative des Deutschen Caritasverbandes gegründet, und durch die Persönlichkeit des bekannten Wirtschaftswissenschaftlers Prof. Gerhart von Schulze-Gävernitz, eines Kenners der englischen Volkswirtschaft. Bei ihm wurde Gertrud Luckner Assistentin und fand in freundschaftliche Nähe zur Familie. Den Titel eines Dr. rer. pol. erwarb sie bei dem Volkswirtschaftler Prof. Bernhard Pfister, mit dem Prädikat „rite", am 18. November 1938, neun Tage nach dem Synagogensturm. Ihre Dissertation, „Die Selbsthilfe der Arbeitslosen in England und Wales – auf Grund der englischen Wirtschafts- und Ideengeschichte", wurde nie gedruckt. Ausgeprägtes Interesse an den sozialen Verhältnissen in England brachte Gertrud Luckner auch in Übungen, Arbeitskreise und Veröffentlichungen des Instituts für Caritaswissenschaft ein. Dort ergaben sich für sie vielfache Anknüpfungspunkte zu Dozenten aus dem Mitarbeiterstab der Zentrale des Deutschen Caritasverbandes, zu Präsident Benedict Kreutz und Bibliotheksdirektor Heinrich Auer etwa, zum Referenten für Jugendfürsorge Gustav von Mann und seinem Vorgänger Prof. Joseph Beeking, zu Schriftleiter Prof. Joseph Mayer und Johann B. Dieing, Referent für Dorfcaritas. Wie einige ihrer Mitstudierenden (Angela Rozumek, Assistent Karl Borgmann, Cäcilia Böhle) trat sie später hauptberuflich in die Dienste des Deutschen Caritasverbandes.

Zum 15. Oktober 1936 eröffnete die Freie Vereinigung für Seelsorgehilfe an der Caritaszentrale in Freiburg eine „Arbeitsstelle für Seelsorgewissenschaft" unter der Leitung des Pastoraltheologen Prof. Linus Bopp; für den organisatorischen Aufbau war Gertrud Luckner verantwortlich. Nach ihrem Doktorexamen arbeitete sie unter dem gleichen Dach beim Reichsverband katholischer Anstalten der Jugenderholungs- und -heilfürsorge. Mit Kriegsausbruch wurde sie bei der „Kirchlichen Kriegshilfestelle" eingesetzt, deren Geschäftsführung der Deutsche Caritasverband im Auftrag des deutschen Episkopates wahrnahm.

Unter der Leitidee „Inter arma caritas" wurde hier ein breitgefächertes Aktionsfeld ausgesteckt, das Kriegskrankenpflege, religiöse Literaturversorgung, Kriegsopferberatung, Kriegsgefangenenfürsorge und Vermißtennachforschung umfaßte. Zwei Bereichen war Gertrud Luckner zugeteilt: der Vermißtennachforschung (in Fühlungnahme zum Deutschen Roten Kreuz) und der Fürsorge für Kriegs- und Zivilgefangene (in Kontakt zur Mission catholique suisse pour les prisonniers de guerre). Gerade für die Bearbeitung der Anfragen nach Vermißten, Kriegsgefangenen und Internierten galt sie aufgrund ihrer Sprachkenntnisse als besonders geeignet, wie Caritaspräsident Kreutz in einer eigens ausgefertigten Dienstanweisung hervorhob. Dieser Auftrag erstreckte sich indes noch weiter und bezog die seelsorgliche Betreuung und Auswanderungsberatung der nichtarischen Katholiken mit ein; Tätigkeiten, die „im Rahmen der gegebenen gesetzlichen Möglichkeiten" durchzuführen und mit der Berechtigung zu ausgedehnten Reisen auch in Kriegszeiten verbunden waren. Damit deckte der Präsident des Deutschen Caritasverbandes, zugleich Vorsitzender der Kirchlichen Kriegshilfestelle, mit seiner Autorität die Hilfe der Caritasangestellten Gertrud Luckner für die katholisch getauften Juden.

Noch in den zwanziger Jahren war es dieser Frau „nie wichtig, zwischen Christen und Juden zu unterscheiden", ihr ging es um den einzelnen, den „anderen" Menschen, um Minderheiten. Die menschenverachtende und den Juden feindliche nationalsozialistische Ideologie durchschaute sie von 1931 an, bildete sich ein klares Urteil aus der Lektüre von Hitlers „Mein Kampf" sowie seinem und seiner Gefolgschaft Auftreten in der Öffentlichkeit. Mit Freiburger Oberprimanern, jüdische Jugendliche darunter, organisierte sie 1932 einen englischsprachigen Gesprächskreis, der sich mit den neuen

Lehren auseinandersetzte, und ordnete diese Erfahrungen Jahrzehnte später ein: „Dieser Kreis wurde mein Schicksal".
Über die Bedrohlichkeit der neuen völkisch-rassistischen Bewegung tauschte sich Gertrud Luckner, überzeugte Pazifistin seit dem Ersten Weltkrieg, intensiv mit vielen Gleichgesinnten aus dem In- und Ausland aus. So bei den Treffen des Friedensbundes deutscher Katholiken, dem sie angehörte, so bei Führungen englischer Wandergruppen im Schwarzwald, als Mitglied (seit 1931) der Deutschen Jahresversammlung der Quäker, der sie auch nach ihrer Aufnahme in die Katholische Kirche (24. März 1934) ungemindert verbunden blieb. Sie baute freundschaftliche Beziehungen zu religiös und pazifistisch überzeugten Menschen auf internationaler Ebene auf, was ihr bereits 1933 spionagepolizeiliche Postüberwachung eintrug, andererseits aber verläßliche Wege der Hilfe für Verfolgte auftat.

III

Lange bevor die Nürnberger Gesetze 1935 die Entrechtung der Juden und der Brand der Synagogen 1938 ihre Verfolgung einleiteten, riet Gertrud Luckner jüdischen Menschen, die sie um Rat angingen, Deutschland zu verlassen. Sie selbst geleitete oder orientierte zum Weggehen Entschlossene über den Rhein ins Elsaß, via Basel oder über die verwinkelte Grenze des Kantons Schaffhausen im Hegau in die Schweiz, wo ihre Freunde ihnen weiterhalfen, nach England meist oder in die USA. Solange Reisen ins Ausland noch möglich waren, nutzte Gertrud Luckner sie zur Verdichtung ihrer so wichtigen und wertvollen persönlichen Kontakte. Im März/April 1937 fuhr sie mit Transit Frankreich noch nach England, und ihren letzten Grenzübertritt vor dem Kriege belegt der Einreisestempel der Schweizerischen Grenzpolizei Basel in ihrem Paß zum 12. Juni 1939.
Neben der Hilfe zum unbemerkten Verlassen Deutschlands beteiligte sich Gertrud Luckner auch an der Beschaffung von Möglichkeiten zu legaler Auswanderung. Dazu bedurfte es der Besorgung von Papieren, der Regelung der persönlichen Verhältnisse, finanzieller Unterstützung der Auswanderungswilligen, vor allem aber der Vermittlung aufnehmender Stellen und beruflicher Umschulung im Gastland. Gertrud Luckner arbeitete dabei mit dem 1935 in Berlin gegründeten „Hilfsausschuß für katholische Nichtarier" zusammen, der wesentlich getragen wurde vom Deutschen Caritasverband und dem St. Raphaelsverein in Hamburg und wie letzterer unter dem

Vorsitz des Osnabrücker Bischofs Wilhelm Berning stand. 1938 weitete sich diese Zusammenarbeit aus auf das neu eingerichtete kirchliche „Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin" unter Dompropst Bernhard Lichtenberg. Nach dessen Verhaftung im Oktober 1941 übernahm Bischof Konrad Graf von Preysing die Leitung und Margarete Sommer die Geschäftsführung; mit ihr pflegte Gertrud Luckner engen Meinungsaustausch bezüglich der Hilfemaßnahmen.

Bei ihrer „Fürsorge- und Seelsorgearbeit für die nichtarischen Katholiken" wußte sie sich dienstlich abgesichert durch ihren Vorgesetzten, Caritaspräsident Benedict Kreutz. Ende 1941 trat der Protektor des Deutschen Caritasverbandes, Erzbischof Conrad Gröber von Freiburg, in die offizielle Verantwortung für die Tätigkeit der weiterhin bei der Caritaszentrale Angestellten ein, als er ihr am 19. Dezember den bewußt verschwommen formulierten „Ausweis" ausstellte: „Frl. Doktor Gertrud Luckner ist von uns mit der Durchführung notwendiger Aufgaben der außerordentlichen Seelsorge betraut." Im Schutze und mit der Empfehlung dieser Autorität, die ihr auch bei anderen deutschen Bischöfen als Vertrauensgrundlage diente, praktizierte Gertrud Luckner Solidarität mit Verfolgten, die in ihrer persönlichen Überzeugung und Entschlossenheit gründete. Daß sie ihre helfende Intervention zunächst den katholisch getauften Juden zuwandte, wie es auch der St. Raphaelsverein und das Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin taten, entsprach der Aufteilung der Aufgaben: Für die evangelischen Nichtarier setzte sich das „Büro Pfarrer Grüber" ein, für die religionslosen die „Religiöse Gesellschaft der Freunde (Quäker)", während sich die „Reichsvertretung der Juden in Deutschland" der Glaubensjuden annahm.

Diese Abgrenzung der Zuständigkeitsbereiche hat Gertrud Luckner für sich nie als Einengung oder Ausschließlichkeit verstanden. Grundsätzlich galt ihre Hilfe und Solidarität allen Juden, und als Auswanderung nicht mehr möglich, Flucht oder „Untertauchen" nach dem Einsetzen der Deportationen immer gewagter war, verstärkte sie ihre Zusammenarbeit mit den genannten Hilfeorganisationen bzw. mit einzelnen Mitgliedern derselben. War sie schon in der Nacht des Synagogenbrandes in Freiburg mit dem Fahrrad zu jüdischen Familien gefahren, um ihnen menschliche Nähe zu signalisieren, so stellte sie sich neben die Juden, als diese 1941 zum Tragen des Judensterns gezwungen wurden: Sie begleitete getaufte Juden in München zu evangelischen und katholischen Gottesdiensten,

sprach in Berlin „die Sterne" auf der Straße an, holte sie in Köln aus den Müngersdorfer Kasematten, wo die ihrer Wohnung enteigneten kaserniert waren, und spazierte mit ihnen unbehelligt durch das Stadtzentrum, „damit sie nicht das Gefühl hatten, allein zu sein".
Über Rabbiner Leo Baeck, den Präsidenten der „Reichsvereinigung der Juden" in Berlin, erhielt sie nicht nur die persönlichen Verbindungen und Adressen jüdischer Gemeinden, sondern auch das legitimierende Kennwort, das ihr dort die Türen öffnete. Sie überbrachte Geldmittel, die ihr aus bischöflichen Fonds verfügbar gemacht wurden, zur Weiterverteilung. Für die von der Deportation Bedrohten erarbeitete sie detaillierte praktische Anweisungen für persönliches Handgepäck, um die Überlebenschancen zu vergrößern. Den Juden aus Stettin, die im Februar 1940, und denen aus Wien, die Anfang 1941 nach dem östlichen Polen abtransportiert wurden, vermittelte sie über ausfindig gemachte Postwege und viele befreundete Privatadressen überwiegend im süddeutschen Raum Päckchensendungen zur Existenzerhaltung. Für die Wiener Judenheit arbeitete sie Hand in Hand mit der „Hilfsstelle für nichtarische Katholiken", die Theodor Kardinal Innitzer in der ehemaligen Kutscherwohnung des Erzbischöflichen Palais eingerichtet hatte.
Briefe Deportierter mit erschütternden Lageberichten aus polnischen Landstädtchen gab Gertrud Luckner 1968 in Buchform heraus, als „Lebenszeichen aus Piaski", zusammen mit Else Rosenfeld, die sie als Sozialarbeiterin bei der Jüdischen Gemeinde in München kennengelernt hatte und die selbst nach zwei Jahre währendem Untertauchen im April 1944 noch die schützende Schweiz erreichte. Eine kleine Gruppe Quäker und Caritasmitarbeiter war es, die neben Luckner und Rosenfeld die Münchener Juden betreute, die 1941 in einem beschlagnahmten Altersheim der Barmherzigen Schwestern in Berg am Laim ghettoartig zusammengezogen waren. Für die im Barackenlager Milbertshofen auf die Deportation – meist nach Theresienstadt – Wartenden war Hilfe kaum mehr realisierbar, trotz vieler gemeinsamer Anstrengungen Gertrud Luckners und des Münchener Erzbischofs Michael Kardinals von Faulhaber. Als im Oktober 1940 die badischen und die Pfälzer Juden in das Pyrenäenlager Gurs weggebracht wurden, vermochte Gertrud Luckner mit ärztlichen Attesten einige wenige als nicht transportfähig zurückzubehalten. Für die Deportierten, die in Gurs unter unsäglichem Morast, unter Kälte, Hunger und Durst litten, organisierte sie kleine menschliche Brücken für Briefe und Päckchen.

Um die nach Kriegsbeginn rapide weniger werdenden Kanäle und Schlupflöcher spürbarer Hilfeleistungen für katholische Nichtarier, rassisch gemischte Ehen, Juden gleich welcher Konfession nutzbar zu machen, suchte und fand Gertrud Luckner viele Helfende im kleinen – Deutsche und Ausländer, Quäker und Caritasangehörige, katholische, evangelische und jüdische Geistliche –, denen sie Dienste anvertraute. Mit ihnen knüpfte sie kein dichtes Netzwerk Helfender („dann wären wir alle weg gewesen"), sondern legte den persönlichen Faden zum einzelnen, der im Regelfalle vom anderen nichts wußte und so bei einer möglichen Enttarnung kaum etwas preiszugeben hatte.

Seit die Deportationsmaschinerie lief, welche die Juden zur, wie es staatlicherseits verharmlosend hieß, „Evakuierung", „Auswanderung", „Wohnsitzverlegung" nach dem Osten zwang, schrumpften die Möglichkeiten des Helfens zugunsten der Betroffenen auf ein Minimum. Um so häufiger und konsequenter nahm Gertrud Luckner die Belastung langer und weiter Reisen auf sich, um den jüdischen Menschen und Gemeinden den Mindesterweis menschlicher Solidarität zu erbringen. Dieses Kurierdasein, das sie mit der Eisenbahn bei Tag wie bei Nacht in die Großstädte des Deutschen Reiches bis Berlin, Breslau und Wien führte, konnte letztlich nicht verborgen bleiben. Im September 1942 kam ihr die Gestapo in Düsseldorf durch das Aushorchen einer dortigen Caritasangestellten auf die Spur und organisierte von Januar 1943 an ihre „eingehende und ständige Beobachtung und Verfolgung". Die Maßnahmen hatten vertraulich und diskret zu erfolgen, um Beteiligte nicht zu warnen und Informationsquellen nicht zu gefährden; sie ergaben sich aus dem schwerwiegenden Verdacht, Gertrud Luckner betreibe über ihre verwerfliche Judenhilfe hinaus mit Erzbischof Gröber eine Nachrichtenzentrale ins Ausland. Das Reichssicherheitshauptamt jedenfalls maß „der Angelegenheit größte Bedeutung" bei. Die Observierte, der die Gestapo Umsichtigkeit und äußerstes Geschick attestierte, wurde schließlich am 24. März 1943 im Abendzug nach Berlin zwischen Offenburg und Karlsruhe verhaftet.

Unter möglichster Geheimhaltung und Verschleierung der Wege wurde Gertrud Luckner von der Gestapo durch die Stationen der Gefängnisse von Karlsruhe, Wuppertal, Düsseldorf und Berlin-Alexanderplatz geschleust. Mit intensiven Verhören suchten die Beamten den Beweis für die Existenz einer kirchlichen Spionagezen-

trale zutage zu fördern, die es nicht gab. Der Tatbestand einer vielfachen Einzelhilfe von Mensch zu Mensch lag außerhalb ihrer Vorstellungswelt, und wen sie über die Personenüberwachung und Postkontrolle als beteiligt identifizierten, den zogen sie nicht nur als Judenhelfer, sondern auch als Glied im Verschwörungsnetz zur Verantwortung. Den Fall Gertrud Luckner, „Pazifistin, katholische Aktivistin und fanatische Gegnerin des Nationalsozialismus", führte das Reichssicherheitshauptamt denn auch von Anfang an als Schutzhaftvorgang, wegen des schwerwiegenden und weitreichenden Vorwurfs, daß „die Luckner im Auftrage des Deutschen Episkopats und insbesondere des Erzbischofs Dr. Gröber in Freiburg in größerem Umfang mit jüdischen Kreisen im gesamten Reichsgebiet Verbindung aufgenommen, ihnen unbeachtet der Konfessionszugehörigkeit geldliche Unterstützung gewährt hat, sowie bei der Verschiebung jüdischen Vermögens behilflich gewesen ist. Darüber hinaus hat die Luckner ein Mitarbeiternetz innerhalb des Reichsgebietes für die Betreuung der Juden aufgebaut und in weltanschaulich-politischem Nachrichtenaustausch mit staatsfeindlichen Kreisen im Auslande gestanden. Es besteht weiter der Verdacht, daß sie Juden beim illegalen Verlassen des Reichsgebietes behilflich gewesen ist."

Als dann auch noch die Beziehungen Gertrud Luckners zu als hoch- und landesverräterisch eingestuften Persönlichkeiten wie Dietrich Bonhoeffer, Ernst von Harnack, P. Alfred Delp SJ ins Blickfeld gerieten, wurde die Lage für die Verhaftete noch bedrohlicher. Nach fast acht Monaten Gefängnis und Vernehmungen wurde sie schließlich am 5. November 1943 in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück bei Fürstenberg, nördlich von Berlin, verbracht, in Vollzug des Schutzhaftbefehls vom 26. Mai, dessen Begründung lautete: „Sie gefährdet nach dem Ergebnis der staatspolizeilichen Feststellungen durch ihr Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates, indem sie durch ihre projüdische Betätigung und Verbindungen mit staatsfeindlichen Kreisen befürchten lässt, sie werde sich bei Freilassung weiter zum Schaden des Reiches betätigen."

V

Mit der Einlieferung in Ravensbrück wurde Gertrud Luckner zum Schutzhäftling Nr. 24648, mit dem roten Winkel der „Politischen" markiert und mit 600 Frauen im Barackenblock 6 zusammenge-

pfercht. Zur Arbeit, teils schwerster Art, war sie eingesetzt in der Schneiderei, im Industriehof, bei der Firma Siemens & Halske, im Lagerbüro. Einmal im Monat durfte ein Brief geschrieben und empfangen werden, der Zensur unterliegend; dabei waren ihr die Nachrichten ihrer Freundin Cäcilia Böhle, Dozentin an der Sozialen Frauenschule der Caritaszentrale in Freiburg, von Margarete Sommer in Berlin und Erzbischof Gröber wertvolle Aufrüstung. Lebensmittelpakete, unbegrenzt gestattet, aber willkürlich kontrolliert und ausgehändigt, bedeuteten handfeste Existenzhilfe. Hilfe zum Überleben in der alltäglichen Bedrohung, zugespitzt bei Aufenthalten im Krankenrevier im Juni 1944, erfuhr sie in der solidarischen Kleingruppe, zu der sie sich mit der Liobaschwester Eva („Placida") Laubhardt aus Freiburg, der Lehrerin, Quäkerin und Sozialdemokratin Hildegard Hansche aus Berlin und der Seelsorgehelferin Katharina Katzenmaier aus dem saarländischen Püttlingen gefunden hatte. Darüber hinaus waren es, wie sie noch als Achtzigjährige in Interviews dankbar erinnerte, Wiener Kommunistinnen, die ihr in Grenzsituationen das Leben retteten.

Wie viele Konzentrationslager im Osten, so wurde auch Ravensbrück Ende April 1945 beim Näherrücken der Front von der SS geräumt und teilweise gesprengt. In Kolonnen wurden die geschwächten Frauen, Gertrud Luckner mit ihren Freundinnen „unter den letzten 500", unter Bewachung nach Westen geführt, unzulänglich bekleidet, kaum verpflegt, im Freien nächtigend. Der Fußmarsch unter Fliegerangriffen, zwischen der vordringenden Roten Armee, zurückweichenden deutschen Truppen und Flüchtlingstrecks hindurch ging bis an die Demarkationslinie östlich von Schwerin; in Malchow, westlich des Müritzsees, erlebten die Frauen am 3. Mai die Befreiung durch sowjetische Truppen. Am 12. Juni erst und nur aufgrund ihrer englischen Staatsangehörigkeit gelangte Gertrud Luckner mit einem Transport ehemaliger französischer Kriegsgefangener in die englisch besetzte Zone nach Lübeck. Mit mühsam beschafften Papieren und Transportmöglichkeiten reiste sie dann über Hamburg–Hannover–Göttingen–Kassel–Eisenach–Bamberg-Lauf nach München, in abenteuerlicher Fahrt, überall ihre Quäker- und Caritasfreunde aufsuchend. Hier wie in München, wo ihr die Begegnung mit Kardinal Faulhaber besonders wertvoll war, bewegten sich ihre Gespräche zwar auch um Geschehenes und Erlittenes, stärker aber um die Kernfragen der Neugestaltung einer humanen Gesellschaft.

An der Seite des aus Dachau geretteten Heinrich Auer, Bibliotheksdirektor der Caritaszentrale, kam Gertrud Luckner schließlich am

Abend des 13. Juli 1945 wieder im Werthmannhaus in Freiburg an. Geplagt von dem Gedanken, in der Zeit der Bedrängnis für verfolgte Menschen zu wenig getan und dennoch manche der Helfenden in Leid gebracht zu haben, suchte sie neue Orientierung im privaten und dienstlichen Bereich. Mit einstigen Lagerkameradinnen entwikkelte sie einen reichen Briefaustausch, mühte sich um die Klärung von Schicksalen, gab Hinweise und Hilfen für die Erlangung von Wiedergutmachungsleistungen. Bücher von Leidensgenossinnen wie Corrie ten Boom, Isa Vermehren oder Margarete Buber-Neumann über ihre Jahre in Ravensbrück las sie mit der kritischen Anteilnahme der Betroffenen. Sie fuhr zu Ehemaligentreffen in dem in der DDR liegenden KZ am Schwedt-See, unterstützte die Errichtung einer Mahn- und Gedenkstätte, wahrte jedoch unbeirrbar ihre Position als internationale Pazifistin gegenüber politisch-ideologischer Vereinnahmung.

Noch im Sommer 1945 nahm sie mit Amtshilfe ihres früheren Mitverschworenen und nunmehrigen Freiburger Generalstaatsanwalts Karl Siegfried Bader Nachforschungen auf, durch wessen Beiträgerschaft sie trotz aller Vorsicht bei ihrer Judenhilfe entdeckt worden war, fand auch die Bestätigung von Nachrichtenlieferanten für die Gestapo bei der Caritas in Düsseldorf und in Freiburg. Indes akzeptierte sie das Bestreben von Kirche und Caritas, juristische Verfahren zu vermeiden, da es ihr nur um Kenntnis der Zusammenhänge und nicht um Vergeltung ging, „abgesehen davon, daß ich diese Zeit [im KZ] als eine besondere Gnade für mich selber verbuche". Dieser Gedanke durchzieht ihre rasch anschwellende Korrespondenz mit vielen ehemaligen Helferinnen und Helfern aus dem In- und Ausland, innerhalb derer die Quäkerfreunde an erster Stelle stehen. Um so schmerzhafter traf es sie, die für sich persönlich die Wertewelt des Katholizismus und des Quäkertums problemlos zu vereinen vermochte, als sie in den sechziger Jahren wegen Vernachlässigung von Formalien aus der „Religiösen Gesellschaft der Freunde" ausgeschlossen werden sollte. In dieser zeitlichen Phase war sie längst Opfer der Überlastung durch die verzweigte Arbeit des Referates „Verfolgtenfürsorge" an der Caritaszentrale in Freiburg, das 1945 eingerichtet und ihrer Leitung unterstellt worden war.

VI

Ausgestattet mit Empfehlungsschreiben des Erzbischofs Gröber, des Caritaspräsidenten Kreutz und der Badischen Landesstelle für die

Betreuung der Opfer des Nationalsozialismus begab sich Gertrud Luckner bereits 1946 erneut auf ausgedehnte Reisen durch alle vier Besatzungszonen, um den Überlebenden der Verfolgung ihre Beratungs- und Mittlerdienste anzubieten. Diese Hilfe, die sich auf Wiedergutmachungsansprüche, Klärung von Schicksalen und Familienzusammenführung erstreckte, konzentrierte sie auf katholisch getaufte Juden, da diese von den Maßnahmen des American Jewish Joint Distribution Comittee zugunsten der rassisch verfolgten Glaubensjuden ausgenommen waren. Kooperation suchte sie dabei als Delegierte des Deutschen Caritasverbandes in der „Arbeitsgemeinschaft christlicher Hilfsstellen für rassisch Verfolgte nichtjüdischen Glaubens in Deutschland" (1946) und im „Hilfswerk für die von den Nürnberger Gesetzen Betroffenen" (1952).
Ihr Eintreten für vom Nationalsozialismus Geschädigten geschah aus christlich-moralischer Verpflichtung, und sie wertete es als Baustein zur christlich-jüdischen Verständigung und Aussöhnung. An der vom International Council of Christians and Jews im August 1947 einberufenen Konferenz zur Bekämpfung des Antisemitismus in Seelisberg am Vierwaldstätter See nahm sie neben dem evangelischen Pfarrer Curt Radlauer aus Berlin als einzige Deutsche teil. Vier Monate später erarbeitete sie mit den Professoren Karl Otto Thieme und Emil Eiffler einen Entwurf für ein Hirtenwort der deutschen Bischöfe zur gleichen Thematik. Mit einem kleinen Gesprächskreis in Freiburg brachte sie eine periodische Publikation auf den Weg, die Forum werden sollte für Katholiken, Protestanten und Juden: Zum Jubiläums-Katholikentag in Mainz 1948 erschien, von der Geschäftsstelle Dr. Gertrud Luckner im Werthmannhaus betreut, die Startnummer des „Freiburger Rundbrief zur Förderung der Freundschaft zwischen dem alten und neuen Gottesvolk – im Geist der beiden Testamente"; dieser später kurz und prägnant „Freiburger Rundbrief" genannten Zeitschrift war die Aufgabe gestellt, mit dem Blick auf das Verhältnis zwischen Christentum und Judentum Verständnis zu fördern, Gleichgültigkeit und neu keimenden Judenhaß zu überwinden, Sachinformation zu geben, um Vorurteile zu bekämpfen: „Eine Beziehung zwischen Menschen ist unmöglich, wenn ein Gespräch nicht zustande kommt."
Im Dialog zwischen Juden und Christen ging es auch um das Publikmachen und Ausdeuten des „Liebeswiderstandes", der aus der „caritas" begründeten Hilfe für jüdische Menschen in den Jahren des Nationalsozialismus, aus der sich außer wertvollen internationalen Kontakten eine wissenschaftliche Beschäftigung mit der „heils- und

damit auch weltgeschichtlich neuen Situation zwischen den beiden Gottesvölkern" entfaltet hatte, die Gertrud Luckner als prägend für ihre neue Arbeit unter dem Dach des Deutschen Caritasverbandes ansah.

Bei der Suche nach Menschen mit verwandter Denkart, von denen sie Unterstützung beim Aufbau christlich-jüdischer Zusammenarbeit erhoffte, stand sie im Gespräch mit vielen jüdischen Freunden. Im Geflecht dieser persönlichen Beziehungen gab es einen Ehrenplatz für Leo Baeck, den früheren Rabbiner der Jüdischen Gemeinde in Berlin und Präsidenten der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, mit dem sie bis zu seiner eigenen Deportation nach Theresienstadt 1942 eng zusammengearbeitet hatte. In Gertrud Luckner erkannte Leo Baeck, nach dem Kriege Weltreisender für die Sache des Judentums, „eine der edelsten, tapfersten und opferwilligsten Persönlichkeiten", die ihm je begegnet seien. Ihr vermittelte er einen ersten Besuch in Israel, den sie im Juni 1951 machen durfte, als dritte Deutsche überhaupt, nach dem Heidelberger Dekan Hermann Maas und dem Hamburger Journalisten Rudolf Küstermeier.

Ausgezeichnet mit dem Ehrentitel „Botschafterin der Menschlichkeit", ließ Gertrud Luckner dieser ersten Begegnung im jüdischen Land eine große Zahl von Israel-Reisen folgen, rund 30 bis zum Jahr 1986. War dies ein unübersehbares Zeichen für eine wachsende innere Nähe zu den Menschen dort, so nahm die Reisende jede Gelegenheit wahr, die Wirksamkeit der Umsetzung geleisteter Hilfen zu prüfen und praktische Lösungen für weitere Schritte zu entdecken: Die spontane Einrichtung einer psychotherapeutischen Station für verwundete israelische Soldaten im Jom-Kippur-Krieg (1973) auf dem Karmel oder der Aufbau eines Altenwohnheims für christliche Judenretter und NS-Opfer in Nahariyya (1976), dem ihr Name gegeben wurde, sind ins Auge fallende Beispiele dafür.

Als Pionierin in dem konsequenten Bemühen, christlich-jüdische Arbeit mit Leben zu füllen, erwartete sie vom Zweiten Vatikanischen Konzil eine weltweite Schubwirkung. Eine Stellungnahme zum Verhältnis Christen-Juden, die sie 1960 mit Freunden vorbereitet hatte, diskutierte sie in Israel und mit römischen Stellen, wobei sie besonders ihren guten Zugang zu dem Ökumeniker Augustin Bea SJ, dem „Kardinal der Einheit", nutzte. Führende deutsche Katholiken bestärkten Papst Paul VI., die Erklärung der Konzilsväter über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen, eingeschlossen die nach langwierigen Beratungen zustandegekom-

mene „Judenerklärung", unbedingt zu veröffentlichen, sei dies doch „eine unserer Zeit auferlegte Aufgabe von weltgeschichtlicher Bedeutung"; unter den 52 Unterzeichnenden, welche am 28. Oktober 1965 die feierliche Endabstimmung und Verkündigung des Dekrets „Nostra aetate" erlebten, stand auch Gertrud Luckner.
Über Katholizismus und Judentum nach dem Konzil referierte sie 1966 auf dem 81. Deutschen Katholikentag in Bamberg. Von der Deutschen Bischofskonferenz wurde sie 1968 in das ständige Beratergremium der Kommission II für ökumenische Fragen berufen. Als die Achtundsechzigjährige zum 31. Dezember des gleichen Jahres der Beendigung ihres Dienstverhältnisses beim Deutschen Caritasverband zustimmte, identifizierte sie sich von da an restlos mit ihrem Lebenswerk „Freiburger Rundbrief", dessen Herausgabe sie für noch fast zwei Jahrzehnte in ihren privaten Wohnbereich im Altenheim St. Carolus beim Mutterhaus der Vinzentinerinnen integrierte. Mit ihrer Selbstverpflichtung, die gesamte Redaktionstätigkeit bis hin zur Abwicklung von Herstellung und Vertrieb in der Hand zu behalten, belastete sie sich und alle ihr Zuarbeitenden in nur schwer tragbarer Weise. Aber das Ergebnis, „ihre" Zeitschrift, genoß hohes Ansehen als historische Quellensammlung und gleichzeitig aktuelle Stätte christlich-jüdischer Begegnung, als Anstoß zu einer Revision des katholischen Religionsunterrichts und zur Korrektur des Israelbildes in Deutschland.

VII

Die Verständigung zwischen Christen und Juden in der Welt war Ziel und Leitlinie für alles Denken und Handeln Gertrud Luckners, sei es in der Gestaltung des „Freiburger Rundbrief", sei es in der Beratung katholischer NS-Verfolgter, sei es bei Vorträgen, Veröffentlichungen und Interviews, auf Reisen und in ihrer überreichen Korrespondenz. Ihr kompromißloses Eintreten gegen Ungerechtigkeit und Antisemitismus, für ökumenischen Frieden machte sie weithin bekannt. Außerordentliche Achtung und Sympathie genoß sie vor allem von Seiten des jungen Staates Israel, zu dessen Land und Menschen sie sich fast magnetisch hingezogen fühlte. Unter den rund zwei Dutzend deutschen und jüdischen Ehrungen von staatlicher, institutioneller und kirchlicher Seite, die ihr zuteil wurden, kommt einigen eine herausragende Zeichenhaftigkeit zu: Der in Migdal Ha'Emek bei Nazareth für sie gepflanzte „Gertrud-Luckner-Hain" (1961); der Ehrentitel „Gerechte unter den Völkern" mit der

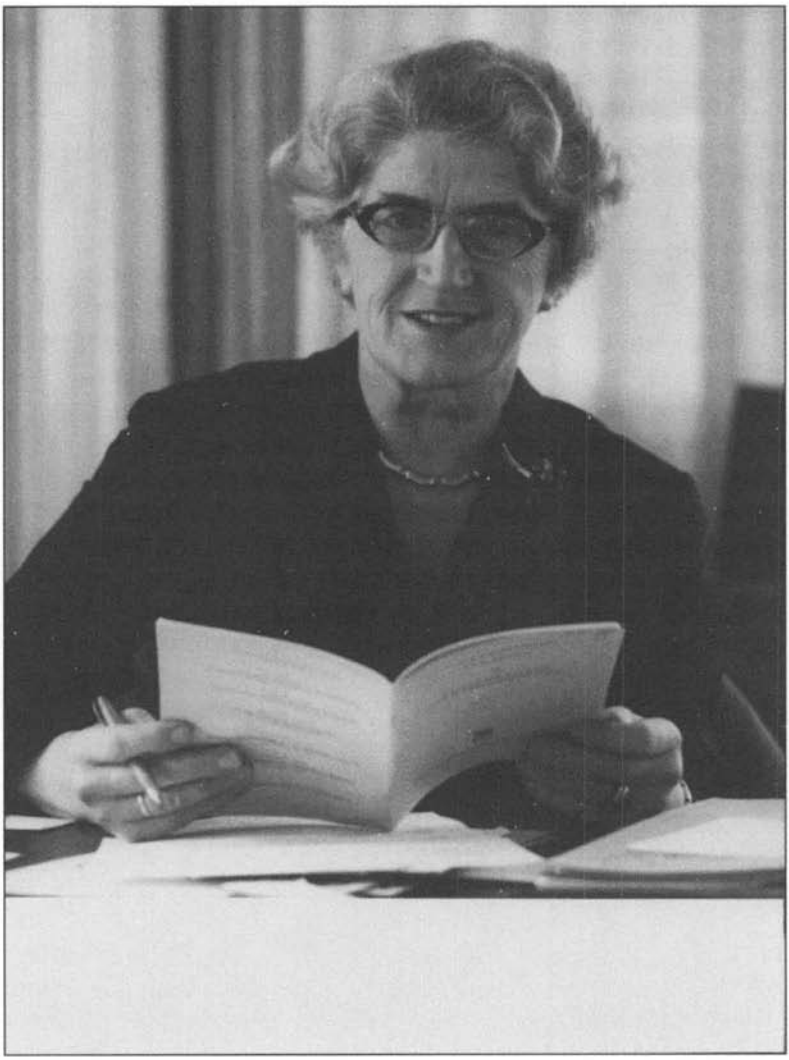
Yad-Vashem-Medaille, die höchste Auszeichnung des Staates Israel (1966); der „Silberne Brotteller" als höchste Auszeichnung des Deutschen Caritasverbandes (1975); die Ehrenbürgerwürde der Stadt Freiburg/Br. (1979); das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern (1985); der vom Internationalen Rat der Christen und Juden erstmals an eine Deutsche verliehene „Sir Sigmund Sternberg Award" (1987) – und die Benennung eines „Gertrud-Luckner-Saal" in der Synagoge der Jüdischen Gemeinde in Freiburg/Br. (1990).

Geehrt, ausgezeichnet, mit Dankbarkeit bedacht wurde Gertrud Luckner in letzter Konsequenz für ihr „testimonium caritatis" zugunsten jüdischer Menschen in den Jahren 1933–1945, für die gelebte menschliche Courage, die sich jeder Normierung verweigerte und deren Erfahrungen zum Pflanzboden wurden für die nach dem Zweiten Weltkrieg von ihr so nachhaltig geförderte Aussöhnungs- und Verständigungsarbeit.

Ob sie nicht Angst empfunden habe bei ihrer aus der Sicht des NS-Staates gesehen illegalen Hilfe für die entrechteten und verfolgten Juden, wurde Gertrud Luckner später in vielen Interviews gefragt; ein Gedankengang, den sie nicht nachvollziehen konnte, war doch ihr Handeln für sie „selbstverständlich, ich mußte das tun". Wohl aber lebte sie zehn Jahre hindurch in äußerster täglicher Anspannung, die erst mit der Verhaftung von ihr abfiel. Zwei Jahre Unfreiheit nahm sie auf sich, dafür, daß sie eine ihr selbst unbekannte Zahl von Leben gerettet und vielen Verzweifelten „den Glauben an die Menschlichkeit" wiedergegeben hatte. Daß sie die allgegenwärtigen Schrecken und die Lebensgefährdung in Ravensbrück überstanden hatte, löste in ihr Dank- und Schuldgefühle aus. Als Schuld empfand sie aber auch die Ohnmacht des Helfenden, wie sie ihren persönlichen Notizen der späten vierziger Jahre anvertraute: „Wir haben ja alle viel zu wenig getan, die Schuld ist ungeheuer." Gleichzeitig litt sie darunter, Helfende an ihrer Seite ins Unglück gebracht zu haben, denn von den vielen, die ihre Judenhilfe mitgetragen hatten, kamen manche in Haft, Deportation oder Tod.

Dieses innere Zerrissensein suchte Gertrud Luckner nach 1945 mit einem uferlosen Arbeitsleben zu überdecken, ausgerichtet auf friedliche Verständigung über religiöse, weltanschauliche und nationale Grenzen hinweg, entschlossen, alles ihr Mögliche beizusteuern, „damit das geschändete Bild des Menschen wieder geheilt wird". Als ihr in den hohen Achtzigern die Energiequellen für dieses Aktivsein versiegten und die gesundheitlichen Spätfolgen der KZ-Zeit sich mit den Beeinträchtigungen des Alters mischten, da wurde sie

wieder eingeholt von der Erinnerung an das Grauen gerade der letzten Monate im Konzentrationslager Ravensbrück, mit dem täglichen Zeuge-Sein der Selektion von Häftlingen zu Gastod und Krematorium. Nur wenige Menschen litt sie noch in ihrer Nähe. Umsorgt von den Barmherzigen Schwestern des heiligen Vinzenz von Paul, starb Gertrud Luckner an der Schwelle zu ihrem 95. Lebensjahr, am 31. August 1995, und wurde am 7. September auf dem „Caritasfeld" des Freiburger Hauptfriedhofs begraben.



Aenne Brauksiepe (1912–1997)

Mit dem Sprichwort „fight like a man, slave like a horse, look like a lady" charakterisierte Aenne Brauksiepe zutreffend ihre Rolle als Politikerin. Die Epitheta „Bundes-Aenne" und „Mutter der Kompanie" beschreiben ihre Integrationskraft und unermüdliche Einsatzbereitschaft. Im Mittelpunkt ihrer parlamentarischen Arbeit standen die Belange der Frauen: Es war ihr Ziel, die Mitverantwortlichkeit der Frau in der Politik, die Mitarbeit im gesellschaftspolitischen Raum und sinnvolle Eingliederung in das Wirtschaftsleben durchzusetzen.

I

Aenne Brauksiepe wurde am 23. Februar 1912 in Duisburg als zweite Tochter des Reichsbahnbeamten Heinrich Engel und seiner Frau Käthchen geboren. Zeitlebens hat sie sich an ihre glücklichen Kindertage, bestimmt durch den stillen, immer heiteren Vater und die aufgeschlossene, aktive Mutter, im Kreis der Großfamilie mit Urgroßmutter und zwanzig Tanten und Onkeln, wie an ein tröstliches Zauberwort erinnert. Die Familie wohnte in einer Arbeitersiedlung im Stadtteil Wanheimerort. Das kleine Beamtengehalt des Vaters zwang zu Sparsamkeit, die durch die Hungerzeit im Ersten Weltkrieg und die Inflation verstärkt wurde. Aennes Kindheit wurde geprägt von katholischer Tradition und Vertrauen auf Gottes Hilfe, gepaart mit religiöser Toleranz und Respekt gegenüber der evangelischen Urgroßmutter und ihren Söhnen. Praktiziertes Christentum wurde im Hause Engel täglich gelebt, Fürsorge und milde Gaben für Arme und Notleidende galten für Mutter und Großmutter als selbstverständlich. Nicht lamentieren, sondern denen helfen, denen es schlechter geht, wurde Aennes Lebensprinzip. Die Freude „am kleinen Glück" verstärkte ihre optimistische Grundhaltung.
Die Mutter, eine Lehrerstochter, engagierte sich in der katholischen Frauenbewegung und für die Zentrumspartei in Duisburg; bereits als Kind wurde Aenne auf die Straße geschickt, um Flugzettel und Wahlverse zu verteilen. Während des Ruhrkampfes im Juli 1923

wurde die Familie, weil sich der Vater geweigert hatte, „in Regie" – für die französische Besatzung – zu arbeiten, ausgewiesen und fand schließlich eine Bleibe in Oldenburg.
Nach Duisburg zurückgekehrt, besuchte Aenne das katholische Oberlyzeum „Unserer lieben Frau", wo sie 1931 das Abitur ablegte. Als Jugendliche begeisterte sie sich für Kunstgeschichte und moderne Musik, Theater- und Museumsbesuche und verdiente sich das Geld für die Eintrittskarten mit Nachhilfestunden. Sie engagierte sich in der katholischen Jugendbewegung, war Vorsitzende des Liebfrauenbundes und wanderte mit ihren Gruppen durch die Rhön, den Spessart, Schleswig-Holstein und Bayern. Später nahm sie auch an internationalen Jugendtreffen teil; dort habe sie gelernt, Freunde zu akzeptieren, auch wenn man weltanschaulich nicht übereinstimme, „I agree to disagree", sagte Frau Brauksiepe später.
In der Zeit der großen Arbeitslosigkeit bemühten sich Mutter und Tochter ehrenamtlich, in den Arbeitervierteln die größte Not zu lindern. Nach dem Abitur arbeitete Aenne zunächst als „Bildnerin" – Erzieherin – in einem Heim für blinde und behinderte Kinder. Aufgrund der politischen Einstellung ihrer Eltern wurde sie von den 1933 an die Macht gekommenen Nationalsozialisten nicht zum Studium zugelassen. In der Hoffnung, ihr Ziel, das Philologiestudium, über einen Umweg zu erreichen, ging sie 1934 nach Glasgow in Schottland, besuchte dort das College und arbeitete für einen englischen Literaturprofessor.
Nach ihrer Heirat (1937) mit dem aus Duisburg stammenden Journalisten Werner Brauksiepe, damals Korrespondent für die „Kölnische Volkszeitung" in Den Haag, lebte Frau Brauksiepe sechs Jahre in Holland und unterrichtete körperbehinderte Kinder. Nachdem ihr Ehemann zur Wehrmacht eingezogen worden war, kehrte sie 1943 nach Duisburg zurück, wo auch ihr Sohn zur Welt kam. Ihr Mann galt fast zwei Jahre lang als vermißt und kehrte erst 1946 heim.

II

Die „Schutt- und Aschezeit" hat Aenne Brauksiepe in Duisburg hautnah miterlebt; bei 299 Luftangriffen wurden fast 50 Prozent der Wohnungen und die Brücken über Rhein und Ruhr zerstört. Zur täglichen Sorge um das Überleben kam die Ungewißheit über das Schicksal ihres Mannes. Doch die unbeschreibliche Not überall ließ ihr keine Zeit zum Nachdenken.

Gemeinsam mit der Frau des damaligen Oberbürgermeisters Heinrich Weitz organisierte sie einen überparteilichen Frauenausschuß, der „Warmküchen" unterhielt für Menschen, die nichts zu essen hatten, auch Wolldecken und Kleider an Obdachlose, Flüchtlinge und Heimkehrer verteilte. Für Aenne Brauksiepe kam es darauf an, ohne Wehklagen zuzupacken und den lebensbedrohlichen Mangel an Nahrung, Kleidung und Unterkünften soweit möglich zu lindern. Sie war ehrenamtliche Mitarbeiterin der Wohnungsschlichtungsstelle, die bei Streitigkeiten zwischen den verschiedenen, in einer Wohnung zusammengepferchten Familien zu vermitteln suchte, und betrieb eine „Fabrik für Persilscheine", d.h. sie stellte Bescheinigungen über politisch einwandfreie Haltung während der Hitler-Diktatur aus.

Aenne Brauksiepe unterstützte das Wagnis einer neuen großen Christlichen Volkspartei und gehörte zu den Mitgründern der CDU, die in Duisburg offiziell am 18. Oktober 1945 gegründet wurde. Als Geschäftsführer wurde Bernhard Kaes, als Vorsitzender der evangelische Rechtsanwalt Franz Etzel eingesetzt. Sie setzte sich früh für eine eigenständige politische Frauenarbeit ein und war Mitgründerin und Vorsitzende der Frauenvereinigung in Duisburg bis 1949.

1946 wurde sie als einzige Frau unter 48 Ratsherren in den Stadtrat gewählt. Sie war Mitglied im Ausschuß für höhere Schulen, im Kultur- und Jugendausschuß und meldete sich zu den verschiedensten Themen mit konstruktiven Lösungsvorschlägen zu Wort, sie „hatte immer etwas Positives zu sagen", wie sich ein Kollege erinnert. Die Kommunalpolitik halte sie für die beste Vorschule für politische Einsätze; man lerne zu formulieren, in den Fachausschüssen weiterzudenken, die Bemühungen der Gegenseite zu akzeptieren und den Mehrheitsbeschluß mit Spaß hinzunehmen, sagte sie im Rückblick.

In den Nachkriegsjahren widmete sie sich erneut der katholischen Jugend- und Frauenbewegung und knüpfte ihre internationalen Kontakte wieder an. Mit Helene Weber, die sie schon aus der Zeit vor 1933 kannte, engagierte sie sich für den Deutschen Katholischen Frauenbund, zu dessen zweiter Vorsitzenden sie gewählt wurde. Kurz danach wurde sie auch Vorsitzende des deutschen Zweiges von „St. Joan's Social and Political Alliance", einem internationalen, politisch-sozialen Arbeitskreis katholischer Frauen.

Auf Empfehlung des Katholischen Deutschen Frauenbundes wurde Aenne Brauksiepe 1949 als Kandidatin für den Deutschen Bundestag aufgestellt. Der Kölner Stadtverordneten Sibylle Hartmann und dem CDU-Vorsitzenden Johannes Albers gelang es, sie zu überreden, in Köln für den Bundestag zu kandidieren. Auf Anhieb gewann sie das Direktmandat im Wahlkreis Köln II (Ehrenfeld, Riehl, Nippes, Longerich). Ihr bestes Wahlergebnis erzielte sie 1957, als sie in ihrem Wahlkreis im Kölner Norden mit 58,4 Prozent der Erststimmen gewählt wurde.

Bis Mitte der fünfziger Jahre wohnte die Familie Brauksiepe in Duisburg, danach in Oelde; Dr. Werner Brauksiepe arbeitete zunächst als Lokalchef der „Rheinischen Post" in Duisburg, dann als politischer Redakteur bei der Zeitung „Die Glocke" in Oelde. Zwischen ihrem Wohnort, ihrem Kölner Wahlkreis, wo sie im Haus des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB) ein zweites Zuhause gefunden hatte, zahlreichen Veranstaltungen und Bonn pendelte Frau Brauksiepe unablässig mit der Bahn hin und her.

Im ersten Bundestag stellten die Frauen 28 Abgeordnete (6,8 Prozent: CDU/CSU 11, SPD 13, Sonstige 4). Gegenüber den älteren Abgeordneten, z.B. Helene Weber (CDU), Christine Teusch (CDU) oder Louise Schröder (SPD), die resolut und selbstbewußt für die Frauenrechte gekämpft hatten, verkörperte die jüngere Generation mehr den weiblichen Typ. Aenne Brauksiepe, eine zierliche Dame mit leiser Stimme, zählte mit 37 Jahren zu den 18 jüngeren Abgeordneten unter vierzig Jahren in ihrer Fraktion. Besonders verbunden fühlte sie sich den Kolleginnen Luise Rehling, einer Pfarrersfrau aus Hagen, und Helene Weber, die bereits in der Weimarer Republik Reichstagsabgeordnete des Zentrums gewesen war.

Frau Brauksiepe engagierte sich für die Belange der Frauen, für Familien- und Jugendpolitik, Wohnungsbau, Kommunalpolitik, europäische und internationale Verständigung, die Abwehr des Kommunismus und die Wiedervereinigung. Frauenrelevante Themen und Gesetze in den fünfziger Jahren waren: Einführung der Witwenrente, Mutterschutzgesetz, Einführung des Kindergeldes, Verbot von Frauenlohngruppen, erstes Gleichberechtigungsgesetz, Förderung des sozialen Wohnungsbaus und der Eigenheime, Eingliederung der Sowjetzonenflüchtlinge und Vertriebenen.

Die Initiative in der Frauengruppe der CDU-Fraktion ging zunächst von Helene Weber aus, ab Ende der fünfziger Jahre stärker von

Aenne Brauksiepe. Wichtige Themen in den sechziger Jahren waren u. a. Familienrechtsreform, Verbesserung des Familienlastenausgleichs und Lebensmittelrechtsreform.
In der ersten Wahlperiode (WP) gehörte Frau Brauksiepe dem Ausschuß zum Schutze der Verfassung, für Petitionen und für Berlin an, ferner dem Ausschuß für Wohnungsbau (1. bis 5. WP), später dem Auswärtigen Ausschuß (6. WP) bzw. dessen Unterausschuß für deutsche Institute und Schulen im Ausland (4., 5. WP).
Im Mai 1956 wurde sie neben Hedwig Jochmus und Luise Rehling in den Bundesvorstand der CDU gewählt. Als Nachfolgerin der verstorbenen Luise Rehling wurde Frau Brauksiepe am 15. Dezember 1964 zur Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt. In der Fraktion bemühte sie sich sowohl um die neuen Abgeordneten, um ihnen die Eingewöhnung und Mitarbeit in der Fraktion zu erleichtern, als auch um den Kontakt mit den bereits ausgeschiedenen Parlamentariern.
Gelegentlich zögerte sie auch nicht mit Kritik an CDU-Kollegen, z. B. als der Abgeordnete Peter Nellen im Plenum die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen befürwortete, ohne vorher die eigene Fraktion zu informieren. Im Bundesvorstand kritisierte sie 1965 die plötzliche Entlassung des Arbeitsministers Theodor Blank, der für die notwendige Reform der Sozialgesetzgebung in der CDU zu wenig Unterstützung gefunden hatte. Kurz vor der Bundestagswahl 1969 rügte sie Kanzler Kurt Georg Kiesinger, weil er in einem Interview mit der Frauenzeitschrift „Brigitte" trotz sorgfältiger Vorbereitung von seiten der Frauenvereinigung ungenügende und fehlerhafte Angaben gemacht hatte.
Unermüdlich engagierte sich Frau Brauksiepe in den Wahlkämpfen durch eigene Reden und Artikel sowie organisatorische Vorarbeiten in der Partei. Bereits 1953 war sie im Wahlausschuß der Bundespartei zuständig für Frauenfragen, um mit allen für die CDU maßgeblichen Verbänden Kontakt aufzunehmen, da die Frauen, die damals 55 Prozent der Wähler stellten, für den Wahlsieg der CDU entscheidend waren. Auch in den folgenden Jahren gehörte sie dem Wahlausschuß der Partei an und organisierte wiederholt Gespräche des Bundeskanzlers mit Vertreterinnen der Frauenverbände.
Mit Bundeskanzler Konrad Adenauer, zu dem sie ein freundschaftliches Verhältnis hatte, bestritt sie viele Wahlveranstaltungen in seiner Heimatstadt Köln, dann „jinge se nach Ehrenfeld". Sie sorgte für den Kontakt mit der Basis, lud Schulklassen, Jugendliche und Frauen aus ihrem Wahlkreis ins Bundeshaus ein und organisierte, wann

immer möglich, „fünf Minuten mit dem Kanzler". Die hohen Besucherzahlen in den regelmäßigen Sprechstunden in ihrem Wahlkreis zeugten vom Vertrauen der Wähler zu ihrer „Frau Abgeordneten". Frau Brauksiepe war sich darüber im klaren, daß man Frauen auf konkrete Probleme oder spezifische Erfahrungen aus ihrem Lebensbereich ansprechen müsse, um sie für Wahlen und politisches Engagement zu mobilisieren.
Im Wahlkampf 1965 ging sie „Klinkenputzen", von Tür zu Tür, in ihrem Wahlkreis, um mit ihren Wählern über Probleme und Alltagssorgen zu diskutieren. Zutreffend analysierte sie den Wandel in der Gesellschaft und bei den Wählern: Drei Millionen Jungwähler ohne persönliche Erinnerung an die nationalsozialistische Diktatur orientierten sich fast ausschließlich an möglichen Zukunftsperspektiven. 1969 rückte sie über die Landesliste in den Bundestag ein; ihre Nachfolgerin im Wahlkreis, Hanna-Renate Laurien, konnte das Direktmandat nicht mehr holen. Obwohl sie einen sicheren Listenplatz hatte, jagte sie von einer Veranstaltung zur anderen und warb um die Stimmen der Frauen und ihr stärkeres politisches Engagement. Die Zahl der weiblichen Bundestagsabgeordneten war zwar in der dritten Wahlperiode auf 9,2 Prozent angestiegen, aber danach wieder auf 6,9 Prozent gesunken.

IV

Leitlinien des politischen Handelns von Aenne Brauksiepe waren ihr christlicher Glaube, der Schutz der Familie als Keimzelle von Gemeinschaftssinn und christlicher Wertorientierung sowie die Hilfe für die sozial Schwachen. Mit ihrem Einsatz für Jugend und Familie, für die aktive Mitarbeit der Frauen in Wirtschaft und Politik und für die Schwächeren in der Gesellschaft stand sie in der Tradition der katholischen Frauenbewegung, von Hedwig Dransfeld und Helene Weber. Bei allen Abstimmungen über komplizierte Gesetzesvorhaben stellte sie sich die Frage, ob das Gesetz prinzipiell mit dem Dekalog übereinstimme. Immer wieder appellierte sie an die Eigenverantwortung der Bürger und verwies darauf, daß Nörgelei über kleine Mängel zu nichts führe, daß man die Leistungen der Regierung anerkennen und sich des Privilegs, in Freiheit wählen zu können, bewußt sein müsse. „Als wir nach dem Zweiten Weltkrieg an den politischen Wiederaufbau gingen, taten wir es aus der Erfahrung und Erkenntnis, daß Freiheit und Demokratie nicht umsonst zu haben sind, sondern errungen und verteidigt werden müssen."

Ihre erste große Rede im Bundestag hielt Aenne Brauksiepe überraschenderweise anläßlich der Debatte über den Wehrbeitrag am 8. Februar 1952. Sie war sich bewußt, daß die schwerwiegende Entscheidung über die Wiederbewaffnung nur im gesellschaftlichen Konsens mit Zustimmung der zögernden, durch den Krieg leidgeprüften Frauen erreicht werden konnte. Mit klaren Informationen und Argumenten warb sie um die Zustimmung der Frauen, die sich nicht durch Angstpropaganda oder illusionären Pazifismus einer Helene Wessel (Zentrum) verunsichern lassen sollten. Den deutschen Wehrbeitrag beschrieb sie als „ein der Sicherung des Friedens dienendes Verteidigungsinstrument" gegen die kommunistische Aggression. Die Entscheidung sei eine geschichtliche Notwendigkeit zur Sicherung des Friedens und der Freiheit in Europa gegen die drohende kommunistische Unterdrückung. Frau Brauksiepe beschwor die Phalanx der Frauen, ihren Beitrag zur Friedenssicherung – ein mutiges Ja zur Bundeswehr – zu leisten, um eine lange Friedensperiode einzuleiten. Ihre Rede war nach Meinung der Fraktion ein Höhepunkt der Debatte und machte sie bundesweit bekannt.
Die Verbesserung der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zum Ausland war ein persönliches Anliegen von Aenne Brauksiepe, besonders die Aussöhnung mit den Niederlanden und Frankreich. Von Anfang an trat sie für die Einigung Europas ein und verteidigte den Schuman-Plan gegen seine Kritiker. Auch die Förderung der internationalen Verständigung lag ihr sehr am Herzen. Sie setzte sich ein für den Schüleraustausch, für den Ausbau deutscher Schulen im Ausland und der Goethe-Institute, denn die ausländischen Deutschschüler seien die zukünftigen Verhandlungspartner in Wirtschaft, Politik und Kultur. Als Abgeordnete oder Repräsentantin von Frauenverbänden reiste sie in den fünfziger und sechziger Jahren zu Konferenzen der Interparlamentarischen Union oder Frauenkongressen in die USA, die Türkei und viele Länder Westeuropas, ferner nach Griechenland, Ägypten, Japan und Brasilien.
Ähnlich wie Helene Weber setzte sich Frau Brauksiepe für die Gleichberechtigung der Frau unter Anerkennung ihrer besonderen Fähigkeiten ein. Doch im Unterschied zum patriarchalischen Familienbild Helene Webers orientierte sie sich an einem partnerschaftlichen Verhältnis von Mann und Frau. Immer wieder ermunterte sie die Frauen zum politischen Engagement auf allen Ebenen und in allen Sachgebieten. Denn „die Last der Geschichte ist Männern und Frauen gleichermaßen auferlegt". Die politisch aktive Frau schien ihr Freiheit und Menschlichkeit in besonderem Maße zu garantieren:

„Neben die Politik des Mannes als Sicherung und Entfaltung der Macht wird die Frau eine Politik der Sicherheit und Entfaltung der Freiheit stellen. Denn sie wird stets leidenschaftlich die Überzeugung dartun, daß der Staat für den Menschen da ist, um dem eigentlichen menschlichen Leben, dem Leben der Freiheit, Sicherheit und Raum zu geben (Bundesparteitag 1952). „Vom christlichen Ordnungsbild her ist auch die Frau dazu berufen, im Dienst an der Gemeinschaft das politische Leben mitzugestalten. Sie soll nicht den Mann imitieren, ... sondern sie selbst ist mit ihren spezifischen Fähigkeiten, ihrer Weltoffenheit und ihrem Ganzheitsdenken in der Politik gefordert" (1966, Bensheim-Auerbach). Als Voraussetzung für den Erfolg von Frauen in der Politik betrachtete sie Sachkompetenz, Humor und die Fähigkeit, Niederlagen gelassen hinnehmen zu können. Wie Sibylle Hartmann und Helene Weber forderte sie wiederholt die Repräsentanz einer Frau im Kabinett und unterstützte die Ernennung von Elisabeth Schwarzhaupt zur Bundesministerin für Gesundheitswesen (1961).

V

1958 übernahm Aenne Brauksiepe als Nachfolgerin von Helene Weber den Vorsitz der Bundesvereinigung der Frauen der CDU. Das Amt war seit 1956 zwischen einer katholischen und einer evangelischen Vorsitzenden aufgeteilt, so daß mit ihr Hedwig Jochmus (bis 1966) und Charlotte Fera (bis 1969) amtierten. Nach einer Satzungsänderung wurde sie 1969 zur alleinigen Vorsitzenden gewählt. Ihr Ziel war es, die Frauenvereinigung zu aktivieren und das Interesse der Frauen für die Politik zu stärken. Daher reiste sie in den sitzungsfreien Wochen landauf und landab, um durch Kontaktgespräche die Frauengruppen der CDU neu zu motivieren. Unter ihrer Leitung wurde die Organisation der Frauenvereinigung gestrafft und die Arbeit intensiviert durch Einsetzung von Fachausschüssen, vermehrte Durchführung von Frauenseminaren zur politischen Bildung, gesamtdeutsche Studientagungen, den Ausbau der internationalen Kontakte, regelmäßige Delegiertentagungen und zentrale Kongresse.
1961 führte die Frauenvereinigung zwei Großveranstaltungen durch, eine Kundgebung in Stuttgart am 22. Juni zum Thema „Morgen in Frieden leben" mit 11.000 Teilnehmerinnen und eine Kundgebung in der Essener GRUGA-Halle am 10. Juli mit 15.000 Frauen und

den Referenten Bundeskanzler Adenauer, Helene Weber, Heinrich Krone und Aenne Brauksiepe.
1964 veranstaltete die CDU den ersten Frauenkongreß in Bochum zum Thema „Frau und Arbeitswelt – morgen" mit ca. 500 berufstätigen Frauen. In ihrem Schlußwort hob Aenne Brauksiepe als Erfolg der Tagung hervor, daß sie der Regierungspartei das antiquierte, unrealistische, aber immer noch in der Gesellschaft dominierende Bild von der Frau bewußt gemacht habe. Der zweite große Frauenkongreß fand am 11./12. April 1969 in Ludwigshafen unter dem Motto „Die Frau im Spannungsfeld unserer Zeit" statt, um die veränderte Situation der Frauen – bedingt durch die schnelle technische Entwicklung und den gesellschaftlichen Wandel – zwischen familiärer Bindung und außerfamiliären Aufgaben deutlich zu machen.
In einem Rundschreiben von 1968 kritisierte die Frauenvereinigung die Einflußlosigkeit der Frau in der Politik, die fehlende Repräsentanz auf Regierungsebene, nicht nur im Bund, sondern auch in den Ländern. Um die Chancengleichheit in der Politik zu verbessern, forderte sie die Änderung der Parteisatzung zugunsten der Frauen, die personelle Vertretung der Frauen auf allen Ebenen und die vermehrte Aufstellung von weiblichen Kandidaten.
Aenne Brauksiepe engagierte sich darüber hinaus für die Gründung der Europäischen Union christlich-demokratischer Frauen, die sich 1955 als Europäische Frauenunion (EFU) konstituierte; viele Jahre hindurch war sie Vorsitzende der deutschen Sektion. Außerdem war Frau Brauksiepe von 1952 bis 1979 Mitglied im Präsidium des Katholischen Deutschen Frauenbundes, ferner Vizepräsidentin des Familienbundes der Deutschen Katholiken und Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Frauenverbände bei der UNESCO. 1964 wurde sie in das Zentralkomitee der deutschen Katholiken gewählt.
Leidenschaftlich appellierte Aenne Brauksiepe immer wieder für den Schutz der christlichen Familie, weil dort „die Quelle der geistigen und materiellen Kraft eines Volkes, die Gewähr für die Überwindung der Zukunftsangst" liege, denn „diese Familien machen gemeinschaftsfähig, sozial und gefeit gegen den hereinbrechenden Materialismus" (Bundesparteitag 1952). Alle Gesetze und staatlichen Maßnahmen waren auf ihre Konsequenzen für die Familie zu überprüfen.
Frau Brauksiepe erkannte sehr früh die Veränderungen hinsichtlich der Rolle der Frau in Familie und Volkswirtschaft. Anfang der sechziger Jahre waren bereits fast 40 Prozent der Frauen erwerbstä-

tig, aber die Berufstätigkeit der Frau bzw. die bessere Ausbildung für Mädchen war gesellschaftlich umstritten, weil noch immer das Leitbild von der Frau als Mutter und Hausfrau vorherrschte. Stets betonte sie die Differenziertheit von weiblichen Lebensläufen: alleinstehende berufstätige Frauen, alleinerziehende Mütter, verheiratete Frauen ohne Kinder, Ehefrauen mit Kindern, verheiratete Frauen mit Kindern und Beruf, ältere Frauen ohne konkrete Aufgaben. Wiederholt hob sie die tragende Rolle der Frau in Staat und Wirtschaft hervor: als Erzieherin der Jugend, der Staatsbürger von morgen, als Haushälterin, die für die Erhaltung der Familie sorgt, durch sparsames Wirtschaften Rücklagen schafft oder als Konsumentin die Konjunktur beeinflußt, als Berufstätige im Familienbetrieb oder außer Haus, als Ansprechpartner für die sinnvolle Nutzung der Entwicklungshilfe in der Dritten Welt. Frau Brauksiepe forderte, die drei Phasen im Leben der Frauen – Ausbildung und Berufstätigkeit der jungen Frau, Hausfrau und Kindererziehung, Wiedereinstieg in das Berufsleben – anzuerkennen und zu fördern (Bundesparteitag 1961). Ihre Meinung zur Berufstätigkeit formulierte sie so: „Die unverheiratete Frau soll arbeiten, die verheiratete Frau ohne Kinder kann arbeiten, die verheiratete Frau mit kleinen Kindern sollte nicht arbeiten – ganz gewiß nicht arbeiten müssen." Aber auch die Nur-Hausfrau, das „Allroundgenie", perfekt in Kindererziehung, Haushaltsführung, Krankenpflege, müsse von der Gesellschaft anerkannt werden.

Auch in den folgenden Jahren setzte sie sich konsequent für die Rückkehr der Frau in das Berufsleben nach der Kindererziehung ein und forderte entsprechende Maßnahmen von Staat und Wirtschaft: Verbesserung der Ausbildung für Mädchen, sinnvoller Einsatz der älteren Frauen aufgrund der gewonnenen Erfahrungen und Talente wie Konfliktlösung, Organisation, Verantwortungsbewußtsein im sozialen, pädagogischen und politischen Bereich durch stufenweise Weiterbildung, Umschulung und abschließende Qualifizierung.

Im Frühjahr 1968 mahnte sie in einem Schreiben an Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger die Umsetzung der Ergebnisse der Frauen- und Sozialenquete an: Aufgrund des Strukturwandels unseres Gesellschafts- und Arbeitslebens müsse den Frauen ein flexibler Berufsweg, der Berufstätigkeit und Kindererziehung in Einklang bringe, ermöglicht werden. Als konkrete Maßnahmen schlug sie bereits damals vor: Anrechnung von Berufstätigkeit und Kindererziehung in der Altersversicherung, finanzielle Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen, auch der Berufsausbildung bei Frühehen, von

Kindergärten und Ganztagsschulen sowie von Rehabilitationsmaßnahmen für Hausfrauen.
In „Grundsatzfragen künftiger Familienpolitik" analysierte Frau Brauksiepe die Krise der Familienpolitik in einer offenen Gesellschaft. Die Familie als ein Grundwert unserer Verfassung müsse gegenüber einer übertrieben individualistischen oder kollektivistischen Auffassung von Mensch und Gesellschaft verteidigt und gesichert werden. Eine strukturgestaltende Gesellschaftspolitik habe die Erhaltung der Familie, aber auch die persönliche und berufliche Entfaltung der Frau und die Entwicklungschancen der jungen Menschen anzustreben. Vordringlich sei es, die Benachteiligung der kinderreichen Familien hinsichtlich der Bildungschancen und des unzureichenden Familienlastenausgleichs zu beseitigen, was durch Ausbildungsförderung, Familienberatung und mehr Durchlässigkeit im Schulsystem erreichbar sei.
Auf dem Frauenkongreß in Ludwigshafen 1969 ging Aenne Brauksiepe in ihrem Referat auf die Doppelfunktion der Familie als „Zuflucht oder Sprungbrett" für die Frau ein und konstatierte eine Annäherung zwischen Nur-Hausfrau und Nur-Berufstätiger. Die neue Einstellung in der Ehe gebe der Frau als Partnerin des Mannes die Chance, das Leben der Familie mitzuplanen und mitzuentscheiden. Staat und Gesellschaft sollten jede Hilfestellung leisten, damit die Frau frei zwischen Berufstätigkeit, teilweiser Berufstätigkeit und kurz- oder langfristiger Mutterrolle wählen könne.

VI

Bereits 1954 galt Frau Brauksiepe als ministrabel, denn Bundeskanzler Adenauer hatte sie als Nachfolgerin für Familienminister Franz-Josef Wuermeling in Erwägung gezogen. Ebenso gab es 1961 und 1965 Gerüchte, daß Frau Brauksiepe das Familien- bzw. Wohnungsbauministerium übernehmen würde. Doch erst im Oktober 1968 wurde sie von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger zum Bundesminister für Familie und Jugend berufen und war damit neben Käthe Strobel (SPD) die zweite Frau am Kabinettstisch der Großen Koalition. Sie führte das Amt bis zum Ende der Legislaturperiode im Oktober 1969.
Während ihrer kurzen Amtszeit gelang es ihr, das „Erste Gesetz über individuelle Förderung und Ausbildung" im Bundestag durchzubringen, das als „Bafög" die Ausbildungsförderung der jungen Menschen einleitete. Gleichfalls wirkte sie mit bei der Gesetzesreform

des Rechts der nichtehelichen Kinder mit dem Ziel, die Eigenverantwortung der ledigen Mutter zu stärken und ihre gesellschaftliche Diskriminierung abzubauen. Darüber hinaus machte sie vielfältige Anregungen und Vorschläge, um die Lage der Familien zu verbessern: Ausbau des Familienlastenausgleichs, Familienermäßigung bei der Bahn, Einführung eines „Bundesaltenplans" ähnlich dem Bundesjugendplan, Schulfreiheit an Samstagen, damit den Eltern, insbesondere den Vätern, mehr Zeit für Unternehmungen mit den Kindern bliebe, Verbesserung der Jugendhilfe; ferner sollte der europäische Jugendaustausch intensiviert werden. Zu einer Meinungsverschiedenheit mit der Gesundheitsministerin Käthe Strobel kam es, als diese im Sommer 1969 einen Sexualkundeatlas für die Schulen veröffentlichte, der nach Meinung von Frau Brauksiepe unzureichend war, weil er nur technische Fakten enthielt, aber Sexualität immer in bezug auf den ganzen Menschen gesehen werden müsse.
1968/69 war aber auch die Zeit der Studentenunruhen und außerparlamentarischen Opposition. Trotz großen Polizeiaufgebots bei öffentlichen Veranstaltungen wurden die Redner immer wieder durch Sprechchöre, Trillerpfeifen oder Stinkbomben unterbrochen, z. B. bei der Frauenkundgebung in Essen (10. September 1968) mit 8.000 Teilnehmerinnen und mit Franz Josef Strauß und Aenne Brauksiepe als Referenten, bei einer Ansprache Brauksiepes vor der Frauenvereinigung in Aachen, obwohl Männer von Anfang an ausgeschlossen wurden, oder beim Frauenkongreß in Ludwigshafen (April 1969). Einige Wochen nach ihrem Amtsantritt drangen 17 Studenten und Studentinnen in das Familienministerium und unbehindert in das Dienstzimmer der Ministerin vor, um gegen das geplante Ausbildungsförderungsgesetz zu protestieren, weil es kein repressionsfreies Studium ermöglichen würde. Sie bat die Studenten, Platz zu nehmen, und diskutierte mit ihnen.
Wiederholt rief sie die Jugend und die Frauen auf, die Verfassungsgrundsätze mit Leidenschaft zu verteidigen. Aenne Brauksiepe sah in der Unruhe der Jugend durchaus ein positives Element, einen schöpferischen Willen zu Reformen, daß „sie mehr wolle als im Selbstbedienungsladen Staat leben", aber auch die Gefahr, daß Auseinandersetzungen mit Gewalt und Intoleranz statt in fairer Diskussion ausgetragen würden.
Nach dem Ausscheiden aus dem Ministeramt zog sich Aenne Brauksiepe schrittweise aus ihren vielen Ämtern und verschiedenen Funktionen zurück; sie verzichtete auf das Amt des stellvertretenden Bundesvorsitzenden (Bundesparteitag 1969) und gab das Amt der

Vorsitzenden der Frauenvereinigung 1971 an Helga Wex ab. 1972 kandidierte sie nicht mehr für den Bundestag und meldete sich danach nur noch selten öffentlich zu Wort. Sie wirkte weiterhin im Ältestenrat der CDU, als Vizepräsidentin der Studienstiftung des Deutschen Volkes, als Kuratoriumsmitglied des Müttergenesungswerkes und als Vorsitzende des Diözesanverbandes Münster des Katholischen Deutschen Frauenbundes (1973–1992).

Für ihr Engagement in Politik und Gesellschaft wurde Aenne Brauksiepe mit vielen Auszeichnungen geehrt: Im Juni 1969 bekam sie das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern verliehen; 1976 wurde ihr der Hermann-Ehlers-Preis überreicht. Als eine der wenigen Frauen erhielt sie 1965 die päpstliche Auszeichnung „Pro Ecclesia et Pontifice"; 1972 wurde sie in den Ritterorden vom Heiligen Grab zu Jerusalem aufgenommen. Frau Brauksiepe starb im Alter von 84 Jahren am 1. Januar 1997 an ihrem Wohnort Oelde/Westfalen.

Aenne Brauksiepe gestaltete Politik aus christlicher Glaubensgewißheit. Es war ihre Überzeugung, daß es die Aufgabe eines jeden sei, in seinem kleinen Bereich Freiheit und Frieden, Familie und Staat zu sichern. Zugleich hatte sie ein untrügliches Gespür für den Ende der fünfziger Jahre sich rasch vollziehenden Strukturwandel in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat und war aufgeschlossen genug, die neue Rolle der berufstätigen Frau sowie die Partnerschaft von Mann und Frau anzuerkennen. Viele der Vorschläge und Anregungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit, die sie in den sechziger Jahren machte, wurden erst Jahrzehnte später verwirklich. Sie war ihrer Zeit „immer einen Schritt voraus". Indem sie neue, positive gesellschaftliche Vorstellungen aufgriff und integrierte, suchte sie die konservativen, aus abendländisch-christlicher Tradition erwachsenen Wertorientierungen zu bewahren und an zukünftige Generationen weiterzugeben.



Herbert Czaja (1914–1997)

Die Tragödie der Vertreibung, der Verlust der Heimat und der Zwang, in fremder Umgebung mit leeren Händen ein neues Leben zu beginnen, ist nach dem 2. Weltkrieg das Schicksal von Millionen Deutschen gewesen. Den Opfern der furchtbaren Ereignisse, der Entrechtung, der Vergewaltigungen und des tausendfachen Mordes, wurde später von weiten Teilen der Gesellschaft, der Medien und vielen politischen Verantwortlichen ein immer geringer werdendes menschliches und politisches Verständnis entgegengebracht. Dennoch haben die deutschen Vertriebenen im Unterschied zu Leidensgefährten in anderen Ländern nie den Weg der Gewalt beschritten, sondern sich bereits 1950 in ihrer Charta der Heimatvertriebenen für Frieden und Versöhnung ausgesprochen.
Zu den führenden Repräsentanten der heimatvertriebenen Ostdeutschen gehörte über mehrere Jahrzehnte Herbert Czaja. Er hat ihren Kurs maßgeblich mitbestimmt. Czaja, der immer den friedlichen und gerechten Ausgleich mit den osteuropäischen Nachbarn wollte, gelang es nicht, wie er bis zuletzt gehofft hatte, wenigstens Teile der ostdeutschen Heimat für ein wiedervereinigtes Deutschland zu retten. Er konnte aber dazu beitragen, daß die Vertriebenen ihre kulturelle Identität und ihre Liebe zur alten Heimat bewahrten und ihren oft unterschätzten Anteil beim Wiederaufbau der neuen Heimat leisteten. Sachkundig, oft streng und hartnäckig, stand der im Grunde seines Wesens liebenswürdige Mann für einen verlorengegangenen Teil Deutschlands ein.

I

Das Teschner Ländchen im Kronland Österreichisch-Schlesien war die Heimat Herbert Czajas. Jahrhundertelang trafen dort unterschiedliche Kulturen, Nationalitäten und religiöse Bekenntnisse zusammen. Deutsche, Tschechen, Polen und Angehörige anderer Volksgruppen lebten über Generationen friedlich neben- und miteinander. Auch wenn nicht die Rede sein kann von einer multikulturel-

len Idylle, so wurden aufkommende Spannungen doch meist im Alltagsleben schnell überwunden.
Dieses Zusammenleben verschiedener Völker war, wie in weiten Teilen der Donaumonarchie, nie ernsthaft in Frage gestellt. Die Friedensordnung, die nach dem 1. Weltkrieg geschaffen wurde, hatte auch hier tiefgreifende Folgen. Offiziere der Entente entschieden 1920 ohne Einbeziehung der Bevölkerung, daß die Heimat Czajas zwischen Polen und der Tschechoslowakei geteilt wurde.
Herbert Helmut Czaja, so sein vollständiger Name, war damals knapp sechs Jahre alt. Geboren wurde er am 5. November 1914 in Teschen, und in dem beschaulichen Landstädtchen Skotschau wuchs er auf. Die Eltern, der angesehene und wohlhabende K. u. K. Notar Albert Czaja (1860–1949) und seine Ehefrau Luise, geb. Smekal (1876–1948), stammten aus der Region, aus Schwarzwasser bzw. der Stadt Teschen. Sehr bewußt vermittelten sie ihrem einzigen Kind ein Gespür für soziale Verantwortung und menschliche Toleranz, Haltungen, die ihre Begründung in einer tiefen und traditionellen katholischen Religiosität fanden.
Unmittelbar nachdem Skotschau an Polen gefallen war, wurde der Vater als Folge der politischen Veränderungen für kurze Zeit interniert. Im gleichen Jahr kam Herbert Czaja in die deutsche Volksschule. Angesichts vielfältiger Repressalien der neuen Herren bedeutete dieser früher selbstverständliche Vorgang bereits ein politisches Signal. Im Herbst 1925 wechselte er auf das deutsche Gymnasium in der Kreisstadt Bielitz, das einzige seiner Art in Ostoberschlesien. Die Schülerschaft spiegelte auch die religiösen Unterschiede der Gegend wieder: je ein Drittel war katholisch, evangelisch oder jüdisch. Als erste Fremdsprache wurde Polnisch unterrichtet, das der aus einem polyglotten Elternhaus kommende Schüler bald fließend beherrschte. In Polnisch wurde auch der „nationale" Geschichtsunterricht von polnischen Lehrern erteilt – im schulischen Alltag ein Auftakt der Polonisierungsmaßnahmen, die bald das Leben der Minderheiten in der Zwischenkriegszeit bestimmten.
Kurz vor dem Abitur, das er 1933 mit hervorragenden Noten ablegte, wurde der Vater aus angeblich gesundheitlichen Gründen von dem zuständigen Woiwoden seines Amtes als Notar enthoben. Tatsächlicher Grund war sein Eintreten für die Interessen der deutschen Minderheit, die damals immerhin noch ein Viertel der Teschner Bevölkerung ausmachte. Nennenswerte finanzielle Einnahmen hatte die Familie Czaja damit nicht mehr. Sie mußte aus dem Besitz leben.

Der Sohn immatrikulierte sich im selben Jahr an der Universität Krakau, die durchaus noch geprägt war von dem jahrhundertelangen österreichischen Einfluß. Er studierte vorübergehend Jura, wandte sich dann aber der Germanistik, Philosophie und Geschichte zu. Nationalitätenprobleme gab es für die deutschen Studenten weit weniger als für ihre jüdischen Kommilitonen.
Das Jahr 1933 bedeutete für ihn über die Studienentscheidung hinaus eine weitergehende biographische Weichenstellung: Er schloß sich politisch Senator Eduard Pant an, der als führender Vertreter der deutschen Minderheit in Polen den in Deutschland an die Macht gekommenen Nationalsozialismus offen ablehnte. Versuche der deutschen Machthaber, ihn „unschädlich" zu machen, schlugen wiederholt fehl. In Pant, der auch sein Griechisch-Lehrer in Bielitz gewesen war, sah Czaja sein erstes politisches Vorbild.
In Krakau übernahm Czaja 1934 die Leitung einer katholischen deutschen Studentengruppe, die unter Mitwirkung Pants regelmäßig religiöse, wissenschaftliche und politische Veranstaltungen durchführte. Unter anderem referierten dort die Jesuitenpatres Johannes Aßmann und Friedrich Muckermann, die als offene Gegner des Nationalsozialismus nur noch im Ausland wirken konnten. Sie trugen zur politischen Immunisierung Czajas und seiner Freunde bei, während die deutschen Studenten auch in Krakau mehrheitlich der nationalsozialistischen Ideologie erlagen.
Im Februar 1937 bestand er nach elf Trimestern das Gymnasiallehrerexamen. Sein polnischer Germanistik-Professor Adam Kleczkowski ermunterte ihn zur Promotion und empfahl ihm ein Auslandsstudium. Er wechselte an die Universität Wien, wo er unter anderem bei den Philosophen Alois Dempf, der aus Deutschland emigriert war, und Dietrich von Hildebrand hörte, den die Nationalsozialisten ausgebürgert hatten. Es konnte daher nicht überraschen, daß er das Humboldt-Stipendium für die Berliner Universität nicht erhielt, obwohl ihn die polnische Regierung vorgeschlagen hatte; Czaja konnte auf keinerlei Referenzen nationalsozialistischer Organisationen verweisen.

II

Im Sommer 1938 kehrte Czaja nach Polen zurück, um für ein Schuljahr als Deutschlehrer am Staatsgymnasium im galizischen Mielec zu arbeiten. Eine feste Anstellung blieb ihm verwehrt, weil er in den

einschlägigen Unterlagen die Zugehörigkeit zur deutschen Minderheit angegeben hatte.
Parallel zu seiner Schultätigkeit arbeitete er weiter an seiner Dissertation über das Thema „Stefan Georges Ringen um ein autonomes Menschentum"; die Promotion an der Universität Krakau schloß er im Mai 1939 ab. Er begann die Arbeit an einer Habilitationsschrift, aber die weiteren Ereignisse machten eine akademische Laufbahn unmöglich. Seine von der polnischen Universitätsverwaltung bereits länger vorgesehene Ernennung zum Assistenten am dortigen Germanistischen Seminar erfolgte bereits, nachdem der 2. Weltkrieg ausgebrochen war und Polen kapituliert hatte; Czaja erhielt die letzte Urkunde dieser Art, die von den polnischen Behörden ausgestellt wurde. Da er ohne Gehalt blieb, mußte er seinen Lebensunterhalt durch Deutschunterricht bestreiten, den er u. a. den Kindern seines Doktorvaters und anderen polnischen Familien erteilte.
Anfang Oktober 1939 wurden 183 polnische Hochschullehrer von der deutschen Besatzungsmacht interniert. Mit Lebensmitteln konnte Czaja Prof. Kleczkowski und einigen seiner Kollegen helfen und sie so vor dem Schlimmsten bewahren. Gleichzeitig gelang es ihm, Bestände verschiedener Universitätsseminare vor der Zerstörung durch die Besatzungsmacht zu retten und polnischen Kommilitonen bei der Wiederbeschaffung entzogener Dokumente zu helfen, eine riskante Tätigkeit, die ihm von polnischen Wissenschaftlern später dankbar attestiert wurde. Ebenso half Czaja auch jüdischen Mitbürgern. Zweimal wurde er bei der Gestapo angezeigt, und nur durch eine Verkettung glücklicher Umstände entging er der weiteren Verfolgung.
Im Oktober 1940 fand er eine Stelle als Aushilfslehrer in Zakopane, aber erneut bemängelte man sein fehlendes nationalsozialistisches Engagement, und so wurde er nach wenigen Wochen in das galizische Przemischel (Przemysl) versetzt. Weitere Schikanen folgten. Als er Briefe von Skotschauer Juden aus dem Krakauer Ghetto erhielt, setzte die systematische Gestapo-Überwachung ein.
Für spätere Generationen kaum nachvollziehbar, empfand er vor diesem Hintergrund die Einberufung zur Wehrmacht im Mai 1942 fast als Erleichterung. Nach Zwischenstationen in Thorn/Westpreußen und den Niederlanden kam Czaja an die Ostfront. Im September 1943 wurde er in Rußland schwer verwundet; er verlor ein Auge. Bei Kriegsende geriet er als Gefreiter in amerikanische Gefangenschaft, war u. a. in Remagen und in Südfrankreich interniert

und wurde schließlich im September 1945 in die oberschlesische Heimat entlassen.
Über das Schicksal der dortigen Deutschen, von Mißhandlungen, Zwangsarbeit und Vertreibung, wußte er – wie auch die anderen Gefangenen – zu diesem Zeitpunkt nichts. Er fand sein Elternhaus ausgeraubt und als „Heimstatt" zahlreicher deutscher Familien aus Skotschau vor, die in je einem Zimmer hausten. Ein mitleidiger polnischer Bauer nahm ihn als Knecht auf und sicherte so sein Überleben. Die Anstellung an der Universität Krakau, die ihm Kleczkowski für das formale Bekenntnis zum Polentum in Aussicht stellte, lehnte er ab. Damit war auch seine Vertreibung besiegelt.
Czaja mußte seine Eltern, die wegen des schlechten Gesundheitszustands des Vaters bleiben durften, in Skotschau zurücklassen. Er sollte sie nicht wiedersehen. Mit einem Vertreibungstransport kam er 1946 nach Niedersachsen, von wo ein Kriegskamerad den körperlich völlig Erschöpften noch im gleichen Sommer nach Stuttgart holte. Dort erfuhr er, daß seine 72jährige Mutter wegen ihres Bekenntnisses zum deutschen Volkstum eine Haftstrafe verbüßen mußte. Bald danach starben beide Eltern.

III

Seit September 1946 konnte Czaja an einem Stuttgarter Gymnasium unterrichten, und auch sein politisches Engagement nahm er wieder auf: Der inzwischen 32jährige trat der neugegründeten Jungen Union, dann der CDU bei und wurde bereits 1947 in den Stadtrat gewählt, wo er sich als Vertreter der zahlreichen Vertriebenen verstand.
Es war ebenso die Zeit eines privaten Neubeginns. In der katholischen Studentengemeinde lernte er Eva-Maria Reinhardt kennen, Tochter eines früheren christlichen Gewerkschafters und Zentrumsmannes. Als Caritas-Mitarbeiterin erlebte sie täglich die Probleme der Menschen in der zerstörten Stadt, der Einheimischen wie der Vertriebenen, und wurde ihm eine wichtige Ratgeberin. Aus der 1948 geschlossenen Ehe gingen zehn Kinder hervor, von denen eines früh verstarb.
Im Mittelpunkt der Stadtratsarbeit standen die Überwindung der Nachkriegsnot und der Wiederaufbau. Vor allem aber suchte Czaja seinen Schicksalsgenossen bei der Wohnungssuche, der Arbeitsvermittlung und der Familienzusammenführung zu helfen. Die schier unermüdliche Sorge um Einzelschicksale, die in seinem

Nachlaß viele Dutzend Ordner füllen, beschäftigte ihn bis an sein Lebensende.
Czaja war maßgeblicher Mitbegründer der Union der Heimatvertriebenen, der landsmannschaftlichen Organisationen, des Hilfsverbandes der Heimatvertriebenen und von Unternehmen des sozialen Wohnungsbaus. Bei den Bundestagswahlen 1953 zog er über die Landesliste Baden-Württemberg in den Deutschen Bundestag ein; aus dem Stadtrat schied er im selben Jahr aus und ließ sich aus dem Schuldienst beurlauben. Gleich in seiner ersten Legislaturperiode im Bundestag wurde er Mitglied in den damals zentralen und arbeitsintensiven Ausschüssen für Lastenausgleich, Wiederaufbau und Wohnungswesen. Er engagierte sich dort mit der ihm eigenen Gewissenhaftigkeit.
Czaja kämpfte für das Bundesvertriebenengesetz und die Familiengesetzgebung, und frühzeitig setzte er sich für die Einführung eines Wohngeldes ein. In der politischen Öffentlichkeit wurde er später vor allem als leidenschaftlicher Verteidiger des Heimatrechtes wahrgenommen. Czaja gehörte freilich von Beginn an zu jenen, die alles ihnen Mögliche taten, um den Vertriebenen das Leben in der neuen Heimat auch geistig und seelisch zu erleichtern und sie zu integrieren. Diese Integration ist umfassend gelungen – eine herausragende Leistung der jungen Bundesrepublik wie der Vertriebenen gleichermaßen.
In der Innen- wie der Außenpolitik stand er fest zur Konzeption Konrad Adenauers. Im besonderen zu der von ihm betriebenen Westintegration der Bundesrepublik sah Czaja angesichts der sowjetischen Nachkriegspolitik in Osteuropa und vor dem Hintergrund des Ost-West-Konfliktes keine Alternative. Für ihn war die Stabilisierung der Demokratie des Grundgesetzes und der Sozialen Marktwirtschaft im westdeutschen Teilstaat der Weg, der langfristig auch zum Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands führen mußte.
Die Geschichte hat Adenauer und jenen, die ihn unterstützten bzw. ihm folgten, in beeindruckender Weise recht gegeben. Die zeitgenössischen Adenauer-Kritiker von Rechts und Links konnten Czaja nicht beeindrucken. Als der frühere ostpreußische Zentrumspolitiker Linus Kather ihn Mitte der 50er Jahre aus deutschlandpolitischer Unzufriedenheit zum gemeinsamen Übertritt in den nach rechts tendierenden Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) bewegen wollte, lehnte Czaja das unmißverständlich ab und warnte vor diesem Irrweg.

Nach seiner Wiederwahl in den Deutschen Bundestag wurde er von Kurt Georg Kiesinger vorübergehend in die Gespräche zur Regierungsbildung in Stuttgart (1958) einbezogen, aber ein Wechsel in die Landespolitik kam für ihn nicht in Frage. Czaja sah seine Aufgabe in Bonn, besonders in der Vertriebenen- und der Wohnungsbaupolitik. Hier gewann für ihn die Eigentumsbildung eine neue, auch sozial- und familienpolitische Bedeutung. Aktiv wirkte er in Wohnungsbaugesellschaften mit und unterstützte Wohnungsbauminister Paul Lücke nachdrücklich. Zugleich wandte er sich gegen das „Kollektiveigentum und den Hochhausbau" (Czaja), eine Politik, für die stellvertretend der gewerkschaftseigene Großkonzern „Neue Heimat" stand.

Über seine Arbeitsgebiete hinaus waren Czajas Möglichkeiten in der Fraktion während seiner zweiten Legislaturperiode eher gering; er selbst sah sich ohne nennenswerten Einfluß und Mitstreiter, obwohl damals 32 (der 278) Fraktionsmitglieder der Gruppe der Vertriebenen und Flüchtlinge angehörten. Nachdem er 1961 erneut über die Landesliste in den Bundestag eingezogen war, verfolgte er mit wachsendem Unverständnis die Kritik, die Adenauer in seiner Endphase erfahren mußte. Im Rückblick formulierte Czaja, damals sei „durch personale Querelen konzeptionell Richtiges ernsthaft bedroht" worden.

Czaja bewunderte den ersten Bundeskanzler aufrichtig, und trotz menschlichen Respektes, den er für Ludwig Erhard empfand, teilte er Adenauers kritische Einschätzung für seinen Nachfolger. Nach Czajas Überzeugung vertrat Erhard in der Frage der Oder-Neiße-Linie nicht die gleiche feste Position, die er Adenauer unterstellte. Um so bemerkenswerter ist es, daß 1964 im Zuge einer Kabinettsumbildung auch eine Berufung Czajas diskutiert wurde; so jedenfalls erfuhr er von dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel.

IV

Mitte der 60er Jahre verlagerte Czaja den Schwerpunkt seiner politischen Tätigkeit auf die Außen- und Deutschlandpolitik; seit 1964 war er Mitglied des Auswärtigen Ausschusses. Zu seinem Verständnis von Außenpolitik gehörte ein unbeirrbares Engagement auf dem Feld der Menschenrechte. Im damaligen Deutschen Bundestag war das eher ungewöhnlich. Während des Bürgerkrieges in Nigeria/Biafra beteiligte er sich an Gesprächs- und Unterstützungskrei-

sen für humanitäre Maßnahmen, reiste selbst in das Konfliktgebiet und bemühte sich um die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem geschundenen Land. In ähnlicher Weise engagierte er sich für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen im Nahen Osten, im Sudan, in Zentralamerika und Südostasien. Seine Versuche zu helfen galten auch den von Natur- und Hungerkatastrophen Betroffenen, und wiederholt wies er auf ökologische Ursachen dieser vermeintlichen Naturereignisse hin. Zeitweilig war Czaja stellvertretender Vorsitzender des Bundestags-Unterausschusses für humanitäre Hilfe.

Im Zentrum seiner Arbeit standen das Ringen um Deutschland, wie er es verstand, und die Rechte der Vertriebenen. Bereits in seiner frühen Stuttgarter Zeit gründete er die Landsmannschaft der Oberschlesier, und nach langjähriger Tätigkeit auf regionaler und Landesebene wurde er 1964 ihr Bundesvorsitzender, 1969 ihr Sprecher. Bereits in einer seiner ersten Stellungnahmen als Bundesvorsitzender hatte er deutlich gemacht, die Verwirklichung des Heimatrechtes müsse „in den großen Rahmen der europäischen Einigung" gestellt werden, und war für eine Verständigung mit Polen eingetreten.

In den frühen 60er Jahren begegnete das politische Deutschland dem Anliegen der Vertriebenen noch in grundsätzlich anderer Weise, als dies nur wenige Jahre später der Fall sein sollte. Ausgangspunkt und in gewisser Weise Teil der Staatsräson der jungen Bundesrepublik Deutschland war seit 1949 die gemeinsame Überzeugung aller demokratischen Parteien, daß Deutschland nicht aufgehört habe, in den Grenzen von 1937 fortzubestehen. Lediglich die Kommunisten vertraten eine andere Position.

Diesen deutschlandpolitischen Grundkonsens stellten kleinere Diskussionszirkel innerhalb der FDP erstmals Ende der 50er Jahre in Frage; 1963 wurde in der SPD der Begriff „Wandel durch Annäherung" geprägt. Bis weit in die zweite Hälfte der 60er Jahre hinein waren solche Positionen aber auch im Lager dieser beiden Parteien nicht annähernd mehrheitsfähig. Noch 1965 wurde in der SPD im Hinblick auf die Ostgebiete des Deutschen Reiches eine nationale Sprache gepflegt, die selbst bei der CDU/CSU so kaum üblich war.

Unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, der seit 1966 einer Koalition von CDU, CSU und SPD vorstand, kam erkennbar Bewegung in die Ost- und Deutschlandpolitik. Außenminister Brandt trat seit 1968 für eine Respektierung bzw. Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ein. Die Vertriebenen reagierten darauf mit Unverständnis und Ablehnung. Czaja selbst veröffentlichte eine Schrift

„Ausgleich mit Osteuropa – Versuch einer europäischen Friedensordnung". Er lehnte – ganz im Geist der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen" von 1950 – gewaltsame Grenzänderungen ab und setzte auf eine friedliche Verwirklichung von Menschen- und Gruppenrechten in Osteuropa. Nachdrücklich betonte er das Recht auf Heimat und forderte Volksgruppenrechte für die Minderheiten.
Die Stimme der Vertriebenen hatte bereits zu diesem Zeitpunkt sehr an Gewicht verloren. Nach den Bundestagswahlen von Herbst 1969 kam es mit der Bildung der sozial-liberalen Regierung zu einer offenen Wende in der Ost- und Deutschlandpolitik, die im Gegensatz zu Erklärungen stand, die von denselben Politikern noch wenige Monate zuvor abgegeben worden waren.

V

In dieser für die Vertriebenen und ihre Zusammenschlüsse stürmischen Zeit wurde Czaja im März 1970 Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV), einer der größten Organisationen der Bundesrepublik mit damals zweieinhalb Millionen Mitgliedern. Er trat die Nachfolge des ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Reinhold Rehs an, der aus Protest gegen die neue Ostpolitik zur CDU übergetreten war, aber kein neues Mandat erhalten hatte. Als Karrierestation sah Czaja die neue Funktion nicht, vielmehr habe er eine Stellung „zum Verschleiß" übernommen. Czaja unterschied sich in Denkweise und Auftreten deutlich von seinen Vorgängern. In ersten Stellungnahmen bemühte er sich, keine weitere Polarisierung aufkommen zu lassen, und betonte, er sei ein Politiker, „der bei aller Unterstreichung der Rechtsprinzipien um eine Lösung im Sinne eines Ausgleichs ringt".
Die neue Bundesregierung glaubte indes, ihre Politik ohne die Menschen betreiben zu können, die von ihr am meisten betroffen waren. Entgegen der Zusage, die Brandt als Außenminister gegeben hatte, man werde die Vertriebenen einbeziehen, fanden im Laufe des Jahres 1970 Geheimverhandlungen mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen statt. An ihrem Ende standen die Verträge von Moskau und Warschau. Sie enthielten die faktische Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Ostgrenze Deutschlands. Es bedurfte intensiver Bemühungen der CDU/CSU-Opposition und der Einschaltung des Bundesverfassungsgerichtes, um klarzustellen, daß die Verträge lediglich den Charakter von Gewaltverzichts-, nicht aber von Grenzanerkennungsverträgen hatten.

Czaja hatte vergeblich gefordert, die Geheimdiplomatie zu beenden und rechtzeitig die sonst so vehement geforderte Transparenz zu praktizieren. Tatsächlich wurden Politiker und Journalisten, die vorzeitig Teile der Verhandlungsergebnisse veröffentlicht hatten, unter Druck gesetzt. Auch gegen Czaja richteten sich unmäßige Angriffe. Unbekannte Urheber versandten unter seinem Absender gefälschte chauvinistische Texte. Wiederholt wurde er an öffentlichen Reden gehindert.

Für Czaja war es eine tiefe Enttäuschung, daß sich seine Partei bzw. die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter Führung des damaligen Vorsitzenden Barzel nicht geschlossen zu einer Ablehnung der Verträge durchringen konnte. Vergeblich hatte Czaja, der immer wieder humanitäre, historische und völkerrechtliche Argumente vortrug, auch darauf hingewiesen, daß Gegenleistungen von russischer und polnischer Seite ausgeblieben seien.

Im Frühjahr 1973 mußte Czaja feststellen, daß für die deutsche Minderheit im polnischen Herrschaftsbereich trotz oder gerade wegen der Verträge vieles schlechter geworden sei. Antideutsche Propaganda und individuelle Verfolgung von Personen, die sich zur deutschen Kultur bekannten, seien neu aufgekommen. Nachdrücklich warnte er vor der Erfüllung weiterer finanzieller Forderungen Polens, die die Warschauer Regierung dann noch im selben Jahr erhob. Als die polnische Seite im Hinblick auf die deutsche Minderheit von lediglich 50.000 Aussiedlungsberechtigten sprach, hielt Czaja ihr die Zahl von 280.000 unerledigten Anträgen entgegen, die zu diesem Zeitpunkt den Organisationen der Heimatvertriebenen bekannt waren.

Czajas Detailkenntnisse, seine juristische Argumentation und seine Hartnäckigkeit machten ihn zu einem für die kommunistische Regierung Polens äußerst unangenehmen Gegner. Sie schreckte vor keinem Mittel zurück, um die Glaubwürdigkeit und Integrität dieses Gegners zu beschädigen. Von der amtlichen polnischen Nachrichtenagentur PAP wurde Czaja im Frühjahr 1975 beschuldigt, sich an verschiedenen „Verbrechen am polnischen Volk" beteiligt zu haben, u. a. an der Verschleppung von 183 Professoren der Universität Krakau im November 1939.

Damit wurde die Wahrheit auf den Kopf gestellt. Czaja, der 1939 geholfen und sich damit selbst gefährdet hatte, nahm gegen die bösartigen Verdrehungen öffentlich Stellung – eine der wenigen Gelegenheiten, bei denen er auf persönliche Angriffe so vehement reagierte. Obwohl eindeutige Aussagen polnischer NS-Verfolgter vor-

lagen, machten sich auch deutsche Stimmen im linken Lager die ehrabschneidenden Unwahrheiten zu eigen, um Czaja in die Nähe der Nationalsozialisten zu rücken. Gerade unter diesen Anwürfen hat er sehr gelitten.

In seinen Bemühungen um Deutschland und die deutsche Minderheit jenseits von Oder und Neiße ließ er sich jedoch nicht beirren. Immer wieder stellte er die Bundesregierung im Deutschen Bundestag mit bohrenden Fragen und Zusatzfragen. Allein zwischen 1971 und 1975 reichten er und sein Fraktionskollege Herbert Hupka, Vizepräsident des BdV, etwa 300 Fragen an die Regierung ein. Wiederholt forderte Czaja Brandts Nachfolger Schmidt auf, die deutschen Interessen nachhaltiger zu vertreten. Trotz der Milliardenzahlungen an das kommunistische Regime in Warschau gebe es für die deutsche Minderheit, zu der eine Million Menschen gehörten, so Czaja Ende 1977, „keine einzige deutsche Schule und keinen einzigen deutschen Verein". Deutsche Namen würden weiterhin auf gesetzlicher Grundlage zwangspolonisiert, deutsche Grabinschriften verboten, Kinder ausgehorcht, ob sie zu Hause Deutsch redeten.

Als ein schweres Hindernis für eine wirkliche deutsch-polnische Aussöhnung beklagte Czaja die Tatsache, daß die in der Nachkriegszeit an Deutschen begangenen Verbrechen selbst Ende der 70er Jahre noch nicht verfolgt wurden. Für Czaja und viele Vertriebene stand stellvertretend für diese Verbrechen der Name des Todeslagers Lamsdorf, in dem viele Tausend Menschen wegen ihrer bloßen Zugehörigkeit zum deutschen Volk ermordet worden waren. Unmißverständlich aber wies Czaja Versuche zurück, durch Vergleiche die Verbrechen der Nationalsozialisten zu relativieren. Kaum ein Vertriebenenpolitiker hat so oft und so deutlich von der deutschen Schuld gegenüber Polen gesprochen. Czaja ließ aber nicht zu, daß aus dieser Schuld die Rechtfertigung für das den Deutschen zugefügte Unrecht abgeleitet wurde.

Auch die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) hatte für die deutsche Minderheit in den Vertreibungsgebieten nicht die erhofften positiven Folgen. Im Zusammenhang mit dem KSZE-Überprüfungstreffen in Belgrad 1978 rügte Czaja erneut die mangelhafte Vertretung deutscher Interessen durch die sozialliberale Bundesregierung.

Czaja gehörte zur kleinen Zahl jener, die die Wiedervereinigung und die Ablehnung der Oder-Neiße-Grenze zum Ceterum censeo ihrer Politik machten, bisweilen in einer Weise, die nicht nur die Gegner, sondern manchmal auch politische Freunde enervierte. Das galt be-

sonders für seine rechtliche Argumentationsweise. Die Zeit schien gegen Czaja zu arbeiten. Hatten seine Themen früher viele Leitartikel bestimmt, so war er Ende der 70er Jahre außerhalb der Vertriebenenpresse meist darauf angewiesen, seine Positionen in Leserbriefen zu vertreten. In oft bestechender Argumentation reagierte er dort selbst auf einzelne Äußerungen führender Regierungspolitiker, etwa die Ansicht des Sozialdemokraten Ehmke, der ebenso töricht wie verfassungsrechtlich bedenklich behauptet hatte, Deutschland sei „ein juristisches Schattenreich". Für Herbert Czaja blieb die Einheit Deutschlands dagegen eine Realität.

VI

Sehr aufmerksam verfolgte Czaja Ende der 70er Jahre oppositionelle Ansätze im Ostblock. Gleichzeitig beobachtete er mit Sorge, wie sehr man im Auswärtigen Amt diese Ansätze und die sich daraus ergebenden politischen Möglichkeiten unterschätzte. Seine persönliche Sympathie galt der Gewerkschaftsbewegung „Solidarität" in Polen. Zum einen sah er sich durch ihre ersten Erfolge in seiner christlich begründeten Überzeugung bestärkt, daß der Mensch zur Freiheit geboren sei und daher alle freiheitsfeindlichen Systeme langfristig scheitern müßten; zum anderen hoffte er, mit einer freigewählten demokratischen Regierung in Warschau eher zu einem Ausgleich über die Probleme zu kommen, die das Verhältnis beider Länder so schwer belasteten. Zutreffend schätzte er bereits damals das Ausmaß der wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Ostblocks ein – zutreffender jedenfalls als nicht wenige, die den ostpolitischen Kurs maßgeblich beeinflußten. Für ihn schien es zwingend, daß eine deutsche Regierung aus diesen Schwierigkeiten politische Vorteile ziehen müsse.

Tatsächlich aber blieben die erheblichen finanziellen bzw. wirtschaftlichen Hilfen für die Moskauer Regierung und das inzwischen herrschende polnische Militärregime ohne die Gegenleistungen, die er für möglich hielt: den Abbau der Berliner Mauer und der deutschen Teilung sowie für alle Deutschen das „Recht auf Heimat in einem freien Europa". Czaja mußte erkennen, daß die sozial-liberale Bundesregierung die europäische Nachkriegsordnung für endgültig hielt und die Freiheitsbestrebungen in Osteuropa als eher irritierend empfand. Vergeblich forderte er die Sozialdemokraten auf, mit der „Solidarität" in einen ernsthaften Dialog einzutreten. Auf deutscher

Seite blieb der Kontakt im wesentlichen auf Journalisten, kirchliche Kreise und Teile der CDU/CSU-Opposition beschränkt.
Für die Union ging im Herbst 1982 mit dem von Helmut Kohl gewonnenen konstruktiven Mißtrauensvotum die 13jährige Oppositionszeit zu Ende. Der Koalitionswechsel der FDP bedeutete freilich nicht den von Czaja für notwendig gehaltenen Kurswechsel in der Ost- und Deutschlandpolitik, blieb doch Hans-Dietrich Genscher, der die Liberalen an die Seite der CDU und CSU geführt hatte, weiterhin Außenminister. Ihn machte Czaja nicht nur für Fehlentscheidungen, sondern für eine aus seiner Sicht grundsätzlich falsche Konzeption verantwortlich. Seine Auffassung sah er dagegen seit 1985 durch den amerikanischen Präsidenten Reagan nachhaltig bestätigt, der auf einen friedlichen Wandel in Moskau setzte, während das Auswärtige Amt immer noch die „friedensstiftende Funktion der Erhaltung des Status quo" betonte.
Aber auch in der eigenen Partei gab es für Czaja enttäuschende Entwicklungen, und obwohl er 1983 seinen Stuttgarter Wahlkreis erstmals direkt gewonnen hatte, stärkte das seinen innerparteilichen Einfluß kaum. Er geriet in eine Konfrontation mit dem „linken Flügel" der CDU, und selbst Parteifreunde rechneten ihn – einen polemischen Begriff der Hamburger Magazinpresse aufnehmend – zu einer angeblichen unionsinternen „Stahlhelmfraktion". Sachlich ging es dabei vor allem um die Familien- und die Ostpolitik. Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Rühe attestierte den Ostverträgen eine „politische Bindungswirkung" auch für ein wiedervereinigtes Deutschland. Für Czaja waren damit Positionen gefährdet, für die er seit Jahrzehnten gekämpft und die er mit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1973 dauerhaft bestätigt geglaubt hatte.
Die Kette unerfreulicher Auseinandersetzungen riß nicht ab. Durch eine Rede des Bundespräsidenten von Weizsäcker zum 40. Jahrestag des Kriegsendes sah Czaja die Sache der Vertriebenen erneut beschädigt. Die Form wahrend, aber in der Sache unmißverständlich, attackierte er von Weizsäcker und hielt ihm vor, zu einer konstruktiven Friedensordnung müßten beide Seiten, Polen und Deutschland, beitragen und nicht nur die Vertriebenen durch Verzicht auf Heimat, Eigentum und Achtung.
Als es im selben Jahr noch zu einer heftigen Auseinandersetzung um das mißverständliche Tagungsmotto des Schlesiertages „40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser" kam, das die Landsmannschaft Schlesien gewählt hatte, und Czaja kurz darauf nicht mehr in

den Landesvorstand seiner Partei in Baden-Württemberg gewählt wurde, schien er in der CDU vor dem politischen Ende. Dennoch wies er ohne Zögern ein Angebot der Republikaner zurück, die ihn „mit offenen Armen" – so ihr Vorsitzender Schönhuber – aufnehmen wollten. Eine andere Entscheidung des höchsten Repräsentanten der Vertriebenen hätte in dieser Situation möglicherweise eine fatale Signalwirkung gehabt und den weiteren Aufschwung der Republikaner begünstigt. Czaja entschied sich fernab aller taktischen Überlegungen aus tiefer christlicher Überzeugung gegen den rechten Rand und für die politische Mitte, so sehr er sich durch die eigene Partei enttäuscht sah.

Aufgeben wollte er indes nicht. Obwohl im Wettbewerb um die Bundestagskandidatur ein innerparteilicher Gegenkandidat aus der Stuttgarter Jungen Union antrat, erhielt er Unterstützung gerade auch von jungen Menschen. Der Landesvorstand korrigierte die Entscheidung des Parteitages insofern, als er ihn einstimmig und damit überzeugend kooperierte. Auch aus Bonn kam Rückenwind. Czaja gewann die Nominierungsabstimmung und holte im September 1987 den schwierigen Wahlkreis erneut direkt.

Seinen politischen Kurs haben diese Erfahrungen nicht verändert, zumal er davon überzeugt war, daß „Fortschritte auf dem Weg zum Abbau" der europäischen und deutschen Teilung „aktuell erreichbar" seien. Er selbst prognostizierte die deutsche Wiedervereinigung – entschlossenes Handeln vorausgesetzt – für das nächste Jahrzehnt. Zugleich kritisierte er seine eigene Partei, weil sie nicht über eine deutschlandpolitische Gesamtkonzeption verfüge; Czaja hielt es für nicht ausreichend, die deutsche Frage nur offenhalten zu wollen.

Czaja stand mit dieser parteiinternen Kritik keineswegs allein. Gerade die Ereignisse des Jahres 1989 machten aber deutlich, daß die deutschlandpolitischen Modelle und „Gesamtkonzeptionen", die 1987/88 von einzelnen CDU/CSU-Politikern und -Zirkeln vorgelegt wurden, ein sehr kurzes Verfallsdatum hatten: In Osteuropa und in der DDR beschleunigte sich die Entwicklung rapide, und Einwirkungsmöglichkeiten von außen gab es praktisch nicht. Angesichts dieser Situation konnten vorgefertigte und meist langfristig angelegte Konzeptionen kaum hilfreich sein – die notwendigen Entscheidungen mußten allzu oft vor dem Hintergrund sich überstürzender Ereignisse situationsabhängig getroffen werden.

Czaja sah nicht erst in dieser Phase für die Vertriebenen die konkrete Gefahr, daß sich die Wiedervereinigungsdiskussion auf Westdeutschland und das historische Mitteldeutschland beschränken

würde; nachdrücklich forderte er die Einbeziehung der Ostgebiete des Deutschen Reiches in alle Erörterungen. Immer wieder verwies er auf die alliierten Festlegungen der Nachkriegszeit, auf die völkerrechtliche Situation und nicht zuletzt die historische Tatsache, daß diese Gebiete seit 700 Jahren von Deutschen besiedelt und geprägt worden waren.

Im Unterschied zu anderen Vertriebenenpolitikern ging er aber seit den 60er Jahren davon aus, daß grenzkorrigierende Kompromisse notwendig sein würden. Konkrete Vorschläge hat Czaja aus naheliegenden Gründen nicht vorgelegt. Sie wären, so ist sicher anzunehmen, von polnischer Seite ebenso zurückgewiesen worden wie von weiten Teilen der Vertriebenen. Vorstellungen, die Czaja im Frühjahr 1990 für Oberschlesien entwickelte und die auf einen Sonderstatus hinausliefen oder aus den umstrittenen Gebieten insgesamt ein „neues europäisches Territorium mit eigener Souveränität" zu schaffen suchten, hatten auf den Fortgang der Ereignisse keinen Einfluß. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Ostgrenze Deutschlands war 1990 der Preis für die staatliche Wiedervereinigung des historischen Mitteldeutschland mit Westdeutschland.

Dieser hohe Preis ist außerhalb der Vertriebenengemeinschaft nur noch von einer Minderheit als schmerzlich empfunden worden. Für die Vertreibung, das größte Verbrechen der europäischen Nachkriegsgeschichte, gab es in der deutschen Gesellschaft über verbale Bekundungen hinaus kaum noch ein moralisches oder historisches Empfinden.

In diesen für die deutsche Einheit entscheidenden Monaten kam aus Vertriebenenkreisen heftige und bisweilen unmäßige Kritik an Bundeskanzler Helmut Kohl, obwohl gerade er sich um das Verständnis der Vertriebenen stets bemüht hatte. Czaja schloß sich dieser Kritik nicht an, vielmehr war er dankbar dafür, daß Kohl demonstrativ die Vertriebenenveranstaltungen besuchte. Der Kanzler erfuhr dafür eine zum Teil in Schmähungen ausartende Kritik von linker Seite. Als Angehöriger der Erlebnisgeneration wußte Kohl, wie schmerzhaft gerade für die Opfer der Vertreibung der Weg war, den er gehen mußte, um wenigstens diese Wiedervereinigung zu erreichen. Die meisten Vertriebenen erkannten nicht, daß Kohl selbst die von Czaja als „zu klein" empfundene Lösung gegen den anfänglichen Widerstand nahezu aller Mächte durchsetzen mußte, die sich zur Mitsprache berechtigt fühlten.

Viele Vertriebene, die sich in ihrer Stuttgarter Charta von 1950 zur Gewaltlosigkeit und zum Ausgleich mit den östlichen Nachbarn ver-

pflichtet hatten, die auf das Recht als die Waffe des Schwächeren vertrauten, wie Czaja immer wieder hervorhob, sahen sich durch das Ergebnis des Wiedervereinigungsprozesses und die Regelung des Verhältnisses zu Polen bitter enttäuscht. Zu sehr hatten sie auch geglaubt, die Grenzfrage könne maßgeblich von einer deutschen Regierung in ihrem Sinne entschieden werden und waren damit einer schwerwiegenden Fehleinschätzung erlegen. Es gab in der entscheidenden Phase keinen führenden ausländischen Politiker, der sich die Sache der deutschen Vertriebenen zu eigen gemacht oder wenigstens ihre Position unterstützt hätte.

Das galt im übrigen auch für die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung – die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition hatte hinsichtlich der Grenzfrage „bewußtseinsbildend" gewirkt, und wer innerhalb oder außerhalb des Vertriebenenlagers unter Hinweis auf Recht und Geschichte andere Auffassungen vertrat, sah sich dem Verdacht ausgesetzt, den Frieden zu gefährden und alte politische Gespenster heraufbeschwören zu wollen. Diese Bewußtseinsveränderung in ihrer Tragweite nicht erkannt zu haben, gehörte zur persönlichen Tragödie vieler Vertriebenenpolitiker, auch der Herbert Czajas.

Im Deutschen Bundestag gehörte er zu einer kleinen Gruppe von Abgeordneten, die der Grenzanerkennung im Juni 1990 ihre Zustimmung verweigerten. Czaja betonte, der Ausgleich mit Polen und den übrigen Vertreibungsstaaten sei nicht zu erreichen, wenn eine Seite nichts und die andere Seite alles erhalte. Die Anerkennung des territorialen Totalverlustes von Ostdeutschland könne er nicht als Preis für die staatliche Wiedervereinigung West- und Mitteldeutschlands akzeptieren, zumal Polen und die Tschechoslowakei nicht bereit waren, sich zu den moralischen, strafrechtlichen und materiellen Konsequenzen der völkerrechtswidrigen Vertreibung zu bekennen.

Vergeblich rief Czaja zusammen mit sieben Fraktionskollegen, von denen keiner zu den führenden Politikern der CDU/CSU gerechnet werden konnte, das Bundesverfassungsgericht an. Die Kläger sahen sich durch das Gesetzgebungsverfahren, das zur endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze führte, in ihren Rechten verletzt. Die Klage scheiterte im September 1990. Czajas Position in der Grenzfrage wie zum Deutsch-Polnischen Vertrag von 1991 blieb im Lager der Vertriebenen nicht ohne Widerspruch. Im Rückblick mußte er einräumen, es habe großer Anstrengungen bedurft, um den Zusammenhalt zu sichern. Gerade jüngere Vertriebenenpolitiker op-

ponierten gegen Czajas Kurs, der sich menschlich tief enttäuscht zeigte.

VII

Nach 37jähriger Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag kandidierte Czaja bei den Wahlen im Dezember 1990 nicht mehr. Für seine Überzeugungen und sein politisches Arbeiten ist kennzeichnend, daß seine letzte Initiative als Abgeordneter, die Klage in Karlsruhe, noch einmal eine für ihn ethisch wie rechtlich und politisch zentrale Frage betraf.

Gegenstand der Klage, die er und seine Mitstreiter einreichten, war u. a. die Übernahme des DDR-Abtreibungsrechtes im Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Das Engagement für das ungeborene Leben war für den tiefgläubigen Katholiken im Sinne des Wortes die natürlichste Sache überhaupt. In den 70er Jahren widersetzte er sich mit seiner Fraktion vergeblich der sozial-liberalen Koalition, die durch die sog. Reform des Paragraphen 218 StGB den Schutz des ungeborenen Lebens faktisch preisgab. Ihm war bewußt, daß es in dieser Auseinandersetzung nicht nur um eine christliche Grundüberzeugung, sondern um Werteüberzeugungen ging, die der freiheitlichen Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland zugrunde liegen. Für Czaja nicht überraschend hat das Bundesverfassungsgericht die von der damaligen Regierungsmehrheit durchgesetzte Fristenlösung als verfassungswidrig verworfen. Ihn entsetzte aber die in der veröffentlichten Meinung betriebene Diskussion und die Tatsache, daß in der westdeutschen Wohlstandsgesellschaft nahezu jede dritte Schwangerschaft meist mit der Begründung einer sozialen Notlage abgebrochen wurde.

Vor diesem Hintergrund trat Czaja dafür ein, daß nur noch solche Beratungsstellen staatlich gefördert werden sollten, die Frauen in Konfliktsituationen in erster Linie seelische und materielle Hilfe anboten. Zutreffend sah er ein Hauptproblem in dem veränderten Rechtsbewußtsein. Es orientiere sich, so Czaja, mehr an der rechtswidrigen Praxis als am Gesetz. Grund für die schleichende Veränderung des Rechtsbewußtseins sei u. a. die Zurücknahme des Strafanspruchs und die Finanzierung der Abtreibung durch die Krankenkassen. Die faktische Sanktionslosigkeit führe in der Gesellschaft zu der Annahme, die Tötung ungeborenen Lebens sei erlaubt.

Folgerichtig gehörte Czaja 1983 im Deutschen Bundestag zu den Mitinitiatoren eines Antrages, der die Krankenkassenfinanzierung von Abtreibungen beenden sollte. Der Antrag veranlaßte den der FDP angehörenden Justizminister Engelhardt, von einer bewußten „Störung des Koalitionsfriedens" zu sprechen. Erfolg war der Initiative angesichts der Mehrheitsverhältnisse nicht beschieden.
Trotz dieses Fehlschlages ließ Czaja sich nicht entmutigen, weiterhin für den Lebensschutz einzutreten. Er half im Hintergrund und äußerte sich dort öffentlich, wo es ihm geboten schien. Als ein bayerisches Krankenhaus von Stellenbewerbern die Bereitschaft verlangte, bei Abtreibungen mitzuwirken, sorgte er dafür, daß die bayerische Staatsregierung dieses rechtswidrige Vorgehen stoppte. Czaja wußte sich in der Abtreibungsproblematik wie in allen Fragen der Glaubens- und Sittenlehre in Übereinstimmung mit seiner Kirche. Dort, wo Papst und Bischöfe über diesen Bereich hinausgingen, scheute er sich nicht, den Dissens offen zu artikulieren. Das galt etwa für die vatikanische Ostpolitik der 70er Jahre.
Die oppositionelle Rolle der Kirche in Polen würdigte er nachdrücklich, kritisierte aber auch die Verweigerung deutschsprachiger Gottesdienste und schwieg nicht zu dem schlimmen Verhalten des Primas Hlond in der Nachkriegszeit. Auch Primas Glemp, der bemerkte, Mitglieder der deutschen Volksgruppe in Polen würden nicht einmal ihre Sprache beherrschen, hätten aber Anspruch auf die deutsche Staatsbürgerschaft, erfuhr Czajas Widerspruch. Er hielt dem Kardinal entgegen, er berufe sich auf die Ergebnisse einer „40jährigen Zwangspolonisierung und Diskriminierung" von mehr als einer Million Deutschen, ohne dies als Verletzung von Sitte und Moral zu verurteilen. Dagegen stellte er sich wiederholt vor Papst Johannes Paul II. und nahm ihn gegen den von rechten Kreisen in Deutschland erhobenen Vorwurf in Schutz, er vertrete chauvinistische polnische Positionen.
Der tieffromme Czaja besaß eine Glaubensstärke, die groß genug war, einzelne Repräsentanten der Kirche nicht mit ihr gleichzusetzen. In den Laiengremien arbeitete er offen, konstruktiv und kritisch mit. Er gehörte der Ackermann-Gemeinde an und begründete die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Vertriebenenorganisationen mit. Seit 1957 war er Leiter des Arbeitskreises „Kirche und Heimat", von 1967 bis 1987 Vollmitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK). Auch hier galt sein Bemühen von Beginn an der ostdeutschen Heimat und dem Ausgleich mit Polen. Für ihn bedingte das eine das andere. Es kennzeichnet ihn, daß er in diesem

Kreis 1958 kritisierte, die Landsmannschaften seien national-liberal, zum Teil aber auch von Personen bestimmt, die während des „Dritten Reiches" Einfluß gehabt hätten. Mit ihnen konnte die deutsch-polnische Aussöhnung nicht gelingen, und so setzte sich Czaja dafür ein, sie durch zweifelsfrei demokratische Persönlichkeiten möglichst mit christlicher Grundüberzeugung zu ersetzen. Das ist in der Folge gelungen, und Czaja hat für den von ihm in den Vertriebenenorganisationen verfolgten Kurs lange Zeit großen Rückhalt im ZdK gehabt.

Im Jahre 1965 kam es zu einem Briefwechsel zwischen der Polnischen und der Deutschen Bischofskonferenz, in dem beide Seiten sich zu der historischen Schuld ihrer Völker bekannten. Der hoffnungsvoll begonnene Dialog kam ins Stocken, als die polnischen Bischöfe nur wenig später ihr Schuldbekenntnis in einem Hirtenbrief relativierten. Im deutschen Katholizismus löste der Briefwechsel eine Diskussion aus, die bald stärker von der Politik als von kirchlichem Denken bestimmt wurde.

Der „Bensberger Kreis", ein nach seinem Tagungsort benannter linkskatholischer Zirkel, veröffentlichte 1968 ein Memorandum, in dem die Unterzeichner die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze forderten. Die publizistische Wahrnehmung des Kreises, die seine innerkirchliche Bedeutung weit überstieg, zwang Czaja zu einer Entgegnung. Er hielt ihm vor, den Gedanken eines Miteinanders von Polen und Deutschen in den strittigen Gebieten gar nicht erst aufgenommen und einseitig das Heimatrecht der heute dort Lebenden betont zu haben. Für Czaja stand außer Frage, daß es nicht zu einem neuerlichen „Bevölkerungsaustausch" kommen dürfe, aber er bestand ebenso nachdrücklich auf dem Heimatrecht der Vertriebenen.

Maßgeblich beteiligte er sich im ZdK an Überlegungen zur Entschädigung polnischer NS-Opfer, und eine entsprechende Stellungnahme von 1974, in der es auch um Aussiedlungsfragen und um Hilfen für deutsche Heimatvertriebene ging, trug seine Handschrift. Ganz selbstverständlich unterstützte er das Maximilian-Kolbe-Werk, das zur Versöhnung beiträgt und polnischen Überlebenden des nationalsozialistischen Terrors hilft.

Aus Altersgründen verzichtete Czaja 1987 auf eine Wiederwahl in das ZdK, stand aber weiterhin als offizieller Berater zur Verfügung. Letztmalig wirkte er an einer Europa-Erklärung von Mai 1989 mit, in der das ZdK den Zusammenhang zwischen der europäischen und der deutschen Teilung betonte. Im August desselben Jahres veröffentlichten polnische und deutsche Katholiken, darunter namhafte

Persönlichkeiten des ZdK, eine Erklärung zum 50. Jahrestag des Kriegsausbruches von 1939. Darin hieß es, es gebe „noch keine Friedensregelung für Deutschland als Ganzes", gleichwohl träten die Unterzeichner dafür ein, „daß die Westgrenze Polens dauerhaften Bestand" haben solle. Czaja sah nur eine Konsequenz. In einer scharfen Erklärung verwahrte er sich gegen die „Ausgrenzung" der ostdeutschen Katholiken und stellte seine mehr als 30jährige Tätigkeit für das ZdK ein.

VIII

Herbert Czaja hat auch nach der völkerrechtlichen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze nicht aufgegeben, sondern für die deutsche Minderheit die Möglichkeiten zu nutzen gesucht, die sich aus dem Deutsch-Polnischen Vertrag von 1991 ergaben. Noch einmal kandidierte er 1992 für das Amt des BdV-Präsidenten. Trotz der Kritik, die im Vorfeld an seiner Führungsarbeit geübt wurde, erhielt er eine Zweidrittelmehrheit. Entscheidende neue Akzente konnte er nicht mehr setzen, zumal er nur wenige Monate später bei einer Wallfahrt der Vertriebenen in Süddeutschland einen ersten Herzinfarkt erlitt.
Als er 1994 endgültig aus dem Amt schied, wurde der aus dem Sudetenland stammende CSU-Bundestagsabgeordnete Fritz Wittmann sein Nachfolger; Sprecher der Landsmannschaft der Oberschlesier und Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen blieb Czaja bis zu seinem Tode. Er widmete sich ganz wesentlich seinem letzten Buch, das eine Mischung aus Memoiren, völkerrechtlicher und historischer Argumentation sowie kommentierter Dokumentation darstellt. In der Ahnung, daß ihm die Zeit für eine Überarbeitung nicht mehr blieb, betrieb er das Erscheinen. Ein Zitat des früheren US-Botschafters Vernon Walters' aufnehmend, stellte er im Titel die beziehungsreiche Frage „Unterwegs zum kleinsten Deutschland?" – es sollte sein Vermächtnis sein an eine Generation, die mit dem ostdeutschen Erbe besser umzugehen wüßte.
Eine Festschrift für Herbert Czaja trug den Titel „Frieden durch Menschenrechte", gleichsam die Leitlinie seines politischen Handelns. Er, der im Leben so viel Schweres erfahren hatte und fünfzig Jahre für die Sache der Vertriebenen eintrat, wußte, daß Versöhnung und Gerechtigkeit einander bedingen. Dies war auch sein besonderes Anliegen im Verhältnis zu Polen, und so warnte er vor oberflächlichen Meinungen und einer wirklichkeitsfernen Polen-

Romantik, die er vereinzelt auch bei hohen geistlichen Würdenträgern in Deutschland ausmachte. Wie Czaja dachte und fühlte, belegten schon frühe Äußerungen aus den 50er Jahren: Die Annäherung an Polen müsse, so trug er im ZdK vor, „zuerst dem Menschen, dem Volk, der Kultur, der Kirche sehr weit entgegenkommen, sie hochachten, ja lieben". Er forderte zugleich aber auch, Sachkenntnis walten zu lassen und den christlichen Tugenden der Klugheit, Weisheit und Gerechtigkeit Raum zu geben.

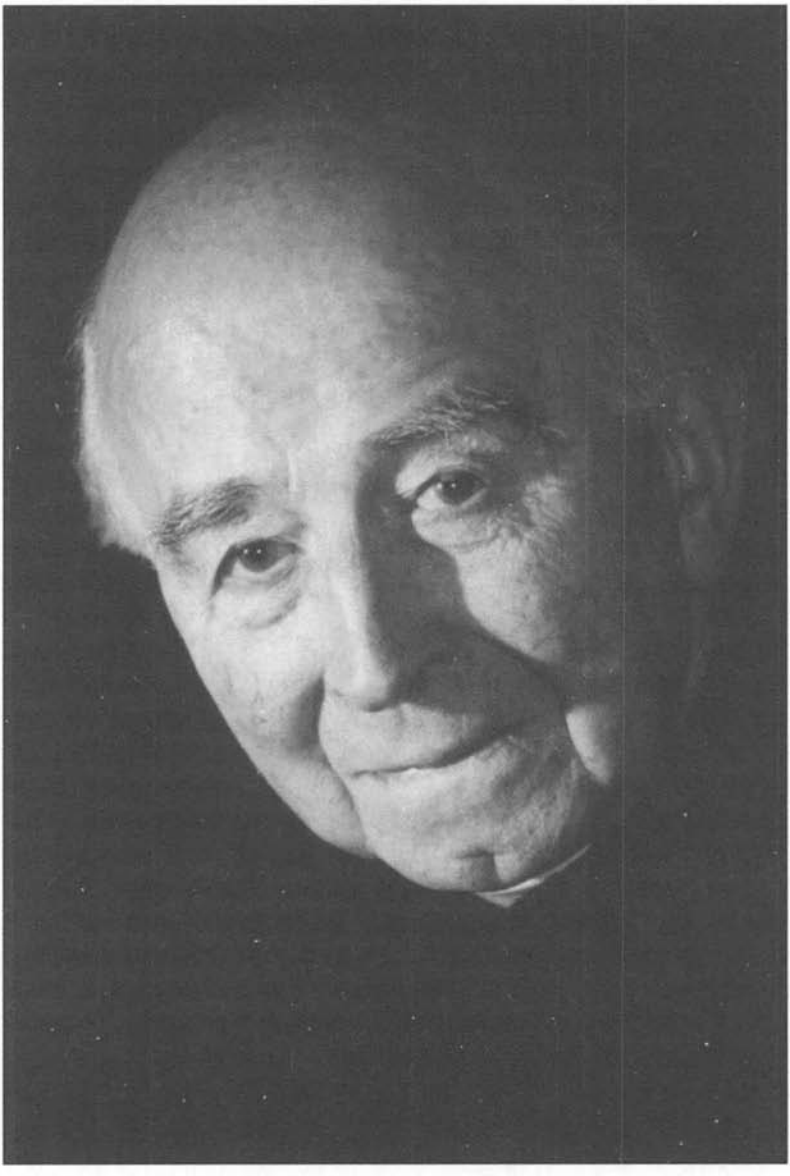
Czaja hat zwischen seinen Bemühungen um die Integration der Vertriebenen und seinen politischen Forderungen im Hinblick auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße keinen Gegensatz gesehen. Es gehört zu den größten Friedensleistungen dieses Jahrhunderts, daß mehr als zwölf Millionen Menschen, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden, ohne den Gedanken an Revanche und Gewalt in eine freiheitliche Gesellschaft und einen demokratischen Staat integriert werden konnten. Dazu hat Czaja wesentlich beigetragen.

Er war zugleich ein Repräsentant der aus den Vertreibungsgebieten stammenden Katholiken, die das Schicksal aus dem Ermland, aus Oberschlesien, aus anderen Regionen und nicht zuletzt aus ehemals habsburgisch geprägtem Gebiet nach Westdeutschland verschlagen hatte. Hier haben sie einen bis heute unterschätzten Beitrag zum Aufblühen des Katholizismus in der jungen Bundesrepublik geleistet.

Czaja ist ein außerordentlich bescheidener Mann gewesen. Gleichwohl hat er sich über die Vielzahl der ihm verliehenen Auszeichnungen gefreut. Er erhielt die höchsten staatlichen und kirchlichen Orden, die Landsmannschaften der Vertriebenen würdigten ihn mit zahlreichen Ehrenerweisen.

Wie es in einem Nachruf hieß, haben Czaja auch Vertreter anderer Auffassungen Respekt und sogar Sympathie entgegengebracht, aber er sah sich ebenso schlimmen Anfeindungen ausgesetzt. Dabei war er im persönlichen Umgang ein Mann von großer Sensibilität, Hilfsbereitschaft und, wie es die Frankfurter Allgemeine Zeitung formulierte, „warmherziger Freundlichkeit", den nach nichts mehr verlangte als nach Verständigung. Er scheute aber auch nicht den offenen Konflikt, wenn es um die Sache ging, die ihm am Herzen lag. Das war im besonderen das Schicksal derer, „die den bittersten Teil der Rechnung begleichen mußten, die dem deutschen Volk in diesem Jahrhundert entstanden ist".

Herbert Czaja starb am 18. April 1997 in seiner schwäbischen Ersatzheimat Stuttgart.



Carl Klinkhammer (1903–1997)

„Ruhrkaplan Dr. Klinkhammer – das ganze Land verehrt ihn, der die Sorgen und Nöte kleiner Leute zu den seinen macht. Selbstlos arbeitet der fast fünfzigjährige Lehrersohn aus Aachen an der sittlichen und religiösen Wiedergeburt seines so schwer heimgesuchten Volkes. Überall, wo die Freiheit des Bürgers und des Christenmenschen in Gefahr ist, finden wir ihn in vorderster Linie im Kampf gegen das Unrecht. Sie haben gehört und wir wissen es, daß er gegen die Diktatur Widerstand geleistet hat und dafür von den Schergen jener Diktatur eingesperrt wurde. Niemand ist in diesem Lande, der nicht dem Ruhrkaplan höchste Achtung entgegenbringt. Auch Kreise, die sonst den christlichen Gedanken nicht gerade freundlich gesonnen sind, habe ich nur immer mit größtem Respekt von dem Ruhrkaplan sprechen hören. Die katholische Kirche findet nicht oft einen Mann, der auch bei den Nichtkatholiken durch seine Lauterkeit und seine Selbstlosigkeit ein solches Ansehen für die Kirche gewinnt wie Pfarrer Klinkhammer. Wenn heute ein unfertiger Staat den Bürger zwar nicht gerade verfolgt, wie das Dritte Reich, ihn aber immerhin nicht richtig und rechtzeitig schützt, dann ist es selbstverständlich, daß der Ruhrkaplan wieder mit den Schutzlosen in alter Frische und mit ungebrochenem Mut auf den Plan tritt. Nicht nur als Priester, sondern auch als Staatsbürger sprang er in die Bresche, als nichts mehr half. Der Oberbürgermeister sprach mit Recht von einer unmittelbaren Demokratie, in der die Bürger sich selbst wehren müssen, wenn der unfertige Staat noch nicht helfen kann oder will. Diesen Mann will der Herr Oberstaatsanwalt wieder einsperren lassen."

Mit diesen Worten leitete der Verteidiger Dr. Otto Gritschneder aus München sein Plädoyer im 'Sünderin'-Prozeß 1952 vor dem Düsseldorfer Landgericht ein, der den Pfarrer Dr. Klinkhammer in ganz Deutschland bekannt machte. Weil er während der Vorführung des Filmes „Die Sünderin" Stinkbomben zertreten hatte und in einer öffentlichen Demonstration, in der es zu Gewaltausschreitungen kam, hartnäckig gegen den Film protestierte, wurde ihm der Prozeß gemacht.

Wer war dieser so als „Ruhrkaplan" herausgestellte, aber auch als „Stinkbombenpastor" apostrophierte Carl Klinkhammer?

I

Er wurde in Aachen am 22. Januar 1903 als zweiter Sohn der Eheleute Franz Klinkhammer und Katharina Prevoo geboren. Wie sein Großvater und seine beiden Onkel war der Vater Lehrer, zunächst in Üdelhoven bei Blankenheim in der Eifel, dann in Aachen. Die Familie der Mutter kam aus Belgien. Für Menschen aus der Eifel waren Sparsamkeit und Einfachheit der Lebensführung oberstes Gesetz, zumal wenn drei Söhne das Gymnasium und die Universität besuchen sollten. Der ältere Bruder, Johannes, und sein jüngerer Bruder, Wilhelm, studierten beide später Jura. Für die Söhne bedeutete das Elternhaus Geborgenheit, Zuwendung und die Chance des Studiums, aber auch Verzicht, Einschränkung und verantwortlicher Umgang mit Geld.
Schon als Schüler des Kaiser-Karl-Gymnasiums erlebte Carl den Ersten Weltkrieg, indem er bei der Betreuung der Verwundeten im Lazarett mithalf und bei der Verpflegung der neu einrückenden Rekruten, die in der Grenzstadt zusammengezogen wurden. Die Begegnung mit dem Schrecken und dem Leid des Krieges machte aus ihm einen Pazifisten. Reich waren die Eindrücke am Gymnasium: Da war sein verehrter Professor Alfons Fritz, Lehrer für Deutsch und Latein, der ihm großes Vertrauen entgegenbrachte, ihn in die Welt der Literatur und des Schauspiels einführte und dafür sorgte, daß der Schüler eine Freikarte für den Besuch der sozialen Dramen Gerhart Hauptmanns bekam, die ihn stark beeindruckten. Sein Religionslehrer Kummer, der als Mensch und Persönlichkeit ein Vorbild für ihn wurde und sein soziales Gewissen schärfte, hat dem Schüler Carl „nie Kummer, sondern nur Freude bereitet", wie er später noch voller Hochachtung von ihm berichtete. Carls Freunde waren der Vollwaise Martin F., genannt das 'Pückelchen', und Johannes K., der Sohn eines blinden Vaters. Neben seinen Schülerpflichten betätigte Carl sich in der 1913 gegründeten Jugendbewegung des „Quickborn", die seinem Naturell entsprach, liberal, anti-alkoholisch, naturverbunden und pazifistisch ausgerichtet war und auf Burg Rothenfels seit 1919 ein geistiges Zentrum besaß, in dem vor allem der katholische Theologe Romano Guardini (1885–1968) die jungen Menschen in die Formenwelt der Liturgie einführte und in ihnen die Liebe zu Kirche und Priestertum einpflanzte. Als

„gut bis genügender Schüler" bestand Carl am 5. März 1923 das Abitur und hatte zunächst den Wunsch, Arzt zu werden.

II

Carl Klinkhammer begann sein Studium in Innsbruck 1923. Es war das Jahr der Inflation. Noch bevor das mühsam ersparte Geld von Aachen in Innsbruck ankam, hatte es bereits seinen ursprünglichen Wert verloren. Der Student lebte von einem Freitisch im Kloster. Von den lateinischen Vorlesungen verstand er nicht viel, so daß er froh war, als er wegen Geldmangels sein Studium in Innsbruck beenden mußte. Inzwischen war Carl Klinkhammer sich über sein Berufsziel klar geworden: Er wollte Priester werden. Daher setzte er seine philosophisch-theologischen Studien in Bonn fort. Neben der Theologie faszinierte ihn vor allem die Philosophie. In Professor Adolf Dyroff (1866–1943) fand er seinen Förderer, der ihn zu einer Dissertation über das musik-ästhetische Thema „Kants Stellung zur Musik und seine Würdigung durch Spätere" animierte. 1926 wurde der Theologiestudent mit 23 Jahren zum Dr. phil. promoviert. Drei Jahre später empfing er am 14. März 1929 im Hohen Dom zu Köln die Priesterweihe.

Schwierigkeiten mit seiner Behörde und seinem Erzbischof Karl Joseph Kardinal Schulte kennzeichnen sein Priesterleben von Anfang an: Weil Klinkhammer in einer Rezension das Buch „Das Alter der Kirche" des von der Kirche exkommunizierten Kirchenhistorikers Josef Wittig aus Breslau positiv beurteilte, mußte der Kandidat gleich am ersten Tag seines Eintritts ins Priesterseminar auf Geheiß seines Kardinals dasselbe verlassen. Nur der Fürsprache seines Verwandten, des Kaplans Michael Diefenbach, genannt 'Vetter Diefenbach', war es zu verdanken, daß Klinkhammer wieder ins Seminar zurückkehren konnte, allerdings mit der Auflage, ein vierteljähriges Sonderstudium in Dogmatik und Kirchenrecht zusätzlich zu absolvieren.

In diesen Jahren formte sich die Persönlichkeit Carl Klinkhammers vor allem an seinen Philosophielehrern, Johannes Maria Verweyen (1883–1945), Siegfried Behn (1884–1970) und dem schon genannten Professor Dyroff. Ihr Einfluß liegt vor allem im Rhetorischen, das den späteren Kaplan zu einem „feurigen" Kanzel- und Vortragsredner machte. Spirituell beeinflußten Klinkhammer die Gebrüder Hermann (1877–1962) und Friedrich Muckermann SJ (1883–1946)

und Kaplan Helmut Fahsel (1891–1983), mit dem er gut bekannt war und für den er sich eingesetzt hat.
Zu sozialem Handeln erzogen, wurde diese Einstellung vertieft durch die Begegnung mit dem Berliner Großstadtseelsorger Dr. Carl Sonnenschein, den er in Aachen zum ersten Mal erlebte. Bis zu seinem Lebensende blieb Sonnenschein, der eine Verbindung zwischen Individual- und Gemeinschaftsseelsorge praktizierte, sein großes Vorbild. Von ihm übernahm der Primiziant das Motto „evangelizare pauperibus" – den Armen die Frohe Botschaft zu verkünden –, das ein Leitmotiv seines Lebens wurde. Der unmittelbare Blick auf das Foto Sonnenscheins beim Besuch in der Bunkerwohnung Klinkhammers belegt seine innere Verbundenheit mit dem Großstadtseelsorger.
Der schon erwähnte Kirchenhistoriker Josef Wittig beeinflußte Klinkhammer nachhaltig durch seine Schriften, zum Beispiel „Das Leben Jesu in Palästina, Schlesien und anderswo". In diesen volkstümlichen Büchern kam eine neue Theologie zur Sprache, die nicht das Gesetz, Ge- und Verbote in den Vordergrund stellte, sondern dem Getauften das Erlöstsein in Christus und dadurch die Gotteskindschaft bewußt machte.
Frohe Theologie, verinnerlichte Liturgik, soziales Gewissen und zupackende Rhetorik waren geistiges Rüstzeug und Einstellungen, die Klinkhammers Handeln bestimmten. Später sollten die Ökumene und der innerkirchliche Dialog weitere und vordere Plätze in seinem Wirken einnehmen.

III

In Opladen, 1929 die erste Station seines seelsorglichen Einsatzes, unterrichtete der junge Kaplan am Bischöflichen Gymnasium Französisch und hielt Kinderpredigten. Die ihm reichlich zur Verfügung stehende Zeit nutzte er zum Studium der für seine spätere pastorale Tätigkeit wichtigen Bücher und Autoren: „Das Kapital" von Karl Marx, Adolf Hitlers „Mein Kampf" und „Der Mythus des zwanzigsten Jahrhunderts" von Alfred Rosenberg. Daß die Tätigkeit am Gymnasium dem sozial-pastorales Engagement suchenden Kaplan nicht genügte, äußerte er deutlich gegenüber einem ihm bekannten Prälaten, der dafür sorgte, daß Carl Klinkhammer 1931 zur Arbeiterpfarrei St. Johann, Essen-Altenessen, versetzt wurde.
Eine solche Pfarrei hatte er sich gewünscht: circa 14.000 Katholiken, ringsherum sechs Kohlezechen, vier Grundschulen, viele Ver-

eine und Verbände, zahlreiche Jugendgruppen und einen Pfarrer, Dr. Kreutzer, der ihm viel Verständnis entgegenbrachte und ihm freie Hand ließ. Hinzu kamen die Herausforderungen der Zeit: politische Instabilität durch wachsende Zustimmung der radikalen Parteien des linken und rechten Spektrums, eine schleichende Entmachtung der parlamentarischen Demokratie sowie Massenarbeitslosigkeit, verursacht durch die Weltwirtschaftskrise.

Mitten im Kommunistenviertel wohnend, sah Carl Klinkhammer sich schon bald konfrontiert mit Familien, deren Männer zum großen Teil arbeitslos, hungrig, arm und radikalen Parolen zugetan waren. Um zu beweisen, daß der Satz „Religion ist Opium des Volks" mit seinen Implikationen nicht auf das Christentum zutrifft, besuchte er die kommunistischen Familien in ihren zum Stadtrand nach Gelsenkirchen aus Grubenholz gebauten 'Laubhütten' (so die Bezeichnung in Berlin, wo ähnliches geschah), erteilte den Kindern in ihrer 'freien Schule' Religionsunterricht, versammelte die Eltern in der Villa 'Sorgenfrei', um mit ihnen ihre Probleme und Nöte zu besprechen, und veranstaltete Heilig-Abend um 22 Uhr mit ihnen eine Weihnachtsfeier, bevor er gegen Mitternacht zur Christmette in die Pfarre ging.

Den Namen „Ruhrkaplan" erhielt Klinkhammer von der Presse, als er während einer kommunistischen Versammlung in Bielefeld sich so vorstellte: „Ich verstehe euch. Ihr seid Menschen, die von der Not gedrängt sind. Auch ich komme aus einem Ort des Ruhrgebietes, wo große Not ist. Ich bin nämlich Kaplan an der Ruhr." Als ein „Hungermarsch" der Arbeitslosen auf dem Karlsplatz vor der Kirche St. Johann von Polizeikommandos mit Knüppeln auseinandergetrieben wurde, kam der „Ruhrkaplan" gerade von einem Vortrag mit „dickem Honorar" zurück, sah die Brutalität der Polizei und die Not der Menschen. Das Polizeimikrophon benutzend, sprach er die Menge an: „Ich weiß, Hunger tut weh. Gehen Sie in die Bäckerei Sellmann und holen Sie sich drei Brötchen auf meine Rechnung."

Diese Kontakte zu der meist die KPD wählenden Arbeiterschaft, die Einrichtung einer Imbißstube gegenüber der Kirche mit einer preiswerten Mahlzeit für die Arbeitslosen und seine Diskussionen über christliche Soziallehre in kommunistischen Versammlungen, zu denen er häufiger eingeladen wurde, brachten ihm von konservativer christlicher Unternehmerschaft den Namen „Roter Ruhrkaplan" ein.

Der Kommunismus bot wegen seiner atheistischen Komponente eine klare Angriffsfläche. Anders dagegen der Nationalsozialismus, der in seinem 25-Punkte-Programm die „Freiheit aller religiösen Be-

kenntnisse im Staat" forderte, allerdings mit der Einschränkung, daß „das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse" letztendlich Maßstab ethischen Handelns sein solle. Außerdem sprach der Artikel 24 vom „positiven Christentum" im Gegensatz zum katholischen und evangelischen Christentum. Ließen diese Formulierungen, so nebulös und dehnbar sie auch waren, das Christentum noch zu, so entlarvten die Aussagen in „Mein Kampf" und im „Mythus" den Nationalsozialismus als christentumsfeindlich, antikirchlich und neuheidnisch, indem das Christentum als artfremd bezeichnet und ein neuer, der Rasse entsprechender Glaube gefordert wurde.

Zunächst ging es um den Kampf gegen den atheistischen Kommunismus und den christentumsfeindlichen Liberalismus. Als aber nach dem großen Wahlerfolg der Nationalsozialisten – 1930 wurden sie mit 107 Mandaten gegenüber 12 Mandaten bei der Reichstagswahl 1928 zweitstärkste Fraktion im Reichstag – die Gefahr von rechts zunahm, attackierte der „Ruhrkaplan" die Ideologie der Partei. Klinkhammer tat dies in vielen großen Versammlungen rund um das Ruhrgebiet in Hattingen, Iserlohn, Dorsten, Wesel, bis nach Hindenburg in Oberschlesien, vor allem aber in Essen, so im Nordpark-Saal vor Tausenden gebannt lauschender Zuhörer. Höhepunkt dieser gegen Kommunismus und Nationalsozialismus gerichteten Veranstaltungen im Jahre 1932 war die große Kundgebung vom 1. Mai im überfüllten städtischen Saalbau in Essen, die in der Forderung Klinkhammers gipfelte: „Das Christuskreuz muß an die Stelle des Hakenkreuzes und der Bethlehemstern an Stelle des Sowjetsternes stehen. Dann kämpfen wir siegreich für den Weltenkönig Jesus Christus."

Nach der Machtübernahme Hitlers am 30. Januar 1933 verstärkte Klinkhammer seinen Kampf, indem er besonders in den Fastenpredigten in St. Johann in Altenessen Tausende Zuhörer in die Kirche lockte, die sich bis zu den Stufen des Altares drängten. In der Rede zur Einbringung des Ermächtigungsgesetzes vom 23. März hatte der Reichskanzler das Christentum positiv beurteilt und der Kirche vermeintliche Zusicherungen gegeben, die viele in der Kirche, auch Klinkhammer, verunsicherten, und sie gegenüber der Regierung zu einer veränderten Einstellung veranlaßten. Doch schon bald desillusionierten die Praxis der Partei sowie das brutale Vorgehen der SA- und SS-Schergen gegen Andersdenkende und Mißliebige die Hellhörigen und Einsichtigen. Sie setzten ihren Kampf gegen Willkür und Terror fort. Schon bespitzelt und verwarnt, wurde Klinkhammer

die Abendandacht am 20. April, Hitlers 44. Geburtstag, zum Verhängnis. Vor eingeladenen Angehörigen der Partei, SA, SS und des „Stahlhelm", die eine Lobrede auf den neuen Heilsbringer erwarteten, machte der „Ruhrkaplan" zehn Punkte aus der Ideologie des Nationalsozialismus, die mit dem Christentum unvereinbar waren, zur Grundlage seiner Ansprache. Diese befaßten sich, unter anderem, mit der Judenverfolgung, der Beseitigung der konfessionellen Schulen und der staatlichen Jugenderziehung, die eine Zerschlagung der katholischen Jugendorganisationen nach sich ziehen würde. Pointiert formulierte der Redner: „Die Juden sollen verfolgt werden. – Wenn er [Hitler] das nicht tut, gratulor – ich gratuliere. Die katholischen Jugendorganisationen sollen zerschlagen werden. – Wenn er das nicht tut, gratulor – ich gratuliere." Nachdem er so zehnmal dem Reichskanzler 'gratuliert' hatte, klatschten zwar viele Zuhörer Beifall, aber die Parteianhänger legten seine Worte als Verspottung Hitlers aus und als habe er sein Programm mit Füßen getreten.
Am nächsten Tag wurde Klinkhammer vor den Augen der über 300 Kommunionkinder und im Beisein des Stadtdechanten Dr. Kreutzer sowie seiner drei Mitkapläne aus der 'Generalprobe' für den Weißen Sonntag mit physischer Gewalt von SA- und SS-Leuten durch den Seiteneingang abgeführt, wobei einer der Schergen rief: „Schlagt den Kerl tot!" Auf Anordnung des damaligen Polizeipräsidenten Zech mußte Dr. Kreutzer telefonisch sich bereit erklären, daß sein Kaplan weder innerhalb noch außerhalb der Kirche öffentlich auftreten werde und einen Ortswechsel vornehmen müsse. Als Klinkhammer am 22. April nachmittags gegen 17 Uhr zu seiner Kaplanei gefahren wurde, erwarteten ihn über 200 Pfarrangehörige in einer eindrucksvollen Demonstration gegen die Willkürmaßnahme der Partei und für 'ihren' Kaplan. Noch am Abend fuhr Klinkhammer zu seinem Vetter Diefenbach nach Köln-Zollstock, um dort am 25. April mittags beim Abholen seiner postlagernden Sachen erneut von der Gestapo in 'Schutzhaft' genommen und nach Essen gebracht zu werden. Treibende Kraft dieser überraschenden Maßnahme war der Essener Gauleiter Terboven, dem es mißfiel, daß ein Kaplan es gewagt hatte, am 12. März in der St. Hedwigskirche in Altenessen die berühmt-berüchtigte Essener Rede seines Freundes Göring vom 10. März öffentlich zu kritisieren und sie als „Mist" zu bezeichnen. Dieser hatte gedroht, er werde den „Augiasstall ausmisten". Bis zum 18. Mai 1933 blieb Klinkhammer in Schutzhaft und wurde dann mit der schriftlichen Auflage entlassen, Essen bis auf weiteres zu verlassen, dem Polizeipräsidenten seinen jeweiligen Aufenthaltsort unverzüg-

lich anzuzeigen und nicht öffentlich aufzutreten. Damit war der Störenfried „Ruhrkaplan" Dr. Klinkhammer ausgeschaltet.

IV

Eine Rückkehr als Kaplan nach Essen kam nicht in Betracht. Inzwischen war von Köln zur Beruhigung der national eingestellten Pfarrangehörigen ein Nachfolger in St. Johann ernannt worden, der Parteimitglied war. Klinkhammer half seinem Vetter Diefenbach zunächst in der Pfarrei Heilig-Geist, Köln-Zollstock, in der Seelsorge aus. Er protestierte gegen den Abschluß eines Vertrages der Kirche mit der Hitlerregierung mit der Begründung, ähnlich wie beim Abschluß der Lateranverträge mit dem faschistischen Staat Mussolinis würde der Nationalsozialismus hoffähig, der politische Widerstand durch den Pakt unmöglich gemacht und der Unrechtscharakter der Bewegung verdeckt.
Klinkhammer wurde am 25. Juli 1933 zum Kaplan in Köln-Ehrenfeld ernannt. Am 14. Oktober 1933 war er bei der Einkleidung Edith Steins zugegen, die beim Eintritt in den Kölner Karmel den Namen Schwester Teresia Benedicta a Cruce annahm, als Jüdin in Auschwitz ermordet wurde und deren Heiligsprechung am 11. Oktober 1998 in Rom stattfand. Während seiner Kaplanstätigkeit in Ehrenfeld knüpfte er auch Kontakte zu dem Widerstandskreis um den Universitätsprofessor Dr. Benedikt Schmittmann. Aber nicht diese Beziehung, sondern eine angebliche Beleidigung des Gauleiters Terboven während der Tätigkeit als Religionslehrer in einer Schule leitete ein Verfahren gegen Klinkhammer ein, das schließlich am 23. November 1933 zum ersten Prozeß nach der Machtübernahme Hitlers gegen einen katholischen Geistlichen führte. Die Anklage lautete: Vergehen gegen den „Kanzelparagraphen" 130a RStGB und Vergehen gegen die „Verordnung zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung vom 21. März 1933". Neben der „Brandverordnung" vom 28. Februar 1933 stellten diese Texte Hauptinstrumente zur Ausschaltung von Regimegegnern dar.
Der dreitägige Prozeß in Essen fand große öffentliche Beachtung, zeigte er doch das inzwischen längst umgekehrte Verhältnis von Recht und Unrecht. Das Urteil wurde in Gegenwart und unter Druck des Gauleiters Terboven und seiner Parteiclique verkündet, und statt des von vielen Katholiken als auch von der Kirchenleitung selbst erwarteten Freispruches verurteilte man ihn zu einer Gefängnisstrafe

von sechs Monaten. Klinkhammer wurde noch im Gerichtssaal in 'Schutzhaft' genommen und blieb, nachdem sich mehrere Geistliche und das Generalvikariat Köln um seine Freilassung bemüht hatten, bis zum 29. Dezember 1933 in Haft. Allerdings mußte im Gegenzug das Generalvikariat Köln dafür garantieren, „daß Klinkhammer nicht flieht" – ein zweites Verfahren war bereits in Köln anhängig; „er darf keine Tätigkeit in der aktiven Seelsorge mehr ausüben und bleibt dem Verkehr mit dem Publikum entzogen". Domkapitular Dr. Lenné, zuständig für die 'politischen Geistlichen', übernahm die Obhut Klinkhammers, der in gewisser Weise sein 'Gefangener' wurde. Um sich den Nachstellungen der Gestapo zu entziehen, lebte Klinkhammer eine Zeitlang im „Haus zur Sonne" im Taunus, dann aber auf Empfehlung des Domkapitulars in Haus Ingenraeth bei Wankum am Niederrhein, in dem mehrere inzwischen verfolgte Geistliche und Laien bei der mutigen Baronin von Loe Unterschlupf gefunden hatten, unter anderem der Präses der katholischen Mannesjugend, Prälat Ludwig Wolker, und der Jesuit Friedrich Muckermann. Von dort fuhr die Baronin Klinkhammer mehrfach zu den Bahnstationen Krefeld und Viersen, um ihm Gelegenheit zu geben, seine selbstverfaßten Flugblätter trotz Ortsverbotes nach Essen zu bringen und sie dort drucken zu lassen. Vertrauensmänner und er selbst deponierten die Flugblätter dann an öffentlichen Plätzen und Gebäuden, Sparkassen und Postämtern, um die Menschen zum Widerstand gegen das Regime aufzurufen.

V

In seinem Kampf gegen den Nationalsozialismus mußte Klinkhammer bald erkennen, daß die Kirche, durch das Konkordat gebunden, ihm keine Rückendeckung und Unterstützung gab, ja mehr noch, daß er als ein Uneinsichtiger und Störenfried galt, den man in der Erzdiözese schlecht weiter anstellen konnte und wollte. Er nahm Kontakt zu Dr. Metzger, den er als Student in Graz als glühenden Pazifisten kennengelernt hatte, auf. Dieser stellte ihn als Verlagsleiter in der „Christkönigsgesellschaft vom Weißen Kreuz" in Meitingen bei Augsburg an. Aufgabe der Gesellschaft war es, den Alkohol-, Nikotin- und Suchtkranken eine Heimstatt anzubieten und Hilfestellung zur Befreiung von ihren Leiden zu geben. Durch die Begegnung mit dem Begründer der ökumenischen Una-Sancta-Bewegung lernte er eine Persönlichkeit kennen, die als Gegner der Hitlerdiktatur bereits 1934 im Gefängnis war und wegen ihrer kon-

sequenten Haltung 1944 durch den Volksgerichtshof Roland Freislers verurteilt und in Berlin-Plötzensee enthauptet wurde.
Neben seiner Verlagstätigkeit half Klinkhammer als Prediger in der Umgebung aus und begegnete auch in der St. Ulrichskirche in Augsburg dem bekannten und von der Gestapo verfolgten Münchener Männerseelsorger P. Rupert Mayer SJ, als dieser eine religiöse Woche aus Anlaß des Christkönigsfestes dort durchführte und Klinkhammer die Schlußpredigt hielt. Beide wurden nach der Veranstaltung von der Gestapo festgenommen und verhört. Die Tätigkeit in Meitingen litt unter starken Spannungen, da auf der einen Seite die erbettelten Geldspenden hauptsächlich zur Grundversorgung der Gesellschaft verwandt wurden, so daß nach Ansicht Klinkhammers die Verlagstätigkeit zu kurz kam, andererseits die gegen die Ideologie und Praxis der Nationalsozialisten gehaltenen Predigten und Artikel Klinkhammers im „Christkönigsboten", der Hauszeitschrift, die Existenz der Gesellschaft selbst gefährdeten. Die Lage spitzte sich zu, als die Zeitschrift von Goebbels verboten wurde und selbst nach einem Bittgang Klinkhammers zum Propagandaminister nach Berlin nicht mehr erscheinen durfte. Schweren Herzens war eine Trennung der beiden Männer unausweichlich, zumal ein drittes Verfahren gegen Klinkhammer in Augsburg anhängig wurde.
Durch Vermittlung seiner Erzdiözese nahm Klinkhammer eine Stelle als Kaplan in Waldfischbach, Bistum Speyer, an. Neben seiner Kaplanstätigkeit im Ort selbst, nahe Pirmasens, dessen Bewohner direkt oder indirekt von der Schuhproduktion abhängig waren, betreute Klinkhammer die neu errichtete und in der Nähe gelegene Kapelle in Höheinöd mit seinen Bewohnern. Als gefragter forscher Prediger und Vortragsredner setzte er wie im Bistum Augsburg seinen Widerstand gegen Zeitgeist und Ideologie des Nationalsozialismus fort. Da Gauleiter Josef Bürckel auch in Waldfischbach die Konfessionsschule abschaffen und die Gemeinschaftsschule einführen wollte, bezog Kaplan Klinkhammer in seiner Gegenwart Stellung gegen dieses Ansinnen, was schließlich zur Einleitung eines Prozesses vor dem Sondergericht Frankenthal führte. Grundlage der Ermittlungen waren die Predigten am 1. November 1935 in Nordendorf bei Donauwörth (Bistum Augsburg), am 17. August 1936 in Hohenecken bei Kaiserslautern (Bistum Speyer) und am 23. August 1936 in St. Pantaleon, Köln, in denen er sich unter anderem gegen den Satz des Reichsjugendführers Baldur von Schirach aus einer Rede an die Jugend wandte, „Wer dem Führer dient, dient Deutsch-

land, wer Deutschland dient, dient Gott", und diese Aussage als unchristlich und blasphemisch kritisierte. Im Gegensatz zum mehrtägigen Prozeß in Essen wurde hier 'kurzer Prozeß' gemacht: Wegen Vergehens gegen den „Kanzelparagraphen" 130a RStGB und das „Heimtückegesetz" wurde Klinkhammer als Wiederholungstäter am 7. Juli 1937 zu acht Monaten Gefängnis verurteilt, von denen er einen Monat in Frankenthal und sechs Monate im Gefängnis Zweibrücken absaß, der Rest wurde amnestiert.
Am 5. April 1938 finden wir ihn wieder in Köln bei Vetter Diefenbach, der inzwischen Pfarrer in St. Pantaleon geworden war. Dort wirkte er als Subsidiar, umging das Kanzelverbot dadurch, daß er sich an die Kommunionbank stellte, um von dort aus zu predigen, und stand dem Prälaten Dr. Lenné bei seinen pastoralen Einsätzen zur Seite. Sein großes Engagement aber galt der Jugend, die er, getarnt als Gesangsgruppe „Singsang" – katholische Jugendgruppen waren offiziell verboten – durch Lied und Wort formte und deren Widerstand er gegen die NS-Ideologie festigte. In St. Pantaleon erlebte Klinkhammer die grauenvolle Szene des 10. November 1938, als SS- und SA-Leute jüdische Geschäftshäuser plünderten und aus einem Fenster im oberen Stockwerk den jüdischen Besitzer hinaushielten und fallen ließen, so daß er tot am Boden liegen blieb. Nach einem lautstarken Ruf Klinkhammers, „Das ist doch nicht möglich!", rettete ihn Vetter Diefenbach vor einer erneuten Verhaftung.

VI

Den an ihn am 4. April 1941 gerichteten Einzugsbefehl empfand Klinkhammer mit einer gewissen Erleichterung, der ständigen Beaufsichtigung und Einschränkung durch seinen Mentor und seiner Behörde entronnen zu sein. Zur Vorbereitung auf den Rußlandfeldzug wurde er trotz seiner bekannten Gegnerschaft zum Nationalsozialismus zur Grundausbildung nach Iserlohn beordert. Als er gegenüber seinem Vorgesetzten aufgrund des Wehrgesetzes, das einen Wehrdienst für Geistliche ausschloß, protestierte, bekam er zur Antwort: „Es ist doch Krieg! Wollen Sie jetzt auch noch feige zurücktreten?" Klinkhammer betonte, er werde nie mit der Waffe auf einen Menschen schießen. Den Mut, den Wehrdienst zu verweigern, hatte Klinkhammer nicht, wie er später mit Betrübnis eingestand. Nach einem Aufenthalt in Wien ging es am Ende des Jahres zum Einsatz auf die Halbinsel Krim. Als Sanitätssoldat – die Position eines Militärgeistlichen lehnte er ab – wurde er in der Stadt

Simferopol zum Lazarettdienst eingesetzt. Immer wieder landeten Munitionstransporter, die dann leer zurückflogen. Dank seiner gesammelten Zigarettenrationen fädelte er es ein, daß die Schwerverwundeten trotz Verbots (die Maschinen waren ja nicht durch das Rote Kreuz gekennzeichnet) in die Heimat zurückgeflogen und gerettet wurden.

Nachdem bei einer Weihnachtsfeier der Geistliche Klinkhammer die friedenstiftende Ankunft Christi aus einer Erzählung des flämischen Dichters Philip de Pellezin den Soldaten vorgetragen hatte, wurde dies als 'Wehrkraftzersetzung' gedeutet. Man brachte ihn vor das Militärgericht, das ihn zum Tode verurteilte, dann aber aufgrund der Intervention des Wehrmachtsgeistlichen begnadigte. Aus der gefährlichen Lage eines Minenlegertrupps, dem er zur Strafe zugeteilt war, konnte er sich durch die Suche der am Ladogasee liegenden 24. Infanteriedivision nach einem Feldgeistlichen entziehen. Von der Krim bis nach Dorpat, nahe Leningrad, schlug er sich mit Marschbefehl zu seiner neuen Einheit durch und wirkte dort als Seelsorger und Sanitätssoldat, wohlwollend unterstützt von einem gegen den Nationalsozialismus kritisch eingestellten Divisionskommandeur. Für seinen Einsatz im Stellungskrieg zwischen den Fronten – er mußte unter Lebensgefahr die Schwerverwundeten aus der Schußlinie herausholen – bekam er das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse mit Schwertern und wurde zum Sanitäts-Unteroffizier befördert. Die nächst höhere Stufe verhinderte ein ihm nicht wohlgesonnener 'Spieß', der auf dem Rückzug, von Partisanen bedrängt, sah, daß Klinkhammer nicht auf die Feinde, sondern in die Luft schoß. Dem Befehl, von Königsberg aus mit einer Flußfähre die Halbinsel Hela anzusteuern, um dort erneut in Stellung zu gehen, wurde nicht mehr Folge geleistet, sondern die Fähre fuhr an Bornholm vorbei nach Kiel, wo Klinkhammer 1945 in englische Kriegsgefangenschaft geriet. Damit war für ihn der Krieg beendet.

Zusammen mit einem evangelischen Pfarrer wirkte Klinkhammer in der Umgebung von Lütjenburg in Schleswig-Holstein als Gefangenenseelsorger bis 1946. Dann gelang ihm die Rückkehr nach Köln, wo er sich bei seiner Behörde vorstellte, die ihn am 8. Februar 1946 zum Pfarrverweser an die Münsterpfarre zu Bonn ernannte. Dort kam es zu einer Auseinandersetzung mit dem britischen Stadtkommandanten: Ausgehend von einer Kollektivschuld der Deutschen an den inzwischen allen bekanntgewordenen Naziverbrechen, strich die Besatzungsmacht als Strafmaßnahme den in der Erzdiözese Köln traditionellen Dreikönigstag als Feiertag: Die Deutschen sollten ar-

beiten! Gegen diese These und die Demütigung der Deutschen protestierte Klinkhammer mit innerer Berechtigung energisch von der Kanzel des Münsters. Dies brachte ihm ein 'Verhör' im Rathaus ein, wobei der britische Stadtkommandant mit Staunen und Respekt anhören mußte, daß und wie dieser Mann gegen den Nationalsozialismus Widerstand geleistet hatte. Als Klinkhammer den belgischen Soldaten, der einen Familienvater der Münsterpfarrei beim Kohlenklau erschossen hatte, als „Mörder" brandmarkte und einer ausgebombten Familie in der Kaplanswohnung Obdach gewährte, hielt man es in Köln für angebracht, ihn zum Pfarrer am „Handweiser" in Düsseldorf-Herdt zu ernennen, eine der ärmsten Pfarreien Düsseldorfs: „Sie haben so oft sozial gepredigt, nun können Sie sozial handeln!" war das Begleitwort seines Vorgesetzten, „worauf Sie sich verlassen können", die Antwort Klinkhammers.

VII

Was der neuernannte Pfarrer bei seiner Besichtigung „Am Handweiser" zu sehen bekam, war trostlos: Nicht nur der Luftkrieg hatte die Häuser zerbombt, es gab auch keine Kirche, nur eine Baracke stand menschenverloren auf einem Acker – sein Gotteshaus, wie man ihm sagte. Daneben befand sich auf Kirchengelände ein Hochbunker, der den Kriegswirren getrotzt hatte. Für Klinkhammer bedeutete dies die 'Stunde Null'. Er nahm die Herausforderung an: Ihm kam die Idee, den Bunker zu entfesten und in eine Kirche umzuwandeln, zu einem neuen 'Handweiser'. Zunächst galt es, die Eigentumsfrage zu klären: Wehrmachts-, Besatzungs-, Stadt- oder Kirchengut? Als militärisches Objekt und Beutegut des Krieges unterstand der Luftschutzbunker der Besatzungsbehörde, die wiederum die Verwaltung der Stadt übertragen hatte, in deren Namen die Oberfinanzdirektion als Vermögensverwalterin fungierte. Pläne zum Umbau und ein Kostenvoranschlag von 120.000 RM erarbeitete der Studienfreund des Pfarrers, Dombaumeister Dr. Willy Weyres, von dem man annahm, daß er den beabsichtigten Umbau zur Genehmigung im Generalvikariat einbringen würde. Zunächst erhielt die Pfarrei einen Pachtvertrag auf zehn Jahre von der Oberfinanzdirektion, dann im Juni 1948 die Genehmigung zum Umbau von der Stadt Düsseldorf, ferner mit Hilfe einer Biographie über den heiligen Thomas Morus, die Klinkhammer als Lektüre für die langen Wartezeiten bei sich führte und die ihren beabsichtigten Eindruck auf den englischen Kommandanten nicht verfehlte, die Genehmigung durch die Militär-

regierung, und schließlich, nachdem der Bunker bereits entfestet war (!), wurde die formelle Erlaubnis aus Köln eingeholt.
Mit dem Umbau zu einer Kirche, bei dem die ganze Gemeinde, einschließlich Pfarrer, Hand anlegte – allein Tausende Kubikmeter Beton mußten durch insgesamt fünf Kilometer lange Bohrlöcher herausgesprengt und weggeräumt werden –, schaffte Klinkhammer eine neue Gemeinschaft, die sich mit der Pfarrkirche und dem neuen Pfarrer identifizierte. Das Geld für den Umbau erarbeitete sich der Pfarrer durch Übernahme von Predigten in vielen umliegenden Pfarreien Düsseldorfs, in Bonn, Köln, Essen und Neuss, durch seine Vortragstätigkeit und seine Artikel in den Tageszeitungen, wobei ihm sein Ruf als „Ruhrkaplan" sehr zugute kam. Die Einweihung der „stabilsten Kirche der Welt" nahm Kardinal Frings von Köln am 30. Oktober 1949 unter dem Leitwort: „Dann schmieden sie Pflugscharen aus ihren Schwertern und Winzermesser aus ihren Lanzen" (Jesaja 2,4) vor. Jugendgruppen, Männer- und Frauenvereine, Kirchenchor, Kindertagesstätte und Pfarrheim, alles mußte neu geschaffen, organisiert und finanziert werden. Pfarrer Klinkhammer selbst bezog eine Wohnung im Bunker. Der Kauf des Bunkers gelang schließlich mit einer Summe von 100.000 DM, die das Erzbistum bezahlte.
Weil die einfachen Arbeiter kein Geld hatten, um sich eine Urlaubsreise mit Kindern zu leisten, rief der Pfarrer eine neue Art der Feriengestaltung ins Leben, die Stadtranderholung. Er selbst verzichtete auf seinen Jahresurlaub und nahm den Eltern tagsüber die Betreuung ihrer Kinder ab, die sich durch Sport und Spiel beschäftigten, Geselligkeit und Gemeinschaft pflegten und aus Spendengeldern beköstigt wurden.

VIII

Mit dem Film „Die Sünderin" assoziieren die meisten der älteren Bürger eine Nacktszene von sechs Sekunden Dauer und die turbulenten Ereignisse um die Aufführung dieses Nachkriegsfilmes im Jahre 1951 sowie den im folgenden Jahr sich anschließenden 'Sünderin'-Prozeß, was uns heute unverständlich erscheint. Dabei ging es eigentlich nicht um diesen Filmausschnitt, sondern um Grundwerte der Gesellschaft, die erstmals in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert und zur Disposition gestellt wurden.
Der Inhalt des Filmes: Die Geliebte (Hildegard Knef) des kranken Malers finanziert den gemeinsamen Lebensunterhalt durch Prostitu-

tion. Um den Geliebten von seinen Qualen zu erlösen, sorgt sie für einen vorzeitigen Tod des Liebhabers, und schließlich nimmt sie sich selbst das Leben. Die liberale Illustrierte „Constanze" urteilte damals: „Der Film strotzt von innerer Verlogenheit. Alle Vorstellungen von Begriffen wie Ehre, Anständigkeit, Moral, Gewissen, Liebe, Gottvertrauen, Ehrenhaftigkeit, soziales Gerechtigkeitsgefühl, Gesittung werden einfach auf den Kopf gestellt. Fragt man sich zu welchen Gunsten?, so gibt es nur eine Antwort: der Kinokasse."
Prostitution, aktive Euthanasie und Suizid aus falsch verstandener christlicher Liebe – das mußte Klinkhammer auf den Plan rufen, der hier eine entscheidende Grenze überschritten sah, zumal bezüglich der Euthanasie nach den schlimmen Erfahrungen des Dritten Reiches. Als es nach sechs Wochen Aufführung des ärgerniserregenden Filmes in Düsseldorf nicht gelang, diesen wie in anderen Städten abzusetzen, ja, er sollte sogar in unmittelbarer Nachbarschaft der Bunkerpfarre, in Düsseldorf-Oberkassel, gezeigt werden, griff Klinkhammer zur Selbsthilfe: Mit Rückendeckung des damaligen Oberbürgermeisters Josef Gockeln, der auf eine Demonstration wartete, um ein behördliches Verbot des Filmes rechtfertigen zu können, ließen der Pfarrer und seine Jungmänner während der Vorstellung Stinkbomben platzen und verursachten so eine Unterbrechung der Vorführung von 15 Minuten. Symbolisch sollte der Gestank den Schmutz und Schund des Filmes charakterisieren.
Als das erwartete Verbot aber ausblieb, entschloß sich Klinkhammer zu einer Demonstration in Düsseldorf-Eller, wo der Film inzwischen gezeigt wurde. Diese friedliche Demonstration von etwa 300 Personen (unter ihnen der Verfasser) geriet unverständlicherweise in eine Auseinandersetzung mit zu diesem Ereignis zusammengezogenen Polizeitrupps, wobei Klinkhammer, der ein kurzes Wort vor dem Kinoeingang sagen wollte, daran gehindert, nachweislich mit dem Gummiknüppel auf den Kopf geschlagen, in den Rücken und ins Gesäß getreten und hin- und hergeschleppt wurde. Als Klinkhammer, der rief: „Wir schlagen nicht – wir lassen uns schlagen", von einem Polizisten als „Scheißpriester" beschimpft wurde, verlangte er die Feststellung der Personalien, der sich der Beamte entzog. Trotz der offensichtlich nicht gerechtfertigten Übergriffe der Polizei – Grundlage der Anzeige und Ermittlungen gegen Klinkhammer und sechs Mitangeklagte waren vier in entscheidenden Punkten voneinander abweichende Polizeiberichte – wurde ein Verfahren gegen ihn eingeleitet, in dessen Mittelpunkt die Anklage wegen Nötigung, groben Unfugs, gewaltsamen Widerstandes gegen die Staatsgewalt

und Teilnahme an einer polizeilich nicht genehmigten Kundgebung stand.
In einem grundsätzlich angelegten Plädoyer (die Einführung der Person Klinkhammers wurde am Anfang dieses Porträts vorgestellt), setzte sich der Münchener Verteidiger Dr. Otto Gritschneder mit den vorgetragenen Argumenten des Oberstaatsanwaltes Lünen auseinander und widerlegte sie Punkt für Punkt. Er stellte fest, daß der Staat versagt habe, da sich hier ein rechtsleerer oder gesetzesleerer Raum auftue. Statt dieses Filmmachwerk zu verbieten, habe der Ausfallbürgschafts-Ausschuß des Bonner Parlamentes fast 300.000 DM aus Steuergeldern für diesen Film zur Verfügung gestellt. Ausdrücklich wurde von Dr. Gritschneder ein Notwehrrecht als Selbsthilferecht Klinkhammers bei einem gesetzlichen Notstand anerkannt, das der Oberstaatsanwalt in diesem Falle nicht gelten lassen wollte. Nach übereinstimmenden Zeugenaussagen in der Beweisaufnahme habe Klinkhammer keinen Widerstand gegen die Polizei geleistet, sondern er habe gerufen: „Wir schlagen nicht, wir lassen uns schlagen!" Die wirklichen Angeklagten sei die Polizei, und die richtige Überschrift müsse lauten: „Polizeiwidrige Polizei", denn „die Polizei habe keine Gelegenheit versäumt, sich vorbei zu benehmen, angefangen vom Chef selbst im Innenministerium bis herunter zum Polizeihund". Das Schlußwort des Verteidigers lautete: „Ich bitte Sie – nein um sein Recht bittet man nicht, ich verlange die Freisprechung des Ruhrkaplans Dr. Carl Klinkhammer!"
Dieser führte in seinem Schlußwort aus: „Wir erwarten [...] eine grundsätzliche Entscheidung darüber, ob es in unserem deutschen Staat zugestanden wird, die höchsten Güter der Menschen und des Volkes, die uns Gott, der oberste und alleinige Gesetzgeber, durch das Naturgesetz gegeben hat, gegen gemeingefährliche Angriffe zu schützen, auch dann, wenn positive Gesetze der Staats-, Stadt- oder Polizeibehörden uns daran hindern wollen [...]. Ihr Urteil wird in der ganzen Welt beachtet werden. Sollten Sie uns für schuldig erklären, dann werden Sie mit diesem Urteilsspruch eine Stinkbombe zerplatzen lassen, deren Gestank unvergleichlich stärker ist als all die kleinen Stinkbömbchen, die wir zertraten, nur um die Mitmenschen vor dem zersetzenden Seelengift zu bewahren. Dieser Gestank wird auch den Eisernen Vorhang durchdringen und bis Moskau und weit darüber hinaus eklen Geruch verbreiten. Die Bolschewiken aber werden hohnlachend dort erklären: Schaut hin auf das christliche Rheinland, – diesen Schmutz und Schund, der die Jugend vergiftet, die Frauen entehrt und die Ehe verhöhnt, gibt es bei uns nicht."

Dr. Carl Klinkhammer wurde mit seinen sechs Mitangeklagten auf Kosten der Staatskasse freigesprochen, im Jahre 1953 hob der Bundesgerichtshof in Karlsruhe wegen mangelnder Begründung den Freispruch auf und verwies das Verfahren 1954 zurück an die Dritte Strafkammer des Landgerichtes Düsseldorf, es gelangte weiter an das Landgericht Duisburg, das nach erfolgter Amnestie das Verfahren auf Kosten der Staatskasse einstellte.
Der Prozeß hatte insofern grundsätzliche Bedeutung für die Zukunft, legte er doch Defizite in Gesetzgebung, Verwaltung, Rechtsprechung und Polizeiführung offen, förderte ihre Reformen und veranlaßte eine breite Wertediskussion in der Gesellschaft. Er zeigte auf, daß es noch Menschen gab, die die Ordnung im Staate und die Würde des Menschen auch auf der Straße verteidigen und durch ihre Zivilcourage einen Beitrag geleistet haben zur Stärkung des demokratischen Bewußtseins.

IX

Die fünfziger Jahre widmete Pfarrer Klinkhammer dem Aufbau seiner Pfarre St. Sakrament in Düsseldorf-Heerdt. Doch mit dem Wechsel im Papstamt durch Johannes XXIII. und dem allgemeinen Aufbruch in der katholischen Kirche, besonders in der ökumenischen Bewegung, drängten seine Aktivität und Gestaltungskraft über die Pfarrgrenzen hinaus. 1961 übernahm Klinkhammer die Aufgabe als Stadtmännerseelsorger in Düsseldorf. Im gleichen Jahr wurde er der Initiator der „mittwochgespräche" und der „Ökumenischen Wochen".
Der Inhaber der Kölner Verlagsbuchhandlung Gerhard Ludwig hatte 1950 im Wartesaal Dritter Klasse des Kölner Hauptbahnhofs „Mittwochgespräche" ins Leben gerufen. Diese waren literarisch geprägt und fanden großen Zulauf. Ein fleißiger Besucher war Dr. Klinkhammer, der im Nachhall zum 'Sünderin'-Prozeß als eingeladener Referent 1955 das Thema „Recht und Grenze der religiösen Toleranz" wählte. Für Düsseldorf übernahm er die Idee der Kölner „Mittwochgespräche" und baute sie zu einem breiter gefächerten Gesprächsforum aus, das großen Anklang fand und dem Informationsbedürfnis und der Diskussionsfreude von Katholiken und Protestanten entgegenkam. Die Ankündigung des Papstes, die Kirche müsse ihr Ghetto aufgeben und sich auf den neuesten Stand bringen – aggiornamento –, beflügelten beide Konfessionen in der ökumenischen Bewegung. Diese Gunst der Stunde nutzte Klinkhammer, der,

wie schon erwähnt, durch Romano Guardini und Max Josef Metzger einen starken ökumenischen Impuls erfahren hatte, diese Themen in seinen „mittwochgesprächen" aufzunehmen und voranzutreiben. 500 Veranstaltungen organisierte und moderierte Klinkhammer persönlich und gab 1975 die Leitung an Professor DDr. Waldenfels ab, er selbst war aber in der Folgezeit bis ins hohe Alter immer präsent. Inzwischen (1999) hat das 1200. „mittwochgespräch" stattgefunden. Hier sei nur das Spektrum der Themen genannt: 1. Menschen und Lebensprobleme, 2. Vergangenheitsbewältigung, 3. Getrennte Christen, 4. Hinwendung zur größeren Welt, 5. Christentum zwischen Religion und Ideologien, 6. Die Bibel und die modernen Wissenschaften, 7. Die moderne Gesellschaft und die Moral, 8. Die Gegenwart Gottes.

Viele Wissenschaftler, Politiker, Künstler und Literaten nutzten die Chance, sich und ihr Fachgebiet einem interessierten Publikum, meist zwei- bis dreihundert Zuhörern, vor- und auch darzustellen. Die Bedeutung des Düsseldorfer Gesprächsforums für die Teilnehmer im Hinblick auf Erweiterung des Horizontes, Vertiefung des Bewußtseins und Gespräche mit den Referenten und untereinander kann nicht genügend gewürdigt werden.

In Vorbereitung und im Zusammenhang des II. Vatikanischen Konzils (1962–1965) erschienen von Klinkhammer drei Bücher, in denen er das Anliegen der Ökumene zur Sprache brachte und zur Versöhnung der Christenheit aufrief: 1961 erschien „Versöhnte Christenheit", 1965 „Auf dem Wege" und 1967 „Erneuerung oder Restauration?". Sie sind Sammelwerke der Referate, die in Düsseldorf von katholischen, evangelischen, orthodoxen und anglikanischen Theologen zum ökumenischen Anliegen in den „Ökumenischen Wochen" gehalten wurden, jeweils versehen mit einer längeren Einführung und Bestandsaufnahme Klinkhammers. Ihr Inhalt bezeugt den ökumenischen Geist, erinnert an die Aufforderung und Bitte Jesu, „daß alle eins seien!" und spiegelt das Bewußtsein der Zeit wider.

Ein Beitrag zum ökumenischen Handeln war Klinkhammers Initiative, daß die neue Messe in Düsseldorf ein Ökumenisches Zentrum bekam, in dem er sonntags bis in die neunziger Jahre den zweimaligen Gottesdienst am Vormittag übernahm. Auch die Kooperation und Freundschaft mit einem der führenden Ökumeniker, Professor Dr. Heinz Schütte, und die jahrelange Hausgemeinschaft mit dem orthodoxen Erzbischof Alexis van der Mensbrugghe bezeugen Klinkhammers ökumenische Einstellung und Gesinnung.

Besondere Bedeutung in seinem Leben hatten die Erfahrungen während der Zeit der Hitlerdiktatur. In seinen „mittwochgesprächen" ließ Klinkhammer Jahr für Jahr Historiker, Widerstandskämpfer und Zeitzeugen zu Wort kommen, die einen Beitrag zur Erhellung der Vergangenheit leisten konnten. Nachdem Professor Dr. Ernst-Wolfgang Böckenförde 1961 in einem „Hochland"-Artikel den Widerstand der Kirche im Jahre 1933 in Frage gestellt hatte, bis dahin ein Tabu, mehrten sich die Stimmen, die der Kirche Versagen und Angepaßtheit zu dieser Zeit vorwarfen. Besonders zur 50. Wiederkehr der Machtübernahme Hitlers, in den achtziger Jahren, wurden das Verhalten der Kirche während der zwölf Jahre diskutiert und die neuesten Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit vorgestellt. Dabei standen sich, grob charakterisiert, drei Parteien gegenüber: Die eine sah in dem damaligen Verhalten der Kirche Feigheit und Kapitulation, die andere eine kluge und den Umständen entsprechende optimale Einstellung und eine dritte, die den Widerstand der Kirche iuxta modum feststellte.

Klinkhammer hielt sich mit einer Stellungnahme zu diesem Thema in der Öffentlichkeit zurück, wurde aber immer mehr genötigt, der Wahrheit, wie er sie sah und erlebt hatte, Zeugnis zu geben, zumal es schien, daß einige Historiker diese Epoche meist nur aus Akten zutage förderten und dabei versäumten, die historische Wahrheit auch mit den noch lebenden Zeitzeugen zu erforschen. Die Chance zu einer öffentlichen Darstellung seiner Sicht der Hitlerzeit nutzte Klinkhammer im Jahre 1985, als er bei einem Ausfall des Referenten zum „mittwochgespräch" sich mit dem Widerstand der katholischen Kirche während des Dritten Reiches befaßte. Die Aussagen des Dreiundachtzigjährigen kulminierten in der Feststellung, die Kardinäle Faulhaber (München), Bertram (Breslau) sowie Schulte und Frings (Köln) seien alles andere als Widerstandskämpfer gewesen; sie hätten dadurch, daß sie das Hitlerregime als 'rechtmäßige Obrigkeit' hingestellt hätten, dem Widerstand jede Grundlage entzogen, so daß derjenige, der den Kampf gegen den Nationalsozialismus aufnahm, sich von seiner Kirche im Stich gelassen fühlen mußte.

Diese Stellungnahme entfachte vor allem in Düsseldorf eine lebhafte Diskussion und zeigte, wie sehr über dieses Thema die Meinungen auseinandergingen. Klinkhammers Auftritt, dem sich in Folge weitere außerhalb Düsseldorfs anschlossen, zeigte aber auch seine tiefe

Verwundung durch persönliche Erfahrungen und Erlebnisse aus dieser Zeit. Daß er selbst, ähnlich wie die Bischöfe und andere Theologen, nach der Rede Hitlers am 23. März 1933 zum Ermächtigungsgesetz, glaubte, dem Kanzler zunächst vertrauen und ihm die Hand zur Zusammenarbeit entgegenstrecken zu sollen, hielten ihm Kritiker aufgrund seines Artikels in der Deutschen Reichszeitung vom 1. April 1933 vor. Entgegen dem Verhalten vieler Theologen und Bischöfe setzte Klinkhammer seinen Kampf gegen die Ideologie des Nationalsozialismus fort und mußte diesen Einsatz mit dreimaliger Gefängnishaft bezahlen.

X

Ehrungen bedeuten Anerkennung der Person, Respekt vor ihrer Lebensleistung, Würdigung eines außergewöhnlichen Charakters. Diese wurden ihm zuteil. Der Staat ehrte ihn 1968 mit der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes. 1975 wurde ihm der Titel „Monsignore" verliehen. Von Patriarch Pimen erhielt er 1977 den Orden des heiligen Großfürsten Wladimir, von der Stadt Düsseldorf 1987 die Verdienstplakette, von der Thomas-Morus-Gesellschaft 1988 die Thomas-Morus-Medaille, von der Landesregierung 1992 den Landesverdienstorden und schließlich im gleichen Jahr die neugestiftete „Maternusplakette" des Erzbistums Köln aus der Hand Kardinal Meisners.

Aber welcher Persönlichkeit galt diese Ehre, wer war Carl Klinkhammer eigentlich?

Begegnet ist er uns hauptsächlich in diesem Porträt als Ruhrkaplan, Sanitätssoldat, Bunkerpastor und Ökumeniker. Diese Titel aber beschreiben meist äußere Funktionen, sind Etiketten. Was war der Inhalt? Klinkhammer war, so könnte man sagen, eine glückliche 'Mischung' aus Benedikt, Dominikus, Franziskus und Ignatius, den Stiftern der großen abendländischen Orden, die auf die Herausforderungen ihrer Kirche und ihrer Zeit eine nach ihren Maßstäben gültige Antwort suchten. Eine kühne These! Klinkhammer als Weltpriester im Vergleich mit diesen großen Heiligen? Der Vergleichspunkt liegt in dem Begriffspaar Herausforderung und Antwort, challenge and response. Wie die Genannten suchte auch er, herausgefordert durch seine Zeit, nach Lösungen der auf ihn zukommenden Probleme.

Da wäre zunächst die stabilitas loci des heiligen Benedikt als Antwort auf die Völkerwanderung der Germanenstämme zu nennen.

Pfarrer Klinkhammer verbrachte seinen Urlaub mit der Betreuung der Kinder in den Ferien und wollte für seine Menschen in der Bunkerwohnung präsent sein, stabilitas loci auch im wörtlichen Sinne. Hauptaufgabe des heiligen Dominikus war es, die Wahrheit des katholischen Glaubens gegen die aufkommenden Häresien der Waldenser und Albigenser zu verkünden und zu verteidigen. Dies tat auch Klinkhammer, „ob gelegen oder ungelegen", gegen Kommunismus, Nationalsozialismus oder Liberalismus, gemäß dem Wort des größten Sohnes aus dem Dominikanerorden, Thomas von Aquin: „summum iudicium conscientia est", oftmals mit dem Risiko des eigenen Lebens. Daß er auch Jünger des heiligen Franz war, der den Mut hatte, gegen den Luxus in und außerhalb der Kirche ein alternatives Leben in Armut und Fröhlichkeit zu führen, beweist seine Lebensführung oder auch sein Angebot, das Dach der Bunkerkirche auf eigene Kosten neu decken zulassen – mit 60.000 DM seiner Ersparnisse. Was aber immer wieder erstaunt, sind sein Gehorsam und seine Loyalität gegenüber seinen Vorgesetzten, wie ihn Ignatius von seinen Mitstreitern gegenüber dem päpstlichen Amte gefordert hat. Klinkhammer hätte Grund genug gehabt, diesen Gehorsam der kirchlichen Leitung gegenüber, die ihn oft nicht unterstützt und ihm manchmal wenig Verständnis entgegengebracht hat, in Frage zu stellen, ja aufzukündigen, was aber außerhalb seines Bewußtseins lag.

Vielleicht sind aber die genannten Persönlichkeiten zu weit entfernt und historische Größen, so daß sie uns fremd erscheinen oder uns erdrücken. Ein Freund nannte Klinkhammer 'Sonnenscheins Sohn', womit er das zeitgeschichtliche Vorbild und eine entscheidende Ausprägung Klinkhammers angesprochen hatte. Der 1929 verstorbene Großstadtapostel Berlins war die Person, der er in vielem nacheiferte, ohne sie kopieren zu wollen. So verwundert es nicht, daß er noch 1981 die Chance wahrnahm, das Geburtshaus Dr. Carl Sonnenscheins in der Düsseldorfer Altstadt, zur Kneipe „Der Clou" umfunktioniert und heruntergewirtschaftet, käuflich zu erwerben. Nachdem er alle Hebel in Bewegung gesetzt hatte, war er 1982 am Ziel, und das von ihm gekaufte Haus weihte Kardinal Hengsbach während des Düsseldorfer Katholikentages ein. Ganz im Geiste Sonnenscheins dient es fortan als Studentenwohnheim und Begegnungsstätte.

Ein letztes Geheimnis um diese Person bleibt. Ein sehr persönlicher Brief, den er dem neuernannten ersten Generalvikar des Bistums Essen zum Antritt in sein Amt schrieb, ihm, dem er bereits die Pri-

mizpredigt gehalten hatte, gibt in einem Ausschnitt etwas von seiner Spiritualität und damit auch von seiner Persönlichkeit preis:
„Zum Kreuze aufsehen: am Morgen schon und oft am Tage und immer und immer wieder, von dem Manne am Kreuze das 'Regieren' lernen, umgürtet sein um Seinetwillen mit dem 'Tuche der Knechtschaft' zur Fußwaschung an den Brüdern, in sich hinein 'essen und trinken' mit seinem heiligsten Fleische und Blute am Altare des Neuen Bundes den Geist der gekreuzigten Liebe, dieses 'Rangabzeichen' als Zeichen Deiner Stellvertretung des Meisters mehr schätzen, viel, viel mehr – lieber Bruder und Freund! – als äußere Zeichen Deiner Würde, die Last der Bürde des Vorstehers tragen in der 'Geduld Christi und in der Liebe Gottes', den Brüdern, den Priestern Christi, bereiten die Heimat eines großen Herzens, ihnen Heimat sein, sie 'erquicken, wenn sie zu Dir kommen werden, mühselig und beladen', in der Kraft zur besonderen Stellvertretung Deines und unseres Herrn, der 'Vicarius Generalis' sein für den Hohenpriester, den die Priester sich ersehnen in ihrem Vater und Bischof, knieen vor dem 'Bruder im vordersten Schützengraben der Seelsorge', der – wie oft! – die 'Malzeichen Christi mit Paulus an seinem 'Leibe trägt' [...], daß es Dir geschenkt werden möge..."

Anhang

Verzeichnis der wichtigsten Quellen und Literatur

AUGUST REICHENSPERGER

Quellen

Der größere Teil des Nachlasses von August Reichensperger ist nicht mehr vorhanden. Nachlaßreste befinden sich im Landeshauptarchiv Koblenz, im Historischen Archiv der Stadt Köln, im Bundesarchiv, Außenstelle Frankfurt/M. – Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages 1871–1885, Bd. 19–85. Berlin 1871 ff. – Eine gedruckte Sammlung der Parlamentsreden von A. R. bei: P. *Jacobi* und Th. *Levi*, Reden der Gebrüder A. u. P. R. 1848–1857. Regensburg 1858. – Die Reden A. R.s auf den Generalversammlungen der katholischen Vereine Deutschlands (Katholikentage) liegen gedruckt in den Versammlungsberichten vor. Die „Rhein- und Moselzeitung", die „Deutsche Volkshalle", die „Kölnische Volkszeitung", die „Germania" und die „Historisch-politischen Blätter" enthalten viele Artikel aus der Feder A. R.s – Briefe von A. R. an K.F. von Savigny bei: W. *Real* (Hg.), Katholizismus und Reichsgründung. Neue Quellen aus dem Nachlaß Karl Friedrich von Savignys. Paderborn 1988. – Briefe von L. Windthorst an R. bei: H.-G. *Aschoff* und H.-J. *Heinrich*, Ludwig Windthorst. Briefe, Bd. 1: 1834–1880. Paderborn 1995.

Schriften (Auswahl)

Ein vollständiges Verzeichnis der Schriften A. R.s hat L. *Pastor* im zweiten Band seiner R.-Biographie zusammengestellt. Es umfaßt etwa 700 Titel. Hier eine knappe Auswahl: Beleuchtung der Schrift: Andeutungen über den Entwurf eines Rheinischen Provincial-Gesetzbuches, von einem Rheinländer. Koblenz 1834. – Einige Worte über den Dombau zu Köln, von einem Rheinländer an seine Landsleute gerichtet. Koblenz 1840. – Die christlich-germanische Baukunst und ihr Verhältnis zur Gegenwart. Trier 1845 (weitere Aufl. 1852 und 1860). – Vermischte Schriften über christliche Kunst. Leipzig 1856. – Die Wahlen zum Hause der Abgeordneten in Preußen. Von einem Katholiken. Paderborn 1858. – Deutschlands nächste Aufgaben (gemeinsam mit seinem Bruder Peter). Paderborn 1860. – Phrasen und Schlagwörter. Ein unentbehrliches Raths- und Hilfsbüchlein für Zeitungsleser. Paderborn 1862 (weitere Aufl. 1863 und 1872). – Ein Rückblick auf die letzten Sessionen des preußischen Abgeordnetenhauses, und: Ein Wort über die deutsche Verfassungsfrage. Paderborn 1864. – Fragebogen zum Handgebrauch für Wähler sowie auch für Abgeordnete zur Gewissenserforschung. Köln 1876. – Parlamentarisches über Kunst- und Kunsthandwerk nebst Glossen dazu. Köln 1880. – Zur Profan-Architektur mit besonderer Berücksichtigung der Erweiterung der Stadt Köln. Köln 1886.

Literatur (Auswahl)

L. *Pastor*, A. R. 1808–1895. 2 Bde. Freiburg 1899. – F.X. *Kraus*, A. R., in: Essays von Franz Xaver *Kraus*. Berlin 1901, S. 365–426. – F. *Schmidt*, A. R. (= Führer des Volkes. Eine Sammlung von Zeit- und Lebensbildern 24). Mönchengladbach 1918. – L. *Schwering*, A. R. Dülmen 1936. – J.W. *Koch*, A. R.s künstlerische Bestrebungen, in: Der Kölner Dom. Festschrift zur Siebenhundertjahrfeier 1248–1948. Köln 1949, S. 268–296. – H. *Schiel*, A. R. und Franz Xaver Kraus, in: Vierteljahrsblätter der Trierer Gesellschaft für nützliche Forschungen 2 (1956), S. 65–73. – R. *Morsey*, A. R., in: Rheinisch-Westfälische Rückblende. Köln 1967, S. 98–103. – H.-J. *Becker*, A. R. (1808–1895), in: Rheinische Lebensbilder, Bd. 10. Köln 1985, S. 141–158. – K. *Fuchs*, R. A., in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon. Bd. 7. Herzberg 1994, Sp. 1504 f. – H.-G. *Böse*, Köpfe der Revolution in Trier und im Trierer Raum – Biographien – A. R., in: E. *Dühr* (Hg.), „Der schlimmste Punkt in der Provinz". Demokratische Revolution 1848/49 in Trier und Umgebung. Trier 1998, S. 189–191.

SEBASTIAN KNEIPP

Schriften

S. *K.*, Aus meinem Leben. Bad Wörishofen 1979.

Literatur

A. *Baumgarten*, S. K. Biographische Studie. Berlin 1898. – W. *Waibel*, K. – wie ich ihn erlebte. München 1955. – O. *Baumgärtner*, Kur der Seele. Ein Beitrag zur Kneippschen Ordnungstherapie. Bad Wörishofen 1994. – K. *Pörnbacher*, Ein Priester und Arzt für Leib und Seele, in: Bayerische Staatszeitung – Unser Bayern 46 (1997), Nr. 6, S. 47 f. – *Stadt und Kurdirektion Bad Wörishofen* (Hg.), S. K. 1821–1897. Bad Wörishofen 1997. – S. *Dörpinghaus* O.P., S. K. – Spiritual der Wörishofener Dominikanerinnen, in: W. *Schiedermair* (Hg.), Das Dominikanerinnenkloster zu Bad Wörishofen. Weißenhorn 1998, S. 285–293.

KARL HEINRICH FÜRST ZU LÖWENSTEIN

Quellen

Der umfangreiche Nachlaß Löwensteins befindet sich im Staatsarchiv Wertheim.

Literatur

Eine hinreichende Biographie fehlt. Das Lebensbild von Paul *Siebertz*, Kempten 1924, ist hagiographisch, aber unverzichtbar wegen des intensiv herangezogenen Nachlasses und anderer persönlicher Aufzeichnungen (kritisch ergänzende und weiterführende Rezension von A. *Schnütgen* in: Historisches Jahrbuch 45 (1925) S. 94 f.). – Die Kurzbiographie von A. *Friese*, in: Lebensläufe in Franken, Bd. 6. Würzburg 1960, S. 382–394 hat ebenso wie die von V. *Rödel*, in: Badische Biographien, Neue Folge Bd. IV, Stuttgart 1996, S.190–192, den Nachlaß verwertet. – K. *Buchheim*, Ultramontanismus und Demokratie. Der Weg der deutschen Katholiken im 19. Jahrhundert, München 1963, betrifft vielfältig Löwensteins Aktivitäten und beruht weitgehend auf dessen Nachlaß.
Informationen über Löwenstein bieten auch die Darstellungen über die Katholikentage (insbes. J. B. *Kißling*, Geschichte der deutschen Katholikentage, 2 Bde. Münster 1920–1923) und die Zentrumspartei (etwa U. *Mittmann*, Fraktion und Partei. Düsseldorf 1976).

HEINRICH FINKE

Quellen

Ein von F. selbst stammender Lebensbericht ist gedruckt in: S. *Steinberg*, Die Geschichtswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen. Leipzig 1925, S. 91–128. Archivalien finden sich verstreut in den Universitätsarchiven von Freiburg i. Br., Münster und Tübingen, im Landesarchiv von Schleswig-Holstein in Schleswig (für die Jahre 1881–1886, sowie sein Briefwechsel von 1902) und im Historischen Archiv der Erzdiözese Köln in Köln (Archiv der Görres-Gesellschaft). Aus der nationalsozialistischen Zeit einschlägige Archivalien finden sich auch im Bundesarchiv, Abteilung Berlin (für das Jahr 1941) und im Geheimen Staatsarchiv der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin.

Schriften

Ein Verzeichnis der Schriften unter Einschluß aller von Finke verfaßten Rezensionen und eine Liste der Zeitschriften und Reihen, an denen er als Herausgeber beteiligt war, veröffentlichte J.H. *Beckmann* in: Historisches Jahrbuch 55 (1935), S. 466–477. – Ein ähnliches Verzeichnis, nur mit Titeln zur westfälischen Geschichte und bis 1929 reichend, erstellte K. *Zuhorn* in: Westfälische Zeitschrift 105 (1955), S. 95 f. – Eine bis 1938 reichende Zusammenstellung findet sich in B. *Horten*, H. F. als Historiker der Vorreformation. Phil. Diss. Masch. Innsbruck 1966, S. 155–169 (S. 190–193 die wichtigsten Rezensionen zu Schriften F.s). – Dort nicht erfaßt: Des aragonesischen Hofnarren Mossén Borra Berichte aus Deutschland (1417/1418), in: Historisches Jahrbuch 56 (1936), S. 161–173.

Literatur

L. *Klaiber*, Katalonien in der deutschen Wissenschaft, in: Spanische Forschungen, Reihe 1, Band 6 (1936), S. 411–461. – H. *Heimpel*, Nachruf auf H. F., in: Historische Zeitschrift 160 (1939), S. 539–548. – C. *Bauer*, E.W. *Zeeden*, H.G. *Zmarzlik*, Beiträge zur Geschichte der Freiburger Philosophischen Fakultät. Freiburg i. Br. 1957. – J. *Vincke*, Fernando Valls Taberner und H. F., in: A. Fernando Valls Taberner (1888–1942), ed. de la *Diputación Provincial de Barcelona*. Barcelona 1964, S. 147–152. – *Ders.*, Zur Geschichte der Universität Freiburg i. Br. Freiburg i. Br. 1966. – R. *Bäumer*, Ludwig Pastor im Urteil der Freiburger Philosophischen Fakultät. Zu den Diskussionen um die Wiederbesetzung des Lehrstuhls von A. Schulte 1896, in: Römische Quartalschrift 74 (1979), S. 108–123. – B. *Mütter*, Die Geschichtswissenschaft in Münster zwischen Aufklärung und Historismus. Münster 1980. – C. *Weber*, H. F. zwischen akademischer Imparität und kirchlichem Antiliberalismus, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 186 (1983), S. 139–165. – P.E. *Hübinger*, H. F., in: Westfälische Lebensbilder 13 (Münster 1985), S. 156–192. – A. *Frenken*, Die Erforschung des Konstanzer Konzils (1414–1418) in den letzten 100 Jahren, in: Annuarium historiae conciliorum 25 (1993), S. 5–512, bes. 17–89. – *Ders.*, H. F., der Nationalsozialismus und die Zwangsauflösung der Görres-Gesellschaft, in: Historisches Jahrbuch 118 (1998), S. 287–303.

FRANZ STOCK

Quellen

P. *Lhande*, Gott in der Wüste, übers. v. F. St. Paderborn 1931. – Les plus belles pages de Francis Jammes. Mit einer Einleitung von F. St. Paderborn o. J. [1931] – F. St., 100 Jahre deutsche Seelsorge in Paris 1837–1937. Paris 1937. – Manuel du soldat chrétien. Augmenté et revu par M. F. St. 12ème édition Freiburg i. Br. 7. 1941. – F. St., Die ersten deutschen Buchdrucker in Paris um 1500. Beitrag zur Geschichte der Deutschen in Frankreich. Freiburg i. Br. 1940; Nachdruck, hg. u. kommentiert v. A. *Heckeroth* u. H.-W. *Stork*. Paderborn 1992 (dort Bibliographie auch der Zeitungsartikel, S. 38 f.). – F. St., Die Bretagne – Ein Erlebnis. Mühlhausen/Colmar 1943; Nachdruck Paderborn 1993.

Literatur

J. *de Pange*, Mes prisons. Paris 1945. – J.-F. *Léonard*, Fresnes ma paroisse. Paris 1945. – H. *Höfler*, Bild priesterlicher Barmherzigkeit. Zum Gedächtnis von Rektor Dr. theol. h. c. F. St. Paris, in: Caritas 49 (1948), S. 69–74. – J. *Folliet*, Abbé F. St., in: ebd., S. 75 f. – R. *Schneider*, Verhüllter Tag. Köln/Olten 1956. – A. *Albert*, Das war Abbé St. Ein Leben zwischen den Fronten. Freiburg i. Br. u. a. 1960. – E. *Michelet*, Die Freiheitsstraße. Stuttgart 1961. – E. *Kock*, Abbé F. St. – Priester zwischen den Fronten. Münster/Bielefeld 1962, 3. Aufl. Mainz 1996. – H. *Bücker*, Abbé St. Ein Wegbereiter der Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich. Freiburg i. Br. 1964. – R. *Closset René*,

L'aumônier de l'enfer – F. St. Mulhouse 1964. – *Ders.*, Er ging durch die Hölle – F. St. Übers. v. H. *Diebecker* u. A. *Schwingenheuer* mit einer Einleitung von W. *Dirks*. 3. Aufl. Paderborn 1979. – H. J. *Brandt*, Wem die Stunde schlägt. Abbé F. St. (1904–1948) unter dem Anspruch seiner Zeit, in: Theologie und Glaube 73 (1983), S. 1–24. – *Ders.*, F. St., in: Christen im Widerstand gegen das Dritte Reich, hg. v. J. *Pottier*. Stuttgart/Bonn 1988, 2. überarb. Aufl. Sachsenheim 1995, S. 274–286. – J. *Seitz*, Gereon Goldmann, in: ebd., S. 139–149. – Chartres 1945. Seminar hinter Stacheldraht. Eine Dokumentation, hg. v. K. H. *Kloidt*. Freiburg i. Br. u. a. 1988. – D. *Lanz*, Abbé F. St.: Kein Name – ein Programm. Das christliche Europa – eine reale Vision. Paderborn 1997. – H. *Diehl*, Video Pacem. Oratorium zum 50. Todestag von F. St. Schmallenberg 1998.

ELISABETH LANGGÄSSER

Quellen

Der Nachlaß befindet sich im Deutschen Literaturarchiv, Marbach a. N. – A.W. *Riley,* E. L. Bibliographie mit Nachlaßbericht. Berlin 1970.

Schriften

Der Wendekreis des Lammes. Ein Hymnus der Erlösung. Mainz 1924. – Grenze: Besetztes Gebiet. Ballade eines Landes. Berlin 1932. – Triptychon des Teufels. Ein Buch von dem Haß, dem Börsenspiel und der Unzucht. Dresden 1932. – Herz zum Hafen. Frauengedichte der Gegenwart. Hg. mit I. *Seidel*. Leipzig 1933. – Proserpina. Welt eines Kindes. Leipzig 1933. – Die Tierkreisgedichte. Leipzig 1935. – Der Gang durch das Ried. Ein Roman. Leipzig 1936. – Rettung am Rhein. Drei Schicksalsläufe. Salzburg 1938. – Das unauslöschliche Siegel. Roman. Hamburg 1946. – Der Laubmann und die Rose. Ein Jahreskreis. Hamburg 1947. – Der Torso. Hamburg 1947. – Kölnische Elegie. Mainz 1948. – Das Labyrinth. Fünf Erzählungen. Hamburg 1948. – Proserpina. Eine Kindheitsmythe. Hamburg 1949. – Märkische Argonautenfahrt. Hamburg 1950. – Geist in den Sinnen behaust. Mainz 1951. – Gesammelte Werke in Einzelausgaben. 5 Bde. Hamburg 1959–1964. – Das Christliche der christlichen Dichtung. Vorträge und Briefe. Olten u. Freiburg i. Br. 1961. – Hörspiele, hg. mit einem Nachwort von F.L. *Pelgen*. Mainz 1986. – Tod im Frühling, mit einem Vorwort von H.-C. *Kirsch*. Darmstadt 1986. – Briefe 1924–1950, hg. von E. *Hoffmann*. Düsseldorf 1990, 2 Bde.

Literatur

W. *Dirks,* E. L., in: Frankfurter Hefte 3 (1948), S. 1127–1130. – H. *Broch,* Randbemerkungen zu E. L.s Roman „Das unauslöschliche Siegel", in: Literarische Revue 4 (1949), S. 56–59. – W. *Hoffmann*, E. L.: Existentielles und dichterisches Welterlebnis, in: Literaturwissenschaftliches Jahrbuch, N.F. 2 (1961), S. 145–171. – A.W. *Riley*, E. L. and Juan Donoso Cortés: A Source of the „Turm-Kapitel" in „Das unauslöschliche Siegel", in: Publications of the Modern

Language Association of America 83 (1968), S. 357–365. – J.P.J. *Maassen*, Die Schrecken der Tiefe. Untersuchungen zu E. L.s Erzählungen. Leiden 1973. – H. *Meyer*, Die frühen Erzählungen. E. L.s. Dichtung zwischen Mythos und Logos. Diss. Köln 1973. – A.W. *Riley*, E. L.s frühe Hörspiele, in: Literatur und Rundfunk 1923–1933, hg. von G. *Hay*. Hildesheim 1975, S. 361–386. – E. *Johann* und H. *Schirmbeck*, E. L.s Darmstädter Jahre (mit Beiträgen von W. *Dirks*, H.W. *Eppelsheimer*, E. *Kreuder* u. a.). Darmstadt 1979. – K. *Fliedl*, Zeitroman und Heilsgeschichte. E. L.s „Märkische Argonautenfahrt". Wien 1986. – F. *Hetmann* (d.i. H.-C. *Kirsch*), Schlafe meine Rose. Die Lebensgeschichte der E. L. Weinheim und Basel 1986. – C. *Edvardson*, Gebranntes Kind sucht das Feuer. München, Wien 1986. – A.W. *Riley*, „Alles Außen ist Innen": zu Leben und Werk E. L.s unter der Hitler-Diktatur. Mit einem Erstdruck des frühen Aufsatzes „Die Welt vor den Toren der Kirche" (um 1925), in: Christliches Exil und christlicher Widerstand. Ein Symposion an der Katholischen Universität Eichstätt 1985, hg. von W. *Frühwald* und H. *Hürten*, Regensburg 1987, S. 186–224. – K. *Korn*, Rheinische Profile: Stefan George, Alfons Paquet, E. L. Pfullingen 1988, S. 155–182. – C. *Edvardson*, Die Welt zusammenfügen. München, Wien 1989. – K. *Müller*, E. L. Eine biographische Skizze. Darmstadt (Gesellschaft Hessischer Literaturfreunde) 1990. – E. *Hoffmann*, Zur christlich-jüdischen Problematik bei E. L., in: E. L.-Kolloquium (14.6.1989) in Darmstadt, hg. von K. *Müller*. Darmstadt 1990, S. 35–39. – E. *Hoffmann*, E. L. 1899–1950, in: Vor-Zeiten. Geschichte in Rheinland-Pfalz, Bd. V. Mainz 1990, S. 219–238. – *Dies.*, Jüdin – Deutsche – Katholikin. Fragen nach der Identität am Beispiel von E. L. und Cordelia Edvardson, in: Von einer Welt in eine andere. Jüdinnen im 19. und 20. Jh., hg. von J. *Dick* und B. *Hahn*. Wien 1993, S. 286–296. – W. *Frühwald*, Das „Eckhaus im Norden Berlins". Zu E. L.s und C. Edvardsons Deutung des Judentums, in: Hinter dem schwarzen Vorhang. Die Katastrophe und die epische Tradition. Festschrift für A.W. Riley, hg. von F. *Gaede* u. a. Tübingen, Basel 1994, S. 209–216. – S. *Evers*, Allegorie und Apologie. Die späte Lyrik E. L.s. Frankfurt a. M. 1994. – *K. Müller*, E. L., in: Badische Landesbibliothek, Vorträge 39. Karlsruhe 1994. – C.S. *Gelbin*, The Indelible Seal: Race, Hybridity and Identity in E. L.s Writings. Diss. Cornell Univ. 1997.

FRITZ THYSSEN

Schriften

I paid Hitler, hg. v. E. *Reves*. London/New York 1941.

Literatur

J. *Stöcker*, Männer des deutschen Schicksals. Von Wilhelm II. bis Adolf Hitler. Geschichte in Porträts. Berlin 1949, S. 181–192. – L. P. *Lochner*, Die Mächtigen und der Tyrann. Die deutsche Industrie von Hitler bis Adenauer. Darmstadt 1955. – G. W. F. *Hallgarten*, Hitler, Reichswehr und Industrie. Zur Geschichte der Jahre 1918–1933. Frankfurt a. M. 1962. – W. *Treue*, Die Feuer verlöschen

nie. August Thyssen-Hütte 1890–1926. Düsseldorf/Wien 1966. – W. *Treue/* H. *Uebbing*, Die Feuer verlöschen nie. August Thyssen-Hütte 1926–1966. Düsseldorf/Wien 1969. – H. *Mönnich*, Labyrinthe der Macht. Drei Geschichten vom Kapital. Stinnes-Thyssen-Flick. Frankfurt a. M. 1975. – J. und S. *Pool*, Hitlers Wegbereiter zur Macht. Die geheimen und internationalen Geldquellen, die Hitlers Aufstieg zur Macht ermöglichten. Bern/München 1979. – R. *Neebe*, Großindustrie, Staat und NSDAP. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik. Göttingen 1981. – H. A. *Turner Jr.*, Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers. Berlin 1985. – G. *Mollin*, Montankonzern und „Drittes Reich". Der Gegensatz zwischen Monopolindustrie und Befehlswirtschaft in der deutschen Rüstung und Expansion 1936–1944. Göttingen 1988. – Thyssen & Co. Mühlheim a. d. Ruhr. Die Geschichte einer Familie und ihrer Unternehmung, hg. von H.A. *Wessel*. Stuttgart 1991. – C.-F. *Baumann*, Schloß Landsberg und Thyssen. Duisburg/ Mülheim 2. Aufl. 1995. – *Ders.*, F. T. und der Nationalsozialismus, in: Zeitschrift des Geschichtsvereins Mülheim a.d. Ruhr. H. 70/1998, S. 139–154.

HEINRICH TENHUMBERG

Quellen

Entsprechend den zahlreichen Funktionen, die H. T. im Bistum Münster wahrgenommen hat, enthalten die Bestände im Bistumsarchiv Münster die wichtigsten Quellen zu seiner Biographie. Hier befindet sich auch ein kleiner persönlicher Nachlaß. Sein Konzilstagebuch hat H. T. dem Schönstatt-Institut Diözesanpriester (Simmern/Westerwald) übergeben, wo zugleich eine Materialsammlung zusammengestellt wurde, die vor allem sein Verhältnis zum Schönstatt-Werk betrifft.

Schriften (Auswahl)

Katholische Landvolkshochschulen für ein gesundes Bauerntum, in: Das Dorf 2 (1950), S. 12–17. – Warum Katholische Landjugendbewegung?, in: Katechetische Blätter 75, 1950, S. 126–129 – Dienst am Landvolk, in: Stimmen der Zeit 146 (1950), S. 250–261. – Die Katholische Landvolkbewegung Deutschlands als Wirklichkeit und Aufgabe, in: Das Dorf 3 (1950), S. 168–175. – Grundzüge im soziologischen Bild des westdeutschen Dorfes, in: K. *Fütterer* (u.a.), Landvolk in der Industriegesellschaft. Hannover 1952, S. 20–50. – Kirche und Gesellschaft, in: Signum. Zeitschrift für missionarische Seelsorge 40 (1968), S. 65–71. – Zwischen Autorität und Kollegialität: das kirchliche Leitungsamt, in: H.-D. *Bastian* (Hg.), Kirchliches Amt im Umbruch. Mainz 1971, S. 218–238. – Der Bischof antwortet. Briefe an den Bischof von Münster und seine Antworten in „Kirche und Leben", 2 Bde. Kevelaer 1972 u. 1974 (Bd. 3 u.d.T.: „Sagen Sie mal, Herr Bischof ..." H. T. antwortet auf Glaubens- und Lebensfragen. Kevelaer 1978). – Noch einmal: Über den Schutz des Lebens. Zum § 218 StGB, in: Theologie und Glaube 62 (1972), S. 366–368. – Du sollst nicht töten, in: Or-

denskorrespondenz 14 (1973), S. 202–207. – Ihr seid mein Brief. Ansprachen, hg. von F. *Brügger*. Vallendar-Schönstatt 1976. – J.J. *Degenhardt*/H. *Tenhumberg*/H. *Thimme* (Hg.), Kirchen auf gemeinsamem Wege. Bielefeld/Kevelaer 1977.

Literatur

Heinz Mussinghoff, H. T. (1969–1979), in: W. *Thissen* (Hg.), Das Bistum Münster. Bd. 1: Die Bischöfe von Münster. Münster 1993, S. 328–338. – W. *Damberg*, Abschied vom Milieu? Katholizismus im Bistum Münster und in den Niederlanden 1945–1980. Paderborn 1997.

OTTO SPÜLBECK

Quellen

Der größte Teil des Nachlasses befindet sich im Ordinariatsarchiv des Bistums Dresden-Meißen in Bautzen. Die Aktenbestände der BOK/BBK befinden sich im Regionalarchiv Ordinarien Ost in Erfurt, einige Bestände bis 1961 im Diözesanarchiv des Erzbistums Berlin. Aufschlußreich für die staatliche Überwachung und Einschätzung Spülbecks sind die Bestände des Bundesarchivs, Abteilungen Berlin: Bestand Staatssekretär für Kirchenfragen und die Akten des BStU, Zentralarchiv Berlin, und Außenstellen Dresden, Chemnitz, Leipzig und Gera.

Publikationen von Quellentexten: G. *Lange*, U. *Pruß*, F. *Schrader*, S. *Seifert* (Hg.), Katholische Kirche – Sozialistischer Staat DDR. Dokumente und öffentliche Äußerungen 1945–1990. Leipzig ^{2}1993. – J. *Pilvousek* (Hg.), Kirchliches Leben im totalitären Staat. Seelsorge in der SBZ/DDR 1945–1976. Quellentexte aus den Ordinariaten. Hildesheim-Leipzig 1994. – M. *Höllen*, Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR. Ein historischer Überblick in Dokumenten, Bd. I (1945–1955). Berlin 1994; Bd. II (1956–1965). Berlin 1997; Bd. III/1 (1966–1976). Berlin 1998. – Synode des Bistums Meißen. Dokumente. Dresden 1972.

Schriften (Auswahl)

Der Christ und das Weltbild der modernen Naturwissenschaften, Berlin/West ^{7}1967. – Liturgie und Kirchenmusik. Leipzig 1951. – Grenzfragen zwischen Naturwissenschaft und Glaube. München 1970. – Kausalität und Atomphysik, in: A. *Dänhardt* (Hg.), Theologisches Jahrbuch. Leipzig 1960, S. 1–8. – Aus der Vorbereitungsarbeit für das II. Vatikanum, in: O. *Müller*, W. *Becker*, J. *Gülden* (Hg.), Vaticanum secundum, Bd. I: Die erste Konzilsperiode. Leipzig 1963, S. 188–193. – Die Instruktion zur ordnungsgemäßen Durchführung der Konstitution über die Hl. Liturgie, in: W. *Krawinkel* (Hg.), Pastorale Liturgie. Vorlesungen, Predigten, Berichte vom Liturgischen Kongreß Berlin 1965. Leipzig 1965, S. 67–82. – Das Konzil am Ende der IV. Sitzungsperiode, in: Katholisches Hausbuch 1967. Leipzig 1966, S. 76–88.

Literatur

H. *Bulang*, J. *Gülden*, S. *Seifert* (Hg.), Unum in veritate et laetitia. Bischof Dr. O. S. zum Gedächtnis. Leipzig 1970. – J. *Gülden* (Hg.), Eins in der Wahrheit und der Freude. Bischof O. S. von Meißen zum Gedächtnis. Leipzig 1970. – *Ders.*, O. S., Bischof von Meißen, in: K.W. *Krämer* (Hg.), Für die Menschen bestellt. Porträts katholischer Bischöfe Deutschlands. Osnabrück 1963, S. 133–136. – *Ders.*, Vom Geist und Leben des Oratorium vom Heiligen Philipp Neri, in: N. *Greinacher* (Hg.), Priestergemeinschaften. Mainz 1960, S. 213–239. – R. *Schumacher*, Kirche und sozialistische Welt. Eine Untersuchung zur Frage der Rezeption von „Gaudium et spes" durch die Pastoralsynode der katholischen Kirche in der DDR. Leipzig 1998. – B. *Schäfer*, Staat und katholische Kirche in der DDR. Köln 1998. – J. *Pilvousek*, Flüchtlinge, Flucht und die Frage des Bleibens. Überlegungen zu einem traditionellen Problem der Katholiken im Osten Deutschlands, in: C.-P. *März* (Hg.), Die ganz alltägliche Freiheit. Leipzig 1993, S. 9–23. – *Ders.*, Heinrich Wienken und das Commissariat der Fuldaer Bischofskonferenz von 1945–1952, in: Unterwegs zum einen Glauben. Festschrift für Lothar Ullrich. Leipzig 1997, S. 533–547. – *Ders.*, Die katholische Kirche in der DDR, in: E. *Gatz* (Hg.), Kirche und Katholizismus seit 1945, Bd. I: Mittel-, West- und Nordeuropa. Paderborn 1998, S. 132–150.

WALTER ADOLPH

Quellen

Der Nachlaß Walter Adolphs befindet sich im Archiv der Kommission für Zeitgeschichte Bonn, amtliches Schriftgut im Diözesanarchiv des Erzbistums Berlin. Von seinen autobiographischen Niederschriften liegen im Druck vor: W. *Leibusch* [d. i. W. *Adolph*], Einer aus der Lausitzer Straße. Eine katholische Jugend in Berlin-Kreuzberg zu Anfang des Jahrhunderts. Berlin 1968. – Erinnerungen 1922–1933, in: Wichmann-Jahrbuch XXIV./XXIX. Jg. (1970/75). Berlin 1976, S. 34–85.

Schriften

W. *A.* (Hg.), Ernst Thrasolt zum 60. Geburtstag. Als Manuskript gedruckt. Berlin 1938. – Wilhelm Wagner. Domvikar bei St. Hedwig zu Berlin. Berlin 1947. – Im Schatten des Galgens. Zum Gedächtnis der Blutzeugen in der nationalsozialistischen Kirchenverfolgung. Berlin 1953 (2 Auflagen). – Erich Klausener. Berlin 1955. – Atheismus am Steuer. Berlin 1956. – Ziel und Taktik der Kirchenpolitik Hitlers insbesondere gegenüber der Katholischen Kirche, in: Wichmann-Jahrbuch XI./XII. Jg. (1957/58). Berlin 1958, S. 131–142. – 25 Jahre „Mit brennender Sorge". Aufzeichnungen und Dokumente, in: Wichmann-Jahrbuch. XV./XVI. Jg. (1961/62). Berlin 1962, S. 3–18. – Verfälschte Geschichte. Antwort an Rolf Hochhuth. Mit Dokumenten und authentischen Berichten. Berlin 1963 (3 Auflagen). – [W. *Adolph*], Maria Regina Martyrum. Gedächtniskirche der deutschen Katholiken zu Ehren der Blutzeugen für Glaubens- und Gewis-

sensfreiheit in den Jahren 1933–1945. Berlin 1963. – Hirtenamt und Hitlerdiktatur. Berlin 1965 (2 Auflagen). – Kardinal Preysing und zwei Diktaturen. Sein Widerstand gegen die totalitäre Macht. Berlin 1971. – Sie sind nicht vergessen. Gestalten aus der jüngsten deutschen Kirchengeschichte. Als Manuskript gedruckt. Berlin 1972. – Die katholische Kirche im Deutschland Adolf Hitlers. Berlin [1974]. – Manuskripte aus dem Nachlaß, in: Wichmann-Jahrbuch XXIV./XXIX. Jg. (1970/75). Berlin 1976, S. 21–127. – Geheime Aufzeichnungen aus dem nationalsozialistischen Kirchenkampf 1935–1943, bearb. von U. *v. Hehl*. Mainz 1979, 4. Aufl. 1987. – Zahlreiche Beiträge im Katholischen Kirchenblatt für das Bistum Berlin (bis 1938) bzw. (ab Ende 1945) im Petrusblatt.

Literatur

H. *Krone*, W. A. zum Gedenken, in: Wichmann-Jahrbuch XXIV./XXIX. Jg. (1970/75). Berlin 1976, S. 7–9. – E. *Klausener*, Erinnerungen an W. A., in: ebd., S. 10–18. – U. *v. Hehl*, Einleitung, in: W. *A.*, Geheime Aufzeichnungen. Mainz [4]1987, S. XXI-XXXVII.

HERMANN PÜNDER

Quellen

Der größte Teil des Nachlasses P. befindet sich im Bundesarchiv in Koblenz, andere Teile verwahren das Historische Archiv der Stadt Köln und das Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin. – Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, hg. von K.D. *Erdmann* und H. *Booms*. Die Kabinette Luther I und II [1925 ff.], bis: Die Kabinette Brüning I und II [1932]. Boppard 1977–1990. – Wörtliche Berichte und Drucksachen des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1947–1949, bearb. von C. *Weisz* und H. *Woller*. 7 Bde. München 1977 (Nachdruck). – Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, hg. von *Bundesarchiv* und *Institut für Zeitgeschichte*, Bd. 4: 1948, bearb. von C. *Weisz* u. a. München 1983; Bd. 5: Jan. – Sept. 1949, bearb. von H.D. *Kreikamp*. München 1981.

Schriften (Auswahl)

Die Haftung für die unerlaubten Handlungen des Vorstandes in der Lehre vom nichtrechtsfähigen Verein. Jur. Diss. (Jena). Borna/Leipzig 1910. – Zur Geschichte des Reichskanzlerpalais und der Reichskanzlei (Hg.). Berlin 1928. – Koalitionspolitik und Koalitionen, in: Nationale Arbeit. Das Zentrum und sein Wirken in der deutschen Republik, hg. von K.A. *Schulte*. Berlin und Leipzig 1930, S. 54–74. – Die deutschen Gemeinden gestern, heute und morgen. Köln 1948. – Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929–1932, hg. von T. *Vogelsang*. Stuttgart 1961. – Vorläufer der Bundesrepublik, dargestellt aus eigenem Miterleben. Frankfurt a. M. 1961. – Am Schaltwerk von

Politik und Verwaltung im Reich, in der Bizone und im Bund, in: Die öffentliche Verwaltung 16 (1963), S. 1–5. – Die beiden Währungsreformen von 1923 und 1948, in: Neue Perspektiven aus Wirtschaft und Recht. Festschrift für Hans Schäffer zum 80. Geburtstag, hg. von C.P *Claussen*. Berlin 1966, S. 249–261. – Konrad Adenauer, Meister der Selbstverwaltung. Stuttgart 1967. – Zusammenarbeit mit Heinrich Brüning in der Reichskanzlei 1930–1932, in: Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik. Festschrift für Heinrich Brüning, hg. von F.A. *Hermens* und T. *Schieder*. Berlin 1967, S. 311–316. – Von Preußen nach Europa. Lebenserinnerungen. Stuttgart 1968 (mit einem Verzeichnis seiner Schriften: S. 555–559). – Die Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft während des „bizonalen Interregnums", in: Ludwig Erhard. Beiträge zu seiner politischen Biographie. Festschrift zum 75. Geburtstag, hg. von G. *Schröder* u. a. Frankfurt a. M. 1972, S. 186–199.

Literatur

T. *Pünder*, Das bizonale Interregnum. Die Geschichte des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1946–1949. Waiblingen 1966. – K. *Gscheidle*, Zum Gedenken an H. P., in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 111 vom 19. Oktober 1976, S. 1094. – S. *Schnell*, H. P. zum Gedenken, in: Der Städtetag 29 (1976), S. 613–615. – R. *Morsey*, Zwischen Verwaltung und Parteipolitik. H. P. und die Gründung der CDU in Münster 1945, in: Weltpolitik, Europagedanke, Regionalismus. Festschrift für Heinz Gollwitzer zum 65. Geburtstag, hg. von H. *Dollinger* u. a. Münster 1982, S. 529–545. – R. *Morsey*, H. P. (1888–1976), in: Geschichte im Westen 3 (1988), S. 69–83. – *Ders.*, Kommunalverwaltung in der Trümmerwüste. H. P. als Oberbürgermeister von Köln, in: Die Verwaltung 21 (1988), S. 375–388. – T. *Pünder*, H. P. und seine Kölner Zeit, in: Jahrbuch des Kölnischen Geschichtsvereins 59 (1988), S. 249–293. – R. *Morsey*, H. P. (1888–1976), in: Rheinische Lebensbilder, Bd. 12, hg. von F.-J. *Heyen*. Köln 1991, S. 275–296.

CARL SCHMITT

Quellen

Der außergewöhnlich umfangreiche Nachlaß C. S. befindet sich im Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf. Eine detaillierte Übersicht bietet: Nachlass C. S. Verzeichnis des Bestandes im Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchiv, bearbeitet von D. *van Laak* und I. *Villinger*. Siegburg 1993. Viele Materialien u. a. aus diesem Nachlaß finden sich in: P. *Tommissen* (Hg.), Schmittiana, Bd. 1–6. Berlin 1988–1998.

Schriften (Auswahl)

Gesetz und Urteil. Berlin 1912 (2. Aufl. München 1969). – Johannes Negelinus (Pseud.), Schattenrisse. Berlin 1913 (Nachdr. in: I. *Villinger*, C. S.s Kulturkritik der Moderne – Text, Kommentar und Analyse der „Schattenrisse" des Johannes

Negelinus. Berlin 1995, S. 11–68). – Theodor Däublers „Nordlicht". München 1916 (2. Aufl. Berlin 1991). – Politische Romantik. München 1919 (5. Aufl. Berlin 1991). – Politische Theologie. München 1922 (6. Aufl. Berlin 1996). – Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus. München 1923 (7. Aufl. Berlin 1991). – Römischer Katholizismus und politische Form. Hellerau 1923 (3. Aufl. Stuttgart 1984). – Volksentscheid und Volksbegehren. Berlin 1927. – Verfassungslehre. München 1928 (8. Aufl. Berlin 1993). – Der Hüter der Verfassung. Tübingen 1931 (3. Aufl. Berlin 1985). – Der Begriff des Politischen. München 1932 (3. Aufl. der Ausg. 1963, Berlin 1991). – Legalität und Legitimität. München 1932 (5. Aufl. Berlin 1993). – Über die drei Arten des rechtswissenschaftlichen Denkens. Hamburg 1934 (2. Aufl. Berlin 1993). – Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes. Hamburg 1938 (2. Aufl. Köln-Lövenich 1982). – Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte. Berlin 1939 (Nachdr. der 4. Aufl. 1941, Berlin 1991). – Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar-Genf-Versailles. Hamburg 1940 (3. Aufl. Berlin 1993). – Die Lage der europäischen Rechtswissenschaft. Tübingen 1950. – Ex captivitate salus. Köln 1950. – Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Ius publicum europaeum. Köln 1950 (3. Aufl. Berlin 1988). – Verfassungsrechtliche Aufsätze aus den Jahren 1924–1954. Berlin 1958 (Nachdr. Berlin 1985). – Theorie des Partisanen. Berlin 1963 (4. Aufl. Berlin 1995). – Politische Theologie II. Berlin 1970 (3. Aufl. Berlin 1990). – Glossarium. Aufzeichnungen der Jahre 1947–1951, hg. von E. *von Medem*. Berlin 1991. – Das internationalrechtliche Verbrechen des Angriffskrieges und der Grundsatz „nullum crimen, nulla poena sine lege" (1945), hg. von H. *Quaritsch*. Berlin 1994. – Staat-Großraum-Nomos. Arbeiten aus den Jahren 1916–1969, hg. von G. *Maschke*. Berlin 1995.

Literatur (Auswahl)

V. *Leemans*, C. S.. Antwerpen 1933. – J. *Caamaño Martínez*, El pensamiento jurídico-político de C. S. Santiago de Compostela 1950. – A. *d'Ors*, De la guerra y de la paz. Madrid 1954. – P. *Schneider*, Ausnahmezustand und Norm. Stuttgart 1957. – H. *Hofmann*, Legitimität gegen Legalität. Neuwied 1964. – J. *Freund*, L'Essence du Politique. Paris 1965. – G. *Schwab*, The Challenge of Exception. Berlin 1970. – H. *Rumpf*, C. S. und Thomas Hobbes. Berlin 1972. – P. *Tommissen*, Over en in zake C. S. Brüssel 1975. – P. P. *Portinaro*, La crisi dello jus publicum europaeum. Mailand 1982. – J. *Bendersky*, C. S. – Theorist for the Reich. Princeton 1983. – J. M. *Beneyto*, Politische Theologie als politische Theorie. Berlin 1983. – J. *Taubes*, Ad C. S. Berlin 1987. – G. *Maschke*, Der Tod des C. S. Wien 1987. – H. *Quaritsch* (Hg.), Complexio Oppositorum – Über C. S. Berlin 1988. – *Ders.*, Positionen und Begriffe C. S.s. Berlin 1989 (3. Aufl. Berlin 1995). – P. E. *Gottfried*, C. S. – Politics and theory. New York 1990. – V. *Holczhauser*, Konsens und Konflikt. Berlin 1990. – M. *Nicoletti*, Trascendenza e potere. Brescia 1990. – I. *Villinger*, Verortung des Politischen. C. S. in Plettenberg. Hagen 1990. – D. *van Laak*, Gespräche in der Sicherheit des Schweigens. Berlin 1993. – P. *Noack*, C. S. – Eine Biographie. Berlin 1993. – J. *Schickel*, Gespräche mit C. S. Berlin 1993. – B. *Wacker* (Hg.), Die eigentlich katholische Verschärfung. München 1994. – A. *Göbel*/D. *van Laak*/I. *Villinger* (Hg.), Metamorphosen des Politischen. Berlin 1995. – A. *Koenen*, Der

Fall C. S. Sein Aufstieg zum „Kronjuristen des Dritten Reiches". Darmstadt 1995. – A. *Mohler* (Hg.), C. S. – Briefwechsel mit einem seiner Schüler. Berlin 1995. – G. *Guillén Kalle*, C. S. en España. Madrid 1996. – D. *Negro Pavón* (Hg.), Estudios sobre C. S. Madrid 1996. – „*Telos*"-Sonderheft, Fall 1996: C. S. Now. New York 1996. – M. *Dahlheimer*, C. S. und der deutsche Katholizismus 1888–1936. Paderborn 1998. – C. A. *Köster*, Außenpolitik und Politikbegriff bei C. S. München 1998. – F. *Blindow*, C. S.s Reichsordnung. Berlin 1999.
Die Literatur zu C. S. ist bis 1978 erfaßt in drei Bibliographien von P. *Tommissen* und zwar in den Festschriften zum 70., 80., und 90. Geburtstag S.s: Festschrift für C. S. Berlin 1959, S. 273–333; EPIRRHOSIS – Festgabe für C. S., Bd. II. Berlin 1968, S. 739–778; Miroir de C. S. Revue européenne des sciences sociales / Cahiers Vilfredo Pareto, 44, 1978, S. 187–238. Eine Bibliographie ab 1978 ist ein Desiderat, zumal die Literatur nach dem Tode Schmitts erheblich zugenommen hat.

EUGEN KOGON

Schriften

Das Gesamtwerk Eugen Kogons ist bibliographisch noch nicht vollständig erfaßt. Sein schriftlicher Nachlaß wird von seinem Sohn Michael verwaltet und in seinem Haus in Falkenstein im Taunus aufbewahrt. Ein Verzeichnis seiner in den „Frankfurter Heften" von 1946 bis 1972 veröffentlichten Hauptaufsätze findet sich zusammengestellt in: FH 28 (1973), H. 2.
Gesammelte Schriften, hg. von M. *Kogon* und G. *Erb*, 8 Bde. Weinheim 1995–1998. – Der Ständestaat des Solidarismus, in: Hochland 25,2 (1928), S. 1–21; S. 178–200; S. 291–300. – Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager. Frankfurt a. M. 1946 (35. Aufl. München 1998). – Die unvollendete Erneuerung. Deutschland im Kräftefeld 1945–1963. Politische und gesellschaftliche Aufsätze aus 2 Jahrzehnten. Frankfurt a. M. 1965. – Wladimir Iljitsch Lenin. Ein biographischer Essay. München 1971. – Die Stunde der Ingenieure. Technologische Intelligenz und Politik. 2. Aufl. Düsseldorf 1976. – E. K. – ein politischer Publizist in Hessen. Essays, Aufsätze, Reden zwischen 1946 und 1982, hg. von H. *Habicht*. Frankfurt a. M. 1982.

Literatur

M. *Stankowski*, Linkskatholizismus nach 1945. Die Presse oppositioneller Katholiken in der Auseinandersetzung für eine demokratische und sozialistische Gesellschaft. Köln 1976. – P. *Eppel*, Zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Die Haltung der Zeitschrift „Schönere Zukunft" zum Nationalsozialismus in Deutschland 1934–1938. Wien 1980. – K. *Prümm*, Walter Dirks und E. K. als katholische Publizisten der Weimarer Republik. Heidelberg 1984. – Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 35 (1988) Nr. 12 mit Würdigungen K.s von W. *Jens*, G. *Erb*, L. *Lemhöfer* und E.-O. *Czempiel*. – W. *Jens*/G. *Matthiessen* (Hg.), Plädoyers für die Humanität. Zum Gedenken an E. K. München 1988. –

P. *Graf Kielmansegg*, Abschied von E. K., in: Merkur 42 (1988). – H.-G. *Ewald*, Die gescheiterte Republik. Idee und Programm einer „Zweiten Republik" in den Frankfurter Heften (1946–1950). Frankfurt a. M. 1988. – K. *Rupp*/Th. *Noetzel*, E. K.: Ordnung und Humanität, in: *Dies.*, Macht, Freiheit, Demokratie. Anfänge der westdeutschen Politikwissenschaft. Biographische Annäherungen. Marburg 1991. – M. *Vogt*, E. K., in: Hessische Streiflichter. Beiträge zum 50. Geburtstag des Landes Hessen, hg. von K. *Böhme* und W. *Mühlhausen*. Frankfurt a. M. 1995. – Der Buchenwald-Report. Bericht über das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar, hg. von D. A. *Hackett*. München 1996 (San Francisco 1995) – E. *Otto*, Ein bedeutender Humanist: vor zehn Jahren starb E. K., in: Tribüne (Frankfurt a. M.) 36 (1997), S. 144.

WILLI GEIGER

Schriften

Bibliographie W. G. Stand vom 31. Dezember 1988 (über 300 Titel). Zusammengestellt von Franz Schneider, in: Verantwortlichkeit und Freiheit. Die Verfassung als wertbestimmte Ordnung; Festschrift für W. G. zum 80. Geburtstag, hg. von H.J. *Faller*, P. *Kirchhof*, E. *Träger*. Tübingen 1989. – Von 1989 bis 1994 (Auswahl): Abweichende Meinungen zu Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Tübingen 1989. – Menetekel an die Adresse des Bundestags, der Bundesregierung und des Bundesverfassungsgerichts. Eine Kritik an der Entscheidung des BVG vom 28. Mai 1993 zum sogenannten Schwangeren- und Familienhilfegesetz vom 27. Juni 1992, in: Schriftenreihe der Juristen-Vereinigung Lebensrecht e. V. zu Köln, Nr. 10, 1993.

Literatur

E. *Stindl*, Der mißglückte Rufmord. Die Angriffe auf Professor Dr. W. G. und ihre Hintergründe, in: Deutsche Tagespost, Nr. 87 vom 26. Juli 1966, S. 2. – A. *Villani*, Zum Naturrechtsdenken von Prof. Dr. W. G. (Appunti in margine al tema „legge etica e giurisprudenza", in: Rivista internationale di filosofia del diritto. Ser. 4, T. 47. 1970, S. 8–22. – Verfassungsrichter G. in Karlsruhe verabschiedet. Festakt. Benda und Pfeiffer würdigen den Juristen. „Das waren noch Zeiten", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. November 1977, S. 6. – F.K. *Fromme*, Ein ungewöhnlicher Richter. Das Wirken W. Gs. am Bundesverfassungsgericht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. Januar 1978. – H.H. *von Arnim*, Akademische Gedenkfeier zu Ehren Professor Dr. iur. W. G., Speyrer Vorträge H. 27. Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. 1994. – W. *Esser*, Lebensrechtler der ersten Stunde, in: Zeitschrift für Lebensrecht, hg. von der *Juristen-Vereinigung Lebensrecht e. V.*, 3. Jg., Nr. 1/94, S. 15–17. – H. *Kramer*, Ein vielseitiger Jurist – W. G. (1909–1994), in: *Redaktion Kritische Justiz* (Hg.), Die juristische Aufarbeitung des Unrechts-Staats. Baden-Baden 1998.

GERTRUD LUCKNER

Quellen

Der Büchernachlaß von Gertrud Luckner befindet sich in der Universitätsbibliothek Freiburg/Br., nachgewiesen in einem eigenen Findbuch. Der Schriftgutnachlaß liegt im Archiv des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg/Br. Bis auf kleine aus Personenschutzgründen gesperrte Teile wird er nach Ordnung und Verzeichnung für die Forschung zugänglich sein.

Schriften

Englische Methoden im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, in: Jahrbuch der Caritaswissenschaft, hg. von F. *Keller*. Freiburg/Br. 1932, S. 228–234. – 25 Jahre amerikanische Caritasbewegung, in: Caritas 40 (1935), S. 353 f. – Die Selbsthilfe der Arbeitslosen in England und Wales – auf Grund der englischen Wirtschafts- und Ideengeschichte. Diss. masch. rer.pol. Freiburg/Br. 1938. – Prayerbook for christian soldiers, [hg.] *Catholic Mission of Fribourg for prisoners of war*. Fribourg 1941. – Beiträge zur christlichen Betrachtung der Judenfrage. Freiburg/Br. 1951. – Stand und Aufgaben der Wiedergutmachung, in: Caritas-Korrespondenz 1955, H. 5. – Der Katholizismus und die Juden. Rückblick und Ausblick nach dem Konzil, in: „Auf Dein Wort hin". 81. Deutscher Katholikentag vom 13.–17.7.1966 in Bamberg, hg. vom *Zentralkomitee der Deutschen Katholiken*. Paderborn 1966, S. 279–300. – Lebenszeichen aus Piaski. Briefe Deportierter aus dem Distrikt Lublin 1940–1943, hg. von E. *Rosenfeld*, G. *L.* München 1968. – Zum 100. Geburtstag von Rabbiner Dr. Leo Baeck, 23.5.1873–2.11.1956, in: Freiburger Rundbrief XXV (1973), S. 75. – Tage ohne Uhr und Kalender, in: KNA – Kath. Korrespondenz Nr. 17 vom 23. April 1985, S. 4 f., 12. – Freiburger Rundbrief I (1948) – XXXVII/XXXVIII (1985/86).

Literatur

Zum 60. Geburtstag von G. L., in: Freiburger Rundbrief Nr. 49 vom 26. Sept. 1960, S. 29–44. – T. *Schnabel*, G. L., Mitarbeiterin der Caritas in Freiburg, in: Der Widerstand im deutschen Südwesten 1933–1945, hg. von M. *Bosch*, W. *Nieß*. Stuttgart 1984, S. 117–128. – Festakademie für Dr. G. L. am 22. Sept. 1985 in der Zentrale des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg i. Br., in: Freiburger Rundbrief XXXVII/XXXVIII (1985/86), S. 34–48, 138. – K.S. *Bader*, H.-J. *Wollasch*, Lebensbilder aus der Zeit des Widerstands: G. L. (geb. 1900), in: Senfkorn. Handbuch für den Katholischen Religionsunterricht Klassen 5–10, Bd. III/1. Stuttgart 1987, S. 447–458. – G. *Block*, M. *Drucker*, Rescuers. Portraits of moral courage in the Holocaust. New York-London 1992, S. 146 ff. – B. *Heidtke*, Hilfe für die verfolgten Jüdinnen und Juden, in: *Dies.*, C. *Rössler*, Margarethas Töchter. Stadtgeschichte der Frauen von 1800 bis 1950 am Beispiel Freiburgs. Freiburg 1995, S. 418–465. – G. *Hüssler*, G. L. gestorben, in: Caritas 96 (1995), S. 519 f. – A. *Borgstedt*, „ ... zu dem Volk Israel in einer geheimnisvollen Weise hingezogen". Der Einsatz von Hermann Maas und G. L. für verfolgte Juden, in: Widerstand gegen die Judenverfolgung, hg. von M. *Kißener*. Konstanz 1996, S. 227–259. – H.-J. *Wollasch*, „Betrifft: Nachrichtenzentrale des

Erzbischofs Gröber in Freiburg". Die Ermittlungsakten der Geheimen Staatspolizei gegen G. L. 1942–1944 (Karlsruher Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 4). Konstanz 1999.

AENNE BRAUKSIEPE

Quellen

Die Reden im Deutschen Bundestag sind gedruckt in den Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 1.–6. Wahlperiode. Bonn 1949–1972. Eine Zeitungsausschnittsammlung befindet sich im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin: Pressedokumentation und Frauen-Union IV-003.

Literatur

A. B. zum 75. Geburtstag, hg. von M. *Lenz*. Manuskript 1987. – Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1950–1953; 1953–1957; 1957–1961; 1961–1965, bearb. von G. *Buchstab*. Düsseldorf 1986–1998. – Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1953, bearb. von H. *Heidemeyer*. Düsseldorf 1998. – H.-R. *Laurien*, A. B. – immer einen Schritt voraus, in: Der zerrissene Schleier, hg. von M. *Weichert-von Hassel*. 1987, S. 209–212. – C. *Schroeder*, Von einer mitreißenden Überzeugung: A. B., in: Die Christdemokratinnen. Unterwegs zur Partnerschaft, hg. von R. *Hellwig*. Stuttgart 1984, S. 184–193. – H. *Süssmuth*, Kleine Geschichte der CDU-Frauen-Union. Baden-Baden 1990. – 50 Jahre Frauen-Union der CDU. Katalog zur Ausstellung, bearb. von A. *Keller-Kühne* und S. *Klein*. Sankt Augustin 1998.

HERBERT CZAJA

Quellen

Die Bundestagsreden sind gedruckt in den Stenographischen Berichten der Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2.–11. Wahlperiode 1953–1990. Der umfangreiche Nachlaß ist verteilt auf das Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) in Sankt Augustin bei Bonn, das Archiv der Landsmannschaft der Oberschlesier in Hösel, das Archiv des Bundes der Vertriebenen in Bonn sowie das Stadtarchiv Stuttgart (Stadtratszeit 1947–1953). Wesentliche Teile des Nachlasses befinden sich im Privatbesitz von Frau Eva-Maria Czaja, Stuttgart.

Schriften

Unsere sittliche Pflicht. Leben für Deutschland, hg. von Hartmut *Koschyk*. München 1989. – Unterwegs zum kleinsten Deutschland? Marginalien zu 50 Jahren Ostpolitik. Frankfurt/M. 1996. – Die zahlreichen Aufsätze finden sich im beson-

deren in den verschiedenen Organen der Vertriebenenpresse, u. a. in „Deutscher Ostdienst". – Eine umfangreiche Bibliographie mit mehreren hundert Titeln – im besonderen Aufsätzen und Zeitungsartikeln – liegt in der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen in Hösel vor. – Eine Schriftenauswahl, die von 1957 bis 1984 reicht, findet sich in der Festschrift „Frieden durch Menschenrechte" (s. u.).

Literatur

Frieden durch Menschenrechte. Festschrift zum 70. Geburtstag von Dr. H. C. am 5. November 1984, hg. im Auftrag der Landsmannschaft der Oberschlesier von Waldemar *Zylla*. Dülmen/Westfalen 1984. – Ehrenpräsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. H. C. verstorben, in: Deutscher Ostdienst 17/1997. – Requiem für Dr. H. C., in: Deutscher Ostdienst 18/1997.

CARL KLINKHAMMER

Quellen

Der Nachlaß Carl Klinkhammers befindet sich im Historischen Archiv des Erzbistums Köln. Für die Zeit 1931 bis 1945: Bundesarchiv, Abt. Berlin (R 3001/ III g 419/38); Geheimes Staatsarchiv, Preußischer Kulturbesitz Berlin (Lageberichte der Stapostellen Düsseldorf und Köln der Jahre 1934/35); Berlin Document Center (Gedenkstätte Deutscher Widerstand) (Carl Klinkhammer); Hauptstaatsarchiv NRW, Düsseldorf (Gestapoakten RW 58 – Nr. 1282 und Nr. 61359); Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (MA 106688 und MK 37905); Landesarchiv Speyer (Gefängnisakte 2327); Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn (Pol. Abt. II/Vatikan, Bd. 5, R 72083); Deutsche Dienststelle (WASt) Berlin (Personalakte Dr. Carl Klinkhammer); Bistumsarchiv Augsburg (Bestand Generalvikariat 678 und 679); Bistumsarchiv Speyer (Personalakte Dr. Carl Klinkhammer); Christkönigsgesellschaft Meitingen (Archiv); Kath. Pfarramt Waldfischbach-Burgalben (Pfarrgedenkbuch); Stadtbibliothek Essen (Essener Volkszeitung). Für die Zeit nach 1946: Historisches Archiv des Erzbistums Köln (Dienstakten Dr. Albert Lenné 362); Redaktionsarchiv der „Rheinischen Post", Düsseldorf (Carl Klinkhammer); Kath. Pfarramt St. Sakrament, Düsseldorf (Pfarrchronik).

Schriften

Versöhnte Christenheit. Essen 1961. – Auf dem Wege. Essen 1965. – Erneuerung oder Restauration? Essen 1967. – Begegnungen mit Edith Stein (Bericht vom 22.8.1986), in: W. *Herbstrith* (Hg.), Edith Stein – eine große Glaubenszeugin: Leben, Neue Dokumente, Philosophie. Annweiler 1986, S. 171 ff. – Außerdem seit den fünfziger Jahren viele Beiträge und Sonntagsbetrachtungen in der „Rheinischen Post" (Düsseldorf) bis 1996.

Literatur

B. *Beuys*, Vergeßt uns nicht. Reinbeck 1990. – H. *Boventer* (Hg.), Thomas-Morus-Jahrbuch. Düsseldorf 1988. – U. *von Hehl*, Priester unter Hitlers Terror. Mainz 1984. – Katholische Pfarrgemeinde St. Johann, 125 Jahre St. Johann Essen-Altenessen. Essen 1987. – Chr. *Klessmann*, F. *Pingel* (Hg.), Gegner des Nationalsozialismus. Frankfurt 1980. – M. *Kringels-Kemen*, L. *Lemhöfer* (Hg.), Katholische Kirche und NS-Staat. Frankfurt a. M. 1981. – F. *Meyers*, Die Baronin im Schutzmantel. 2. Aufl. Geldern 1980. – E. *Schmidt*, Lichter in der Finsternis. Widerstand und Verfolgung in Essen 1933–1945, 3. Aufl. Essen 1989. – H. *Waldenfels*, J. *Jäger*, Kirche in der Großstadt. Düsseldorf 1983.

Personenregister

Kursiv gesetzte Ziffern verweisen auf die jeweilige Würdigung.

A
Adam, Karl 154
Adenauer, Konrad 131, 141, 183, 189–191, 193–196, 234, 236, 251, 281, 285, 296 f.
Adolph, Anna 170
Adolph, Helene 170
Adolph, Lucia 170
Adolph, Walter 8, 159, *169–181*, 343
Adolph, Wilhelm 170
Adolph, Willi 170
Adorno, Theodor W. 238, 240
Albers, Johannes 280
Alfonso von Bourbon und Österreich-Este 59
Alvensleben, Major von 130
Amery, Carl 255
Amery, Jean 239
Amrehn, Franz 179
Andre, Elisabeth 100
Anschütz, Gerhard 212, 249
Ardenne, Manfred von 156
Arndgen, Josef 232
Arndt, Adolf 252
Arnim, Hans Herbert von 249, 251
Arnold, Karl 190
Aßmann SJ, Johannes 293
Athanasius, Kirchenlehrer 14
Auer, Heinrich 262, 269
Augustus, röm. Kaiser 204

B
Bader, Karl Siegfried 270
Baeck, Leo 266, 272
Bafile, Konrad 164
Barraclough, John 189
Bartmann, Bernhard 83
Barzel, Rainer 297, 300
Baudrillart, Alfred Kardinal 72, 84
Baumgarten, Alfred 33, 46–48
Bea, Augustin Kardinal 272
Becker, Werner 154
Beeking, Joseph 262
Behn, Siegfried 315
Behrends, Julius 20
Belfontaine, Lazarus 97, 111
Bellarmin, Robert Kardinal 200
Benda, Ernst 258
Benedikt (hl.) 332
Benedikt XIII. 67
Bengsch, Alfred Kardinal 153, 159, 163–165, 169, 178 f.
Berlinghoff, Sekretärin 88
Berney, Arnold 68
Berning, Wilhelm 265
Bertram, Adolf Kardinal 172, 174 f., 331
Best, Werner 214
Beyerle, Konrad 69
Bilfinger, Carl 212
Bismarck, Otto Fürst von 24 f., 27, 72
Blank, Theodor 281
Blei, Franz 202
Blum, Léon 130
Böckenförde, Ernst-Wolfgang 331
Bodin, Jean 217
Böhle, Cäcilia 262, 269
Böhler, Wilhelm 177
Böll, Heinrich 255
Bolz, Eugen 187
Bonald, Louis Vicomte de 205
Bonhoeffer, Dietrich 268
Bonifaz VIII. 67 f.
Boom, Corrie ten 270
Bopp, Linus 263
Borgmann, Karl 262
Brandt, Willy 238 f., 298 f.
Brandts, Franz 56 f.
Brauksiepe, Aenne 8, *277–289*, 350
Brauksiepe, Werner 278, 280
Briand, Aristide 119

Brüning, Heinrich 84, 185–187, 195, 211
Buber, Martin 98
Buber-Neumann, Margarete 270
Burchard, Karl Heinrich 13
Bürckel, Josef 322
Buschbell, Gottfried 68
Byron, George G. N. Lord 12

C
Calker, Fritz van 201
Casel OSB, Odo 95
Chirac, Jacques 81
Ciepielowski, Marian 229
Claudel, Paul 87
Clausewitz, Karl von 219
Confalonieri, Carlo Kardinal 163
Congar OP, Yves 91
Cortés, Donoso 111, 205, 215, 217
Curtius, Ernst Robert 203
Cyrene, Simon von 91
Czaja, Albert 292, 295
Czaja, Eva-Maria 295
Czaja, Herbert 8, *291–311*, 350 f.
Czaja, Luise 292, 295
Czempiel, Ernst-Otto 235, 240

D
Dante 74
Däubler, Theodor 202 f., 217
Dehler, Thomas 251
Deist, Heinrich 237
Delp SJ, Alfred 268
Dempf, Alois 293
Dessauer, Friedrich 98
Dessauer, Philipp 154, 156
Diefenbach, Michael 315, 319 f., 323
Dieing, Johann B. 262
Diepgen, Paul 68
Diest, Wilhelm von 64
Dietrich, Hermann 185, 191
Dietrich, Otto 249
Dietrich, Rudolf 84, 87
Dietz, Hermann Joseph 13
Ding-Schuler, Erwin 229 f.
Dirks, Walter 98, 223, 231, 240 f.
Döblin, Alfred 100
Dohrn, Klaus 227 f.
Dollfuß, Engelbert 226 f.
Döllinger, Ignaz 21, 26
Dominikus (hl.) 332
Döpfner, Julius Kardinal 158, 164, 169, 176 f.
Dransfeld, Hedwig 282
Droste zu Vischering, Clemens August Freiherr von 14
Dyroff, Adolf 315

E
Eberhard, Matthias 18
Ebert, Friedrich 117
Edvardson, Cordelia 99, 100–109
Ehmke, Horst 302
Eiffler, Emil 271
Eisenhower, Dwight D. 230
Eisler, Fritz 201
Eitel, Anton 68
Engel, Heinrich 277
Engel, Käthchen 277 f.
Engelhardt, Hans A. 308
Erb, Gottfried 235
Erdmann, Karl-Dietrich 235
Erhard, Ludwig 191 f., 297
Erzberger, Matthias 72
Eschenburg, Theodor 237
Etzel, Franz 279
Evers, Susanne 110

F
Fahsel, Helmut 316
Failly, Vicomte Gustave de 15
Faller, Hans Joachim 245
Faulhaber, Michael Kardinal von 266, 269, 331
Fera, Charlotte 284
Finke, Carl 73
Finke, Heinrich 7, *63–78*, 337 f.
Finke, Ludwig 73
Finke, Zoë (Ehefrau) 73
Finke, Zoë (Tochter) 73
Flick, Friedrich 215
Folliet, Joseph 85
Forsthoff, Ernst 218
Frank, Hans 214
Frantz, Constantin 233
Franz Josef, Kaiser 59
Franziskus (hl.) 81 f., 86, 332
Freisler, Roland 187, 322
Frick, Wilhelm 213
Friedensburg, Ferdinand 215
Friedlaender, Martha 99
Friedrich Wilhelm III. 15
Friesenhahn, Ernst 208, 254
Frings, Josef Kardinal 139, 144 f., 326, 331
Frisch, Max 239
Fritz, Alfons 314

Frohne, Edmund 191
Fromme, Friedrich Karl 254
Frühwirth, Andreas Kardinal 226
Furler, Hans 237

G
Galen, Clemens August Kardinal von 138
Gayl, Wilhelm Freiherr von 212
Geiger, Ingeborg 247
Geiger, Klaus 247
Geiger, Maria 247
Geiger, Stefan 247
Geiger, Willi 8, *245–258*, 348
Gelbin, C.S. 110
Genscher, Hans-Dietrich 303
Gierke, Otto von 211
Giesberts, Johann 118
Gisevius, Hans-Bernd 127
Glemp, Josef Kardinal 308
Gneist, Rudolf von 211
Gockeln, Josef 327
Goebbels, Joseph 102, 128, 174, 249, 322
Goerdeler, Carl 187
Goldmann OFM, Gereon 89
Göller, Emil 68, 77
Göring, Hermann 123, 125–127, 130, 188, 214, 319
Görres, Joseph 14
Grass, Günter 239, 255
Grauert, Hermann von 71 f.
Grelling, Richard 225
Gritschneder, Otto 313, 328
Gröber, Conrad 265, 267–270
Gronowski, Johannes 186, 189
Groß, Otto 179
Grosser, Alfred 241
Grüber, Heinrich 265
Guardini, Romano 84, 95, 314, 330
Gülden, Josef 154, 159 f., 162 f.
Gundlach, Gustav 207
Gunkel, Theo 154
Günther, Anton 26

H
Habsburg, Otto von 228
Hackett, D. A. 231
Haffner, Sebastian 255
Halder, Franz 130
Haniel, Karl 122
Hansche, Hildegard 269
Hardt, Hermann von der 66
Härle, Carl 126
Harnack, Ernst von 268
Harscouet, Radulph 92
Hartmann, Alfred 191
Hartmann, Gertrud 261
Hartmann, Robert 261
Hartmann, Sibylle 280, 284
Hauptmann, Gerhart 314
Hegner, Jakob 202
Heidegger, Martin 101
Heilig, Konrad Josef 68
Heimpel, Hermann 67 f.
Heinemann, Gustav 238 f.
Heller, Hermann Ignatz 98 f.
Hengsbach, Franz Kardinal 333
Hertling, Georg von 70
Herwegen OSB, Ildefons 95, 126
Hess, Rudolf 122
Hetman, F. 109
Heufer, Heinrich 175
Heuss, Theodor 211
Hildebrand, Dietrich von 293
Hilling, Nikolaus 68
Hilpert, Werner 232
Himmler, Heinrich 125
Hindenburg, Paul von 185 f., 212
Hinkel, Hans 102
Hirtsiefer, Heinrich 125
Hitler, Adolf 76, 101, 115, 122–130, 137, 180, 186, 207, 213 f., 227, 263, 316, 318 f., 331 f.
Hitze, Franz 84 f.
Hlond, Augustin Kardinal 308
Hobbes, Thomas 214, 217
Hochhuth, Rolf 180
Hoepner, Erich 127
Hoffmann, Annette 101
Hoffmann, Barbara 101
Hoffmann, Elisabeth 100, 107, 110–112
Hoffmann, Franziska 101
Hoffmann, Theo 154
Hoffmann, Wilhelm 98, 100–103, 108
Höffner, Joseph Kardinal 145
Höhn, Reinhard 214
Hollnsteiner, Johannes 68
Holzapfel, Friedrich 191
Höpker Aschoff, Hermann 194
Hörhammer OFMCap, Manfred 93
Horkheimer, Max 238
Hörmann, Winfried von 40
Hötzel, Johann 158
Huber, Ernst Rudolf 208

Hugenberg, Alfred 186
Huizinga, Johann 223
Hupka, Herbert 301

I
Ignatius (hl.) 332
Innitzer, Theodor Kardinal 266

J
Jacobi, Erwin 212
Jaeger, Lorenz Kardinal 84
Jakob II. von Aragón 67
Janssen, Johannes 64 f.
Jellinek, Walter 249
Jens, Walter 239 f.
Jochmus, Hedwig 281, 284
Johannes Paul II. 308
Johannes XXIII. 81–83, 92, 161, 166, 329
Joseph, Erzherzog von Österreich 47
Jünger, Ernst 215

K
Kaas, Ludwig 185, 207
Kaes, Bernhard 279
Kahlefeld, Heinrich 154
Kaller, Maximilian 92, 171 f.
Kamptz, Karl von 14
Kanne, Johann Arnold 204
Kapp, Wolfgang 73
Kather, Linus 296
Katterbach, Josef (Bruno) 69
Katzenmaier, Katharina 269
Kehr, Paul Fridolin 69
Keller, Michael 138 f., 141 f.
Kempner, Robert 216
Kentenich, Josef 136, 138, 141–145
Ketteler, Wilhelm Emmanuel von 21, 25, 53
Keyser, Kriegsgerichtsrat 90
Kielmansegg, Peter Graf 235
Kiesinger, Kurt Georg 281, 286 f., 297 f.
Kirchheimer, Otto 208
Kirchhof, Paul 245
Kirdorf, Emil 122
Klausener, Erich 173
Klausener, Erich (Sohn) 178
Kleczkowski, Adam 293–295
Klein, Kasper 85
Kleist, Ewald Christian von 217
Kling, Franz Andreas 39 f.
Klinkhammer, Carl 8, *313–334*, 351 f.
Klinkhammer, Franz 314
Klinkhammer, Johannes 314
Klinkhammer, Katharina 314
Klinkhammer, Wilhelm 314
Kluge, Günther von 127
Knappstein, Karlheinz 232
Knef, Hildegard 326
Kneipp, Mutter 31 f.
Kneipp, Sebastian 7, *31–48*, 336
Kneipp, Vater 32, 36, 38
Kogon, Eugen 7, *223–242*, 347 f.
Kogon, Margarete 224
Kohl, Helmut 81, 303, 305
Kolbe OFM, Maximilian 309
Kolping, Adolf 25
Korff-Harkotten, Leopold von 52
Korn, Karl 101
Koselleck, Reinhart 202
Kraus, Franz Xaver 26, 67
Krawinkel, Walter 154
Krebs, Engelbert 69
Kreutz, Benedict 262 f., 265, 270
Kreutzer, Stadtdechant 317, 319
Krolow, Karl 96
Krone, Heinrich 141, 169, 172, 285
Kugler, Bernhard 64
Kühn, Heinz 147
Kummer, Religionslehrer 314
Kusche, Alfons 108
Küstermeier, Rudolf 272

L
Lacordaire, Jean Baptiste Henri 16
Laforet, Wilhelm 248 f.
Lamennais, Félicité Robert de 16
Lamey, August von 55
Lammers, Hans-Heinrich 214
Langgässer, Cordelia s. Edvardson, Cordelia
Langgässer, Eduard 96
Langgässer, Eduard Heinrich 96 f.
Langgässer, Elisabeth 8, *95–112*, 339 f.
Langgässer, Eugenie Maria Pauline 96, 99
Langgässer, Heinrich 99, 103
Laubhardt, Eva 269
Laurien, Hanna-Renate 282
Le Meur, Georges 91
Legge, Peter 177
Legge, Petrus 155
Legien, Carl 117

Lehmann, Wilhelm 96
Lehr, Robert 125
Leibholz, Gerhard 254
Leisner, Karl 137, 142
Leißling, Chefredakteur 159
Lenné, Albert 321, 323
Leo XIII. 47
Ley, Robert 124
Lhande, Pierre 85
Lichtenberg, Bernhard 265
Liese, Wilhelm 84
Linneborn, Johannes 69
Loe, Emilie von 321
Loë, Felix Freiherr von 54
Loewenstein, Karl 215
Löffler, Sigrid 104 f.
Löwenstein, Adelheid zu 52
Löwenstein, Alois Erbprinz zu 60
Löwenstein, Karl Erbprinz zu 60
Löwenstein, Karl Heinrich Fürst zu 7, *51–61*, 336 f.
Löwenstein, Konstantin Erbprinz zu 51
Löwenstein, Maria Agnes Henriette zu 51
Löwenstein, Sophia zu 52
Lubsczyk, Hans 160
Lücke, Paul 297
Luckner, Gertrud 8, *261–275*, 349 f.
Luckner, Karl 261
Luckner, Luise 261
Ludendorff, Erich 122
Ludwig, Gerhard 329
Luther, Hans 185
Luther, Martin 111

M
Maas, Hermann 272
Mac Caffrey, James 69
MacMahon, Maurice Macquis de 213
Maistre, Joseph de 205
Mallinckrodt, Hermann von 26
Mangoldt, Hermann von 210
Mann, Gustav von 262
Mann, Thomas 97, 203
Manteuffel, Otto Theodor von 23
Marx, Karl 241, 316
Marx, Wilhelm 185
Mauriac, François 81
Mausbach, Joseph 71 f.
Mayer, Hans 241
Mayer, Joseph 262
Mayer, Otto 249
Mayer SJ, Rupert 93, 322
Mayol de Lupé, Jean de 93
Meinecke, Friedrich 203, 219
Meisner, Joachim Kardinal 332
Melchers, Paulus Kardinal 27
Mengele, Josef 103
Mensbrugghe, Alexis van der 330
Merkle, Matthias 34, 39
Metzger, Max Josef 321, 330
Meyer, Helmut 95
Michel, Ernst 98
Michelet, Edmond 92
Missong, Alfred 228
Mohler, Ludwig 69
Mommsen, Theodor 71
Montalembert, Charles Graf 16, 24
Morus, Thomas (hl.) 325
Moufang, Christoph 53
Muckermann SJ, Friedrich 293, 315, 321
Muckermann SJ, Hermann 315
Muench, Aloysius 92
Müller, Carl 73
Müller, Ewald (Ludwig) 69
Müller, Hermann 185
Müller, Hermann 83
Müller, Karlheinz 97, 104–106
Müller, Wolfgang 69
Münster, Clemens 232
Musial, Ernst 154
Mussolini, Benito 320
Muth, Carl 225
Mütter, Bernd 71

N
Napoleon 12
Nellen, Peter 281
Neri, Philipp 154
Neuss, Wilhelm 69
Niekisch, Ernst 228
Niemöller, Martin 126, 130, 238 f.

O
d'Orves, Graf d'Estienne 90

P
Pant, Eduard 293
Papen, Franz von 185 f., 212 f., 226 f.
Passionei, Domenico Kardinal 200
Pastor, Ludwig 12, 67
Paul VI. 145, 160, 162, 179, 272
Paul, Jean 12

Paul, Vincent de 81
Paulsen, Friedrich 28
Pellezin, Philip de 324
Pelz, Karl 172
Pétain, Philippe 129
Peters, Hans 78
Peters, Norbert 83
Peterson, Erik 219
Pferdmenges, Robert 193
Pfister, Bernhard 262
Philipp II. 68
Philipp Josias, Prinz von Sachsen-Coburg-Gotha 227 f.
Pieper, August 84
Pimen, Patriarch 332
Piontek, Ferdinand 158, 177
Pius IX. 52, 55 f.
Pius X. 141
Pius XI. 136
Pius XII. 92, 157, 180, 188
Poensgen, Ernst 120, 123
Popitz, Frau 214
Popitz, Johannes 213 f.
Prange, Maximilian 159, 175, 177
Preuß, Hugo 211
Preysing, Konrad Kardinal von 169, 174–177, 180, 265
Prümm, Karl 226
Pugin, August Welby Northmore 17
Pünder, Carola 183
Pünder, Hermann 8, *183–196*, 344
Pünder, Hermann-Joseph 183
Pünder, Magda 184
Pünder, Werner 184

R
Rademacher, Arnold 154
Radlauer, Curt 271
Radowitz, Joseph Maria von 21
Rarkowski, Justus 87
Rathenau, Walther 201
Rauschning, Hermann 129
Reagan, Ronald 303
Reeder, Eggert 128
Regnier, Theodor 18
Rehling, Luise 280 f.
Rehs, Reinhold 299
Reichensperger, August 7, *11–28*, 335 f.
Reichensperger, Clementine 17
Reichensperger, Elisabeth 12, 17
Reichensperger, Franz Joseph 12
Reichensperger, Johanna 17
Reichensperger, Karl 17
Reichensperger, Louise 12
Reichensperger, Margarethe 12
Reichensperger, Maria 17
Reichensperger, Peter 15, 23, 26 f.
Reichensperger, Peter (Sohn von A. Reichensperger) 12
Remiz, Gustav Edler von 127
Reves, Emery 129
Richartz, Peter von 36
Riedel, Peter 163 f.
Ritter, Emil 226
Röhm, Ernst 123, 227
Roncalli, Angelo Giuseppe Kardinal s. Johannes XXIII.
Rosenbaum, Eduard 217
Rosenberg, Alfred 125, 316
Rosenfeld, Else 266
Rosenstock, Eugen 98
Rovan, Joseph 237
Rozumek, Angela 262
Rubió, Josep Antoni 69
Rühe, Volker 303

S
Sagniers, Marc 84
Savigny, Karl Friedrich von 26
Schacht, Hjalmar 130
Schaffran, Gerhard 163, 165
Schieder, Theodor 20
Schirach, Baldur von 322
Schlamm, William 255
Schlange-Schöningen, Hans 191, 193 f.
Schleicher, Kurt von 185, 207, 212 f.
Schmid, Carl-Christian 127
Schmid, Carlo 210
Schmidlin, Josef 69
Schmidt, Bezirksarzt 39–41
Schmidt, Helmut 301
Schmitt, Anima 216, 218 f.
Schmitt, Auguste 216
Schmitt, Carl 7, *199–220*, 345–347
Schmitt, Duška 207, 213, 215 f., 220
Schmitt, Kurt 125
Schmitt, Pauline 206
Schmitt-Dorotic, Pawla 206
Schmittmann, Benedikt 320
Schmitz, Joseph 138
Schönhuber, Franz 304
Schreiber, Christian 154
Schreiber, Georg 69, 75

Schröder, Louise 280
Schroeder, Kurt Freiherr von 128
Schuberth, Hans 191
Schulte, Aloys 66, 72
Schulte, Karl Joseph Kardinal 87, 126, 315, 331
Schulte, Marcel 232
Schulze-Gävernitz, Gerhart von 262
Schuschnigg, Kurt 130
Schütte, Heinz 330
Schwarzenberg, Friedrich Kardinal Fürst zu 52
Schwarzhaupt, Elisabeth 284
Scott, Gilbert 16
Seidlmayer, Michael 69
Seydell, August 13
Siebrecht, Valentin 232
Siemer OP, Laurentius 224
Simon, Clementine 17
Simon, Paul 84, 154
Sombart, Werner 203
Sommer, Margarete 265, 269
Sonnenschein, Carl 172, 316, 333
Spahn, Martin 71
Spann, Othmar 124, 225 f.
Spörl, Johannes 69
Spranger, Eduard 217
Spülbeck, Alexander Philipp 154
Spülbeck, Paul 154
Spülbeck, Otto 8, *151–167*, 342
Stahl, Fritz 44 f.
Statz, Vinzenz 16
Stauffenberg, Claus Graf Schenk von 187
Stegerwald, Adam 185
Stein, Edith 320
Stein, Erwin 235
Steinberg, Sigfried 70
Steinle, Edward 15
Stinnes, Hugo 117
Stirner, Max 200
Stock, Franz 8, *81–93*, 338
Stock, Franziska 88
Stock, Franziska geb. Schramm 83
Stock, Johann 83
Stohr, Albert 92
Strasser, Gregor 125
Strasser, Otto 228
Strauß, David Friedrich 200
Strauß, Franz Josef 288
Stresemann, Gustav 118
Strobel, Käthe 287 f.
Suhard, Emmanuel Kardinal 89, 91
Szczesny, Gerhard 255

T
Tenhumberg, Heinrich 8, *135–148*, 341 f.
Terboven, Josef 319 f.
Teusch, Christine 280
Thieme, Karl 98, 102
Thieme, Karl Otto 271
Thimus, Albert Freiherr von 13, 15
Thoma, Richard 209, 212
Thomas von Aquin (hl.) 333
Thomas, Georg 130
Thyssen, Amelie 116
Thyssen, Anita 116, 126 f., 129
Thyssen, August 115–118, 120, 131
Thyssen, Fritz 8, *115–132*, 340 f.
Thyssen, Hedwig 115 f., 129
Thyssen, Hedwig (Tochter) 115, 127
Thyssen, Josef 116
Thyssen-Bornemisza, Heinrich 115, 120
Tietjen, Heinz 188
Tilmann, Klemens 154
Tirpitz, Alfred von 73
Tischner, Wolfgang 175
Tocqueville, Alexis de 217
Toulat, Jean 90
Träger, Ernst 245
Trilling, Wolfgang 165

V
Vermehren, Isa 270
Verweyen, Johannes Maria 315
Vienerius, Josef 187
Villinger, Ingeborg 202
Vincke, Johannes 69, 75
Vitoria, Francisco de 215
Vogelsang, Karl Freiherr von 56, 226
Vögler, Albert 120, 123

W
Wagener, Frido 257
Waldenfels SJ, Hans 330
Walters, Vernon 310
Walzer OSB, Erzabt Raphael 91
Weber, Helene 279, 280, 282–285
Weber, Johann Wilhelm 92
Weber, Max 204
Weber, Werner 208, 218
Weisbender, Hermann Josef 160, 163
Weitz, Heinrich 279
Weizsäcker, Julius 64

Weizsäcker, Richard von 303
Weizsäcker, Viktor von 98
Welby, August 16
Welcker, Karl Theodor 22
Weskamm, Wilhelm 152, 157 f., 177
Wessel, Helene 283
Westphalen, Ferdinand von 23
Wex, Helga 289
Weyres, Willy 325
Wiedemann, Fritz 126
Wienken, Heinrich 156 f., 177, 180
Wilamowitz, Ulrich 200
Wilhelm II. 122, 201
Willemsen, Carl Arnold 69
Willi, Anton 174
Windthorst, Ludwig 26 f., 57, 135, 253
Winstanley, Lilian 218
Wirth, Joseph 184
Wittig, Josef 98, 315 f.
Wittmann, Fritz 310
Wolgast, Ernst 249
Wolker, Ludwig 139, 321
Wuermeling, Franz-Josef 287

Z
Zauner, Franziskus 161
Zech, Polizeipräsident 319
Zichy, Graf Gabor 126
Zinke, Johannes 178
Zuccalmaglio, Vinzenz von 13